

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des Ministers für Soziales;

Nach Beratung,

Beschließt:

Der für Soziales zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

DEKRETVORENTWURF ÜBER DIE JUGENDHILFE UND DEN JUGENDSCHUTZ

INHALTSANGABE

Mit diesem Dekretentwurf wird die rechtliche Grundlage für die Jugendhilfe und den Jugendschutz in der Deutschsprachigen Gemeinschaft festgelegt.

Im Rahmen der personenbezogenen Angelegenheiten ist die Deutschsprachige Gemeinschaft für die Jugendhilfe und bestimmte Bereiche des Jugendschutzes zuständig. Mit dem vorliegenden Dekretentwurf novelliert die Deutschsprachige Gemeinschaft die Regeln für die spezialisierte Jugendhilfe, die dem Kind und seinen Erziehungsberechtigten gewährt wird, um dem Kind ein altersgerechtes und menschenwürdiges Leben zu ermöglichen und seine gesunde Entwicklung bestmöglich zu fördern. Der vorliegende Dekretentwurf regelt auch die Maßnahmen, die gegenüber Jugendlichen ergriffen werden, die eine als Straftat qualifizierte Tat begangen haben, sowie die damit verbundenen Verfahren. Diese Maßnahmen zielen auf die Erziehung, soziale Wiedereingliederung, Eigenverantwortung und gesunde Entwicklung des Jugendlichen sowie den Schutz der Gesellschaft ab.

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
Allgemeine Erläuterungen	4
Kommentar zu den Artikeln	15
Vorentwurf	74

BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Mit der Sechsten Staatsreform wurden der Deutschsprachigen Gemeinschaft am 1. Juli 2014 neue Zuständigkeiten im Bereich des Jugendschutzes übertragen. Diese sind durch Artikel 5, §1, II, Nummer 6 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen wie folgt festgelegt:

„6. Der Jugendschutz einschließlich des sozialen Schutzes und des gerichtlichen Schutzes mit Ausnahme:

- a) der zivilrechtlichen Bestimmungen über die Rechtsstellung der Minderjährigen und der Familie, wie sie im Zivilgesetzbuch und in den Gesetzen zur Ergänzung dieses Gesetzbuches festgelegt sind,
- b) der strafrechtlichen Bestimmungen, die gegen den Jugendschutz verstoßende Verhaltensweisen als Straftaten ausweisen und diese Verstöße ahnden, einschließlich der Bestimmungen, die sich auf die Verfolgung beziehen, unbeschadet des Artikels 11 und des Artikels 11bis,
- c) der Organisation der Jugendgerichte, ihrer territorialen Zuständigkeit und des Verfahrens vor diesen Gerichten,
- d) der Vollstreckung der Strafen, die gegenüber Minderjährigen ausgesprochen werden, die eine als Straftat qualifizierte Tat begangen haben und denen gegenüber eine Abgabemaßnahme getroffen worden ist, unter Ausschluss der Verwaltung der Zentren, die zur Aufnahme dieser Jugendlichen bis zum Alter von dreiundzwanzig Jahren bestimmt sind,
- e) der Entziehung der elterlichen Autorität und der Aufsicht über Familienleistungen oder sonstige Sozialzulagen.“

Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist daher nun auch zuständig für:

- die Festlegung der Maßnahmen, die gegenüber Jugendlichen ergriffen werden können, die vor dem Alter von 18 Jahren eine als Straftat qualifizierte Tat begangen haben;
- die Regelung der Abgabe einer Sache, d.h. das Verfahren zur Überweisung von Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren, die eine als Straftat qualifizierte Tat begangen haben und bei denen keine Jugendschutzmaßnahme gewirkt hat, an eine Drei-Richter-Kammer, die das Strafrecht für volljährige Personen anwenden kann;
- die Festlegung der Bedingungen der stationären Betreuung von Jugendlichen, die eine als Straftat qualifizierte Tat begangen haben, in öffentlichen gemeinschaftlichen Jugendschutzeinrichtungen sowie die Verwaltung dieser Einrichtungen.

Diese Zuständigkeiten werden derzeit durch das Gesetz vom 8. April 1965 über den Jugendschutz, die Betreuung Minderjähriger, die eine als Straftat qualifizierte Tat begangen haben, und die Wiedergutmachung des durch diese Tat verursachten Schadens geregelt. Um sie an die Gegebenheiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft anzupassen und auszuüben, bedarf es einer neuen dekretalen Grundlage. Dadurch wurde die Überarbeitung des Dekrets vom 19. Mai 2008 durch die Regierung veranlasst.

Die letzte Übertragung von Zuständigkeiten im Bereich des Jugendschutzes ist Teil einer fast hundertjährigen Entwicklung, in deren Verlauf die Bereiche Jugendhilfe und Jugendschutz schrittweise vom Föderalstaat auf die Gemeinschaften übertragen wurden. Um den Kontext zu verstehen, in dem dieser neue Dekretentwurf steht, ist ein Überblick über diese Entwicklung hilfreich.

Gesetz vom 15. Mai 1912 über den Schutz der Kinder

Das Gesetz vom 15. Mai 1912 über den Schutz der Kinder ist das erste Gesetz in Belgien, das Minderjährige aus dem allgemeinen Strafrecht ausschließt und das ihre spezifischen Probleme sowie ihren besonderen Schutz berücksichtigt. Dieses Gesetz wurde jedoch noch vorwiegend nach einem strafrechtlichen Modell verfasst. Es behandelte sowohl die Maßnahmen, die gegenüber Minderjährigen zu ergreifen waren, die vor Gericht geladen wurden, als auch die Verbrechen und Vergehen gegen Kinder sowie die Entziehung der väterlichen Autorität. Außerdem wurde ein spezieller Richter für Minderjährige eingeführt, der in der weiteren Entwicklung zum Jugendrichter wurde.

Gesetz vom 8. April 1965 über den Jugendschutz

Das Gesetz vom 15. Mai 1912 wurde erst 50 Jahre später durch das Gesetz vom 8. April 1965 über den Jugendschutz reformiert. Das Gesetz über den Jugendschutz:

- regelte den sogenannten sozialen und nicht mehr nur den gerichtlichen Schutz von gefährdeten Jugendlichen;
- betrachtete Minderjährige als nicht urteilsfähig, was eine andere Behandlung als bei Erwachsenen rechtfertigte;
- führte Jugendgerichte ein und stärkte die besondere Rolle des Jugendrichters;
- weitete den Schutz auf alle Minderjährigen aus, die gefährdet waren oder sich in einer problematischen Erziehungssituation befanden, einschließlich jugendlicher Straftäter;
- richtete sich an Familien, die ihre Erziehungsschwierigkeiten nicht lösen konnten und die sich hierfür nicht spontan an die zuständigen Sozialdienste wendeten.

Das Gesetz vom 8. April 1965 bekräftigte zudem die Notwendigkeit frühzeitiger präventiver Maßnahmen sowie den Vorrang des sozialen Jugendschutzes gegenüber dem gerichtlichen Jugendschutz.

Der soziale Jugendschutz betraf nicht dringende oder nicht ernsthafte Gefährdungssituationen, in denen die Eltern oder Erziehungsberechtigten des Minderjährigen den erforderlichen Maßnahmen zustimmten. Es handelte sich um eine freie, soziale Aktion, die von den in jedem Gerichtsbezirk eingerichteten Jugendschutzkomitees ausgeübt wurde.

Der gerichtliche Jugendschutz hingegen betraf dringende und schwerwiegende Gefährdungssituationen, festgestellte Straftaten sowie Situationen, in denen die Eltern den für notwendig erachteten Maßnahmen nicht zustimmten. Hierbei handelte es sich um Zwangsmaßnahmen, die vom Jugendgericht ergriffen wurden, wenn das Jugendschutzkomitee nicht handeln konnte oder seine Maßnahmen scheiterten.

Obwohl das Gesetz als sehr fortschrittlich galt, wurde schnell Kritik an seiner Umsetzung geäußert: fehlende rechtliche Garantien, exzessive Dauer vorläufiger Maßnahmen, die eine Entfernung aus dem familiären Umfeld ohne kontradiktorisches Verfahren ermöglichten, Kriminalisierung gefährdeter Jugendlicher, die in denselben Einrichtungen wie jugendliche Straftäter betreut werden konnten, starke Vergerichtlichung von Situationen (nur 5% der Situationen wurden vom Jugendschutzkomitee behandelt), übermäßige Nutzung von stationären Maßnahmen, mangelnde Berücksichtigung der Opfer, usw.

1988 wurden die personenbezogenen Angelegenheiten des Jugendschutzes, die gefährdete Jugendliche betrafen, vom Föderalstaat an die Gemeinschaften übertragen.

Dekret vom 20. März 1995 über die Jugendhilfe

Die Gemeinschaften waren bestrebt, die in ihre Zuständigkeit fallenden gesetzlichen Bestimmungen zu erlassen, um das Gesetz vom 8. April 1965 und seine Anwendung zu reformieren. In dieser Hinsicht hat die Deutschsprachige Gemeinschaft das Dekret vom 20. März 1995 über die Jugendhilfe verabschiedet.

Die Ziele dieses Dekrets beruhten auf Grundsätzen, die größtenteils eine Gegenreaktion auf die Kritik an das Gesetz vom 8. April 1965 darstellen:

- Die Änderung der gesellschaftlichen Stellung der Jugendlichen: Im Einklang mit dem Internationalen Übereinkommen über die Rechte des Kindes werden den Jugendlichen Rechte zuerkannt. Jeder Jugendliche als mündiges Mitglied der Gesellschaft und Rechtssubjekt hat ein Anrecht auf Jugendhilfe und soll bei allen Entscheidungen, die ihn direkt betreffen, einbezogen werden.
- Erstes Ziel jeder angebotenen Hilfe muss der Verbleib des Jugendlichen in seinem familiären Umfeld sein. In diesem Sinne sind ambulante Hilfen jeder Form von Unterbringung vorzuziehen, außer wenn der Verbleib in der Ursprungsfamilie negative Folgen für den Jugendlichen haben könnte.
- Die Jugendhilfe als spezialisierte Form der Sozialhilfe: die Jugendhilfe soll subsidiär zu den allgemeineren Formen der Hilfe, insbesondere zu der öffentlichen Sozialhilfe, angeboten werden. Die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen der Jugendhilfe und der allgemeinen Sozialhilfe wird durch die Zusammensetzung des Jugendhilferates konkretisiert.
- Die Entgerichtlichung sowie die strikte Trennung zwischen der freiwilligen Jugendhilfe, bei der das Einverständnis und die Mitarbeit der Betroffenen vorliegt, und der gerichtlichen Jugendhilfe, bei der die Zustimmung der Betroffenen nicht oder nicht mehr gegeben ist, sodass Zwangsmaßnahmen durch das Jugendgericht auferlegt werden müssen.
- eine aktive Politik des Jugendhilferates im Bereich der allgemeinen Prävention, um zu verhindern, dass Jugendliche überhaupt auf eine spezialisierte Hilfe angewiesen sind.

Reform von 2006 des Jugendschutzgesetzes

Das Gesetz vom 8. April 1965 wurde 2006 reformiert. Grundlage des Gesetzes bildet weiterhin das Schutzmodell, das durch Elemente aus anderen Modellen des Jugendrechts ergänzt wurde, darunter das Sanktionsmodell und das Modell der wiedergutmachenden Justiz.

So wurden die Wiedergutmachungsmaßnahmen, die sich in der Praxis erfolgreich entwickelt hatten, gesetzlich verankert. Zudem wurden die Maßnahmen erweitert, die der Staatsanwaltschaft und dem Jugendgericht zur Verfügung standen, um eine Alternative zur Unterbringung zu bieten. Letztendlich wurden Bestimmungen zur Begründung der Gerichtsentscheidungen und zur Stärkung der Rechtsgarantien in Bezug auf die Unterbringung in einer öffentlichen gemeinschaftlichen Jugendschutzeinrichtung und in Bezug auf die Abgabe der Sache eingeführt.

Dekret vom 19. Mai 2008 über die Jugendhilfe und zur Umsetzung von Jugendschutzmaßnahmen

Das Dekret vom 19. Mai 2008 ist das Resultat einer Gesamtanalyse des Dekrets vom 20. März 1995 durch die Akteure der Jugendhilfe, der Entwicklungen im Jugendhilfebereich und der Reform des Jugendschutzgesetzes von 2006.

Die Schwerpunkte beziehen sich auf folgende Themenbereiche:

- Zielvorgaben für die verschiedenen Kategorien der Jugendhilfemaßnahmen.

- Definition gesellschaftlicher Ziele, die bei der Umsetzung der Jugendhilfe berücksichtigt werden müssen.
- Einführung von Datenschutzbestimmungen zur Schaffung eines Gleichgewichts zwischen dem erforderlichen Schutz von vertraulichen Daten und der Notwendigkeit, gewisse Informationen an befugte Personen weiterzugeben.
- Abgabe der bisherigen Präventionsarbeit des Jugendhilferates an ein kleineres Fachgremium, den Begleitausschuss für die Jugendhilfe.
- Einführung einer Jugendhilfeplanung als ständiges Analyseinstrument zur Ermittlung des Bedarfs und zur Festlegung der Schwerpunkte in der Jugendhilfe.
- Deutliche Verankerung der Mitwirkung des Jugendlichen und der Erziehungsberechtigten im Rahmen der freiwilligen Jugendhilfe.
- Neuformulierung bestehender Maßnahmen und Erweiterung der Maßnahmen, die das Jugendgericht oder der Jugendrichter anordnen können.

Dekretvorentwurf über die Jugendhilfe und den Jugendschutz

Ausarbeitungsprozess

Im Hinblick auf die Vorbereitung der Übertragung von Zuständigkeiten aus dem Justizbereich an die Deutschsprachige Gemeinschaft, hat die Regierung am 20. November 2014 eine Arbeitsgruppe „Justiz“ eingesetzt.

Auftrag dieser Arbeitsgruppe war die Formulierung von allgemeinen Empfehlungen zur zukünftigen Ausrichtung der Politik der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Rahmen der neuen Zuständigkeiten, die das Justizwesen betreffen. Im Bereich des Jugendschutzes wurden Ende 2015 die folgenden Empfehlungen ausgesprochen:

1. Überprüfung der Sinnhaftigkeit und Wirksamkeit des aktuellen Systems (Rollenverteilung der Akteure und Zugänglichkeit der Dienstleistung) sowie der bisher angewandten Maßnahmen. [...] Dabei soll auch untersucht werden, welche Art von Maßnahmen fehlen, die es ermöglichen, effizient präventiv, repressiv und pädagogisch auf Fehlverhalten von Jugendlichen zu reagieren.
2. Schaffung einer rechtlichen Grundlage, damit die Staatsanwaltschaft, ohne zuvor den Jugendhilfedienst einschalten zu müssen, im Rahmen des Jugendhilfeverfahrens den Jugendrichter direkt mit einer Situation befassen kann, falls bereits eine gerichtlich angeordnete Begleitung durch den Jugendgerichtsdienst erfolgt.
3. Verstärkung des Aspekts der Resozialisierung bei der Festlegung der zukünftigen Jugendschutzmaßnahmen [...]. Ergibt die Überprüfung, dass damit nicht das gewünschte Ziel erreicht werden kann, müssen effiziente repressive Maßnahmen im Verhältnis zum Fehlverhalten des Jugendlichen eingesetzt werden können.
4. Neben der Organisation und Finanzierung von Maßnahmen [...] sollte die Deutschsprachige Gemeinschaft auch in Zukunft die nötigen personellen und materiellen Mittel zur Verfügung stellen, damit präventiv agiert werden kann mit dem Ziel, zu verhindern, dass junge Menschen delinquent werden oder bleiben, und um gefährdete sowie bereits straffällig gewordene junge Menschen in die Gesellschaft reintegrieren zu können.
5. Da die Deutschsprachige Gemeinschaft mit der Sechsten Staatsreform ebenfalls für die Festlegung der Jugendschutzmaßnahmen zuständig ist, sollten das Dekret vom 19. Mai 2008 über die Jugendhilfe und zur Umsetzung von Jugendschutzmaßnahmen und das Gesetz vom 8. April 1965 über den Jugendschutz in einem einzigen neuen Dekret verschmolzen werden, um die höchstmögliche Kohärenz der Maßnahmen in beiden Bereichen zu schaffen.
6. Sowohl das Justizhaus als auch der Fachbereich Jugendhilfe ist für die Strafvermittlung zuständig, mit dem Unterschied, dass das Justizhaus mit volljährigen und der Fachbereich Jugendhilfe mit Minderjährigen zusammenarbeitet. [...] In dem Fall, in dem eine

Strafhandlung von mehreren Tätern vollzogen wurde, wovon einige volljährig und andere minderjährig waren, sollte der rechtliche Rahmen geschaffen werden, damit im Sinne der Opfer die beiden zuständigen Dienste jeweils Absprachen treffen können, so dass die Vermittlung unabhängig des Alters des Täters durch nur einen der beiden Dienste durchgeführt werden kann.

7. Sowohl das Justizhaus (Ehescheidung, Adoption) als auch der Fachbereich Jugendhilfe (Jugendhilfe, Jugendschutzmaßnahmen und Adoption) führen derzeit Sozialuntersuchungen im Auftrag der Gerichtsbehörden in Fällen durch, in denen Jugendliche betroffen sind. Um die Qualität und Effizienz der Sozialuntersuchungen zu steigern, schlägt die Arbeitsgruppe vor, dass die Sozialuntersuchungen, die Jugendliche betreffen, in den zu untersuchenden Aspekten als auch in der Darstellung weit möglichst vereinheitlicht werden. [...]
8. Da die Deutschsprachige Gemeinschaft nicht alle spezifischen Begleit- und Betreuungsstrukturen in der Deutschsprachige Gemeinschaft organisieren kann, sollte die Möglichkeit der Nutzung von Angeboten im Ausland aus Gründen der Rechtssicherheit juristisch formalisiert werden. Mit der Übertragung der vollständigen Zuständigkeit im Bereich des Jugendschutzes sollten entsprechende hoheitliche Abkommen zwischen der Deutschsprachige Gemeinschaft und insbesondere Deutschland abgeschlossen werden. [...]

Alle Empfehlungen der Arbeitsgruppe „Justiz“ wurden bei der Ausarbeitung des Dekretentwurfs berücksichtigt. Die Empfehlung Nummer 7, in der die Vereinheitlichung der vom Fachbereich Justizhaus und vom Fachbereich Jugendhilfe durchgeführten Sozialuntersuchungen empfohlen wird, konnte jedoch nicht in eine dekretale Bestimmung gefasst werden. Ein Austausch zwischen den Fachbereichen über ihre Arbeitsmethoden ist sicherlich wertvoll und findet sporadisch auch statt. Beispielsweise wurde die Darstellung von Berichten über Sozialuntersuchungen gemeinsam besprochen oder Fälle, an denen beide Fachbereiche beteiligt sind, wurden gemeinsam vorbereitet. Es wurde auch deutlich, dass der systemische Ansatz der Jugendhilfe und des Justizhauses die Zusammenarbeit fördert und dass sich diese Zusammenarbeit trotz unterschiedlicher Aufgaben in konkreten Fällen bewährt hat. Die Vereinheitlichung der Sozialuntersuchungen wurde jedoch nicht in einer dekretalen Bestimmung festgehalten, weil sie beiden Bereichen ihren Handlungsspielraum nehmen würde und der unterschiedlichen Zweckbestimmung der Untersuchungen in den einzelnen Bereichen nicht Rechnung tragen würde.

Gemäß der Empfehlung Nummer 1 der Arbeitsgruppe „Justiz“, damit die erforderlichen Anpassungen und die gesetzliche Grundlage den Bedürfnissen des Sektors entsprechen, führte der Fachbereich Jugendhilfe 2018 eine Evaluierung des derzeitigen Jugendschutzsystems und der bisher angewandten Jugendschutzmaßnahmen mit den beteiligten Akteuren durch. Anhand der Ergebnisse dieser Evaluierung wurde 2019 ein erster Textvorschlag ausgearbeitet, der anschließend mit den Gerichtsbehörden besprochen wurde. Bei dieser Konzertierung wurde nochmals deutlich, dass es sinnvoll wäre, das künftige Jugendschutzdekret mit dem derzeitigen Jugendhilfedekret zusammenzulegen, denn für Jugendliche, die eine als Straftat qualifizierte Tat begehen, ist neben der Reaktion auf diese Straftat häufig auch eine Unterstützung im Rahmen der Jugendhilfe erforderlich. Daher sollten größere Synergien zwischen den Verfahren der Jugendhilfe und des Jugendschutzes geschaffen werden.

Die Integration der Jugendschutzmaßnahmen in das bestehende Jugendhilfedekret bot die Gelegenheit, das gesamte Dekret vom 19. Mai 2008 über die Jugendhilfe und zur Umsetzung von Jugendschutzmaßnahmen zu überarbeiten bzw. ein grundlegend neues Dekret über die Jugendhilfe und den Jugendschutz zu verfassen. Dies unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen Entwicklungen der vergangenen vierzehn Jahre, wie beispielsweise veränderte Familienverhältnisse, kulturelle Vielfalt, steigende Armut und soziale Ausgrenzung, die die Arbeit der Fachkräfte in der einvernehmlichen und gerichtlichen Jugendhilfe

zunehmend komplexer werden lassen. Auch die Entwicklungen in den anderen Gemeinschaften sowie dem benachbarten Ausland machten eine grundlegende Überarbeitung des Dekrets vom 19. Mai 2008 erforderlich.

So hat der Fachbereich Jugendhilfe 2020 mit der Ausarbeitung eines neuen Dekrets begonnen, das die künftigen Jugendschutzbestimmungen und die überarbeiteten Jugendhilfebestimmungen in einer rechtlichen Grundlage vereint. Dadurch wurde der Empfehlung Nummer 5 der Arbeitsgruppe „Justiz“ Rechnung getragen.

Die Ausarbeitung des Dekretentwurfs erfolgte sowohl auf Grundlage der Dekrete der anderen föderalen Einheiten als auch durch Konzertierung mit den Diensten des Fachbereichs Jugendhilfe und der Gerichtsbarkeit. Auch weitere Akteure des Jugendhilfesektors und Vertreter anderer Sektoren wurden in die Ausarbeitung einbezogen, dies insbesondere unter der Steuerung des Begleitausschusses für die Jugendhilfe, der damit beauftragt wurde, „einen Prozess zu gestalten und zu begleiten, der eine inhaltliche Weiterentwicklung des Jugendhilfedekretes ermöglicht.“

Der Begleitausschuss für die Jugendhilfe wurde durch das Dekret vom 19. Mai 2008 geschaffen und setzt sich zusammen aus Vertretern der Dienste des Fachbereichs Jugendhilfe, des Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen (Kaleido Ostbelgien), der Öffentlichen Sozialhilfezentren (ÖSHZ), des Beratungs- und Therapiezentrum VoG (BTZ), des Zentrums für sozial-pädagogische Kinder- und Jugendbetreuung (Mosaik-Zentrum), der Sozialen Integrations- und Alltagshilfe VoG (SIA), des Time-Outs und der Netzwerkkoordination der Klinik St. Josef. Für die Dekretausarbeitung wurde der Begleitausschuss für die Jugendhilfe um Vertreter des Jugendgerichts, von Streetwork und der Leitung des Fachbereichs Jugendhilfe erweitert.

Der dekretale Auftrag des Begleitausschusses liegt darin, möglichst alle zwei Jahre ein Jugendhilfeforum für Dienste, Organisationen, Einrichtungen und Zentren aus den direkt oder indirekt betroffenen Arbeitsfeldern zur Jugendhilfeplanung und Vernetzung sowie zur Prävention durchzuführen. Im Rahmen dieser Foren sollen die Bedürfnisse in der Jugendhilfe gezielt ermittelt und die Zusammenarbeit zwischen den Partnern gefördert werden.

Am 13. Mai 2022 und am 3. Juni 2022 veranstaltete der Begleitausschuss für die Jugendhilfe zwei Foren, auf denen sich Akteure des Jugendhilfesektors und Vertreter anderer Sektoren zu den folgenden Themen austauschten: „Prävention in der Jugendhilfe - der Zukunft zuvorkommen“ sowie „Jugendhilfemaßnahmen der Zukunft - bereit für kommende Herausforderungen“.

Aus den Ergebnissen der Fragestellungen bzw. der Gespräche wurden die folgenden Themenfelder abgeleitet:

1. Prävention:
 - Arbeit im Netzwerk;
 - Schulung und Information;
 - Niederschwellige Beratung.
2. Jugendhilfe- und Jugendschutzmaßnahmen:
 - Niederschwellige Beratungsangebote/Anlaufstellen;
 - Niederschwellige, aufsuchende Hilfen;
 - Vernetzte und aufeinander abgestimmte Zusammenarbeit;
 - Fachkräftemangel/Wartelisten;
 - Neue stationäre Angebote.

Weiterführende Maßnahmen je Themenfeld sind in den vorliegenden Dekretentwurf eingeflossen.

Der vorliegende Dekretentwurf schafft die gesetzliche Grundlage dafür, die Jugendhilfe und den Jugendschutz in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu Gunsten von Kindern, Jugendlichen und deren Familien sowie für junge Erwachsene bedarfs- und zielgerichtet zu gestalten. Es gilt hierfür die Prävention zugunsten von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien zu stärken, den Herausforderungen der Zukunft zu entsprechen und die erforderlichen Jugendhilfe- und Jugendschutzmaßnahmen anbieten zu können.

Dieser Dekretentwurf ist daher notwendig, da er sowohl die Umsetzung einer neuen Zuständigkeit der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Bereich des Jugendschutzes als auch eine Anpassung und Aktualisierung des derzeitigen Jugendhilfesystems ermöglicht.

Prävention und Netzwerkarbeit

In diesem Kapitel soll der Rahmen für Präventionsmaßnahmen erläutert werden, die darauf abzielen, die Gefährdung von Kindern und Jugendlichen vorzubeugen und damit die Zahl der Personen, die mit der Jugendhilfe und dem Jugendschutz konfrontiert werden, so weit wie möglich zu reduzieren. Mit diesem Kapitel wird der Empfehlung Nummer 4 der Arbeitsgruppe „Justiz“ Rechnung getragen.

Prävention ist ein kontinuierlicher Prozess, der sowohl individuelle als auch kollektive Maßnahmen umfasst, innerhalb des Jugendhilfesektors sowie sektorenübergreifend. Hierzu gehören individuelle Beratungsangebote für Kinder, Jugendliche und deren Familien, Projekte im Lebensumfeld von Kindern und Jugendlichen, Schulungen für Ehrenamtliche und Fachkräfte oder Kampagnen für die breite Öffentlichkeit.

Prävention ist ein lokales Konstrukt. Sie findet im Rahmen eines bestimmten Gebiets statt, wo sie sich mit anderen bestehenden sozialen Maßnahmen verknüpft. Sie muss daher Teil eines Gesamtkonzepts sein, bei dem die Beteiligung und Vernetzung der Akteure der Jugendhilfe und des Jugendschutzes von entscheidender Bedeutung sind. In diesem Zusammenhang erfüllen das Jugendhilfenetzwerk und das Jugendschutznetzwerk eine Verbindungsfunktion, um die Situation von Kindern und Jugendlichen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu beobachten, eine strukturelle und regelmäßige Bedarfsanalyse zu erstellen und Schnittstellen erfolgreich zu gestalten. Damit die Überlegungen dieser Netzwerke auch in konkrete Maßnahmen münden und gegebenenfalls auf politischer Ebene umgesetzt werden können, soll eine Steuerungsgruppe eingerichtet werden, die diese Prozesse organisiert, steuert, begleitet und koordiniert.

Doch die Prävention begrenzt sich nicht auf die Bereiche der Jugendhilfe und des Jugendschutzes: es gibt Überschneidungen mit anderen Bereichen, wie beispielsweise mit dem Unterrichtswesen, der Jugendarbeit und der Gesundheitsförderung. Die Vernetzung mit diesen anderen Bereichen ist daher von großer Bedeutung, da hierdurch eine effektive und effiziente Vorbeugung und Begleitung durchgeführt werden kann. Der Erfolg der Jugendhilfe und des Jugendschutzes geht mit der positiven Entwicklung des gesamten Umfelds der Kinder und Jugendlichen einher und daher ist die Organisation von systemübergreifenden Foren zu Themen im Bereich der Jugendhilfe und des Jugendschutzes, an denen alle Akteure der Jugendhilfe, des Jugendschutzes und Akteure nahe liegender Bereiche teilnehmen, essenziell.

Fachbereich Jugendhilfe

In diesem Kapitel werden die Bestimmungen festgehalten, die der Arbeit des Fachbereichs Jugendhilfe zu Grunde liegen. Der Fokus liegt hierbei auf der Effizienz und der Effektivität der Hilfen und auf eine zielführende, abgestimmte und transparente Aufgaben- und Arbeitsverteilung im Fachbereich.

Anders als im Dekret vom 19. Mai 2008 werden die Hilfen und Aufgaben im Dekretentwurf nicht mehr einzelnen Diensten zugeordnet, sondern dem gesamten Fachbereich.

Einvernehmliche und gerichtliche Jugendhilfe

Dieses Kapitel ist insbesondere anwendbar auf Kinder, die sich in einer sie gefährdenden Lebenssituation befinden, d.h. Kinder, deren physische, psychische und moralische Unversehrtheit, gesunde Entwicklung, Erziehung oder Teilhabe am sozialen und gesellschaftlichen Leben durch eigenes Verhalten oder durch andere Personen oder Situationen gefährdet ist, sowie auf Erziehungsberechtigte, die bei der Ausübung ihrer elterlichen Pflichten auf Schwierigkeiten stoßen. Ebenso können im Rahmen der einvernehmlichen Jugendhilfe junge Erwachsene, die beim Übergang in eine eigenständige Lebensführung auf Unterstützung angewiesen sind, beraten und orientiert werden.

Die meisten Bestimmungen des Dekrets vom 19. Mai 2008 wurden übernommen. Die Verfahren wurden jedoch umfassender und klarer geregelt.

Der Fachbereich Jugendhilfe ist der wichtigste Akteur im Rahmen der einvernehmlichen Jugendhilfe, bei der die erforderlichen Jugendhilfemaßnahmen mit dem Kind und seinen Erziehungsberechtigten erarbeitet und umgesetzt werden sollen.

Nur die letzten Bestimmungen in Abschnitt 2 weichen von dieser einvernehmlichen Zusammenarbeit ab, da sie das Eingreifen des Prokurators des Königs, des Jugendrichters oder des Jugendgerichts ermöglichen. Ein Eingreifen der Gerichtsbarkeit wird dann erforderlich, wenn es gilt, das Kind zu schützen und eine Gefährdung des Kindes abzuwenden. Hierzu gehören auch Situationen, in denen es eine Gefährdungssituation nicht zulässt, die Organisation und Umsetzung der einvernehmlichen Hilfe abzuwarten.

Nach Eingreifen der Gerichtsbarkeit und dem Ergreifen von Maßnahmen, die die Gefahren und die Gefährdungssituationen beheben, wird erneut der Fokus darauf gelegt die Arbeit mit den Kindern und deren Erziehungsberechtigten weitestgehend einvernehmlich fortzuführen. Ist dies jedoch nicht möglich und ist das Kind weiterhin gefährdet, wird das derzeitige Verfahren der gerichtlichen Jugendhilfe beibehalten, in dessen Rahmen das Jugendgericht Maßnahmen zugunsten des Kindes oder seiner Erziehungsberechtigten aufrechterhalten oder ergreifen kann.

Jugendschutz

Die Deutschsprachige Gemeinschaft kann die Art der Maßnahmen festlegen, die gegenüber Jugendlichen, die eine als Straftat qualifizierte Tat begangen haben, ergriffen werden können. Ebenfalls kann sie die Kriterien festlegen, die bei der Auswahl der anzuordnenden Maßnahmen zu berücksichtigen sind, wobei diese Maßnahmen nach den vorbereitenden Arbeiten zur institutionellen Reform als "soziale Reaktionen auf die Straffälligkeit, unabhängig von der Instanz/Autorität, von der sie ausgehen (Staatsanwaltschaft/Richter/Gericht)" zu verstehen sind. Nach denselben Arbeiten umfasst diese Zuständigkeit insbesondere "die Festlegung des Inhalts der Maßnahmen, der Bedingungen, unter denen sie ergriffen werden können, wie beispielsweise die Festlegung des Alters, ab dem sie angeordnet werden

können, und die Auswahl der Kategorien von Straftaten, die sie rechtfertigen, sowie die Dauer der Maßnahmen, einschließlich der Bedingungen für ihre Verlängerung". Die Deutschsprachige Gemeinschaft kann auch die "Grundsätze, die diesen Maßnahmen zugrunde liegen, mit Ausnahme derjenigen, die sich auf die Verfahrensregeln vor den Jugendgerichten beziehen", festlegen.

Hierbei handelt es sich um die Bestimmungen zu den Jugendschutzmaßnahmen sowie um die Bestimmungen zur Abgabe der Sache, die derzeit im Gesetz vom 8. April 1965 enthalten sind.

Weiterhin in die Zuständigkeit des Föderalstaats fallen die Organisation der Jugendgerichte (Schaffung und Zusammensetzung), ihre territoriale Zuständigkeit und das Verfahren vor diesen Gerichten. In den vorbereitenden Arbeiten zur institutionellen Reform wird darauf hingewiesen, dass die Gemeinschaften Artikel 10 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen ("implizite Befugnisse") anwenden können, um die Verfahrensregeln festzulegen, die untrennbar mit den Maßnahmen verbunden sind, für die sie nun zuständig sind. Als Beispiele werden die Bestimmungen des Gesetzes vom 8. April 1965 genannt, die sich auf die Begründungspflicht des Jugendgerichts (Artikel 37 §2quinquies) beziehen sowie auf die Untersuchungen, die das Gericht durchführen lassen kann, um insbesondere die Persönlichkeit des Jugendlichen kennenzulernen (Artikel 50), und die Möglichkeit des Gerichts, die getroffenen Maßnahmen zu widerrufen oder zu ändern (Artikel 60).

Die Maßnahmen des Gesetzes vom 8. April 1965 werden fast vollständig im Dekretentwurf übernommen, aber klarer dargestellt. Es handelt sich um ein breites Spektrum an Maßnahmen, das im Prinzip für jede Situation eine passende Antwort bietet.

Bei der durch den Fachbereich Jugendhilfe durchgeführten Evaluierung des derzeitigen Jugendschutzsystems wurde festgestellt, dass der Wille des Gesetzgebers, die Nutzung von Wiedergutmachungsmaßnahmen zu fördern, in der Praxis noch nicht ausreichend umgesetzt wurde. Laut einer Recherche des Nationalen Instituts für Kriminalistik und Kriminologie (NIKK)¹ werden sie nur in 3% der Situationen vorgeschlagen. In 80% der Situationen, in denen eine Vermittlung vorgeschlagen wird, geht diese von der Staatsanwaltschaft aus. Ebenso greifen die Jugendgerichte nur sehr selten auf das schriftliche Projekt zurück. Nach den Recherchen des NIKK ist dies vor allem darauf zurückzuführen, dass diese Möglichkeit bei den Beteiligten, in erster Linie bei den Jugendlichen und ihren Anwälten, nicht ausreichend bekannt ist.

Um das zu verändern, führt der Dekretentwurf eine Verpflichtung für die Gerichtsbehörden ein, die betroffenen Personen über die Möglichkeit zu informieren, dass sie in allen Phasen des Verfahrens eine Vermittlung beantragen oder ein Projekt vorlegen können. Vorrangig soll somit eine Vermittlung in Betracht gezogen und die Durchführbarkeit eines vom tatverdächtigen Jugendlichen vorgelegten Projekts geprüft werden. Der Jugendrichter oder das Jugendgericht kann nur dann eine andere Jugendschutzmaßnahme ergreifen, wenn sich eine beantragte Vermittlung oder ein vorgelegtes Projekt als undurchführbar, unangemessen oder unzureichend erweist.

Wenn die Vermittlung oder das Projekt vom Prokurator des Königs vorgeschlagen werden, sieht der Dekretentwurf bei ordnungsgemäßer Durchführung zudem die automatische Einstellung des Strafverfahrens vor, wie dies auch bei der Vermittlung von Erwachsenen

¹ GILBERT E., MAHIEU V., GOEDSEELS E., RAVIER I., Recherche relative aux décisions des juges/tribunaux de la jeunesse dans les affaires de faits qualifiés infraction, Rapport final, Institut National de Criminalistique et de Criminologie, Bruxelles, 2012.

der Fall ist, damit diese Maßnahmen eine echte Alternative zu anderen Maßnahmen darstellen können.

Die anderen Maßnahmen neben der Vermittlung und dem Projekt sind: ambulante Begleitungen und Betreuungen, der Verbleib im gewöhnlichen Aufenthaltsort unter Einhaltung einer oder mehrerer Auflagen, eine erzieherische und gemeinnützige Leistung, eine teilstationäre Behandlung, Begleitung und Betreuung oder eine stationäre Behandlung und Betreuung.

Die Subsidiarität der stationären Maßnahmen gegenüber den anderen Maßnahmen und insbesondere die Subsidiarität der freiheitsentziehenden Maßnahmen (geschlossene Einrichtung oder geschlossene Abteilung einer öffentlichen Jugendseinrichtung) gegenüber der stationären Betreuung in einem offenen Rahmen bleiben grundlegende Prinzipien bei der Betreuung von Jugendlichen.

Die Bestimmungen des Dekretentwurfs, die die Bedingungen für die stationäre Betreuung eines Jugendlichen in einer offenen oder geschlossenen Abteilung einer öffentlichen Jugendseinrichtung regeln, wurden an die in der Französischen Gemeinschaft geltenden Bestimmungen angepasst, da angesichts der begrenzten Anzahl deutschsprachiger Jugendlicher, die stationär in diesen Jugendseinrichtungen betreut werden, derzeit nicht beabsichtigt ist, eine solche Einrichtung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu schaffen. Die Zusammenarbeit zwischen beiden Gemeinschaften wird durch das Sektorielle Abkommen vom 27. April 2001 zwischen der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Bereich der Jugendhilfe und Adoption ermöglicht.

Die einzigen Maßnahmen, die bei Jugendlichen unter zwölf Jahren ergriffen werden dürfen, sind die Vermittlung und die ambulanten Begleit- und Betreuungsmaßnahmen. Wenn diese Maßnahmen nicht geeignet sind, wird ein Übergang zur gerichtlichen Jugendhilfe möglich gemacht.

Der Dekretentwurf sieht auch vor, dass das Jugendgericht, wenn es die Ausarbeitung und Durchführung eines Projekts genehmigt, gleichzeitig Ersatzmaßnahmen vorsehen kann, die verhängt werden können, wenn der Jugendliche das Projekt nicht innerhalb der vorgesehenen Frist oder nicht gemäß den vorgesehenen Modalitäten durchführt. Bei diesen Ersatzmaßnahmen handelt es sich um eine ambulante Begleitung und Betreuung, eine erzieherische und gemeinnützige Leistung, die Erfüllung bestimmter Auflagen, eine teilstationäre Behandlung, Begleitung und Betreuung oder eine stationäre Behandlung und Betreuung. Auf diese Weise soll die Umsetzung dieser Ersatzmaßnahmen ermöglicht werden, ohne dass eine erneute Vorladung vor das Jugendgericht erforderlich ist.

Des Weiteren sieht der Dekretentwurf vor, dass das Jugendgericht eine stationäre Behandlungs- oder Betreuungsmaßnahme aussetzen kann, sofern der Jugendliche andere bestimmte Maßnahmen durchführt. Bei diesen Maßnahmen handelt es sich um eine ambulante Begleitung und Betreuung, eine erzieherische und gemeinnützige Leistung oder die Erfüllung bestimmter Auflagen. Der Fachbereich Jugendhilfe ist dafür zuständig, den Jugendlichen während der sogenannten Bewährungszeit zu begleiten und zu unterstützen und die Durchführung der Maßnahmen zu überwachen. Ziel ist es, die stationären Maßnahmen zu reduzieren und so die soziale Wiedereingliederung der Jugendlichen und ihr Verantwortungsbewusstsein zu fördern.

Von den Faktoren, die der Prokurator des Königs, das Jugendgericht oder der Jugendrichter bei seiner Entscheidung berücksichtigen muss, werden die Sicherheit, die Persönlichkeit, der Reifegrad und das Lebensumfeld des Jugendlichen durch die weiter gefassten Begriffe Bedürfnisse, Alter, Urteilsvermögen und Lebenssituation des Jugendlichen ersetzt. Die

anderen im Gesetz vom 8. April 1965 vorgesehenen Faktoren werden beibehalten, nämlich die Schwere der Jugendstraftat, die Umstände, unter denen sie begangen wurde, sowie die Schäden und die Konsequenzen für das Opfer, die bereits gegenüber dem Jugendlichen ergriffenen Jugendschutzmaßnahmen und das Verhalten des Jugendlichen während ihrer Durchführung sowie die öffentliche Sicherheit.

Die Möglichkeit der Abgabe der Sache wird beibehalten, ihre Bedingungen werden jedoch verschärft, um die allgemeine Philosophie des Jugendschutzes besser zu respektieren und den Ausschluss des Jugendlichen aus dem System nur dann zu ermöglichen, wenn die Jugendschutzmaßnahmen nachweislich unzureichend sind.

KOMMENTAR ZU DEN ARTIKELN

Artikel 1

Dieser Artikel bestimmt den allgemeinen Anwendungsbereich des Dekretentwurfs. Die Artikel 27 und 54 bestimmen hingegen die spezifischen Anwendungsbereiche der Jugendhilfe (Kapitel 4) und des Jugendschutzes (Kapitel 5).

Prioritärer Nutznießer der Jugendhilfe ist im Allgemeinen jedes Kind, das sich in einer es gefährdenden Lebenssituation befindet und spezifischer jedes Kind, dessen physische, psychische und moralische Unversehrtheit, gesunde Entwicklung, Erziehung oder soziale Teilhabe durch eigenes Verhalten oder durch andere Personen oder Situationen gefährdet ist.

Auch findet der Dekretentwurf Anwendung auf junge Erwachsene bis 21 Jahre, die auf ihrem Weg zur Verselbstständigung ein Beratungsangebot der Jugendhilfe benötigen.

Im Rahmen des Jugendschutzes findet der Dekretentwurf zudem Anwendung auf jeden Jugendlichen, der verdächtigt wird, vor dem Alter von 18 Jahren eine Jugendstraftat begangen zu haben und jeden Jugendlichen, bei dem diese Tat erwiesen ist.

Um die gesetzten Ziele zu erreichen, gilt der Dekretentwurf auch für Erziehungsberechtigte, die aufgrund mangelnder Verantwortung oder Erziehungskompetenz, besonderer Bedürfnisse des Kindes oder Jugendlichen oder anderer belastender Umstände Schwierigkeiten haben, die Integrität, die gesunde Entwicklung, die Erziehung oder die soziale Teilhabe ihres Kindes oder Jugendlichen zu gewährleisten. Dies könnte beispielsweise der Fall sein bei Eltern mit psychischen Erkrankungen oder bei Eltern, die mit dem Verhalten ihres Kindes oder Jugendlichen überfordert sind. Vorliegender Dekretentwurf soll auch die Mittel liefern, um die Beziehung zwischen dem Kind oder Jugendlichen und seinen Erziehungsberechtigten zu stärken, die Erziehungskompetenzen der Erziehungsberechtigten zu fördern und die Erziehungsberechtigten bei ihren Erziehungsaufgaben zu unterstützen.

Schließlich ist der Dekretentwurf anwendbar auf alle Anbieter, Dienstleister, Pflegefamilien und Gerichtsbehörden, die in den Bereichen der Jugendhilfe und des Jugendschutzes tätig sind.

Artikel 2

Personenbezeichnungen im Dekretentwurf gelten für alle Geschlechter gleichermaßen.

Artikel 3

Dieser Artikel definiert Begriffe des Dekretentwurfs, die an mehreren Stellen vorkommen

und sorgt so für ein einheitliches Verständnis der entsprechenden Bestimmungen.

Die Begriffsbestimmungen wurden in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt.

Nummer 5 definiert den Dienstleister als die natürliche oder juristische Person, die durch den Fachbereich Jugendhilfe oder durch die Gerichtsbehörden im Rahmen eines Vertrags, Beschlusses oder Urteils mit der Umsetzung von Jugendhilfe- oder Jugendschutzmaßnahmen beauftragt werden kann. Im Gegensatz zu den unter Nummer 15 erwähnten Jugendhilfeanbietern und den unter Nummer 19 erwähnten Jugendschutzanbietern, die ebenfalls mit der Umsetzung von Jugendhilfe- oder Jugendschutzmaßnahmen beauftragt werden können, sind die Dienstleister nicht hauptsächlich im Bereich der Jugendhilfe und des

Jugendschutzes tätig. Aus diesem Grund müssen die Dienstleister vor Aufnahme ihrer Tätigkeit auch keine Anerkennung im Rahmen des Dekretentwurfs erwirken. Dienstleister, die ihre Tätigkeit auch außerhalb des vorliegenden Dekretentwurfs ausüben, sind beispielsweise Therapeuten, Kinderkrippen oder Internate.

Nummer 7 definiert die Erziehungsberechtigten in erster Linie als die natürlichen Personen, die über die elterliche Autorität, wie sie in Artikel 371 und folgende des früheren Zivilgesetzbuches festgelegt ist, verfügen. Gemeint sind demnach die rechtmäßigen Eltern des Kindes oder des Jugendlichen. Ausgeschlossen aus dieser Definition sind natürliche Personen, die aufgrund des Gesetzes oder eines richterlichen Beschlusses befugt sind, die vollständige oder teilweise elterliche Autorität über das Kind oder den Jugendlichen auszuüben, wie beispielsweise, in Anwendung von Artikel 387quinquies und folgende des früheren Zivilgesetzbuches, die Pflegeeltern.

Erziehungsberechtigter ist ebenfalls der Vormund. Die Vormundschaft über Kinder wird gemäß Artikel 389 Abschnitt 1 des früheren Zivilgesetzbuches eröffnet, „wenn beide Elternteile verstorben oder gesetzlich unbekannt sind, wenn sie dauerhaft außerstande sind, die elterliche Autorität auszuüben, oder wenn sie unfähig sind, ihren Willen zu äußern.“

Letztendlich gilt als Erziehungsberechtigter die in Artikel 34 des Gesetzes vom 8. April 1965 durch das Jugendgericht bestellte Person, die bei Ausspruch der vollständigen oder teilweisen Entziehung der elterlichen Autorität, unter Kontrolle des Jugendgerichts die in Artikel 33 Nummern 1 und 2 des Gesetzes vom 8. April 1965 erwähnten Rechte (das Sorge- und Erziehungsrecht und das Recht das Kind zu vertreten, seinen Handlungen zuzustimmen und sein Vermögen zu verwalten) die den Eltern oder einem Elternteil entzogen wurden, ausübt und die damit verbundenen Verpflichtungen erfüllt.

Nummer 9 definiert die Gefährdung des Kindes als die bereits eingetretene oder zu erwartende Verletzung seiner Integrität, durch sein eigenes Verhalten, das Verhalten seiner Erziehungsberechtigten, das Verhalten von Drittpersonen, durch seine Lebensumstände, durch Beziehungskonflikte oder durch besondere Ereignisse. Wobei die Integrität unter Nummer 13 als die physische, psychische und moralische Unversehrtheit des Kindes oder des Jugendlichen definiert wird. Diese Definition gibt dem Fachbereich Jugendhilfe und den Gerichtsbehörden einige Anhaltspunkte, um im Einzelfall eine gefährdende Lebenssituation festzustellen und ihre Intervention zu begründen. Zudem bekräftigt diese Definition das den Kindern durch Artikel 22bis Absatz 1 der Verfassung zuerkannte Recht auf „Achtung ihrer moralischen, körperlichen, geistigen und sexuellen Unversehrtheit.“ Eine vom Fachbereich Jugendhilfe festgestellte mögliche Gefährdung des Kindes und das Fehlen einer einvernehmlichen Zusammenarbeit mit den Erziehungsberechtigten oder eine akute Gefährdung, das heißt eine gegenwärtige, unmittelbar bevorstehende Gefährdung, sind Grund für ein Tätigwerden der Gerichtsbehörden im Rahmen der Jugendhilfe.

Nummer 12 definiert den gewöhnlichen Lebensort als den Ort, an dem sich der Lebensmittelpunkt der natürlichen Person befindet. Es handelt sich also um den Ort, an dem eine natürliche Person sich hauptsächlich niedergelassen hat, auch wenn sie nicht dort eingetragen ist. Um diesen Ort zu bestimmen, werden Umstände persönlicher Art berücksichtigt, die auf dauerhafte Verbindungen mit diesem Ort oder auf den Willen, solche Verbindungen zu knüpfen, schließen lassen.

Nummer 14 definiert die Jugendhilfe als die spezialisierte Hilfe, die dem Kind und seiner Familie im Rahmen des vorliegenden Dekretentwurfs gewährt wird. Diese spezialisierte Hilfe versteht sich als subsidiär, das heißt als zusätzlich und ergänzend zur allgemeinen Sozialhilfe, die beispielsweise durch die Öffentlichen Sozialhilfezentren oder das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen gewährt werden kann. Die Jugendhilfe

wird somit nur gewährt, wenn in Anbetracht der Besonderheit der Anfrage keine andere allgemeine Hilfeleistung in Frage kommt.

Die Jugendhilfe als übergeordneter Begriff umfasst die einvernehmliche und die gerichtliche Jugendhilfe. Die einvernehmliche Jugendhilfe ist unter Nummer 6 definiert und bezeichnet die spezialisierten Hilfemaßnahmen, die der Fachbereich Jugendhilfe im Einverständnis mit dem Kind und seinen Erziehungsberechtigten erarbeitet. Diese Jugendhilfemaßnahmen können eine ambulante, stationäre oder teilstationäre Form annehmen. Der Inhalt richtet sich dabei an den Bedarf im Einzelfall. So kann die ambulante Hilfe beispielsweise eine sozialpädagogische, therapeutische oder psychologische Begleitung oder eine Erziehungsbegleitung sein, die teilstationäre Hilfe eine Teilzeitpflege oder ein Internatsaufenthalt und die stationäre Hilfe eine Langzeitpflege oder eine Betreuung in einer Einrichtung. Für junge Erwachsene können im Rahmen der einvernehmlichen Jugendhilfe ebenfalls Beratungsangebote erarbeitet werden.

Die gerichtliche Jugendhilfe, die unter Nummer 10 definiert wird, steht für die spezialisierten Hilfemaßnahmen, die durch das Jugendgericht oder durch den Jugendrichter angeordnet werden können, wenn und solange eine Gefährdung für das Kind besteht und die Erziehungsberechtigten nicht gewillt oder in der Lage sind, eine solche Gefährdung abzuwenden oder in akuten Situationen, die einen unmittelbaren Schutz des gefährdeten Kindes erfordern. Diese Maßnahmen sind in Kapitel 4, Abschnitt 3, Unterabschnitt 2 des Dekretentwurfs festgelegt und werden in der Regel durch den Fachbereich Jugendhilfe organisiert und begleitet.

Solange der Fachbereich Jugendhilfe also von einer Zusammenarbeit mit den Erziehungsberechtigten bei der Gefährdungsabwendung für das Kind ausgehen kann, ist er nicht auf die Unterstützung durch das Jugendgericht angewiesen. Bedarf es aber zur Abwehr einer Gefährdung einer verbindlichen Einflussnahme auf die elterliche Erziehungsverantwortung, so wird das Jugendgericht im Rahmen der gerichtlichen Jugendhilfe tätig.

Nummer 17 definiert den Jugendlichen als jede natürliche Person, die unter Verdacht steht, vor dem Alter von 18 Jahren eine Jugendstraftat begangen zu haben (tatverdächtiger Jugendlicher) oder diejenige, die für diese Tat rechtskräftig verurteilt wurde (straffälliger Jugendlicher). Dieser Begriff findet ausschließlich im Rahmen des Jugendschutzes Anwendung und unterscheidet sich von den Begriffen „Kind“ und „junger Erwachsener“, die im Rahmen der einvernehmlichen und gerichtlichen Jugendhilfe gebraucht werden. Die Wahl des Begriffes "Jugendlicher" ist dadurch begründet, dass die Mehrheit der vom Jugendschutz betroffenen Personen über zwölf Jahre alt ist. Im Rahmen des Jugendschutzes können die Gerichtsbehörden Maßnahmen vorschlagen oder anordnen. Diese Maßnahmen werden durch den Fachbereich Jugendhilfe organisiert und begleitet.

Nummer 18 definiert den Jugendschutz als die Intervention des Prokurators des Königs, des Jugendrichters oder des Jugendgerichts gegenüber tatverdächtigen oder straffälligen Jugendlichen. Der Jugendschutz ist somit die Reaktion der Gesellschaft auf strafbare Handlungen von Jugendlichen. Diese Reaktion muss insbesondere darauf abzielen, die Jugendlichen zur Verantwortung zu ziehen, um zu verhindern, dass sie erneut Jugendstraftaten begehen.

Nummer 24 definiert das Kind als jede natürliche Person bis 18 Jahre, die im Rahmen der Jugendhilfe begleitet wird. Die Jugendhilfe richtet sich in erster Linie an Kinder unter 18 Jahren. Durch die Möglichkeit, die Hilfe für junge Erwachsene zwischen 18 und 21 Jahren (siehe Nummer 22) zu verlängern, sorgt der Dekretentwurf für einen harmonischen Übergang vom besonders geschützten Status des Minderjährigen zum Status des Erwachsenen. Es soll nämlich vermieden werden, dass ein Kind durch das einfache Erreichen eines

bestimmten Alters plötzlich keine Hilfe mehr erhält, obwohl es diese weiterhin benötigt. Als junge Erwachsene gelten auch natürliche Personen im Alter von 18 bis 21 Jahren, die nicht bereits vor ihrem 18. Lebensjahr im Rahmen der Jugendhilfe begleitet wurden und eine Beratung im Rahmen der einvernehmlichen Jugendhilfe in Anspruch nehmen möchten.

Nummer 27 definiert das Opfer als die natürlichen oder juristischen Personen, die direkt oder indirekt infolge einer Jugendstraftat einen Schaden oder Verlust erlitten haben. Dieser Schaden oder Verlust kann sowohl körperlicher, psychischer, moralischer oder wirtschaftlicher Natur sein. Der Begriff „Opfer“ findet in vorliegendem Dekretentwurf im Rahmen der Vermittlungen Anwendung (siehe Kommentar zu Nummer 34).

Nummer 28 definiert die Pflegschaft als die Maßnahme, die im Rahmen der Jugendhilfe oder des Jugendschutzes vereinbart, beziehungsweise angeordnet werden kann, um Kindern und Jugendlichen in einem anderen familiären Umfeld eine befristete Erziehungshilfe oder eine auf Dauer angelegte Lebensform zu bieten. Die Pflegschaft unterscheidet zwischen den stationären Formen der Bereitschaftspflege und der Langzeitpflege und der teilstationären Form der Teilzeitpflege.

Bei der Bereitschaftspflege (Nummer 1) handelt es sich um die kurzzeitige Aufnahme eines Kindes oder Jugendlichen in einer hierfür anerkannten Pflegefamilie, entweder, weil die Erziehungsberechtigten die Versorgung, Betreuung und Erziehung für einen begrenzten Zeitraum nicht gewährleisten können oder, weil im Rahmen einer Krisenintervention weitere Perspektiven für das Kind oder den Jugendlichen geklärt werden müssen. Durch die Bereitschaftspflege sollen die Voraussetzungen für eine schnelle Rückkehr des Kindes oder Jugendlichen in seine Familie geschaffen werden. Die Langzeitpflege (Nummer 25) erstreckt sich in der Regel über mehrere Jahre bis hin zur Volljährigkeit des Kindes, mit dem Ziel, dem Kind oder Jugendlichen einen gesicherten Lebensraum zu geben. Bei der Teilzeitpflege (Nummer 32) handelt es sich um die punktuelle Betreuung eines Kindes oder Jugendlichen durch eine Teilzeitpflegefamilie, die zum Ziel hat, den hauptsächlichen Lebensort des Kindes oder Jugendlichen zu entlasten.

Durch eine Vertrauensbeziehung zwischen dem Kind oder Jugendlichen und der Pflegefamilie soll die Pflegschaft die harmonische Entwicklung und Entfaltung des Kindes oder Jugendlichen fördern, wobei die Rolle der Erziehungsberechtigten bei der Ausübung der elterlichen Autorität über das Kind oder den Jugendlichen respektiert wird.

Die Anwerbung, Vorbereitung und Begleitung von Pflegefamilien sowie die Begleitung der Kinder, die sich in der Pflegschaft befinden, wird durch den Fachbereich Jugendhilfe gewährleistet.

Nummer 21 definiert die Jugendstraftat als eine im Sinne des Strafgesetzbuches als Straftat qualifizierte Tat.

Nummer 34 definiert die Vermittlung als die außergerichtlichen Konzertierungsgespräche zwischen dem Jugendlichen, seinen Erziehungsberechtigten und dem Opfer der Tat, die ermöglichen sollen, sich gemeinsam und mit Hilfe eines unparteiischen Vermittlers insbesondere mit den relationalen und materiellen Folgen einer Jugendstraftat auseinanderzusetzen. Der Jugendliche und das Opfer treffen hierbei eine Vereinbarung, ohne dass es zu einem Gerichtsverfahren kommt.

Bei der Vermittlung handelt es sich also ausschließlich um eine Jugendschutzmaßnahme, die dem Jugendlichen die Möglichkeit bieten soll, seinen eigenen Beitrag zur Wiedergutmachung der Jugendstraftat zu leisten, indem er aktiv an der Ausarbeitung und Umsetzung der Maßnahme beteiligt wird. Dies soll ihn dazu führen, sich der Konsequenzen seines

Handelns für das Opfer bewusst zu werden und Eigenverantwortung zu übernehmen. Zudem ermöglicht die Vermittlung dem Opfer als solches anerkannt zu werden, seine Meinung zur Wiedergutmachung zu äußern sowie das Erlebte aufzuarbeiten.

Die Vermittlung kann in allen Phasen des Verfahrens beantragt werden und wird durch den Fachbereich Jugendhilfe organisiert und begleitet.

Nummer 35 definiert die vertrauten Personen als die natürlichen Personen, zu denen das Kind oder der Jugendliche eine soziale oder affektive Bindung hat, ohne dass ein verwandtschaftliches Verhältnis besteht. Vertraute Personen können beispielsweise Stiefeltern oder Referenzerzieher sein.

Nummer 36 definiert die ZBGA als die in Artikel 6 des Dekrets vom 27. April 2020 über die Adoption von Kindern erwähnte Zentrale Behörde der Gemeinschaft für Adoption. Die ZBGA wurde in Anwendung des Übereinkommens vom 29. Mai 1993 über den Schutz von Kindern und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der internationalen Adoption sowie des Artikels 360-1 des früheren Zivilgesetzbuchs durch das Dekret vom 27. April 2020 über die Adoption von Kindern geschaffen, um die durch das Übereinkommen übertragenen Aufgaben in der Deutschsprachigen Gemeinschaft wahrzunehmen. Die ZBGA ist Teil des Fachbereichs Jugendhilfe des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Diese Zuordnung ergibt sich aus dem Aufgabenfeld der ZBGA, nämlich die Umrahmung der Adoption, die in erster Linie als eine Maßnahme zum Schutz des Kindes zu betrachten ist. Artikel 23 §2 des Dekrets vom 27. April 2020 über die Adoption von Kindern ermöglicht es der ZBGA die stationäre Betreuung von Kindern in Auftrag zu geben. Dies soll insbesondere gegeben sein, wenn leibliche Eltern aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft entscheiden, ihr Kind zur Adoption freizugeben. Die leiblichen Eltern können der Adoption erst zwei Monate nach der Geburt ihres Kindes zustimmen. Sollten sie bis dahin nicht für das Kind sorgen können oder wollen, kann die ZBGA intervenieren, um nach einer geeigneten Hilfe für das Kind zu suchen, beispielsweise eine Aufnahme in einer Pflegefamilie oder einer Einrichtung.

Artikel 4

Das Kind und der Jugendliche sind mündige Mitglieder der Gesellschaft und Rechtssubjekte. So stellt dieser Artikel den Bezug zu den Rechten der Kinder und Jugendlichen her, die ihnen durch die Verfassung und dem Übereinkommen vom 20. November 1989 über die Rechte des Kindes zuerkannt werden. Die Achtung der Person des Kindes oder des Jugendlichen gebietet insbesondere, dass sie bei jeder sie betreffenden Maßnahme beteiligt werden. Dies schließt ein, dass die in Artikel 4 des Dekretentwurfs aufgezählten Grundsätze gewährleistet werden.

Nummer 1 bekräftigt die Berücksichtigung der Bedürfnisse des Kindes und des Jugendlichen als wesentliche Grundlage für die Jugendhilfe und den Jugendschutz. Sie werden von den Fachkräften im Austausch mit dem betroffenen Kind und Jugendlichen und ihren Erziehungsberechtigten erfasst. Durch die Verwendung des Begriffs „Bedürfnisse des Kindes“ soll der weit gefasste Grundsatz des Kindeswohls (Artikel 3 des Übereinkommens über die Rechte des Kindes und Artikel 22bis Absatz 4 der Verfassung) konkretisiert werden.

Umgesetzt wird dies im Dekretentwurf insbesondere durch die Berücksichtigung der in Artikel 12 §1 Nummer 1 und Artikel 12 §2 Nummer 1 erwähnten Faktoren bei der Planung, dem Vorschlag oder der Anordnung einer Jugendhilfe- oder Jugendschutzmaßnahme.

Nummer 2 bezieht sich auf die in Artikel 12 des Übereinkommens über die Rechte des Kindes und Artikel 22bis Absatz 2 der Verfassung erwähnte Berücksichtigung des Kindeswillens. Das Kind und der Jugendliche haben das Recht, sich in allen Angelegenheiten, die sie

betreffen, frei zu äußern. Ihrer Meinung muss entsprechend ihrem Alter und ihrem Urteilsvermögen Rechnung getragen werden.

Umgesetzt wird dies im Dekretentwurf insbesondere durch die mit dem Kind durchgeführte Jugendhilfeplanung, die Möglichkeit für das Kind und den Jugendlichen, die Abänderung der Maßnahmen zu beantragen und diesbezüglich angehört zu werden oder durch die Beschwerdemöglichkeiten, die Kindern und Jugendlichen zur Verfügung stehen.

Durch Nummer 3 wird das in Artikel 2 des Internationalen Übereinkommens über die Rechte des Kindes und Artikel 11 der Verfassung verankerte Diskriminierungsverbot bestärkt. So wird festgelegt, dass jeder, der an der Ausführung des Dekretentwurfs beteiligt ist, die Rechte des Kindes und des Jugendlichen achtet ohne jegliche Diskriminierung aufgrund der Nationalität, einer sogenannten Rasse, der Hautfarbe, der Abstammung oder der nationalen oder ethnischen Herkunft, des Alters, der sexuellen Ausrichtung, der Religionszugehörigkeit oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Geschlechtes und verwandter Gebiete wie die Schwangerschaft, die Geburt und Mutterschaft, die Elternschaft oder aber die Geschlechtsumwandlung, des Zivilstandes, der Geburt, des Vermögens, der politischen Anschauung, der gewerkschaftlichen Überzeugung, der Sprache, des aktuellen oder zukünftigen Gesundheitszustandes, eines physischen oder genetischen Merkmals oder der sozialen Herkunft.

Auch Nummer 4 trägt zum Recht des Kindes und des Jugendlichen auf Beteiligung bei. So wird gewährleistet, dass sie sich von einer Person ihrer Wahl zu den sie betreffenden Gesprächen begleiten lassen können. Es können ebenfalls getrennte Gespräche stattfinden. Beide Maßnahmen zielen darauf ab, dem Kind und dem Jugendlichen die bestmögliche Ausgangssituation zu bieten, wenn sie sich etwa nicht dazu in der Lage sehen, ihre Ansichten allein zu vertreten, oder wenn sie gegebenenfalls durch die Anwesenheit gewisser Personen eingeschüchtert wären. Nur wenn es der Integrität des Kindes entgegensteht oder der Jugendrichter oder das Jugendgericht es bestimmen, kann das Kind oder der Jugendliche sich nicht von bestimmten Personen begleiten lassen.

Das in Nummer 5 erwähnte Recht des Kindes, alle Entscheidungen und Informationen in einer zugänglichen Sprache zu erhalten, trägt allgemein zur Konkretisierung des Rechts auf Beteiligung bei. Hierzu gehört auch die Möglichkeit, einen Dolmetscher hinzuzuziehen, wenn das Kind oder der Jugendliche der deutschen Sprache nicht mächtig ist.

Artikel 5

Dieser Artikel besagt, dass der Verbleib des Kindes oder Jugendlichen an seinem gewöhnlichen Lebensort, d.h. dem Ort, an dem sich sein Lebensmittelpunkt befindet, vorrangig ist. In diesem Sinne sind ambulante und teilstationäre Maßnahmen jeder Form von stationären Maßnahmen vorzuziehen. Falls ambulante und teilstationäre Maßnahmen zum Schutz der Integrität des Kindes oder des Jugendlichen jedoch nicht ausreichen und der Verbleib im gewöhnlichen Lebensort negative Folgen für das Kind oder den Jugendlichen haben könnten, dann soll eine stationäre Maßnahme in Betracht gezogen werden. Diese Maßnahme sollte gemäß Artikel 12 so weit wie möglich den Bedürfnissen und dem Alter des Kindes oder des Jugendlichen sowie seiner gesamten Lebenssituation angepasst sein. Die Erforderlichkeit der stationären Maßnahme soll in dieser Hinsicht regelmäßig überprüft werden. Wie bereits in der Erläuterung zu Artikel 4 Nummer 1 erwähnt, werden diese Bedürfnisse von den Fachkräften im Austausch mit dem betroffenen Kind und Jugendlichen und ihren Erziehungsberechtigten erfasst. Falls eine stationäre Maßnahme erforderlich ist, sollen ebenfalls die Kontakte zu seiner Familie, insbesondere zu seinen Erziehungsberechtigten, begünstigt und gefördert werden.

Ebenfalls soll bei einer stationären Maßnahme sichergestellt werden, dass das Kind oder der Jugendliche nicht von seinen Geschwistern getrennt wird. Dies in Anwendung des Gesetzes vom 20. Mai 2021 zur Abänderung des früheren Zivilgesetzbuches in Bezug auf die persönliche Bindung zwischen Geschwistern, das diesen ausdrücklich das Recht einräumt, auch nach einer Trennung der Eltern oder im Fall einer stationären Jugendhilfe- oder Jugendschutzmaßnahme, zusammenzubleiben. Nur wenn es der Integrität des Kindes oder des Jugendlichen entgegensteht, wird dieses Recht nicht ausgeübt und es kann eine andere Regelung getroffen werden. Aber auch in diesem Fall muss der persönliche Kontakt zwischen den Geschwistern aufrechterhalten bleiben.

Was freiheitsentziehende Maßnahmen des Jugendlichen betrifft, wie beispielsweise eine Betreuung in einer geschlossenen Einrichtung oder einer geschlossenen Abteilung einer öffentlichen gemeinschaftlichen Jugendschutzeinrichtung, so dürfen diese ausschließlich zum Schutz der Gesellschaft oder zum Schutz seiner Integrität während einer begrenzten Zeit getroffen werden. Diese Freiheitseinschränkung muss durch den Jugendrichter oder das Jugendgericht ausdrücklich begründet sein.

Artikel 6

Dieser Artikel legt einen weiteren gesellschaftlichen Grundsatz fest, der im Rahmen der Jugendhilfe oder des Jugendschutzes zu berücksichtigen ist, nämlich die grundlegende Verantwortung der Erziehungsberechtigten für die Erziehung und den Unterhalt ihrer Kinder, die Aufsicht über diese sowie die damit verbundenen Rechte und Pflichten. So werden die Erziehungsberechtigten in allen Entscheidungen, die ihr Kind betreffen, einbezogen, außer es steht der Integrität des Kindes oder des Jugendlichen entgegen. Auch andere Personen, die eine wichtige soziale oder affektive Rolle für das Kind oder den Jugendlichen einnehmen, sollen einbezogen werden, wenn dies zielführend im Rahmen der Jugendhilfe- oder der Jugendschutzmaßnahme ist. Des Weiteren sollen die Erziehungsberechtigten auch in ihren Erziehungsaufgaben und bei der Lösung von Erziehungsfragen zur Verbesserung der Erziehungsbedingungen ihrer Kinder unterstützt werden.

Artikel 7

Dieser Artikel legt das Hauptziel der einvernehmlichen und gerichtlichen Jugendhilfe fest. So soll dem Kind ein altersgerechtes und menschenwürdiges Leben ermöglicht und seine gesunde Entwicklung bestmöglich gefördert werden. Wie bereits unter Artikel 5 erläutert, zielt die Jugendhilfe darauf ab, die Familie als Grundeinheit der Gesellschaft und natürliche Umgebung für die Entwicklung des Kindes zu unterstützen. Eine Unterstützung des Kindes und seiner Erziehungsberechtigten durch ambulante oder teilstationäre Maßnahmen ist somit einer Unterstützung durch stationäre Maßnahmen vorzuziehen. Auch soll die Jugendhilfe das Selbstbewusstsein des Kindes stärken und es bei seiner sozialen, schulischen und gegebenenfalls beruflichen Eingliederung unterstützen. Schlussendlich sollen junge Erwachsene bei ihrem Übergang in die eigenständige Lebensführung unterstützt werden.

Artikel 8

Dieser Artikel definiert das Hauptziel des Jugendschutzes. Der Jugendschutz ist die Reaktion der Gesellschaft auf strafbare Handlungen von Jugendlichen. Diese Reaktion muss insbesondere darauf abzielen, die Jugendlichen zur Verantwortung zu ziehen, um zu verhindern, dass sie erneut Jugendstraftaten begehen. Durch die Verhinderung von Rückfällen wird auch die Gesellschaft geschützt. Gleichzeitig soll der Jugendschutz dem Jugendlichen die Möglichkeit bieten, seinen eigenen Beitrag zur Wiedergutmachung zu leisten, indem er aktiv daran beteiligt wird. Dies soll dazu führen, dass er sich der Konsequenzen seines Handelns bewusst wird. Darüber hinaus soll der Jugendschutz dem Jugendlichen helfen, die

Regeln des gesellschaftlichen Lebens zu erlernen. Hierfür muss er erzieherisch, präventiv, schnell und wirksam sein.

Jugendliche, die strafbare Handlungen begehen, verfügen oftmals nicht über dasselbe Urteilsvermögen wie Erwachsene. Dies rechtfertigt eine unterschiedliche Behandlung in Bezug auf das Maß ihrer Verantwortlichkeit und die Konsequenzen ihres Handelns.

Artikel 9

Dieser Artikel definiert die ambulanten Maßnahmen als alle Jugendhilfe- oder Jugendschutzmaßnahmen, die nicht in einer stationären oder teilstationären Form erfolgen. Diese Maßnahmen richten sich sowohl an die Kinder und Jugendlichen als auch an ihre Erziehungsberechtigten. So können ambulante Maßnahmen beispielsweise eine sozialpädagogische, therapeutische oder psychologische Begleitung oder eine Erziehungsbegleitung sein.

Durch Beratung und Begleitung sollen die ambulanten Maßnahmen zur grundlegenden Klärung und Bewältigung von Konflikten beitragen, die Erziehungsbedingungen der Kinder und Jugendlichen verbessern, sie in Alltags- und Entwicklungsproblemen unterstützen und ihre Verselbstständigung fördern. Diese Zielvorgaben müssen sowohl vom Fachbereich Jugendhilfe als auch von den Gerichtsbehörden bei der Auswahl einer ambulanten Maßnahme berücksichtigt werden.

Absatz 3 dieses Artikels ermächtigt die Regierung, die Modalitäten sowie weitere Ziele der ambulanten Maßnahmen festlegen zu können.

Artikel 10

Dieser Artikel definiert die teilstationären Maßnahmen als alle Jugendhilfe- oder Jugendschutzmaßnahmen, die, wie die stationären Maßnahmen, sowohl eine Tages- als auch eine Nachtbetreuung umfassen können, aber bei denen sich der hauptsächliche Lebensort des Kindes oder des Jugendlichen außerhalb der betreuten Wohnform oder der Teilzeitpflegefamilie befindet. So können teilstationäre Maßnahmen beispielsweise ein Internatsaufenthalt oder eine Teilzeitpflege sein, bei denen das Kind oder der Jugendliche an gewissen Wochentagen im Internat oder durch die Teilzeitpflegefamilie betreut wird und an den anderen Tagen in seine Familie zurückkehrt.

Absatz 2 dieses Artikels legt die Ziele der teilstationären Maßnahmen fest. Diese Ziele müssen nicht alle gleichzeitig befolgt werden, aber sie müssen sowohl vom Fachbereich Jugendhilfe als auch von den Gerichtsbehörden bei der Auswahl einer teilstationären Jugendhilfe- oder Jugendschutzmaßnahme berücksichtigt werden.

Absatz 3 dieses Artikels ermächtigt die Regierung, die Modalitäten sowie weitere Ziele der teilstationären Maßnahmen festlegen zu können.

Artikel 11

Dieser Artikel definiert die stationären Maßnahmen als alle Jugendhilfe- oder Jugendschutzmaßnahmen, die eine Tages- und eine Nachtbetreuung in einer betreuten Wohnform oder einer Bereitschafts- oder Langzeitpflegefamilie umfassen und bei denen sich der hauptsächliche Lebensort des Kindes oder des Jugendlichen in der betreuten Wohnform oder in der Pflegefamilie befindet. So können stationäre Maßnahmen beispielsweise eine Bereitschafts- oder Langzeitpflege oder eine Behandlung oder Betreuung in einer offenen oder geschlossenen Einrichtung sein.

Absatz 2 dieses Artikels legt die Ziele der stationären Maßnahmen fest. Diese Ziele müssen nicht alle gleichzeitig befolgt werden, aber sie müssen sowohl vom Fachbereich Jugendhilfe als auch von den Gerichtsbehörden bei der Auswahl einer stationären Jugendhilfe- oder Jugendschutzmaßnahme berücksichtigt werden.

Absatz 3 dieses Artikels ermächtigt die Regierung, die Modalitäten sowie weitere Ziele der stationären Maßnahmen festlegen zu können.

Artikel 12

Dieser Artikel legt die Faktoren fest, die bei der Planung, dem Vorschlag oder der Anordnung eine Jugendhilfe- oder Jugendschutzmaßnahme berücksichtigt werden müssen, damit eine der Situation angepasste Maßnahme für das Kind oder den Jugendlichen getroffen werden kann. Die Reihenfolge der Faktoren spielt keine Rolle. Vielmehr ist die Interaktion zwischen den einzelnen Faktoren wichtig.

§1 dieses Artikels betrifft die Faktoren, die im Rahmen von Jugendhilfemaßnahmen gelten. Hierbei handelt es sich um die Bedürfnisse des Kindes (siehe hierzu auch Artikel 4 Nummer 1), sein Alter und sein Urteilsvermögen (siehe hierzu auch Artikel 4 Nummer 2), die Kompetenzen der Erziehungsberechtigten darin, die Integrität, die gesunde Entwicklung, die Erziehung und die soziale Teilhabe ihres Kindes zu gewährleisten sowie die gesamte Lebenssituation des Kindes.

§2 dieses Artikels betrifft die Faktoren, die im Rahmen von Jugendschutzmaßnahmen gelten. Hierbei handelt es sich um die Bedürfnisse des Kindes (siehe hierzu auch Artikel 4 Nummer 1), sein Alter und sein Urteilsvermögen (siehe hierzu auch Artikel 4 Nummer 2), seine Lebenssituation, die Schwere der Jugendstraftat, die Umstände, unter denen sie begangen wurde, sowie die Schäden und die Konsequenzen für das Opfer, die bereits gegenüber dem tatverdächtigen Jugendlichen ergriffenen Jugendschutzmaßnahmen sowie sein Verhalten während deren Durchführung und die öffentliche Sicherheit.

Artikel 13

Dieser Artikel bestimmt das Ziel und die Formen der Präventionsmaßnahmen.

Die Prävention spielt eine äußerst wichtige Rolle in der Jugendhilfe und im Jugendschutz. Die Präventionsmaßnahmen zielen darauf ab, die Gefährdung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen vorzubeugen. Eine aktive Politik im Bereich der allgemeinen Vorbeugung sowie eine frühzeitige Erkennung aufkommender gesellschaftlicher Fehlentwicklungen sollen verhindern, dass Kinder und Jugendliche auf spezialisierte Hilfe angewiesen sind. Auf diese Weise soll die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die mit der Jugendhilfe und dem Jugendschutz konfrontiert werden, so weit wie möglich reduziert werden.

Prävention ist ein kontinuierlicher Prozess, der sowohl individuelle als auch kollektive Maßnahmen umfasst, innerhalb des Jugendhilfesektors sowie sektorenübergreifend. Hierzu gehören individuelle Beratungsangebote für Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und deren Familien, Projekte im Lebensumfeld von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, Schulungen für Ehrenamtliche und Fachkräfte oder Kampagnen für die breite Öffentlichkeit.

Die Koordination, Planung, Durchführung und Auswertung der Präventionsmaßnahmen wird durch den Fachbereich gewährleistet. Die Präventionsmaßnahmen müssen dabei nicht zwingend vom Fachbereich initiiert werden, sondern können ebenfalls von anderen

Akteuren getragen werden. In diesem Fall übernimmt der Fachbereich eine Koordinationsaufgabe der geplanten Präventionsmaßnahmen.

Absatz 4 dieses Artikels ermächtigt die Regierung, die Modalitäten zur Koordination, Planung, Durchführung und Auswertung sowie zur Finanzierung der Präventionsmaßnahmen festzulegen zu können.

Artikel 14

Die Netzwerktreffen haben zum Ziel, die Hilfen für Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und Familien in der Deutschsprachigen Gemeinschaft durch Erfahrungsaustausch und gemeinsame Reflexion und Entwicklung bedarfs- und zielgerichtet zu gestalten.

Steigende Anforderungen in der Jugendhilfe und im Jugendschutz verlangen nach einem organisierten und strukturierten Austausch der Akteure, die direkt oder indirekt zur Verwirklichung der Jugendhilfe und des Jugendschutzes beitragen

Artikel 15

Dieser Artikel sieht vor, dass die Regierung eine Steuerungsgruppe für die Netzwerke der Jugendhilfe und des Jugendschutzes schafft.

Artikel 16

In diesem Artikel werden die Aufgaben der Steuerungsgruppe für die Netzwerke der Jugendhilfe und des Jugendschutzes festgelegt.

Damit die Überlegungen und Erkenntnisse der Jugendhilfenetzwerke und der Jugendschutznetzwerke auch in konkrete Maßnahmen münden und gegebenenfalls auf politischer Ebene umgesetzt werden können, soll eine Steuerungsgruppe eingerichtet werden, die diese Prozesse organisiert, steuert, begleitet und koordiniert.

Zudem gibt es in der Jugendhilfe und im Jugendschutz eine Reihe von Überschneidungen mit anderen Bereichen, die nicht zwingenderweise in den Netzwerken der Jugendhilfe und des Jugendschutzes vertreten sind, wie beispielsweise mit dem Unterrichtswesen, der Jugendarbeit und der Gesundheitsförderung. Der Austausch mit diesen anderen Bereichen ist ebenfalls von großer Bedeutung, da hierdurch eine effektive und effiziente Vorbeugung und Begleitung durchgeführt werden kann. Der Erfolg der Jugendhilfe und des Jugendschutzes geht mit der positiven Entwicklung des gesamten Umfelds der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen einher und daher ist die Organisation von systemübergreifenden Foren zu Themen im Bereich der Jugendhilfe und des Jugendschutzes, an denen alle Akteure der Jugendhilfe, des Jugendschutzes und Akteure nahe liegender Bereiche teilnehmen, essenziell.

Artikel 17

Dieser Artikel bestimmt die Zusammensetzung der Steuerungsgruppe für die Netzwerke der Jugendhilfe und des Jugendschutzes. Sie besteht aus Vertretern von Einrichtungen, Diensten, Institutionen und Organisationen die in den Bereichen der Jugendhilfe, des Jugendschutzes, des Unterrichtswesens, der Jugendarbeit und der Gesundheitsförderung tätig sind (stimmberechtigte Mitglieder), sowie der Gerichtsbehörden (Mitglied mit beratender Stimme).

§1 Absatz 2 ermächtigt die Regierung, weitere Mitglieder der Steuerungsgruppe festlegen zu können.

Die Mitglieder werden auf Vorschlag der betroffenen Einrichtungen, Dienste, Institutionen und Organisationen von der Regierung für ein erneuerbares Mandat von sechs Jahren bestellt.

Die Regierung bestellt ebenfalls unter den stimmberechtigten Mitgliedern einen Koordinator der Steuerungsgruppe.

Artikel 18

Dieser Artikel bestimmt die Funktionsweise der Steuerungsgruppe für die Netzwerke der Jugendhilfe und des Jugendschutzes. Eine Geschäftsordnung wird die Einzelheiten der Funktions- und Arbeitsweise der Steuerungsgruppe regeln.

Um ihre Aufgaben angemessen erfüllen zu können, kann die Steuerungsgruppe Fachleute zu ihren Sitzungen einladen und Arbeitsgruppen einsetzen, die sich mit bestimmten Arbeitsthemen befassen.

Artikel 19

Dieser Artikel legt fest, wer Anrecht auf Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen gemäß den von der Regierung festgelegten Bestimmungen hat.

Artikel 20

Dieser Artikel führt ein Qualitätshandbuch für den Fachbereich Jugendhilfe ein. Das Qualitätshandbuch soll in erster Linie ein internes Dokument sein, das den Mitarbeitern des Fachbereichs eine Hilfestellung bei der Fallarbeit bieten und zu einer klaren und vereinheitlichten Vorgehensweise führen soll, um so eine optimale Umsetzung der Aufgaben zu gewährleisten.

Auch wenn das Handbuch ein internes Dokument ist, können der Öffentlichkeit gewisse Inhalte zu Informationszwecken in angepasster Form zur Verfügung gestellt werden.

Um die Aktualisierung des Qualitätshandbuchs zu gewährleisten, legt dieser Artikel fest, dass es spätestens alle vier Jahre an die neuen Gegebenheiten angepasst werden muss.

Artikel 21

Dieser Artikel sieht vor, dass die Regierung dem Parlament jedes Jahr einen Bericht übermittelt, der die Tätigkeiten des Fachbereichs Jugendhilfe widerspiegelt. Dieser Tätigkeitsbericht wird durch den Fachbereich erstellt.

Artikel 22

In diesem Artikel werden die Aufgaben des Fachbereichs Jugendhilfe im Rahmen der einvernehmlichen Jugendhilfe aufgeführt.

Diese Aufgaben ergeben sich aus dem Verfahren der einvernehmlichen Jugendhilfe, das unter Kapitel 4 Abschnitt 2 erläutert wird.

Artikel 23

In diesem Artikel werden die Aufgaben des Fachbereichs Jugendhilfe im Rahmen der gerichtlichen Jugendhilfe und des Jugendschutzes aufgeführt.

Diese Aufgaben ergeben sich aus den Verfahren der gerichtlichen Jugendhilfe und des Jugendschutzes, die unter Kapitel 4 Abschnitt 2 und Kapitel 5 erläutert werden.

Artikel 24

In diesem Artikel werden die spezifischen Aufgaben des Fachbereichs Jugendhilfe im Rahmen der Pflegschaft aufgeführt. Diese teilen sich nach zwei verschiedenen Zielgruppen auf:

1. die Kinder und Jugendlichen, die im Rahmen der Jugendhilfe oder des Jugendschutzes begleitet werden;
2. die Pflegefamilienkandidaten sowie die anerkannten Pflegefamilien.

Die Aufgaben in Bezug auf die Kinder und Jugendlichen sind:

1. die Organisation der stationären und teilstationären Begleitung und Betreuung dieser Kinder und Jugendlichen in Pflegefamilien im Rahmen der Jugendhilfe oder des Jugendschutzes oder im Auftrag der ZBGA;
2. die Organisation und die Begleitung der Kontakte zwischen den Pflegekindern und ihren Erziehungsberechtigten;
3. die Begleitung, die Beratung und die Unterstützung der Pflegekinder während der Dauer der Pflegschaft;
4. die regelmäßige Berichterstattung über die Entwicklung des Kindes in der Pflegefamilie.

Die Aufgaben in Bezug auf die Pflegefamilienkandidaten und die anerkannten Pflegefamilien sind:

1. die Veröffentlichung von Informationen zu Pflegschaften im deutschen Sprachgebiet sowie die Anwerbung, die Vorbereitung und die Schulung der Pflegefamilienkandidaten (siehe Kommentare zu den Artikeln des Kapitels 6 Abschnitt 2);
2. die Begleitung, die Beratung und die Unterstützung der Pflegefamilien während der Dauer der Pflegschaft;
3. die Organisation und die Durchführung von Weiterbildungsangeboten für Pflegefamilien.

Artikel 25

Dieser Artikel bestimmt die territoriale Zuständigkeit des Fachbereichs im Rahmen der einvernehmlichen Jugendhilfe.

In Anwendung des Dekrets vom 19. Mai 2008 über die Jugendhilfe und zur Umsetzung von Jugendschutzmaßnahmen wurde die territoriale Zuständigkeit des Jugendhilfedienstes, der für die einvernehmliche Jugendhilfe zuständig ist, grundsätzlich durch den Wohnort des Kindes bestimmt. Im Falle eines Umzugs des Kindes in eine andere Gemeinschaft musste die Akte an die Behörde übermittelt werden, die durch den Umzug zuständig geworden war. Da sich diese territoriale Zuständigkeit jedoch von der Zuständigkeit der Jugendhilfedienste der Französischen Gemeinschaft unterscheidet, kam es in der Vergangenheit zu komplexen Situationen, in denen die Zuständigkeit für eine Akte nicht eindeutig geklärt war.

Dies ist beispielsweise bei einem Pflegekind aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft der Fall, dessen Erziehungsberechtigte während der Maßnahme in die Französische Gemeinschaft ziehen. Der Jugendhilfedienst der Deutschsprachigen Gemeinschaft bleibt aufgrund

des Wohnorts des Kindes in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zuständig. Allerdings wird der Jugendhilfedienst der Französischen Gemeinschaft aufgrund des Wohnsitzes der Erziehungsberechtigten in der Französischen Gemeinschaft ebenfalls für die Situation zuständig.

Ein weiteres Beispiel, das die Komplexität dieser Situation verdeutlicht: Eine Pflegefamilie zieht mit einem Pflegekind von der Deutschsprachigen Gemeinschaft in die Französische Gemeinschaft um. Die Erziehungsberechtigten des Kindes wohnen jedoch weiterhin in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Aufgrund des Wohnortwechsels des Pflegekindes verliert der Jugendhilfedienst der Deutschsprachigen Gemeinschaft seine territoriale Zuständigkeit. Da die Erziehungsberechtigten jedoch nicht in der Französischen Gemeinschaft wohnen, kann sich auch der Jugendhilfedienst der Französischen Gemeinschaft nicht für zuständig erklären.

Um diese Unklarheiten zu beseitigen und somit eine kohärente und harmonisierte Regelung der territorialen Zuständigkeit zu schaffen, wurde die territoriale Zuständigkeit des Fachbereichs im Rahmen der einvernehmlichen Jugendhilfe an diejenige der Dienste der anderen Gemeinschaften, die die vergleichbare Aufgabe wahrnehmen, angepasst. Diese territoriale Zuständigkeit entspricht auch weitgehend derjenigen des Jugendgerichts, so dass im Rahmen der einvernehmlichen und gerichtlichen Jugendhilfe eine ähnliche Zuständigkeitsregelung gilt, was von Bedeutung ist, wenn in einer Situation der einvernehmlichen Jugendhilfe auch die Gerichtsbehörden tätig werden.

Die territoriale Zuständigkeit wird nun also im Wesentlichen durch den Wohnsitz der Erziehungsberechtigten des Kindes bestimmt, außer im Falle einer alternierenden Beherbergung oder wenn die Erziehungsberechtigten keinen Wohnsitz in Belgien haben und ihr Wohnsitz unbekannt ist. Dann ist der Wohnsitz oder der gewöhnliche Lebensort des Kindes maßgeblich.

Bei Verlust der territorialen Zuständigkeit aufgrund eines Wohnsitzwechsels und sofern eine weitere Intervention erforderlich ist, setzt sich der Fachbereich Jugendhilfe mit der nunmehr zuständigen Behörde in Verbindung und übermittelt ihr die zur Fortführung der Intervention zweckdienlichen Informationen.

Bei der Übergabe einer Situation vergehen oft mehrere Tage oder Wochen. Um die notwendige Begleitung und Betreuung des Kindes in dieser Übergangszeit trotz des Verlustes der territorialen Zuständigkeit zu gewährleisten und den Übergang zur neuen Behörde zu ermöglichen, kann der Fachbereich Jugendhilfe seine Arbeit im Rahmen der einvernehmlichen Jugendhilfe bis zu sechs Monate lang fortsetzen.

Eine Verlängerung dieser sechsmonatigen Dauer ist in Absprache mit den zuständig gewordenen Behörden möglich, sofern die Kontinuität der Jugendhilfe zum Schutz der Integrität des Kindes erforderlich ist.

Artikel 26

Dieser Artikel bestimmt die territoriale Zuständigkeit des Fachbereichs im Rahmen der gerichtlichen Jugendhilfe und im Jugendschutz. Diese entspricht der territorialen Zuständigkeit des Jugendrichters und des Jugendgerichts des Gerichtsbezirks Eupen, die durch Artikel 44 des Gesetzes vom 8. April 1965 bestimmt wird.

Artikel 27

Dieser Artikel bestimmt den spezifischen Anwendungsbereich von „Kapitel 4 – Einvernehmliche und gerichtliche Jugendhilfe“.

Dieses Kapitel gilt demnach für jedes Kind, das sich in einer es gefährdenden Lebenssituation befindet und speziell für jedes Kind, dessen physische, psychische und moralische Unversehrtheit, gesunde Entwicklung, Erziehung oder soziale Teilhabe durch eigenes Verhalten oder durch andere Personen oder Situationen gefährdet ist.

Dieses Kapitel gilt auch für Erziehungsberechtigte, die aufgrund mangelnder Verantwortung oder Erziehungskompetenz, besonderer Bedürfnisse des Kindes oder Jugendlichen oder anderer belastender Umstände Schwierigkeiten haben, die Integrität, die gesunde Entwicklung, die Erziehung oder die soziale Teilhabe ihres Kindes oder Jugendlichen zu gewährleisten. Dies könnte beispielsweise bei Eltern der Fall sein, die an einer psychischen Krankheit leiden, oder bei Eltern, die mit dem Verhalten ihres Kindes oder Jugendlichen überfordert sind. Vorliegendes Kapitel soll auch die Mittel liefern, um die Beziehung zwischen dem Kind oder Jugendlichen und seinen Erziehungsberechtigten zu stärken, die Erziehungskompetenzen der Erziehungsberechtigten zu fördern und die Erziehungsberechtigten bei ihren Erziehungsaufgaben zu unterstützen.

Schließlich ist vorliegendes Kapitel anwendbar auf alle Anbieter, Dienstleister, Pflegefamilien und Gerichtsbehörden, die in der Jugendhilfe tätig sind.

Artikel 28

Dieser Artikel bestimmt, dass jede natürliche oder juristische Person Anfragen an den Fachbereich richten kann: Kinder und/oder ihre Erziehungsberechtigten, junge Erwachsene, Dritte wie Verwandte, Freunde oder Nachbarn der Kinder und Organisationen, Dienste, Einrichtungen oder Behörden wie Sozialdienste oder die Staatsanwaltschaft.

In einem ersten Schritt informiert und berät der Fachbereich die Antragsteller. Wenn die Anfrage den Tätigkeitsbereich eines anderen Dienstleisters betrifft und eine Intervention des Fachbereichs in dieser Angelegenheit nicht erforderlich ist, kann der Fachbereich die Antragsteller an diesen Dienstleister verweisen, damit sie dort die entsprechende Hilfe erhalten. Beispielsweise könnte eine Person, die eine psychologische Beratung benötigt, diese auch direkt beim Beratungs- und Therapiezentrum beantragen.

Bedarf es einer eingehenderen Beratung anfragender Kinder, junger Erwachsener und/oder Erziehungsberechtigter, kann in diesem Rahmen bereits ein Beratungsangebot in Anspruch genommen werden wie beispielsweise die Beratung der Familie in Bezug auf erkannte Problemsituationen, die Orientierung der Familie hin zu bestehenden Hilfsangeboten oder die Beratung der jungen Erwachsenen auf ihrem Weg zur Verselbstständigung.

Junge Erwachsene können dieses Beratungsangebot künftig bis zum Alter von 21 Jahren in Anspruch nehmen, auch wenn sie nicht bereits vor ihrem 18. Lebensjahr im Rahmen der Jugendhilfe begleitet wurden. Damit sollen sie insbesondere beim Übergang in die eigenständige Lebensführung begleitet werden. Denn der Beginn des Erwachsenenalters ist eine komplexe Phase, in der verschiedene Übergänge stattfinden, die mit wichtigen Entscheidungen verbunden sind: von der Minderjährigkeit zur Volljährigkeit, vom Studium zur Arbeit, vom elterlichen Haushalt zum eigenständigen Wohnen, usw. Immer mehr junge Menschen über 18 Jahre leben noch bei ihren Eltern und die Grenzen zwischen der Welt der Jugendlichen und der Welt der Erwachsenen verschwimmen immer mehr. Dieses Phänomen wird durch die zunehmenden Schwierigkeiten bei der Arbeits- und Wohnungssuche noch verstärkt. Es geht nicht darum, die Sozialhilfe für Erwachsene zu ersetzen, sondern die jungen Erwachsenen zu beraten und sie auf ihrem Weg in die Gesellschaft zu stärken, damit sie alle ihre Rechte (Wohnung, Gesundheit, berufliche Eingliederung usw.) in vollem Umfang

wahrnehmen können, unabhängig davon, ob sie vor ihrem 18. Lebensjahr im Rahmen der Jugendhilfe begleitet wurden oder nicht.

Absatz drei dieses Artikels ermöglicht es dem Fachbereich, Jugendhilfeanbieter sowie Dienstleister mit der Information und Beratung zu beauftragen.

Absatz vier dieses Artikels ermächtigt die Regierung, die Modalitäten der Anfragen und die Modalitäten und Verfahren der Beratung festzulegen.

Artikel 29

§1 dieses Artikels legt fest, wie mit einer Anfrage an den Fachbereich Jugendhilfe zu verfahren ist, wenn festgestellt wird, dass ein Eingreifen des Fachbereichs in Anwendung der Ziele der Jugendhilfe erforderlich sein kann.

In diesem Fall wird eine Einschätzung der Lebenssituation des betroffenen Kindes vorgenommen, um herauszufinden, ob Hilfe erforderlich ist und ob und in welchem Ausmaß das Kind gefährdet ist. Die Einschätzung soll eine genaue Situierung des Problems ermöglichen, damit angemessene Antworten gefunden werden können.

Die Beteiligung des Kindes und seiner Erziehungsberechtigten ist ein wichtiger Grundsatz bei der Einschätzung der Lebenssituation des Kindes. Zu diesem Zweck organisiert der Fachbereich Jugendhilfe ein oder mehrere Treffen mit ihnen in den Räumlichkeiten des Fachbereichs und/oder bei ihnen zu Hause. Bei diesen Treffen werden insbesondere die folgenden Aspekte besprochen:

- Vorstellung des Fachbereichs, seines Auftrags und seiner Arbeitsweise;
- Grund für die Anfrage;
- Analyse der Erwartungen und Befürchtungen;
- Klärung der Ziele und der Bereitschaft für die einvernehmliche Zusammenarbeit;
- Besprechung des weiteren Verfahrens.

Die Einschätzung dient dazu, einen möglichst umfassenden Überblick über die Familiensituation (Probleme, Ressourcen, usw.) und über die Lebenssituation des Kindes zu erhalten. In diesem Rahmen können bei Bedarf auch andere Vertrauenspersonen des Kindes einbezogen werden, beispielsweise Geschwister, andere Verwandte oder besondere Bezugspersonen. Ebenso können in Absprache mit den Erziehungsberechtigten des Kindes Dienstleister und Akteure, die bereits in anderen Lebensbereichen des Kindes tätig sind, wie etwa die Schule, in die Einschätzung einbezogen werden.

In Fällen, in denen es beispielsweise einen Konflikt zwischen dem Kind und seinen Erziehungsberechtigten gibt, kann es sein, dass das Kind durch die Anwesenheit seiner Erziehungsberechtigten bei den Gesprächen eingeschüchtert wird. Es kann sich daher nicht frei über die Situation äußern, was die Einschätzung erschwert. Aus diesem Grund legt §1 Absatz 4 fest, dass auch getrennte Gespräche mit dem Kind stattfinden können.

§2 dieses Artikels besagt, dass, wenn die oben genannte Einschätzung einen Hilfebedarf und/oder eine Gefährdung für das Kind feststellt, die weitere Hilfe unter Berücksichtigung der Meinung des Kindes und in Absprache mit seinen Erziehungsberechtigten geplant wird.

Artikel 30

In §1 dieses Artikels wird das in Artikel 29 §2 erwähnte Verfahren der Hilfeplanung festgelegt. Die Hilfeplanung ist ein zentrales Element der Arbeit des Fachbereichs. Im Rahmen der Hilfeplanung werden der Bedarf, die erforderlichen Jugendhilfemaßnahmen, ihre Ziele,

ihre Dauer und die Beteiligung der Erziehungsberechtigten an den Kosten der Jugendhilfemaßnahme besprochen. Die Hilfeplanung erfolgt unter Berücksichtigung der Meinung des Kindes und in Zusammenarbeit mit den Erziehungsberechtigten und mündet in den Abschluss eines Jugendhilfevertrags. Der Jugendhilfevertrag schafft für die Parteien eine Verbindlichkeit hinsichtlich der vereinbarten Inhalte und gewährleistet die Transparenz des Verfahrens.

Durch diesen Jugendhilfevertrag werden die Erziehungsberechtigten außerdem über die in diesem Dekretentwurf festgelegten Regeln zum Datenschutz und zur Geheimhaltungspflicht sowie über die Beschwerdemöglichkeiten informiert.

§1 Absatz 4 dieses Artikels ermächtigt die Regierung weitere Inhalte des Jugendhilfevertrags festlegen zu können, insofern sie zu einer Erhöhung der Qualität der Jugendhilfe beitragen können.

§2 dieses Artikels besagt, dass der Jugendhilfevertrag von dem betroffenen Kind, das das erforderliche Urteilsvermögen besitzt, seinen Erziehungsberechtigten, dem Fachbereich Jugendhilfe und den mit der Umsetzung der Jugendhilfemaßnahme beauftragten Anbietern und Dienstleistern unterzeichnet wird. „Über das erforderliche Urteilsvermögen“ verfügen bedeutet, dass das Kind in der Lage sein muss, die Bedeutung, den Zweck und die Ziele der Jugendhilfemaßnahme zu verstehen. Es muss auch schlüssige Gegenargumente vorbringen, wenn es mit einer Jugendhilfemaßnahme nicht einverstanden ist.

Der Jugendhilfevertrag muss immer von beiden Erziehungsberechtigten unterzeichnet werden, da die Zustimmung zu einer Jugendhilfemaßnahme für das Kind als eines der Vorrechte der elterlichen Autorität gilt, die in der Regel von beiden Erziehungsberechtigten gemeinsam ausgeübt wird. Unter bestimmten Umständen reicht es aus, wenn nur ein Erziehungsberechtigter den Jugendhilfevertrag unterzeichnet. Die Voraussetzungen für die Unterzeichnung des Jugendhilfevertrags durch einen Erziehungsberechtigten sind in §2 Absatz 2 dieses Artikels geregelt:

- Wenn der Wohnsitz des anderen Erziehungsberechtigten nicht bekannt ist oder sein Gesundheitszustand es ihm nicht erlaubt, den Jugendhilfevertrag zu unterzeichnen;
- Wenn ein offensichtliches Desinteresse des Erziehungsberechtigten an dem Kind vorliegt: Dieses kann beispielsweise dadurch nachgewiesen werden, dass der Erziehungsberechtigte wiederholt ohne Entschuldigung nicht zu vereinbarten Terminen erscheint, dass der Erziehungsberechtigte dem Fachbereich ausdrücklich sein Desinteresse mitteilt oder dass der Erziehungsberechtigte während eines längeren Zeitraums keinen Kontakt zum Kind hat, obwohl die Möglichkeit dazu besteht.
- Wenn die Jugendhilfemaßnahme zugunsten des unterzeichnenden Erziehungsberechtigten vereinbart worden ist und somit ausschließlich diesen betrifft, beispielsweise in Situationen, in denen die Erziehungsberechtigten getrennt leben und eine ambulante therapeutische Begleitung nur für einen Erziehungsberechtigten vereinbart wird.

Wenn eine oder mehrere dieser Bedingungen erfüllt sind, muss der Fachbereich dies schriftlich begründen und das entsprechende Dokument dem Jugendhilfevertrag als Anlage beifügen.

§3 dieses Artikels legt fest, dass die Personen, die den Vertrag unterzeichnet haben, eine Ausfertigung des Jugendhilfevertrags erhalten.

Artikel 31

Dieser Artikel sieht vor, dass der Fachbereich anerkannte Jugendhilfeanbieter, Dienstleister sowie Pflegefamilien mit der Umsetzung von ambulanten, stationären oder

teilstationären Jugendhilfemaßnahmen beauftragen kann. Dieser Auftrag wird durch den Jugendhilfevertrag formalisiert, der im Rahmen der Hilfeplanung ausgearbeitet wird. Jugendhilfeanbieter, Dienstleister und Pflegefamilien sind also bereits bei der Hilfeplanung in die Arbeit mit der Familie eingebunden. Das Ziel, das mit der Jugendhilfemaßnahme erreicht werden soll, wird in Zusammenarbeit mit ihnen erarbeitet.

Jugendhilfeanbieter, Dienstleister und Pflegefamilien müssen alle relevanten Informationen erhalten, damit sie ihren Auftrag entsprechend den Anforderungen des Auftraggebers erfüllen können. Die übermittelten Informationen sind auf das für die Erfüllung des Auftrags erforderliche Maß zu beschränken.

Artikel 32

In diesem Artikel wird die Koordinationsaufgabe des Fachbereichs Jugendhilfe definiert. Diese kommt in Situationen von Kindern und Erziehungsberechtigten zum Tragen, in denen bereits mehrere Dienstleister tätig geworden sind oder tätig werden sollen. Zu diesem Zweck kann der Fachbereich Koordinationsversammlungen organisieren, zu denen er die verschiedenen Dienstleister einladen kann. Ziel ist es, die Betreuung des Kindes und seiner Erziehungsberechtigten zu optimieren, indem gemeinsam Ziele entwickelt werden, ein Austausch über die Hilfen unter Beachtung der Datenschutzbestimmungen und des Berufsgeheimnisses stattfindet und die Rollen und Aufgaben jedes Einzelnen klar definiert werden. Diese Koordinationsversammlungen finden im Rahmen des Möglichen in Absprache mit den Erziehungsberechtigten statt. Sie werden zu den Treffen eingeladen, wenn Hintergrundinformationen ausgetauscht werden müssen und die Rollen und Aufgaben mit ihnen abgestimmt werden müssen.

Absatz 2 dieses Artikels ermöglicht es dem Fachbereich, Jugendhilfeanbieter und Dienstleister mit der Koordination zu beauftragen. Dies kann beispielsweise in Situationen der Fall sein, in denen ein anderer Dienstleister bereits einen guten Kontakt zu der Familie hat, was die Koordination erleichtert.

Absatz 3 dieses Artikels ermächtigt die Regierung, weitere Modalitäten zur Durchführung der Koordination festzulegen.

Artikel 33

Der Fachbereich Jugendhilfe muss die mit den Parteien des Jugendhilfevertrages vereinbarten Jugendhilfemaßnahmen regelmäßig auswerten und überprüfen, um rechtzeitig auf notwendige Veränderungen reagieren zu können. Der vorliegende Artikel legt fest, dass diese Bilanzgespräche mindestens alle sechs Monate stattfinden. Bei längerfristigen Maßnahmen und wenn einvernehmlich festgestellt wird, dass ein zweites Bilanzgespräch nach sechs Monaten nicht erforderlich ist, kann es auch nur einmal im Jahr stattfinden.

Bei stationären Maßnahmen findet in der Regel bereits nach drei Monaten ein erstes Bilanzgespräch statt. Dabei wird überprüft, wie der Start verlief, wie die Zusammenarbeit zwischen dem Fachbereich, dem Kind, seinen Erziehungsberechtigten und der Einrichtung/Pflegefamilie verläuft und ob diese Maßnahme tatsächlich geeignet ist.

Bei ambulanten und teilstationären Maßnahmen findet dieses erste Bilanzgespräch in der Regel nach sechs Monaten statt.

Zur Vorbereitung der Bilanzgespräche übermitteln die Jugendhilfeanbieter oder Dienstleister einen schriftlichen Bericht über die Entwicklung der im Jugendhilfevertrag

vereinbarten Ziele sowie über die allgemeine und aktuelle Entwicklung des Kindes. Bei den Bilanzgesprächen werden insbesondere folgende weitere Themen angesprochen:

- die Familiensituation;
- die Ressourcen, die auf der Grundlage der vereinbarten Maßnahmen erworben wurden;
- die Bedürfnisse des Kindes;
- die Schwerpunkte der Arbeit mit dem Kind und seinen Erziehungsberechtigten;
- Vorschläge für das weitere Vorgehen.

Mögliche Ergebnisse der Bilanzgespräche sind die Fortführung, die Abänderung oder der Abschluss der Jugendhilfemaßnahmen.

Artikel 34

Wenn der Fachbereich im Rahmen der Einschätzung der Situation des Kindes feststellt, dass ein Gefährdungsrisiko für das Kind besteht, und das Kind oder seine Erziehungsberechtigten sich weigern, mit dem Fachbereich zusammenzuarbeiten, oder wenn dies unmöglich erscheint, beispielsweise weil die Erziehungsberechtigten nicht zu den Gesprächen erscheinen, sieht dieser Artikel eine letzte Mediationsebene vor, bevor eine Befassung des Jugendrichters oder des Jugendgerichts beim Gericht erster Instanz über den Prokurator des Königs beantragt wird.

Der Fachbereich informiert das Kind und seine Erziehungsberechtigten darüber, dass er beabsichtigt, eine Befassung des Jugendrichters oder des Jugendgerichts beim Prokurator des Königs zu beantragen, dass sie jedoch zuvor ein Klärungsgespräch beantragen können. Ziel ist es, ihnen einerseits den Ernst der Situation bewusst zu machen und ihnen andererseits die Möglichkeit zu geben, die Situation mit Hilfe eines unparteiischen Mediators im Rahmen der einvernehmlichen Jugendhilfe weiterzuverfolgen. In dem Klärungsgespräch klärt der Mediator mit allen Beteiligten die Modalitäten und Inhalte der künftigen Zusammenarbeit, die in einer Vereinbarung festgehalten werden.

Der Fachbereich wird in der Regel durch den zuständigen Sozialarbeiter und den Referatsleiter vertreten. Neben den Erziehungsberechtigten kann auch das Kind, das über das erforderliche Urteilsvermögen verfügt, an dem Klärungsgespräch teilnehmen. Wenn der Konflikt nur die Erziehungsberechtigten betrifft, beispielsweise in Trennungssituationen, nimmt das Kind nicht am Klärungsgespräch teil.

Der Mediator muss von der Föderalen Vermittlungskommission für die Vermittlung in Familiensachen anerkannt sein und wird für die Durchführung der Klärungsgespräche von der Regierung bestellt.

Absatz 3 dieses Artikels ermächtigt die Regierung die Modalitäten des Antrags der Erziehungsberechtigten und des Kindes (Frist, Form, Adressat) sowie die Modalitäten des Klärungsgesprächs (Frist, Aufgaben des Mediators) festzulegen.

Wenn das Klärungsgespräch zu einer Vereinbarung führt, wird die Arbeit mit dem Fachbereich im Rahmen der einvernehmlichen Jugendhilfe fortgeführt.

Artikel 35

Wenn das in Artikel 34 erläuterte Klärungsgespräch nicht zu einer Vereinbarung führt, wenn eine Vereinbarung getroffen wurde, aber nicht eingehalten wird, oder wenn das Kind und seine Erziehungsberechtigten nicht um ein Klärungsgespräch gebeten haben und wenn weiterhin eine potenzielle Gefährdung für das Kind besteht, beantragt der Fachbereich

beim Prokurator des Königs eine Befassung des Jugendrichters oder des Jugendgerichts. Zu diesem Zweck verfasst er einen Bericht über die Situation des Kindes und seiner Erziehungsberechtigten. Dieser Bericht kann bei der Gerichtskanzlei eingesehen werden.

Wenn der Fachbereich bei der Einschätzung der Lebenssituation des Kindes feststellt, dass eine akute, d. h. unmittelbar bevorstehende Gefahr für das Kind besteht, sieht §2 dieses Artikels vor, dass der Fachbereich direkt beim Prokurator des Königs eine Befassung des Jugendrichters oder des Jugendgerichts beantragt, ohne dass die Erziehungsberechtigten und das Kind die Möglichkeit haben, ein Klärungsgespräch zu beantragen. Ziel dieses so genannten Dringlichkeitsverfahrens ist es, die Integrität des Kindes schnell zu schützen.

Soweit möglich, werden die betroffenen Personen persönlich oder schriftlich über die Übermittlung informiert.

§3 regelt das weitere Verfahren des Antrags auf Befassung des Jugendrichters oder des Jugendgerichts. Wenn der Prokurator des Königs die Feststellung des Fachbereichs bezüglich der Gefährdung des Kindes teilt und ihm eine Jugendhilfemaßnahme zum Schutz der Integrität dieses Kindes notwendig erscheint, befasst er den Jugendrichter oder das Jugendgericht mit der Situation. Diese können eine Jugendhilfemaßnahme ohne die Zustimmung der Erziehungsberechtigten oder des Kindes anordnen.

Wenn der Prokurator des Königs die Feststellung des Fachbereichs Jugendhilfe bezüglich der Gefährdung des Kindes nicht teilt, leitet er kein Verfahren ein.

Artikel 36

Dieser Artikel sieht vor, dass der Fachbereich Jugendhilfe im Rahmen der einvernehmlichen Jugendhilfe eine direkte Intervention des Jugendrichters oder des Jugendgerichts beantragen kann, um bestimmte Jugendhilfemaßnahmen für das Kind und seine Erziehungsberechtigten für einen Zeitraum von höchstens einem Jahr, einmalig verlängerbar, verbindlich zu machen. Dabei handelt es sich um eine punktuelle und einmalige Initiative, mit der verhindert werden soll, dass die Situation endgültig und ausschließlich im Rahmen der gerichtlichen Jugendhilfe behandelt wird. Sobald der Jugendrichter oder das Jugendgericht dem Antrag des Fachbereichs stattgegeben hat und eine Jugendhilfemaßnahme angeordnet wurde, wird die Zusammenarbeit im Rahmen der einvernehmlichen Jugendhilfe fortgesetzt. Beispielsweise in sehr konfliktreichen Trennungssituationen der Eltern, in denen zwischen den Eltern und dem Fachbereich keine Einigung darüber erzielt werden kann, welcher Dienstleister die therapeutische Begleitung des Kindes übernehmen soll, eine solche Maßnahme aber von allen als notwendig erachtet wird.

Artikel 37

Dieser Artikel sieht vor, dass der Prokurator des Königs bei Gefahr im Verzug selbst eine vorläufige Jugendhilfemaßnahme ergreifen kann. Gefahr im Verzug bezeichnet eine Situation, in der das Kind Schaden erleiden würde, wenn nicht sofort eingegriffen wird. In diesen Situationen kann nicht auf ein Tätigwerden des Fachbereichs, des Jugendrichters oder des Jugendgerichts gewartet werden, da das Kind dann ernsthaft gefährdet wäre, so dass der Prokurator des Königs im Rahmen einer sogenannten Notzuständigkeit eingreifen muss, um die Gefahr für das Kind abzuwenden. Von dieser Möglichkeit wird insbesondere außerhalb der regulären Dienstzeiten des Fachbereichs, am Wochenende oder in der Nacht Gebrauch gemacht.

Wenn der Prokurator des Königs eine Jugendhilfemaßnahme anordnet, informiert er unverzüglich den Fachbereich und beauftragt ihn, mit den Betroffenen zu prüfen, ob eine

einvernehmliche Fortsetzung der Jugendhilfe notwendig und möglich ist oder nicht. Je nach Fall wird die weitere Hilfe geplant oder der Prokurator des Königs befasst den Jugendrichter oder das Jugendgericht, die gerichtliche Jugendhilfemaßnahmen anordnen können.

Die Dauer der vom Prokurator des Königs getroffenen Jugendhilfemaßnahme darf fünf Arbeitstage nicht überschreiten. Diese Dauer ist notwendig, damit der Fachbereich genügend Zeit hat, um die Situation zu prüfen und mit den betroffenen Personen zu besprechen.

Absatz 5 dieses Artikels gibt dem betroffenen Kind und seinen Erziehungsberechtigten die Möglichkeit, gegen die vom Prokurator des Königs ergriffenen Jugendhilfemaßnahmen vor dem Jugendgericht Einspruch einzulegen.

Artikel 38

Dieser Artikel legt fest, in welchen Fällen der Jugendrichter oder das Jugendgericht befasst wird, um gerichtliche Jugendhilfemaßnahmen anzuordnen oder zu bestätigen.

§1 Absatz 1 dieses Artikels bezieht sich auf die in Artikel 35 §3 Absatz 1 und Artikel 37 Absatz 4 erläuterten Situationen. Im ersten Fall wird der Jugendrichter oder das Jugendgericht vom Prokurator des Königs befasst, wenn der Fachbereich Jugendhilfe die Befassung beim Prokurator des Königs beantragt hat, weil das Klärungsgespräch gescheitert ist oder nicht stattgefunden hat und eine Gefährdung oder akute Gefährdung festgestellt wurde und der Prokurator des Königs ebenfalls der Ansicht ist, dass das Kind in Gefahr ist. Als Zweites wird der Jugendrichter oder das Jugendgericht vom Prokurator des Königs befasst, wenn der Fachbereich nach einer vom Prokurator des Königs getroffenen Jugendhilfemaßnahme festgestellt hat, dass die einvernehmliche Jugendhilfe nicht möglich ist.

Der Prokurator des Königs kann also den Jugendrichter oder das Jugendgericht mit einer Situation befassen, wenn der Fachbereich sie ihm gemeldet hat, weil er der Meinung ist, dass eine Gefährdung des Kindes vorliegt, aber eine Zusammenarbeit mit den betroffenen Personen nicht möglich ist, weil diese die Zusammenarbeit grundsätzlich oder bei der Konkretisierung ablehnen oder weil es nach einem gescheiterten Klärungsgespräch zu keiner Einigung zwischen dem Fachbereich und den betroffenen Personen gekommen ist.

Es obliegt also dem Prokurator des Königs zu entscheiden, ob der Jugendrichter oder das Jugendgericht mit einer Situation befasst werden soll oder nicht. Er kann das Verfahren in der Jugendhilfeakte ohne weitere Konsequenzen schließen, wenn seine Nachforschungen ergeben haben, dass es in der Situation keine ausreichende Grundlage für eine Befassung des Jugendrichters oder des Jugendgerichts gibt.

§1 Nummer 2 dieses Artikels basiert auf der Dringlichkeit, auf deren Grundlage der Jugendrichter oder das Jugendgericht vorläufig eine Jugendhilfemaßnahme für eine Dauer von bis zu 30 Tagen ohne vorherige Intervention des Fachbereichs anordnen kann. Ordnet der Jugendrichter oder das Jugendgericht eine Jugendhilfemaßnahme an, so setzt er den Fachbereich nach §2 dieses Artikels unverzüglich davon in Kenntnis und beauftragt ihn, innerhalb der Frist von 30 Tagen mit den Betroffenen zu prüfen, ob eine einvernehmliche Jugendhilfe möglich ist oder nicht. Je nach Fall wird die weitere einvernehmliche Hilfe geplant und das Jugendgerichtsverfahren beendet oder es werden gerichtlichen Jugendhilfemaßnahmen angeordnet. Die Dauer von 30 Tagen ist dadurch gerechtfertigt, dass die Jugendhilfemaßnahme diese Zeit benötigt, um ihre Wirkung zu entfalten, und dass der Fachbereich genügend Zeit hat, um eine Einigung mit den Betroffenen zu erzielen und so die Chancen für die Umsetzung der einvernehmlichen Jugendhilfe zu erhöhen.

§1 Nummern 3 und 4 dieses Artikels legen die Fälle fest, in denen der Jugendrichter oder das Jugendgericht direkt vom Prokurator des Königs mit einer Jugendhilfesituation befasst werden kann, sofern:

1. der Verdacht besteht, dass ein Volljähriger oder ein Minderjähriger aus dem gleichen Haushalt eine Straftat an einem Kind begangen hat und eine Jugendhilfemaßnahme zum Schutz des Kindes erforderlich ist, beispielsweise bei einem sexuellen Übergriff, oder
2. das Jugendgericht bereits mit einem Fall befasst war und der Prokurator des Königs der Ansicht ist, dass eine Jugendhilfemaßnahme für dasselbe Kind oder ein anderes Kind in derselben Familie erforderlich ist.

§1 Nummer 5 dieses Artikels verweist auf den Fall einer Jugendstraftat, die von einem tatverdächtigen Jugendlichen vor dem Alter von zwölf Jahren begangen wurde. Ist der Prokurator des Königs der Ansicht, dass die Verwarnung und die Vermittlung als Jugendschutzmaßnahmen nicht ausreichen, weil die Situation des Jugendlichen eine Begleitung im Rahmen der Jugendhilfe erfordert, kann er den Jugendrichter oder das Jugendgericht mit Jugendhilfemaßnahmen befassen.

§3 dieses Artikels bestimmt, dass der Jugendrichter die gerichtlichen Jugendhilfemaßnahmen vor der Entscheidung zum Grunde als vorläufige Jugendhilfemaßnahmen anordnen kann. Dabei ist die Gesamtdauer aller vorläufigen Jugendhilfemaßnahmen auf höchstens ein Jahr begrenzt.

Artikel 39

Dieser Artikel legt fest, dass der Jugendrichter oder das Jugendgericht den Fachbereich beauftragen oder ermächtigen kann, im Rahmen der gerichtlichen Jugendhilfe verschiedene Untersuchungen und Einschätzungen durchzuführen oder durchführen zu lassen. Dies soll ihm dabei helfen, eine der Situation angemessene Entscheidung zu treffen.

§1 dieses Artikels betrifft die Durchführung von Sozialuntersuchungen. Der Fachbereich untersucht hierbei eine mögliche Gefährdung des Kindes und sammelt Informationen über die Bedürfnisse des Kindes, sein Alter und Urteilsvermögen, seine Lebenssituation, seine Entwicklungsmöglichkeiten, die zu erreichenden Ziele und die Fähigkeiten der Erziehungsberechtigten, die Erziehung und gesunde Entwicklung ihres Kindes zu gewährleisten. Zu diesem Zweck können unter anderem Gespräche mit dem Kind und seinen Erziehungsberechtigten sowie Hausbesuche stattfinden. Auch Gespräche mit dem familiären Umfeld und ein Austausch mit bereits eingeschalteten Dienstleistern können stattfinden, um einen möglichst umfassenden Überblick über die Situation zu erhalten. Auf dieser Grundlage erarbeitet der Fachbereich mögliche Handlungsvorschläge. Das Ganze wird in Form eines Sozialberichts an die auftraggebende Instanz weitergeleitet. Die Frist für die Durchführung der Sozialuntersuchung wird vom Jugendrichter oder Jugendgericht festgelegt und darf 90 Tage nicht überschreiten.

§3 dieses Artikels betrifft die Durchführung von psychologischen oder medizinischen Untersuchungen. Der Fachbereich Jugendhilfe wird vom Jugendrichter oder Jugendgericht ermächtigt, diese Untersuchungen in Auftrag zu geben, um die Erforderlichkeit einer ambulanten, teilstationären oder stationären Behandlung eines Kindes festzustellen. Diese psychologischen oder medizinischen Untersuchungen können beispielsweise von einem Psychologen oder einem Psychiater durchgeführt werden.

§4 dieses Artikels betrifft die Durchführung von Einschätzungen der Erziehungskompetenzen von Erziehungsberechtigten. Der Fachbereich wird vom Jugendrichter oder Jugendgericht ermächtigt, diese Einschätzungen in Auftrag zu geben, um festzustellen, ob und

welche Jugendhilfemaßnahmen die Erziehungsberechtigten in ihrer Erziehungsfunktion unterstützen können.

Erziehungskompetenzen beziehen sich auf verschiedene Bereiche, die mit der Erziehung zusammenhängen. Sie können sich auf das Kind selbst beziehen, beispielsweise auf das Interesse am Kind, oder auf die Kommunikation und Interaktion mit dem Kind, oder sie können sich auf erzieherische Maßnahmen beziehen, d. h. auf Handlungen, die bei der Erziehung eines Kindes helfen sollen. Bei den Erziehungskompetenzen geht es darum, die Bedürfnisse und Fähigkeiten eines Kindes zu erkennen und die Erziehungsziele und -haltungen entsprechend zu gestalten. Dazu müssen die Erziehungsberechtigten über ausreichende persönliche Kompetenzen verfügen, die sie in ihren Beziehungen zu dem Kind einsetzen können, indem sie ein angemessenes Erziehungsverhalten an den Tag legen, das die Integrität des Kindes respektiert.

§5 dieses Artikels bestimmt, dass der Jugendrichter oder das Jugendgericht, der/das eine Untersuchung oder eine Einschätzung angeordnet hat, erst dann eine Jugendhilfemaßnahme anordnen darf, wenn er/es diese Untersuchung oder Einschätzung eingesehen hat. Dies gilt unbeschadet der Artikel 42 Absatz 2, 44 Absatz 2 und 45 Absatz 2, die vorsehen, dass die psychologische oder medizinische Untersuchung nachgereicht werden muss, um die Erforderlichkeit der ambulanten, teilstationären oder stationären Begleitung oder Behandlung zu bestätigen. Eine weitere Ausnahme ist zudem vorgesehen, wenn dringendes Handeln erforderlich ist, um die Integrität des Kindes zu schützen. In diesem Fall muss der Jugendrichter oder das Jugendgericht nach Erhalt der Untersuchung prüfen, ob die zuvor angeordnete Jugendhilfemaßnahme angemessen ist. Wenn sie nicht geeignet ist, muss der Jugendrichter oder das Jugendgericht die Jugendhilfemaßnahme aufheben oder ändern.

Artikel 40

§1 Absatz 1 dieses Artikels besagt, dass der Jugendrichter oder das Jugendgericht nach diesem Dekretentwurf anerkannte Jugendhilfeanbieter und Dienstleister direkt mit der Umsetzung von ambulanten, stationären oder teilstationären Jugendhilfemaßnahmen beauftragen kann.

§1 Absatz 2 dieses Artikels ermöglicht es auch, diese Aufgabe an den Fachbereich Jugendhilfe zu delegieren.

Die Umsetzung sowie die Koordination der Jugendhilfemaßnahmen werden vom Fachbereich in Anwendung von §2 Absatz 1 dieses Artikels organisiert und überprüft. Im Rahmen dieser Aufgabe kann er mit der Person, die die Jugendhilfemaßnahme umsetzt, einen Vertrag abschließen. In diesem Vertrag werden die zu erreichenden Ziele und Erwartungen, die Modalitäten der Jugendhilfemaßnahme, die Regeln für den Datenschutz und das Berufsgeheimnis sowie die Beschwerdemöglichkeiten unter Berücksichtigung der Vorgaben des Gerichtsbeschlusses oder des Gerichtsurteils festgelegt. Nach Möglichkeit werden das Kind und seine Erziehungsberechtigten in diesen Prozess einbezogen.

§2 Absatz 4 dieses Artikels ermöglicht es dem Fachbereich, Jugendhilfeanbieter und Dienstleister mit der Koordination zu beauftragen. Dies kann beispielsweise in Situationen der Fall sein, in denen ein anderer Dienstleister bereits einen guten Kontakt zu der Familie hat, was die Koordination erleichtert.

§2 Absatz 5 dieses Artikels ermächtigt die Regierung, die weiteren Inhalte des Vertrags festzulegen zu können.

Artikel 41

Der Fachbereich muss die angeordneten Jugendhilfemaßnahmen mit dem von der Jugendhilfemaßnahme betroffenen Kind, seinen Erziehungsberechtigten und den Jugendhilfeanbietern, Dienstleistern und Pflegefamilien, die die Jugendhilfemaßnahme umsetzen, regelmäßig auswerten und überprüfen, um den Jugendrichter oder das Jugendgericht rechtzeitig auf notwendige Änderungen hinweisen zu können. Dieser Artikel legt fest, dass ein erstes Bilanzgespräch spätestens vier Monate nach der gerichtlichen Entscheidung stattfindet und dass danach mindestens alle sechs Monate weitere Bilanzgespräche stattfinden. Bei langfristigen Maßnahmen und wenn einvernehmlich festgestellt wird, dass ein zweites Bilanzgespräch nach sechs Monaten nicht erforderlich ist, kann es anschließend auch nur einmal im Jahr stattfinden.

Zur Vorbereitung der Bilanzgespräche übermitteln die Jugendhilfeanbieter oder Dienstleister einen schriftlichen Bericht über die Umsetzung der Jugendhilfemaßnahme sowie über die allgemeine und aktuelle Entwicklung des Kindes. Der Fachbereich übermittelt dem Prokurator des Königs, dem Jugendrichter oder dem Jugendgericht einen zusammenfassenden Bericht, in dem er die Fortführung, Abänderung oder Aufhebung der Jugendhilfemaßnahmen sowie zusätzliche Jugendhilfemaßnahmen vorschlagen kann.

Artikel 42

In diesem Artikel werden die ambulanten Begleit- und Betreuungsmaßnahmen festgelegt, die der Jugendrichter oder das Jugendgericht anordnen kann. Diese ambulanten Jugendhilfemaßnahmen richten sich sowohl an das Kind selbst als auch an seine Erziehungsberechtigten. Wenn der Jugendrichter oder das Jugendgericht eine oder mehrere ambulante Begleit- und Betreuungsmaßnahmen anordnet, legt er/es das genaue Ziel fest.

Darüber hinaus muss die Erforderlichkeit der Begleitung des Kindes in einem psychiatrischen Dienst innerhalb von 30 Tagen ab Anordnung der Begleitung durch eine psychologische oder medizinische Untersuchung bestätigt werden. Das Fehlen einer fristgerechten Bestätigung führt dazu, dass die angeordnete Jugendhilfemaßnahme aufgehoben oder durch eine andere Jugendhilfemaßnahme ersetzt werden muss (siehe hierzu auch den Kommentar zu Artikel 39).

Artikel 43

Der Jugendrichter oder das Jugendgericht kann den Verbleib des Kindes an seinem gewöhnlichen Lebensort für einen Zeitraum von höchstens sechs Monaten davon abhängig machen, dass die in diesem Artikel aufgeführten Auflagen eingehalten werden. Die Einhaltung wird vom Fachbereich kontrolliert. Hält das Kind die Auflagen nicht ein, meldet der Fachbereich dies dem Jugendrichter oder dem Jugendgericht, die dann eine andere Jugendhilfemaßnahme anordnen können. Wenn der Jugendrichter oder das Jugendgericht eine oder mehrere Auflagen anordnet, legt er/es das genaue Ziel fest.

Artikel 44

In diesem Artikel werden die teilstationären Behandlungs-, Begleitungs- oder Betreuungsmaßnahmen für das Kind definiert, die der Jugendrichter oder das Jugendgericht anordnen kann. Ordnet der Jugendrichter oder das Jugendgericht eine oder mehrere teilstationäre Maßnahmen zur Behandlung, Begleitung oder Betreuung des Kindes an, so legt er/es das genaue Ziel fest.

Darüber hinaus muss die Erforderlichkeit der Behandlung des Kindes in einer teilstationären Behandlungsform innerhalb von 30 Tagen ab Anordnung der Behandlung durch eine

psychologische oder medizinische Untersuchung bestätigt werden. Das Fehlen einer fristgerechten Bestätigung führt dazu, dass die angeordnete Jugendhilfemaßnahme aufgehoben oder durch eine andere Jugendhilfemaßnahme ersetzt werden muss (siehe hierzu auch den Kommentar zu Artikel 39).

Artikel 45

Dieser Artikel legt die stationären Behandlungs- oder Betreuungsmaßnahmen für das Kind fest, die der Jugendrichter oder das Jugendgericht anordnen kann. Ordnet der Jugendrichter oder das Jugendgericht eine stationäre Behandlungs- oder Betreuungsmaßnahme des Kindes an, legt er/es das genau Ziel fest.

Außerdem muss er/es in seiner Entscheidung darlegen, dass die Erziehungsberechtigten die Integrität, gesunde Entwicklung und Erziehung des Kindes mithilfe ambulanter Maßnahmen nicht gewährleisten wollen oder können und daher eine stationäre Jugendhilfemaßnahme erforderlich ist.

Die Behandlung oder Betreuung in einer geschlossenen Einrichtung gilt nur für Kinder, die mindestens 14 Jahre alt sind.

Darüber hinaus muss die Erforderlichkeit der Behandlung des Kindes in einer Einrichtung innerhalb von 30 Tagen ab Anordnung der Behandlung durch eine psychologische oder medizinische Untersuchung bestätigt werden. Das Fehlen einer fristgerechten Bestätigung führt dazu, dass die angeordnete Jugendhilfemaßnahme aufgehoben oder durch eine andere Jugendhilfemaßnahme ersetzt werden muss (siehe hierzu auch den Kommentar zu Artikel 39).

Artikel 46

Dieser Artikel legt fest, dass der Jugendrichter oder das Jugendgericht den Aufenthalt des Kindes bei nur einem seiner Erziehungsberechtigten anordnen kann, beispielsweise wenn die Erziehungsberechtigten getrennt sind und die Situation eines der Erziehungsberechtigten (Suchtprobleme, ungesunde Wohnverhältnisse, usw.) die Integrität und die gesunde Entwicklung des Kindes gefährdet.

Artikel 47

Dieser Artikel sieht vor, dass der Jugendrichter oder das Jugendgericht gleichzeitig mehrere Jugendhilfemaßnahmen anordnen kann. Der Jugendrichter oder das Jugendgericht muss die gleichzeitige Anordnung mehrerer Jugendhilfemaßnahmen ausdrücklich begründen.

Artikel 48

Dieser Artikel bestimmt, dass angeordnete Jugendhilfemaßnahmen jederzeit abgeändert, aufgehoben oder durch andere Maßnahmen ersetzt werden können. Dies geschieht entweder von Amts wegen durch das Jugendgericht oder auf Antrag des Fachbereichs, des Prokurators des Königs, des Kindes, der Erziehungsberechtigten oder der mit der Umsetzung der Jugendhilfemaßnahme beauftragten Pflegefamilien.

Der Antrag des Kindes, der Erziehungsberechtigten oder der Pflegefamilie kann jedoch erst ein Jahr nach der gerichtlichen Entscheidung zum Grunde gestellt werden. Wenn das Jugendgericht den Antrag ablehnt, kann ein neuer Antrag erst nach einem Jahr ab der Ablehnung gestellt werden.

Artikel 49

Dieser Artikel legt fest, dass der Jugendrichter oder das Jugendgericht die Dauer jeder angeordneten Jugendhilfemaßnahme festlegt. Unbeschadet anderer im vorliegenden Dekretentwurf vorgesehenen Höchstdauern, wie beispielsweise die Dauer von sechs Monaten für den Verbleib des Kindes an seinem gewöhnlichen Aufenthaltsort unter Einhaltung bestimmter Auflagen, beträgt die Dauer höchstens zwei Jahre.

Artikel 50

Die Jugendhilfe richtet sich in erster Linie an Kinder unter 18 Jahren. Dieser Artikel legt die Bedingungen und das Verfahren für die Verlängerung der Hilfe für junge Erwachsene zwischen 18 und 21 Jahren fest und sorgt so für einen möglichst reibungslosen Übergang vom Status eines besonders geschützten Minderjährigen zum Status eines Erwachsenen. Es soll nämlich vermieden werden, dass ein Kind aufgrund des bloßen Erreichens eines bestimmten Alters plötzlich keine Hilfe mehr erhält, obwohl es nach wie vor Begleitung und Unterstützung benötigt.

Die Verlängerung bezieht sich auf die Begleitung durch den Fachbereich. Im Rahmen dieser Verlängerung können laufende Jugendhilfemaßnahmen verlängert und neue Jugendhilfemaßnahmen mit dem jungen Erwachsenen vereinbart werden, mit dem Ziel, ihm in einer Übergangsphase bei der Entwicklung seiner Persönlichkeit oder bei der Erlangung einer eigenständigen Lebensführung zu helfen.

In §2 dieses Artikels wird das Verfahren für den Antrag auf Verlängerung festgelegt. Das Kind richtet zu diesem Zweck spätestens einen Monat vor dem Alter von 18 Jahren einen schriftlichen Antrag an den Fachbereich, in dem die Gründe und die Dauer der beantragten Verlängerung angegeben werden.

§3 dieses Artikels ermächtigt die Regierung das weitere Verfahren zur Verlängerung der Begleitung bei Erreichen der Volljährigkeit festzulegen.

Artikel 51

Dieser Artikel besagt, dass der Fachbereich während der Verlängerung für die regelmäßige Überprüfung der Jugendhilfemaßnahmen zuständig ist, sofern Jugendhilfemaßnahmen verlängert oder vereinbart wurden.

Diese Überprüfung umfasst regelmäßige Bilanzgespräche mit dem jungen Erwachsenen und den Jugendhilfeanbietern oder Dienstleistern, die die Jugendhilfemaßnahmen umsetzen. Dabei soll festgestellt werden, ob die Jugendhilfemaßnahmen weiterhin notwendig sind und ob sie gegebenenfalls angepasst werden müssen.

Artikel 52

Dieser Artikel bestimmt, dass eine bereits genehmigte befristete Verlängerung bis zum Alter von 21 Jahren erneuert werden kann.

Die Regierung wird ermächtigt, das diesbezügliche Verfahren festzulegen.

Artikel 53

Dieser Artikel legt fest, dass die Verlängerung jederzeit beendet werden kann.

Die Regierung wird ermächtigt, die diesbezüglichen Verfahren und Bedingungen festzulegen.

Artikel 54

Dieser Artikel legt den spezifischen Anwendungsbereich von „Kapitel 5 – Jugendschutz“ fest.

Wie in der allgemeinen Erläuterung beschrieben, ist die Deutschsprachige Gemeinschaft nun auch für die Festlegung der Maßnahmen zuständig, die gegenüber Jugendliche ergriffen werden können, die vor dem Alter von 18 Jahren eine als Straftat qualifizierte Tat begangen haben. Der Föderalstaat bleibt seinerseits für die Organisation der Jugendgerichte (Schaffung und Zusammensetzung), ihre territoriale Zuständigkeit und das Verfahren vor diesen Gerichten zuständig. Die Deutschsprachige Gemeinschaft kann jedoch aufgrund ihrer impliziten Befugnisse die Verfahrensregeln festlegen, die untrennbar mit den Maßnahmen verbunden sind, für die sie nun zuständig ist (siehe Vorbereitungsarbeiten zur institutionellen Reform). In den Kommentaren zu den Bestimmungen dieses Kapitels wird erläutert, welche der übernommenen, geänderten oder aufgehobenen Bestimmungen des Gesetzes vom 8. April 1965 Verfahrensregeln enthalten können.

Dieses Kapitel gilt daher für jeden Jugendlichen, der verdächtigt wird, vor dem Alter von 18 Jahren eine als Straftat qualifizierte Tat begangen zu haben, sowie für jeden Jugendlichen, bei dem eine solche Tat nachgewiesen wurde.

Das Verantwortungsbewusstsein der Jugendlichen, das durch den Jugendschutz gefördert werden soll, entbindet die Erziehungsberechtigten nicht von ihrer Verantwortung. Ihre aktive Beteiligung an der Reaktion auf eine von einem Jugendlichen begangene Jugendstraftat soll ebenfalls durch den Dekretentwurf gefördert werden. Aus diesem Grund gilt dieses Kapitel auch für die Erziehungsberechtigten der Jugendlichen.

Schließlich gilt der Dekretentwurf für alle Anbieter, Dienstleister, Pflegefamilien und Gerichtsbehörden, die im Bereich des Jugendschutzes tätig sind.

Absatz 2 dieses Artikels besagt, dass dieses Kapitel auch dann Anwendung findet, wenn die Straftat eines Jugendlichen vor dem Alter von 18 Jahren begangen wurde, wenn der betreffende Jugendliche zum Zeitpunkt der Einleitung des Jugendschutzverfahrens oder der Anordnung der Jugendschutzmaßnahme älter als 18 Jahre ist. Das Alter des Jugendlichen zum Zeitpunkt der Begehung der Straftat ist somit der entscheidende Faktor für die Anwendung der Bestimmungen dieses Kapitels.

Artikel 55

Die Staatsanwaltschaft hat die Aufgabe, das öffentliche Interesse zu wahren und zu verteidigen. Zu diesem Zweck reagiert die Staatsanwaltschaft auf jede festgestellte Jugendstraftat innerhalb einer verhältnismäßigen und angemessenen Frist und berücksichtigt dabei die Interessen der Opfer. Die Ausweitung der Befugnisse der Staatsanwaltschaft hat den Vorteil, dass auf gewisse unangemessene Verhalten schnell reagiert werden kann, ohne dass ein langwieriges Gerichtsverfahren erforderlich ist.

Die Tatsache, dass die Staatsanwaltschaft mehrere Handlungsoptionen hat, gibt ihr die Möglichkeit, "gezielt", "maßgeschneidert" und "auf Augenhöhe" auf die Jugendstraftat zu reagieren. Auf diese Weise kann sie proaktiv, konstruktiv, aber auch repressiv arbeiten, um zur Verringerung der Jugendkriminalität und zu einer sichereren Gesellschaft beizutragen.

Dabei wurden die Befugnisse der Staatsanwaltschaft im Dekretentwurf klar definiert. Außerdem muss die Staatsanwaltschaft bei der Erfüllung ihrer Aufgaben integer, objektiv, unparteiisch, menschlich und unabhängig handeln und dabei das Gesetz und die Grundrechte und Grundfreiheiten achten.

Die Staatsanwaltschaft beurteilt, ob die Verstöße gegen die öffentliche Ordnung durch die Umsetzung ihrer Vorschläge ausreichend behoben werden können. In den Fällen, in denen ein Jugendlicher einen solchen Vorschlag annimmt, führt seine Durchführung zur Einstellung der strafrechtlichen Verfolgung.

Dieser Artikel sieht vor, dass der Prokurator des Königs den Fachbereich damit beauftragen kann, im Rahmen des Jugendschutzes eine Sozialuntersuchung durchzuführen. Diese soll es ihm ermöglichen, eine der Situation angemessene Entscheidung zu treffen.

Der Fachbereich sammelt Informationen über die Bedürfnisse des Kindes, sein Alter und sein Urteilsvermögen, seine Lebenssituation, seine Entwicklungsmöglichkeiten, die Umstände, unter denen die Jugendstraftat begangen wurde, sowie den Schaden und die Folgen für das Opfer. Zu diesem Zweck können Gespräche mit dem Jugendlichen und seinen Erziehungsberechtigten sowie Hausbesuche stattfinden. Auch Gespräche mit dem familiären Umfeld und ein Austausch mit bereits eingeschalteten Dienstleistern können stattfinden, um ein möglichst umfassendes Bild der Situation zu erhalten. Auf dieser Grundlage erarbeitet der Fachbereich Vorschläge für mögliche Maßnahmen. Das Ganze wird in Form eines Sozialberichts an den Prokurator des Königs weitergeleitet. Die Frist für die Durchführung der Sozialuntersuchung wird vom Prokurator des Königs festgelegt und darf 90 Tage nicht überschreiten.

§3 dieses Artikels bestimmt, dass der Prokurator des Königs seine Entscheidung erst treffen darf, nachdem er diese Untersuchungen zur Kenntnis genommen hat. Eine Ausnahme ist vorgesehen, wenn ein dringendes Handeln erforderlich ist. In diesem Fall muss der Prokurator des Königs nach Erhalt der Untersuchung prüfen, ob die zuvor getroffene Entscheidung angemessen ist.

Artikel 56

Dieser Artikel übernimmt den Inhalt von Artikel 45ter des Gesetzes vom 8. April 1965, der es dem Prokurator des Königs ermöglicht, wenn er den Sachverhalt für erwiesen hält, dem tatverdächtigen Jugendlichen ein Verwarnungsschreiben zukommen zu lassen und ihn vorzuladen, um ihn an seine gesetzlichen Pflichten und die Folgen seines Verhaltens zu erinnern. Diese Bestimmungen des Gesetzes vom 8. April 1965 werden daher aufgehoben. Die Maßnahmen, die von der Staatsanwaltschaft ergriffen werden können, gehören nämlich zu den Maßnahmen, für die seit der letzten institutionellen Reform die Deutschsprachige Gemeinschaft zuständig ist. Die derzeit in Artikel 45ter Absatz 2 vorgesehene Verfahrensregel wird ebenfalls übernommen, und zwar in Absatz 2 des vorliegenden Artikels, da sie untrennbar mit der Verwarnungsmaßnahme selbst verbunden ist.

Mit der Verwarnung beurteilt der Prokurator des Königs, dass die Jugendstraftaten nicht schwerwiegend genug sind, um ihn vor das Jugendgericht zu bringen. Gleichzeitig wird aber auch ein klares Signal gegeben, dass einmalige oder weniger schwere Vergehen nicht ohne weiteres geduldet werden.

Eine Verwarnung hat keine strafrechtlichen Folgen.

In dem Verwarnungsschreiben wird angegeben, um welche Jugendstraftaten es sich handelt. In dem Schreiben fordert der Prokurator des Königs insbesondere dazu auf, diese oder andere Jugendstraftaten nicht zu begehen, und weist auf die möglichen rechtlichen Folgen solcher Handlungen hin. Eine Kopie dieses Schreibens wird auch an die Erziehungsberechtigten gesendet. Sie werden aufgefordert, die Aufsicht über den Jugendlichen zu verstärken.

Der Prokurator des Königs kann beschließen, den Jugendlichen und seine Erziehungsberechtigten vorzuladen. Diese erhalten zunächst ein Vorladungsschreiben, in dem sie aufgefordert werden, bei der Staatsanwaltschaft zu erscheinen. In dem Vorladungsschreiben wird der Sachverhalt genannt, der besprochen werden soll. Bei diesem Gespräch wird die Entscheidung, eine Verwarnung auszusprechen, erläutert und die Lebensumstände des Jugendlichen werden erörtert. Der Jugendliche und seine Erziehungsberechtigten werden auch über die Risiken und möglichen Folgen des Verhaltens des Jugendlichen aufgeklärt.

Artikel 57

Dieser Artikel übernimmt die Bestimmungen von Artikel 45quater des Gesetzes vom 8. April 1965, indem er sie präzisiert und verschiedene Änderungen einführt.

Die Vermittlung bietet tatverdächtigen Jugendlichen, Opfern und ihren Erziehungsberechtigten die Möglichkeit, einen Kommunikationsprozess einzuleiten, um eine Einigung über die Wiedergutmachung der Folgen einer Jugendstraftat zu erzielen.

§1 Absatz 1 dieses Artikels bestimmt die Pflicht des Prokurators des Königs, zu Beginn des Verfahrens zu prüfen, ob eine Vermittlung durchführbar und angebracht ist. Damit eine Vermittlung durchführbar ist, müssen die in Absatz 2 genannten Voraussetzungen erfüllt sein: Es muss ein begründeter Tatverdacht bestehen, d.h. es müssen hinreichende tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass eine Jugendstraftat begangen wurde, es muss ein Opfer identifiziert worden sein und der tatverdächtige Jugendliche bestreitet nicht die Entwicklung in den Sachverhalt.

Eine Vermittlung kann nur stattfinden, wenn die vom Vermittlungsvorschlag betroffenen Personen ausdrücklich und vorbehaltlos zustimmen.

Die besondere Begründungspflicht des Prokurators des Königs hinsichtlich seiner Entscheidung, keine Vermittlung vorzuschlagen, ist in Absatz 4 geregelt.

§1 Absatz 5 Nummer 1 sieht vor, dass der Prokurator des Königs, wenn er eine Vermittlung vorschlägt, den Jugendlichen und die anderen betroffenen Personen über ihr Recht informieren muss, sich jederzeit von einem Anwalt beistehen zu lassen. Artikel 45quater §1 Absatz 5 des Gesetzes vom 8. April 1965 betraf nur die Information über das Recht, vor der Teilnahme an der Vermittlung einen Anwalt zu konsultieren und zum Zeitpunkt der Vereinbarung von einem Anwalt unterstützt zu werden. Das Recht des Jugendlichen und seiner Familie auf einen Rechtsbeistand darf jedoch nicht auf bestimmte Momente des Verfahrens beschränkt werden, auch wenn es sich um ein Verfahren handelt, das darauf abzielt, zwischen den Parteien zu schlichten und Gerichtsverfahren zu vermeiden. Der Jugendliche und seine Familie müssen jederzeit die Möglichkeit haben, einen Anwalt hinzuzuziehen, beispielsweise um den rechtlichen Rahmen der Vermittlung und die Folgen ihres Handelns während der Vermittlung zu verstehen.

Für die vom Jugendgericht vorgeschlagene Vermittlung ist eine solche Bestimmung nicht erforderlich, da das Gesetz vom 8. April 1965 (Artikel 54bis) generell die Bestellung eines

Rechtsanwalts von Amts wegen vorsieht, wenn die Sache vor das Jugendgericht gebracht wird und der Jugendliche keinen Rechtsanwalt hat.

Ebenso präzisiert Absatz 5, dass der Prokurator des Königs, wenn er einen Vorschlag zur Vermittlung macht, den Jugendlichen und die anderen betroffenen Personen darüber informieren muss, dass sie über eine Bedenkzeit von 15 Arbeitstagen verfügen, um diesen Vorschlag anzunehmen oder abzulehnen, dass sie danach jederzeit ihre Zustimmung zur Vermittlung zurückziehen können und dass die Vermittlung innerhalb von 6 Monaten zu einer Vereinbarung führen muss.

§2 Absatz 1 bestimmt, dass der Prokurator des Königs den Fachbereich mit der Vermittlung beauftragt. Dessen Aufgabe ist es dafür zu sorgen, dass die besten Voraussetzungen für eine Einigung gegeben sind. Darüber hinaus hat der Fachbereich die Aufgabe, während der gesamten Vermittlung die ausdrückliche und vorbehaltlose Zustimmung der betroffenen Personen sicherzustellen und den Prokurator des Königs zu informieren, wenn sich die Vermittlung als unmöglich erweist oder ihre Fortführung nicht mehr möglich ist. In diesem Fall übermittelt der Fachbereich dem Prokurator des Königs einen Kurzbericht, in dem diese Tatsache festgehalten wird. Denn auch bei einer freiwilligen Vermittlung muss eine gewisse Bereitschaft vorhanden sein, eine Reihe von Themen anzusprechen und zu behandeln.

§2 Absatz 2 ermöglicht es dem Fachbereich, mehrere tatverdächtige Jugendliche, die an der gleichen Jugendstraftat beteiligt sind oder mehrere tatverdächtige Jugendliche und volljährige Tatverdächtige, die in einer selben Straftat involviert sind, an einer gemeinsamen Vermittlung teilnehmen zu lassen. Damit soll vermieden werden, dass das Opfer an unterschiedlichen Vermittlungen für dieselbe Straftat teilnehmen muss (siehe Kommentar zu Artikel 119).

§3 Absatz 1 legt fest, dass die Frist, nach der sich der Fachbereich mit den Betroffenen schriftlich in Verbindung setzt, acht Arbeitstage beträgt.

Wenn der tatverdächtige Jugendliche und das Opfer nicht innerhalb von 15 Arbeitstagen ihre Zustimmung zu einer Vermittlung gegeben haben, wird das Vermittlungsverfahren nach einem Bericht des Fachbereichs vom Prokurator des Königs beendet.

Dasselbe gilt, wenn die Betroffenen ihre Zustimmung zur Vermittlung widerrufen oder wenn die Vermittlung innerhalb von sechs Monaten nicht zu einer Vereinbarung führt. Diese Sechsmonatsfrist kann um bis zu drei Monate verlängert werden, beispielsweise wenn der Fachbereich feststellt, dass die Verlängerung der Frist zum Abschluss einer Vereinbarung beitragen kann.

Damit diese Maßnahme eine echte Alternative zu anderen Jugendschutzmaßnahmen darstellen kann, sieht §7 Absatz 1 nunmehr vor, dass das Strafverfahren bei Erfüllung der Vermittlungsvereinbarung eingestellt wird, wie dies im Übrigen auch bei der Vermittlung mit Erwachsenen der Fall ist (Artikel 216ter §4 Absatz 1 des Strafprozessgesetzbuchs).

Die übrigen in Artikel 45quater des Gesetzes vom 8. April 1965 vorgesehenen Verfahrensregeln werden übernommen, da sie untrennbar mit der Vermittlungsmaßnahme selbst verbunden sind.

Artikel 58

Dieser Artikel verpflichtet den Prokurator des Königs den tatverdächtigen Jugendlichen zu Beginn des Verfahrens über die Möglichkeit zu informieren, ein Projekt vorzulegen. Ziel dieser Maßnahme ist es, dem Jugendlichen zu ermöglichen, die Verantwortung für seine

Handlungen zu übernehmen, indem er selbst eine wiedergutmachende, angemessene und nützliche Lösung ausarbeitet.

Die persönliche Verantwortung des Jugendlichen ist hier von größter Bedeutung. Das Projekt verlangt, dass der Jugendliche aktiv und konstruktiv auf die Jugendstraftaten, derer er verdächtigt wird, reagiert. Der Vorschlag des Jugendlichen muss in einem angemessenen Verhältnis zur Schwere der von ihm begangenen Jugendstraftat stehen.

Der Fachbereich hat bei dieser Maßnahme eine wichtige Rolle zu spielen, nämlich die, den Jugendlichen bei der Ausarbeitung des Projekts zu unterstützen. §2 Absatz 1 bestimmt daher, dass der Prokurator des Königs den Fachbereich beauftragt, den tatverdächtigen Jugendlichen bei der Ausarbeitung des Projekts zu unterstützen.

Der Fachbereich soll den Jugendlichen beraten und unterstützen, aber auch verhindern, dass er ein ungeeignetes oder völlig unverhältnismäßiges Projekt vorlegt. Diese Beratung und Unterstützung dürfen jedoch nicht dazu führen, dass dem Jugendlichen die Verantwortung für die Ausarbeitung seines Projekts entzogen wird.

Die Möglichkeit des Fachbereichs, die Erziehungsberechtigten des tatverdächtigen Jugendlichen aktiv in die Ausarbeitung des Projekts einzubeziehen, ist dahingehend wichtig, dass der Jugendliche zwar Verantwortung übernehmen kann und muss, dies die Erziehungsberechtigten jedoch nicht von ihrer elterlichen Verantwortung entbindet. Die aktive Beteiligung der Erziehungsberechtigten und anderer Vertrauenspersonen ist ein wichtiges Element der Verantwortungsübernahme durch den Jugendlichen. Im Rahmen einer Maßnahme wie dem Projekt kann zudem das Umfeld des Jugendlichen eine unterstützende Rolle spielen.

§2 Absatz 3 bestimmt, dass der Fachbereich den Jugendlichen nach 15 Arbeitstagen erneut auf die Möglichkeit hinweist, dem Prokurator des Königs ein Projekt vorzulegen, insofern der Jugendliche nicht bereits Kontakt mit dem Fachbereich aufgenommen hat.

Der Projektvorschlag muss spätestens bei Erscheinen vor dem Prokurator des Königs eingereicht werden. Wenn der Jugendliche einen Vorschlag macht, kann der Prokurator des Königs den Inhalt nicht ändern. Er kann jedoch die Genehmigung eines Projekts durch eine speziell mit Gründen versehene Entscheidung verweigern. Zum Beispiel, wenn das Projekt gegen die öffentliche Ordnung verstößt, die Interessen einer der beteiligten Parteien verletzt, usw.

Ein Projekt ist nicht an vordefinierte Maßnahmen gebunden. In diesem Rahmen hat ein Jugendlicher die Freiheit, etwas vorzuschlagen, das zu ihm passt, das er für nützlich oder notwendig hält und das er als Reaktion auf die von ihm begangene Jugendstraftat für angemessen hält. Es ist daher nicht Aufgabe des Prokurators des Königs, inhaltliche Vorschläge für ein Projekt zu machen.

Wenn der tatverdächtige Jugendliche das Projekt innerhalb der vom Prokurator des Königs festgelegten Frist und nach den von ihm ausgearbeiteten Modalitäten durchführt, wird das Strafverfahren eingestellt. Wird das Projekt nicht wie geplant durchgeführt, kann der Prokurator des Königs das Jugendgericht befassen, damit dieses Jugendschutzmaßnahmen ergreift. Der Prokurator des Königs hat hier einen Ermessensspielraum, da es legitime Gründe dafür geben kann, dass ein Projekt nicht (vollständig) durchgeführt werden konnte. Diese können daher vom Prokurator des Königs berücksichtigt werden.

Artikel 59

Der Prokurator des Königs kann einem tatverdächtigen Jugendlichen vorschlagen, das Erlöschen der Strafverfolgung an die Durchführung und Einhaltung bestimmter Auflagen zu knüpfen. Dazu müssen die in §1, Absatz 1 genannten Bedingungen erfüllt sein: eine Vermittlung ist undurchführbar oder unangebracht und es muss ein begründeter Tatverdacht vorliegen, d.h. es muss genügend tatsächliche Hinweise darauf geben, dass eine Jugendstraftat begangen wurde.

§1 Absatz 2 dieses Artikels besagt, dass der Prokurator des Königs das Ziel der Auflagen sowie die Frist für ihre Durchführung festlegt. Dies geschieht in Absprache mit dem tatverdächtigen Jugendlichen, der zu diesem Zweck von seinem Anwalt unterstützt werden muss. §2 Nummer 1 sieht also vor, dass der Prokurator des Königs, wenn er die Durchführung und Einhaltung bestimmter Auflagen vorschlägt, den Jugendlichen über sein Recht auf Beistand durch einen Anwalt informiert.

Ebenso bestimmt §2, dass der Prokurator des Königs den Jugendlichen darüber informieren muss, dass er eine Bedenkzeit von 15 Arbeitstagen hat, um den Vorschlag anzunehmen oder abzulehnen, und dass die Auflagen innerhalb der vom Prokurator des Königs gesetzten Frist erfüllt werden müssen. Diese Frist kann auf mit Gründen versehenen Antrag des Fachbereichs verlängert werden.

Der Prokurator des Königs beauftragt den Fachbereich mit der Organisation der Auflagen und der Überprüfung ihrer Einhaltung. Da auch andere Jugendschutzanbieter und Dienstleister an der Umsetzung der Auflagen beteiligt sein können, legt §3 Absatz 2 fest, dass der Fachbereich mit ihnen einen Vertrag schließen kann.

Der Fachbereich begleitet das weitere Verfahren. So legt §4 fest, dass die Frist, nach der der Fachbereich den Jugendlichen schriftlich kontaktieren muss, um ihn auf die vorgeschlagene Auflage hinzuweisen, acht Arbeitstage beträgt.

Wenn der Jugendliche den Vorschlag nicht innerhalb von 15 Arbeitstagen annimmt, wird er vom Prokurator des Königs nach einem Bericht des Fachbereichs beendet. Der Prokurator des Königs kann dann das Jugendgericht mit Jugendschutzmaßnahmen befassen.

Wenn der tatverdächtige Jugendliche die Auflagen innerhalb der vorgesehenen Fristen und gemäß den vorgesehenen Modalitäten erfüllt, wird das Strafverfahren eingestellt. Werden die Auflagen nicht wie vorgesehen eingehalten, kann der Prokurator des Königs das Jugendgericht befassen, damit es Jugendschutzmaßnahmen ergreift. Der Prokurator des Königs hat hier einen Ermessensspielraum, da es legitime Gründe dafür geben kann, dass die Auflagen nicht (vollständig) erfüllt werden konnten. Diese können daher vom Prokurator des Königs berücksichtigt werden. Der Nachweis, dass die Auflagen erfüllt wurden, wird dem Prokurator des Königs vom Fachbereich erbracht.

Artikel 60

Dieser Artikel sieht vor, dass der Prokurator des Königs gleichzeitig eine Vermittlung und die Durchführung und Einhaltung von Auflagen vorschlagen kann, wenn er aufgrund der ihm vorliegenden Informationen über den tatverdächtigen Jugendlichen und über die von ihm begangene Jugendstraftat der Ansicht ist, dass eine Vermittlung allein als Reaktion auf die Jugendstraftat nicht ausreicht.

Nimmt der tatverdächtige Jugendliche diesen Vorschlag an, wird die strafrechtliche Verfolgung vom Prokurator des Königs eingestellt, wenn der tatverdächtige Jugendliche sowohl die Vereinbarung als auch die Auflagen fristgerecht und gemäß den vorgesehenen

Modalitäten erfüllt hat. Ist dies nicht der Fall, kann der Prokurator des Königs das Jugendgericht mit Jugendschutzmaßnahmen befassen.

So ist beispielsweise eine Kumulierung angebracht im Rahmen von Beschaffungskriminalität, da dann sowohl eine Vermittlung mit den Opfern der Jugendstraftat als auch eine Therapie für die Suchtproblematik des tatverdächtigen Jugendlichen vorgeschlagen werden kann.

Artikel 61

Dieser Artikel übernimmt in Bezug auf die vom Prokurator des Königs ergriffenen Maßnahmen die in Artikel 37 §2 Absatz 2 des Gesetzes vom 8. April 1965 festgelegte Regel zu den Maßnahmen, die je nach dem Alter des Jugendlichen zum Zeitpunkt der Begehung der Jugendstraftaten ergriffen werden können. Die Handlungen, Taten oder das Fehlverhalten eines Jugendlichen unter zwölf Jahren, der verdächtigt wird, eine Jugendstraftat begangen zu haben, können nur Anlass zu einer Verwarnung oder einer Vermittlung geben.

Ist der Prokurator des Königs der Ansicht, dass die Verwarnung und die Vermittlung nicht ausreichen, weil die Situation des Jugendlichen eine Begleitung im Rahmen der Jugendhilfe erfordert, kann er den Jugendrichter oder das Jugendgericht mit Jugendhilfemaßnahmen befassen.

Artikel 62

Dieser Artikel verpflichtet den Prokurator des Königs, den tatverdächtigen Jugendlichen in der Vorladung über die Möglichkeit zu informieren, dem Jugendrichter ein Projekt vorzulegen.

Wurde ein Opfer identifiziert, ist der Prokurator des Königs darüber hinaus verpflichtet, den tatverdächtigen Jugendlichen, das Opfer und die Erziehungsberechtigten in der Vorladung über die Möglichkeit zu informieren, beim Jugendrichter eine Vermittlung zu beantragen.

Artikel 63

Dieser Artikel übernimmt die Bestimmungen von Artikel 36 Nummer 4 und Artikel 36bis des Gesetzes vom 8. April 1965, d.h. er sieht die allgemeine Zuständigkeit des Jugendgerichts für tatverdächtige Jugendliche vor (Absätze 1 und 2), behält jedoch die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte für Verkehrsdelikte bei, die von Jugendlichen über 16 Jahren begangen wurden, mit der Möglichkeit, die Sache abzugeben und an das Jugendgericht zu verweisen (Absatz 4). Die Bestimmung, die die Anwendung des Gesetzes über die Untersuchungshaft außer bei Fahrerflucht ausschließt, wird nicht übernommen (Artikel 36bis Absatz 3 des Gesetzes vom 8. April 1965), da es sich hierbei um eine Bestimmung handelt, die in die Zuständigkeit des föderalen Gesetzgebers fällt.

Artikel 64

Dieser Artikel übernimmt die Bestimmungen von Artikel 50 des Gesetzes vom 8. April 1965.

Er besagt, dass der Jugendrichter oder das Jugendgericht den Fachbereich mit der Durchführung einer Sozialuntersuchung im Rahmen des Jugendschutzes beauftragen kann. Diese soll es ermöglichen, eine der Situation angemessene Entscheidung zu treffen.

Der Fachbereich sammelt Informationen über die Bedürfnisse des Jugendlichen, sein Alter und Urteilsvermögen, seine Lebenssituation, seine Entwicklungsmöglichkeiten, die Umstände, unter denen die Jugendstraftat begangen wurde, sowie den Schaden und die Folgen für das Opfer. Zu diesem Zweck können unter anderem Gespräche mit dem Jugendlichen und seinen Erziehungsberechtigten sowie Hausbesuche stattfinden. Auch Gespräche mit dem familiären Umfeld und ein Austausch mit bereits eingeschalteten Dienstleistern können stattfinden, um ein möglichst umfassendes Bild der Situation zu erhalten. Auf dieser Grundlage erarbeitet der Fachbereich Vorschläge für mögliche Maßnahmen. Das Ganze wird in Form eines Sozialberichts an den Jugendrichter oder das Jugendgericht weitergeleitet. Die Frist für die Durchführung der Sozialuntersuchung wird vom Jugendrichter oder Jugendgericht festgelegt und darf 90 Tage nicht überschreiten.

§3 dieses Artikels legt außerdem fest, dass der Jugendrichter oder das Jugendgericht den Fachbereich ermächtigen kann, im Rahmen des Jugendschutzes eine psychologische oder medizinische Untersuchung des Jugendlichen zu veranlassen, um festzustellen, welche Jugendschutzmaßnahmen für seine Behandlung geeignet sind.

Die in diesem Artikel genannten Untersuchungen ergänzen die im Gesetz vom 8. April 1965 vorgesehene Anhörung des Jugendlichen.

§4 dieses Artikels bestimmt, dass der Jugendrichter oder das Jugendgericht erst dann eine Jugendschutzmaßnahme anordnen kann, wenn er diese Untersuchungen zur Kenntnis genommen hat. Dies gilt unbeschadet der Artikel 78 Absatz 2, 81 Absatz 2 und 82 §3 Absatz 1, die vorsehen, dass die psychologische oder medizinische Untersuchung nachgereicht werden muss, um die Erforderlichkeit der ambulanten, teilstationären oder stationären Begleitung oder Behandlung zu bestätigen. Eine weitere Ausnahme ist zudem vorgesehen, wenn eine dringende Maßnahme erforderlich ist. In diesem Fall muss der Jugendrichter oder das Jugendgericht nach Erhalt der Untersuchung prüfen, ob die zuvor angeordnete Jugendschutzmaßnahme angemessen ist. Wenn sie nicht angemessen ist, muss er die Jugendschutzmaßnahme aufheben oder ändern.

Artikel 65

In Anbetracht des Vorrangs ambulanter und teilstationärer Maßnahmen vor stationären Maßnahmen (siehe Kommentar zu Artikel 5) und um die Nachvollziehbarkeit der Entscheidung für alle Beteiligten zu ermöglichen, sieht vorliegender Artikel eine besondere Begründungspflicht vor (Absatz 1). Diese Begründung stützt sich auf die in Artikel 12 §2 genannten Faktoren, d.h. die Bedürfnisse des Jugendlichen, sein Alter und sein Urteilsvermögen, seine Lebenssituation, die Schwere der begangenen Jugendstraftat, die Umstände, unter denen sie begangen wurde, sowie der Schaden und die Folgen für das Opfer, die bereits für den Jugendlichen angeordneten Jugendschutzmaßnahmen und sein Verhalten während der Durchführung dieser Maßnahmen sowie die öffentliche Sicherheit.

Auch bei einer Kumulierung von Maßnahmen muss der Jugendrichter oder das Jugendgericht ausdrücklich begründen, warum die Anordnung mehrerer Maßnahmen erforderlich ist (Absatz 2). Diese Begründungspflicht gilt für alle Kumulierungen. Die in Artikel 37 §2quinquies des Gesetzes vom 8. April 1965 vorgesehene Begründungspflicht wird somit sowohl präzisiert als auch gefestigt.

Artikel 66

§1 Absatz 1 dieses Artikels sieht vor, dass der Jugendrichter oder das Jugendgericht die nach diesem Dekretentwurf anerkannten Jugendschutzanbieter und Dienstleister für die

Umsetzung von ambulanten, stationären oder teilstationären Jugendschutzmaßnahmen direkt beauftragen kann.

§1 Absatz 2 dieses Artikels ermöglicht es auch, diese Aufgabe an den Fachbereich Jugendhilfe zu delegieren.

Die Umsetzung sowie die Koordination der Jugendschutzmaßnahmen werden in Anwendung von §2 Absatz 1 dieses Artikels vom Fachbereich organisiert und überprüft. Im Rahmen dieser Aufgabe kann er mit demjenigen, der die Jugendschutzmaßnahme umsetzt, einen Vertrag schließen. In diesem Vertrag werden unter Berücksichtigung der Vorgaben des Beschlusses oder des Gerichtsurteils die zu erreichenden Ziele und Erwartungen, die Modalitäten der Jugendschutzmaßnahme, die Regeln für den Datenschutz und das Berufsgeheimnis sowie die Beschwerdemöglichkeiten festgelegt. Idealerweise werden der Jugendliche und seine Erziehungsberechtigten in diesen Prozess einbezogen.

§2 Absatz 4 dieses Artikels ermöglicht es dem Fachbereich, Jugendschutzanbieter und Dienstleister mit der Koordination zu beauftragen. Dies kann beispielsweise in Situationen der Fall sein, in denen ein anderer Dienstleister bereits einen guten Kontakt zu der Familie hat, was die Koordination erleichtert.

§2 Absatz 5 dieses Artikels ermächtigt die Regierung, die weiteren Inhalte des Vertrags festzulegen zu können.

Artikel 67

Der Fachbereich überprüft die angeordnete Jugendschutzmaßnahme regelmäßig mit dem betroffenen Jugendlichen, seinen Erziehungsberechtigten und den Dienstleistern, Anbietern und Pflegefamilien, die die Jugendschutzmaßnahme umsetzen, um den Jugendrichter oder das Jugendgericht rechtzeitig auf notwendige Änderungen hinweisen zu können. Dieser Artikel sieht vor, dass ein erstes Bilanzgespräch spätestens vier Monate nach der gerichtlichen Entscheidung stattfindet und dass danach mindestens alle sechs Monate weitere Bilanzgespräche stattfinden.

Zur Vorbereitung der Bilanzgespräche übermitteln die Dienstleister oder Jugendschutzanbieter einen schriftlichen Bericht über die Umsetzung der Jugendschutzmaßnahme sowie über die allgemeine und aktuelle Entwicklung des Jugendlichen. Der Fachbereich übermittelt dem Prokurator des Königs, dem Jugendrichter oder dem Jugendgericht einen zusammenfassenden Bericht, in dem er die Fortführung, Änderung oder Aufhebung der Jugendschutzmaßnahme sowie zusätzliche Jugendschutzmaßnahmen vorschlagen kann.

Artikel 68

Dieser Artikel schreibt vor, dass die angeordneten Jugendschutzmaßnahmen jederzeit abgeändert, aufgehoben oder durch andere Maßnahmen ersetzt werden können, sei es in der Vorbereitungsphase oder in der Phase zum Grunde. Dies geschieht entweder von Amts wegen durch den Jugendrichter oder das Jugendgericht oder auf Antrag des Prokurators des Königs oder des Fachbereichs, der gemäß Artikel 66 §2 Absatz 1 für die Organisation, Überprüfung und Koordination der Jugendschutzmaßnahmen zuständig ist (siehe Kommentar zu Artikel 66 und Artikel 67).

Um über die Abänderung oder Aufhebung einer Jugendschutzmaßnahme zu entscheiden, müssen der Jugendliche, seine Erziehungsberechtigten sowie der Prokurator des Königs oder der Fachbereich vorab angehört werden.

Absatz 3 dieses Artikels besagt, dass der Jugendrichter jederzeit von Amts wegen oder auf Antrag des Fachbereichs oder des Prokurators des Königs eine vom Jugendgericht angeordnete Jugendschutzmaßnahme aufheben oder durch andere Jugendschutzmaßnahmen ersetzen kann. Diese Änderung wird vom Jugendgericht innerhalb einer Frist von höchstens sechs Monaten geprüft.

Artikel 69

Dieser Artikel übernimmt und ändert die Bestimmungen des Artikels 52bis des Gesetzes vom 8. April 1965 über die Dauer der Vorbereitungsphase, da es sich um Verfahrensregeln handelt, die untrennbar mit den vorläufigen Jugendschutzmaßnahmen verbunden sind.

Die Dauer der Vorbereitungsphase ist grundsätzlich auf neun Monate begrenzt, um zu verhindern, dass sich diese Phase, in der der Jugendliche als unschuldig gilt, aber dennoch Gegenstand von vorläufigen Jugendschutzmaßnahmen sein kann, in die Länge zieht, und um dem Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, innerhalb einer angemessenen Frist eine Entscheidung zu erhalten. Die vorläufigen Jugendschutzmaßnahmen enden von Rechts wegen nach Ablauf der Neunmonatsfrist.

Die Vorbereitungsphase kann ausnahmsweise mehrmals um jeweils bis zu drei Monate verlängert werden, wenn dies für die Ermittlungen erforderlich ist. Dies kann in besonders komplexen Angelegenheiten der Fall sein, beispielsweise wenn mehrere Täter beteiligt sind oder wenn die Tat sehr schwerwiegend ist.

Im Rahmen dieser Verlängerungen können unter bestimmten Bedingungen (schwerwiegende und außergewöhnliche Umstände im Zusammenhang mit Anforderungen der öffentlichen Sicherheit) vorläufige Jugendschutzmaßnahmen ergriffen oder aufrechterhalten werden. Diese Ausnahmen bedürfen einer mit Gründen versehenen Entscheidung des Jugendrichters.

Die Vorbereitungsphase wird als der Zeitraum von der Befassung des Gerichts bis zur Entscheidung zum Grunde definiert und umfasst somit auch den Zeitraum, in dem sich die Akte bei der Staatsanwaltschaft befindet. Denn sowohl um die Kontinuität der Betreuung des Jugendlichen zu gewährleisten als auch um eventuell seine Sicherheit zu garantieren, müssen vorläufige Maßnahmen bis zur Entscheidung zum Grunde getroffen werden können, wie es Artikel 52 Absatz 1 des Gesetzes vom 8. April 1965 vorsieht.

Die Frist von zwei Monaten, innerhalb derer die Staatsanwaltschaft den Jugendlichen vor das Gericht laden muss, ist in der Vorbereitungsphase enthalten. Die Frist von neun Monaten ist somit um einen Monat länger als die in Artikel 52bis des Gesetzes vom 8. April 1965 vorgesehene Frist (Frist von sechs Monaten ab der Befassung des Gerichts bis zur Übermittlung der Akte an die Staatsanwaltschaft nach Abschluss der Untersuchung und Frist von zwei Monaten für die Vorladung des Jugendlichen vor das Jugendgericht). Wie der föderale Gesetzgeber bei der Einführung der Begrenzung der Dauer der Vorbereitungsphase im Jahr 1992 betonte, hindert die Tatsache, dass nicht alle Ermittlungen abgeschlossen sind, den Jugendrichter nicht daran, eine Entscheidung zum Grunde zu treffen, da das Jugendgericht immer noch eine zuvor angeordnete Maßnahme abändern oder aufheben kann.

Die Dauer der Aussetzung der Vorbereitungsphase ist auf zwei Monate begrenzt. Innerhalb dieser Frist muss die Jugendkammer des Appellationshofs gemäß Artikel 52ter Absatz 6 des Gesetzes vom 8. April 1965 eine Entscheidung treffen.

Artikel 70

In diesem Artikel werden die Maßnahmen aufgeführt, die der Jugendrichter in der Vorbereitungsphase anordnen bzw. vorschlagen kann. Die Einschränkung der vorläufigen Jugendschutzmaßnahmen im Vergleich zu den Jugendschutzmaßnahmen zum Grunde erklärt sich aus dem Zweck der vorläufigen Jugendschutzmaßnahmen, der in der Betreuung oder Ermittlung und nicht in der Bestrafung besteht (siehe §3 Absatz 2).

So wird der Verbleib am gewöhnlichen Lebensort unter Einhaltung einer oder mehrerer Auflagen auf bestimmte Auflagen beschränkt. Da der Jugendliche während der Vorbereitungsphase als unschuldig gilt, kann von ihm nicht verlangt werden, dass er sich bei dem Opfer entschuldigt oder den festgestellten Schaden wiedergutmacht.

Ebenso unterscheidet sich die Höchstdauer der erzieherischen und gemeinnützigen Leistung in der Vorbereitungsphase von der Höchstdauer der gleichen Maßnahme im Verfahren zum Grunde. Dies orientiert sich an der Rechtsprechung des Kassationshofs. Dieser stellte in seinem Urteil vom 21. Mai 2003 klar, dass es nicht zulässig ist, dass eine Maßnahme als Sanktion während der Vorbereitungsphase verhängt wird, "selbst wenn der Jugendliche die ihm vorgeworfenen Taten eingesteht". Gemäß dem Recht auf ein faires Verfahren und der Unschuldsvermutung darf eine solche Maßnahme als vorläufige Maßnahme nur für die Zwecke der Ermittlungen angeordnet werden, d.h. um die Persönlichkeit des Jugendlichen kennenzulernen und so die geeignete Maßnahme zum Grunde ergreifen zu können. Aus diesem Grund ist sie auf höchstens 30 Stunden begrenzt.

Neben den in diesem Unterabschnitt enthaltenen besonderen Regeln für vorläufige Maßnahmen wird für die Beschreibung der Maßnahmen auf die Kommentare zu den Bestimmungen in Unterabschnitt 4 verwiesen.

§1 dieses Artikels legt die Verpflichtung des Jugendrichters fest, zu Beginn der Vorbereitungsphase zu prüfen, ob eine beantragte Vermittlung oder ein vorgelegtes Projekt durchführbar und angebracht ist. Damit eine Vermittlung durchführbar ist, muss ein Opfer identifiziert worden sein.

Der Grund, warum dieses Angebot an Wiedergutmachungsmaßnahmen auch in der Vorbereitungsphase vorgesehen ist, hängt mit der Umsetzung eines der Grundsätze dieses Dekretentwurfs zusammen: dem tatverdächtigen Jugendlichen eine aktive Rolle bei der Übernahme der Verantwortung für seine Handlungen zu geben und ihm Möglichkeiten zur Wiedergutmachung des verursachten Schadens anzubieten. Der Dekretentwurf räumt dem Angebot von Wiedergutmachungsmaßnahmen, die den Betroffenen die Möglichkeit geben, selbst nach einer Lösung zu suchen, oberste Priorität ein. Indem sichergestellt wird, dass tatverdächtige Jugendliche und Opfer immer die Möglichkeit haben, das Angebot von Wiedergutmachungsmaßnahmen in Anspruch zu nehmen, wird eine Art "Recht auf Wiedergutmachung" geschaffen.

Die Vermittlung konzentriert sich auf den unterstützten Dialog und die Begegnung zwischen den tatverdächtigen Jugendlichen und den Opfern, wobei der Schwerpunkt auf dem verursachten Schaden liegt. Damit dieser Dialog möglichst fruchtbar ist, muss das Ergebnis dieses Prozesses zwischen den beiden völlig unabhängig von anderen Reaktionen auf die Jugendstraftat sein. Der Dialog setzt außerdem voraus, dass sowohl der tatverdächtige Jugendliche als auch das Opfer aus freiem Willen handeln.

§2 dieses Artikels ermöglicht es dem Jugendrichter, zusätzliche vorläufige Jugendschutzmaßnahmen anzuordnen, wenn er der Ansicht ist, dass eine Vermittlung oder ein Projekt nicht ausreicht, um die Betreuung des Jugendlichen zu gewährleisten, die öffentliche Sicherheit zu garantieren oder die notwendigen Untersuchungen oder Ermittlungen über die Persönlichkeit und die Situation des tatverdächtigen Jugendlichen durchzuführen. Der

Jugendrichter kann mehr als eine Maßnahme anordnen. In diesem Fall müssen die Grundsätze der Verhältnismäßigkeit und der Subsidiarität beachtet werden.

§3 dieses Artikels definiert die verschiedenen vorläufigen Jugendschutzmaßnahmen, die der Jugendrichter anordnen kann. Die Wahl der Maßnahme hängt von dem mit dem Eingriff verfolgten Ziel ab: Geht es in erster Linie darum, die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten, kommt insbesondere die stationäre Betreuung in Betracht. Um die Persönlichkeit und die Lebenssituation des tatverdächtigen Jugendlichen zu ermitteln, kann beispielsweise eine sozialpädagogische oder therapeutische Betreuung, eine psychologische, soziale oder pädagogische Beratung oder eine Aufsicht durch den Fachbereich zielgerichteter sein.

§3 Absatz 3 dieses Artikels beschränkt die möglichen Maßnahmen, die der Jugendrichter gegen tatverdächtige Jugendliche anordnen kann, die vor dem Alter von zwölf Jahren eine Jugendstraftat begangen haben, auf die Vermittlung sowie auf ambulante Begleit- und Betreuungsmaßnahmen. Ist der Jugendrichter der Ansicht, dass diese Maßnahmen nicht ausreichen, weil die Situation des Jugendlichen eine Begleitung im Rahmen der Jugendhilfe erfordert, kann er Jugendhilfemaßnahmen anordnen.

§4 dieses Artikels übernimmt Artikel 52 Absatz 8 des Gesetzes vom 8. April 1965 und erweitert die Möglichkeit, dem Jugendlichen den freien Umgang mit bestimmten Personen zu verbieten, auf alle vorläufigen Maßnahmen, da dieses Verbot für die Ermittlungen notwendig sein kann, auch wenn der Jugendliche nicht in einer geschlossenen Abteilung einer öffentlichen Jugendschutzeinrichtung untergebracht ist. Ebenso wird die Höchstdauer dieses Verbots auf 30 Tage erhöht, damit es seinen Zweck besser erfüllen kann. Das Verbot kann mehrmals verlängert werden.

§5 dieses Artikels übernimmt die Absätze 1, 2 und 4 von Artikel 52quater des Gesetzes vom 8. April 1965, die sich auf die stationäre Betreuung in einer geschlossenen Einrichtung oder in einer geschlossenen Abteilung einer öffentlichen Jugendschutzeinrichtung während der Vorbereitungsphase beziehen. Die Dauer dieser Maßnahme ist auf drei Monate begrenzt. Diese Maßnahme kann nach Berichterstattung des Fachbereichs Jugendhilfe, der geschlossenen Einrichtung oder der öffentlichen Jugendschutzeinrichtung mehrmals um jeweils höchstens 30 Tage verlängert werden.

§6 übernimmt die Regel aus Artikel 52quater Absatz 6 des Gesetzes vom 8. April 1965 (der damit aufgehoben wird), wonach die Maßnahme von Rechts wegen nach Ablauf einer Frist von 15 Tagen ab der Berufung endet.

Artikel 71

Dieser Artikel sieht vor, dass der Jugendrichter die Dauer jeder angeordneten vorläufigen Jugendschutzmaßnahme festlegt. Diese Dauer darf die in diesem Dekretentwurf festgelegten Höchstdauern nicht überschreiten.

Artikel 72

Dieser Artikel verpflichtet den Prokurator des Königs, den Jugendlichen im Gerichtsbrief zur Anberaumung der Gerichtssitzung über die Möglichkeit zu informieren, dem Jugendgericht ein Projekt vorzulegen.

Wurde ein Opfer identifiziert, ist der Prokurator des Königs darüber hinaus verpflichtet, den Jugendlichen, das Opfer und die Erziehungsberechtigten im Gerichtsbrief zur Anberaumung der Gerichtssitzung über die Möglichkeit zu informieren, beim Jugendgericht eine Vermittlung zu beantragen.

Artikel 73

Unterabschnitt 3 betrifft die Entscheidung zum Grunde. In dieser Phase entscheidet das Jugendgericht über die Schuld oder Unschuld eines tatverdächtigen Jugendlichen bezüglich der ihm zur Last gelegten Jugendstraftaten. Ziel ist es, den Jugendlichen zur Verantwortung zu ziehen und zu verhindern, dass er erneut eine Jugendstraftat begeht.

In diesem Artikel werden die Maßnahmen aufgeführt, die das Jugendgericht während der Phase zum Grunde anordnen oder vorschlagen kann.

Für die Beschreibung der Maßnahmen wird auf die Erläuterungen zu den Bestimmungen in Unterabschnitt 4 verwiesen.

§1 dieses Artikels legt die Verpflichtung des Jugendgerichts fest, zu Beginn des Verfahrens zu prüfen, ob eine beantragte Vermittlung oder ein vorgelegtes Projekt durchführbar und angebracht ist. Damit eine Vermittlung durchführbar ist, muss ein Opfer identifiziert worden sein.

§2 dieses Artikels ermöglicht es dem Jugendgericht, zusätzliche Jugendschutzmaßnahmen anzuordnen, wenn es der Ansicht ist, dass eine Vermittlung oder ein Projekt in der Sache nicht ausreicht, um den Jugendlichen zur Verantwortung zu ziehen und zu verhindern, dass er erneut eine Jugendstraftat begeht. In diesem Zusammenhang kann das Jugendgericht auch mehr als eine Maßnahme anordnen. In diesem Fall müssen die Grundsätze der Verhältnismäßigkeit und der Subsidiarität beachtet werden.

Das Jugendgericht hat also die Möglichkeit, mehrere Maßnahmen in seine Entscheidung aufzunehmen, um sie zu kumulieren. Diese Möglichkeit besteht nicht nur auf der Ebene der Entscheidung des Jugendgerichts, sondern auch auf der Ebene ihrer Ausführung. Natürlich nur in dem Maße, wie dies in der Praxis möglich ist. Wenn das Jugendgericht der Ansicht ist, dass eine Verwarnung eine ausreichende Maßnahme ist, liegt es auf der Hand, dass diese Maßnahme aufgrund ihrer Natur nicht mit einer anderen Maßnahme kumuliert werden kann. Wenn das Jugendgericht einen Jugendlichen einer öffentlichen gemeinschaftlichen Jugendschutzeinrichtung anvertraut, kann diese Maßnahme beispielsweise mit einer ambulanten Nachbetreuung kumuliert werden.

§3 dieses Artikels definiert die verschiedenen Jugendschutzmaßnahmen, die das Jugendgericht im Verfahren zum Grunde anordnen kann. Die Wahl der Maßnahme hängt von der Jugendstraftat, der Persönlichkeit des Jugendlichen und seinen individuellen Lebensumständen ab.

§3 Absatz 2 dieses Artikels beschränkt die möglichen Maßnahmen, die das Jugendgericht bei Jugendlichen anordnen kann, die vor dem Alter von zwölf Jahren eine Jugendstraftat begangen haben, auf die Vermittlung sowie ambulante Begleit- und Betreuungsmaßnahmen. Wenn das Jugendgericht der Ansicht ist, dass diese Maßnahmen nicht ausreichen, weil die Situation des Jugendlichen eine Begleitung im Rahmen der Jugendhilfe erfordert, verweist das Jugendgericht den Fall an die Staatsanwaltschaft, die den Jugendrichter oder das Jugendgericht mit Jugendhilfemaßnahmen befasst.

Artikel 74

Dieser Artikel sieht vor, dass das Jugendgericht die Dauer jeder angeordneten Jugendschutzmaßnahme festlegt. Absatz 1 übernimmt somit die in Artikel 37 §2 Absatz 7 des Gesetzes vom 8. April 1965 vorgesehene Regel.

Die Dauer ist auf höchstens ein Jahr oder die anderen im vorliegenden Dekretentwurf festgelegten Höchstdauern begrenzt.

Die Absätze 3 und 4 greifen die beiden in Artikel 37 §3 Absatz 2 des Gesetzes vom 8. April 1965 vorgesehenen Möglichkeiten auf, von der allgemeinen Regel abzuweichen, um die Maßnahmen zu verlängern bzw. neue Maßnahmen anzuordnen.

Die in Absatz 3 vorgesehene Möglichkeit, die Maßnahmen über das Alter von 18 Jahren hinaus zu verlängern, gilt unabhängig davon, in welchem Alter der Jugendliche die Straftat begangen hat. Die Maßnahmen werden auf Antrag des Prokurators des Königs verlängert, wenn der straffällige Jugendliche ein anhaltendes Fehlverhalten oder ein für sich selbst oder für andere gefährliches Verhalten an den Tag legt. Die Maßnahmen können höchstens bis zum Alter von 21 Jahren verlängert werden. Damit wird die Altersgrenze an die für die einvernehmliche Jugendhilfe geltende Altersgrenze angeglichen.

Die in Absatz 4 vorgesehene Möglichkeit, Maßnahmen über das Alter von 18 Jahren hinaus zu verlängern oder anzuordnen, gilt nur für Jugendstraftaten, die von Jugendlichen nach dem Alter von 16 Jahren begangen wurden. Auch in diesem Fall gilt die Altersgrenze von 21 Jahren.

Artikel 75

Jugendliche, die vor dem Alter von 18 Jahren im Rahmen des Jugendschutzes vom Fachbereich begleitet wurden, sollen ebenfalls die Möglichkeit erhalten, diese Begleitung bis zu einem Höchstalter von 21 Jahren zu verlängern.

Im Rahmen dieser Verlängerung können die laufenden Maßnahmen einvernehmlich verlängert und neue Jugendhilfemaßnahmen mit dem jungen Erwachsenen vereinbart werden. Ziel ist es auch hier, dem jungen Erwachsenen in einer Übergangsphase bei der Entwicklung seiner Persönlichkeit oder bei seiner Eigenständigkeit zu helfen.

Das Verfahren für die Verlängerung ist in den Artikeln 50 und folgende geregelt.

Artikel 76

Dieser Artikel übernimmt die Bestimmungen der Artikel 37bis bis 37quinqües des Gesetzes vom 8. April 1965, indem er sie präzisiert und verschiedene Änderungen vornimmt.

Die Vermittlung als Wiedergutmachungsmaßnahme kann auch im Verfahren zum Grunde vom straffälligen Jugendlichen, vom Opfer und deren Erziehungsberechtigten beantragt werden. In Zusammenarbeit mit einem unparteiischen Vermittler wird nach einer möglichen Form der Wiedergutmachung gesucht und der Sachverhalt und seine Folgen erläutert. Die Vermittlung ist ein vertraulicher Prozess zwischen den Parteien, an dem sie freiwillig teilnehmen. Sie gibt allen beteiligten Parteien die Möglichkeit, eine aktive Rolle zu spielen. Beide Parteien können ihre Sicht der Dinge darlegen und ihre möglichen Erwartungen äußern. Außerdem suchen sie gemeinsam nach einer Möglichkeit, mit den Folgen der Jugendstraftat umzugehen.

Für die Erläuterungen der §§1 bis 5 wird auf den Kommentar zu Artikel 57 verwiesen.

Die in §6 erwähnte Beglaubigung durch den Jugendrichter oder das Jugendgericht ist eine Übernahme von Artikel 37quater des Gesetzes vom 8. April 1965. Diese Beglaubigung bedeutet nicht, dass der Jugendrichter oder das Jugendgericht grundsätzlich davon

ausgehen kann, dass keine weiteren Maßnahmen erforderlich sind, wenn die Vereinbarung umgesetzt wird. Die Vermittlung als Wiedergutmachungsmaßnahme findet parallel zur gerichtlichen Untersuchung statt. Ziel der Vermittlung ist die Wiedergutmachung des Schadens. Der Jugendrichter oder das Jugendgericht berücksichtigt das Ergebnis der Vermittlung, kann aber entscheiden, ob als Reaktion auf die Jugendstraftat weitere Jugendschutzmaßnahmen erforderlich sind.

Die Vermittlung kann während der Vorbereitungsphase oder während des Verfahrens zum Grunde stattfinden. Wird die Vereinbarung vor der Anordnung einer Maßnahme durch Beschluss beglaubigt und durchgeführt, kann das Jugendgericht entscheiden, dass keine weiteren Maßnahmen angeordnet werden müssen.

Wird die Vereinbarung nach der Entscheidung zum Grunde gemäß den darin festgelegten Modalitäten durchgeführt, kann das Jugendgericht die angeordneten Maßnahmen ändern oder aufheben. Es kann beispielsweise eine weniger strenge Maßnahme anordnen oder eine bereits angeordnete Maßnahme (in Bezug auf Dauer oder Inhalt) lockern.

Wenn ein Jugendlicher während der Vermittlung seine Schuld eingesteht, darf dies nicht gegen ihn verwendet werden. Und ein Anerkenntnis der Tat muss nicht unbedingt in die Vereinbarung aufgenommen werden, wenn nicht alle Parteien dies wünschen oder wenn nicht alle Parteien dies für notwendig erachten, um eine Wiedergutmachung zu erreichen.

Artikel 77

Für die Erläuterung der §§1 bis 6 wird auf den Kommentar zu Artikel 58 verwiesen.

Das Projekt kann während der Vorbereitungsphase oder während des Verfahrens zum Grunde stattfinden. Wird das Projekt genehmigt und durchgeführt, bevor eine Maßnahme per Beschluss angeordnet wird, kann das Jugendgericht entscheiden, dass keine weiteren Maßnahmen angeordnet werden müssen.

Gemäß §5 dieses Artikels kann das Jugendgericht, wenn es ein Projekt genehmigt hat, zusätzliche Ersatzmaßnahmen vorsehen, die verhängt werden können, wenn der Jugendliche das Projekt nicht innerhalb der vorgesehenen Frist oder nicht gemäß den vorgesehenen Modalitäten durchführt. In diesem Fall wird der Jugendliche über die Folgen der Nichteinhaltung des erarbeiteten Projekts informiert. Bei diesen Ersatzmaßnahmen handelt es sich um eine ambulante Begleitung und Betreuung, eine erzieherische und gemeinnützige Leistung, die Erfüllung bestimmter Auflagen, eine teilstationäre Behandlung, Begleitung und Betreuung oder eine stationäre Behandlung und Betreuung, die das Jugendgericht von Amts wegen anordnen kann, wenn der Jugendliche das Projekt nicht oder nur unzureichend durchführt. Auf diese Weise soll die Umsetzung dieser Ersatzmaßnahmen ermöglicht werden, ohne dass eine erneute Vorladung vor das Jugendgericht erforderlich ist. Das Jugendgericht kann gegebenenfalls ein nur teilweise durchgeführtes Projekt berücksichtigen, um die Ersatzmaßnahme anzupassen.

Wird das Projekt nach der Entscheidung zum Grunde fristgerecht und gemäß den vorgesehenen Modalitäten durchgeführt, kann das Jugendgericht die angeordneten Maßnahmen ändern oder aufheben. Es kann beispielsweise eine weniger strenge Maßnahme anordnen oder eine bereits angeordnete Maßnahme (hinsichtlich Dauer oder Inhalt) lockern.

Artikel 78

Dieser Artikel definiert die ambulanten Begleit- und Betreuungsmaßnahmen, die der Jugendrichter oder das Jugendgericht anordnen kann. Ordnet der Jugendrichter oder das

Jugendgericht eine oder mehrere ambulante Begleit- und Betreuungsmaßnahmen an, so legt er/es deren genaues Ziel fest.

Artikel 79

Der Jugendrichter oder das Jugendgericht kann den Verbleib des Jugendlichen an seinem gewöhnlichen Lebensort von der Einhaltung der in diesem Artikel aufgeführten Auflagen abhängig machen. Die Einhaltung wird vom Fachbereich oder von einer Polizeidienststelle überprüft. Hält der Jugendliche die Auflagen nicht ein, meldet der Fachbereich oder der Polizeidienst dies über den Prokurator des Königs dem Jugendrichter oder dem Jugendgericht, der dann eine andere Jugendschutzmaßnahme anordnen kann. Dem Jugendlichen muss klar sein, welche Pflichten er erfüllen muss, d.h. er muss genau wissen, was er tun kann/muss und was er nicht tun darf. In dieser Hinsicht legt der Jugendrichter oder das Jugendgericht, wenn er/es eine oder mehrere Auflagen anordnet, das genaue Ziel fest.

Die Liste der in diesem Artikel genannten Auflagen ist nicht erschöpfend. Weitere, der Situation angepasste Auflagen und Verbote können vom Jugendrichter oder Jugendgericht auferlegt werden. Dadurch wird die Maßnahme so weit wie möglich individualisiert. Ziel ist die Wiedereingliederung des Jugendlichen und die Verhinderung von Rückfällen, ohne dass dafür eine stationäre Maßnahme erforderlich ist.

Artikel 80

Der Jugendrichter oder das Jugendgericht kann die Durchführung einer erzieherischen und gemeinnützigen Leistung anordnen. Dabei legt er das Ziel fest.

Die erzieherische und gemeinnützige Leistung ist ein Dienst, den der Jugendliche der Gesellschaft erweist, indem er unentgeltlich in einem Verein, einem öffentlichen Dienst oder einer Einrichtung arbeitet. Auf diese Weise kann er die positiven Aspekte seiner Persönlichkeit und seine Fähigkeit, ein Projekt erfolgreich durchzuführen, unter Beweis stellen und gleichzeitig den von ihm verursachten Schaden symbolisch wiedergutmachen.

Die vorgeschriebene Stundenzahl beträgt in der Vorbereitungsphase bis zu 30 Stunden und im Verfahren zum Grunde bis zu 250 Stunden. Wenn der Jugendrichter oder das Jugendgericht eine erzieherische und gemeinnützige Leistung von mehr als 150 Stunden anordnet, muss er seine Entscheidung diesbezüglich ausdrücklich begründen. Die Ausführung der erzieherischen und gemeinnützigen Leistung muss dem Alter und den Fähigkeiten des Jugendlichen angepasst sein und innerhalb einer Frist von einem Jahr erfolgen.

Als erzieherische Reaktion auf die Jugendstraftat mobilisiert diese Maßnahme auch die Gesellschaft; die Vereine, Dienste oder Einrichtungen, die die Jugendlichen während der Dauer ihrer Leistung aufnehmen, spielen dabei eine entscheidende Rolle. Sie ermöglichen es, den Jugendlichen nicht auf die begangene Jugendstraftat zu reduzieren, sondern ihn als ein sich im Entwicklungsprozess befindendes Individuum zu betrachten, das das Vertrauen der Erwachsenen verdient, was das positive Selbstbild des Jugendlichen fördern kann.

Unabhängig vom Ergebnis ermöglicht die Leistung dem Jugendlichen, eine bereichernde Erfahrung zu machen.

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft werden die erzieherischen und gemeinnützigen Leistungen von anerkannten pädagogischen Fachkräften organisiert und begleitet.

Artikel 81

In diesem Artikel werden die Maßnahmen zur teilstationären Behandlung, Begleitung oder Betreuung des Jugendlichen festgelegt, die der Jugendrichter oder das Jugendgericht anordnen kann. Ordnet der Jugendrichter oder das Jugendgericht eine oder mehrere teilstationäre Maßnahmen zur Behandlung, Begleitung oder Betreuung des Jugendlichen an, so legt er/es das genaue Ziel fest.

Artikel 82

Dieser Artikel legt die stationären Behandlungs- oder Betreuungsmaßnahmen für den Jugendlichen fest, die der Jugendrichter oder das Jugendgericht anordnen kann. Ordnet der Jugendrichter oder das Jugendgericht eine stationäre Behandlungs- oder Betreuungsmaßnahme für den Jugendlichen an, legt er/es das genaue Ziel fest.

§3 dieses Artikels betrifft die Bedingungen für die stationäre Behandlung eines Jugendlichen, die derzeit in Artikel 37 §2 Absatz 1 Nummer 10 (Behandlung in einem „für Abhängigkeiten fachkundigen Dienst“) und Nummer 11 (Behandlung in einer „Kinder- und Jugendpsychiatrie“) des Gesetzes vom 8. April 1965 geregelt sind.

Behandlung in einer Kinder- und Jugendpsychiatrie: Um der Realität des kinderpsychiatrischen Krankenhaussystems Rechnung zu tragen, wird in §3 nicht mehr auf die „offene oder geschlossene Abteilung eines Dienstes für Kinder- und Jugendpsychiatrie“ Bezug genommen. Ob es sich um eine offene oder geschlossene Abteilung handelt, hängt nämlich ausschließlich vom Rechtsstatus des Patienten ab, je nachdem, ob das Gesetz vom 8. April 1965 oder das Gesetz vom 26. Juni 1990 über den Schutz der Person des Geisteskranken Anwendung findet.

Ebenso bestimmt §3 dieses Artikels, dass eine psychologische oder medizinische Untersuchung vorgelegt werden muss, die die Erforderlichkeit einer solchen Behandlung nachweist. Diese Bestimmung trägt dem Entscheid des Verfassungsgerichtshofs 49/2008 vom 13. März 2008 Rechnung, in dem es heißt, dass „ein zwingender medizinischer Eingriff nur dann als gerechtfertigte Maßnahme angesehen werden kann, wenn die therapeutische Notwendigkeit dafür nachgewiesen ist“.

Eine Unterbringung in einer Kinder- und Jugendpsychiatrie konnte gemäß Artikel 37 §2 Absatz 1 Nummer 11 des Gesetzes vom 8. April 1965 nur erfolgen, „wenn aus einem Bericht [...] hervorgeht, dass der Betreffende an einer Geistesstörung leidet, die sein Urteilsvermögen oder seine Fähigkeit, seine Handlungen zu kontrollieren, sehr beeinträchtigt“. Diese Formulierung wurde nicht übernommen, da sie möglicherweise keine aussagekräftige Einschätzung der Faktoren ermöglicht, die die Anordnung oder Aufrechterhaltung dieser stationären Maßnahme rechtfertigen. Diese Formulierung stellt eine besondere Anforderung an die Fachkräfte der Psychiatrie: Dem Jugendlichen soll ermöglicht werden, „sein Urteilsvermögen oder die Fähigkeit wiederzuerlangen, seine Handlungen zu kontrollieren“. Hier besteht die Gefahr einer übermäßigen Psychiatisierung der Jugendkriminalität. Aus diesem Grund sollte nur eine psychologische oder medizinische Untersuchung vorgelegt werden, die die Erforderlichkeit einer solchen Behandlung feststellt. Diese Untersuchung darf nicht älter als 30 Tage sein. Diese Frist stammt aus dem Gesetz vom 26. Juni 1990 über den Schutz der Person des Geisteskranken.

Behandlung in einem „für Alkoholismusprobleme, Drogenabhängigkeit oder eine andere Abhängigkeit fachkundigen Dienst“: Der in Artikel 37 §2 Absatz 1 Nummer 10 des Gesetzes vom 8. April 1965 benutzte Wortlaut wird nicht als solcher übernommen, um zu vermeiden, dass der Schwerpunkt auf spezifische Problematiken wie Suchtkrankheiten gelegt wird, was zu Lasten eines umfassenden Ansatzes der Situation gehen würde. Eine stationäre Betreuung in einer auf Suchtprobleme spezialisierten Einrichtung bleibt jedoch auf der Grundlage

von §1 Absatz 1 Nummern 4 und 6 möglich, da diese sich auf jede Einrichtung beziehen, die für die Behandlung des Jugendlichen geeignet ist.

§3 Absatz 2 dieses Artikels verweist auf die Bestimmungen von Artikel 43 des Gesetzes vom 8. April 1965, der die Verbindung mit dem Gesetz vom 26. Juni 1990 über den Schutz der Person des Geisteskranken regelt und somit die Kontinuität der Maßnahmen des Jugendgerichts in Bezug auf psychisch kranke Jugendliche, die eine Jugendstraftat begangen haben, sicherstellt.

In §2 werden die in Artikel 37 §2quater Absatz 1 des Gesetzes vom 8. April 1965 vorgesehenen Bedingungen für die stationäre Betreuung in einer offenen Abteilung einer öffentlichen Jugendschutzeinrichtung übernommen, jedoch klarer gefasst und abgeändert.

Das Mindestalter für die Betreuung in einer offenen Abteilung einer öffentlichen Jugendschutzeinrichtung wird von zwölf auf vierzehn Jahre angehoben. Diese Änderung ergibt sich aus den Empfehlungen der Expertengruppe unter dem Vorsitz von Pierre Rans, Generalanwalt am Appellationshof Brüssel, die vom ehemaligen Minister für Jugendhilfe der Französischen Gemeinschaft einberufen wurde. Die Expertengruppe stellt fest, dass es keine Verjüngung des Alters gab, in dem ein Jugendlicher zum ersten Mal einer öffentlichen Jugendschutzeinrichtung anvertraut wird, dass der Anteil der Jugendlichen unter 14 Jahren, die in offenen Abteilungen einer öffentlichen Jugendschutzeinrichtung untergebracht wurden, gering ist und dass die große Mehrheit dieser Jugendlichen für eine Dauer von nur 15 Tagen untergebracht wurde, eine Dauer, die die schulische Dimension in keiner Weise berücksichtigt. Darüber hinaus ermöglichen diese Kurzzeltaufnahmen keine wirksame pädagogische Arbeit. Die Expertengruppe stellt daher das Prinzip der Kurzzeltaufnahmen in Frage, insbesondere für Jugendliche unter 14 Jahren, und dies umso mehr, wenn diese Kurzzeltaufnahmen nicht mit einer Nachbetreuung einhergehen. Die Trennung vom familiären und schulischen Umfeld, die der Aufenthalt in einer öffentlichen Jugendschutzeinrichtung mit sich bringt, kann die Zukunft des Jugendlichen gefährden.

Das derzeit für eine Betreuung in einer offenen Abteilung vorgesehene Strafmaß wird von drei auf fünf Jahre Hauptkorrektionalgefängnisstrafe erhöht (§2 Nummer 1). Damit soll die offene Abteilung insbesondere Jugendlichen vorbehalten bleiben, die Jugendstraftaten von einer gewissen Schwere begangen haben, wobei eine Abstufung zwischen den Bedingungen für die Betreuung in der offenen und in der geschlossenen Abteilung beibehalten werden soll. Darüber hinaus werden einfacher Diebstahl, Hehlerei und Computerbetrug ausgeschlossen. Obwohl sie eine Freiheitsstrafe von fünf Jahren zur Folge haben, sind sie nicht so schwerwiegend wie die anderen hier betroffenen Taten, da sie keine direkte Gewalt gegen eine Person beinhalten.

In §2 Nummer 2 wird die Notwendigkeit eines erschwerenden Umstands hinzugefügt, um zu verhindern, dass diese Maßnahme für einfache Schläge (wie eine Ohrfeige) angeordnet wird, die mit einer Höchststrafe von sechs Monaten Freiheitsentzug geahndet werden.

§5 übernimmt die in Artikel 37 §2quater Absatz 2 des Gesetzes vom 8. April 1965 vorgesehenen Bedingungen für die stationäre Betreuung in einer geschlossenen Einrichtung oder einer geschlossenen Abteilung einer öffentlichen Jugendschutzeinrichtung, indem er sie klarer formuliert und abändert.

Die vorgenommenen Änderungen ermöglichen es, auf die Schwere der Tat einzugehen, die Situationen der Rückfälligkeit und der Nichteinhaltung früherer Maßnahmen anzugehen und eine Verbindung zur stationären Betreuung in einer offenen Abteilung herzustellen.

In §5 Nummer 2 sind nun auch schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und terroristische Straftaten aufgeführt.

§5 Nummer 5 verlangt neben der Nichteinhaltung einer früheren Maßnahme die Begehung einer neuen Jugendstraftat, die die Voraussetzungen für eine stationäre Betreuung in einer offenen Abteilung erfüllt. Damit wird der Rechtsprechung des Appellationshofs Brüssel (Brüssel, 30. Jugendkammer, 24. Januar 2011) Rechnung getragen, wonach es nicht vorstellbar ist, dass der Gesetzgeber von 2006, dessen Absicht es war, die Bedingungen für den Zugang zu geschlossenen Abteilungen strikt zu begrenzen, eine solche Maßnahme für einen Jugendlichen ermöglichen wollte, der nie eine Jugendstraftat begangen hat, die ein solches System rechtfertigen könnte.

§6 übernimmt die in Artikel 37 §2quater Absatz 3 des Gesetzes vom 8. April 1965 vorgesehene Ausnahme, nämlich die Möglichkeit, einen Jugendlichen zwischen zwölf und vierzehn Jahren, der das Leben oder die Gesundheit anderer ernsthaft gefährdet hat oder dessen Verhalten besonders gefährlich ist, einer geschlossenen Einrichtung oder in einer geschlossenen Abteilung einer öffentlichen Jugendschutzeinrichtung anzuvertrauen. Diese Möglichkeit wird auch auf die stationäre Betreuung in einer offenen Abteilung ausgeweitet, da diese nun grundsätzlich nur noch für Jugendliche ab vierzehn Jahren möglich ist.

Artikel 83

Dieser Artikel ermöglicht es dem Jugendgericht, die in Artikel 82 genannten stationären Behandlungs- oder Betreuungsmaßnahmen auszusetzen, sofern der Jugendliche bestimmte Maßnahmen durchführt. Bei diesen Maßnahmen handelt es sich um eine ambulante Begleitung und Betreuung, eine erzieherische und gemeinnützige Leistung oder die Erfüllung bestimmter Auflagen.

Der Fachbereich ist dafür zuständig, den Jugendlichen während der Bewährungszeit zu begleiten und zu unterstützen und die Durchführung der Maßnahmen zu überwachen. Ziel ist es, die Unterbringungsmaßnahmen für straffällige Jugendliche zu reduzieren und ihre soziale Wiedereingliederung und Verantwortungsübernahme zu fördern.

Diese Bewährung soll insbesondere dann gelten, wenn zu erwarten ist, dass der Jugendliche die stationäre Behandlungs- oder Betreuungsmaßnahme als Warnung versteht und künftig auch ohne den Einfluss des Vollzugs der stationären Maßnahme ein rechtmäßiges Leben führen wird. Dabei sind insbesondere die Persönlichkeit des Jugendlichen, seine Lebenssituation, die Umstände der begangenen Jugendstraftat, die öffentliche Sicherheit und die voraussichtlichen Folgen der Aussetzung zu berücksichtigen.

Das Jugendgericht muss die "Bewährungszeit" festlegen, in der der Jugendliche die Maßnahmen durchführen muss. Die Bewährungszeit beträgt mindestens sechs und höchstens zwölf Monate ab dem Datum des Urteils. Während dieser Zeit kann das Jugendgericht die Maßnahmen auf Antrag des betroffenen Jugendlichen oder auf Antrag des Prokurators des Königs ändern, wenn es der Ansicht ist, dass sich die Umstände, unter denen die Maßnahmen angeordnet wurden, geändert haben.

Wenn der Jugendliche während der Bewährungszeit eine neue Jugendstraftat begeht oder die Entscheidung des Jugendgerichts nicht befolgt, wird die Aussetzung der stationären Maßnahme widerrufen. Von diesem Widerruf kann jedoch abgesehen werden, wenn es ausreicht, andere Jugendschutzmaßnahmen anzuordnen oder die Bewährungszeit auf höchstens zwölf Monate zu verlängern.

Artikel 84

Dieser Artikel legt die Regeln für die Abgabe der Sache fest, die derzeit in Artikel 57bis des Gesetzes vom 8. April 1965 verankert sind.

Die Abgabe der Sache ist in einem gesonderten Unterabschnitt geregelt, denn sie ist keine Maßnahme an sich, sondern führt zur Anwendung des Erwachsenenstrafrechts, in dessen Rahmen eventuell (aber nicht zwangsläufig) eine Strafe verhängt werden kann.

Die Abgabe gilt nur für Jugendliche, die zum Zeitpunkt der Jugendstraftat 16 oder 17 Jahre alt waren. Das Alter des Jugendlichen zum Zeitpunkt der Entscheidung des Jugendgerichts spielt keine Rolle. Eine Abgabe der Sache kann auch erfolgen, wenn der Jugendliche in der Zwischenzeit das achtzehnte Lebensjahr erreicht hat.

Die Möglichkeit des Jugendgerichts, den Fall abzugeben und den Jugendlichen somit an die Gerichte zu verweisen, die das allgemeine Strafrecht und das gemeinrechtliche Strafverfahren anwenden, wird beibehalten, aber die Bedingungen werden verschärft, um der allgemeinen Philosophie des Jugendschutzes besser gerecht zu werden und den Ausschluss des Jugendlichen aus diesem System nur bei nachgewiesener Unangemessenheit der Jugendschutzmaßnahmen zu ermöglichen. Diese Verschärfung der Bedingungen entspricht den Empfehlungen der Expertengruppe unter dem Vorsitz von Pierre Rans.

Die beiden derzeit in Artikel 57bis §1 Absatz 1 des Gesetzes vom 8. April 1965 vorgesehenen Bedingungen werden beibehalten, aber die erste Bedingung wird strenger gefasst und beide Bedingungen müssen kumulativ erfüllt sein, um die Abgabe der Sache zu ermöglichen. Das Jugendgericht kann einen Fall also nur dann abgeben, wenn der Jugendliche bereits wegen einer früheren Jugendstraftat stationär in einer geschlossenen Einrichtung oder in einer geschlossenen Abteilung einer öffentlichen Jugendschutzeinrichtung betreut wurde und wenn die Jugendstraftat, für die der Jugendliche beschuldigt wird, eine schwere Straftat ist.

§1 Absatz 2 Nummer 2 übernimmt bestimmte Tatbestände, die derzeit im Gesetz vom 8. April 1965 geregelt sind: Körperverletzung, die entweder eine scheinbar unheilbare Krankheit oder eine Unfähigkeit zur Verrichtung persönlicher Arbeit oder den völligen Verlust einer Organfunktion oder eine schwere Verstümmelung zur Folge hat, Totschlag, Mord, nicht als Totschlag qualifizierte vorsätzliche Tötung, Beeinträchtigung der sexuellen Unversehrtheit mit erschwerenden Umständen, Vergewaltigung, Folter, unmenschliche Behandlung oder Diebstahl mit Gewaltanwendung oder Drohung qualifizierte Tat oder um den Versuch eine im Sinne des Strafgesetzbuches als Totschlag qualifizierte Tat.

§1 Absatz 3 bestimmt, dass eine Abgabe auch ohne Erfüllung der zuvor genannten Bedingungen möglich ist, wenn die begangene Jugendstraftat eine als schwerer Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht oder als terroristische Straftat qualifizierte Tat ist, die, wenn sie von einer volljährigen Person begangen worden wäre, eine Hauptkorrektionalgefängnisstrafe von fünf bis zehn Jahren oder einer schwereren Strafe zur Folge hätten. Oder die Jugendstraftat hätte, wenn sie von einer volljährigen Person begangen worden wäre, eine Haftstrafe von 20 Jahren oder einer schweren Strafe zur Folge.

§1 Absatz 4 präzisiert, dass sich die Begründung für die Abgabe der Sache insbesondere auf die Persönlichkeit des Jugendlichen, seine Lebenssituation und sein Urteilsvermögen bezieht.

§2 übernimmt die Bestimmungen von Artikel 57bis §2 des Gesetzes vom 8. April 1965 bezüglich der Erforderlichkeit der Sozialuntersuchung und der psychologischen oder medizinischen Untersuchung, um die Sache abgeben zu können (Absätze 1 und 2), sowie die

Situationen, in denen das Jugendgericht von dieser Erforderlichkeit abweichen kann (Absatz 3).

Die §§3 und 6 des Artikels 57bis des Gesetzes vom 8. April 1965 sehen Verfahrensregeln vor, die in die Zuständigkeit des Föderalstaats fallen und daher nicht aufgehoben werden.

Artikel 85

Dieser Artikel legt den spezifischen Anwendungsbereich von Kapitel 6 Abschnitt 1 fest. Dieser Abschnitt gilt daher für die Anerkennung von Jugendhilfe- und Jugendschutzanbietern. Die Anerkennung von Pflegefamilien ist von diesem Abschnitt ausgenommen, da sie besonderen Bestimmungen unterliegt und daher in Abschnitt 2 geregelt ist.

Artikel 86

Jede Person, die hauptsächlich im Bereich der Jugendhilfe oder des Jugendschutzes im deutschen Sprachgebiet tätig ist, muss zu diesem Zweck von der Regierung anerkannt werden. Dieser Artikel legt die Rahmenbedingungen für die Anerkennung solcher Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter fest. Diese betreffen insbesondere die Rechtspersönlichkeit, die Qualifikationen, den Leumund, das Dienstleistungsangebot und die Infrastruktur.

Der Fachbereich gilt nach diesem Artikel als anerkannt.

Artikel 87

Dieser Artikel legt das Verfahren für die Anerkennung von Jugendhilfe- und Jugendschutzanbietern fest.

Gemäß §1 reicht die natürliche oder juristische Person mit ihrem Antrag die erforderlichen Unterlagen ein.

Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter können die Anerkennung für die Umsetzung ambulanter, teilstationärer oder stationärer Maßnahmen oder die gleichzeitige Umsetzung mehrerer Formen von Jugendhilfe- und Jugendschutzmaßnahmen beantragen.

Gemäß §2 ist die Anerkennung auf sechs Jahre befristet. Sie ist nicht übertragbar und kann verlängert werden.

§3 besagt, dass ein Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter spätestens drei Monate vor Ablauf der Anerkennung einen neuen Antrag stellen muss. Mit dieser Frist soll vermieden werden, dass laufende Begleitungen und Betreuungen abgebrochen werden müssen, weil die Anerkennung des Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieters abgelaufen ist. Wenn festgestellt wird, dass sich die Angaben, die zur Anerkennung geführt haben, geändert haben und angepasst werden müssen, muss ein Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter ebenfalls einen neuen Antrag stellen.

Schließlich sieht §4 bestimmte Ermächtigungen für die Regierung zur Ausführung des Artikels vor.

Artikel 88

Dieser Artikel sieht die Gleichstellung der Anerkennung eines Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieters sowie die Gleichstellung von Berufsqualifikationen vor, die in einem anderen Mitgliedstaat oder einem Beitrittsland der Europäischen Union ausgestellt wurden.

§1 Absatz 1 dieses Artikels betrifft die Niederlassungsfreiheit. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) definiert Niederlassung als "die tatsächliche Ausübung einer wirtschaftlichen Tätigkeit mittels einer festen Einrichtung in einem anderen Mitgliedstaat", "in stabiler und kontinuierlicher Weise".

Gemäß Artikel 49 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) sind Beschränkungen der Niederlassungsfreiheit von Staatsangehörigen eines EU-Mitgliedstaats in einem anderen Mitgliedstaat verboten, ebenso wie die Gründung von Agenturen, Niederlassungen, Tochtergesellschaften oder Zweigniederlassungen durch diese Staatsangehörigen. Somit haben EU-Bürger und Gesellschaften, die nach dem Recht eines EU-Mitgliedstaats gegründet wurden und ihren Sitz, ihre Hauptverwaltung oder ihre Hauptniederlassung innerhalb der EU haben, das Recht, sich in jedem Mitgliedstaat der Europäischen Union niederzulassen.

§1 Absatz 2 dieses Artikels betrifft die Arbeitnehmerfreizügigkeit (Artikel 45 AEUV) und die Dienstleistungsfreiheit (Artikel 56 AEUV). Die Arbeitnehmerfreizügigkeit ist ein wesentliches Element des Unionsrechts, das für alle EU-Mitgliedstaaten verbindlich gilt. Jeder EU-Bürger hat unabhängig von seinem Wohnort die Möglichkeit, in jedem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit er nicht besitzt, unter denselben Bedingungen wie ein Staatsangehöriger dieses Staates eine Beschäftigung aufzunehmen und auszuüben. Die Dienstleistungsfreiheit ermöglicht den Anbietern von Tätigkeiten in Industrie, Handel, Handwerk und freien Berufen den freien Zugang zu den Dienstleistungsmärkten aller Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Wenn er sich auf die Dienstleistungsfreiheit beruft, bewahrt der Anbieter seine Niederlassung im Herkunftsmitgliedstaat und begibt sich nur vorübergehend in den anderen Mitgliedstaat.

§1 Absatz 3 dieses Artikels ermächtigt die Regierung, das Gleichstellungsverfahren für die Anerkennung festzulegen.

§2 Absatz 1 dieses Artikels betrifft die Anerkennung von Berufsqualifikationen in der Europäischen Union gemäß der EU-Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen). Die EU-Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen legt Regeln für die gegenseitige Anerkennung von Berufsqualifikationen für reglementierte Berufe fest. Personen, die in einem anderen Mitgliedstaat oder einem Beitrittsland der Europäischen Union eine Berufsqualifikation erworben haben und dies in Anwendung des vorliegenden Dekretentwurfs nachweisen müssen, müssen vorab die Anerkennung ihrer Qualifikation beantragen. Eine Ausnahme gilt für Personen, die von einem Dienstleistungserbringer beschäftigt werden, der seine Niederlassung in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem Beitrittsland eines mit der Europäischen Union abgeschlossenen Assoziationsabkommens hat (§2 Absatz 2).

Artikel 89

Dieser Artikel beschreibt die Verpflichtungen, die eingehalten werden müssen, um die Anerkennung zu behalten. Neben den in Artikel 86 genannten Anerkennungsbedingungen müssen die Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter unter anderem an fachspezifischen Fortbildungen und Supervisionen teilnehmen und mit dem Fachbereich sowie mit den auftraggebenden Behörden zusammenarbeiten.

Die Regierung ist befugt, die Verpflichtungen zu präzisieren und weitere Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung der Anerkennung festzulegen.

Artikel 90

Dieser Artikel beschreibt das Verfahren zur Aussetzung und zum Entzug der Anerkennung, das zur Anwendung kommt, wenn eine oder mehrere der der Anerkennung zugrunde liegenden Verpflichtungen nicht mehr eingehalten werden.

Nach §1 fordert die Regierung den Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter auf, seine Verpflichtungen zu erfüllen. Kommt der Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter dieser Anforderung nicht nach, setzt die Regierung die Anerkennung aus und/oder entzieht sie.

§2 sieht vor, dass die Regierung die hierfür erforderlichen Verfahren festlegt.

Gemäß §3 hat die Aussetzung oder das Entzugsverfahren zur Folge, dass keine neuen Jugendhilfe- und Jugendschutzmaßnahmen umgesetzt werden können. Diese Maßnahme soll Kinder, Jugendliche und ihre Familien vor den Folgen der Nichteinhaltung der Verpflichtungen schützen. Jugendhilfe- und Jugendschutzmaßnahmen, die bereits vor der Mitteilung der Entscheidung über die Aussetzung oder die Einleitung eines Entzugsverfahrens umgesetzt wurden, können weiterhin umgesetzt werden. Damit soll vermieden werden, dass Kinder, Jugendliche und ihre Familien eine bereits laufende Jugendhilfemaßnahme oder Jugendschutzmaßnahme abbrechen müssen.

Während der Aussetzung oder des Entzugsverfahrens können der Fachbereich oder die Gerichtsbehörden die Umsetzung laufender Jugendhilfe- und Jugendschutzmaßnahmen beenden, wenn dies zum Schutz der Integrität des Kindes oder des Jugendlichen beiträgt.

Artikel 91

Dieser Artikel besagt, dass der Entzug oder das Ablaufen der Anerkennung unbeschadet einer freiwilligen Beendigung der Dienstleistungen durch den Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter die Beendigung aller Dienstleistungen des betreffenden Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieters zur Folge hat.

Die Regierung legt die entsprechenden Verfahren fest.

Artikel 92

Dieser Artikel legt den spezifischen Anwendungsbereich von Kapitel 6 Abschnitt 2 fest. Dieser Abschnitt gilt daher für die Anerkennung von Pflegefamilien.

Artikel 93

Jede natürliche Person, die eine Pflegschaft im Rahmen des vorliegenden Dekretentwurfs übernimmt, muss zu diesem Zweck von der Regierung anerkannt werden. Dieser Artikel legt die Rahmenbedingungen für die Anerkennung von Pflegefamilien fest. Diese beziehen sich insbesondere auf den Leumund und die Lebensbedingungen.

Artikel 94

In diesem Artikel wird das Verfahren für die Anerkennung von Pflegefamilien festgelegt.

Gemäß §1 müssen natürliche Personen die Pflegschaftsvorbereitung abgeschlossen haben (siehe Kommentar zu Artikel 103).

Kandidaten für eine Pflegefamilie können die Anerkennung für die Bereitschaftspflege, die Langzeitpflege oder die Teilzeitpflege oder für gleichzeitig mehrere Formen der Pflegschaft beantragen.

Gemäß §2 ist die Anerkennung auf sechs Jahre befristet. Die Anerkennung ist nicht übertragbar und muss verlängert werden.

§3 legt fest, dass eine Pflegefamilie spätestens ein Monat vor Ablauf der Anerkennung einen Antrag auf Erneuerung der Anerkennung stellen muss. Mit dieser Frist soll verhindert werden, dass eine laufende Pflegschaft beendet wird, weil die Anerkennung der Pflegefamilie abgelaufen ist.

Schließlich sieht §4 bestimmte Ermächtigungen für die Regierung zur Ausführung des Artikels vor.

Artikel 95

In diesem Artikel werden die Verpflichtungen beschrieben, die Pflegefamilien zusätzlich zu den in Artikel 93 genannten Anerkennungsbedingungen erfüllen müssen, um ihre Anerkennung zu behalten. Diese sind für "gelingende" Pflegeverhältnisse und eine optimale Begleitung und Betreuung des Pflegekindes unerlässlich.

Die Regierung ist befugt, weitere Verpflichtungen für die Aufrechterhaltung der Anerkennung aufzuerlegen.

Artikel 96

Dieser Artikel beschreibt das Verfahren zur Aussetzung und zum Entzug der Anerkennung, das zur Anwendung kommt, wenn eine oder mehrere der der Anerkennung zugrunde liegenden Verpflichtungen nicht mehr erfüllt werden.

Nach §1 fordert die Regierung die Pflegefamilie auf, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Wenn die Pflegefamilie dieser Aufforderung nicht nachkommt, setzt die Regierung die Anerkennung aus und/oder entzieht sie.

§2 sieht vor, dass die Regierung die diesbezüglichen Verfahren festlegt.

Gemäß §3 können der Fachbereich oder die Gerichtsbehörden die Pflegschaft der Pflegefamilie während der Aussetzung oder des Entzugsverfahrens beenden. Diese Maßnahme soll die Pflegekinder vor den Folgen der Nichteinhaltung der Verpflichtungen schützen.

Artikel 97

Dieser Artikel besagt, dass der Entzug oder das Ablaufen der Anerkennung unbeschadet einer freiwilligen Beendigung der Pflegschaft durch die Pflegefamilie die Beendigung aller Pflegschaften der betreffenden Pflegefamilie zur Folge hat.

Die Regierung legt die diesbezüglichen Verfahren fest.

Artikel 98

Pflegekinder haben ihren Lebensmittelpunkt in der Langzeitpflegefamilie. Sie werden im Haushalt der Pflegeeltern angemeldet, in deren Krankenversicherung aufgenommen und die Pflegeeltern werden zu Empfängern von Kindergeld. Der Pflegeelternausweis soll den

Pflegeeltern helfen, ihren besonderen Status sowie den des Pflegekindes gegenüber anderen Behörden und bei Auslandsaufenthalten nachzuweisen. Der Pflegeelternausweis ist ein Dokument, das zusammenfassend das Pflegeverhältnis, die Rechtsgrundlage, den Entscheidungsträger, die Dauer der Anerkennung und die Zuordnung der Pflegekinder zu den Pflegeeltern dokumentiert. Der Pflegeelternausweis wird pro Pflegeelternteil ausgestellt.

Artikel 99

Dieser Artikel legt die Höchstzahl der Kinder fest, die gleichzeitig von einer Bereitschafts- oder Langzeitpflegefamilie aufgenommen werden können. Gemäß Absatz 1 dieses Artikels liegt diese Höchstzahl bei drei Pflegekindern. Ziel dieser Bestimmung ist es, ein "gelingendes" Pflegeverhältnis sowie eine optimale Begleitung und Betreuung der Pflegekinder zu gewährleisten, da bei mehr als drei Pflegekindern die Gefahr besteht, dass die Pflegeeltern nicht genügend Zeit haben, um ihre Aufgabe gegenüber jedem einzelnen Kind angemessen zu erfüllen.

Absatz 2 dieses Artikels sieht jedoch die Möglichkeit vor, gleichzeitig mehr als drei Pflegekinder zu betreuen, wenn der Fachbereich nach einer Analyse der Situation eine positive Stellungnahme abgibt. So soll es möglich sein, flexibel auf individuelle Situationen zu reagieren.

Artikel 100

Für alle Formen der Pflegschaft müssen die Kandidaten an einer Pflegschaftsvorbereitung teilnehmen. Diese Vorbereitung wird vom Fachbereich organisiert.

Dieser Artikel sieht vor, dass Pflegefamilienkandidaten an einem ersten persönlichen Informationsgespräch teilnehmen müssen, bevor sie sich zur Pflegschaftsvorbereitung anmelden können. In diesem Gespräch vermittelt der Fachbereich den Pflegefamilienkandidaten allgemeine Informationen über die Pflegschaft, die Vorbereitung und das Anerkennungsverfahren.

Artikel 101

Im Rahmen des in Artikel 100 erwähnten Informationsgesprächs wird den Pflegefamilienkandidaten ein Fragebogen ausgehändigt. Dieser Fragebogen soll dem Fachbereich eine Reihe von Informationen über die Situation, die Motivation und die persönlichen Erfahrungen der Kandidaten liefern, damit dieser zu einem späteren Zeitpunkt prüfen kann, ob das Pflegschaftsprojekt fortgesetzt werden kann oder nicht.

Artikel 102

Dieser Artikel sieht vor, dass der Fachbereich überprüft, ob die Pflegefamilienkandidaten, die sich zur Vorbereitung anmelden möchten, die in Artikel 93 genannten Anerkennungsbedingungen erfüllen.

Absatz 2 dieses Artikels sieht jedoch die Möglichkeit vor, dass Kandidaten, die ein Kind aus ihrer Familie oder ihrem Bekanntenkreis aufnehmen möchten, auch dann zur Vorbereitung zugelassen werden können, wenn sie die in Artikel 93 genannten Anerkennungsbedingungen nicht erfüllen. Hierfür ist eine positive Stellungnahme des Fachbereichs erforderlich. Dies soll es ermöglichen, flexibel auf individuelle Situationen zu reagieren. Beispielsweise könnte die Aufnahme eines Kindes durch seinen Onkel, zu dem es eine enge Beziehung aufgebaut hat, eine bessere Lösung für das Kind darstellen als die Aufnahme durch eine unbekannte Person.

Die Regierung ist befugt, die Liste der Dokumente festzulegen, die Pflegefamilienkandidaten vorlegen müssen, um sich für die Vorbereitung anzumelden.

Artikel 103

Die Pflegschaftsvorbereitung geht jeder Pflegschaft voraus. In der Regel handelt es sich dabei um ein Vorbereitungsseminar, das vom Fachbereich gemäß dem von der Regierung festgelegten Programm organisiert wird. Die Pflegschaftsvorbereitung bereitet die Kandidaten auf die Aufnahme eines Pflegekindes vor und schult sie in der Betreuung oder Begleitung dieser Kinder. Sie ermöglicht es den Pflegefamilienkandidaten die konkreten Einflüsse der Aufnahme eines Pflegekindes auf ihr eigenes Leben und das des Kindes zu erforschen. Es geht darum, den Wunsch der Bewerber, ein Kind zu betreuen oder zu begleiten, mit Hilfe von Fachleuten in ein realistisches und verantwortungsvolles Pflegschaftsprojekt umzuwandeln.

Artikel 104

Pflegefamilienkandidaten, die eine andere Vorbereitung auf die Pflegschaft in Belgien oder im Ausland oder eine Vorbereitung auf eine andere Form der Aufnahme von Kindern, beispielsweise die Adoption, absolviert haben, können eine Gleichstellung ihrer Vorbereitung mit der Pflegschaftsvorbereitung des Fachbereichs beantragen. Diese vollständige oder teilweise Gleichstellung erfolgt unter den von der Regierung festgelegten Bedingungen.

Artikel 105

Dieser Artikel sieht die Möglichkeit vor, die Kostenübernahme für Jugendhilfe- oder Jugendschutzmaßnahmen, die Zuschüsse zu den Personal- und Funktionskosten für die Umsetzung von Jugendhilfe- und Jugendschutzmaßnahmen, deren Modalitäten sowie eine detaillierte Beschreibung der Aufgaben durch Verträge zu regeln, die von der Regierung mit anerkannten Jugendhilfe- oder Jugendschutzanbietern geschlossen werden.

Die Regierung ist befugt, den Rahmen und die weiteren Inhalte der Verträge festzulegen.

Artikel 106

Dieser Artikel bestimmt, dass die Regierung Verträge mit einem anerkannten Jugendhilfe- oder Jugendschutzanbieter für eine Dauer von einem bis sechs Jahren abschließen kann. Ein Vertrag kann jedoch verlängert werden, sofern die Anerkennung des betreffenden Jugendhilfe- oder Jugendschutzanbieters noch nicht abgelaufen ist.

Artikel 107

Absatz 1 ermächtigt die Regierung, anerkannten Jugendhilfe- oder Jugendschutzanbietern Zuschüsse zu den Personal- und Funktionskosten für die Umsetzung von Jugendhilfe- und Jugendschutzmaßnahmen zu gewähren und die diesbezüglichen Bedingungen festzulegen. Im Rahmen des Dekretentwurfs gelten die allgemeinen Grundsätze, die im Gesetz vom 16. Mai 2003 zur Festlegung der für die Haushalte, die Kontrolle der Zuschüsse und die Buchführung der Gemeinschaften und Regionen sowie für die Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof geltenden allgemeinen Bestimmungen (insbesondere die Artikel 11 bis 14) und die im Dekret vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft festgehalten sind.

Absatz 2 dieses Artikels besagt, dass die Regierung die Kosten für vereinbarte oder angeordnete Jugendhilfe- oder Jugendschutzmaßnahmen übernimmt und die entsprechenden Bedingungen festlegt.

Artikel 108

Dieser Artikel führt eine allgemeine Bestimmung zur Regelung der Zuschusskontrolle auf. Der Verweis auf das Gesetz vom 16. Mai 2003 zur Festlegung der für die Haushaltspläne, die Kontrolle der Subventionen und die Buchführung der Gemeinschaften und Regionen sowie für die Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof geltenden allgemeinen Bestimmungen sorgt für eine unmissverständliche Identifizierung des Rechtsrahmens bei der Zuschusskontrolle.

Artikel 109

Die Pflegefamilien versorgen, betreuen und erziehen die Pflegekinder unter Berücksichtigung der Vorgaben des Fachbereichs und der Gerichtsbehörden. Dadurch entstehen Kosten, die durch das Pflegschaftsgeld, eine Pauschalentschädigung pro Tag, gedeckt werden müssen. Das Pflegschaftsgeld soll auch den anfallenden Betreuungsaufwand angemessen entschädigen.

Dieser Artikel regelt also die Auszahlung des Pflegschaftsgelds an Personen, die eine Pflegschaft übernehmen.

Die Regierung ist befugt, die Höhe, die Gewährungsbedingungen und die Modalitäten für die Auszahlung des Pflegschaftsgelds festzulegen.

Artikel 110

Dieser Artikel besagt, dass unterhaltspflichtige Personen oder der junge Erwachsene verpflichtet werden können, sich an den Kosten für Jugendhilfe- und Jugendschutzmaßnahmen zu beteiligen.

Die Unterhaltspflicht ist in Artikel 203 des früheren Zivilgesetzbuches geregelt, in dem es heißt: "Die Eltern sind entsprechend ihren Möglichkeiten verpflichtet, für die Unterbringung, den Unterhalt, die Gesundheit, die Aufsicht, die Erziehung, die Ausbildung und die Entfaltung ihrer Kinder zu sorgen. Ist die Ausbildung nicht abgeschlossen, dauert die Verpflichtung über die Volljährigkeit des Kindes hinaus an."

Die Regierung ist ermächtigt, die Bedingungen und die Höhe der Kostenbeteiligung sowie die Modalitäten ihrer Berechnung festzulegen.

Die Regierung ist auch befugt, die Bedingungen festzulegen, unter denen diese Kostenbeteiligung ganz oder teilweise erlassen werden kann, wenn die unterhaltspflichtigen Personen oder der junge Erwachsene nicht die Möglichkeit haben, für diese Kosten aufzukommen.

§2 dieses Artikels legt das Datum fest, an dem die Kostenbeteiligung in Kraft tritt. Absatz 2 legt die Bedingungen für die Festlegung einer Kostenbeteiligung bei der Anordnung von vorläufigen Maßnahmen durch den Jugendrichter fest.

§3 dieses Artikels muss in Verbindung mit Artikel 51.1 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft gelesen werden. Dieser Artikel ermöglicht es, die Verwaltung des FÖD Finanzen, die mit der Einnahme und

Beitreibung nichtsteuerlicher Forderungen betraut ist (die Generalverwaltung Einnahme und Beitreibung), mit der Beitreibung nichtsteuerlicher Forderungen (in diesem Fall die Kostenbeteiligung an den Jugendhilfe- und Jugendschutzmaßnahmen) zu beauftragen.

Artikel 111

Dieser Artikel legt fest, dass Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter sowie Dienstleister, die Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene im Rahmen eines Verselbstständigungsprojekts ambulant begleiten, eine Kostenentschädigung beantragen können, um die Lebenshaltungskosten zu decken, die bei diesen Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen anfallen.

Die Regierung ist befugt, die Bedingungen für die Gewährung und die Finanzierungsmodalitäten dieser Kostenentschädigung sowie die Bedingungen und Modalitäten für die Beantragung festzulegen.

Artikel 112

Dieser Artikel regelt die finanzielle Unterstützung für Erziehungsberechtigte, deren Kind oder Jugendlicher vom Fachbereich oder im Rahmen einer Jugendhilfe- oder Jugendschutzmaßnahme behandelt, betreut oder begleitet wird.

So können in Anwendung von §1 bestimmte spezifische Ausgaben übernommen werden. Es wird beispielsweise beabsichtigt, bestimmte Ausgaben in den Bereichen Kultur, Sport und Schule zu übernehmen.

Die Regierung wird ermächtigt, die Art der Sonderauslagen, die Bedingungen und Modalitäten für ihre Erstattung sowie die Bedingungen und Modalitäten für die Beantragung festzulegen.

§2 sieht die Möglichkeit vor, Erziehungsberechtigten, deren Kind oder Jugendlicher stationär betreut wird, individuelle finanzielle Unterstützung zu gewähren, um die Kontakte zu ihren Kindern aufrechtzuerhalten und zu fördern. In Betracht kommt beispielsweise die Erstattung von Fahrtkosten für Fahrten zur Einhaltung von Besuchskontakten oder für Fahrten zu Gesprächen mit oder im Auftrag des Fachbereichs Jugendhilfe.

Die Regierung ist ermächtigt, die Art der Ausgaben, die Bedingungen und Modalitäten der Erstattung sowie die Bedingungen und Modalitäten des Antrags festzulegen.

Artikel 113

Dieser Artikel regelt die Erstattung von Ausgaben, die Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter, Dienstleister und Pflegefamilien im Rahmen von stationären und teilstationären Maßnahmen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene getätigt haben. Angedacht ist z.B. die Erstattung von Ausgaben für Gesundheitspflege, Nachhilfeunterricht, Therapiekosten oder Ausgaben für Sport, Schule und Kultur.

Die Regierung ist ermächtigt, die Art der Ausgaben, die Bedingungen und Modalitäten für ihre Erstattung sowie die Bedingungen und Modalitäten für die Beantragung festzulegen.

Artikel 114

Dieser Artikel regelt die finanzielle Unterstützung von Kindern, die sich in einer stationären Jugendhilfemaßnahme befinden. Ziel ist es, ihnen zu helfen, sich sozial zu integrieren und eigenständig zu werden, wenn sie die Volljährigkeit erreichen. Dazu wird während der Dauer der Maßnahme ein bestimmter Betrag für sie angespart, den sie ab dem Alter von 18 Jahren in Anspruch nehmen können. Es ist nicht vorgesehen, im Rahmen von Jugendschutzmaßnahmen finanzielle Unterstützung zu gewähren. Diese sind daher bewusst von diesem Artikel ausgenommen.

Die Regierung ist ermächtigt, die Höhe, die Bedingungen für die Gewährung und die Modalitäten für die Auszahlung dieser finanziellen Unterstützung festzulegen.

Artikel 115

Diese Bestimmung regelt das Verfahren im Falle einer Beschwerde gegen eine Amtshandlung oder Arbeitsweise einer natürlichen oder juristischen Person, die mit der Umsetzung von Jugendhilfe- oder Jugendschutzmaßnahmen beauftragt ist oder gegen eine Amtshandlung oder Arbeitsweise des Fachbereichs.

Im ersten Fall richten Kinder, Jugendliche, ihre Erziehungsberechtigten oder junge Erwachsene ihre Beschwerde schriftlich an die Leitung der juristischen Person oder an die natürliche Person selbst. Wenn es auf Initiative der Person, gegen die sich die Beschwerde richtet, im Rahmen eines Gesprächs zu keiner Einigung kommt, können die Parteien beim Leiter des Fachbereichs beantragen, zum Sachverhalt der Beschwerde angehört zu werden.

Im zweiten Fall richten Kinder, Jugendliche, ihre Erziehungsberechtigten oder junge Erwachsene ihre Beschwerde schriftlich an den Leiter des Fachbereichs. Dieser hört die Person, die die Beschwerde eingereicht hat, und die von der Beschwerde betroffene Person zu den Sachverhalten der Beschwerde an und versucht eine Einigung zu erzielen.

Die Regierung legt das Verfahren fest, das im Falle einer Beschwerde zu befolgen ist.

Artikel 116

Diese Bestimmung stellt unter Berücksichtigung anderer gesetzlicher Bestimmungen ein Gleichgewicht her zwischen dem Schutz der persönlichen Daten und Informationen, die eine Person einer im Rahmen dieses Dekretentwurfs tätigen Fachkraft anvertraut, oder der Informationen über die Person, von denen die Fachkraft bei der Ausübung ihrer Tätigkeit Kenntnis erlangt, und der Notwendigkeit für die Akteure und Behörden, bestimmte Informationen auszutauschen, um die Ziele der Jugendhilfe und des Jugendschutzes zu erreichen.

In §2 werden die Bedingungen für die Weitergabe von vertraulichen Informationen festgelegt.

Nummer 1 betrifft die Weitergabe von Sachverhalten an andere Fachkräfte, die dem Berufsgeheimnis unterliegen, um das Ziel der Jugendhilfe- oder Jugendschutzmaßnahme oder der Beratung zu erreichen oder um eine mögliche Gefährdung des Kindes oder des Jugendlichen festzustellen. In diesem Zusammenhang muss einer der Grundsätze der DSGVO beachtet werden, nämlich dass die Daten "auf das für die Zwecke der Verarbeitung erforderliche Maß beschränkt" werden müssen (Datenminimierung). Für diese Weitergabe von Sachverhalten ist die Einwilligung des betroffenen Kindes oder Jugendlichen und seiner Erziehungsberechtigten erforderlich, es sei denn, die Integrität des Kindes oder des Jugendlichen wird dadurch beeinträchtigt. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn das Kind von einem Elternteil missbraucht wurde und die Einwilligung des betroffenen Elternteils daher nicht angemessen ist, um die Integrität des Kindes zu schützen.

Nummer 2 sieht den Fall vor, dass Fachkräfte nach dem Strafgesetzbuch angewiesen sind, bestimmte Meldungen an den Prokurator des Königs zu machen:

1. Artikel 458 des Strafgesetzbuches: „Ärzte, Chirurgen, Gesundheitsoffiziere, Apotheker, Hebammen und alle anderen Personen, die aufgrund ihres Standes oder Berufes Kenntnis haben von ihnen anvertrauten Geheimnissen und diese preisgeben, werden mit einer Gefängnisstrafe von einem bis zu drei Jahren und mit einer Geldbuße von 100 bis zu 1.000 EUR oder mit nur einer dieser Strafen bestraft, außer wenn sie vorgeladen werden, vor Gericht oder vor einer parlamentarischen Untersuchungskommission als Zeugen auszusagen, und wenn das Gesetz, das Dekret oder die Ordonnanz sie dazu verpflichtet oder es ihnen erlaubt, diese Geheimnisse preiszugeben.“

2. Artikel 458bis des Strafgesetzbuches: „Wer aufgrund seines Standes oder Berufes Träger von Geheimnissen ist und aus diesem Grund Kenntnis von einer in den Artikeln 371/1 bis 377, 377quater, 379, 380, 383bis §§1 und 2, 392 bis 394, 396 bis 405ter, 409, 423, 425, 426 und 433quinquies erwähnten Straftat hat, die an einem Minderjährigen oder an einer Person begangen wurde, die aufgrund ihres Alters, einer Schwangerschaft, partnerschaftlicher Gewalt, im Namen der Kultur, des Brauchtums, der Religion, der Tradition oder der sogenannten "Ehre" begangener Gewalttaten, einer Krankheit, einer körperlichen oder geistigen Gebrechlichkeit oder Beeinträchtigung schutzbedürftig ist, kann unbeschadet der Verpflichtungen, die ihm durch Artikel 422bis auferlegt sind, den Prokurator des Königs von der Straftat in Kenntnis setzen, entweder wenn eine ernsthafte und drohende Gefahr für die geistige oder körperliche Unversehrtheit des Minderjährigen oder der erwähnten schutzbedürftigen Person besteht und er diese Unversehrtheit selbst oder mit Hilfe anderer nicht schützen kann oder wenn es Indizien für eine ernsthafte und tatsächliche Gefahr gibt, dass andere Minderjährige oder erwähnte schutzbedürftige Personen Opfer von in den vorerwähnten Artikeln vorgesehenen Straftaten werden und er diese Unversehrtheit selbst oder mit Hilfe anderer nicht schützen kann.“

3. Art. 422bis des Strafgesetzbuches: „Mit einer Gefängnisstrafe von acht Tagen bis zu einem Jahr und mit einer Geldbuße von 50 bis zu 500 EUR oder mit nur einer dieser Strafen wird bestraft, wer es unterlässt, einer Person, die großer Gefahr ausgesetzt ist, Hilfe zu leisten oder zu verschaffen, ob er deren Lage selbst festgestellt hat oder ob ihm diese Lage von denjenigen, die ihn um Hilfe bitten, beschrieben worden ist.

Damit eine Straftat vorliegt, ist es erforderlich, dass die Person, die die Hilfeleistung unterlassen hat, ohne ernsthafte Gefahr für sich selbst oder für andere hätte helfen können. Hat sie die Gefahr, in der der Hilfsbedürftige sich befand, nicht persönlich festgestellt, so kann sie nicht bestraft werden, wenn sie aufgrund der Umstände, unter denen sie um Hilfe gebeten wurde, glauben konnte, dass die Bitte nicht ernst gemeint oder mit gewissen Risiken verbunden war. [...]“

Da es sich in diesen Fällen um eine Möglichkeit handelt, vertrauliche Sachverhalte weiterzugeben, und nicht um eine Verpflichtung, das Berufsgeheimnis zu brechen, muss die Fachkraft die Informationen, die sie in diesem Rahmen preisgibt, sorgfältig abwägen.

Die Nummern 3 und 4 sehen unter bestimmten Bedingungen die Weitergabe von Sachverhalten für Verwaltungszwecke vor.

Nummer 5 regelt den Fall der Mandatsarbeit. In diesem Fall muss die Fachkraft die von ihr verlangten Informationen an ihren Auftraggeber weitergeben. Auch hier muss der Grundsatz der Datenminimierung beachtet werden. Voraussetzung für die Weitergabe von vertraulichen Sachverhalten ist, dass die Person, die Gegenstand der Sozialuntersuchung oder des Berichts ist, vorab über die erforderliche Weitergabe informiert wird.

§3 legt den Grundsatz fest, dass persönliche schriftliche Dokumente nur zu den vorgesehenen Zwecken und mit Zustimmung des Verfassers weitergegeben werden dürfen und

dass diese Dokumente nicht in einer mit diesen Zwecken unvereinbaren Weise weiterverarbeitet werden dürfen.

Artikel 117

Diese Bestimmung legt die Bedingungen fest, unter denen betroffene Personen Einsicht in eine Akte des Fachbereichs Jugendhilfe erhalten können. In diesem Zusammenhang ist das Dekret vom 16. Oktober 1995 über die Öffentlichkeit von Verwaltungsdokumenten anwendbar.

Artikel 3 dieses Dekrets besagt: „Das Recht ein Verwaltungsdokument einzusehen und davon eine Abschrift zu erhalten darin besteht, dass jeder im Rahmen der durch dieses Dekret festgelegten Bedingungen ein Verwaltungsdokument an Ort und Stelle einsehen, Erklärungen zu diesem Dokument erhalten und davon eine Abschrift in Form einer Kopie bekommen kann. [...]“

Wenn es sich um ein Verwaltungsdokument handelt, das eine Einschätzung oder Beurteilung über eine namentlich bezeichnete oder einfach zu identifizierende natürliche Person enthält, oder die Beschreibung eines Verhaltens, dessen Verbreitung dieser Person offensichtlich Schaden zufügen kann, muss der Antragsteller sein persönliches und direktes Interesse an dem Dokument schriftlich rechtfertigen.“

§1 Absatz 2 dieses Artikels legt zusätzliche Möglichkeiten zu Artikel 5 §§1, 2 und 3 des Dekrets vom 16. Oktober 1995 für den Fachbereich fest, um einen Antrag auf Einsicht, Erklärung oder Abschrift eines Verwaltungsdokuments abzulehnen. Dies ist der Fall, wenn:

- die Veröffentlichung des Verwaltungsdokuments der Integrität Dritter oder der Integrität des Kindes, des Jugendlichen oder des Erziehungsberechtigten, der von der Jugendhilfe- oder Jugendschutzmaßnahme betroffen ist oder des jungen Erwachsenen, der von der Beratung betroffen ist, entgegensteht,
- dem Ziel der gewährten Jugendhilfe- oder Jugendschutzmaßnahme widerspricht,
- die mit der Jugendhilfe- oder Jugendschutzmaßnahme erzielten Ergebnisse gefährdet,
- oder wenn dieses Verwaltungsdokument psychologische oder medizinische Gutachten oder vertrauliche Dokumente betrifft, die dem Fachbereich von den Gerichtsbehörden übermittelt wurden.

Die Regierung wird ermächtigt die weiteren Modalitäten des Einsichtsverfahrens sowie das Einspruchsverfahren im Falle eines abgelehnten Antrags festzulegen.

Für die Einsicht in Gerichtsakten gilt Artikel 55 des Gesetzes vom 8. April 1965.

Artikel 118

Sofern sie nicht anderslautenden gesetzlichen oder dekretalen Bestimmungen unterliegen, sind alle Personen, die an der Ausführung des Dekretentwurfs beteiligt sind, dazu verpflichtet, die Angaben, die ihnen in Ausübung ihres Auftrags anvertraut werden, gemäß der Datenschutzgrundverordnung vertraulich zu behandeln.

Artikel 119

Durch vorliegenden Artikel soll die Möglichkeit geschaffen werden, dass der Fachbereich Jugendhilfe und der für das Justizhaus zuständige Fachbereich des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Vermittlungen zusammenarbeiten, wenn in einer Strafsakte volljährige und minderjährige Tatverdächtige gemeinsam involviert sind. Dadurch soll vermieden werden, dass ein Opfer jeweils Gespräche zur Regelung der gleichen

Angelegenheit bei zwei verschiedenen Diensten wahrnehmen muss. Hierfür müssen klare Absprachen zwischen den Fachbereichen getroffen und die Vorgehensweisen definiert werden.

Festgestellt wird, dass es auf Justizebene aktuell unterschiedliche Verläufe einer Strafvermittlungsakte bei volljährigen und minderjährigen Tatverdächtigen gibt. Bei Volljährigen wird die Vermittlung von der Staatsanwaltschaft in Auftrag gegeben, bei Minderjährigen hingegen entweder von der Staatsanwaltschaft oder vom Jugendgericht.

Wenn in einer Strafsache ein minderjähriger sowie ein volljähriger Tatverdächtiger involviert sind, werden zudem zwei unterschiedliche Staatsanwälte mit der Akte befasst: einer für die Strafverfolgung des Volljährigen und einer für die des Minderjährigen. Dies kann dazu führen, dass eine Akte zu unterschiedlichen Zeiten in die Vermittlung geht. Außerdem könnte es vorkommen, dass nur einem der Tatverdächtigen, dem Volljährigen oder dem Minderjährigen, eine Vermittlung vorgeschlagen wird.

Würde die Entscheidung über den weiteren Verfahrensverlauf jedoch gemeinsam getroffen, könnte sowohl dem Volljährigen als auch dem Minderjährigen die Vermittlung zeitgleich vorgeschlagen und den beiden Fachbereichen ein gemeinsamer Vermittlungsauftrag erteilt werden. Hierdurch könnte auch eine gemeinsame Vermittlung stattfinden.

Um dies zu ermöglichen, wurden im vorliegenden Dekretentwurf der Inhalt der Vermittlung an die Verfahren gemäß Artikel 216ter des Strafprozessgesetzbuchs angepasst. Zudem wurde die Möglichkeit geschaffen, dem Jugendlichen zusätzlich zur Vermittlung gewisse Auflagen vorzuschlagen, wie beispielsweise erzieherische und gemeinnützige Leistungen.

Vorliegender Artikel legt dementsprechend den Inhalt und die Bedingungen zur Zusammenarbeit zwischen dem Fachbereich Jugendhilfe und dem Justizhaus fest. Die Zusammenarbeit umfasst den Erstkontakt mit dem Opfer, um ein gemeinsames Vermittlungsgespräch vorzuschlagen sowie die Durchführung der gemeinsamen Vermittlung. Die Regierung legt die weiteren Modalitäten dieser Zusammenarbeit sowie das Verfahren fest.

Artikel 120

Dieser Artikel legt fest, wer für die Verarbeitung personenbezogener Daten verantwortlich oder Auftragsverarbeiter ist.

Dieser Artikel ermöglicht der Regierung, dem Prokurator des Königs, dem Jugendrichter, dem Jugendgericht, den Jugendhilfe- und Jugendschutzanbietern, den Dienstleister und den Pflegefamilien in Ausführung ihrer dekretalen Aufträge die Verarbeitung personenbezogener Daten. Mit §2 wird präzisiert, dass sie im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutz-Grundverordnung jeweils für die von ihnen erhobenen Daten und deren Verarbeitung verantwortlich sind.

Mit §3 wird präzisiert, dass der Mediator personenbezogene Daten ausschließlich im Auftrag des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft verarbeitet, im Sinne von Artikel 4 Nummer 8 der Datenschutz-Grundverordnung.

Die Datenverarbeitung erfolgt unter Einhaltung der Datenschutzgrundverordnung.

Artikel 121

Es obliegt dem Dekretgeber, wenn auch nicht die detaillierte Beschreibung der zu erheben-den und verarbeitenden Daten vorzunehmen, zumindest die Datenkategorien zu erwähnen, die die Regierung, der Prokurator des Königs, der Jugendrichter, das Jugendgericht, die Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter, die Dienstleister, die Pflegefamilien und der Mediator verarbeiten werden. Dabei geht es darum, eine transparente und vorhersehbare Grundlage für diese Datenkategorien zu erstellen.

Die unter Nummer 9 erwähnten besonders schützenswerten Daten dürfen gemäß Artikel 9 der Datenschutz-Grundverordnung durch Dekret erhoben werden.

Eine genauere Aufgliederung der Datenkategorien kann durch die Regierung vorgenommen werden.

Artikel 122

Dieser Artikel regelt die Dauer der Verarbeitbarkeit der erhobenen Daten.

Artikel 123

Dieser Artikel sieht eine Ermächtigung an die Regierung vor, um Sicherheitsmaßnahmen für die Verarbeitung der Daten festzulegen.

Artikel 124

Dieser Artikel legt die Strafen fest, die verhängt werden können, wenn eine Person eine Tätigkeit ausübt, die im vorliegenden Dekretentwurf geregelt ist, ohne über die erforderliche Anerkennung zu verfügen.

Artikel 125 bis 166

Diese Artikel regeln die Abänderung der Bestimmungen des Gesetzes vom 8. April 1965, die künftig durch vorliegenden Dekretentwurf geregelt werden, sowie die Abänderung der Bestimmungen des Dekrets vom 9. Mai 1988 über den Fonds für besondere Hilfe für Kinder und Jugendliche, damit der Fonds über Einnahmen verfügen und Kosten übernehmen kann, die im Rahmen des vorliegenden Dekretentwurfs festgelegt werden.

Artikel 167

Dieser Artikel hebt das Dekret vom 19. Mai 2008 über die Jugendhilfe und zur Umsetzung von Jugendschutzmaßnahmen auf, das durch vorliegenden Dekretentwurf ersetzt wird.

Artikel 168 bis 173

Diese Artikel sehen Übergangsbestimmungen für die in Anwendung von Artikel 22 des Dekrets vom 19. Mai 2008 über die Jugendhilfe und zur Umsetzung von Jugendschutzmaßnahmen anerkannten Anbieter vor, die die Anerkennung vor dem Inkrafttreten des vorliegenden Dekretentwurfs erhalten haben.

Diese Artikel enthalten außerdem Übergangsbestimmungen für Angelegenheiten, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Dekretentwurfs gemäß dem Gesetz vom 8. April 1965 vor dem Jugendrichter oder dem Jugendgericht anhängig gemacht wurden.

Artikel 174

Dieser Artikel bestimmt das Inkrafttreten des Dekretentwurfs. Dieser tritt am 1. Januar 2024 in Kraft.

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen
A. ANTONIADIS

VORENTWURF

Dekretvorentwurf über die Jugendhilfe und den Jugendschutz

KAPITEL 1 - ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Abschnitt 1 – Einleitende Bestimmungen

Artikel 1 – Allgemeiner Anwendungsbereich

Die Bestimmungen des vorliegenden Dekrets sind anwendbar auf:

1. Kinder, deren Integrität, gesunde Entwicklung, Erziehung oder soziale Teilhabe durch ihr eigenes Verhalten, das Verhalten ihrer Erziehungsberechtigten, das Verhalten von Drittpersonen, ihre Lebensumstände, Beziehungskonflikte oder durch besondere Ereignisse gefährdet ist;
2. junge Erwachsene, die beim Übergang in die eigenständige Lebensführung eine Beratung und Orientierung benötigen;
3. tatverdächtige oder straffällige Jugendliche;
4. Erziehungsberechtigte, die Schwierigkeiten haben, die Integrität, die gesunde Entwicklung, die Erziehung oder die soziale Teilhabe ihres Kindes zu gewährleisten;
5. Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter, Dienstleister sowie Pflegefamilien, die im Rahmen des vorliegenden Dekrets mit der Umsetzung von Jugendhilfe- und Jugendschutzmaßnahmen beauftragt sind;
6. den Prokurator des Königs, den Jugendrichter oder das Jugendgericht, die im Rahmen des vorliegenden Dekrets Jugendhilfe- oder Jugendschutzmaßnahmen vorschlagen oder anordnen.

Art. 2 – Personenbezeichnungen

Personenbezeichnungen im vorliegenden Dekret gelten für alle Geschlechter.

Art. 3 – Begriffsbestimmungen

Für die Anwendung des vorliegenden Dekrets versteht man unter:

1. Bereitschaftspflege: die befristete Aufnahme eines Kindes oder Jugendlichen in einer Bereitschaftspflegefamilie;
2. Bereitschaftspflegefamilie: die gemäß Artikel 94 anerkannte Pflegefamilie, die mit einer Bereitschaftspflege beauftragt werden kann;
3. Datenschutz-Grundverordnung: die Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung);
4. Dekret vom 16. Oktober 1995: das Dekret vom 16. Oktober 1995 über die Öffentlichkeit von Verwaltungsdokumenten;
5. Dienstleister: die natürliche oder juristische Person, die nicht hauptsächlich im Bereich der Jugendhilfe und des Jugendschutzes tätig ist, und die mit der Umsetzung von Jugendhilfe- oder Jugendschutzmaßnahmen beauftragt werden kann;
6. einvernehmliche Jugendhilfe: die spezialisierte Hilfe, die der Fachbereich im Einverständnis mit dem Kind, das das erforderliche Urteilsvermögen besitzt oder mindestens zwölf Jahre alt ist, und mit seinen Erziehungsberechtigten oder mit dem jungen Erwachsenen erarbeitet;

7. Erziehungsberechtigter: die natürliche Person, die aufgrund des Gesetzes oder eines richterlichen Beschlusses über die elterliche Autorität über das Kind oder den Jugendlichen verfügt, sein Vormund sowie die gemäß Artikel 34 des Gesetzes vom 8. April 1965 bestellte Person;

8. Fachbereich: der für die Jugendhilfe und den Jugendschutz zuständige Fachbereich des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

9. Gefährdung: die bereits eingetretene oder zu erwartende Verletzung der Integrität des Kindes durch sein eigenes Verhalten, das Verhalten seiner Erziehungsberechtigten, das Verhalten von Drittpersonen, durch seine Lebensumstände, durch Beziehungskonflikte oder durch besondere Ereignisse;

10. gerichtliche Jugendhilfe: die spezialisierte Hilfe, die durch den Jugendrichter oder das Jugendgericht angeordnet wird;

11. Gesetz vom 8. April 1965: das Gesetz vom 8. April 1965 über den Jugendschutz, die Betreuung Minderjähriger, die eine als Straftat qualifizierte Tat begangen haben, und die Wiedergutmachung des durch diese Tat verursachten Schadens;

12. Gewöhnlicher Lebensort: der Ort, an dem sich der Lebensmittelpunkt der natürlichen Person befindet;

13. Integrität: die physische, psychische und moralische Unversehrtheit;

14. Jugendhilfe: die spezialisierte Hilfe, die dem Kind und seinen Erziehungsberechtigten gewährt wird. Die Jugendhilfe umfasst die einvernehmliche und die gerichtliche Jugendhilfe;

15. Jugendhilfeanbieter: die gemäß Artikel 87 anerkannte natürliche oder juristische Person, die mit der Umsetzung von Jugendhilfemaßnahmen beauftragt werden kann;

16. Jugendhilfemaßnahmen: die Maßnahmen, die im Rahmen der einvernehmlichen oder gerichtlichen Jugendhilfe vereinbart oder angeordnet werden;

17. Jugendlicher: der tatverdächtige oder straffällige Jugendliche;

18. Jugendschutz: die Intervention des Prokurators des Königs, des Jugendrichters oder des Jugendgerichts gegenüber Jugendlichen;

19. Jugendschutzanbieter: die gemäß Artikel 87 anerkannte natürliche oder juristische Person, die mit der Umsetzung von Jugendschutzmaßnahmen beauftragt werden kann;

20. Jugendschutzmaßnahmen: die Maßnahmen, die im Rahmen des Jugendschutzes vorgeschlagen oder angeordnet werden;

21. Jugendstraftat: eine als Straftat qualifizierte Tat, die durch eine natürliche Person vor dem Alter von 18 Jahren begangen wurde;

22. Junger Erwachsener: jede natürliche Person von 18 bis 21 Jahren, die ihren Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet hat und die gemäß den Artikeln 50 oder 75 eine Verlängerung der Begleitung beantragt oder gemäß Artikel 28 eine Beratung im Rahmen der einvernehmlichen Jugendhilfe in Anspruch nimmt;

23. Justizhaus: der für das Justizhaus zuständige Fachbereich des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

24. Kind: jede natürliche Person bis 18 Jahre, die im Rahmen der Jugendhilfe begleitet wird;

25. Langzeitpflege: die langfristige Aufnahme eines Kindes oder Jugendlichen in einer Langzeitpflegefamilie;

26. Langzeitpflegefamilie: die gemäß Artikel 94 anerkannte Pflegefamilie, die mit einer Langzeitpflege beauftragt werden kann;

27. Opfer: die natürliche Person, die einen körperlichen, psychischen oder moralischen Schaden oder einen wirtschaftlichen Verlust erlitten hat, der direkte oder indirekte Folge einer Jugendstraftat ist, oder die juristische Person, die einen wirtschaftlichen Verlust erlitten hat, der direkte oder indirekte Folge einer Jugendstraftat ist;

28. Pflegschaft: die stationäre oder teilstationäre Jugendhilfe- oder Jugendschutzmaßnahme, die die Bereitschaftspflege, die Langzeitpflege sowie die Teilzeitpflege umfasst;

29. Pflegefamilie: die Bereitschaftspflegefamilie, die Langzeitpflegefamilie oder die Teilzeitpflegefamilie;

30. straffälliger Jugendlicher: die natürliche Person, die für eine Jugendstraftat rechtskräftig verurteilt wurde;

31. tatverdächtiger Jugendlicher: die natürliche Person, die unter Verdacht steht, eine Jugendstraftat begangen zu haben;

32. Teilzeitpflege: die punktuelle Betreuung eines Kindes oder Jugendlichen durch eine Teilzeitpflegefamilie;

33. Teilzeitpflegefamilie: die gemäß Artikel 94 anerkannte Pflegefamilie, die mit einer Teilzeitpflege beauftragt werden kann;

34. Vermittlung: die Gespräche zwischen dem tatverdächtigen Jugendlichen, seinen Erziehungsberechtigten und dem Opfer der Tat, die ermöglichen sollen, sich gemeinsam und mit Hilfe eines unparteiischen Vermittlers insbesondere mit den relationalen und materiellen Folgen einer Jugendstraftat auseinanderzusetzen;

35. vertraute Personen: die natürlichen Personen, zu denen das Kind oder der Jugendliche eine soziale oder affektive Bindung hat, ohne dass ein verwandtschaftliches Verhältnis besteht;

36. ZBGA: die in Artikel 6 des Dekrets vom 27. April 2020 über die Adoption von Kindern erwähnte Zentrale Behörde der Gemeinschaft für Adoption, die im Rahmen des vorliegenden Dekrets eine stationäre Betreuung von Kindern in Auftrag geben kann.

Abschnitt 2 – Rechte und Ansprüche des Kindes, des Jugendlichen und der Erziehungsberechtigten

Art. 4 – Rechte

Jede natürliche oder juristische Person, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets beteiligt ist, achtet die Rechte des Kindes und des Jugendlichen, insbesondere jene, die in der Verfassung und im Übereinkommen vom 20. November 1989 über die Rechte des Kindes aufgezählt sind. Es wird insbesondere Folgendes gewährleistet:

1. Jede natürliche oder juristische Person, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets beteiligt ist, berücksichtigt vorrangig die Bedürfnisse des Kindes und des Jugendlichen. Diese werden im Austausch mit dem Kind oder dem Jugendlichen und, insofern möglich, unter Einbeziehung seiner Erziehungsberechtigten erfasst.

2. Unbeschadet der Verfahrensbestimmungen des Gesetzes vom 8. April 1965 haben das Kind und der Jugendliche im Rahmen des vorliegenden Dekrets das Recht, ihre Meinung zu allen sie betreffenden Entscheidungen frei zu äußern. Ihrer Meinung ist entsprechend ihrem Alter und ihrem Urteilsvermögen Rechnung zu tragen.

3. Jede natürliche oder juristische Person, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets beteiligt ist, achtet die Rechte des Kindes und des Jugendlichen ohne jegliche Diskriminierung, insbesondere jegliche Diskriminierung aufgrund eines der in Artikel 2 des Dekrets vom 19. März 2012 zur Bekämpfung bestimmter Formen von Diskriminierung erwähnten geschützten Merkmale.

4. Insofern der Jugendrichter oder das Jugendgericht nichts anderes bestimmen oder insofern es nicht der Integrität des Kindes oder Jugendlichen entgegensteht, haben das Kind und der Jugendliche das Recht, sich bei ihren Kontakten mit den natürlichen oder juristischen Personen, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets beteiligt sind, von einer Person ihrer Wahl begleiten zu lassen.

5. Das Kind und der Jugendliche haben das Recht auf ausreichende und verständliche Informationen über die Jugendhilfe und den Jugendschutz und alle damit einhergehenden Entscheidungen, die sie betreffen. Die Kommunikation mit dem Kind und dem Jugendlichen erfolgt in einer verständlichen, ihrem Alter und ihrem Urteilsvermögen entsprechenden Sprache.

Art. 5 – Vorrang ambulanter und teilstationärer Maßnahmen

§1 – Die Jugendhilfe- und Jugendschutzmaßnahmen sollen in erster Linie die Entwicklung und Erziehung des Kindes oder des Jugendlichen an seinem gewöhnlichen Lebensort fördern. In diesem Zusammenhang sind ambulante und teilstationäre Maßnahmen gegenüber stationären Maßnahmen zu bevorzugen.

Die stationäre Behandlung oder Betreuung erfolgt auf Grundlage einer mit Gründen versehenen Entscheidung.

§2 – Im Rahmen einer Jugendhilfemaßnahme kann die stationäre Behandlung oder Betreuung ausschließlich dadurch begründet werden, dass die Erziehungsberechtigten nicht bereit oder nicht in der Lage sind, mithilfe ambulanter oder teilstationärer Maßnahmen die Integrität, die gesunde Entwicklung, die Erziehung oder die soziale Teilhabe des Kindes zu gewährleisten.

Im Rahmen einer Jugendschutzmaßnahme kann die stationäre Behandlung oder Betreuung in einer geschlossenen stationären Behandlungs- oder Betreuungsform oder einer geschlossenen Abteilung einer öffentlichen Jugendschutzeinrichtung ausschließlich zum Schutz der Gesellschaft oder zum Schutz der Integrität des Jugendlichen während einer begrenzten Zeit erfolgen.

§3 – Im Falle einer stationären Maßnahme wird, insofern dies nicht der Integrität des Kindes oder Jugendlichen entgegensteht, darauf geachtet, dass das Recht auf regelmäßige direkte Kontakte zu seinen Erziehungsberechtigten, seinen Geschwistern und den ihm vertrauten Personen bewahrt wird. Unter Berücksichtigung der in Artikel 4 Nummer 1 erwähnten Bedürfnisse des Kindes und des Jugendlichen wird die Erforderlichkeit der stationären Maßnahme im Rahmen der in Artikel 33, 41, 51 und 67 erwähnten Bilanzgespräche regelmäßig geprüft.

Insofern es möglich ist und nicht der Integrität des Kindes entgegensteht, wird in Anwendung von Artikel 387septiesdecies des früheren Zivilgesetzbuchs sichergestellt, dass das Kind bei einer stationären Jugendhilfemaßnahme nicht von seinen Geschwistern getrennt wird.

Art. 6 – Rechte und Pflichten der Erziehungsberechtigten

Jede natürliche oder juristische Person, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets beteiligt ist, stellt sicher, dass die Rechte und Pflichten der Erziehungsberechtigten respektiert und gefördert werden. Alle Jugendhilfe- und Jugendschutzmaßnahmen beziehen im Rahmen des Möglichen die Erziehungsberechtigten und andere verwandte oder vertraute Personen des Kindes oder des Jugendlichen aktiv ein.

Abschnitt 3 – Ziel der Jugendhilfe und des Jugendschutzes

Art. 7 – Ziel der Jugendhilfe

Das Hauptziel der Jugendhilfe ist es, dem Kind ein altersgerechtes und menschenwürdiges Leben zu ermöglichen und seine gesunde Entwicklung, Erziehung und soziale Teilhabe bestmöglich zu fördern. Zudem zielt sie darauf ab, die Familie als Grundeinheit der Gesellschaft und natürliche Umgebung für die Entwicklung des Kindes zu unterstützen. Sie bietet dem Kind Schutz und Beistand bei der Stärkung seines Selbstbewusstseins und bei seiner sozialen, schulischen und gegebenenfalls beruflichen Eingliederung und berät junge Erwachsene bei ihrem Übergang in die eigenständige Lebensführung.

Art. 8 – Ziel des Jugendschutzes

Das Hauptziel des Jugendschutzes ist die Förderung der Erziehung, soziale Wiedereingliederung, Eigenverantwortung und gesunde Entwicklung des Jugendlichen sowie der Schutz der Gesellschaft. Der Jugendschutz soll den Jugendlichen dazu bringen, sich der Konsequenzen seines Handelns bewusst zu werden und somit Rückfälle verhindern.

Abschnitt 4 – Formen der Jugendhilfe- und Jugendschutzmaßnahmen

Art. 9 – Ambulante Maßnahmen

Ambulante Maßnahmen umfassen die nicht stationäre oder die nicht teilstationäre Betreuung oder Begleitung des Kindes, des Jugendlichen oder seiner Erziehungsberechtigten.

Die ambulanten Maßnahmen haben insbesondere eines oder mehrere der folgenden Ziele:

1. die Förderung der gesunden Entwicklung des Kindes oder des Jugendlichen;
2. die Unterstützung des Kindes, des Jugendlichen oder seiner Erziehungsberechtigten bei der Klärung und Bewältigung individueller und familienbezogener Beziehungskonflikte und Krisen und der zugrunde liegenden Faktoren;
3. die Stärkung der Beziehung zwischen dem Kind oder dem Jugendlichen und seinen Erziehungsberechtigten;
4. die Förderung der Erziehungskompetenzen der Erziehungsberechtigten und die Unterstützung der Erziehungsberechtigten in ihren Erziehungsaufgaben zur Verbesserung der Erziehungsbedingungen des Kindes oder des Jugendlichen;
5. die Unterstützung des Kindes oder des Jugendlichen bei der Bewältigung von Alltags- und Entwicklungsschwierigkeiten sowie Verhaltensproblemen;
6. die Unterstützung des Kindes oder des Jugendlichen bei seiner sozialen, schulischen und gegebenenfalls beruflichen Eingliederung;
7. die Förderung der eigenverantwortlichen Lebensführung und Verselbstständigung des Kindes oder des Jugendlichen.

Die Regierung kann die Modalitäten sowie die weiteren Ziele der in Absatz 1 erwähnten ambulanten Maßnahmen festlegen, insofern diese zu einer Erhöhung der Qualität der Jugendhilfe oder des Jugendschutzes beitragen können.

Art. 10 – Teilstationäre Maßnahmen

Teilstationäre Maßnahmen umfassen die Behandlung, Betreuung oder Begleitung des Kindes, des Jugendlichen oder seiner Erziehungsberechtigten in einer betreuten Wohnform oder in einer Teilzeitpflegefamilie am Tag und bei Bedarf in der Nacht. Während der Dauer der teilstationären Maßnahme befindet sich der gewöhnlichen Lebensort des Kindes, des Jugendlichen oder seiner Erziehungsberechtigten außerhalb der betreuten Wohnform oder der Teilzeitpflegefamilie.

Die teilstationären Maßnahmen haben insbesondere eines oder mehrere der folgenden Ziele:

1. die Förderung der gesunden Entwicklung des Kindes oder des Jugendlichen;
2. die Unterstützung des Kindes oder des Jugendlichen bei der Bewältigung von Alltags- und Entwicklungsschwierigkeiten sowie Verhaltensproblemen;
3. die Unterstützung des Kindes oder des Jugendlichen bei seiner sozialen, schulischen und gegebenenfalls beruflichen Eingliederung;

4. die Entlastung des Kindes oder des Jugendlichen, der Erziehungsberechtigten und der gesamten Familiensituation;
5. die Stärkung der Beziehung zwischen dem Kind oder dem Jugendlichen und seinen Erziehungsberechtigten;
6. die Förderung der eigenverantwortlichen Lebensführung und Verselbstständigung des Kindes oder des Jugendlichen.

Die Regierung kann die Modalitäten sowie die weiteren Ziele der in Absatz 1 erwähnten teilstationären Maßnahmen festlegen, insofern diese zu einer Erhöhung der Qualität der Jugendhilfe oder des Jugendschutzes beitragen können.

Art. 11 – Stationäre Maßnahmen

Stationäre Maßnahmen umfassen die Behandlung, Betreuung oder Begleitung des Kindes, des Jugendlichen oder seiner Erziehungsberechtigten in einer betreuten Wohnform oder einer Bereitschafts- oder Langzeitpflegefamilie am Tag und in der Nacht. Während der Dauer der stationären Maßnahme befindet sich der gewöhnliche Lebensort des Kindes oder des Jugendlichen in der betreuten Wohnform oder in der Bereitschafts- oder Langzeitpflegefamilie.

Die stationären Maßnahmen haben insbesondere eines oder mehrere der folgenden Ziele:

1. die Förderung der gesunden Entwicklung des Kindes oder des Jugendlichen;
2. die Unterstützung des Kindes oder des Jugendlichen bei der Bewältigung von Alltags- und Entwicklungsschwierigkeiten sowie Verhaltensproblemen;
3. die Unterstützung des Kindes oder des Jugendlichen bei seiner sozialen, schulischen und gegebenenfalls beruflichen Eingliederung;
4. die Stärkung der Beziehung zwischen dem Kind oder dem Jugendlichen und seinen Erziehungsberechtigten;
5. die Förderung der eigenverantwortlichen Lebensführung und Verselbstständigung des Kindes oder des Jugendlichen.

Die Regierung kann die Modalitäten sowie die weiteren Ziele der in Absatz 1 erwähnten stationären Maßnahmen festlegen, insofern diese zu einer Erhöhung der Qualität der Jugendhilfe oder des Jugendschutzes beitragen können.

Art. 12 – Zu berücksichtigende Faktoren

§1 - Bei der Planung, dem Vorschlag oder der Anordnung einer der in den Artikeln 9 bis 11 erwähnten Formen der Jugendhilfemaßnahmen berücksichtigen der Fachbereich, der Prokurator des Königs, das Jugendgericht oder der Jugendrichter folgende Faktoren:

1. die Bedürfnisse des Kindes;
2. das Alter und das Urteilsvermögen des Kindes;
3. die Kompetenzen der Erziehungsberechtigten darin, die Integrität, die gesunde Entwicklung, die Erziehung und die soziale Teilhabe ihres Kindes zu gewährleisten;
4. die Lebenssituation des Kindes.

§2 - Bei dem Vorschlag oder der Anordnung einer der in den Artikeln 9 bis 11 erwähnten Formen der Jugendschutzmaßnahmen berücksichtigen der Fachbereich, der Prokurator des Königs, das Jugendgericht oder der Jugendrichter folgende Faktoren:

1. die Bedürfnisse des Jugendlichen;
2. das Alter und das Urteilsvermögen des Jugendlichen;
3. die Lebenssituation des Jugendlichen;

4. die Schwere der Jugendstraftat, die Umstände, unter denen sie begangen wurde, sowie die Schäden und die Konsequenzen für das Opfer;
5. die bereits gegenüber dem Jugendlichen ergriffenen vorläufigen Jugendschutzmaßnahmen und Jugendschutzmaßnahmen zum Grunde sowie sein Verhalten während deren Durchführung;
6. die öffentliche Sicherheit.

KAPITEL 2 – PRÄVENTION UND NETZWERKARBEIT

Art. 13 – Präventionsmaßnahmen

Die Prävention im Rahmen der Jugendhilfe und des Jugendschutzes beinhaltet Maßnahmen, die zum Ziel haben, die Gefährdung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen vorzubeugen.

Die Präventionsmaßnahmen können verschiedene Formen annehmen, insbesondere:

1. Projekte zur Prävention von Benachteiligung, Sucht, Missbrauch und Gewalt sowie zur Stärkung der Resilienz von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen;
2. Projekte zur Information und Sensibilisierung von Kindern, Jugendlichen und ihren Erziehungsberechtigten sowie von jungen Erwachsenen;
3. das Anbieten von Schulungen und Fortbildungen;
4. die Öffentlichkeitsarbeit in den Bereichen der Jugendhilfe und des Jugendschutzes.

Der Fachbereich gewährleistet die Koordination, Planung, Durchführung und Auswertung der in Absatz 2 erwähnten Präventionsmaßnahmen.

Die Regierung kann die Modalitäten zur Koordination, Planung, Durchführung, Auswertung und Finanzierung der Präventionsmaßnahmen festlegen.

Art. 14 – Netzwerke der Jugendhilfe und des Jugendschutzes

Das Netzwerk der Jugendhilfe verfolgt durch einen organisierten, strukturierten und sektorenübergreifenden Austausch der betroffenen Akteure die in Artikel 7 erwähnten Ziele der Jugendhilfe.

Das Netzwerk des Jugendschutzes verfolgt durch einen organisierten, strukturierten und sektorenübergreifenden Austausch der betroffenen Akteure die in Artikel 8 erwähnten Ziele des Jugendschutzes.

Die Aufgaben der Netzwerke umfassen insbesondere:

1. die Beobachtung der Situation von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen im deutschen Sprachgebiet;
2. die Analyse der bestehenden Angebote und Maßnahmen und die Ermittlung des Bedarfs in der Jugendhilfe und im Jugendschutz;
3. die Analyse und Förderung der Zusammenarbeit der betroffenen Akteure.

Zur Durchführung dieser Aufgaben findet mindestens ein Netzwerktreffen pro Jahr statt. Dabei kann es sich um ein gemeinsames Treffen der Netzwerke der Jugendhilfe und des Jugendschutzes handeln.

Art. 15 – Schaffung der Steuerungsgruppe für die Netzwerke der Jugendhilfe und des Jugendschutzes

Es wird eine Steuerungsgruppe für die Netzwerke der Jugendhilfe und des Jugendschutzes geschaffen.

Art. 16 – Aufgaben der Steuerungsgruppe

Die Aufgaben der Steuerungsgruppe umfassen:

1. die Organisation und Steuerung der in Artikel 14 erwähnten Netzwerke der Jugendhilfe und des Jugendschutzes;
2. anhand der Erkenntnisse der in Artikel 14 erwähnten Netzwerktreffen:
 - a) die Ausarbeitung möglicher Angebote, die den Bedarfen der Kinder, Jugendlichen und deren Erziehungsberechtigten sowie der jungen Erwachsenen entsprechen, unter Berücksichtigung gesellschaftlicher Entwicklungen und neuer Erkenntnisse;
 - b) die Ausarbeitung von Empfehlungen an die Regierung oder das Parlament zur Gestaltung der Politik in der Jugendhilfe und im Jugendschutz;
3. die Organisation eines systemübergreifenden Forums zu Themen im Bereich der Jugendhilfe und des Jugendschutzes, das mindestens einmal alle vier Jahre stattfindet.

Art. 17 – Zusammensetzung der Steuerungsgruppe

§1 – Der Steuerungsgruppe gehören mindestens folgende stimmberechtigte Mitglieder an:

1. ein Vertreter des Fachbereichs;
2. je ein Vertreter der gemäß Artikel 87 anerkannten Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter;
3. ein Vertreter des Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen;
4. ein Vertreter des Unterrichtswesens;
5. ein Vertreter einer Organisation, die im Bereich der Jugendarbeit im deutschen Sprachgebiet tätig ist;
6. ein Vertreter einer gemeinnützigen Einrichtung, die im Bereich der Gesundheitsinformation und -prävention im deutschen Sprachgebiet tätig ist.

Der Steuerungsgruppe gehört mindestens ein Vertreter der Gerichtsbehörden mit beratender Stimme an.

Die Regierung kann weitere Mitglieder festlegen.

§2 – Die Regierung bestellt unter den stimmberechtigten Mitgliedern für die Dauer des Mandats einen Koordinator der Steuerungsgruppe.

§3 – Die Regierung bestellt die Mitglieder der Steuerungsgruppe und für jedes Mitglied ein Ersatzmitglied.

Die in §1 Absatz 1 Nummern 1 bis 6 erwähnten Mitglieder werden auf Vorschlag der jeweiligen in der Steuerungsgruppe vertretenen Einrichtungen, Dienste und Organisationen bestellt. Der in §1 Absatz 2 erwähnte Vertreter der Gerichtsbehörden wird auf gemeinsamen Vorschlag des Prokurators des Königs und des Präsidenten des Gerichts Erster Instanz bestellt.

§4 – Die Mandatsdauer der Mitglieder beträgt sechs Jahre und ist erneuerbar.

Ungeachtet eines freiwilligen Rücktritts endet das Mandat der Mitglieder der Steuerungsgruppe mit dem Entzug des Mandats durch die Regierung.

Bei Ausscheiden eines Mitgliedes beendet das Ersatzmitglied das Mandat des ausscheidenden Mitglieds.

Wird ein Mandat in der Steuerungsgruppe vakant, bestellt die Regierung ein neues Mitglied entsprechend dem in den §§1 und 3 festgelegten Verfahren.

Art. 18 – Funktionsweise der Steuerungsgruppe

Mit Ausnahme des Jahres ihrer Schaffung versammelt sich die Steuerungsgruppe mindestens dreimal pro Jahr

Die Steuerungsgruppe tritt spätestens vier Monate nach der Bestellung ihrer Mitglieder zu einer ersten Sitzung zusammen.

Binnen zwei Monaten nach dieser ersten Sitzung gibt die Steuerungsgruppe sich eine von der Regierung zu genehmigende Geschäftsordnung. Diese Geschäftsordnung regelt die Einzelheiten der Funktions- und Arbeitsweise der Steuerungsgruppe.

Die Steuerungsgruppe kann zur Erfüllung ihrer Aufgaben Fachleute zu den Sitzungen einladen. Darüber hinaus kann die Steuerungsgruppe Arbeitsgruppen einsetzen, zu denen ebenfalls Fachleute eingeladen werden können.

Art. 19 – Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen

Die Mitglieder der Steuerungsgruppe haben Anrecht auf Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen gemäß den von der Regierung festgelegten Bestimmungen.

KAPITEL 3 – FÜR DIE JUGENDHILFE ZUSTÄNDIGE BEHÖRDE

Abschnitt 1 – Allgemeine Bestimmungen

Art. 20 – Qualitätshandbuch

Der Fachbereich erstellt ein Qualitätshandbuch. Dieses umfasst mindestens folgende Angaben:

1. die Vorgehensweisen des Fachbereichs im Rahmen der Jugendhilfe und des Jugendschutzes;
2. die Kriterien zur Gewährleistung der Qualitätssicherung;
3. das Leitbild des Fachbereichs;
4. die deontologischen Richtlinien.

Das Qualitätshandbuch wird spätestens alle vier Jahre den rechtlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen angepasst.

Art. 21 – Tätigkeitsbericht

Die Regierung übermittelt dem Parlament jährlich einen Bericht über die Umsetzung der in den Artikeln 22 bis 24 aufgeführten Aufgaben des Fachbereichs des vorherigen Jahres.

Abschnitt 2 - Aufgaben des Fachbereichs

Art. 22 – Aufgaben in der einvernehmlichen Jugendhilfe

Die Aufgaben des Fachbereichs im Rahmen der einvernehmlichen Jugendhilfe umfassen insbesondere:

1. die Information, Beratung und Orientierung der Anfragenden;
2. die Einschätzung der Lebenssituation des Kindes, um den daraus resultierenden Hilfebedarf sowie eine mögliche Gefährdung des Kindes festzustellen;
3. die einvernehmliche Hilfeplanung mit dem Kind und seinen Erziehungsberechtigten;
4. die Beauftragung von Jugendhilfeanbietern, Dienstleistern und Pflegefamilien zur Umsetzung der vertraglich festgehaltenen Jugendhilfemaßnahmen;
5. die Koordination der vertraglich festgehaltenen Jugendhilfemaßnahmen;
6. die Durchführung von Bilanzgesprächen zur Überprüfung der Umsetzung des Jugendhilfevertrags;
7. die Zusammenarbeit mit dem Prokurator des Königs, dem Jugendrichter oder dem Jugendgericht in den in den Artikeln 35 bis 38 erwähnten Situationen.

Art. 23 – Aufgaben in der gerichtlichen Jugendhilfe und im Jugendschutz

Die Aufgaben des Fachbereichs im Rahmen der gerichtlichen Jugendhilfe und im Rahmen des Jugendschutzes umfassen insbesondere:

1. die Durchführung von Sozialuntersuchungen im Auftrag des Prokurators des Königs, des Jugendrichters oder des Jugendgerichts;
2. die Beauftragung von Jugendhilfe- und Jugendschutzanbietern, Dienstleistern und Pflegefamilien zur Umsetzung der durch den Jugendrichter oder das Jugendgericht angeordneten Jugendhilfe- und Jugendschutzmaßnahmen;
3. die Organisation, Überprüfung und Koordination der angeordneten Jugendhilfe- und Jugendschutzmaßnahmen;
4. die Durchführung von Bilanzgesprächen zur Überprüfung der Umsetzung der angeordneten Jugendhilfe- und Jugendschutzmaßnahmen;
5. die Berichterstattung an den Prokurator des Königs, den Jugendrichter oder das Jugendgericht über die Umsetzung der angeordneten Jugendhilfe- und Jugendschutzmaßnahmen;
6. die in den Artikeln 42 Absatz 1 Nummer 7, 78 Absatz 1 Nummer 4 und 83 §3 Absatz 1 erwähnte Aufsicht über das Kind oder den Jugendlichen;
7. die Durchführung der in den Artikeln 57 und 76 erwähnten Vermittlungen im Auftrag des Prokurators des Königs, des Jugendrichters oder des Jugendgerichts;
8. die Begleitung und Überprüfung der in den Artikeln 43, 59 und 79 erwähnten Auflagen im Auftrag des Prokurators des Königs, des Jugendrichters oder des Jugendgerichts;
9. die Begleitung der in den Artikel 58 und 77 erwähnten Projekte im Auftrag des Prokurators des Königs, des Jugendrichters oder des Jugendgerichts.

Art. 24 – Spezifische Aufgaben im Rahmen der Pflegschaft

Die spezifischen Aufgaben des Fachbereichs im Rahmen der Pflegschaft umfassen insbesondere:

1. die Veröffentlichung von Informationen zu Pflegschaften im deutschen Sprachgebiet;
2. die Anwerbung, die Vorbereitung und die Schulung der Pflegefamilienkandidaten;
3. die Erstellung von Gutachten zur Anerkennung der Pflegefamilienkandidaten;
4. die Organisation der teilstationären und stationären Begleitung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen in Pflegefamilien im Rahmen der Jugendhilfe oder des Jugendschutzes oder im Auftrag der ZBGA;
5. die Organisation und die Begleitung der Kontakte zwischen den Pflegekindern und ihren Erziehungsberechtigten;
6. die Begleitung, die Beratung und die Unterstützung der Pflegefamilien sowie der Pflegekinder während der Dauer der Pflegschaft;

7. die Organisation und die Durchführung von Weiterbildungsangeboten für Pflegefamilien;
8. die regelmäßige Berichterstattung über die Entwicklung des Kindes in der Pflegefamilie.

Abschnitt 3 - Territoriale Zuständigkeit des Fachbereichs

Art. 25 – Territoriale Zuständigkeit in der einvernehmlichen Jugendhilfe

§1 - Unbeschadet der auf Ersuchen einer anderen Behörde geleisteten Amtshilfe ist der Fachbereich im Rahmen der einvernehmlichen Jugendhilfe territorial zuständig, wenn die Erziehungsberechtigten des Kindes ihren Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet haben oder, bei gemeinsamer Ausübung der elterlichen Autorität durch getrennte Personen, wenn die Person, bei der das Kind seinen gewöhnlichen Aufenthaltsort hat, ihren Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet hat.

Bei einer alternierenden Beherbergung der Erziehungsberechtigten ist der Fachbereich im Rahmen der einvernehmlichen Jugendhilfe territorial zuständig, wenn das Kind seinen Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet hat.

Haben die Erziehungsberechtigten keinen Wohnsitz in Belgien und ist ihr Wohnsitz unbekannt oder ungewiss, ist der Fachbereich im Rahmen der einvernehmlichen Jugendhilfe territorial zuständig, wenn das Kind seinen gewöhnlichen Lebensort im deutschen Sprachgebiet hat.

§2 - Verfügt der Fachbereich im Rahmen der einvernehmlichen Jugendhilfe aufgrund eines Wohnsitzwechsels nicht mehr über die territoriale Zuständigkeit und ist eine weitere Intervention erforderlich, kontaktiert er unmittelbar die durch den Wohnsitzwechsel zuständig gewordene Behörde und übermittelt ihr die zweckdienlichen Informationen. Der Fachbereich kann im Rahmen der einvernehmlichen Jugendhilfe während einer Übergangszeit von höchstens sechs Monaten ab Übermittlung der Informationen seine Intervention fortführen. In diesem Rahmen können laufende Jugendhilfemaßnahmen fortgeführt werden.

In Abweichung von Absatz 1 kann der Fachbereich im Einvernehmen mit der durch den Wohnsitzwechsel zuständig gewordenen Behörde seine Intervention nach Ablauf der in Absatz 1 erwähnten Übergangszeit fortführen, wenn die Kontinuität dieser Intervention zum Schutz der Integrität des Kindes erforderlich ist. In diesem Rahmen können laufende Jugendhilfemaßnahmen verlängert und neue Jugendhilfemaßnahmen vereinbart werden.

Zu diesem Zweck schließt die Regierung Zusammenarbeitsabkommen mit den betroffenen Instanzen ab.

Art. 26 – Territoriale Zuständigkeit in der gerichtlichen Jugendhilfe und im Jugendschutz

Unbeschadet der auf Ersuchen einer anderen Behörde geleisteten Amtshilfe entspricht die territoriale Zuständigkeit des Fachbereichs im Rahmen der gerichtlichen Jugendhilfe und des Jugendschutzes der territorialen Zuständigkeit des Jugendrichters und des Jugendgerichts des Gerichtsbezirks Eupen.

Abschnitt 1 – Anwendungsbereich

Art. 27 – Spezifischer Anwendungsbereich

Vorliegendes Kapitel ist anwendbar auf:

1. Kinder, deren Integrität, gesunde Entwicklung, Erziehung oder soziale Teilhabe durch ihr eigenes Verhalten, das Verhalten ihrer Erziehungsberechtigten, das Verhalten von Drittpersonen, ihre Lebensumstände, Beziehungskonflikte oder durch besondere Ereignisse gefährdet ist;
2. Erziehungsberechtigte, die Schwierigkeiten haben, die Integrität, die gesunde Entwicklung, die Erziehung oder die soziale Teilhabe ihres Kindes zu gewährleisten;
3. junge Erwachsene, die beim Übergang in die eigenständige Lebensführung Unterstützung benötigen;
4. Jugendhilfeanbieter, Dienstleister und Pflegefamilie, die mit der Umsetzung von Jugendhilfemaßnahmen beauftragt sind;
5. den Prokurator des Königs, den Jugendrichter oder das Jugendgericht, die Jugendhilfemaßnahmen anordnen.

Abschnitt 2 – Einvernehmliche Jugendhilfe

Unterabschnitt 1 - Verfahren

Art. 28 – Anfragen und Beratungen

Jede natürliche oder juristische Person kann im Rahmen der einvernehmlichen Jugendhilfe Anfragen an den Fachbereich stellen.

Der Fachbereich informiert und berät die Anfragenden oder orientiert sie an die Dienstleister weiter, die eine geeignete Hilfe anbieten können.

Der Fachbereich kann Jugendhilfeanbieter sowie Dienstleister mit der Information und Beratung beauftragen.

Die Regierung legt die Modalitäten der Anfragen sowie die Modalitäten und das Verfahren der Beratung fest.

Art. 29 – Einschätzung der Lebenssituation

§1 – Geht aus der Anfrage oder der Beratung hervor, dass eine Intervention des Fachbereichs möglicherweise erforderlich ist, schätzt der Fachbereich die Lebenssituation des Kindes ein, um den daraus resultierenden Hilfebedarf sowie eine mögliche Gefährdung des Kindes festzustellen.

Zu diesem Zweck organisiert der Fachbereich ein oder mehrere Treffen mit dem Kind und seinen Erziehungsberechtigten, bei denen auch andere verwandte oder vertraute Personen des Kindes einbezogen werden können.

Im Einvernehmen mit den Erziehungsberechtigten des Kindes kann der Fachbereich bereits intervenierende Dienstleister und Akteure aus den anderen Lebensbereichen des Kindes in die Einschätzung einbeziehen.

Zusätzlich zu den in Absatz 2 erwähnten Treffen kann ein getrenntes Gespräch mit dem Kind oder seinen Erziehungsberechtigten geführt werden.

§2 – Geht aus der Einschätzung hervor, dass ein Hilfebedarf und eine Gefährdung des Kindes bestehen, wird unter Berücksichtigung der Meinung des Kindes und im Einvernehmen mit seinen Erziehungsberechtigten die weitere Hilfe geplant.

Art. 30 – Hilfeplanung und Jugendhilfevertrag

§1 - Bei der in Artikel 29 §2 erwähnten Hilfeplanung werden der Bedarf, die erforderlichen Jugendhilfemaßnahmen, deren Zielsetzung, deren Dauer und die in Artikel 110 erwähnte Kostenbeteiligung besprochen.

Das einvernehmliche Ergebnis der Hilfeplanung wird schriftlich in einem Jugendhilfevertrag festgehalten.

Zusätzlich zu den in Absatz 1 erwähnten Angaben enthält der Jugendhilfevertrag Angaben über:

1. die in Kapitel 9 und Kapitel 10 beschriebenen Regelungen über das Berufsgeheimnis und den Datenschutz;
2. die in Artikel 115 festgelegten Beschwerdemöglichkeiten.

Die Regierung kann weitere Inhalte des Jugendhilfevertrags festlegen, insofern diese zu einer Erhöhung der Qualität der Jugendhilfe beitragen können.

§2 – Der Jugendhilfevertrag wird von dem betroffenen Kind, das das erforderliche Urteilsvermögen besitzt, seinen Erziehungsberechtigten, dem Fachbereich sowie den Jugendhilfeanbietern und Dienstleistern, die mit der Umsetzung der Jugendhilfemaßnahme beauftragt sind, unterzeichnet.

In Abweichung von Absatz 1 ist die Unterzeichnung des Jugendhilfevertrags durch einen Erziehungsberechtigten ausreichend, insofern eine oder mehrere der folgenden Bedingungen erfüllt sind:

1. die Unterzeichnung durch den anderen Erziehungsberechtigten ist aufgrund seines beeinträchtigten Gesundheitszustandes oder seines unbekannten Wohnsitzes nicht möglich;
2. der andere Erziehungsberechtigte zeigt ein offensichtliches Desinteresse an dem Kind;
3. die Jugendhilfemaßnahme ist zugunsten des unterzeichnenden Erziehungsberechtigten vereinbart worden und betrifft ausschließlich diesen.

Sind eine oder mehrere der in Absatz 2 erwähnten Bedingungen erfüllt, begründet der Fachbereich dies schriftlich und fügt das entsprechende Schriftstück dem Jugendhilfevertrag bei.

Die Regierung kann die in Absatz 2 erwähnten Bedingungen präzisieren.

§3 - Der Fachbereich übermittelt den Vertragsparteien eine Ausfertigung des Jugendhilfevertrags.

Art. 31 – Umsetzung der einvernehmlichen Jugendhilfemaßnahmen

Im Rahmen der einvernehmlichen Jugendhilfe kann der Fachbereich Jugendhilfeanbieter, Dienstleister und Pflegefamilien mit der Umsetzung von Jugendhilfemaßnahmen beauftragen.

Die gemäß Absatz 1 beauftragten Jugendhilfeanbieter, Dienstleister und Pflegefamilien erhalten vom Fachbereich alle zur Ausübung des Auftrags zweckdienlichen Informationen.

Art. 32 – Koordination durch den Fachbereich

Der Fachbereich koordiniert die gemäß Artikel 30 vertraglich festgehaltenen Jugendhilfemaßnahmen. Zu diesem Zweck kann er Koordinationsversammlungen organisieren, zu denen ebenfalls andere Dienstleister, die mit dem betroffenen Kind und seinen Erziehungsberechtigten arbeiten, eingeladen werden können.

Der Fachbereich kann Jugendhilfeanbieter und Dienstleister mit der Koordination beauftragen.

Die Regierung kann weitere Modalitäten zur Durchführung der Koordination festlegen.

Art. 33 – Bilanzgespräch

Spätestens sechs Monate nach Unterzeichnung des in Artikel 30 §1 Absatz 2 erwähnten Jugendhilfevertrags und anschließend mindestens alle weiteren sechs Monate organisiert der Fachbereich ein Bilanzgespräch mit den Vertragsparteien.

Das Bilanzgespräch dient dazu, die Umsetzung des Jugendhilfevertrags zu überprüfen und ihn gegebenenfalls an neue Umstände und Entwicklungen anzupassen.

In Abweichung von Absatz 1 organisiert der Fachbereich ein Bilanzgespräch mit den Vertragsparteien spätestens sechs Monate nach Unterzeichnung des Jugendhilfevertrags und anschließend mindestens alle weiteren zwölf Monate:

1. bei Jugendhilfemaßnahmen, die mindestens für eine Dauer von zwei Jahren festgelegt wurden;
2. wenn der Fachbereich nach Rücksprache mit den Vertragsparteien keinen früheren Bedarf an Bilanzgesprächen feststellt.

Art. 34 – Klärungsgespräch

Stellt der Fachbereich im Rahmen der in Artikel 29 §1 Absatz 1 erwähnten Einschätzung oder im Laufe seiner weiteren Intervention fest, dass eine mögliche Gefährdung des Kindes besteht, und verweigern die Erziehungsberechtigten oder das Kind die Zusammenarbeit im Rahmen der einvernehmlichen Jugendhilfe oder erscheint eine Zusammenarbeit mit den Erziehungsberechtigten oder dem Kind nicht möglich, teilt der Fachbereich dem Kind und seinen Erziehungsberechtigten schriftlich mit, dass er beabsichtigt, eine Befassung des Jugendrichters oder des Jugendgerichts beim Gericht erster Instanz über den Prokurator des Königs zu beantragen, dass sie jedoch zuvor ein Klärungsgespräch beantragen können.

Ziel des Klärungsgesprächs ist es, mithilfe eines Mediators eine Vereinbarung zu den Modalitäten der weiteren Zusammenarbeit zu treffen. Der Mediator wird von der Regierung bestellt und ist durch die Föderale Vermittlungskommission für die Vermittlung in Familiensachen anerkannt.

Die Regierung legt die Modalitäten des Antrags und des Klärungsgesprächs fest.

Unterabschnitt 2 – Einbeziehung des Prokurators des Königs, des Jugendrichters oder des Jugendgerichts

Art. 35 – Antrag auf Befassung des Jugendrichters oder des Jugendgerichts

§1 – Wurde kein Klärungsgespräch beantragt, scheitert das Klärungsgespräch oder werden die in der Vereinbarung aufgeführten Modalitäten der weiteren Zusammenarbeit nicht eingehalten und geht der Fachbereich weiterhin von einer möglichen Gefährdung des Kindes aus, beantragt er beim Prokurator des Königs eine Befassung des Jugendrichters oder des Jugendgerichts.

§2 – Stellt der Fachbereich im Rahmen der in Artikel 29 §1 Absatz 1 erwähnten Einschätzung oder im Laufe seiner weiteren Intervention fest, dass eine akute Gefährdung des Kindes besteht, beantragt er unmittelbar beim Prokurator des Königs eine Befassung des Jugendrichters oder des Jugendgerichts. Hierbei entfällt die Möglichkeit, ein Klärungsgespräch zu beantragen.

§3 – Teilt der Prokurator des Königs die in §1 erwähnte Feststellung des Fachbereichs bezüglich der Gefährdung des Kindes oder die in §2 erwähnte Feststellung des Fachbereichs bezüglich der akuten Gefährdung des Kindes und erscheint eine Jugendhilfemaßnahme zum Schutz der Integrität dieses Kindes erforderlich, befasst er unmittelbar den Jugendrichter oder das Jugendgericht.

Teilt der Prokurator des Königs nicht die in Absatz 1 erwähnte Feststellung des Fachbereichs bezüglich der Gefährdung oder der akuten Gefährdung des Kindes, stellt er die Jugendhilfeakte ohne Befassung des Jugendrichters ein und teilt diese Entscheidung dem Fachbereich mit.

Art. 36 – Antrag auf unmittelbare Entscheidung des Jugendrichters oder des Jugendgerichts

Erachtet der Fachbereich eine unmittelbare Entscheidung über eine oder mehrere Jugendhilfemaßnahmen zum Schutz der Integrität des Kindes trotz fehlendem Einverständnis seiner Erziehungsberechtigten als erforderlich, erkennt der Jugendrichter oder das Jugendgericht über die Anträge des Fachbereichs.

Teilt der Jugendrichter oder das Jugendgericht die Meinung des Fachbereichs, kann er einmalig Jugendhilfemaßnahmen für die Dauer von höchstens einem Jahr anordnen. Die einvernehmliche Jugendhilfe wird in diesem Fall fortgeführt.

Auf einen mit Gründen versehenen Antrag des Fachbereichs kann der Jugendrichter oder das Jugendgericht die in Absatz 2 erwähnte Dauer einmalig für eine Dauer von höchstens einem Jahr verlängern.

Teilt der Jugendrichter oder das Jugendgericht nicht die Meinung des Fachbereichs, erklärt er den Antrag des Fachbereichs für unbegründet.

Art. 37 – Jugendhilfemaßnahmen des Prokurators des Königs bei Gefahr im Verzug

Bei Gefahr im Verzug kann der Prokurator des Königs eine Jugendhilfemaßnahme zum Schutz der Integrität des betroffenen Kindes für die Dauer von höchstens fünf Arbeitstagen anordnen, wenn diese nicht unmittelbar im Rahmen der einvernehmlichen Jugendhilfe umgesetzt werden kann.

Der Prokurator des Königs beauftragt den Fachbereich, innerhalb der in Absatz 1 erwähnten Dauer gemeinsam mit dem von der Jugendhilfemaßnahme betroffenen Kind und seinen Erziehungsberechtigten zu prüfen, ob eine einvernehmliche Jugendhilfe möglich ist.

Geht aus der Prüfung hervor, dass eine einvernehmliche Jugendhilfe möglich ist, plant der Fachbereich gemäß Artikel 30 unter Berücksichtigung der Meinung des Kindes und im Einvernehmen mit seinen Erziehungsberechtigten die weitere Hilfe.

Geht aus der Prüfung hervor, dass keine einvernehmliche Jugendhilfe möglich ist, befasst der Prokurator des Königs den Jugendrichter oder das Jugendgericht.

Auf Ersuchen des Kindes, das das erforderliche Urteilsvermögen besitzt oder mindestens zwölf Jahre alt ist, oder der Erziehungsberechtigten erkennt das Jugendgericht über Einsprüche gegen die gemäß Absatz 1 angeordneten Jugendhilfemaßnahmen.

Abschnitt 3 – Gerichtliche Jugendhilfe

Unterabschnitt 1 – Verfahren

Art. 38 – Befassung des Jugendrichters und des Jugendgerichts

§1 - Der Jugendrichter oder das Jugendgericht erkennt über die Anträge des Prokurators des Königs mit Bezug auf die Gefährdung des Kindes, um Jugendhilfemaßnahmen anzuordnen oder zu bestätigen:

1. in den in Artikel 35 §3 Absatz 1 und Artikel 37 Absatz 4 erwähnten Fällen;
2. wenn ausreichend Hinweise für eine akute Gefährdung vorliegen, eine vorläufige Jugendhilfemaßnahme zum Schutz der Integrität des Kindes dringend erforderlich erscheint und diese nicht unmittelbar im Rahmen der einvernehmlichen Jugendhilfe umgesetzt werden kann;
3. wenn begründeter Verdacht auf eine Straftat eines Volljährigen oder eines Minderjährigen aus dem gleichen Haushalt an einem Kind besteht und eine Jugendhilfemaßnahme zum Schutz dieses Kindes erforderlich erscheint;
4. wenn das Jugendgericht im Rahmen des vorliegenden Dekrets bereits mit einer Situation befasst wurde und eine Jugendhilfemaßnahme für dasselbe Kind, seine Geschwister oder die gemäß Artikel 387sexiesdecies des früheren Zivilgesetzbuchs definierten gleichgestellten Geschwister erforderlich erscheint;
5. in dem in Artikel 61 erwähnten Fall.

§2 - Die Dauer der gemäß §1 Nummer 2 angeordneten Jugendhilfemaßnahmen ist auf höchstens 30 Tage begrenzt.

Der Jugendrichter oder das Jugendgericht beauftragt den Fachbereich innerhalb der in Absatz 1 erwähnten Dauer mit dem von der Jugendhilfemaßnahme betroffenen Kind und seinen Erziehungsberechtigten zu prüfen, ob eine einvernehmliche Jugendhilfe möglich ist.

Geht aus der Prüfung hervor, dass eine einvernehmliche Jugendhilfe möglich ist, plant der Fachbereich gemäß Artikel 30 unter Berücksichtigung der Meinung des Kindes und im Einvernehmen mit seinen Erziehungsberechtigten die weitere Hilfe. Der Jugendrichter oder das Jugendgericht stellt das gerichtliche Jugendhilfverfahren nach entsprechender Mitteilung durch den Fachbereich ein.

Geht aus der Prüfung hervor, dass keine einvernehmliche Jugendhilfe möglich ist, kann der Jugendrichter oder das Jugendgericht Jugendhilfemaßnahmen anordnen oder bestätigen.

§3 - In den in §1 Nummern 1, 3, 4 und 5 sowie in den in §2 Absatz 4 erwähnten Fällen kann der Jugendrichter Jugendhilfemaßnahmen vor der Entscheidung zum Grunde als vorläufige Jugendhilfemaßnahmen anordnen. Die Gesamtdauer aller vorläufigen Jugendhilfemaßnahmen beträgt höchstens ein Jahr.

Art. 39 – Untersuchung und Einschätzung

§1 - Um eine der Situation angemessene Entscheidung treffen zu können, kann der Jugendrichter oder das Jugendgericht den Fachbereich im Rahmen der gerichtlichen Jugendhilfe mit der Durchführung einer Sozialuntersuchung beauftragen. Der Fachbereich untersucht eine mögliche Gefährdung des Kindes, berichtet über die Situation auf Grundlage der in Artikel 12 §1 erwähnten Faktoren und schlägt geeignete Jugendhilfemaßnahmen vor.

Zu diesem Zweck organisiert der Fachbereich ein oder mehrere Treffen mit dem Kind und seinen Erziehungsberechtigten, bei denen auch andere verwandte oder vertraute Personen des Kindes einbezogen werden können.

Im Einvernehmen mit den Erziehungsberechtigten des Kindes oder auf Anordnung des Jugendrichters oder des Jugendgerichts kann der Fachbereich bereits intervenierende Dienstleister und Akteure aus den anderen Lebensbereichen des Kindes in die Sozialuntersuchung einbeziehen.

Zusätzlich zu den in Absatz 2 erwähnten Treffen kann ein getrenntes Gespräch mit dem Kind oder seinen Erziehungsberechtigten geführt werden.

§2 – Der Fachbereich führt die Sozialuntersuchung innerhalb der vom Jugendrichter oder vom Jugendgericht festgelegten Frist durch. Die Dauer dieser Frist beträgt höchstens 90 Tage.

§3 – Der Jugendrichter oder das Jugendgericht kann den Fachbereich im Rahmen der gerichtlichen Jugendhilfe ermächtigen, eine psychologische oder medizinische Untersuchung des Jugendlichen in Auftrag zu geben, um herauszufinden, welche Jugendhilfemaßnahmen für seine Behandlung geeignet sind.

§4 – Der Jugendrichter oder das Jugendgericht kann den Fachbereich im Rahmen der gerichtlichen Jugendhilfe ermächtigen, eine Einschätzung der Erziehungskompetenzen der Erziehungsberechtigten in Auftrag zu geben, um herauszufinden, welche Jugendhilfemaßnahmen geeignet sind, um sie in ihrer Erziehungsfunktion zu unterstützen.

§5 – Wird eine in §1 oder §3 erwähnte Untersuchung oder eine in §4 erwähnte Einschätzung in Auftrag gegeben, ändert oder trifft der Jugendrichter oder das Jugendgericht die Entscheidung, außer im Falle absoluter Notwendigkeit und unbeschadet der Artikel 42 Absatz 2, 44 Absatz 2 und 45 Absatz 2, erst, wenn er diese Untersuchung oder Einschätzung zur Kenntnis genommen hat.

Wurde vor Eingang der Untersuchung oder Einschätzung eine Jugendhilfemaßnahme angeordnet, überprüft der Jugendrichter oder das Jugendgericht die Angemessenheit dieser Jugendhilfemaßnahme nach Eingang der Untersuchung oder Einschätzung.

Art. 40 – Umsetzung und Koordination der gerichtlichen Jugendhilfemaßnahmen

§1 - Der Jugendrichter oder das Jugendgericht beauftragt Jugendhilfeanbieter und Dienstleister mit der Umsetzung der gerichtlichen Jugendhilfemaßnahmen.

In Abweichung von Absatz 1 kann der Jugendrichter oder das Jugendgericht den Fachbereich im Rahmen der gerichtlichen Jugendhilfe ermächtigen, Jugendhilfeanbieter, Dienstleister und Pflegefamilien mit der Umsetzung bestimmter Jugendhilfemaßnahmen zu beauftragen.

§2 - Der Jugendrichter oder das Jugendgericht beauftragt den Fachbereich im Rahmen der gerichtlichen Jugendhilfe mit der Organisation und Überprüfung der in §1 erwähnten Umsetzung sowie mit der Koordination der gerichtlichen Jugendhilfemaßnahmen.

Zu diesem Zweck kann der Fachbereich einen Vertrag mit den in §1 erwähnten Jugendhilfeanbietern, Dienstleistern und Pflegefamilien und gegebenenfalls mit dem von der Jugendhilfemaßnahme betroffenen Kind, das das erforderliche Urteilsvermögen besitzt, sowie seinen Erziehungsberechtigten abschließen.

Unter Berücksichtigung der gerichtlichen Entscheidung enthält der Vertrag Angaben über:

1. die Modalitäten der Jugendhilfemaßnahmen;
2. die in Kapitel 9 und Kapitel 10 beschriebenen Regelungen über das Berufsgeheimnis und den Datenschutz;
3. die in Artikel 115 festgelegten Beschwerdemöglichkeiten.

Der Fachbereich kann Jugendhilfeanbieter und Dienstleister mit der in Absatz 1 erwähnten Koordination beauftragen.

Die Regierung kann weitere Inhalte des Vertrags festlegen, insofern diese zu einer Erhöhung der Qualität der Jugendhilfe beitragen können.

Art. 41 – Bilanzgespräch und Bericht

§1 - Spätestens vier Monate nach der Urteilsverkündung beziehungsweise der Beschlussfassung und anschließend mindestens alle weiteren sechs Monate organisiert der Fachbereich ein Bilanzgespräch mit dem von der gerichtlichen Jugendhilfemaßnahme betroffenen Kind, das das erforderliche Urteilsvermögen besitzt oder mindestens zwölf Jahre alt ist, seinen Erziehungsberechtigten und den Jugendhilfeanbietern, Dienstleistern und Pflegefamilien, die die gerichtliche Jugendhilfemaßnahme umsetzen.

Erscheint es angemessen oder ist es zum Schutz der Integrität des Kindes erforderlich, können jeweils getrennte Bilanzgespräche mit den in Absatz 1 erwähnten natürlichen und juristischen Personen geführt werden.

In Abweichung von Absatz 1 organisiert der Fachbereich ein Bilanzgespräch mit dem von der gerichtlichen Jugendhilfemaßnahme betroffenen Kind, das das erforderliche Urteilsvermögen besitzt oder mindestens zwölf Jahre alt ist, seinen Erziehungsberechtigten und den Jugendhilfeanbietern, Dienstleistern und Pflegefamilien, die die gerichtliche Jugendhilfemaßnahme umsetzen, spätestens vier Monate nach der Urteilsverkündung beziehungsweise der Beschlussfassung und anschließend mindestens alle weiteren zwölf Monate:

1. bei gerichtlichen Jugendhilfemaßnahmen, die für eine Dauer von zwei Jahren angeordnet wurden;

2. wenn der Fachbereich nach Rücksprache mit den in Absatz 1 erwähnten natürlichen und juristischen Personen sowie dem Jugendrichter oder dem Jugendgericht keinen früheren Bedarf an Bilanzgesprächen feststellt.

Das Bilanzgespräch dient dazu, die Umsetzung der gerichtlichen Jugendhilfemaßnahmen zu überprüfen und gegebenenfalls neuen Umständen und Entwicklungen Rechnung zu tragen. Zu diesem Zweck kann der Fachbereich dem Jugendrichter oder dem Jugendgericht in dem in §2 erwähnten Bericht Folgendes vorschlagen:

1. eine Abänderung der Jugendhilfemaßnahmen;
2. zusätzliche Jugendhilfemaßnahmen;
3. eine Aufhebung der Jugendhilfemaßnahmen.

§2 - Auf Anfrage des Jugendrichters oder des Jugendgerichts und spätestens 30 Tage vor einer Jugendgerichtssitzung erstellt der Fachbereich einen Bericht über die Umsetzung der Maßnahme.

Unterabschnitt 2 – Gerichtliche Jugendhilfemaßnahmen

Art. 42 – Ambulante Begleitung und Betreuung

Der Jugendrichter oder das Jugendgericht kann eine oder mehrere der folgenden ambulanten Begleit- und Betreuungsmaßnahmen für das Kind und seine Erziehungsberechtigten anordnen:

1. eine Erziehungsbegleitung;
2. eine sozialpädagogische Begleitung;
3. eine therapeutische Begleitung;
4. eine Familienbegleitung;
5. begleitete Besuchskontakte;
6. eine psychologische, soziale oder pädagogische Beratung;
7. eine Aufsicht über das Kind;
8. eine ambulante Begleitung in einem psychologischen oder psychiatrischen Dienst, einem Dienst für Sexualerziehung oder einem für Suchtproblematiken fachkundigen Dienst;
9. andere der Situation angemessene ambulante Begleit- und Betreuungsformen.

Die in Absatz 1 Nummer 8 erwähnte ambulante Begleitung des Kindes in einem psychiatrischen Dienst wird innerhalb von 30 Tagen ab ihrer Anordnung durch eine in Artikel 39 §3 erwähnte psychologische oder medizinische Untersuchung, die die Erforderlichkeit dieser Begleitung feststellt, bestätigt. In Ermangelung einer solchen Bestätigung hebt der Jugendrichter oder das Jugendgericht die angeordnete Jugendhilfemaßnahme auf oder ersetzt sie durch eine andere Jugendhilfemaßnahme.

Der Jugendrichter oder das Jugendgericht legt das Ziel der ambulanten Begleit- und Betreuungsmaßnahmen fest.

Art. 43 – Verbleib am gewöhnlichen Lebensort unter Auflagen

Insofern das Kind das erforderliche Urteilsvermögen besitzt oder mindestens zwölf Jahre alt ist, kann der Jugendrichter oder das Jugendgericht für eine Dauer von höchstens sechs Monaten den Verbleib des Kindes an seinem gewöhnlichen Lebensort an eine oder mehrere der folgenden Auflagen knüpfen:

1. regelmäßig dem Schulunterricht folgen;
2. an einem Programm zur Wiedereingliederung in den Schulalltag teilnehmen;
3. einer Ausbildung folgen;

4. an einer oder mehreren begleiteten sportlichen, sozialen oder kulturellen Aktivitäten teilnehmen;
5. an einer Trainingsmaßnahme zur Stärkung der Sozialkompetenzen teilnehmen;
6. andere der Situation angemessene punktuelle Auflagen und Verbote einhalten.

Der Jugendrichter oder das Jugendgericht legt das Ziel der Auflagen fest.

Art. 44 – Teilstationäre Behandlung, Begleitung und Betreuung

Der Jugendrichter oder das Jugendgericht kann eine der folgenden teilstationären Behandlungs-, Begleit- oder Betreuungsmaßnahmen für das Kind anordnen:

1. eine Teilzeitpflege;
2. einen Internatsaufenthalt;
3. andere der Situation angemessene teilstationäre Behandlungs-, Begleit- oder Betreuungsformen.

Die in Absatz 1 Nummer 3 erwähnte Behandlung des Kindes in einer der Situation angemessenen teilstationären Behandlungsform wird innerhalb von 30 Tagen ab ihrer Anordnung durch eine in Artikel 39 §3 erwähnte psychologische oder medizinische Untersuchung, die die Erforderlichkeit dieser Behandlung feststellt, bestätigt. In Ermangelung einer solchen Bestätigung hebt der Jugendrichter oder das Jugendgericht die angeordnete Jugendhilfemaßnahme auf oder ersetzt sie durch eine andere Jugendhilfemaßnahme.

Der Jugendrichter oder das Jugendgericht legt das Ziel der teilstationären Behandlungs-, Begleit- oder Betreuungsmaßnahmen fest.

Art. 45 – Stationäre Behandlung und Betreuung

Der Jugendrichter oder das Jugendgericht kann eine der folgenden stationären Behandlungs- oder Betreuungsmaßnahmen für das Kind anordnen:

1. eine Betreuung durch eine verwandte oder vertraute Person, die sich innerhalb von sechs Monaten zur Teilnahme an der in Artikel 103 erwähnten Pflegschaftsvorbereitung einschreiben muss;
2. eine Bereitschafts- oder Langzeitpflege;
3. eine psychologische oder psychiatrische Diagnostik;
4. eine Behandlung oder Betreuung in einer offenen Einrichtung oder einer anderen der Situation angemessenen offenen stationären Behandlungs- oder Betreuungsform;
5. insofern das Kind mindestens 14 Jahre alt ist, eine Behandlung oder Betreuung in einer geschlossenen Einrichtung oder einer anderen der Situation angemessenen geschlossenen stationären Behandlungs- oder Betreuungsform.

Schreiben die in Absatz 1 Nummer 1 erwähnten Personen sich nicht innerhalb von sechs Monaten zur Teilnahme an der Pflegschaftsvorbereitung ein oder wurden sie nicht gemäß Artikel 94 als Pflegefamilie anerkannt, hebt der Jugendrichter oder das Jugendgericht die Betreuung gemäß Artikel 48 auf oder ersetzt sie durch eine andere Jugendhilfemaßnahme.

Ordnet der Jugendrichter oder das Jugendgericht eine stationäre Behandlungs- oder Betreuungsmaßnahme des Kindes an, begründet er diese Entscheidung gemäß Artikel 5 §2 Absatz 1.

Die in Absatz 1 Nummern 4 und 5 erwähnte Behandlung des Kindes in einer Einrichtung oder einer anderen der Situation angemessenen stationären Behandlungsform wird innerhalb von 30 Tagen ab ihrer Anordnung durch eine in Artikel 39 §3 erwähnte psychologische oder medizinische Untersuchung, die die Erforderlichkeit dieser Behandlung feststellt,

bestätigt. In Ermangelung einer solchen Bestätigung hebt der Jugendrichter oder das Jugendgericht die angeordnete Jugendhilfemaßnahme auf oder ersetzt sie durch eine andere Jugendhilfemaßnahme.

Der Jugendrichter oder das Jugendgericht legt das Ziel der stationären Behandlungs- oder Betreuungsmaßnahmen fest.

Art. 46 – Beherbergung durch einen Erziehungsberechtigten

Der Jugendrichter oder das Jugendgericht kann den Aufenthalt des Kindes bei nur einem Erziehungsberechtigten anordnen.

Art. 47 – Kumulierung der Jugendhilfemaßnahmen

Der Jugendrichter oder das Jugendgericht kann mehrere Jugendhilfemaßnahmen gleichzeitig anordnen. Diese Kumulierung wird ausdrücklich begründet.

Art. 48 – Abänderung der Jugendhilfemaßnahmen

Das Jugendgericht kann die Maßnahmen jederzeit von Amts wegen oder auf Ersuchen des Fachbereichs, des Prokurators des Königs, des Kindes, der Erziehungsberechtigten oder der gemäß Artikel 40 §1 Absatz 2 beauftragten Pflegefamilie abändern, aufheben oder durch eine andere Jugendhilfemaßnahme ersetzen.

Das in Absatz 1 erwähnte Ersuchen des Kindes, der Erziehungsberechtigten oder der Pflegefamilie kann frühestens nach Verstreichen eines Jahres ab dem Tag, an dem die Entscheidung zur Anordnung der Jugendhilfemaßnahme endgültig geworden ist, beim Jugendgericht eingereicht werden. Wird ein solches Ersuchen abgewiesen, kann ein neues Ersuchen frühestens nach Verstreichen eines Jahres ab dem Tag, an dem die Abweisungsentscheidung zum vorigen Ersuchen endgültig geworden ist, eingereicht werden.

Art. 49 – Dauer der Jugendhilfemaßnahmen

Der Jugendrichter oder das Jugendgericht bestimmt die Dauer jeder angeordneten Jugendhilfemaßnahme.

Unbeschadet anderer im vorliegenden Dekret vorgesehenen Höchstdauern beträgt die in Absatz 1 erwähnte Dauer höchstens zwei Jahre.

Abschnitt 3 - Verlängerung der Begleitung bei Erreichen der Volljährigkeit

Art. 50 – Verlängerungsantrag

§1 – Das Kind, das vor dem Alter von 18 Jahren durch den Fachbereich begleitet wird, kann eine Verlängerung dieser Begleitung bis zu einem Alter von höchstens 21 Jahren beantragen. In diesem Rahmen können laufende Jugendhilfemaßnahmen verlängert und neue Jugendhilfemaßnahmen vereinbart werden.

Die Verlängerung hat zum Ziel, jungen Erwachsenen in einer Übergangsphase Hilfe für die Persönlichkeitsentwicklung oder für das Erreichen einer eigenverantwortlichen Lebensführung zu gewähren.

§2 – Zu diesem Zweck richtet das Kind einen schriftlichen Antrag an den Fachbereich, in dem es die Gründe und die Dauer der beantragten Verlängerung aufführt.

Der Verlängerungsantrag wird spätestens einen Monat vor dem Alter von 18 Jahren eingereicht.

§3 – Die Regierung legt das weitere Verfahren des Verlängerungsantrags fest.

Art. 51 – Bilanz der Verlängerung

Während der Verlängerung bleibt der Fachbereich für die regelmäßige Überprüfung der Jugendhilfemaßnahme zuständig.

Spätestens einen Monat vor Ablauf der Verlängerung oder mindestens einmal jährlich organisiert der Fachbereich ein Bilanzgespräch mit dem jungen Erwachsenen und mit den mit der Umsetzung der Jugendhilfemaßnahme beauftragten Jugendhilfeanbieter, Dienstleister und Pflegefamilien.

Das Bilanzgespräch dient dazu, die Umsetzung der Verlängerung zu überprüfen und sie gegebenenfalls an neue Umstände und Entwicklungen anzupassen.

Art. 52 – Erneuerung der Verlängerung

Wurde bereits eine Verlängerung genehmigt, kann sie auf einen mit Gründen versehenen Antrag bis zu dem in Artikel 50 §1 Absatz 1 erwähnte Höchstalter erneuert werden.

Die Regierung legt das weitere Verfahren zur Erneuerung der Verlängerung fest.

Art. 53 – Beendigung der Verlängerung

Die Verlängerung kann jederzeit durch den jungen Erwachsenen oder durch den Fachbereich beendet werden.

Die Regierung legt die Verfahren und Bedingungen zur Beendigung der Verlängerung fest.

KAPITEL 5 – JUGENDSCHUTZ

Abschnitt 1 – Allgemeine Bestimmungen

Art. 54 – Spezifischer Anwendungsbereich

Vorliegendes Kapitel ist anwendbar auf:

1. Jugendliche;
2. Erziehungsberechtigte der in Nummer 1 erwähnten Jugendlichen;
3. Jugendschutzanbieter, Dienstleister und Pflegefamilien, die mit der Umsetzung von Jugendschutzmaßnahmen beauftragt sind;
4. den Prokurator des Königs, den Jugendrichter oder das Jugendgericht, die Jugendschutzmaßnahmen vorschlagen und anordnen.

Für die Anwendung der Bestimmungen über das Verfahren des Gesetzes vom 8. April 1965 wird der tatverdächtige Jugendliche, der zum Zeitpunkt des Urteils über 18 Jahre alt ist, als minderjährig behandelt.

Abschnitt 2 – Behandlung der Sache durch die Staatsanwaltschaft

Art. 55 – Sozialuntersuchung

§1 – Um eine der Situation angemessene Entscheidung treffen zu können, kann der Prokurator des Königs den Fachbereich im Rahmen des Jugendschutzes mit der Durchführung einer Sozialuntersuchung beauftragen. Der Fachbereich berichtet über die Situation auf Grundlage der in Artikel 12 §2 erwähnten Faktoren und schlägt geeignete Jugendschutzmaßnahmen vor.

Zu diesem Zweck organisiert der Fachbereich ein oder mehrere Treffen mit dem Jugendlichen und seinen Erziehungsberechtigten, bei denen auch andere verwandte oder vertraute Personen des Jugendlichen einbezogen werden können.

Im Einvernehmen mit den Erziehungsberechtigten des Jugendlichen kann der Fachbereich bereits intervenierende Dienstleister und Akteure aus den anderen Lebensbereichen des Jugendlichen in die Sozialuntersuchung einbeziehen.

Zusätzlich zu den in Absatz 2 erwähnten Treffen kann ein getrenntes Gespräch mit dem Jugendlichen oder seinen Erziehungsberechtigten geführt werden.

§2 – Der Fachbereich führt die Sozialuntersuchung innerhalb der vom Prokurator des Königs festgelegten Frist durch. Die Dauer dieser Frist beträgt höchstens 90 Tage.

§3 – Gibt der Prokurator des Königs eine Sozialuntersuchung in Auftrag, trifft oder ändert er seine Entscheidung, außer im Falle absoluter Notwendigkeit, erst, wenn er diese Sozialuntersuchung zur Kenntnis genommen hat.

Art. 56 – Verwarnung

Der Prokurator des Königs kann dem tatverdächtigen Jugendlichen ein Verwarnungsschreiben übermitteln, in dem er angibt, dass er den Sachverhalt zur Kenntnis genommen hat, dass er der Ansicht ist, dass dieser Sachverhalt zu seinen Lasten feststeht, dass er jedoch beschlossen hat, das Strafverfahren aus bestimmten Gründen einzustellen.

Eine Abschrift des Verwarnungsschreibens wird den Erziehungsberechtigten des tatverdächtigen Jugendlichen übermittelt.

Der Prokurator des Königs kann den tatverdächtigen Jugendlichen und seine Erziehungsberechtigten vorladen, um sie auf ihre jeweiligen gesetzlichen Verpflichtungen und die Konsequenzen ihres Verhaltens hinzuweisen.

Art. 57 – Vermittlung

§1 – Der Prokurator des Königs prüft, ob eine Vermittlung durchführbar und angebracht ist.

Der Prokurator des Königs kann dem tatverdächtigen Jugendlichen, dem Opfer der Tat und ihren Erziehungsberechtigten vorschlagen, an einer Vermittlung teilzunehmen, wenn die folgenden Bedingungen erfüllt sind:

1. es besteht ein begründeter Tatverdacht;
2. es ist ein Opfer identifiziert worden;

3. der tatverdächtige Jugendliche bestreitet nicht die Verwicklung in den Sachverhalt.

Eine Vermittlung kann nur dann stattfinden, wenn die vom Vermittlungsvorschlag betroffenen Personen der Vermittlung, solange sie dauert, ausdrücklich und vorbehaltlos zustimmen.

Schlägt der Prokurator des Königs keine Vermittlung vor, begründet er diese Entscheidung spezifisch und teilt sie den Betroffenen mit. Außer in den in Artikel 49 Absatz 2 des Gesetzes vom 8. April 1965 erwähnten Fällen führt das Fehlen einer solchen Begründung dazu, dass das Jugendgericht unrechtmäßig mit der Sache befasst wird.

Schlägt der Prokurator des Königs eine Vermittlung vor, teilt er den vom Vermittlungsvorschlag betroffenen Personen schriftlich mit, dass:

1. sie das Recht haben, sich während des Vermittlungsverfahrens von einem Rechtsanwalt beistehen zu lassen;
2. sie eine Bedenkzeit von 15 Arbeitstagen ab Erhalt des Vermittlungsvorschlags haben, um diesen anzunehmen oder abzulehnen;
3. sie jederzeit ihre Zustimmung zur Vermittlung widerrufen können;
4. die Vermittlung beendet wird, insofern sie nicht innerhalb der in §5 erwähnten Fristen zu einer Vereinbarung führt.

§2 – Der Prokurator des Königs beauftragt den Fachbereich mit der Vermittlung, übermittelt ihm eine Abschrift des Vermittlungsvorschlags und teilt ihm die Identität der betroffenen Personen mit.

Der Prokurator des Königs kann den Fachbereich mit einer gemeinsamen Vermittlung beauftragen, insofern:

1. mehreren tatverdächtigen Jugendlichen für dieselbe Jugendstraftat eine Vermittlung vorgeschlagen wurde;
2. die begangene Jugendstraftat mit einer Straftat einhergeht, die mutmaßlich verübt wurde von einer oder mehreren Personen, die nicht Rechtsunterworfenen des Jugendgerichts sind und dem tatverdächtigen Jugendlichen und diesen Personen eine Vermittlung vorgeschlagen wurde.

§3 – Wenden sich die vom Vermittlungsvorschlag betroffenen Personen nicht innerhalb von acht Arbeitstagen nach Erhalt der in §2 Absatz 1 erwähnten Abschrift an den Fachbereich, nimmt dieser schriftlich Kontakt mit ihnen auf, um sie erneut auf die Möglichkeit einer Vermittlung hinzuweisen.

Stimmen die vom Vermittlungsvorschlag betroffenen Personen der Vermittlung nicht innerhalb von 15 Arbeitstagen ab Erhalt des Vermittlungsvorschlags ausdrücklich und vorbehaltlos zu, setzt der Fachbereich den Prokurator des Königs darüber in Kenntnis.

§4 – Spätestens zwei Monate nach seiner Beauftragung durch den Prokurator des Königs erstellt der Fachbereich einen Zwischenbericht über das Voranschreiten der Vermittlung und richtet ihn an den Prokurator des Königs.

§5 – Widerrufen die vom Vermittlungsvorschlag betroffenen Personen ihre Zustimmung zur Vermittlung oder führt die Vermittlung innerhalb von sechs Monaten ab Erhalt des Vermittlungsvorschlags zu keiner Vereinbarung, beendet der Fachbereich die Vermittlung und übermittelt dem Prokurator des Königs einen Bericht über die Gründe der Beendigung.

Auf einen mit Gründen versehenen Antrag des Fachbereichs kann der Prokurator des Königs die in Absatz 1 erwähnte Frist einmalig für eine Dauer von höchstens drei Monaten verlängern.

Führt die Vermittlung innerhalb der in den Absätzen 1 und 2 erwähnten Frist zu einer Vereinbarung, ist sie von den betroffenen Personen zu unterzeichnen. Der Fachbereich übermittelt dem Prokurator des Königs umgehend die unterzeichnete Vereinbarung.

Der Prokurator des Königs billigt die unterzeichnete Vereinbarung. Ihr Inhalt kann nicht abgeändert werden. Der Prokurator des Königs kann sich nur dann weigern, eine Vereinbarung zu billigen, wenn sie gegen die öffentliche Ordnung verstößt.

§6 - Billigt der Prokurator des Königs die Vereinbarung, beauftragt er den Fachbereich, die Durchführung dieser Vereinbarung zu überprüfen und übermittelt ihm unverzüglich eine Abschrift der gebilligten Vereinbarung.

Der Fachbereich erstellt einen Bericht über die Durchführung der Vereinbarung und richtet ihn an den Prokurator des Königs.

§7 - Führt der tatverdächtige Jugendliche die Vereinbarung gemäß den vorgesehenen Modalitäten durch, erstellt der Prokurator des Königs ein Protokoll darüber und stellt die strafrechtliche Verfolgung ein. Durch die Einstellung des Strafverfahrens erlischt die Strafverfolgung.

Führt der tatverdächtige Jugendliche die Vereinbarung nicht gemäß den vorgesehenen Modalitäten durch, erstellt der Prokurator des Königs ein Protokoll darüber. Er kann das Jugendgericht gemäß Artikel 61 mit Jugendschutzmaßnahmen befassen.

Eine Abschrift der in den Absätzen 1 und 2 erwähnten Protokolle wird den an der Vereinbarung beteiligten Personen sowie dem Fachbereich übermittelt.

§8 - Weder die Anerkennung des Tatbestands durch den tatverdächtigen Jugendlichen noch der Verlauf oder das Ergebnis der Vermittlung können von den Gerichtsbehörden oder jeglicher anderen Person zum Nachteil des tatverdächtigen Jugendlichen verwendet werden.

Die im Rahmen der Tätigkeit des Fachbereichs erstellten Dokumente und erfolgten Mitteilungen sind vertraulich, mit Ausnahme derjenigen, die mit dem Einverständnis der Parteien an die Gerichtsbehörden weitergeleitet werden. Sie dürfen nicht während eines Straf-, Zivil-, Verwaltungs- oder Schiedsverfahrens oder jeglichen anderen Verfahrens im Hinblick auf eine Konfliktlösung verwendet werden und sind als Beweis, selbst in Form eines außergerichtlichen Eingeständnisses, nicht annehmbar.

Art. 58 – Durchführung eines Projekts

§1 – Besteht begründeter Tatverdacht, informiert der Prokurator des Königs den tatverdächtigen Jugendlichen zu Beginn des Verfahrens über die Möglichkeit, ein Projekt vorzulegen.

§2 – Der Prokurator des Königs beauftragt den Fachbereich, den tatverdächtigen Jugendlichen bei der Ausarbeitung des Projekts zu unterstützen und teilt ihm die Identität des tatverdächtigen Jugendlichen mit.

Der Fachbereich kann die Erziehungsberechtigten und andere verwandte oder vertraute Personen des tatverdächtigen Jugendlichen bei der Ausarbeitung des Projekts aktiv miteinbeziehen.

Wendet sich der tatverdächtige Jugendliche nicht innerhalb von 15 Arbeitstagen nach Erhalt der in §1 erwähnten Information an den Fachbereich, nimmt dieser schriftlich Kontakt mit ihm auf, um ihn erneut auf die Möglichkeit hinzuweisen, dem Prokurator des Königs ein Projekt vorzulegen.

§3 – Das Projekt wird spätestens bei Erscheinen vor dem Prokurator des Königs eingereicht. Der Prokurator des Königs befindet über die Sinnhaftigkeit und die Legalität des Projekts, das ihm vorgelegt wird, entscheidet über seine Genehmigung oder Verweigerung und legt die Frist für seine Durchführung fest. Der Inhalt des Projekts kann nicht abgeändert werden.

Der Prokurator des Königs kann das Projekt nur mit einer diesbezüglich spezifisch mit Gründen versehenen Entscheidung verweigern. Genehmigt der Prokurator des Königs das Projekt, beauftragt er den Fachbereich, die Durchführung zu überprüfen und übermittelt ihm unverzüglich eine Abschrift des genehmigten Projekts.

Auf einen mit Gründen versehenen Antrag des Fachbereichs kann der Prokurator des Königs die in Absatz 1 erwähnte Frist einmalig für eine von ihm festgelegte Dauer verlängern.

§4 – Spätestens einen Monat vor der in §3 Absätze 1 und 3 erwähnten Frist erstellt der Fachbereich einen Bericht über die Durchführung des Projekts und richtet ihn an den Prokurator des Königs.

Führt der tatverdächtige Jugendliche das Projekt fristgerecht und gemäß den vorgesehenen Modalitäten durch, erstellt der Prokurator des Königs ein Protokoll darüber und stellt die strafrechtliche Verfolgung ein. Durch die Einstellung des Strafverfahrens erlischt die Strafverfolgung.

Führt der tatverdächtige Jugendliche das Projekt nicht fristgerecht oder nicht gemäß den vorgesehenen Modalitäten durch, erstellt der Prokurator des Königs ein Protokoll darüber. Er kann das Jugendgericht gemäß Artikel 63 mit Jugendschutzmaßnahmen befassen.

Eine Abschrift der in den Absätzen 2 und 3 erwähnten Protokolle wird dem tatverdächtigen Jugendlichen, seinen Erziehungsberechtigten sowie dem Fachbereich übermittelt.

Art. 59 – Durchführung und Einhaltung bestimmter Auflagen

§1 – Ist der Prokurator des Königs der Ansicht, dass die Vermittlung undurchführbar oder unangebracht ist und besteht begründeter Tatverdacht, kann er dem tatverdächtigen Jugendlichen vorschlagen, das Erlöschen der Strafverfolgung an eine oder mehrere der folgenden Auflagen zu knüpfen:

1. keine neuen Jugendstraftaten begehen;
2. eine erzieherische und gemeinnützige Leistung gemäß Artikel 80 von höchstens dreißig Stunden erbringen;
3. an einem Programm zur Wiedereingliederung in den Schulalltag teilnehmen;
4. an einer Trainingsmaßnahme zur Stärkung der Sozialkompetenzen teilnehmen;

5. sich einer ambulanten Begleitung in einem psychologischen oder psychiatrischen Dienst, einem Dienst für Sexualerziehung oder einem für Suchtproblematiken fachkundigen Dienst unterziehen;
6. andere der Situation angemessene punktuelle Auflagen einhalten.

Der Prokurator des Königs legt das Ziel der Auflagen sowie die Frist für ihre Durchführung fest.

Auf einen mit Gründen versehenen Antrag des Fachbereichs kann der Prokurator des Königs die in Absatz 2 erwähnte Frist einmalig für eine von ihm festgelegte Dauer verlängern.

§2 – Schlägt der Prokurator des Königs Auflagen vor, teilt er dem tatverdächtigen Jugendlichen und seinen Erziehungsberechtigten schriftlich mit, dass:

1. der tatverdächtige Jugendliche das Recht hat, sich jederzeit von einem Rechtsanwalt beistehen zu lassen;
2. der tatverdächtige Jugendliche eine Bedenkzeit von 15 Arbeitstagen ab Erhalt des Vorschlags hat, um den Vorschlag anzunehmen oder abzulehnen;
3. die Auflagen innerhalb der vom Prokurator des Königs festgelegten Frist durchgeführt werden müssen.

§3 – Der Prokurator des Königs beauftragt den Fachbereich mit der Organisation und Überprüfung der Einhaltung der Auflagen, übermittelt ihm eine Abschrift des Vorschlags und teilt ihm die Identität des tatverdächtigen Jugendlichen mit.

Zu diesem Zweck kann der Fachbereich einen Vertrag mit Jugendschutzanbietern und Dienstleistern und gegebenenfalls mit dem von den Auflagen betroffenen tatverdächtigen Jugendlichen sowie seinen Erziehungsberechtigten abschließen.

Die Regierung legt den Inhalt des Vertrags fest.

Der Prokurator des Königs kann ebenfalls einen Polizeidienst mit der Überprüfung der Einhaltung der Auflagen beauftragen

§4 – Wendet sich der tatverdächtige Jugendliche nicht innerhalb von acht Arbeitstagen nach Erhalt der in §3 Absatz 1 erwähnten Abschrift an den Fachbereich, nimmt dieser schriftlich Kontakt mit ihm auf, um ihn erneut auf die vorgeschlagenen Auflagen hinzuweisen.

§5 – Der tatverdächtige Jugendliche teilt dem Fachbereich innerhalb von 15 Arbeitstagen ab Erhalt des Vorschlags mit, ob er den Vorschlag annimmt oder ablehnt. Bei Fehlen einer Mitteilung nach Ablauf dieser Frist gilt der Vorschlag als abgelehnt. Der Fachbereich setzt den Prokurator des Königs über die Entscheidung in Kenntnis.

§6 – Spätestens einen Monat vor der in §1 Absätze 2 und 3 erwähnten Frist erstellt der Fachbereich einen Bericht über die Durchführung der Auflagen und richtet ihn an den Prokurator des Königs. Dieser Bericht wird der Verfahrensakte beigefügt.

Erfüllt der tatverdächtige Jugendliche die Auflagen fristgerecht und gemäß den vorgesehenen Modalitäten, erstellt der Prokurator des Königs ein Protokoll darüber und stellt die strafrechtliche Verfolgung ein. Durch die Einstellung des Strafverfahrens erlischt die Strafverfolgung.

Erfüllt der tatverdächtige Jugendliche die Auflagen nicht fristgerecht oder nicht gemäß den vorgesehenen Modalitäten, erstellt der Prokurator des Königs ein Protokoll darüber. Er kann das Jugendgericht gemäß Artikel 63 mit Jugendschutzmaßnahmen befassen.

Eine Abschrift der in den Absätzen 2 und 3 erwähnten Protokolle wird dem tatverdächtigen Jugendlichen, seinen Erziehungsberechtigten sowie dem Fachbereich übermittelt.

Art. 60 – Kumulierung der Maßnahmen

Ist der Prokurator des Königs der Ansicht, dass eine Vermittlung durchführbar und angebracht, aber unter Berücksichtigung der in Artikel 12 §2 Nummern 4, 5 und 6 erwähnten Faktoren unzureichend ist, kann er in Abweichung von den Artikeln 57 und 59 und unbeschadet des Artikels 61 zusätzlich die Durchführung und Einhaltung einer oder mehrerer der in Artikel 59 erwähnten Auflagen vorschlagen.

Schlägt der Prokurator des Königs gemäß Absatz 1 zusätzlich die Durchführung und Einhaltung einer oder mehrerer der in Artikel 59 erwähnten Auflagen vor, stellt er die strafrechtliche Verfolgung ein, wenn der tatverdächtige Jugendliche die Vereinbarung gemäß den vorgesehenen Modalitäten durchgeführt hat und er die Auflagen fristgerecht und gemäß den vorgesehenen Modalitäten erfüllt hat. Durch die Einstellung des Strafverfahrens erlischt die Strafverfolgung.

Führt der tatverdächtige Jugendliche die Vereinbarung nicht gemäß den vorgesehenen Modalitäten durch oder erfüllt der tatverdächtige Jugendliche die Auflagen nicht fristgerecht oder nicht gemäß den vorgesehenen Modalitäten, erstellt der Prokurator des Königs ein Protokoll darüber. Er kann das Jugendgericht gemäß Artikel 63 mit Jugendschutzmaßnahmen befassen.

Art. 61 – Maßnahmen für tatverdächtige Jugendliche, die vor dem Alter von zwölf Jahren eine Jugendstraftat begangen haben

Der Prokurator des Königs kann gegenüber tatverdächtigen Jugendlichen, die vor dem Alter von zwölf Jahren eine Jugendstraftat begangen haben, nur die in Artikel 56 erwähnte Verwarnung aussprechen oder die in Artikel 57 erwähnte Vermittlung vorschlagen oder den Jugendrichter oder das Jugendgericht mit gerichtlichen Jugendhilfemaßnahmen befassen.

Art. 62 - Informationspflicht über die Möglichkeit einer Vermittlung oder eines Projekts in der Vorbereitungsphase

In der in Artikel 45 Nummer 2 Buchstabe b) des Gesetzes vom 8. April 1965 erwähnten Ladung informiert der Prokurator des Königs den tatverdächtigen Jugendlichen:

1. über die Möglichkeit, dem Jugendrichter ein in Artikel 77 erwähntes Projekt vorzulegen;
2. über die Möglichkeit, sich an den Fachbereich zu wenden, der ihn bei der Ausarbeitung des Projekts unterstützt;
3. dass das ausgearbeitete Projekt dem Jugendrichter spätestens am Tag der Anhörung zur Genehmigung vorgelegt werden muss und das genehmigte Projekt innerhalb einer vom Jugendrichter festgelegten Frist durchgeführt werden muss.

Ist ein Opfer identifiziert worden, informiert der Prokurator des Königs den tatverdächtigen Jugendlichen, das Opfer der Jugendstraftat und ihre Erziehungsberechtigten ebenfalls über die Möglichkeit, beim Jugendrichter eine in Artikel 76 erwähnte Vermittlung zu beantragen.

Eine Abschrift der in Absatz 1 erwähnten Ladung wird dem Fachbereich übermittelt.

Abschnitt 3 – Behandlung der Sache durch den Jugendrichter und das Jugendgericht

Unterabschnitt 1 – Allgemeine Bestimmungen

Art. 63 – Befassung des Jugendrichters und des Jugendgerichts

Der Jugendrichter oder das Jugendgericht erkennt über die Anträge des Prokurators des Königs mit Bezug auf tatverdächtige Jugendliche, um Jugendschutzmaßnahmen anzuordnen.

Die Befassung ist möglich, insofern der tatverdächtige Jugendliche zum Zeitpunkt des Antrags jünger als 21 Jahre alt ist und die Jugendstraftat vor dem Alter von 18 Jahren begangen wurde.

Außer bei Zusammenhang mit Verfolgungen wegen anderer Verstöße als denjenigen, die nachstehend erwähnt sind, erkennen die aufgrund des allgemeinen Rechts zuständigen Gerichte über die Anträge des Prokurators des Königs mit Bezug auf Personen, die zum Zeitpunkt der Tat älter als 16 und jünger als 18 Jahre alt waren und verfolgt werden wegen Verstößen:

1. gegen die Bestimmungen der Gesetze und Verordnungen über den Straßenverkehr;
2. gegen die Artikel 418, 419 und 420 des Strafgesetzbuches, sofern sie mit einem Verstoß gegen die in Nummer 1 erwähnten Gesetze und Verordnungen einhergehen;
3. gegen das Gesetz vom 21. November 1989 über die Haftpflichtversicherung in Bezug auf Kraftfahrzeuge.

Geht aus den Verhandlungen vor diesen Gerichten hervor, dass eine Jugendschutzmaßnahme in der Sache angebracht wäre, können diese Gerichte sich durch eine mit Gründen versehene Entscheidung für nicht mehr zuständig erklären und dem Prokurator des Königs die Angelegenheit gegebenenfalls im Hinblick auf Anträge beim Jugendgericht zuweisen.

Art. 64 – Untersuchungen

§1 – Um eine der Situation angemessene Entscheidung treffen zu können, kann der Jugendrichter oder das Jugendgericht den Fachbereich im Rahmen des Jugendschutzes mit der Durchführung einer Sozialuntersuchung beauftragen. Der Fachbereich berichtet über die Situation auf Grundlage der in Artikel 12 §2 erwähnten Faktoren und schlägt geeignete Jugendschutzmaßnahmen vor.

Zu diesem Zweck organisiert der Fachbereich ein oder mehrere Treffen mit dem tatverdächtigen Jugendlichen und seinen Erziehungsberechtigten, bei denen auch andere verwandte oder vertraute Personen des tatverdächtigen Jugendlichen einbezogen werden können.

Im Einvernehmen mit den Erziehungsberechtigten des Jugendlichen oder auf Anordnung des Jugendrichters oder des Jugendgerichts kann der Fachbereich bereits intervenierende Dienstleister und Akteure aus den anderen Lebensbereichen des tatverdächtigen Jugendlichen in die Sozialuntersuchung einbeziehen.

Zusätzlich zu den in Absatz 2 erwähnten Treffen kann ein getrenntes Gespräch mit dem tatverdächtigen Jugendlichen oder seinen Erziehungsberechtigten geführt werden.

§2 – Der Fachbereich führt die Sozialuntersuchung innerhalb der vom Jugendrichter oder vom Jugendgericht festgelegten Frist durch. Die Dauer dieser Frist beträgt höchstens 90 Tage.

§3 – Der Jugendrichter oder das Jugendgericht kann den Fachbereich im Rahmen des Jugendschutzes ermächtigen, eine psychologische oder medizinische Untersuchung des tatverdächtigen Jugendlichen in Auftrag zu geben, um herauszufinden, welche Jugendschutzmaßnahmen für seine Behandlung geeignet sind.

§4 – Wird eine in §1 oder §3 erwähnte Untersuchung in Auftrag gegeben, ändert oder trifft der Jugendrichter oder das Jugendgericht die Entscheidung, außer im Falle absoluter Notwendigkeit und unbeschadet der Artikel 78 Absatz 2, 81 Absatz 2 und 82 §3 Absatz 1, erst, wenn er diese Untersuchung zur Kenntnis genommen hat.

Wurde vor Eingang der Untersuchung eine Jugendschutzmaßnahme angeordnet, überprüft der Jugendrichter oder das Jugendgericht die Angemessenheit dieser Jugendschutzmaßnahme nach Eingang der Untersuchung.

Art. 65 – Besondere Begründungspflicht

Ordnet der Jugendrichter oder das Jugendgericht eine Jugendschutzmaßnahme an, begründet er oder es diese Entscheidung auf Grundlage der in Artikel 12 §2 erwähnten Faktoren spezifisch.

Ordnet der Jugendrichter oder das Jugendgericht mehrere Jugendschutzmaßnahmen an, wird diese Kumulierung ausdrücklich begründet.

Art. 66 – Umsetzung und Koordination der Jugendschutzmaßnahmen

§1 – Der Jugendrichter oder das Jugendgericht beauftragt Jugendschutzanbieter und Dienstleister mit der Umsetzung der Jugendschutzmaßnahmen.

In Abweichung von Absatz 1 kann der Jugendrichter oder das Jugendgericht den Fachbereich ermächtigen, Jugendschutzanbieter, Dienstleister und Pflegefamilien mit der Umsetzung bestimmter Jugendschutzmaßnahmen zu beauftragen.

§2 – Der Jugendrichter oder das Jugendgericht beauftragt den Fachbereich mit der Organisation und Überprüfung der in §1 erwähnten Umsetzung sowie mit der Koordination der Jugendschutzmaßnahmen.

Zu diesem Zweck kann der Fachbereich einen Vertrag mit den in §1 erwähnten Jugendschutzanbietern, Dienstleistern und Pflegefamilien und gegebenenfalls mit dem von der Jugendschutzmaßnahme betroffenen Jugendlichen sowie seinen Erziehungsberechtigten abschließen.

Unter Berücksichtigung der gerichtlichen Entscheidung enthält der Vertrag Angaben über:

1. die Modalitäten der Jugendschutzmaßnahmen;
2. die in Kapitel 9 und Kapitel 10 beschriebenen Regelungen über das Berufsgeheimnis und den Datenschutz;
3. die in Artikel 115 festgelegten Beschwerdemöglichkeiten.

Der Fachbereich kann Jugendschutzanbieter und Dienstleister mit der in Absatz 1 erwähnten Koordination beauftragen.

Die Regierung kann weitere Inhalte des Vertrags festlegen, insofern diese zu einer Erhöhung der Qualität des Jugendschutzes beitragen können.

Art. 67 – Bilanzgespräch und Bericht

§1 - Spätestens vier Monate nach der Urteilsverkündung beziehungsweise der Beschlussfassung und anschließend mindestens alle weiteren sechs Monate organisiert der Fachbereich ein Bilanzgespräch mit dem von der Jugendschutzmaßnahme betroffenen Jugendlichen, seinen Erziehungsberechtigten sowie den Jugendschutzanbietern, Dienstleistern und Pflegefamilien, die die Jugendschutzmaßnahme umsetzen.

Erscheint es angemessen oder ist es zum Schutz der Integrität des Jugendlichen erforderlich, können jeweils getrennte Bilanzgespräche mit den in Absatz 1 erwähnten natürlichen und juristischen Personen geführt werden.

Das Bilanzgespräch dient dazu, die Umsetzung der Jugendschutzmaßnahmen zu überprüfen und gegebenenfalls neuen Umständen und Entwicklungen Rechnung zu tragen. Zu diesem Zweck kann der Fachbereich in dem in §2 erwähnten Bericht Folgendes vorschlagen:

1. eine Abänderung der Jugendschutzmaßnahme;
2. zusätzliche Jugendschutzmaßnahmen;
3. eine Aufhebung der Jugendschutzmaßnahmen.

§2 - Auf Anfrage des Jugendrichters oder des Jugendgerichts und spätestens 30 Tage vor einer Jugendgerichtssitzung erstellt der Fachbereich einen Bericht über die Umsetzung der Maßnahme.

Art. 68 – Abänderung der Jugendschutzmaßnahmen

Der Jugendrichter kann in der Vorbereitungsphase angeordnete Jugendschutzmaßnahmen jederzeit von Amts wegen, auf Antrag des Fachbereichs oder des Prokurators des Königs aufheben oder durch andere Jugendschutzmaßnahmen ersetzen. Zu diesem Zweck hört er den Jugendlichen, seine Erziehungsberechtigten sowie den Prokurator des Königs oder den Fachbereich an.

Das Jugendgericht kann in der Phase zum Grunde angeordnete Jugendschutzmaßnahmen jederzeit von Amts wegen oder auf Antrag des Fachbereichs oder des Prokurators des Königs aufheben oder durch andere Jugendschutzmaßnahmen ersetzen. Zu diesem Zweck hört es den Jugendlichen, seine Erziehungsberechtigten sowie den Prokurator des Königs oder den Fachbereich an.

Bei absoluter Notwendigkeit kann der Jugendrichter eine durch das Jugendgericht angeordnete Jugendschutzmaßnahme jederzeit von Amts wegen oder auf Antrag des Fachbereichs oder des Prokurators des Königs aufheben oder durch andere Jugendschutzmaßnahmen ersetzen. Zu diesem Zweck hört er den Jugendlichen, seine Erziehungsberechtigten sowie den Prokurator des Königs oder den Fachbereich an. Diese Abänderung muss innerhalb einer Frist von höchstens sechs Monaten durch das Jugendgericht überprüft werden.

Unterabschnitt 2 – Vorbereitungsphase

Art. 69 – Dauer der Vorbereitungsphase

Die Dauer der Vorbereitungsphase beträgt höchstens neun Monate ab dem in Artikel 63 Absatz 1 erwähnten Antrag bis zur Entscheidung zum Grunde. Nach Ablauf dieser Frist enden die vorläufigen Jugendschutzmaßnahmen automatisch.

In Abweichung von Absatz 1 kann die Vorbereitungsphase mittels einer mit Gründen versehenen Entscheidung mehrmals für eine Dauer von jeweils höchstens drei Monaten verlängert werden, insofern weitere Ermittlungen oder Nachforschungen zur Persönlichkeit und zur Lebenssituation des tatverdächtigen Jugendlichen erforderlich sind.

Im Rahmen der in Absatz 2 erwähnten Verlängerungen können vorläufige Jugendschutzmaßnahmen getroffen oder aufrechterhalten werden, insofern schwerwiegende und außergewöhnliche Umstände im Zusammenhang mit Anforderungen an die öffentliche Sicherheit dies rechtfertigen.

Die in Absatz 1 und 2 erwähnten Dauern werden zwischen der Berufungsschrift und dem Entscheid ausgesetzt. Die Dauer dieser Aussetzung beträgt höchstens zwei Monate.

Art. 70 – Vorläufige Jugendschutzmaßnahmen

§1 – Beantragt der tatverdächtige Jugendliche oder das Opfer der Jugendstraftat eine in Artikel 76 erwähnte Vermittlung oder legt der tatverdächtige Jugendliche ein in Artikel 77 erwähntes Projekt vor, prüft der Jugendrichter in der Vorbereitungsphase, ob die Vermittlung oder das Projekt durchführbar und angebracht sind.

§2 – Ist der Jugendrichter der Ansicht, dass die Vermittlung oder das Projekt durchführbar und angebracht, aber unzureichend sind, kann er zusätzlich eine oder mehrere der in §3 erwähnten vorläufigen Jugendschutzmaßnahmen für den tatverdächtigen Jugendlichen anordnen.

§3 – Ist der Jugendrichter der Ansicht, dass die Vermittlung und das Projekt undurchführbar oder unangebracht sind, kann er eine oder mehrere der folgenden vorläufigen Jugendschutzmaßnahmen für den tatverdächtigen Jugendlichen anordnen:

1. eine in Artikel 78 erwähnte ambulante Begleitung und Betreuung;
2. einen in Artikel 79 erwähnten Verbleib am gewöhnlichen Lebensort unter Einhaltung einer oder mehrerer der in Artikel 79 Nummern 3, 4, 7, 8, 9, 10, 11 und 12 erwähnten Auflagen;
3. eine in Artikel 80 erwähnte erzieherische und gemeinnützige Leistung von höchstens 30 Stunden;
4. eine in Artikel 81 erwähnte teilstationäre Behandlung, Begleitung und Betreuung;
5. eine in Artikel 82 erwähnte stationäre Behandlung und Betreuung.

Der Jugendrichter darf keine vorläufige Jugendschutzmaßnahme im Hinblick auf eine sofortige Bestrafung ergreifen.

Der Jugendrichter kann gegenüber tatverdächtigen Jugendlichen, die vor dem Alter von zwölf Jahren eine Jugendstraftat begangen haben, nur die in Artikel 78 erwähnte ambulante Begleitung und Betreuung sowie Jugendhilfemaßnahmen anordnen.

§4 – Ordnet der Jugendrichter eine vorläufige Jugendschutzmaßnahmen an, kann er dem tatverdächtigen Jugendlichen angesichts der Erfordernisse der Ermittlung oder der gerichtlichen Untersuchung und für eine mehrmals erneuerbare Dauer von höchstens 30 Tagen durch eine mit Gründen versehene Entscheidung den freien Umgang mit namentlich genannten Personen, seinen Rechtsanwalt ausgenommen, verbieten.

§5 – Die in Artikel 82 §1 Nummer 6 erwähnte stationäre Betreuung in einer geschlossenen Einrichtung oder einer anderen der Situation angemessenen geschlossenen stationären Betreuungsform und die in Artikel 82 §1 Nummer 7 erwähnte stationäre Betreuung in einer geschlossenen Abteilung einer öffentlichen Jugendschutzeinrichtung kann nur als vorläufige Jugendschutzmaßnahme und für eine Dauer von höchstens drei Monaten angeordnet werden, wenn zusätzlich zu den in Artikel 82 §5 erwähnten Bedingungen eine der folgenden Bedingungen erfüllt ist:

1. der tatverdächtige Jugendliche hat ein gefährliches Verhalten für sich selbst oder für andere;
2. es gibt ernsthafte Gründe zu befürchten, der tatverdächtige Jugendliche könnte im Falle seiner Freilassung erneut eine Jugendstraftat verüben, sich dem Zugriff des Gerichts entziehen, versuchen Beweismittel verschwinden zu lassen oder geheime Absprachen mit Dritten treffen.

Die in Absatz 1 erwähnte stationäre Betreuung kann nach Berichterstattung des Fachbereichs, der geschlossenen Einrichtung oder der öffentlichen Jugendschutzeinrichtung für eine mehrmals erneuerbare Dauer von jeweils höchstens 30 Tagen verlängert werden, wenn der tatverdächtige Jugendliche die öffentliche Sicherheit gefährdet. Der Jugendrichter hört den tatverdächtigen Jugendlichen vorher an.

§6 – Die Jugendkammer des Appellationshofs untersucht die Sache und befindet binnen fünfzehn Werktagen ab der Berufungsschrift. Nach Verstreichen dieser Frist verfällt die in Absatz 1 erwähnte stationäre Betreuung.

Art. 71 – Dauer der vorläufigen Jugendschutzmaßnahmen

Der Jugendrichter ordnet die vorläufigen Jugendschutzmaßnahmen für eine möglichst kurze Dauer an. Er bestimmt die Dauer jeder angeordneten vorläufigen Jugendschutzmaßnahme, unbeschadet der im vorliegenden Dekret vorgesehenen Höchstdauern.

Art. 72 - Informationspflicht über die Möglichkeit einer Vermittlung oder eines Projekts im Verfahren zum Grunde

In dem in Artikel 52ter des Gesetzes vom 8. April 1965 erwähnten Gerichtsbrief zur Anberaumung der Sitzung informiert der Prokurator des Königs den tatverdächtigen Jugendlichen:

1. über die Möglichkeit, dem Jugendrichter oder dem Jugendgericht ein in Artikel 77 erwähntes Projekt vorzulegen;
2. über die Möglichkeit, sich an den Fachbereich zu wenden, der ihn bei der Ausarbeitung des Projekts unterstützt;
3. dass das ausgearbeitete Projekt dem Jugendrichter spätestens am Tag der Sitzung zur Genehmigung vorgelegt werden muss und das genehmigte Projekt innerhalb einer vom Jugendgericht festgelegten Frist durchgeführt werden muss.

Ist ein Opfer identifiziert worden, informiert der Prokurator des Königs den tatverdächtigen Jugendlichen, das Opfer der Jugendstraftat und ihre Erziehungsberechtigten ebenfalls über die Möglichkeit, eine in Artikel 76 erwähnte Vermittlung zu beantragen.

Eine Abschrift des in Absatz 1 erwähnten Gerichtsbriefs wird dem Fachbereich übermittelt.

Unterabschnitt 3 – Entscheidung zum Grunde

Art. 73 – Jugendschutzmaßnahmen zum Grunde

§1 – Beantragt der tatverdächtige Jugendliche oder das Opfer der Jugendstraftat eine in Artikel 76 erwähnte Vermittlung oder legt der tatverdächtige Jugendliche ein in Artikel 77 erwähntes Projekt vor, prüft das Jugendgericht, das zum Grunde entscheidet, ob die Vermittlung oder das Projekt durchführbar und angebracht sind.

§2 – Ist das Jugendgericht der Ansicht, dass die Vermittlung oder das Projekt angebracht und durchführbar, aber unzureichend sind, kann es zusätzlich eine oder mehrere der in §3 Absatz 1 Nummern 1 bis 5 erwähnten Jugendschutzmaßnahmen für den tatverdächtigen Jugendlichen anordnen.

§3 – Ist das Jugendgericht der Ansicht, dass die Vermittlung und das Projekt undurchführbar oder unangebracht sind, kann es eine oder mehrere der folgenden Jugendschutzmaßnahmen für den tatverdächtigen Jugendlichen anordnen:

1. eine in Artikel 78 erwähnte ambulante Begleitung und Betreuung;
2. einen in Artikel 79 erwähnten Verbleib am gewöhnlichen Lebensort unter Einhaltung einer oder mehrerer Auflagen;
3. eine in Artikel 80 erwähnte erzieherische und gemeinnützige Leistung;
4. eine in Artikel 81 erwähnte teilstationäre Behandlung, Begleitung und Betreuung;
5. eine in Artikel 82 erwähnte stationäre Behandlung und Betreuung.

Das Jugendgericht kann gegenüber tatverdächtigen Jugendlichen, die vor dem Alter von zwölf Jahren eine Jugendstraftat begangen haben, nur die in Artikel 78 erwähnte ambulante Begleitung und Betreuung sowie Jugendhilfemaßnahmen anordnen.

Art. 74 – Dauer der Jugendschutzmaßnahmen zum Grunde

Das Jugendgericht bestimmt die Dauer jeder Jugendschutzmaßnahme zum Grunde.

Unbeschadet anderer in vorliegendem Dekret vorgesehenen Höchstdauern beträgt die in Absatz 1 erwähnte Dauer höchstens ein Jahr.

In Abweichung von Absatz 2 kann das Jugendgericht auf Antrag des Prokurators des Königs und im Falle eines andauernden Fehlverhaltens oder gefährlichen Verhaltens des straffälligen Jugendlichen, Jugendschutzmaßnahmen zum Grunde mehrmals für eine Dauer von höchstens einem Jahr, die spätestens an dem Tag endet, an dem der straffällige Jugendliche das Alter von 21 Jahren erreicht, verlängern. In diesem Fall wird der Antrag binnen drei Monaten vor dem Tag, an dem der straffällige Jugendliche das Alter von 18 Jahren erreicht, beim Jugendgericht anhängig gemacht.

In Abweichung von Absatz 2 kann das Jugendgericht, wenn die Jugendstraftat nach dem Alter von 16 Jahren begangen wurde, Jugendschutzmaßnahmen zum Grunde mehrmals für eine Dauer von höchstens einem Jahr, die spätestens an dem Tag endet, an dem der straffällige Jugendliche das Alter von 21 Jahren erreicht, anordnen oder verlängern.

Art. 75 – Verlängerung der Begleitung auf Antrag des Jugendlichen

Der Jugendliche, der vor dem Alter von 18 Jahren durch den Fachbereich begleitet wird, kann eine Verlängerung dieser Begleitung gemäß Artikel 50 beantragen.

Unterabschnitt 4 – Jugendschutzmaßnahmen

Art. 76 – Vermittlung

§1 – Eine Vermittlung kann nur dann stattfinden, wenn die betroffenen Personen, solange die Vermittlung dauert, ihr ausdrücklich und vorbehaltlos zustimmen.

§2 – Der Jugendrichter oder das Jugendgericht beauftragt den Fachbereich mit der Vermittlung und teilt ihm die Identität der betroffenen Personen mit.

Der Jugendrichter oder das Jugendgericht kann den Fachbereich mit einer gemeinsamen Vermittlung beauftragen, insofern:

1. mehrere tatverdächtige Jugendliche für dieselbe Jugendstraftat von einer Vermittlung betroffen sind;
2. die begangene Jugendstraftat mit einer Straftat einhergeht, die mutmaßlich verübt wurde von einer oder mehreren Personen, die nicht Rechtsunterworfenen des Jugendgerichts sind, und der tatverdächtige Jugendliche und diese Person von einer Vermittlung betroffen sind.

Der Fachbereich teilt den von der Vermittlung betroffenen Personen schriftlich mit, dass:

1. sie eine Bedenkzeit von 15 Arbeitstagen ab Erhalt der Anschrift haben, um die Vermittlung anzunehmen oder abzulehnen;
2. sie jederzeit ihre Zustimmung zur Vermittlung widerrufen können;
3. die Vermittlung beendet wird, insofern sie nicht gemäß §5 innerhalb von 6 Monaten zu einer Vereinbarung führt.

§3 – Wenden sich die betroffenen Personen nicht innerhalb von acht Arbeitstagen nach Erhalt der in §2 Absatz 3 erwähnten Anschrift an den Fachbereich, nimmt dieser schriftlich Kontakt mit ihnen auf, um sie erneut auf die Möglichkeit einer Vermittlung hinzuweisen.

Stimmen die betroffenen Personen der Vermittlung nicht innerhalb von 15 Arbeitstagen ab Erhalt der in §2 Absatz 3 erwähnten Anschrift ausdrücklich und vorbehaltlos zu, setzt der Fachbereich den Jugendrichter oder das Jugendgericht darüber in Kenntnis.

§4 – Spätestens zwei Monate nach seiner Beauftragung durch den Jugendrichter oder das Jugendgericht erstellt der Fachbereich einen Zwischenbericht über das Voranschreiten der Vermittlung und richtet ihn an den Jugendrichter oder das Jugendgericht und an den Prokurator des Königs.

§5 – Widerrufen die betroffenen Personen ihre Zustimmung zur Vermittlung oder führt die Vermittlung innerhalb von sechs Monaten ab Erhalt der in §2 Absatz 3 erwähnten Anschrift zu keiner Vereinbarung, beendet der Fachbereich die Vermittlung und übermittelt dem Jugendrichter oder dem Jugendgericht und dem Prokurator des Königs einen Bericht über die Gründe der Beendigung.

Auf einen mit Gründen versehenen Antrag des Fachbereichs kann der Jugendrichter oder das Jugendgericht die in Absatz 1 erwähnte Frist einmalig für eine Dauer von höchstens drei Monaten verlängern.

Führt die Vermittlung innerhalb der in den Absätzen 1 und 2 erwähnten Frist zu einer Vereinbarung, ist sie von den betroffenen Personen zu unterzeichnen. Der Fachbereich übermittelt dem Jugendrichter oder dem Jugendgericht umgehend die unterzeichnete Vereinbarung.

Der Jugendrichter oder das Jugendgericht beglaubigt die unterzeichnete Vereinbarung. Ihr Inhalt kann nicht abgeändert werden. Der Jugendrichter oder das Jugendgericht kann sich nur dann weigern, eine Vereinbarung zu beglaubigen, wenn sie gegen die öffentliche Ordnung verstößt.

§6 - Beglaubigt der Jugendrichter oder das Jugendgericht die Vereinbarung, beauftragt er den Fachbereich, die Durchführung dieser Vereinbarung zu überprüfen und übermittelt ihm unverzüglich eine Abschrift der beglaubigten Vereinbarung.

Der Fachbereich erstellt einen Bericht über die Durchführung der Vereinbarung und richtet ihn an den Jugendrichter oder das Jugendgericht.

§7 - Führt der tatverdächtige Jugendliche die Vereinbarung gemäß den vorgesehenen Modalitäten im Rahmen der Vorbereitungsphase durch und kommt es zu einem Verfahren vor dem Jugendgericht, trägt das Jugendgericht dieser Vereinbarung und ihrer Durchführung Rechnung.

Führt der straffällige Jugendliche die Vereinbarung gemäß den vorgesehenen Modalitäten nach der Urteilsverkündung durch und wurden Jugendschutzmaßnahmen zum Grunde angeordnet, trägt das Jugendgericht dieser Vereinbarung und ihrer Durchführung Rechnung, um die angeordneten Jugendschutzmaßnahmen in Anwendung von Artikel 68 aufzuheben oder zu ersetzen.

Führt der tatverdächtige Jugendliche die Vereinbarung nicht gemäß den vorgesehenen Modalitäten durch, kann der Jugendrichter oder das Jugendgericht die Vermittlung in Anwendung von Artikel 68 auf Antrag des Prokurators des Königs durch andere Jugendschutzmaßnahmen ersetzen.

§8 - Weder die Anerkennung des Tatbestands durch den Jugendlichen noch der Verlauf oder das Ergebnis der Vermittlung können von den Gerichtsbehörden oder jeglicher anderen Person zum Nachteil des Jugendlichen verwendet werden.

Die im Rahmen der Tätigkeit des Fachbereichs erstellten Dokumente und erfolgten Mitteilungen sind vertraulich, mit Ausnahme derjenigen, die mit dem Einverständnis der Parteien an die Gerichtsbehörden weitergeleitet werden. Sie dürfen nicht während eines Straf-, Zivil-, Verwaltungs- oder Schiedsverfahrens oder jeglichen anderen Verfahrens im Hinblick auf eine Konfliktlösung verwendet werden und sind als Beweis, selbst in Form eines außergerichtlichen Eingeständnisses, nicht annehmbar.

Art. 77 – Durchführung eines Projekts

§1 - Wendet sich der tatverdächtige Jugendliche nicht innerhalb von 15 Arbeitstagen nach Erhalt der in Artikel 62 erwähnten Ladung oder des in Artikel 72 erwähnten Gerichtsbriefs an den Fachbereich, nimmt dieser schriftlich Kontakt mit ihm auf, um ihn erneut auf die Möglichkeit hinzuweisen, sich bei der Ausarbeitung des Projekts unterstützen zu lassen

§2 - Wendet sich der in Absatz 1 erwähnte tatverdächtige Jugendliche an den Fachbereich, unterstützt er ihn bei der Ausarbeitung des Projekts.

Der Fachbereich kann die Erziehungsberechtigten und andere verwandte oder vertraute Personen des tatverdächtigen Jugendlichen bei der Ausarbeitung des Projekts aktiv miteinbeziehen.

§3 – Das Projekt wird vom tatverdächtigen Jugendlichen unterzeichnet und spätestens am Tag der Sitzung oder der Anhörung beim Jugendrichter eingereicht.

§4 – Der Jugendrichter oder das Jugendgericht befindet über die Sinnhaftigkeit und Legalität des Projekts, das ihm vorgelegt wird, entscheidet über seine Genehmigung oder Verweigerung und legt die Frist für seine Durchführung fest. Der Inhalt des Projekts kann nicht abgeändert werden.

Auf einen mit Gründen versehenen Antrag des Fachbereichs kann der Jugendrichter oder das Jugendgericht die in Absatz 1 erwähnte Frist einmalig für eine von ihm festgelegte Dauer verlängern.

Der Jugendrichter oder das Jugendgericht kann das Projekt nur mit einer diesbezüglich spezifisch mit Gründen versehenen Entscheidung verweigern. Genehmigt der Jugendrichter oder das Jugendgericht das Projekt, beauftragt er den Fachbereich, die Durchführung zu überprüfen und übermittelt ihm unverzüglich eine Abschrift des genehmigten Projekts.

§5 – Genehmigt das Jugendgericht ein Projekt, kann es gleichzeitig eine der in Artikel 73 §3 Absatz 1 Nummern 1 bis 5 erwähnten Jugendschutzmaßnahmen als Ersatzmaßnahmen bei nicht ordnungsgemäßer Durchführung des Projekts vorsehen. In diesem Fall informiert es den tatverdächtigen Jugendlichen über die möglichen Folgen einer Nichteinhaltung seiner Verpflichtungen.

§6 – Spätestens einen Monat vor der in §4 Absätze 1 und 2 erwähnten Frist erstellt der Fachbereich einen Bericht über die Durchführung des Projekts und richtet ihn an den Jugendrichter oder das Jugendgericht und den Prokurator des Königs.

§7 – Führt der tatverdächtige Jugendliche das Projekt fristgerecht und gemäß den vorgesehenen Modalitäten im Rahmen der Vorbereitungsphase durch und kommt es zu einem Verfahren vor dem Jugendgericht, trägt das Jugendgericht diesem Projekt und seiner Durchführung Rechnung.

Führt der straffällige Jugendliche das Projekt fristgerecht und gemäß den vorgesehenen Modalitäten nach der Urteilsverkündung durch und wurden Jugendschutzmaßnahmen zum Grunde angeordnet, trägt das Jugendgericht diesem Projekt und seiner Durchführung Rechnung, um die angeordneten Jugendschutzmaßnahmen in Anwendung von Artikel 68 aufzuheben oder zu ersetzen.

Führt der tatverdächtige Jugendliche das Projekt nicht fristgerecht oder nicht gemäß den vorgesehenen Modalitäten durch, kann der Jugendrichter oder das Jugendgericht das Projekt in Anwendung von Artikel 68 auf Antrag des Prokurators des Königs durch andere Jugendschutzmaßnahmen ersetzen oder die in §5 erwähnten Ersatzmaßnahme von Amts wegen auferlegen.

Das Jugendgericht kann ein teilweise durchgeführtes Projekt berücksichtigen, um die in §5 erwähnten Ersatzmaßnahmen anzupassen.

Art. 78 – Ambulante Begleitung und Betreuung

Der Jugendrichter oder das Jugendgericht kann eine oder mehrere der folgenden ambulanten Begleit- und Betreuungsmaßnahmen für den tatverdächtigen Jugendlichen anordnen:

1. eine Erziehungsbegleitung;
2. eine sozialpädagogische Begleitung;

3. eine therapeutische Begleitung;
4. eine Aufsicht;
5. eine psychologische, soziale oder pädagogische Beratung;
6. eine ambulante Begleitung in einem psychologischen oder psychiatrischen Dienst, einem Dienst für Sexualerziehung oder einem für Suchtproblematiken fachkundigen Dienst;
7. andere der Situation angemessene ambulante Begleit- und Betreuungsformen.

Die in Absatz 1 Nummer 6 erwähnte ambulante Begleitung des tatverdächtigen Jugendlichen in einem psychiatrischen Dienst wird innerhalb von 30 Tagen ab ihrer Anordnung durch eine in Artikel 64 §3 erwähnte psychologische oder medizinische Untersuchung, die die Erforderlichkeit dieser Begleitung feststellt, bestätigt. In Ermangelung einer solchen Bestätigung hebt der Jugendrichter oder das Jugendgericht die angeordnete Jugendschutzmaßnahme auf oder ersetzt sie durch eine andere Jugendschutzmaßnahme.

Der Jugendrichter oder das Jugendgericht legt das Ziel der Begleit- und Betreuungsmaßnahmen fest.

Art. 79 – Verbleib am gewöhnlichen Lebensort unter Auflagen

Der Jugendrichter oder das Jugendgericht kann den Verbleib des tatverdächtigen Jugendlichen an seinem gewöhnlichen Lebensort an eine oder mehrere der folgenden Auflagen knüpfen:

1. sich schriftlich oder mündlich entschuldigen;
2. bestimmte Personen oder Orte, die mit der Jugendstraftat in Zusammenhang stehen, während einer bestimmten Dauer meiden;
3. eine oder mehrere bestimmte Aktivitäten aufgrund der besonderen Umstände während einer bestimmten Dauer nicht ausüben;
4. einen Hausarrest von höchstens drei Monaten einhalten;
5. den Schaden selbst in Natura wiedergutmachen oder eine nachweislich bezahlte Arbeit zur Entschädigung des Opfers leisten;
6. an einem oder mehreren Ausbildungs- oder Sensibilisierungsmodulen mit Bezug auf die Konsequenzen der begangenen Jugendstraftat und ihrer Tragweite für die eventuellen Opfer teilnehmen;
7. an einer oder mehreren begleiteten sportlichen, sozialen oder kulturellen Aktivitäten teilnehmen;
8. regelmäßig dem Schulunterricht folgen;
9. einer Ausbildung folgen;
10. an einem Programm zur Wiedereingliederung in den Schulalltag teilnehmen;
11. an einer Trainingsmaßnahme zur Stärkung der Sozialkompetenzen teilnehmen;
12. andere der Situation angemessene Auflagen und Verbote einhalten.

Der Jugendrichter oder das Jugendgericht kann den Fachbereich mit der Überprüfung der Einhaltung der in Absatz 1 erwähnten Auflagen beauftragen. Dieser informiert das Jugendgericht oder den Jugendrichter und den Prokurator des Königs über die Nichteinhaltung der Auflagen.

Der Jugendrichter oder das Jugendgericht übermittelt dem Prokurator des Königs eine Abschrift des Urteils oder des Beschlusses zwecks eventueller Beauftragung eines Polizeidienstes, um diesem die Kontrolle der Einhaltung der in Absatz 1 Nummern 2 und 4 erwähnten Auflagen anzuvertrauen. Der Prokurator des Königs informiert das Jugendgericht oder den Jugendrichter über die Nichteinhaltung der Auflagen.

Der Jugendrichter oder das Jugendgericht legt das Ziel der Auflagen fest.

Art. 80 – Erzieherische und gemeinnützige Leistung

Der Jugendrichter oder das Jugendgericht kann den tatverdächtigen Jugendlichen dazu verpflichten, innerhalb einer Frist von einem Jahr eine erzieherische und gemeinnützige Leistung von höchstens 250 Stunden zu erbringen.

Der Jugendrichter oder das Jugendgericht legt das Ziel der erzieherischen und gemeinnützigen Leistung fest.

Verpflichtet das Jugendgericht den tatverdächtigen Jugendlichen dazu, eine erzieherische und gemeinnützige Leistung von mehr als 150 Stunden zu erbringen, begründet es seine Entscheidung diesbezüglich ausdrücklich.

Art. 81 – Teilstationäre Behandlung, Begleitung und Betreuung

Der Jugendrichter oder das Jugendgericht kann eine der folgenden teilstationären Behandlungs-, Begleit- oder Betreuungsmaßnahmen für den tatverdächtigen Jugendlichen anordnen:

1. eine Teilzeitpflege;
2. ein Internatsaufenthalt;
3. andere der Situation angemessene teilstationäre Behandlungs-, Begleit- oder Betreuungsformen.

Die in Absatz 1 Nummer 3 erwähnte Behandlung des tatverdächtigen Jugendlichen in einer der Situation angemessenen teilstationären Behandlungsform wird innerhalb von 30 Tagen ab ihrer Anordnung durch eine in Artikel 64 §3 erwähnte psychologische oder medizinische Untersuchung, die die Erforderlichkeit dieser Behandlung feststellt, bestätigt. In Ermangelung einer solchen Bestätigung hebt der Jugendrichter oder das Jugendgericht die angeordnete Jugendschutzmaßnahme auf oder ersetzt sie durch eine andere Jugendschutzmaßnahme.

Der Jugendrichter oder das Jugendgericht legt das Ziel der teilstationären Behandlungs-, Begleit- oder Betreuungsmaßnahmen fest.

Art. 82 – Stationäre Behandlung und Betreuung

§1 – Der Jugendrichter oder das Jugendgericht kann eine der folgenden stationären Behandlungs- oder Betreuungsmaßnahmen für den tatverdächtigen Jugendlichen anordnen:

1. eine Betreuung durch eine verwandte oder vertraute Person, die sich innerhalb von sechs Monaten zur Teilnahme an der in Artikel 103 erwähnten Pflegschaftsvorbereitung einschreibt;
2. eine Bereitschafts- oder Langzeitpflege;
3. eine psychologische oder psychiatrische Diagnostik;
4. eine Behandlung oder Betreuung in einer offenen Einrichtung oder einer anderen der Situation angemessenen offenen stationären Behandlungs- oder Betreuungsform;
5. eine Betreuung in einer offenen Abteilung einer öffentlichen Jugendschutzeinrichtung;
6. eine Behandlung oder Betreuung in einer geschlossenen Einrichtung oder einer anderen der Situation angemessenen geschlossenen stationären Behandlungs- oder Betreuungsform;
7. eine Betreuung in einer geschlossenen Abteilung einer öffentlichen Jugendschutzeinrichtung.

Schreiben die in Absatz 1 Nummer 1 erwähnten Personen sich nicht innerhalb von sechs Monaten zur Teilnahme an der Pflegschaftsvorbereitung ein oder wurden sie nicht gemäß

Artikel 94 als Pflegefamilie anerkannt, hebt der Jugendrichter oder das Jugendgericht die Betreuung gemäß Artikel 68 auf oder ersetzt sie durch eine andere Jugendschutzmaßnahme.

Ordnet der Jugendrichter oder das Jugendgericht eine in Absatz 1 Nummern 6 und 7 erwähnte stationäre Behandlungs- oder Betreuungsmaßnahme des Jugendlichen an, begründet er diese Entscheidung gemäß Artikel 5 §2 Absatz 2 ausdrücklich.

Der Jugendrichter oder das Jugendgericht legt das Ziel der stationären Behandlungs- oder Betreuungsmaßnahmen fest.

§2 – Der Jugendrichter oder das Jugendgericht kann die Betreuung in einer in §1 Absatz 1 Nummer 5 erwähnten offenen Abteilung einer öffentlichen Jugendschutzeinrichtung nur für tatverdächtige Jugendliche anordnen, die zum Zeitpunkt der Jugendstraftat vierzehn Jahre alt oder älter sind, wenn:

1. sie entweder eine Jugendstraftat begangen haben, die, wenn diese Tat von einem Volljährigen begangen worden wäre, im Sinne des Strafgesetzbuches oder der besonderen Gesetze mit einer Hauptkorrekionalgefängnisstrafe von fünf Jahren oder einer schwereren Strafe bestraft worden wäre. Ausgeschlossen sind die als Diebstahl oder Hehlerei qualifizierte Tat ohne erschwerenden Umstand und die als Computerbetrug qualifizierte Tat;

2. oder sie eine als Körperverletzung qualifizierte Tat mit erschwerendem Umstand begangen haben;

3. oder schon vorher ein Urteil zum Grunde gegen sie ergangen ist, durch das eine Betreuung in einer geschlossenen Einrichtung oder einer anderen der Situation angemessenen geschlossenen stationären Betreuungsform oder in einer offenen oder geschlossenen Abteilung einer öffentlichen Jugendschutzeinrichtung angeordnet wurde und sie eine neue Jugendstraftat begangen haben;

4. oder eine Abänderung der Jugendschutzmaßnahme gemäß Artikel 68 ihnen gegenüber erfolgt ist, weil sie die vorher auferlegten vorläufigen Jugendschutzmaßnahmen oder Jugendschutzmaßnahmen zum Grunde nicht eingehalten haben. In diesem Fall kann die stationäre Betreuung für einen nicht verlängerbaren Zeitraum von höchstens sechs Monaten angeordnet werden.

§3 – Die in §1 Absatz 1 Nummern 4 und 6 erwähnte Behandlung des tatverdächtigen Jugendlichen in einer Einrichtung oder einer anderen der Situation angemessenen stationären Behandlungsform wird innerhalb von 30 Tagen ab ihrer Anordnung durch eine in Artikel 64 §3 erwähnte psychologische oder medizinische Untersuchung, die die Erforderlichkeit dieser Behandlung feststellt, bestätigt. In Ermangelung einer solchen Bestätigung hebt der Jugendrichter oder das Jugendgericht die angeordnete Jugendschutzmaßnahme auf oder ersetzt sie durch eine andere Jugendschutzmaßnahme.

Die in §1 Absatz 1 Nummern 4 und 6 erwähnte Behandlung des tatverdächtigen Jugendlichen in einer Einrichtung oder einer anderen der Situation angemessenen stationären Behandlungsform erfolgt in Anwendung von Artikel 43 des Gesetzes vom 8. April 1965.

§4 – Beschließt der Jugendrichter oder das Jugendgericht, die Betreuung des tatverdächtigen Jugendlichen in einer in §1 Absatz 1 Nummern 5 und 7 erwähnten öffentlichen Jugendschutzeinrichtung oder einer in §1 Absatz 1 Nummer 6 erwähnten Betreuung in einer geschlossenen Einrichtung oder einer anderen der Situation angemessenen geschlossenen stationären Betreuungsform anzuordnen, wird in der Entscheidung die Dauer der Jugendschutzmaßnahme festgelegt. Diese Dauer kann nur aus außergewöhnlichen Gründen in Zusammenhang mit dem gefährlichen Verhalten des tatverdächtigen Jugendlichen für sich selbst oder für andere verlängert werden.

§5 – Der Jugendrichter oder das Jugendgericht kann die Betreuung in einer in §1 Absatz 1 Nummer 6 erwähnten Betreuung in einer geschlossenen Einrichtung oder einer anderen der Situation angemessenen geschlossenen stationären Betreuungsform oder einer in §1 Absatz 1 Nummer 7 erwähnten geschlossenen Abteilung einer öffentlichen Jugendschutzeinrichtung nur für tatverdächtige Jugendliche anordnen, die zum Zeitpunkt der Jugendstraftat vierzehn Jahre alt oder älter sind, wenn:

1. sie entweder eine Jugendstraftat begangen haben, die, wenn diese Tat von einem Volljährigen begangen worden wäre, im Sinne des Strafgesetzbuches oder der besonderen Gesetze mit einer Hauptkorrektionalgefängnisstrafe von fünf bis zu zehn Jahren oder einer schwereren Strafe bestraft worden wäre;

2. oder sie einen als schweren Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht qualifizierte Tat oder eine als terroristische Straftat qualifizierte Tat begangen haben;

3. oder sie eine als Beeinträchtigung der sexuellen Unversehrtheit, als vorsätzliche Körperverletzung gemäß Artikel 400 des Strafgesetzbuches, als Vereinigung von Missetätern mit dem Ziel, Verbrechen zu begehen oder als Bedrohung von Personen gemäß Artikel 327 des Strafgesetzbuches qualifizierte Tat begangen haben;

4. oder schon vorher ein Urteil zum Grunde gegen sie ergangen ist, durch das eine stationäre Betreuung in einer geschlossenen Einrichtung oder einer anderen der Situation angemessenen geschlossenen stationären Betreuungsform oder in einer offenen oder geschlossenen Abteilung einer öffentlichen Jugendschutzeinrichtung angeordnet wurde und sie eine neue in §2 Nummern 1, 2 oder 3 erwähnte Jugendstraftat begangen haben;

5. oder eine Änderung der vorläufigen Jugendschutzmaßnahme oder der Jugendschutzmaßnahme zum Grunde gemäß Artikel 68 ihnen gegenüber erfolgt ist, weil sie die in Anwendung von §2 vorher auferlegten Maßnahmen nicht eingehalten haben oder weil sie eine andere ihnen vorher auferlegte Maßnahme nicht eingehalten haben und sie eine neue in §2 Nummern 1, 2 oder 3 erwähnte Jugendstraftat begangen haben. In diesem Fall kann die stationäre Betreuung für einen nicht verlängerbaren Zeitraum von höchstens sechs Monaten angeordnet werden.

§6 – Unbeschadet der in §§ 2 und 5 erwähnten Bedingungen kann der Jugendrichter oder das Jugendgericht die stationäre Betreuung in einer geschlossenen Einrichtung oder einer anderen der Situation angemessenen geschlossenen stationären Betreuungsform oder in einer offenen oder geschlossenen Abteilung einer öffentlichen Jugendschutzeinrichtung für einen tatverdächtigen Jugendlichen im Alter von zwölf bis vierzehn Jahre anordnen, wenn dieser das Leben oder die Gesundheit einer anderen Person ernsthaft gefährdet hat oder sein Verhalten besonders gefährlich ist.

§7 – Der Jugendrichter besucht mindestens einmal alle drei Monate den Jugendlichen, der stationär betreut wird. Er kann den Fachbereich mit dieser Aufgabe beauftragen.

Art. 83 – Aussetzung der stationären Behandlungs- oder Betreuungsmaßnahmen zur Bewährung

§1 – Das Jugendgericht kann eine stationäre Behandlungs- oder Betreuungsmaßnahme zur Bewährung aussetzen.

Die Aussetzung der stationären Behandlungs- oder Betreuungsmaßnahme zur Bewährung besteht in der Verpflichtung, eine oder mehrere der in Artikel 73 §3 Nummern 1, 2, und 3 erwähnten Jugendschutzmaßnahmen einzuhalten.

§2 – Das Jugendgericht bestimmt die Dauer der Bewährungszeit. Diese Dauer beträgt mindestens sechs und höchstens zwölf Monate ab dem Datum des Urteils.

§3 – Das Jugendgericht unterstellt den straffälligen Jugendlichen während der Bewährungszeit der Aufsicht des Fachbereichs. Der Fachbereich steht dem straffälligen Jugendlichen unterstützend zur Seite. Er prüft die Einhaltung der in §1 Absatz 2 erwähnten Jugendschutzmaßnahmen.

Spätestens zwei Monate vor Ablauf der Bewährungszeit erstellt der Fachbereich einen Bericht über die Einhaltung der Jugendschutzmaßnahmen und richtet ihn an den Prokurator des Königs.

§4 – Das Jugendgericht kann die durch den straffälligen Jugendlichen einzuhaltenden Jugendschutzmaßnahmen entweder auf Antrag des straffälligen Jugendlichen oder auf Antrag des Prokurators des Königs abändern.

§5 – Das Jugendgericht kann die Aussetzung der stationären Behandlungs- oder Betreuungsmaßnahme widerrufen, wenn der straffällige Jugendliche:

1. in der Bewährungszeit eine Jugendstraftat begeht und dadurch zeigt, dass die Erwartung, die der Aussetzung der stationären Behandlungs- oder Betreuungsmaßnahme zugrunde lag, sich nicht erfüllt hat;
2. die Jugendschutzmaßnahme nicht einhält oder sich der Aufsicht des Fachbereichs entzieht und dadurch Anlass zu der Besorgnis gibt, dass er erneut eine Jugendstraftat begehen wird.

Das Jugendgericht kann von dem Widerruf absehen, wenn es ausreicht:

1. weitere Jugendschutzmaßnahmen zu erteilen;
2. die Bewährungszeit bis zu der in §2 erwähnten Höchstdauer von zwölf Monaten zu verlängern.

Unterabschnitt 5 – Abgabe der Sache

Art. 84 – Abgabe der Sache

§1 – War ein tatverdächtiger Jugendlicher, der wegen einer Jugendstraftat an das Jugendgericht verwiesen wurde, zum Zeitpunkt dieser Tat 16 Jahre alt oder älter und ist das Jugendgericht der Ansicht, dass eine Jugendschutzmaßnahme nicht angebracht ist, kann es die Sache durch eine mit Gründen versehene Entscheidung an den Prokurator des Königs abgeben, damit die Verfolgung vor den zuständigen Gerichtsbarkeiten erfolgt, die, wenn dazu Anlass besteht, das allgemeine Strafrecht und das gemeinrechtliche Strafverfahren anwenden.

Das Jugendgericht kann die Sache jedoch nur dann abgeben, wenn zusätzlich zu der in Absatz 1 erwähnten Bedingung folgende Bedingungen erfüllt sind:

1. gegen den tatverdächtigen Jugendlichen ist bereits eine in Artikel 82 §1 Nummer 6 erwähnte stationäre Betreuung in einer geschlossenen Einrichtung oder einer anderen der Situation angemessenen geschlossenen stationären Betreuungsform oder eine in Artikel 82 §1 Nummer 7 erwähnte stationäre Betreuung in einer geschlossenen Abteilung einer öffentlichen Jugendschutzeinrichtung angeordnet worden;
2. es handelt sich im Sinne des Strafgesetzbuches um eine in Artikel 400 erwähnte Tat, um eine als Totschlag, Mord, nicht als Totschlag qualifizierte vorsätzliche Tötung, Beeinträchtigung der sexuellen Unversehrtheit mit erschwerenden Umständen, Vergewaltigung, Folter, unmenschliche Behandlung oder Diebstahl mit Gewaltanwendung oder Drohung qualifizierte Tat oder um den Versuch, eine im Sinne des Strafgesetzbuches als Totschlag qualifizierte Tat zu begehen.

In Abweichung von Absatz 2 kann das Jugendgericht die Sache ebenfalls abgeben, wenn:

1. der straffällige Jugendliche eine im Sinne des Strafgesetzbuches als schwerer Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht oder terroristische Straftat qualifizierte Tat begangen hat, die, wenn sie von einer volljährigen Person begangen worden wäre, eine Hauptkorrektionalgefängnisstrafe von fünf bis zu zehn Jahren oder einer schwereren Strafe zur Folge hätte;
2. der straffällige Jugendliche eine Jugendstraftat begangen hat, die, wenn diese Tat von einer volljährigen Person begangen worden wäre, im Sinne des Strafgesetzbuches eine Haftstrafe von 20 Jahren oder einer schwereren Strafe zur Folge hätte.

Die in §1 Absatz 1 erwähnte Begründung betrifft insbesondere die Persönlichkeit des straffälligen Jugendlichen, seine Lebenssituation und sein Urteilsvermögen.

§2 – Das Jugendgericht kann eine Sache erst abgeben, nachdem es die in Artikel 64 §1 erwähnte Sozialuntersuchung und die in Artikel 64 §3 erwähnte psychologische oder medizinische Untersuchung hat durchführen lassen.

Ziel der psychologischen oder medizinischen Untersuchung ist es, die Lage entsprechend der Persönlichkeit des straffälligen Jugendlichen, seine Lebenssituation sowie sein Urteilsvermögen zu beurteilen. Die Art, die Häufigkeit und die Schwere der ihm angelasteten Taten werden in Betracht gezogen, sofern sie zur Beurteilung seiner Persönlichkeit beitragen.

In Abweichung von Absatz 1 kann das Jugendgericht:

1. eine Sache abgeben, ohne über den Bericht der psychologischen oder medizinischen Untersuchung zu verfügen, wenn es feststellt, dass der tatverdächtige Jugendliche sich dieser Untersuchung entzieht oder sie verweigert;
2. eine Sache abgeben, ohne eine Sozialuntersuchung durchführen zu lassen und ohne eine psychologische oder medizinische Untersuchung beantragen zu müssen, wenn gegenüber dem tatverdächtigen Jugendlichen aufgrund einer oder mehrerer in Artikel 323 erwähnter Taten oder im Sinne des Strafgesetzbuches als Beeinträchtigung der sexuellen Unversehrtheit mit erschwerenden Umständen, Vergewaltigung, Totschlag, Mord, nicht als Totschlag qualifizierte vorsätzliche Tötung oder Diebstahl mit Gewaltanwendung oder Drohung qualifizierte Taten, die er nach dem Alter von 16 Jahren begangen hat, per Urteil bereits eine Maßnahme ergriffen wurde und der tatverdächtige Jugendliche erneut wegen einer oder mehrerer dieser nach der ersten Verurteilung begangener Taten verfolgt wird. Die Aktenstücke des vorherigen Verfahrens müssen denen des neuen Verfahrens beigelegt werden.

§3 - Vorliegender Artikel ist anwendbar, wenn der straffällige Jugendliche zum Zeitpunkt des Urteils das Alter von 18 Jahren bereits erreicht hat.

KAPITEL 6 - ANERKENNUNG UND BEZUSCHUSSUNG

Abschnitt 1 – Anerkennung von Jugendhilfe- und Jugendschutzanbietern

Art. 85 – Spezifischer Anwendungsbereich

Dieser Abschnitt ist anwendbar auf die Anerkennung von Jugendhilfe- und Jugendschutzanbietern, mit Ausnahme der Anerkennung von Pflegefamilien.

Art. 86 - Anerkennungsbedingungen

Jede natürliche oder juristische Person, die hauptsächlich im Bereich der Jugendhilfe oder des Jugendschutzes im deutschen Sprachgebiet tätig ist, muss vor Aufnahme der Tätigkeit von der Regierung als Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter anerkannt sein und mindestens folgende Bedingungen erfüllen:

1. als juristische Person ohne Gewinnerzielungsabsicht konstituiert sein oder eine juristische Person öffentlichen Rechts sein und über qualifiziertes Personal verfügen, das den von der Regierung festgelegten Mindestanforderungen entspricht, oder eine qualifizierte natürliche Person sein, die den von der Regierung festgelegten Mindestanforderungen entspricht;
2. die Personalmitglieder der juristischen Person ohne Gewinnerzielungsabsicht oder der juristischen Person öffentlichen Rechts oder die natürliche Person haben keinen Eintrag im Strafregister gemäß Artikel 596 Absatz 2 des Strafprozessgesetzbuches, der ihnen unter anderem die Tätigkeit im Bereich der Erziehung, der psycho-medizinisch-sozialen Betreuung, der Jugendhilfe, des Kinderschutzes oder der Animation für oder Betreuung von Minderjährigen untersagt. Liegt der Wohnsitz dieser Personen im Ausland, weisen sie ein gleichwertiges Dokument einer zuständigen Behörde vor, das ihnen die Tätigkeit im Bereich der Erziehung, der psycho-medizinisch-sozialen Betreuung, der Jugendhilfe, des Kinderschutzes, der Animation für oder der Betreuung von Minderjährigen ermöglicht;
3. eine oder mehrere der in den Artikeln 9, 10 oder 11 erwähnten Formen der Jugendhilfe- und Jugendschutzmaßnahmen anbieten;
4. die Integrität des Kindes und dessen nationale und internationale Grundrechte sowie die in den Artikeln 4 und 6 erwähnten Rechte und Ansprüche des Kindes, des Jugendlichen und der Erziehungsberechtigten achten;
5. den in den Artikeln 7 und 8 erwähnten Zielen der Jugendhilfe und des Jugendschutzes folgen;
6. die von der Regierung festgelegten Bedingungen in Bezug auf die Infrastruktur erfüllen;
7. die Aufsicht der Regierung in Bezug auf die Anwendung des vorliegenden Dekrets und seiner Ausführungserlasse akzeptieren.

Der Fachbereich gilt in Anwendung des vorliegenden Artikels von Rechts wegen als anerkannt.

Art. 87 – Anerkennungsverfahren

§1 - Für den Erhalt der Anerkennung als Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter reichen die natürlichen oder juristischen Personen einen schriftlichen Antrag bei der Regierung ein.

Dem Antrag sind Unterlagen beigefügt, aus denen hervorgeht, dass die in Artikel 86 erwähnten Bedingungen erfüllt sind. Die Regierung kann weitere Inhalte des Antrags auf Anerkennung festlegen, insofern diese zu einer Erhöhung der Qualität der Jugendhilfe und des Jugendschutzes beitragen können.

Jede natürliche oder juristische Person kann die Anerkennung für eine oder mehrere der in den Artikeln 9, 10 oder 11 erwähnten Formen der Jugendhilfe- und Jugendschutzmaßnahmen beantragen.

§2 - Die Anerkennung wird für eine Dauer von sechs Jahren erteilt und ist erneuerbar.

Die Anerkennung kann keiner anderen natürlichen oder juristischen Personen übertragen werden.

§3 - Die Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter stellen einen neuen Antrag auf Anerkennung:

1. spätestens drei Monate, bevor die Anerkennung abgelaufen ist;
2. wenn festgestellt wird, dass die in der Anerkennung erwähnten Angaben nicht mehr mit der Wirklichkeit übereinstimmen oder aus anderen Gründen die Notwendigkeit besteht, die in der Anerkennung erwähnten Angaben abzuändern.

§4 - Die Regierung legt Folgendes fest:

1. die Verfahren zur Anerkennung;
2. die Verfahren zur Abänderung der Anerkennung;
3. die Verfahren zur Erneuerung der Anerkennung;
4. die Einspruchsmöglichkeiten im Fall eines abgelehnten Antrags.

Art. 88 – Gleichstellung der Anerkennung

§1 - Verfügt der Antragsteller bereits über eine entsprechende Anerkennung, die durch eine Behörde einer anderen Gemeinschaft, eines anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Union oder eines Beitrittslandes eines mit der Europäischen Union abgeschlossenen Assoziationsabkommens ausgestellt wurde, kann diese Anerkennung zur Niederlassung des Dienstes im deutschen Sprachgebiet in Anwendung von Artikel 49 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union, durch die Regierung auf Antrag einer in Anwendung des vorliegenden Dekretes erteilten Anerkennung gleichgestellt werden.

Dienstleistungserbringer aus einem anderen Mitgliedsstaat der Europäischen Union oder eines Beitrittslandes eines mit der Europäischen Union abgeschlossenen Assoziationsabkommens können in Anwendung von Artikel 45 Absatz 3 und Artikel 56 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union im deutschen Sprachgebiet hauptsächlich im Bereich der Jugendhilfe oder des Jugendschutzes tätig werden, insofern sie in ihrem Herkunftsland über eine Anerkennung oder Zulassung zur Begleitung oder Betreuung von Kindern und Jugendlichen verfügt.

Die Regierung legt das Verfahren zur Gleichstellung der Anerkennung fest.

§2 - Die Personen, die in Anwendung von Artikel 86 Absatz 1 Nummer 1 eine Berufsqualifikation nachweisen müssen und diese in einem anderen Mitgliedsstaat der Europäischen Union oder in einem Beitrittsland eines mit der Europäischen Union abgeschlossenen Assoziationsabkommens erhalten haben, beantragen in Anwendung der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen bei der zuständigen Behörde eine Anerkennung der im Ausland erhaltenen Qualifikation.

Sind diese Personen bei einem in §1 Absatz 2 erwähnten Dienstleistungserbringer beschäftigt, der seine Niederlassung in einem anderen Mitgliedsstaat der Europäischen Union oder eines Beitrittslandes eines mit der Europäischen Union abgeschlossenen Assoziationsabkommens hat, gelten die in Artikel 86 Absatz 1 Nummer 1 festgelegten Qualifikationsbedingungen in Anwendung von Artikel 5 der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen als erfüllt.

Art. 89 - Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung der Anerkennung

Für die Aufrechterhaltung der Anerkennung halten die Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter die in Artikel 86 erwähnten Bedingungen, die der Anerkennung zugrunde liegen, sowie folgende weiteren Verpflichtungen ein:

1. sie nehmen an fachbezogenen Fortbildungen und Supervisionen teil;
2. sie übermitteln dem Fachbereich auf Anfrage alle erforderlichen Auskünfte;

3. sie übermitteln dem Fachbereich, dem Prokurator des Königs, dem Jugendrichter oder dem Jugendgericht fristgerecht oder auf Anfrage die erforderlichen Berichte und Informationen;

4. sie übermitteln dem Fachbereich bis zum 31. Mai jeden Jahres einen Bericht über die Umsetzung ihrer Aufgaben zum vorherigen Jahr. Die Regierung legt den Inhalt dieses Berichts fest;

5. sie nehmen mindestens einmal jährlich an einem Inspektionstreffen mit dem Fachbereich teil. Dieses kann bei Bedarf vor Ort stattfinden.

Die Regierung kann die in Absatz 1 erwähnten Verpflichtungen präzisieren und weitere Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung der Anerkennung festlegen, insofern diese zu einer Erhöhung der Qualität der Jugendhilfe oder des Jugendschutzes beitragen können.

Art. 90 - Aussetzung und Entzug der Anerkennung

§1 - Hält der Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter eine oder mehrere Verpflichtungen nicht ein, fordert die Regierung ihn gemäß den von ihr festgelegten Modalitäten auf, diesen Verpflichtungen nachzukommen.

Kommt der Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter nach der in Absatz 1 erwähnten Anforderung weiterhin nicht den Verpflichtungen nach, setzt die Regierung die Anerkennung aus und/oder entzieht sie.

§2 - Die Regierung legt Folgendes fest:

1. die Verfahren zur Aussetzung der Anerkennung;
2. die Verfahren zum Entzug der Anerkennung;
3. die Einspruchsmöglichkeiten im Fall einer Aussetzung und/oder eines Entzugs der Anerkennung.

§3 - Während der Aussetzung oder des Entzugsverfahrens kann der Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter nur die Jugendhilfe- und Jugendschutzmaßnahmen fortführen, die bereits vor Notifizierung der Entscheidung über die Aussetzung oder die Einleitung eines Entzugsverfahrens begonnen wurden.

Während der Aussetzung oder des Entzugsverfahrens kann der Fachbereich, der Prokurator des Königs, der Jugendrichter oder das Jugendgericht die Umsetzung laufender Jugendhilfe- und Jugendschutzmaßnahmen beenden.

Art. 91 - Beendigung der Dienstleistungen

Unbeschadet einer freiwilligen Einstellung der Dienstleistungen haben der Entzug der Anerkennung gemäß Artikel 90 oder gegebenenfalls der Ablauf der Anerkennung die Beendigung aller Dienstleistungen im Bereich der Jugendhilfe oder des Jugendschutzes des betroffenen Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieters zur Folge.

Die Regierung legt die Verfahren zur Beendigung der Dienstleistungen fest.

Abschnitt 2 - Anerkennung von Pflegefamilien

Unterabschnitt 1 – Anwendungsbereich

Art. 92 – Spezifischer Anwendungsbereich

Vorliegender Abschnitt ist anwendbar auf die Anerkennung von Pflegefamilien.

Unterabschnitt 2 – Anerkennungsbedingungen und Anerkennungsverfahren

Art. 93 - Anerkennungsbedingungen

Jede natürliche Person, die im Rahmen des vorliegenden Dekrets eine Pflegschaft übernimmt, muss vor Aufnahme der Tätigkeit von der Regierung als Pflegefamilie anerkannt sein und mindestens folgende Bedingungen erfüllen:

1. keinen Eintrag im Strafregister gemäß Artikel 596 Absatz 2 des Strafprozessgesetzbuches haben, der ihr unter anderem die Tätigkeit im Bereich der Erziehung, der psycho-medizinisch-sozialen Betreuung, der Jugendhilfe, des Kinderschutzes, der Animation für oder Betreuung von Minderjährigen untersagt. Liegt der Wohnsitz dieser Personen im Ausland, weisen sie ein gleichwertiges Dokument einer zuständigen Behörde vor, das ihnen die Tätigkeit im Bereich der Erziehung, der psycho-medizinisch-sozialen Betreuung, der Jugendhilfe, des Kinderschutzes, der Animation für oder der Betreuung von Minderjährigen ermöglicht;

2. über ausreichenden und angepassten Wohnraum für die Aufnahme des Kindes oder Jugendlichen verfügen;

3. über dem Bedarf des Kindes oder des Jugendlichen entsprechenden zeitlichen Freiraum verfügen;

4. die Mitglieder der Pflegefamilie, die dem Haushalt angehören, haben keinen Eintrag im Strafregister gemäß Artikel 596 Absatz 2 des Strafprozessgesetzbuches, der ihnen unter anderem die Tätigkeit im Bereich der Erziehung, der psycho-medizinisch-sozialen Betreuung, der Jugendhilfe, des Kinderschutzes, der Animation für oder Betreuung von Minderjährigen untersagt. Liegt der Wohnsitz dieser Personen im Ausland, weisen sie ein gleichwertiges Dokument einer zuständigen Behörde vor, das ihnen die Tätigkeit im Bereich der Erziehung, der psycho-medizinisch-sozialen Betreuung, der Jugendhilfe, des Kinderschutzes, der Animation für oder der Betreuung von Minderjährigen ermöglicht;

5. die Mitglieder der Pflegefamilie, die dem Haushalt angehören, sind frei von Suchtproblemen oder Krankheiten, die die Integrität des Kindes oder Jugendlichen ernsthaft gefährden könnten;

6. der Lebensunterhalt der Mitglieder der Pflegefamilie, die dem Haushalt angehören, ist gesichert;

7. die hygienischen Voraussetzungen für die Aufnahme des Kindes oder Jugendlichen sind gegeben.

Art. 94 – Anerkennungsverfahren

§1 - Für den Erhalt der Anerkennung schließen die in Artikel 93 erwähnten natürlichen Personen die Pflegschaftsvorbereitung ab.

Die Pflegefamilienkandidaten können für eine oder mehrere der folgenden Formen der Pflegschaft anerkannt werden:

1. Bereitschaftspflege;
2. Langzeitpflege;
3. Teilzeitpflege.

§2 - Die Anerkennung wird für eine Dauer von sechs Jahren erteilt und ist erneuerbar.

Die Anerkennung kann keiner anderen natürlichen Person übertragen werden.

§3 - Die Pflegefamilien stellen einen Antrag auf Erneuerung der Anerkennung spätestens einen Monat, bevor die Anerkennung abgelaufen ist.

§4 - Die Regierung legt Folgendes fest:

1. die Verfahren zur Anerkennung;
2. die Einspruchsmöglichkeiten im Fall einer Verweigerung der Anerkennung;
3. die Verfahren zur Abänderung der Anerkennung;
4. die Verfahren zur Erneuerung der Anerkennung;
5. die Einspruchsmöglichkeiten im Fall eines abgelehnten Antrags auf Erneuerung der Anerkennung.

Art. 95 - Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung der Anerkennung

Für die Aufrechterhaltung der Anerkennung halten die Pflegefamilien die in Artikel 93 erwähnten Bedingungen, die der Anerkennung zugrunde liegen, sowie folgende weiteren Verpflichtungen ein:

1. sie achten die Integrität des Kindes oder Jugendlichen und dessen nationale und internationale Grundrechte sowie die in den Artikeln 4 und 6 erwähnten Rechte und Ansprüche des Kindes, des Jugendlichen und der Erziehungsberechtigten;
2. sie folgen den in den Artikeln 7 und 8 erwähnten Zielen der Jugendhilfe und des Jugendschutzes;
3. sie gewährleisten die konstruktive Zusammenarbeit mit dem Fachbereich;
4. sie gewährleisten den Kontakt der Kinder und Jugendlichen mit ihren Erziehungsberechtigten unter Berücksichtigung der Auflagen und Bedingungen des Fachbereichs, des Prokurators des Königs, des Jugendrichters oder des Jugendgerichts;
5. sie verpflichten sich zu einer respektvollen Haltung gegenüber den Erziehungsberechtigten und grenzen sich gegenüber ihrer Rolle ab;
6. unbeschadet der Informationspflicht gegenüber dem Fachbereich, dem Prokurator des Königs, dem Jugendrichter oder dem Jugendgericht geben sie vertrauliche Informationen über den Werdegang des Pflegekindes und seine Familienverhältnisse, auch nach Beendigung der Pflegschaft, nicht an andere Personen weiter;
7. sie schließen eine Haftpflichtversicherung zu Gunsten des Pflegekindes ab;
8. sie nehmen regelmäßig an Gesprächskreisen, organisierten Weiterbildungen oder sonstigen Angeboten des Fachbereichs teil;
9. sie gestatten den Mitarbeitern des Fachbereichs die Durchführung von Hausbesuchen;
10. sie schaffen die Voraussetzungen dafür, dass die Mitarbeiter des Fachbereichs sich jederzeit mit dem Pflegekind in Verbindung setzen können;
11. sie lassen dem Fachbereich auf Anfrage die notwendigen Auskünfte zukommen.

Die Regierung kann weitere Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung der Anerkennung festlegen, insofern diese zu einer Erhöhung der Qualität der Pflegschaft beitragen können.

Art. 96 - Aussetzung und Entzug der Anerkennung

§1 - Hält die Pflegefamilie eine oder mehrere Verpflichtungen nicht ein, fordert die Regierung sie gemäß den von ihr festgelegten Modalitäten auf, diesen Verpflichtungen nachzukommen.

Kommt die Pflegefamilie nach der in Absatz 1 erwähnten Aufforderung weiterhin nicht den Verpflichtungen nach, setzt die Regierung die Anerkennung aus und/oder entzieht sie.

§2 - Die Regierung legt Folgendes fest:

1. die Verfahren zur Aussetzung der Anerkennung;
2. die Verfahren zum Entzug der Anerkennung;

3. die Einspruchsmöglichkeiten im Fall einer Aussetzung und/oder eines Entzugs der Anerkennung.

Während der Aussetzung oder des Entzugsverfahrens kann der Fachbereich, der Prokurator des Königs, der Jugendrichter oder das Jugendgericht die Pflegschaft der Pflegefamilie beenden.

Art. 97 - Beendigung der Pflegschaft

Unbeschadet einer freiwilligen Einstellung der Pflegschaft durch die Pflegefamilie hat der Entzug der Anerkennung gemäß Artikel 96 oder gegebenenfalls der Ablauf der Anerkennung die Beendigung der Pflegschaft der betroffenen Pflegefamilie zur Folge.

Die Regierung legt die Verfahren zur Beendigung der Pflegschaft fest.

Art. 98 – Pflegeelternausweis

Jeder Elternteil einer gemäß Artikel 94 anerkannten Langzeitpflegefamilie, die eine Pflegschaft übernimmt, erhält einen Pflegeelternausweis, der ihr Statut als Pflegeeltern belegt.

Der Pflegeelternausweis ist für die Dauer der Pflegschaft gültig und enthält mindestens folgende Angaben:

1. die Identität der Pflegeeltern;
2. die Identität des Pflegekindes;
3. die Pflegschaftsform.

Art. 99 – Höchstanzahl Pflegekinder

Eine Bereitschafts- oder Langzeitpflegefamilie betreut höchstens drei Pflegekinder gleichzeitig.

In Abweichung von Absatz 1 können nach einer positiven Stellungnahme des Fachbereichs mehr als drei Pflegekinder gleichzeitig betreut werden.

Unterabschnitt 3 – Pflegschaftsvorbereitung

Art. 100 – Informationsgespräch

Vor der Pflegschaftsvorbereitung nehmen die Pflegefamilienkandidaten an einem persönlichen Informationsgespräch mit dem Fachbereich teil. Im Rahmen dieses Gesprächs erhalten die Pflegefamilienkandidaten allgemeine Informationen zur Pflegschaft, zur Pflegschaftsvorbereitung und zum Anerkennungsverfahren.

Art. 101 – Fragebogen

Im Rahmen des in Artikel 100 erwähnten Informationsgesprächs händigt der Fachbereich den Pflegefamilienkandidaten einen Fragebogen zur Teilnahme an der Pflegschaftsvorbereitung aus.

Der Fragebogen enthält folgende Angaben über die Pflegefamilienkandidaten:

1. Identität;
2. Sprachkenntnisse;

3. Wohnsituation;
4. Familiensituation;
5. Familiengeschichte;
6. soziales Umfeld;
7. persönliche Entwicklung;
8. Schulabschluss und Ausbildung;
9. berufliche und finanzielle Situation;
10. Gesundheitszustand;
11. philosophische Auffassung oder Religionszugehörigkeit;
12. Freizeitbeschäftigung;
13. Fähigkeiten und Interessen;
14. Kontaktangaben;
15. Informationen zum Pflegschaftsprojekt.

Die Regierung legt das Muster des Fragebogens fest.

Art. 102 – Einschreibung

Um sich für die Pflegschaftsvorbereitung einschreiben zu können, erfüllen die Pflegefamilienkandidaten die in Artikel 93 erwähnten Anerkennungsbedingungen. Der Fachbereich überprüft die Erfüllung der Anerkennungsbedingungen.

In Abweichung von Absatz 1 kann die Regierung natürliche Personen, die im Rahmen des vorliegenden Dekrets die Pflegschaft eines verwandten oder vertrauten Kindes oder Jugendlichen übernehmen, ungeachtet der Erfüllung der in Artikel 93 erwähnten Anerkennungsbedingungen für die Pflegschaftsvorbereitung zulassen, insofern eine positive Stellungnahme des Fachbereichs vorliegt.

Die Regierung legt die Liste der Dokumente, die für die Einschreibung zur Teilnahme an der Pflegschaftsvorbereitung vorzulegen sind, sowie das Verfahren zur Erstellung der positiven Stellungnahme des Fachbereichs fest.

Art. 103 – Pflegschaftsvorbereitung

Die Pflegschaftsvorbereitung wird durch den Fachbereich organisiert.

Pflegefamilienkandidaten, die zusammenwohnen, müssen gemeinsam an der Pflegschaftsvorbereitung teilnehmen.

Der Fachbereich kann Dritte mit der vollständigen oder teilweisen Durchführung der Pflegschaftsvorbereitung beauftragen.

Die Regierung legt den Inhalt, die Modalitäten und die Dauer der Pflegschaftsvorbereitung fest.

Art. 104 – Gleichstellung einer Vorbereitung

Die Regierung legt fest, unter welchen Bedingungen eine andere Pflegschaftsvorbereitung oder die Vorbereitung auf eine andere Form der Aufnahme von Kindern der Pflegschaftsvorbereitung des Fachbereichs ganz oder teilweise gleichgestellt werden kann.

Abschnitt 3 - Vertrag

Art. 105 – Inhalt

§1 - Die in Artikel 107 Absatz 1 erwähnte Bezuschussung, deren Modalitäten sowie eine Aufgabenbeschreibung werden im Rahmen eines Vertrags zwischen der Regierung und den anerkannten Jugendhilfe- oder Jugendschutzanbietern festgelegt.

Die Regierung legt den Rahmen sowie die weiteren Inhalte des Vertrags fest.

§2 - Die Regierung kann mit anerkannten Jugendhilfe- oder Jugendschutzanbietern oder mit Dienstleistern einen Vertrag abschließen, in dem die Modalitäten der in Artikel 107 Absatz 2 erwähnten Kostenübernahme festgelegt werden.

Die Regierung legt den Rahmen sowie die weiteren Inhalte des Vertrags fest.

Art. 106 - Dauer

Die Dauer der in Artikel 105 erwähnten Verträge beträgt mindestens ein Jahr und höchstens sechs Jahre. Insofern der Jugendhilfe- oder Jugendschutzanbieter weiterhin anerkannt ist, ist der Vertrag nach Ablauf verlängerbar.

KAPITEL 7 – FINANZIELLE BESTIMMUNGEN

Abschnitt 1 – Bezuschussung, Kostenübernahme und Pflegschaftsgeld

Art. 107 – Bezuschussung und Kostenübernahme

Die Regierung kann im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel unter den von ihr festgelegten Bedingungen den Jugendhilfe- oder Jugendschutzanbietern Zuschüsse für Personal- und Funktionskosten zwecks Umsetzung der Jugendhilfe- und Jugendschutzmaßnahmen gewähren.

Unbeschadet anderslautender innerbelgischer oder internationaler Zusammenarbeitsabkommen und der Amtshilfe sowie anderer in vorliegendem Dekret festgelegten finanziellen Bestimmungen übernimmt die Regierung im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel unter den von ihr festgelegten Bedingungen die Kosten der Beratungen sowie der Jugendhilfe- oder Jugendschutzmaßnahmen, die in Anwendung des vorliegenden Dekrets vereinbart oder angeordnet wurden.

Art. 108 - Zuschusskontrolle

Die Kontrolle der Verwendung der in Ausführung des vorliegenden Dekrets gewährten Zuschüsse erfolgt gemäß den Bestimmungen des Gesetzes vom 16. Mai 2003 zur Festlegung der für die Haushaltspläne, die Kontrolle der Subventionen und die Buchführung der Gemeinschaften und Regionen sowie für die Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof geltenden allgemeinen Bestimmungen.

Art. 109 – Pflegschaftsgeld

Personen, die in Ausführung des vorliegenden Dekrets eine Pflegschaft übernehmen, erhalten zur Deckung der Betreuungskosten der Pflegekinder eine pauschale Entschädigung pro Tag und pro Pflegekind. Diese Entschädigung wird Pflegschaftsgeld genannt.

Die Regierung legt die Höhe, die Gewährungsbedingungen und die Auszahlungsmodalitäten des Pflegschaftsgelds fest.

Abschnitt 2 – Kostenbeteiligung

Art. 110 – Kostenbeteiligung der Unterhaltspflichtigen

§1 - Die unterhaltspflichtigen Personen oder der junge Erwachsene können zu einer Beteiligung an den Kosten der Jugendhilfe- und Jugendschutzmaßnahmen verpflichtet werden.

Die Regierung legt die Bedingungen und die Höhe der Kostenbeteiligung sowie die Modalitäten zu ihrer Berechnung fest.

Die Regierung legt die Bedingungen fest, unter denen eine Kostenbeteiligung ganz oder teilweise erlassen werden kann, wenn die finanzielle Belastung den unterhaltspflichtigen Personen oder dem jungen Erwachsenen nicht zuzumuten ist.

§2 - Die Kostenbeteiligung tritt am ersten Tag des Monats nach dem Monat, in dem die Jugendhilfe- oder Jugendschutzmaßnahme begonnen hat, in Kraft.

Im Rahmen der vorläufigen Jugendhilfe- und Jugendschutzmaßnahmen kann der Jugendrichter die Kostenbeteiligung der unterhaltspflichtigen Personen vorläufig bis zum Tage der Verkündung der Entscheidung zum Grunde festlegen. Die vorläufige Kostenbeteiligung tritt am ersten Tag des Monats nach dem Monat, in dem die vorläufige Jugendhilfe- oder Jugendschutzmaßnahme begonnen hat, in Kraft.

§3 - Im Falle einer ausbleibenden Zahlung der in §1 erwähnten Kostenbeteiligung können die ausstehenden Beträge gemäß Artikel 51.1 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft beigetrieben werden.

Abschnitt 3 – Finanzielle Beihilfen

Art. 111 - Lebenshaltungskosten

Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter sowie Dienstleister, die selbstständig wohnende Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene im Rahmen des Dekrets ambulant begleiten, können für die Deckung der Lebenshaltungskosten dieser Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine Kostenentschädigung pro Kind, Jugendlichen oder jungen Erwachsenen beantragen.

Die Regierung legt die Gewährungsbedingungen und die Finanzierungsmodalitäten der Kostenentschädigung sowie die Bedingungen und die Modalitäten des Antrags fest.

Art. 112 – Sonderauslagen und Ausgaben von Erziehungsberechtigten

§1 - Erziehungsberechtigte, deren Kind oder Jugendlicher im Rahmen des vorliegenden Dekrets durch den Fachbereich, einen Jugendhilfe- oder Jugendschutzanbieter, einen Dienstleister oder eine Pflegefamilie behandelt, betreut oder begleitet wird, können eine Erstattung der Sonderauslagen, die sie für dieses Kind oder diesen Jugendlichen getätigt haben, beantragen.

Die Regierung legt die Art der Sonderauslagen, die Bedingungen und die Modalitäten ihrer Erstattung, sowie die Bedingungen und die Modalitäten des Antrags fest.

§2 – Erziehungsberechtigte, deren Kind oder Jugendlicher sich in einer stationären Jugendhilfe- oder Jugendschutzmaßnahme befindet, können eine Erstattung der Ausgaben, die sie zur Förderung der Kontakte mit diesem Kind oder Jugendlichen getätigt haben, beantragen.

Die Regierung legt die Art der Ausgaben, die Bedingungen und die Modalitäten ihrer Erstattung, sowie die Bedingungen und die Modalitäten des Antrags fest.

Art. 113 – Ausgaben von stationären und teilstationären Anbietern, Dienstleistern sowie Pflegefamilien

Im Rahmen von stationären und teilstationären Maßnahmen können Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter, Dienstleister sowie Pflegefamilien eine Erstattung der Ausgaben, die sie für die behandelten, betreuten oder begleiteten Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen getätigt haben, beantragen.

Die Regierung legt die Art der Ausgaben, die Bedingungen und die Modalitäten ihrer Erstattung sowie die Bedingungen und die Modalitäten des Antrags fest.

Art. 114 – Finanzielle Unterstützung der stationär betreuten Kinder

Die Regierung kann Kindern, die sich in einer stationären Jugendhilfemaßnahme befinden, während der Dauer der Maßnahme zur Förderung ihrer Integration bei Erreichen der Volljährigkeit eine finanzielle Unterstützung gewähren.

Die Regierung legt die Höhe, die Gewährungsbedingungen und die Auszahlungsmodalitäten der finanziellen Unterstützung fest.

KAPITEL 8 – BESCHWERDEN

Art. 115 – Beschwerderecht

Kinder, Jugendliche und ihre Erziehungsberechtigten sowie junge Erwachsene, die eine Beschwerde gegen eine Amtshandlung oder Arbeitsweise einer natürlichen oder juristischen Person, die mit der Umsetzung von Jugendhilfe- oder Jugendschutzmaßnahmen oder einer Beratung beauftragt wurde, erheben möchten, richten diese schriftlich an die Leitung der juristischen Person oder an die natürliche Person selbst.

Kommt es auf Initiative der Person, gegen die sich die Beschwerde richtet, im Rahmen eines Gesprächs zu keiner Einigung, richten die Parteien ihre Beschwerde an die Leitung des Fachbereichs, die sie zum Sachverhalt der Beschwerde anhört.

Kinder, Jugendliche und ihre Erziehungsberechtigten sowie junge Erwachsene, die eine Beschwerde gegen eine Amtshandlung oder Arbeitsweise des Fachbereichs erheben möchten, richten diese schriftlich an die Leitung des Fachbereichs.

Sowohl die Person, die die Beschwerde eingereicht hat, als auch die von der Beschwerde betroffene Person haben das Recht, von der Leitung des Fachbereichs zum Sachverhalt der Beschwerde angehört zu werden.

Jede an die Leitung des Fachbereichs herangetragene Beschwerde und deren Folge werden in ein dazu angelegtes Register eingetragen. Die Regierung hat Einsicht in dieses Register.

Die Regierung legt das weitere Verfahren für Beschwerden fest.

KAPITEL 9 – BERUFSGEHEIMNIS UND AKTENEINSICHT

Art. 116 - Geheimhaltungspflicht

§1 – Wer in gleich welcher Eigenschaft an der Anwendung des vorliegenden Dekrets und seiner Ausführungsbestimmungen mitwirkt, ist aufgrund dieser Mitwirkung zur Geheimhaltung der Sachverhalte verpflichtet, die ihm bei der Erfüllung seines Auftrags anvertraut werden und damit im Zusammenhang stehen.

§2 – In Abweichung von §1 darf jede natürliche oder juristische Person, die an der Anwendung des vorliegenden Dekrets mitwirkt, die Sachverhalte, die ihr bei der Erfüllung ihres Auftrags anvertraut werden und damit im Zusammenhang stehen, nur unter einer der folgenden Bedingungen weitergeben:

1. der Empfänger unterliegt ebenfalls dem Berufsgeheimnis und die Weitergabe ist erforderlich, um das Ziel der Jugendhilfe- oder Jugendschutzmaßnahme oder der Beratung zu erreichen oder um die mögliche Gefährdung des Kindes oder Jugendlichen festzustellen. Der weitergegebene Sachverhalt beschränkt sich auf das für das Ziel der Jugendhilfe- oder Jugendschutzmaßnahme oder der Beratung oder auf das für die Feststellung der Gefährdung notwendige Maß. Das Kind oder der Jugendliche, die das erforderliche Urteilsvermögen besitzen oder mindestens zwölf Jahre alt sind, und die Erziehungsberechtigten des Kindes oder des Jugendlichen sowie der junge Erwachsene müssen vorab ihre Einwilligung zur Weitergabe des Sachverhalts an den Empfänger erteilt haben, es sei denn, dies steht der Integrität des Kindes oder Jugendlichen entgegen;

2. die Bedingungen von Artikel 422bis, 458 und 458bis des Strafgesetzbuches sind erfüllt und erlauben dem Träger von vertraulichen Sachverhalten, diese weiterzugeben;

3. die Weitergabe erfolgt an Mitarbeiter des Fachbereichs, die diese vertraulichen Sachverhalte ausschließlich für zweckgebundene Verwaltungsaufgaben benötigen. Diese vertraulichen Sachverhalte werden, soweit dies mit dem Ziel zu vereinbaren ist, anonymisiert;

4. die Weitergabe erfolgt an die Leitung des Fachbereichs, unter der Voraussetzung, dass dies zur Ausübung der Aufsicht über den Fachbereich erforderlich ist. Diese vertraulichen Sachverhalte werden, soweit dies mit dem Ziel zu vereinbaren ist, anonymisiert;

5. die Weitergabe erfolgt im Rahmen eines durch Vertrag, Urteil oder Beschluss erteilten Auftrags in der Form einer Sozialuntersuchung oder eines Berichts, die dem Auftraggeber übermittelt werden und nur die vertraulichen Sachverhalte enthalten, die für die Ausführung des Auftrags erforderlich sind. Die Person, die Gegenstand dieser Sozialuntersuchung oder dieses Berichtes ist, muss vorab über die erforderliche Berichterstattung informiert werden.

Die Regierung legt die Modalitäten zur Einholung der in Absatz 1 Nummer 1 erwähnten Einwilligung fest.

§3 - Die Person, die die vertraulichen Sachverhalte schriftlich festgehalten hat, muss jeweils der Übermittlung ihrer Unterlagen eingewilligt haben.

Werden vertrauliche Sachverhalte übermittelt, dürfen sie vom Empfänger nur zu dem Zweck weitergegeben werden, zu dem er diese befugterweise erhalten hat.

Art. 117 – Akteneinsicht

§1 - Unbeschadet des Artikels 55 des Gesetzes vom 8. April 1965 ist das Dekret vom 16. Oktober 1995 anwendbar auf den Fachbereich.

Unbeschadet des Artikels 5 §§1 und 2 des Dekrets vom 16. Oktober 1995 weist der Fachbereich einen Antrag auf Einsicht, Erklärung oder Abschrift bezüglich eines Verwaltungsdokumentes ab, wenn die Öffentlichkeit des Verwaltungsdokumentes:

1. der Integrität Dritter oder der Integrität des von der Jugendhilfe- oder der Jugendschutzmaßnahme betroffenen Kindes, Jugendlichen oder Erziehungsberechtigten oder des von der Beratung betroffenen jungen Erwachsenen entgegensteht;
2. dem Ziel der Jugendhilfe oder des Jugendschutzes widerspricht;
3. die erreichten Resultate der Jugendhilfe- oder Jugendschutzmaßnahme gefährdet.

Ungeachtet des Artikels 5 §3 des Dekrets von vom 16. Oktober 1995 weist der Fachbereich einen Antrag auf Einsicht, Erklärung oder Abschrift bezüglich eines Verwaltungsdokumentes ab, wenn dieses psychologische oder medizinische Gutachten oder vertrauliche Unterlagen betrifft, die dem Fachbereich vom Prokurator des Königs, vom Jugendrichter oder vom Jugendgericht übermittelt wurden.

§2 - Die Regierung legt die weiteren Modalitäten des Einsichtverfahrens sowie das Einspruchsverfahren im Falle eines abgelehnten Antrags fest.

KAPITEL 10 – VERTRAULICHKEIT, ZUSAMMENARBEIT UND DATENSCHUTZ

Art. 118 – Vertraulichkeit

Unbeschadet anderslautender gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen ist jeder, der in gleich welcher Eigenschaft an der Anwendung des vorliegenden Dekrets und seiner Ausführungsbestimmungen mitwirkt, dazu verpflichtet, die Angaben, die ihm in Ausübung seines Auftrags anvertraut werden, vertraulich zu behandeln.

Art. 119 – Zusammenarbeit bei Vermittlungen

Im Rahmen der in Artikel 57 §2 Absatz 2 und Artikel 76 §2 Absatz 2 erwähnten gemeinsamen Vermittlungen gewährleistet der Fachbereich die Zusammenarbeit mit dem Justizhaus.

Die Zusammenarbeit umfasst insbesondere:

1. den Erstkontakt mit dem Opfer, um ein gemeinsames Gespräch vorzuschlagen;
2. die Durchführung der gemeinsamen Vermittlung.

Die Regierung legt die weiteren Modalitäten der Zusammenarbeit und das Verfahren fest.

Art. 120 – Verarbeitung personenbezogener Daten

§1 – Die Erhebung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt unter Einhaltung der anwendbaren Rechtsvorschriften im Bereich Datenschutz.

Die Regierung, der Prokurator des Königs, der Jugendrichter, das Jugendgericht, die Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter, die Dienstleister, die Pflegefamilien und der in Artikel 34 Absatz 2 erwähnte Mediator dürfen die erhobenen Daten nicht zu anderen Zwecken als

zur Ausführung ihrer gesetzlichen oder dekretalen Aufträge in Zusammenhang mit dem vorliegenden Dekret verwenden.

Die in Absatz 2 erwähnten natürlichen und juristischen Personen weisen in diesem Zusammenhang ihre Mitarbeiter und externen Berater auf ihre Pflichten zur Informationssicherheit und zum Datenschutz hin.

§2 – Die Regierung, der Prokurator des Königs, der Jugendrichter, das Jugendgericht, die Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter, die Dienstleister und die Pflegefamilien sind jeweils für die im vorliegenden Dekret erwähnten Verarbeitungen personenbezogener Daten im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung verantwortlich. Als Verantwortliche für diese Verarbeitung im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutz-Grundverordnung gelten:

1. die Regierung für die Erfüllung der in den Artikeln 21, 22 und 23 sowie Kapitel 6 erwähnten Aufgaben;
2. der Prokurator des Königs, der Jugendrichter und das Jugendgericht für die Erfüllung der in Kapitel 4 Abschnitt 2 Unterabschnitt 2, Kapitel 4 Abschnitt 3 und Kapitel 5 erwähnten Aufgaben;
3. die Jugendhilfeanbieter, die Jugendschutzanbieter, die Dienstleister und die Pflegefamilien für die Erfüllung der in den Artikeln 28 Absatz 3, 31, 40 und 66 erwähnten Aufgaben.

§3 – Im Sinne von Artikel 4 Nummer 8 der Datenschutz-Grundverordnung gilt der in Artikel 34 Absatz 2 erwähnte Mediator als Auftragsverarbeiter. Er verarbeitet personenbezogene Daten im Rahmen dieses Dekrets und seiner Ausführungsbestimmungen ausschließlich im Auftrag der Regierung.

Art. 121 – Datenkategorien

§1 – Die Regierung, der Prokurator des Königs, der Jugendrichter, das Jugendgericht, die Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter, die Dienstleister und die Pflegefamilien können gemäß Artikel 120 folgende Kategorien personenbezogener Daten der Kinder, Jugendlichen und ihre Erziehungsberechtigten sowie der jungen Erwachsenen verarbeiten:

1. Daten zur Identität und Kontaktangaben;
2. Daten zum Schulabschluss und zur Ausbildung;
3. Daten zu den Sprachkenntnissen;
4. Daten zur Familiensituation;
5. Daten zur sozialen und finanziellen Situation;
6. Daten zur Freizeitbeschäftigung;
7. Daten zu den Fähigkeiten und Interessen;
8. medizinische und psychologische Daten;
9. besonders schützenswerte Daten, angeführt in Artikel 9 der Datenschutz-Grundverordnung;
10. gerichtliche Daten, angeführt in Artikel 10 der Datenschutz-Grundverordnung;
11. Daten zur philosophischen Auffassung oder zur Religionszugehörigkeit.

Die in Absatz 1 aufgeführten Datenkategorien können für die Zwecke der Jugendhilfe und des Jugendschutzes gemäß den Artikeln 7 und 8 verarbeitet werden.

§2 – Die anerkannten Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter können gemäß Artikel 120 folgende Kategorien personenbezogener Daten der Personalmitglieder verarbeiten:

1. Daten zur Identität und Kontaktangaben;
2. Daten zum Schulabschluss und zur Ausbildung;
3. Daten zum Arbeitsverhältnis und zum Gehalt;
4. gerichtliche Daten, angeführt in Artikel 10 der Datenschutz-Grundverordnung, begrenzt auf den Auszug aus dem Strafregister.

Die in Absatz 1 aufgeführten Datenkategorien können für die Zwecke der Beantragung der Anerkennung durch die Regierung Deutschsprachige Gemeinschaft unter Einhaltung der in Artikel 86 aufgeführten Bedingungen verarbeitet werden.

§3 - Im Auftrag der Regierung kann der in Artikel 34 Absatz 2 erwähnte Mediator alle in §1 Absatz 1 erwähnten angemessenen, sachdienlichen und verhältnismäßigen personenbezogenen Daten verarbeiten.

§4 – Die Regierung kann die in §§1 bis 3 aufgeführten Datenkategorien präzisieren.

Art. 122 – Dauer der Datenverarbeitung

Unbeschadet anderer Gesetzes-, Dekret- oder Verordnungsbestimmungen, die gegebenenfalls eine längere Aufbewahrungsfrist vorsehen, dürfen die in Artikel 121 §1 Absatz 1 erwähnten Daten höchstens dreißig Jahre ab dem Erreichen der Volljährigkeit der betroffenen Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in einer Form aufbewahrt werden, die die Identifizierung der betroffenen Personen ermöglicht.

Unbeschadet anderer Gesetzes-, Dekret- oder Verordnungsbestimmungen, die gegebenenfalls eine längere Aufbewahrungsfrist vorsehen, dürfen die in Artikel 121 §2 Absatz 1 erwähnten Daten höchstens zehn Jahre ab ihrer Erhebung in einer Form aufbewahrt werden, die die Identifizierung der betroffenen Personen ermöglicht.

Unbeschadet der Bestimmungen in Bezug auf das Archivwesen werden die Daten spätestens nach Ablauf der in den Absätzen 1 und 2 erwähnten Fristen vernichtet.

Art. 123 – Sicherheitsmaßnahmen

Die Regierung legt für die durch vorliegendes Kapitel vorgesehene Verarbeitung der personenbezogenen Daten gegebenenfalls die nötigen Sicherheitsmaßnahmen fest.

KAPITEL 11 – STRAFRECHTLICHE BESTIMMUNGEN

Art. 124 – Strafmaßnahme

Jede natürliche oder juristische Person, die hauptsächlich im Bereich der Jugendhilfe oder des Jugendschutzes tätig ist oder im Rahmen des vorliegenden Dekrets eine Pflegschaft übernimmt, ohne über eine gemäß Artikel 87 oder Artikel 94 erteilte Anerkennung zu verfügen, oder deren Anerkennung ausgesetzt oder entzogen wurde, wird mit einer Gefängnisstrafe von acht Tagen bis zu sechs Monaten und mit einer Geldstrafe von 25 Euro bis zu 5.000 Euro oder mit nur einer dieser Strafen belegt.

Im Wiederholungsfall innerhalb von fünf Jahren nach einer rechtskräftigen Verurteilung wegen des vorgenannten Verstoßes können die Strafen verdoppelt werden.

KAPITEL 12 - SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 125 – Abänderungsbestimmung

Artikel 29bis des Gesetzes vom 8. April 1965 über den Jugendschutz, die Betreuung Minderjähriger, die eine als Straftat qualifizierte Tat begangen haben, und die

Wiedergutmachung des durch diese Tat verursachten Schadens, ersetzt durch das Gesetz vom 27. Dezember 2016, wird aufgehoben.

Art. 126 - Abänderungsbestimmung

Artikel 36 Nummer 4 desselben Gesetzes, ersetzt durch das Gesetz vom 24. Dezember 1992, wird aufgehoben.

Art. 127 – Abänderungsbestimmung

Artikel 36bis desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 9. Mai 1972, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1, abgeändert durch die Gesetze vom 19. Januar 1990 und 2. Februar 1994, wird aufgehoben.
2. Absatz 2, abgeändert durch das Gesetz vom 2. Februar 1994, wird aufgehoben.
3. In Absatz 3, abgeändert durch das Gesetz vom 2. Februar 1994, wird die Wortfolge „im vorliegenden Artikel“ durch die Wortfolge „in Artikel 63 des Dekrets vom ... über die Jugendhilfe und den Jugendschutz“ ersetzt.

Art. 128 – Abänderungsbestimmung

Artikel 37 desselben Gesetzes, ersetzt durch das Gesetz vom 2. Februar 1994, wird wie folgt abgeändert:

1. §§1 bis 2quinquies, abgeändert durch die Gesetze vom 13. Juni 2006 und 27. Dezember 2006 und das Dekret vom 22. Februar 2016, werden aufgehoben.
2. §3 Absätze 1 bis 3, abgeändert durch das Gesetz vom 13. Juni 2006 und das Dekret vom 22. Februar 2016, werden aufgehoben.
3. §4, abgeändert durch das Gesetz vom 10. August 2005, wird aufgehoben.

Art. 129 – Abänderungsbestimmung

Artikel 37bis desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 15. Mai 2006 und abgeändert durch das Gesetz vom 27. Dezember 2006, wird aufgehoben.

Art. 130 – Abänderungsbestimmung

Artikel 37ter desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 15. Mai 2006, wird aufgehoben.

Art. 131 – Abänderungsbestimmung

Artikel 37quater desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 15. Mai 2006, wird aufgehoben.

Art. 132 – Abänderungsbestimmung

Artikel 37quinquies desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 15. Mai 2006, wird aufgehoben.

Art. 133 – Abänderungsbestimmung

Artikel 39 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Gesetz vom 2. Februar 1994, wird aufgehoben.

Art. 134 – Abänderungsbestimmung

Artikel 41 desselben Gesetzes, abgeändert durch die Gesetze vom 2. Februar 1994 und 13. Juni 2006, wird aufgehoben.

Art. 135 – Abänderungsbestimmung

Artikel 42 desselben Gesetzes, abgeändert durch die Gesetze vom 2. Februar 1994 und 16. Mai 2006, wird aufgehoben.

Art. 136 – Abänderungsbestimmung

Artikel 43 desselben Gesetzes, ersetzt durch das Gesetz vom 13. Juni 2006, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge „Artikel 36 Nr. 4“ durch die Wortfolge „Artikel 63 des Dekrets vom ... über die Jugendhilfe und den Jugendschutz“ und die Wortfolge „des vorliegenden Gesetzes“ durch die Wortfolge "des Dekrets vom ... über die Jugendhilfe und den Jugendschutz" ersetzt.

2. In Absatz 2 wird die Wortfolge „Artikel 36 Nr. 4“ durch die Wortfolge „Artikel 63 des Dekrets vom ... über die Jugendhilfe und den Jugendschutz“ und die Wortfolge "Artikel 37" durch die Wortfolge "Artikel 73 §3 Absatz 1 des Dekrets vom ... über die Jugendhilfe und den Jugendschutz" ersetzt.

Art. 137 – Abänderungsbestimmung

Artikel 44 desselben Gesetzes, ersetzt durch das Gesetz vom 30. Juli 2013, wird wie folgt abgeändert:

1. In §2 wird die Wortfolge „als Straftat qualifizierte Tat“ durch das Wort „Jugendstraftat“ ersetzt.

2. In §3 wird die Wortfolge „als Straftat qualifizierte Tat“ durch das Wort „Jugendstraftat“ ersetzt.

Art. 138 – Abänderungsbestimmung

Artikel 45bis desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 13. Juni 2006 und abgeändert durch das Gesetz vom 27. Dezember 2006, wird aufgehoben.

Art. 139 – Abänderungsbestimmung

Artikel 45ter desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 13. Juni 2006, wird aufgehoben.

Art. 140 – Abänderungsbestimmung

Artikel 45quater desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 13. Juni 2006 und abgeändert durch das Gesetz vom 27. Dezember 2006, wird aufgehoben.

Art. 141 – Abänderungsbestimmung

In Artikel 46bis Absatz 1 desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 27. April 1999, wird die Wortfolge "Artikel 36 Nr. 4" durch die Wortfolge "Artikel 63 des Dekrets vom ... über die Jugendhilfe und den Jugendschutz" ersetzt.

Art. 142 – Abänderungsbestimmung

Artikel 47 Absatz 3 desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 15. Mai 2006, wird wie folgt abgeändert:

1. Die Wortfolge "Artikel 36 Nr. 4" wird durch die Wortfolge "Artikel 63 des Dekrets vom ... über die Jugendhilfe und den Jugendschutz" ersetzt.

2. Die Wortfolge "Artikel 45quater" wird durch die Wortfolge "Artikel 57 des oben genannten Dekrets" ersetzt.

Art. 143 – Abänderungsbestimmung

In Artikel 48 §2 Absatz 2 desselben Gesetzes, ersetzt durch das Gesetz vom 2. Februar 1994 und abgeändert durch das Gesetz vom 27. Dezember 2006, wird die Wortfolge "Artikel 57bis" durch die Wortfolge "Artikel 84 des Dekrets vom ... über die Jugendhilfe und den Jugendschutz" ersetzt.

Art. 144 – Abänderungsbestimmung

Artikel 49 desselben Gesetzes wird wie folgt abgeändert:

1. in Absatz 2, ersetzt durch das Gesetz vom 2. Februar 1994 und abgeändert durch die Gesetze vom 4. Mai 1999, 6. Januar 2003 und 13. Juni 2006, wird die Wortfolge "in Artikel 52 erwähnten Betreuungsmaßnahmen ergreifen" durch die Wortfolge "in Artikel 70 §3 Absatz 1 des Dekrets vom ... über die Jugendhilfe und den Jugendschutz erwähnten Maßnahmen anordnen," ersetzt.

2. in Absatz 4 wird die Wortfolge "Artikel 57bis" durch die Wortfolge "Artikel 84 des oben genannten Dekrets" ersetzt.

Art. 145 – Abänderungsbestimmung

Artikel 50 desselben Gesetzes, ersetzt durch das Gesetz vom 2. Februar 1994 und abgeändert durch das Gesetz vom 15. Mai 2006, wird aufgehoben.

Art. 146 – Abänderungsbestimmung

In Artikel 51 §1 desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 13. Juni 2006 und abgeändert durch das Gesetz vom 27. Dezember 2006, wird die Wortfolge „Straftat qualifizierte Tat“ durch das Wort „Jugendstraftat“ ersetzt.

Art. 147 – Abänderungsbestimmung

Artikel 52 desselben Gesetzes, ersetzt durch das Gesetz vom 13. Juni 2006 und abgeändert durch die Gesetze vom 15. Mai 2006 und vom 27. Dezember 2006, wird aufgehoben.

Art. 148 – Abänderungsbestimmung

Artikel 52bis desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 2. Februar 1994 und abgeändert durch das Gesetz vom 27. Dezember 2006, wird aufgehoben.

Art. 149 – Abänderungsbestimmung

In Artikel 52ter Absatz 5 desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 2. Februar 1994, wird die Wortfolge "Artikel 52" durch die Wortfolge "Artikel 70 §3 Absatz 1 des Dekrets vom ... über die Jugendhilfe und den Jugendschutz" ersetzt.

Art. 150 – Abänderungsbestimmung

Artikel 52quater Absätze 1 bis 4 desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 2. Februar 1994 und abgeändert durch die Gesetze vom 30. Juni 1994, 13. Juni 2006 und 27. Dezember 2006, werden aufgehoben

Art. 151 – Abänderungsbestimmung

Artikel 52quinquies desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 13. Juni 2006, wird aufgehoben.

Art. 152 – Abänderungsbestimmung

In Artikel 56 Absatz 1 desselben Gesetzes, ersetzt durch das Gesetz vom 2. Februar 1994, wird die Wortfolge "in Artikel 52 erwähnte Maßnahmen ergriffen werden" durch die Wortfolge "in Artikel 70 §3 Absatz 1 des Dekrets vom ... über die Jugendhilfe und den Jugendschutz angeordnet werden" ersetzt.

Art. 153 – Abänderungsbestimmung

Artikel 57bis desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 13. Juni 2006, wird wie folgt abgeändert:

1. §1, abgeändert durch das Gesetz vom 31. Juli 2009, wird aufgehoben, mit Ausnahme des Satzteils „oder aber, wenn die Person unter dem Verdacht steht, ein nicht-korrektionalisierbares Verbrechen begangen zu haben, vor einem Assisenhof, der sich wie in Artikel 119 Absatz 2 des Gerichtsgesetzbuches vorgesehen zusammensetzt, wenn dazu Anlass besteht“.

2. §2 wird aufgehoben.

3. In §5 wird die Wortfolge „des vorliegenden Artikels“ durch die Wortfolge „von Artikel 82 des Dekrets vom ...über die Jugendhilfe und den Jugendschutz“ ersetzt.

Art. 154 – Abänderungsbestimmung

In Artikel 58 Absatz 1 desselben Gesetzes, abgeändert durch die Gesetze vom 2. Februar 1994 und 27. Dezember 2006, wird die Wortfolge "der Artikel 52," ersetzt durch die Wortfolge "der Artikel 69, 70 und 71 des Dekrets vom ... über die Jugendhilfe und den Jugendschutz sowie Artikel" und zwischen die Wortfolge „Artikel 53 Absatz 3“ und den Punkt die Wortfolge „des vorliegenden Gesetzes" eingefügt.

Art. 155 – Abänderungsbestimmung

In Artikel 59 Absatz 1 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Gesetz vom 4. Mai 1999, wird die Wortfolge "Artikel 52" durch die Wortfolge "Artikel 70 §3 Absatz 1 des Dekrets vom ... über die Jugendhilfe und den Jugendschutz" ersetzt.

Art. 156 – Abänderungsbestimmung

Artikel 60 desselben Gesetzes wird wie folgt abgeändert:

1. Die Absätze 1 und 2, abgeändert durch die Gesetze vom 2. Februar 1994, 15. Mai 2006, 13. Juni 2006 und 27. Dezember 2006, werden aufgehoben.

2. Absatz 3, eingefügt durch das Gesetz vom 13. Juni 2006 und abgeändert durch das Gesetz vom 27. Dezember 2006, wird aufgehoben, mit Ausnahme von Satz 2.

3. Absatz 4, eingefügt durch das Gesetz vom 2. Februar 1994 und abgeändert durch das Gesetz vom 13. Juni 2006, wird aufgehoben, mit Ausnahme von Satz 2.

4. Absatz 5, eingefügt durch das Gesetz vom 13. Juni 2006, wird aufgehoben mit Ausnahme von Satz 2.

5. Absatz 6, eingefügt durch das Gesetz vom 2. Februar 1994 und abgeändert durch das Gesetz vom 13. Juni 2006, wird aufgehoben.

Art. 157 – Abänderungsbestimmung

Artikel 61 desselben Gesetzes wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1, abgeändert durch die Gesetze vom 15. Mai 2006 und vom 27. Dezember 2006, wird die Wortfolge „Straftat qualifizierte Tat“ durch die Wortfolge „Jugendstraftat“ ersetzt.

2. In Absatz 4, eingefügt durch das Gesetz vom 13. Juni 2006, wird die Wortfolge „Straftat qualifizierte Tat“ durch die Wortfolge „Jugendstraftat“ ersetzt.

Art. 158 – Abänderungsbestimmung

In Artikel 63 Absatz 1 desselben Gesetzes, abgeändert durch die Gesetze vom 2. Februar 1994 und 20. März 1995, wird die Wortfolge "der Artikel 37 und 39" durch die Wortfolge "des Artikels 73 §3 Absatz 1 des Dekrets vom ... über die Jugendhilfe und den Jugendschutz" und die Wortfolge „Artikel 36 Nr. 4" durch die Wortfolge "Artikel 63 des Dekrets vom ... über die Jugendhilfe und den Jugendschutz" ersetzt.

Art. 159 – Abänderungsbestimmung

In Artikel 63ter Absatz 1 Buchstabe b) desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 2. Februar 1994, wird die Wortfolge "Artikel 37 §2" durch die Wortfolge "Artikel 73 §3 Absatz 1 des Dekrets vom ... über die Jugendhilfe und den Jugendschutz" ersetzt.

Art. 160 – Abänderungsbestimmung

In Artikel 63quater desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 2. Februar 1994 und abgeändert durch das Gesetz vom 27. Dezember 2006, wird die Wortfolge "Die Artikel 52bis," durch die Wortfolge "Die Artikel 69, 70 und 71 des Dekrets vom ... über die Jugendhilfe und den Jugendschutz sowie Artikel" ersetzt und zwischen die Wortfolge „52quater Absatz 9 und 10“ und das Wort „sind“ die Wortfolge „des vorliegenden Gesetzes“ eingefügt.

Art. 161 – Abänderungsbestimmung

Artikel 69 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Dekret vom 20. März 1995, wird aufgehoben.

Art. 162 – Abänderungsbestimmung

Artikel 74 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Dekret vom 20. März 1995, wird aufgehoben.

Art. 163 – Abänderungsbestimmung

Artikel 78 desselben Gesetzes wird aufgehoben.

Art. 164 – Abänderungsbestimmung

Artikel 79 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Dekret vom 20. März 1995, wird aufgehoben.

Art. 165 – Abänderungsbestimmung

Artikel 85 desselben Gesetzes, wieder eingefügt durch das Gesetz vom 13. Juni 2006, wird aufgehoben.

Art. 166 – Abänderungsbestimmung

Artikel 6bis des Dekrets vom 9. Mai 1988 über den Fonds für besondere Hilfe für Kinder und Jugendliche wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 2 Nummer 3, eingefügt durch das Dekret vom 20. Februar 2010 und abgeändert durch das Dekret vom 19. April 2010, wird die Wortfolge „der Artikel 32 und 33 des Dekrets vom 19. Mai 2008 über die Jugendhilfe und zur Umsetzung von Jugendschutzmaßnahmen“ durch die Wortfolge „von Kapitel 7 Abschnitt 2 des Dekrets vom ... über die Jugendhilfe und den Jugendschutz“ ersetzt.

2. §2 Nummer 3 wird wie folgt ersetzt:

„3. Übernahme von finanziellen Beihilfen in Anwendung von Kapitel 7 Abschnitt 3 des Dekrets vom ... über die Jugendhilfe und den Jugendschutz;“

3. §2 Nummer 4 wird aufgehoben.

Art. 167 – Aufhebungsbestimmung

Das Dekret vom 19. Mai 2008 über die Jugendhilfe und zur Umsetzung von Jugendschutzmaßnahmen, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 15. Dezember 2021, wird aufgehoben.

Art. 168 – Übergangsbestimmung

Ungeachtet eventuell abgeschlossener Verträge sind die in Anwendung von Artikel 22 des Dekrets vom 19. Mai 2008 über die Jugendhilfe und zur Umsetzung von Jugendschutzmaßnahmen erteilten Anerkennungen bei Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets bis zu ihrem Ablauf weiterhin gültig.

Art. 169 – Übergangsbestimmung

Die Artikel 35 und 36 des Dekrets vom 19. Mai 2008 über die Jugendhilfe und zur Umsetzung von Jugendschutzmaßnahmen bleiben auf alle bei Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets am Jugendgericht anhängigen Angelegenheiten bis zu deren Abschluss anwendbar.

Art. 170 – Übergangsbestimmung

Eine vorläufige Maßnahme oder eine Maßnahme zum Grunde, die vom Jugendrichter oder Jugendgericht in Anwendung des Gesetzes vom 8. April 1965 oder des Dekrets vom 19. Mai 2008 über die Jugendhilfe und zur Umsetzung von Jugendschutzmaßnahmen angeordnet wurde und die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Dekrets in Umsetzung ist, wird weiterhin umgesetzt.

Art. 171 – Übergangsbestimmung

Eine Sache, die vor dem Jugendrichter oder dem Jugendgericht in Anwendung des Gesetzes vom 8. April 1965 oder des Dekrets vom 19. Mai 2008 über die Jugendhilfe und zur Umsetzung von Jugendschutzmaßnahmen verhandelt wurde und über die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Dekrets eine Entscheidung getroffen wurde, die aber noch nicht vollstreckt wird, wird gemäß der getroffenen Entscheidung vollstreckt.

Art. 172 – Übergangsbestimmung

Die im Gesetz vom 8. April 1965 und im Dekret vom 19. Mai 2008 über die Jugendhilfe und zur Umsetzung von Jugendschutzmaßnahmen erwähnten Bestimmungen über die Vollstreckung der in den Artikeln 170 und 171 erwähnten vorläufigen Maßnahmen, Maßnahmen zum Grunde und Entscheidungen sind anwendbar, einschließlich der in Artikel 60 des vorgenannten Gesetzes und Artikel 17 §2 des vorgenannten Dekrets vorgesehenen Möglichkeiten der Abänderung.

Art. 173 – Übergangsbestimmung

Für die Anwendung der in Artikel 82 §1 erwähnten Entscheidung zur Abgabe der Sache wird die in Artikel 37 §2 Nummer 8 des Gesetzes vom 8. April 1965 erwähnte Unterbringung in einer öffentlichen gemeinschaftlichen Jugendschutzeinrichtung den in Artikel 82 §1 Nummern 6 und 7 erwähnten stationären Betreuungen gleichgestellt.

Art. 174 – Inkrafttreten

Das vorliegende Dekret tritt am 1. Januar 2024 in Kraft.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Antonios
Antoniadis

Digital unterschrieben
von Antonios
Antoniadis
Datum: 2023.03.28
13:22:24 +02'00'

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen
A. ANTONIADIS

REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

DE REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP,

Op de voordracht van de Minister van Sociale Aangelegenheden;

Na beraadslaging,

Besluit:

De Minister bevoegd voor Sociale Aangelegenheden is ermee belast bij het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap het ontwerp van decreet in te dienen waarvan de tekst hierna volgt:

VOORONTWERP VAN DECREET BETREFFENDE DE JEUGDBIJSTAND EN DE JEUGDBESCHERMING

INHOUD

Dit ontwerp van decreet legt de rechtsgrondslag vast voor de jeugdbijstand en de jeugdbescherming in de Duitstalige Gemeenschap.

In het kader van de persoonsgebonden aangelegenheden is de Duitstalige Gemeenschap bevoegd voor de jeugdbijstand en voor bepaalde aspecten van de jeugdbescherming. Met dit ontwerp van decreet wijzigt de Duitstalige Gemeenschap de regels voor de gespecialiseerde jeugdbijstand voor het kind en de personen belast met de opvoeding (hierna: personen belast met de opvoeding genoemd), zodat het kind een aan zijn leeftijd aangepast en menswaardig leven kan leiden en zich zo gezond mogelijk kan ontwikkelen. Dit ontwerp van decreet bepaalt ook de maatregelen tegen jongeren die een als misdrijf omschreven feit hebben gepleegd en de desbetreffende procedures. Die maatregelen zijn gericht op de opvoeding, sociale re-integratie, persoonlijke verantwoordelijkheid en gezonde ontwikkeling van de jongere, alsmede op de bescherming van de samenleving.

INHOUDSOPGAVE

	Pagina
Memorie van toelichting	4
Algemene toelichting	4
Bespreking van de artikelen	15
Voorontwerp	74

MEMORIE VAN TOELICHTING

ALGEMENE TOELICHTING

Met de zesde staatshervorming kreeg de Duitstalige Gemeenschap op 1 juli 2014 nieuwe bevoegdheden op het gebied van jeugdbescherming. Deze zijn bij artikel 5, § 1, II, 6°, van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 betreffende de hervorming van de instellingen als volgt vastgesteld:

"6° De jeugdbescherming, met inbegrip van de sociale bescherming en de gerechtelijke bescherming, maar met uitzondering van:

- a) de burgerrechtelijke regels met betrekking tot het statuut van de minderjarigen en van het gezin, zoals die vastgesteld zijn door het Burgerlijk Wetboek en de wetten tot aanvulling ervan;
- b) de strafrechtelijke regels waarbij gedragingen die inbreuk plegen op de jeugdbescherming, als misdrijf worden omschreven en waarbij op die inbreuken straffen worden gesteld, met inbegrip van de bepalingen die betrekking hebben op de vervolgingen, onverminderd artikel 11 en artikel 11bis;
- c) de organisatie van de jeugdgerechten, hun territoriale bevoegdheid en de rechtspleging voor die gerechten;
- d) de uitvoering van de straffen uitgesproken ten aanzien van minderjarigen die een als een misdrijf omschreven feit hebben gepleegd die uit handen zijn gegeven, behalve voor het beheer van centra die bestemd zijn voor de opvang van deze jongeren tot de leeftijd van drieëntwintig jaar;
- e) de ontzetting uit de ouderlijke macht en het toezicht op de gezinsbijslag of andere sociale uitkeringen."

De Duitstalige Gemeenschap is nu dus ook bevoegd om:

- te bepalen welke maatregelen kunnen worden genomen ten aanzien van jongeren die vóór de leeftijd van achttien jaar een als misdrijf omschreven feit hebben gepleegd;
- de uithandengeving te regelen, dit is de procedure om jongeren tussen zestien en achttien jaar die een als misdrijf omschreven feit hebben gepleegd en bij wie geen jeugdbeschermingsmaatregel heeft gewerkt, door te verwijzen naar een kamer met drie rechters die het strafrecht voor meerderjarigen kan toepassen;
- de voorwaarden voor residentiële opvang in openbare gemeenschapsinstellingen voor jeugdbescherming te bepalen voor jongeren die een als misdrijf omschreven feit hebben gepleegd, alsook het beheer van die instellingen te bepalen.

Die bevoegdheden worden op dit ogenblik geregeld door de wet van 8 april 1965 betreffende de jeugdbescherming, het ten laste nemen van minderjarigen die een als misdrijf omschreven feit hebben gepleegd en het herstel van de door dit feit veroorzaakte schade. Om ze aan de situatie van de Duitstalige Gemeenschap aan te passen en uit te oefenen, is een nieuwe decretale basis nodig. Dat was voor de Regering de aanleiding om het decreet van 19 mei 2008 te herzien.

De meest recente overdracht van bevoegdheden op het gebied van jeugdbescherming past in een bijna honderd jaar durende ontwikkeling, waarbij de jeugdbijstand en de jeugdbescherming geleidelijk van de federale staat naar de gemeenschappen werden overgeheveld. Om de context van dit nieuwe ontwerp van decreet te begrijpen, is een overzicht van die ontwikkeling nuttig.

Wet van 15 mei 1912 betreffende de kinderbescherming

De wet van 15 mei 1912 betreffende de kinderbescherming is de eerste wet in België die minderjarigen uitsluit van het algemene strafrecht en die rekening houdt met hun specifieke problemen en hun bijzondere bescherming. Die wet werd echter nog hoofdzakelijk op basis van een strafrechtelijk model opgesteld. Hij bevatte zowel de maatregelen ten aanzien van minderjarigen die voor de rechter

werden gebracht, als de misdaden en wanbedrijven tegen kinderen en de ontzetting uit de vaderlijke macht. Bovendien werd het begrip 'rechter voor minderjarigen' ingevoerd, die in de verdere ontwikkeling leidde tot het begrip 'jeugdrechter'.

Wet van 8 april 1965 betreffende de jeugdbescherming

De wet van 15 mei 1912 werd pas vijftig jaar later afgelost door de wet van 8 april 1965. De wet betreffende de jeugdbescherming:

- regelde de zogenaamde sociale bescherming en niet langer alleen de gerechtelijke bescherming van jongeren in gevaar;
- ging ervan uit dat minderjarigen niet schuldbekwaam zijn, wat rechtvaardigde dat ze anders werden behandeld dan volwassenen;
- voerde jeugdrechtbanken in en versterkte de bijzondere rol van de jeugdrechter;
- breidde de bescherming uit tot alle minderjarigen die gevaar liepen of in een problematische opvoedingssituatie verkeerden, met inbegrip van jeugddelinquenten;
- was gericht op gezinnen die hun opvoedingsproblemen niet konden oplossen en die zich daarvoor niet spontaan tot de bevoegde sociale diensten wendden.

De wet van 8 april 1965 bekrachtigde ook dat preventieve maatregelen vroegtijdig moeten worden genomen en dat sociale bescherming van de jeugd voorrang heeft boven gerechtelijke bescherming van de jeugd.

De sociale jeugdbescherming betrof niet alleen niet-dringende of niet-ernstige risicosituaties waarin de ouders of personen belast met de opvoeding van de minderjarige instemden met de noodzakelijke maatregelen. Het was een vrije, sociale actie die werd uitgeoefend door de jeugdbeschermingscomités die in elk gerechtelijk arrondissement waren opgericht.

De gerechtelijke jeugdbescherming daarentegen betrof dringende en ernstige risicosituaties, vastgestelde strafbare feiten en situaties waarin de ouders niet instemden met de noodzakelijk geachte maatregelen. Hierbij ging het om dwangmaatregelen die werden genomen door de jeugdrechtbank wanneer het jeugdbeschermingscomité niet kon optreden of zijn maatregelen faalden.

Hoewel de wet als zeer vooruitstrevend werd beschouwd, werd al snel kritiek geuit op de uitvoering ervan: gebrek aan juridische waarborgen, buitensporig lange duur van voorlopige maatregelen die het mogelijk maken om zonder hoor en wederhoor uit de gezinsomgeving te worden verwijderd, criminalisering van risicojongeren die in dezelfde inrichtingen kunnen worden opgevangen als jeugdige delinquenten, sterke juridisering van situaties (slechts 5% van de situaties werd behandeld door het jeugdbeschermingscomité), buitensporig gebruik van residentiële maatregelen, onvoldoende aandacht voor slachtoffers, enz.

in 1988 werden de persoonsgebonden aangelegenheden van de jeugdbescherming die betrekking hadden op minderjarigen in gevaar, overgeheveld van de federale staat naar de gemeenschappen.

Decreet van 20 maart 1995 over jeugdbijstand

De Gemeenschappen wilden de wettelijke bepalingen waarvoor zij bevoegd waren, vaststellen om de wet van 8 april 1965 en de toepassing ervan te hervormen. In dat verband heeft de Duitstalige Gemeenschap het decreet van 20 maart 1995 over jeugdbijstand aangenomen.

De doelstellingen van dat decreet waren gebaseerd op beginselen die grotendeels een tegenreactie waren op de kritiek op de wet van 8 april 1965:

- De verandering van de maatschappelijke positie van jongeren: Overeenkomstig het Internationaal Verdrag inzake de rechten van het kind worden rechten toegekend aan jongeren. Elke jongere heeft als mondig lid van de samenleving en als rechtssubject recht op jeugdbijstand en moet worden betrokken bij alle beslissingen die hem rechtstreeks aangaan.
- Alle geboden hulp moet in de eerste plaats tot doel hebben de jongere in zijn gezinsomgeving te houden. In die zin verdient ambulante hulp de voorkeur boven elke vorm van plaatsing, tenzij het blijven wonen in het gezin van herkomst negatieve gevolgen voor de jongere zou kunnen hebben.
- De jeugdbijstand als gespecialiseerde vorm van maatschappelijke hulp: jeugdbijstand moet worden aangeboden als aanvulling op de meer algemene vormen van hulpverlening, in het bijzonder van de openbare centra voor maatschappelijk welzijn. De noodzaak van nauwe samenwerking tussen jeugdbijstand en algemeen maatschappelijk welzijn wordt geconcretiseerd door de samenstelling van de 'Raad voor jeugdbijstand'.
- De dejuridisering en de strikte scheiding tussen de vrijwillige jeugdbijstand, waarbij de betrokkenen hun instemming en medewerking verlenen, en de gerechtelijke jeugdbijstand, waarbij de instemming van de betrokkenen niet meer gegeven is, zodat de jeugdrechtbank dwangmaatregelen moet opleggen.
- Een actief beleid van de Raad voor jeugdbijstand op het gebied van algemene preventie om te voorkomen dat jongeren gespecialiseerde hulp nodig hebben.

Hervorming van de wet op de jeugdbescherming in 2006

In 2006 werd de wet van 8 april 1965 herzien. De basis van de wet blijft het beschermingsmodel, aangevuld met elementen uit andere modellen van het jeugdrecht, waaronder het sanctiemodel en het herstelrechtmodel.

Zo werden de in de praktijk met succes ontwikkelde herstelmaatregelen in de wet opgenomen. Bovendien werden de maatregelen waarover het openbaar ministerie en de jeugdrechtbank beschikken om een alternatief voor plaatsing te bieden, uitgebreid. Tot slot werden bepalingen ingevoerd om gerechtelijke beslissingen te rechtvaardigen en om de juridische waarborgen met betrekking tot de plaatsing in een openbare gemeenschapsinstelling voor jeugdbescherming en met betrekking tot de uithandengeving te versterken.

Decreet van 19 mei 2008 over de jeugdbijstand en houdende omzetting van maatregelen inzake jeugdbescherming

Het decreet van 19 mei 2008 is het resultaat van een algemene analyse van het decreet van 20 maart 1995 door de actoren in de jeugdbijstand, de ontwikkelingen in de jeugdzorgsector en de hervorming van de wet op de jeugdbescherming van 2006.

De belangrijkste aandachtspunten zijn:

- het bepalen van doelstellingen voor de verschillende categorieën van de jeugdbijstandsmaatregelen;
- het bepalen van maatschappelijke doelstellingen waarmee rekening moet worden gehouden bij het uitvoeren van de jeugdbijstand;
- het invoeren van bepalingen inzake gegevensbescherming, om een evenwicht te vinden tussen de noodzaak vertrouwelijke gegevens te beschermen en de noodzaak bepaalde informatie aan bevoegde personen door te geven;
- het afgeven van het preventiewerk, dat tot dusver door de Raad voor jeugdbijstand werd uitgevoerd, aan een kleiner gespecialiseerd orgaan, het begeleidingscomité voor jeugdbijstand;
- het invoeren van een planning van de jeugdbijstand als een permanent analyse-instrument om de behoeften vast te stellen en de prioriteiten in de jeugdbijstand te bepalen;

- het duidelijk verankeren van de medewerking van de jongere en van de personen belast met de opvoeding in het kader van de vrijwillige jeugdbijstand;
- het herformuleren van bestaande maatregelen en het uitbreiden van de maatregelen die de jeugdrechtbank of de jeugdrechter kunnen bevelen.

Voorontwerp van decreet inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming

Uitwerkingsproces

Ter voorbereiding van de overdracht van bevoegdheden inzake justitie aan de Duitstalige Gemeenschap heeft de Regering op 20 november 2014 een werkgroep Justitie opgericht.

Die werkgroep had tot taak algemene aanbevelingen te formuleren over de toekomstige oriëntatie van het beleid van de Duitstalige Gemeenschap in het kader van de nieuwe bevoegdheden inzake justitie. Op het gebied van jeugdbescherming zijn eind 2015 de volgende aanbevelingen gedaan:

1. De zin en doeltreffendheid van het huidige systeem (rolverdeling van de actoren en toegankelijkheid van de dienstverlening), alsmede de tot dusver toegepaste maatregelen evalueren. [...] Het doel is ook na te gaan welk soort maatregelen ontbreekt om een doeltreffende preventieve, repressieve en pedagogische reactie op wangedrag van jongeren mogelijk te maken.
2. Creëren van een rechtsgrondslag, zodat het openbaar ministerie, zonder vooraf de dienst voor jeugdbijstand in te schakelen, in het kader van de jeugdbijstandsprocedure een situatie rechtstreeks naar de jeugdrechter kan verwijzen indien de dienst voor gerechtelijke jeugdbijstand reeds gerechtelijk bevolen begeleiding biedt.
3. Versterking van het aspect resocialisatie bij het bepalen van toekomstige jeugdbeschermingsmaatregelen [...]. Als uit de evaluatie blijkt dat daarmee het gewenste doel niet kan worden bereikt, moeten doeltreffende repressieve maatregelen kunnen worden genomen die in verhouding staan tot het wangedrag van de jongere.
4. Naast het organiseren en financieren van maatregelen [...] moet de Duitstalige Gemeenschap in de toekomst ook de nodige personele en materiële middelen ter beschikking stellen om preventief op te treden teneinde te voorkomen dat jongeren delinquent worden of blijven en om risicojongeren en jongeren die reeds een delict hebben gepleegd in de samenleving te kunnen reintegreren.
5. Aangezien de Duitstalige Gemeenschap sinds de zesde staatshervorming ook bevoegd is voor de vaststelling van de jeugdbeschermingsmaatregelen, dienen het decreet van 19 mei 2008 over de jeugdbijstand en houdende omzetting van maatregelen inzake jeugdbescherming en de wet van 8 april 1965 betreffende de jeugdbescherming te worden samengevoegd in één nieuw decreet, om ervoor te zorgen dat de maatregelen op beide gebieden zo coherent mogelijk worden.
6. Zowel het departement Justitiehuis als het departement Jeugdbijstand zijn bevoegd voor de bemiddeling in strafzaken, met dit verschil dat het departement Justitiehuis werkt met volwassenen en het departement Jeugdbijstand met minderjarigen. [...] Wanneer een strafbaar feit is gepleegd door meerdere daders, van wie sommigen meerderjarig waren en anderen minderjarig, moet een juridisch kader worden geschapen waarbij beide bevoegde diensten in het belang van de slachtoffers kunnen afspreken dat de bemiddeling door één van beide diensten kan worden verricht, ongeacht de leeftijd van de dader.
7. Zowel het departement Justitiehuis (echtscheiding, adoptie) als het departement Jeugdbijstand (jeugdbijstand, jeugdbeschermingsmaatregelen en adoptie) voeren momenteel in opdracht van de gerechtelijke autoriteiten maatschappelijke onderzoeken uit in zaken waarbij jongeren betrokken zijn. Om de kwaliteit en de doeltreffendheid van maatschappelijke onderzoeken te vergroten, stelt de werkgroep voor om de maatschappelijke onderzoeken over jongeren zoveel mogelijk te standaardiseren, zowel wat de te onderzoeken aspecten als wat de presentatie betreft. [...]

8. Aangezien de Duitstalige Gemeenschap niet alle specifieke begeleidende en ondersteunende structuren in de Duitstalige Gemeenschap kan organiseren, moet met het oog op rechtszekerheid juridisch worden vastgelegd dat kan worden teruggegrepen op voorzieningen in het buitenland. Met de overdracht van de volledige bevoegdheid op het gebied van de jeugdbescherming moeten overeenkomstige soevereine overeenkomsten worden gesloten tussen de Duitstalige Gemeenschap en Duitsland in het bijzonder. [...]

Bij het uitwerken van het ontwerp van decreet is rekening gehouden met alle aanbevelingen van de werkgroep Justitie. Aanbeveling nr. 7, waarin wordt aanbevolen de door het departement Justitiehuis en het departement Jeugdbijstand verrichte maatschappelijke onderzoeken eenvormig te maken, kon echter niet in een decretale bepaling worden vastgelegd. Een uitwisseling tussen beide instanties over hun werkmethoden is zeker waardevol en vindt sporadisch ook plaats. Zo werd de presentatie van verslagen over maatschappelijke onderzoeken gezamenlijk besproken of werden zaken waarbij beide diensten betrokken waren gezamenlijk voorbereid. Ook werd duidelijk dat de systemische benadering van de jeugdbijstand en het Justitiehuis de samenwerking bevordert en dat deze samenwerking in concrete gevallen haar waarde heeft bewezen, ondanks het feit dat hun taken verschillend zijn. Het eenvormig maken van de maatschappelijke onderzoeken werd echter niet in een decretale bepaling vastgelegd, omdat beide diensten daardoor zouden inboeten aan handelingsvrijheid en omdat geen rekening zou worden gehouden met het feit dat hun maatschappelijke onderzoeken een ander doel hebben.

Overeenkomstig aanbeveling nr. 1 van de werkgroep Justitie hebben het departement Jeugdbijstand en de betrokken actoren in 2018 een evaluatie uitgevoerd van het huidige jeugdbeschermingsstelsel en de tot dusver toegepaste jeugdbeschermingsmaatregelen, om ervoor te zorgen dat de noodzakelijke aanpassingen en de rechtsgrondslag aan de behoeften van de sector beantwoorden. Op basis van de resultaten van die evaluatie is in 2019 een eerste tekstvoorstel opgesteld, dat vervolgens met de gerechtelijke autoriteiten is besproken. Bij dat overleg werd nogmaals duidelijk dat het zinvol zou zijn het toekomstige decreet inzake jeugdbescherming en het huidige decreet inzake jeugdbijstand samen te voegen, omdat jongeren die een als misdrijf omschreven feit plegen, naast een reactie op dat als misdrijf omschreven feit, vaak ook ondersteuning in het kader van de jeugdbijstand nodig hebben. Daarom moeten de procedures voor jeugdbijstand en jeugdbescherming beter op elkaar worden afgestemd.

De integratie van de jeugdbeschermingsmaatregelen in het bestaande decreet inzake jeugdbijstand bood de gelegenheid om het gehele decreet van 19 mei 2008 over de jeugdbijstand en houdende omzetting van maatregelen inzake jeugdbescherming te herzien of om een fundamenteel nieuw decreet inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming op te stellen. Daarbij wordt rekening gehouden met de maatschappelijke ontwikkelingen van de afgelopen veertien jaar, zoals veranderende gezinsomstandigheden, culturele diversiteit, toenemende armoede en sociale uitsluiting, die het werk van professionals in de consensuele en gerechtelijke jeugdbijstand steeds complexer maken. Ook de ontwikkelingen in de andere gemeenschappen en in de buurlanden maakten een fundamentele herziening van het decreet van 19 mei 2008 noodzakelijk.

Zo is het departement Jeugdbijstand in 2020 begonnen met het opstellen van een nieuw decreet dat de toekomstige bepalingen inzake jeugdbescherming en de herwerkte bepalingen inzake jeugdbijstand in één rechtsgrondslag samenbrengt. Daarbij is rekening gehouden met aanbeveling nr. 5 van de werkgroep Justitie.

Het ontwerp van decreet werd uitgewerkt op basis van de decreten van de andere federale eenheden en door overleg met de diensten van het departement Jeugdbijstand en de gerechtelijke instanties. Ook andere actoren uit de jeugdzorgsector en vertegenwoordigers van andere sectoren werden bij de uitwerking betrokken, dit met name onder leiding van het begeleidingscomité voor jeugdbijstand, dat

de opdracht kreeg "een proces te ontwerpen en te begeleiden dat een verdere ontwikkeling van de inhoud van het decreet inzake jeugdbijstand mogelijk maakt".

Het begeleidingscomité voor jeugdbijstand werd opgericht bij het decreet van 19 mei 2008 en is samengesteld uit vertegenwoordigers van de diensten van het departement Jeugdbijstand, het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren (Kaleido Ostbelgien), de openbare centra voor maatschappelijk welzijn (ocmw's), de vzw Beratungs- und Therapiezentrum (BTZ), het centrum voor socio-pedagogische begeleiding van kinderen en jongeren (Mosaik-Zentrum), de vzw Soziale Integrations- und Alltagshilfe (SIA), Time-Out en de netwerkcoördinatie van de Klinik St. Josef. Voor de uitwerking van het decreet werd het begeleidingscomité voor jeugdbijstand uitgebreid met vertegenwoordigers van de jeugdrechtbank, het straathoekwerk en de leiding van het departement Jeugdbijstand.

De decretale opdracht van het begeleidingscomité bestaat erin zo mogelijk om de twee jaar een forum inzake jeugdbijstand te houden voor diensten, organisaties, instellingen en centra uit de direct of indirect betrokken werkgebieden inzake planning en netwerkvorming op het gebied van de jeugdbijstand en inzake preventie. De bedoeling is dat in het kader van die fora de behoeften op het gebied van jeugdbijstand specifiek in kaart worden gebracht en de samenwerking tussen de partners wordt bevorderd.

Op 13 mei 2022 en 3 juni 2022 heeft het begeleidingscomité voor jeugdbijstand twee fora georganiseerd waar actoren uit de jeugdzorgsector en vertegenwoordigers van andere sectoren van gedachten hebben gewisseld over de volgende onderwerpen: "Preventie in de jeugdhulp - vooruitlopen op de toekomst" en "Jeugdhulpmaatregelen van de toekomst - klaar voor de komende uitdagingen".

Uit de resultaten van de vragen en gesprekken werden de volgende onderwerpen afgeleid:

1. Preventie:

- werken in een netwerk;
- opleiding en informatie;
- laagdrempelige adviesverlening.

2. Maatregelen op het gebied van jeugdbijstand en jeugdbescherming:

- laagdrempelige adviesdiensten/contactpunten;
- laagdrempelige, outreachende hulp;
- netwerken en gecoördineerde samenwerking;
- tekort aan professionals/wachtlijsten;
- nieuw aanbod in de residentiële jeugdhulp.

Verdere maatregelen per onderwerp zijn in dit ontwerp van decreet opgenomen.

Dit ontwerp van decreet creëert de rechtsgrondslag om de jeugdbijstand en de jeugdbescherming in de Duitstalige Gemeenschap behoeftegericht en doelgericht vorm te geven ten behoeve van kinderen, jongeren en de gezinnen waartoe ze behoren, alsook ten behoeve van jongvolwassenen. Daartoe moet de preventie ten behoeve van kinderen, jongeren en de gezinnen waartoe ze behoren, worden versterkt, zodat de uitdagingen van de toekomst kunnen worden aangegaan en de nodige maatregelen op het gebied van jeugdbijstand en jeugdbescherming kunnen worden aangeboden.

Dit ontwerp van decreet is derhalve noodzakelijk, aangezien het zowel de uitvoering van een nieuwe bevoegdheid van de Duitstalige Gemeenschap op het gebied van jeugdbescherming als een aanpassing en actualisering van de huidige jeugdbijstand mogelijk maakt.

Preventie en werken in een netwerk

Dit hoofdstuk bevat toelichting over de opzet van preventiemaatregelen die moeten voorkomen dat kinderen en jongeren in gevaar komen en die ervoor moeten zorgen dat zo weinig mogelijk personen met de jeugdbijstand en de jeugdbescherming te maken krijgen. Door dit hoofdstuk is rekening gehouden met aanbeveling nr. 4 van de werkgroep Justitie.

Preventie is een continu proces dat zowel individuele als collectieve maatregelen omvat, zowel binnen de jeugdzorgsector als over de sectoren heen. Dit omvat individuele adviesverlening voor kinderen, jongeren en de gezinnen waartoe ze behoren, projecten in de leefomgeving van kinderen en jongeren, opleiding voor vrijwilligers en professionals of campagnes voor het grote publiek.

Preventie wordt lokaal opgezet. Ze vindt plaats binnen een bepaald gebied, waar ze aansluit bij andere, bestaande sociale maatregelen. Daarom moet preventie deel uitmaken van een totaalconcept waarin de participatie en de netwerkvorming van de actoren op het gebied van jeugdbijstand en jeugdbescherming van cruciaal belang zijn. In die context vervullen het netwerk voor jeugdbijstand en het netwerk voor jeugdbescherming een verbindingsfunctie, om de situatie van kinderen en jongeren in de Duitstalige Gemeenschap te volgen, een structurele en regelmatige behoefteanalyse op te stellen en punten waar beide netwerken in elkaar grijpen, goed op elkaar te doen aansluiten. Om ervoor te zorgen dat de beraadslagingen van deze netwerken ook tot concrete maatregelen kunnen leiden en zo nodig op politiek niveau kunnen worden uitgevoerd, moet een stuurgroep worden ingericht die deze processen organiseert, stuurt, begeleidt en coördineert.

Preventie beperkt zich echter niet tot de jeugdbijstand en de jeugdbescherming: er zijn overlappingen met andere sectoren, zoals het onderwijs, het jeugdwerk en de gezondheidsbevordering. Het netwerken met die andere sectoren is erg belangrijk, aangezien de preventie en begeleiding daardoor effectief en efficiënt kan worden uitgevoerd. Het succes van de jeugdbijstand en de jeugdbescherming gaat hand in hand met de positieve ontwikkeling van de hele omgeving van de kinderen en jongeren en daarom is het essentieel systeemoverschrijdende fora over onderwerpen inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming te organiseren waaraan alle actoren van de jeugdbijstand en de jeugdbescherming én actoren uit andere betrokken sectoren deelnemen.

Departement Jeugdbijstand

Dit hoofdstuk bevat de bepalingen die de basis vormen voor het werk van het departement Jeugdbijstand. De nadruk ligt daarbij op de efficiëntie en doeltreffendheid van de bijstand en op een doelgerichte, gecoördineerde en transparante verdeling van de taken en werkzaamheden in het departement.

In tegenstelling tot het decreet van 19 mei 2008 wijst het ontwerp van decreet de bijstand en taken niet langer toe aan afzonderlijke diensten, maar aan het gehele departement.

Consensuele en gerechtelijke jeugdbijstand

Dit hoofdstuk is in het bijzonder van toepassing op kinderen die zich in een levenssituatie bevinden die hen in gevaar brengt, dat wil zeggen kinderen wier lichamelijke, psychologische en morele integriteit, gezonde ontwikkeling, opvoeding of deelname aan het sociale en maatschappelijke leven in gevaar wordt gebracht door hun eigen gedrag of door andere personen of situaties, alsmede op personen belast met de opvoeding die moeilijkheden ondervinden bij de uitoefening van hun ouderlijke plichten.

Evenzo kan in het kader van de consensuele jeugdbijstand advies en begeleiding worden verstrekt aan jongvolwassenen die steun nodig hebben bij de overgang naar zelfstandigheid.

De meeste bepalingen van het decreet van 19 mei 2008 zijn overgenomen. De procedures zijn echter uitgebreider en duidelijker geworden.

Het departement Jeugdbijstand is de belangrijkste actor in het kader van de consensuele jeugdbijstand, waarin de noodzakelijke jeugdbijstandsmaatregelen moeten worden uitgewerkt en uitgevoerd met het kind en de personen belast met de opvoeding.

Alleen de laatste bepalingen van afdeling 2 wijken af van deze consensuele samenwerking, aangezien zij de tussenkomst van de procureur des Konings, de jeugdrechter of de jeugdrechtbank mogelijk maken. Het optreden van de rechterlijke instanties wordt noodzakelijk wanneer het erom gaat het kind te beschermen en gevaar voor het kind af te wenden. Hieronder vallen ook situaties waarin een gevaarlijke situatie het niet toelaat te wachten op de organisatie en uitvoering van consensuele bijstand.

Nadat de rechterlijke instantie is opgetreden en maatregelen zijn genomen om gevaren en gevaarlijke situaties te verhelpen, wordt ervoor gezorgd dat het werk met de kinderen en de personen belast met de opvoeding zo veel mogelijk op consensuele wijze kan worden voortgezet. Indien dit echter niet mogelijk is en het kind nog steeds in gevaar is, wordt de huidige procedure van gerechtelijke jeugdbijstand gehandhaafd, waarbij de jeugdrechtbank maatregelen ten behoeve van het kind of de personen belast met zijn opvoeding kan behouden of nemen.

Jeugdbescherming

De Duitstalige Gemeenschap kan bepalen welke maatregelen kunnen worden genomen tegen minderjarigen die een als misdrijf omschreven feit hebben gepleegd. Zij kan ook de criteria vaststellen waarmee rekening moet worden gehouden bij de selectie van de te bevelen maatregelen, die volgens de parlementaire voorbereiding van de institutionele hervorming moeten worden opgevat als "sociale reacties op delinquentie, ongeacht de instantie/autoriteit waarvan zij uitgaan (openbaar ministerie/rechter/rechtbank)". Volgens diezelfde parlementaire voorbereiding omvat deze bevoegdheid met name "de vaststelling van de inhoud van de maatregelen, de voorwaarden waaronder zij kunnen worden genomen, zoals de leeftijd waarop zij kunnen worden bevolen, en de keuze van de categorieën van strafbare feiten die de maatregelen rechtvaardigen, alsmede de duur van de maatregelen, met inbegrip van de voorwaarden voor de verlenging ervan". De Duitstalige Gemeenschap kan ook de "beginselen die aan deze maatregelen ten grondslag liggen, met uitzondering van die welke betrekking hebben op de procedureregels voor de jeugdrechtbanken" vaststellen.

Hierbij gaat het om de bepalingen inzake jeugdbeschermingsmaatregelen en de bepalingen inzake uithandengeving, die thans zijn opgenomen in de wet van 8 april 1965.

De organisatie van de jeugdrechtbanken (oprichting en samenstelling), hun territoriale bevoegdheid en de procedures voor de jeugdrechtbanken blijven onder de bevoegdheid van de federale staat vallen. Uit de parlementaire voorbereiding van de institutionele hervorming blijkt dat de gemeenschappen gebruik kunnen maken van artikel 10 van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 betreffende de institutionele hervorming ("impliciete bevoegdheden") om de procedurevoorschriften vast te stellen die onlosmakelijk verbonden zijn met de maatregelen waarvoor zij thans bevoegd zijn. Als voorbeelden worden genoemd de bepalingen van de wet van 8 april 1965 betreffende de motiveringsplicht van de jeugdrechtbank (artikel 37, § 2quinquies), de onderzoeken die de jeugdrechtbank kan laten uitvoeren om met name de persoonlijkheid van de jongere te kennen

(artikel 50) en de mogelijkheid voor de jeugdrechtsbank om de genomen maatregelen in te trekken of te wijzigen (artikel 60).

De maatregelen van de wet van 8 april 1965 worden bijna volledig overgenomen in het ontwerp van decreet, maar worden duidelijker geformuleerd. Het is een breed spectrum van maatregelen dat in principe voor elke situatie een passend antwoord biedt.

Bij het evalueren van het huidige jeugdbeschermingsstelsel stelde het departement Jeugdbijstand vast dat de wil van de wetgever om het gebruik van herstelrechtelijke maatregelen te bevorderen nog onvoldoende in de praktijk wordt gebracht. Volgens onderzoek van het Nationaal Instituut voor Criminalistiek en Criminologie (NICC) worden ze in slechts 3% van de situaties voorgesteld. In 80% van de situaties waarin bemiddeling wordt voorgesteld, komt deze van het openbaar ministerie. Zo maken de jeugdrechtsbanken ook zeer zelden gebruik van het 'geschreven project'. Volgens het onderzoek van het NICC is dit vooral te wijten aan het feit dat deze mogelijkheid onvoldoende bekend is bij de betrokkenen, in de eerste plaats de jongeren en hun advocaten.

Om hierin verandering te brengen, voert het ontwerp van decreet de verplichting in voor de gerechtelijke autoriteiten om de betrokkenen in alle fasen van de procedure te informeren over de mogelijkheid om bemiddeling te vragen of een project in te dienen. Bedoeling is dus dat bij voorrang een bemiddeling wordt overwogen en dat de uitvoerbaarheid wordt onderzocht van een project dat wordt ingediend door de jongere die ervan wordt verdacht een als misdrijf omschreven feit te hebben gepleegd. De jeugdrechter of de jeugdrechtsbank kan alleen een andere jeugdbeschermingsmaatregel nemen als een gevraagde bemiddeling of een ingediend project onuitvoerbaar, ongeschikt of ontoereikend blijkt te zijn.

Indien de bemiddeling of het project door de procureur des Konings worden voorgesteld, voorziet het ontwerp van decreet bovendien in de automatische beëindiging van de strafprocedure indien deze naar behoren wordt uitgevoerd, zoals het geval is bij de bemiddeling van volwassenen, zodat deze maatregelen een reëel alternatief kunnen vormen voor andere maatregelen.

De andere maatregelen naast de bemiddeling en het project zijn: ambulante begeleiding en opvang, verblijf op de gewone verblijfplaats onder één of meer voorwaarden, prestatie van opvoedkundige aard en van algemeen nut (kortweg: gemeenschapsdienst), een semi-residentiële behandeling, begeleiding en opvang of een residentiële behandeling en opvang.

De subsidiariteit van residentiële maatregelen ten opzichte van andere maatregelen en met name de subsidiariteit van vrijheidsberovende maatregelen (gesloten instelling of gesloten afdeling van een openbare instelling voor jeugdbescherming) ten opzichte van een opname in een open setting blijven fundamentele beginselen in de opvang van jongeren.

De bepalingen van het ontwerp van besluit tot regeling van de voorwaarden voor de residentiële opvang van een jongere in een open of gesloten afdeling van een openbare instelling voor jeugdbescherming werden aangepast aan de bepalingen die in de Franse Gemeenschap gelden, aangezien de Duitstalige Gemeenschap, gelet op het beperkte aantal Duitstalige jongeren dat in deze instellingen voor jeugdbescherming wordt opgenomen, momenteel niet van plan is om een dergelijke instelling op haar grondgebied te creëren. De samenwerking tussen beide gemeenschappen wordt mogelijk gemaakt door de sectorale overeenkomst van 27 april 2001 tussen de Franse Gemeenschap en de Duitstalige Gemeenschap op het gebied van jeugdbijstand en adoptie.

De enige maatregelen die kunnen worden genomen ten aanzien van jongeren onder de twaalf jaar zijn bemiddeling en ambulante begeleidings- en opvangmaatregelen. Als deze maatregelen niet geschikt zijn, wordt de overstap naar de gerechtelijke jeugdbijstand mogelijk gemaakt.

Het ontwerp van decreet bepaalt tevens dat de jeugdrechtsbank, wanneer ze de uitwerking en uitvoering van een project toestaat, tegelijkertijd kan voorzien in vervangende maatregelen die kunnen worden opgelegd indien de jongere het project niet binnen de gestelde termijn of volgens de vastgestelde modaliteiten uitvoert. Deze vervangende maatregelen zijn ambulante begeleiding en opvang, een prestatie van opvoedkundige aard en van algemeen nut (gemeenschapsdienst), vervulling van bepaalde voorwaarden, een semi-residentiële behandeling, begeleiding en opvang of een residentiële behandeling en opvang. Dit moet de uitvoering van deze vervangende maatregelen mogelijk maken zonder dat een nieuwe dagvaarding voor de jeugdrechtsbank nodig is.

Voorts bepaalt het ontwerp van decreet dat de jeugdrechtsbank een residentiële maatregel inzake behandeling of opvang kan schorsen, op voorwaarde dat de jongere andere bepaalde maatregelen uitvoert. Deze maatregelen zijn ambulante begeleiding en opvang, een prestatie van opvoedkundige aard en van algemeen nut (gemeenschapsdienst) of het voldoen aan bepaalde voorwaarden. Het departement Jeugdbijstand is bevoegd voor de begeleiding en ondersteuning van de jongere tijdens de zogenaamde proeftijd en voor het toezicht op de uitvoering van de maatregelen. Het doel is het aantal opnames van jongeren te verminderen en zo hun sociale re-integratie en hun verantwoordelijkheidsbesef te bevorderen.

Bij hun beslissing moeten de procureur des Konings, de jeugdrechtsbank of de jeugdrechter rekening houden met factoren. Wat die factoren betreft, worden de veiligheid, de persoonlijkheid, de maturiteitsgraad en de leefomgeving van de jongere vervangen door de ruimere begrippen behoeften, leeftijd, beoordelingsvermogen en levenssituatie van de jongere. De andere factoren waarin de wet van 8 april 1965 voorziet, worden gehandhaafd, namelijk de ernst van het jeugddelict, de omstandigheden waarin het is gepleegd, alsmede de schade en de gevolgen voor het slachtoffer, de reeds ten aanzien van de jongere genomen beschermingsmaatregelen, het gedrag van de jongere tijdens de uitvoering daarvan en de openbare veiligheid.

De mogelijkheid om de zaak uit handen te geven, wordt gehandhaafd, maar de voorwaarden ervan worden aangescherpt om de algemene filosofie van de jeugdbescherming beter te respecteren en om de uitsluiting van de jongere uit het systeem alleen mogelijk te maken, indien kan worden aangetoond dat de jeugdbeschermingsmaatregelen ontoereikend zijn.

BESPREKING VAN DE ARTIKELEN

Artikel 1

Dit artikel bepaalt het algemene toepassingsgebied van het ontwerp van decreet. De artikelen 27 en 54 bepalen daarentegen de specifieke toepassingsgebieden van de jeugdbijstand (hoofdstuk 4) en van de jeugdbescherming (hoofdstuk 5).

De prioritaire begunstigde van de jeugdbijstand is in het algemeen elk kind dat zich in een levenssituatie bevindt die hem of haar in gevaar brengt en meer bepaald elk kind wiens fysieke, psychologische en morele integriteit, gezonde ontwikkeling, opvoeding of maatschappelijke participatie in gevaar wordt gebracht door zijn eigen gedrag of door andere personen of situaties.

Het ontwerp van decreet geldt ook voor jongvolwassenen tot 21 jaar die op weg naar zelfstandigheid een adviesaanbod van de jeugdbijstand nodig hebben.

In het kader van de jeugdbescherming is het ontwerp van decreet ook van toepassing op elke jongere die ervan wordt verdacht een jeugddelict te hebben gepleegd vóór de leeftijd van achttien jaar en op elke jongere ten aanzien van wie dat bewezen is.

Om de gestelde doelen te bereiken, is het ontwerp van decreet ook van toepassing op personen belast met de opvoeding die moeilijkheden ondervinden om de integriteit, de gezonde ontwikkeling, de opvoeding of de maatschappelijke participatie van het kind of de jongere te waarborgen wegens een gebrek aan verantwoordelijkheid of opvoedingscompetentie, bijzondere behoeften van het kind of de jongere of andere belastende omstandigheden. Dit kan bijvoorbeeld het geval zijn bij ouders met een psychische aandoening of ouders die overweldigd zijn door het gedrag van hun kind of jongere. Dit ontwerp van decreet heeft ook tot doel de middelen aan te reiken om de relatie tussen het kind/de jongere en de personen belast met de opvoeding te versterken, de opvoedingscompetenties van de personen belast met de opvoeding te bevorderen en de personen belast met de opvoeding bij hun opvoedingstaken te ondersteunen.

Tot slot is het ontwerp van decreet van toepassing op alle aanbieders, dienstverrichters, pleeggezinnen en gerechtelijke autoriteiten die werkzaam zijn op het gebied van jeugdbijstand en jeugdbescherming.

Artikel 2

De verwijzingen naar personen in het ontwerp van decreet gelden gelijkelijk voor alle geslachten.

Artikel 3

In dit artikel worden begrippen uit het ontwerp van decreet gedefinieerd die op verschillende plaatsen voorkomen.

Zo zorgt het voor een uniforme interpretatie van de desbetreffende bepalingen.

De Duitse definities zijn alfabetisch gerangschikt.

In de bepaling onder 5° wordt de dienstverrichter gedefinieerd als de natuurlijke persoon of rechtspersoon die door het departement Jeugdbijstand of door de gerechtelijke autoriteiten op grond van een overeenkomst, beslissing of vonnis kan worden belast met de uitvoering van maatregelen op het gebied van jeugdbijstand of jeugdbescherming. In tegenstelling tot de onder nummer 15° genoemde aanbieders van jeugdbijstand en de onder nummer 19° genoemde aanbieders van jeugdbescherming, die ook belast kunnen worden met de uitvoering van jeugdbijstands- of jeugdbeschermingsmaatregelen, zijn de dienstverrichters niet hoofdzakelijk actief op het gebied van

jeugdbijstand en jeugdbescherming. Om die reden zijn dienstverrichters niet verplicht een erkenning te verkrijgen op grond van het ontwerp van decreet voordat zij met hun activiteiten beginnen. Dienstverrichters die hun activiteiten ook buiten dit ontwerp van decreet om verrichten, zijn bijvoorbeeld therapeuten, crèches of internaten.

In de bepaling onder 7° worden de personen belast met de opvoeding in de eerste plaats gedefinieerd als de natuurlijke personen die het ouderlijk gezag hebben als bedoeld in artikel 371 en volgende van het oude Burgerlijk Wetboek. Dit zijn dus de wettelijke ouders van het kind of de jongere. Uitgezonderd van deze definitie zijn natuurlijke personen die krachtens de wet of een rechterlijke beslissing gemachtigd zijn om geheel of gedeeltelijk het ouderlijk gezag over het kind of de jongere uit te oefenen, zoals, met toepassing van artikel 387quinquies e.v. van het oude Burgerlijk Wetboek, pleegouders.

Ook de voogd is een persoon belast met de opvoeding. De voogdij over kinderen wordt geopend krachtens artikel 389, afdeling 1, van het oude Burgerlijk Wetboek "indien beide ouders zijn overleden of rechtens onbekend zijn, indien zij blijvend niet in staat zijn het ouderlijk gezag uit te oefenen of indien zij niet in staat zijn hun wil kenbaar te maken."

Als 'persoon belast met de opvoeding' geldt tot slot de persoon die door de Jeugdrechtbank krachtens artikel 34 van de wet van 8 april 1965 is aangewezen en die, na de uitspraak van gehele of gedeeltelijke ontzetting uit het ouderlijk gezag, onder toezicht van de Jeugdrechtbank de rechten uitoefent bedoeld in artikel 33, 1° en 2°, van de wet van 8 april 1965 (het recht van bewaring en opvoeding, het recht om het kind te vertegenwoordigen, het recht om tot zijn handelingen toestemming te geven en het recht om zijn goederen te beheren) die aan de ouders of een van de ouders zijn ontnomen, en de daarmee verbonden verplichtingen vervult.

De bepaling onder 9° definieert het in gevaar brengen van het kind als de reeds opgetreden of te verwachten schending van zijn integriteit, door zijn eigen gedrag, het gedrag van de personen belast met zijn opvoeding, het gedrag van derden, door zijn levensomstandigheden, door relatieconflicten of door bijzondere gebeurtenissen. In de bepaling onder 13° wordt integriteit gedefinieerd als de fysieke, psychologische en morele integriteit van het kind of de jongere. Deze definitie geeft het departement Jeugdbijstand en de gerechtelijke autoriteiten enkele aanwijzingen om in individuele gevallen een gevaarlijke levenssituatie vast te stellen en hun optreden te rechtvaardigen. Bovendien bevestigt deze definitie het in artikel 22bis, eerste lid, van de Grondwet aan kinderen toegekende recht op "eerbiediging van hun morele, lichamelijke, geestelijke en seksuele integriteit". Een door het departement Jeugdbijstand vastgestelde mogelijke bedreiging van het kind en het ontbreken van een consensuele samenwerking met de personen belast met de opvoeding of een acute bedreiging, d.w.z. een aanwezig, dreigend gevaar, zijn redenen voor een optreden van de gerechtelijke autoriteiten in het kader van de jeugdbijstand.

In de bepaling onder 12° wordt de gewone leefomgeving gedefinieerd als de plaats waar zich het levensmiddelpunt van de natuurlijke persoon bevindt. Het is dus de plaats waar een natuurlijke persoon zich hoofdzakelijk gevestigd heeft, ook al is hij daar niet geregistreerd. Om deze plaats te bepalen, wordt rekening gehouden met omstandigheden van persoonlijke aard die wijzen op permanente banden met deze plaats of de wil om dergelijke banden aan te knopen.

In de bepaling onder 14° wordt jeugdbijstand gedefinieerd als de gespecialiseerde hulp die het kind en zijn gezin krachtens dit ontwerp van decreet krijgen. Deze gespecialiseerde bijstand is subsidiair, d.w.z. aanvullend en complementair aan de algemene sociale bijstand die bijvoorbeeld door de openbare centra voor maatschappelijk welzijn of het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren kan worden verleend. Jeugdbijstand wordt dus alleen verleend als door de bijzondere aard van het verzoek geen andere algemene hulp in aanmerking komt.

Jeugdbijstand als overkoepelend begrip omvat de consensuele jeugdbijstand en de gerechtelijke jeugdbijstand. Consensuele jeugdbijstand wordt gedefinieerd onder 6° en verwijst naar de gespecialiseerde hulpmaatregelen die het departement Jeugdbijstand uitwerkt in overleg met het kind en de personen belast met zijn opvoeding. Deze jeugdbijstandsmaatregelen kunnen een ambulante, residentiële of semi-residentiële vorm hebben. De inhoud is gebaseerd op de individuele behoeften. Ambulante hulp kan bijvoorbeeld sociaal-pedagogische, therapeutische of psychologische begeleiding of begeleiding bij de opvoeding zijn, semi-residentiële hulp kan deeltijdse zorg zijn of een verblijf in een internaat, en residentiële hulp kan langdurige zorg of opvang in een instelling zijn. Voor jongvolwassenen kan ook adviesverlening worden ontwikkeld in het kader van de consensuele jeugdbijstand.

Gerechtelijke jeugdbijstand, die gedefinieerd wordt onder 10°, staat voor de gespecialiseerde hulpmaatregelen die de jeugdrechtbank of de jeugdrechter kunnen bevelen indien en zolang er gevaar voor het kind bestaat en de personen belast met zijn opvoeding niet bereid of in staat zijn dat gevaar af te wenden of in acute situaties die onmiddellijke bescherming van het in gevaar verkerende kind vereisen. Deze maatregelen worden omschreven in hoofdstuk 4, afdeling 3, onderafdeling 2, van het ontwerp van decreet en worden gewoonlijk georganiseerd en begeleid door het departement Jeugdbijstand.

Zolang het departement Jeugdbijstand kan uitgaan van een samenwerking met de personen belast met de opvoeding om gevaar voor het kind af te wenden, is het departement Jeugdbijstand niet aangewezen op ondersteuning van de jeugdrechter. Als een dreigend gevaar echter alleen kan worden afgewend door bindende invloed uit te oefenen op de opvoedingsverantwoordelijkheid van de ouders, dan wordt de jeugdrechtbank actief in het kader van de gerechtelijke jeugdbijstand.

De bepaling onder 17° definieert het begrip 'jongere' als elke natuurlijke persoon die ervan wordt verdacht een jeugddelict te hebben gepleegd vóór de leeftijd van achttien jaar (verdachte jongere) of die definitief voor een jeugddelict is veroordeeld (delinquente jongere). Dat begrip wordt uitsluitend gebruikt in het kader van de jeugdbescherming en verschilt van de begrippen 'kind' en 'jongvolwassene', die worden gebruikt in het kader van de consensuele en gerechtelijke jeugdbijstand. De keuze voor het begrip 'jongere' is ingegeven door het feit dat de meeste, met de jeugdbescherming in aanraking komende personen ouder zijn dan twaalf jaar. In het kader van de jeugdbescherming kunnen de gerechtelijke autoriteiten maatregelen voorstellen of bevelen. Deze maatregelen worden georganiseerd en begeleid door het departement Jeugdbijstand.

De bepaling onder 18° definieert de jeugdbescherming als het optreden van de procureur des Konings, de jeugdrechter of de jeugdrechtbank ten aanzien van verdachte jongeren of delinquente jongeren. De jeugdbescherming is dus de reactie van de samenleving op strafbare handelingen van jongeren. Deze reactie moet er met name op gericht zijn jongeren ter verantwoording te roepen om te voorkomen dat zij opnieuw jeugddelicten plegen.

De bepaling onder 24° definieert het begrip 'kind' als elke natuurlijke persoon tot achttien jaar die wordt begeleid in het kader van de jeugdbijstand. Jeugdbijstand is in de eerste plaats gericht op kinderen onder achttien jaar. Door te voorzien in de mogelijkheid de bijstand uit te breiden tot jongvolwassenen tussen 18 en 21 jaar (zie 22°) zorgt het ontwerp van decreet voor een harmonieuze overgang van de speciaal beschermde status van minderjarige naar die van volwassene. Het doel is te voorkomen dat een kind door het bereiken van een bepaalde leeftijd plotseling geen hulp meer krijgt, terwijl het die nog wel nodig heeft. Tot de jongvolwassenen behoren ook natuurlijke personen tussen 18 en 21 jaar die niet reeds vóór hun 18e in het kader van de jeugdbijstand werden begeleid en die in het kader van de consensuele jeugdbijstand advies wensen.

In de bepaling onder 27° wordt het begrip 'slachtoffer' gedefinieerd als de natuurlijke personen of rechtspersonen die direct of indirect schade hebben geleden als gevolg van een jeugddelict. Die schade

of dat verlies kan fysiek, psychologisch, moreel of economisch zijn. Het begrip 'slachtoffer' wordt in dit ontwerp van decreet gebruikt in de context van bemiddelingen (zie commentaar bij de bepaling onder 35°).

De bepaling onder 28° definieert het begrip 'pleegzorg' als de maatregel die in het kader van jeugdbijstand of jeugdbescherming kan worden overeengekomen of bevolen om kinderen en jongeren in een andere gezinsomgeving tijdelijke opvoedingsondersteuning of een permanente levensvorm te bieden. In de pleegzorg wordt een onderscheid gemaakt tussen de residentiële vormen van de crisispleegzorg en de langdurige pleegzorg en de semi-residentiële vorm van de ondersteunende pleegzorg.

Crisispleegzorg (1°) is de kortdurende opname van een kind of jongere in een daartoe erkend pleeggezin, hetzij omdat de personen belast met de opvoeding gedurende een beperkte periode de verzorging, ondersteuning en opvoeding niet kunnen garanderen, hetzij omdat in het kader van een crisisinterventie verdere vooruitzichten voor het kind of de jongere moeten worden verduidelijkt. Het doel van de crisispleegzorg is de voorwaarden te scheppen voor een snelle terugkeer van het kind of de jongere naar zijn gezin. Langdurige pleegzorg (25°) strekt zich gewoonlijk uit over meerdere jaren totdat het kind meerderjarig is, met als doel het kind of de jongere een veilige leefomgeving te bieden. Ondersteunende pleegzorg (32°) is de occasionele opvang van een kind of jongere door een ondersteunend pleeggezin met als doel de druk op de gewone leefomgeving van het kind of de jongere te verlichten.

Door middel van een vertrouwensrelatie tussen het kind of de jongere en het pleeggezin is pleegzorg erop gericht de harmonieuze ontwikkeling en ontplooiing van het kind of de jongere te bevorderen, met inachtneming van de rol van de personen belast met de opvoeding bij de uitoefening van het ouderlijk gezag over het kind of de jongere.

Het departement Jeugdbijstand staat in voor de werving, voorbereiding en begeleiding van pleeggezinnen en voor de begeleiding van de pleegkinderen.

De bepaling onder 21° definieert het begrip 'jeugddelict' als een feit dat in de zin van het Strafwetboek als misdrijf wordt omschreven.

In de bepaling onder 34° wordt het begrip 'bemiddeling' gedefinieerd als de buitengerechtelijke overleggesprekken tussen de jongere, de personen belast met zijn opvoeding en het slachtoffer van het strafbare feit, die het mogelijk moeten maken om gezamenlijk en met de hulp van een onpartijdige bemiddelaar tot een vergelijk te komen, in het bijzonder over de relationele en materiële gevolgen van een jeugddelict. De jongere en het slachtoffer komen tot een overeenkomst zonder een rechtszaak.

Bemiddeling is dus uitsluitend een jeugdbeschermingsmaatregel die bedoeld is om de jongere de mogelijkheid te bieden zijn eigen bijdrage te leveren aan het herstel van het jeugddelict door actief deel te nemen aan de uitwerking en uitvoering van de maatregel. Dit moet ertoe leiden dat hij zich bewust wordt van de gevolgen van zijn daden voor het slachtoffer en zelf verantwoordelijkheid neemt. Bovendien stelt bemiddeling het slachtoffer in staat als zodanig erkend te worden, zijn mening te geven over herstelmaatregelen en te verwerken wat hij heeft meegemaakt.

Bemiddeling kan worden aangevraagd in alle fasen van de procedure en wordt georganiseerd en begeleid door het departement Jeugdbijstand.

In de bepaling onder 35° wordt het begrip 'vertrouwde personen' gedefinieerd als de natuurlijke personen met wie het kind of de jongere een sociale of affectieve band heeft, zonder dat er sprake is van een familieband. Vertrouwde personen kunnen bijvoorbeeld stiefouders of referentieopvoeders zijn.

In de bepaling onder 36° wordt de ZBGA omschreven als de centrale autoriteit van de Gemeenschap inzake adoptie, bedoeld in artikel 6 van het decreet van 27 april 2020 betreffende de adoptie van kinderen. De ZBGA is overeenkomstig het Verdrag van 29 mei 1993 inzake de bescherming van kinderen en de samenwerking op het gebied van de interlandelijke adoptie en artikel 360-1 van het oude Burgerlijk Wetboek bij het decreet van 27 april 2020 betreffende de adoptie van kinderen opgericht om de door het Verdrag opgedragen taken in de Duitstalige Gemeenschap uit te oefenen. De ZBGA maakt deel uit van het departement Jeugdbijstand van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap. Deze opdracht vloeit voort uit het werkterrein van de ZBGA, namelijk de omkadering van de adoptie, die in de eerste plaats moet worden beschouwd als een maatregel ter bescherming van het kind. Artikel 23, § 2, van het decreet van 27 april 2020 betreffende de adoptie van kinderen biedt de ZBGA de mogelijkheid om opdracht te geven om voor residentiële opvang van de kinderen te zorgen. Dit is met name het geval wanneer biologische ouders uit de Duitstalige Gemeenschap beslissen om hun kind ter adoptie af te staan. De biologische ouders kunnen pas twee maanden na de geboorte van hun kind toestemming geven om het ter adoptie af te staan. Indien zij tegen dat tijdstip niet voor het kind kunnen of willen zorgen, kan de ZBGA interveniëren om passende hulp voor het kind te zoeken, bijvoorbeeld de opname in een pleeggezin of een instelling.

Artikel 4

Het kind en de jongere zijn leden van de samenleving en rechtssubjecten met recht op inspraak en advies. Zo legt dit artikel het verband met de rechten van kinderen en jongeren die zijn erkend in de Grondwet en in het Verdrag van 20 november 1989 inzake de rechten van het kind. Het respect voor de persoon van het kind of de jongere vereist met name dat ze betrokken worden bij elke maatregel die op hen betrekking heeft. Dit houdt in dat de in artikel 4 van het ontwerp van decreet opgesomde beginselen worden gewaarborgd.

De bepaling onder 1° bekrachtigt dat rekening houden met de behoeften van het kind en de jongere een essentiële basis vormt voor de jeugdbijstand en de jeugdbescherming. Ze worden geregistreerd door de professionals in samenspraak met het betrokken kind en de betrokken jongere en met de personen belast met de opvoeding. Het gebruik van het begrip 'behoeften van het kind' is bedoeld om uitvoering te geven aan het brede beginsel van het belang van het kind (artikel 3 van het Verdrag inzake de rechten van het kind en artikel 22bis, vierde lid, van de Grondwet).

In het ontwerp van decreet wordt daaraan in het bijzonder uitvoering gegeven door bij het plannen, voorstellen of bevelen van een jeugdbijstandsmaatregel of jeugdbeschermingsmaatregel rekening te houden met de factoren vermeld in artikel 12, paragraaf 1, 1°, en artikel 12, paragraaf 2, 1°.

De bepaling onder 2° verwijst naar de inachtneming van de wil van het kind als bedoeld in artikel 12 van het Verdrag inzake de rechten van het kind en artikel 22bis, tweede lid, van de Grondwet. Het kind en de jongere hebben het recht zich vrij te uiten in alle aangelegenheden die hen betreffen. Met hun mening moet rekening worden gehouden naar gelang van hun leeftijd en beoordelingsvermogen.

Dit wordt in het ontwerp van decreet met name geïmplementeerd via de planning van de jeugdbijstand die samen met het kind wordt uitgevoerd, de mogelijkheid voor het kind en de jongere om de wijziging van de maatregelen te vragen en ter zake te worden gehoord, of via de mogelijkheden waarover kinderen en jongeren beschikken om een klacht in te dienen.

De bepaling onder 3° sterkt het verbod op discriminatie dat verankerd is in artikel 2 van het Internationaal Verdrag inzake de rechten van het kind en in artikel 11 van de Grondwet. Zo wordt vastgesteld dat iedereen die betrokken is bij de uitvoering van het ontwerp van decreet de rechten van het kind en de jongere zal eerbiedigen zonder enige discriminatie op grond van nationaliteit, een zogenaamd ras, kleur, afkomst of nationale of etnische herkomst, leeftijd, seksuele geaardheid,

godsdienstige of filosofische overtuiging, handicap, geslacht en aanverwante zaken zoals zwangerschap, bevalling en moederschap, ouderschap of geslachtsverandering, burgerlijke staat, geboorte, vermogen, politieke overtuiging, vakbondsovertuiging, taal, huidige of toekomstige gezondheidstoestand, fysieke of genetische kenmerken of sociale afkomst.

Ook de bepaling onder 4° draagt bij tot het recht van het kind en de jongere op participatie. Dit zorgt ervoor dat zij door een persoon van hun keuze kunnen worden begeleid naar de gesprekken die hen betreffen. Er kunnen ook afzonderlijke gesprekken plaatsvinden. Beide maatregelen zijn bedoeld om het kind en de jongere de best mogelijke uitgangspositie te bieden als zij zich bijvoorbeeld niet in staat voelen om zelf hun mening te uiten of als zij geïntimideerd zouden kunnen worden door de aanwezigheid van bepaalde personen. Alleen als het in strijd is met de integriteit van het kind of als de jeugdrechter of de jeugdrechtbank dit bepaalt, kan het kind of de jongere zich niet door bepaalde personen laten vergezellen.

Het recht van het kind om alle beslissingen en informatie in een toegankelijke taal te ontvangen, zoals vermeld in de bepaling onder 5°, draagt in het algemeen bij tot de concretisering van het recht op participatie. Dit omvat ook de mogelijkheid om een tolk in te schakelen indien het kind of de jongere geen Duits spreekt.

Artikel 5

Dit artikel bepaalt dat het kind of de jongere bij voorkeur in zijn gewone leefomgeving blijft, dit is de plaats waar zijn levensmiddelpunt zich bevindt. In die zin zijn ambulante en semi-residentiële maatregelen te verkiezen boven elke vorm van residentiële maatregelen. Indien ambulante en semi-residentiële maatregelen echter niet volstaan om de integriteit van het kind of de jongere te beschermen en indien het verblijf in de gewone leefomgeving negatieve gevolgen voor het kind of de jongere zou kunnen hebben, moeten residentiële maatregelen worden overwogen. Deze maatregel moet zoveel mogelijk worden aangepast aan de behoeften en de leeftijd van het kind of de jongere en zijn algemene levenssituatie, overeenkomstig artikel 12. Vanuit dat oogpunt dient regelmatig opnieuw te worden bekeken of de residentiële maatregel noodzakelijk is. Zoals reeds vermeld in de toelichting bij artikel 4, 1°, worden deze behoeften beoordeeld door professionals, in overleg met het betrokken kind en de betrokken jongere en de personen belast met de opvoeding. Indien een residentiële maatregel noodzakelijk is, moeten ook de contacten met zijn familie, in het bijzonder met de personen belast met zijn opvoeding, worden bevorderd.

In het geval van een residentiële maatregel dient er ook voor gezorgd te worden dat het kind of de jongere niet van zijn broers en zussen wordt gescheiden. Dit met toepassing van de wet van 20 mei 2021 tot wijziging van het oude Burgerlijk Wetboek in verband met de persoonlijke band tussen broers en zussen, die hun uitdrukkelijk het recht toekent om bij elkaar te blijven, ook nadat de ouders zijn gescheiden of in geval van een residentiële maatregel inzake jeugdbijstand of jeugdbeschermingsmaatregel. Alleen als dit in strijd is met de integriteit van het kind of de jongere, wordt dit recht niet uitgeoefend en kunnen andere regelingen worden getroffen. Maar zelfs in dat geval moet het persoonlijke contact tussen de broers en zussen behouden blijven.

Maatregelen die de jongere van zijn vrijheid beroven, zoals opvang in een gesloten instelling of in een gesloten afdeling van een openbare gemeenschapsinstelling voor jeugdbescherming, mogen alleen worden genomen ter bescherming van de samenleving of ter bescherming van de integriteit van de jongere gedurende een beperkte periode. Die vrijheidsbeperking moet door de jeugdrechter of de jeugdrechtbank uitdrukkelijk worden gemotiveerd.

Artikel 6

Dit artikel legt een ander sociaal beginsel vast waarmee in het kader van de jeugdbijstand of de jeugdbescherming rekening moet worden gehouden. Namelijk de fundamentele verantwoordelijkheid van de personen belast met de opvoeding voor de opvoeding en het onderhoud van hun kinderen, het toezicht op hen en de rechten en plichten die daarmee samenhangen. Zo worden de personen belast met de opvoeding betrokken bij alle beslissingen over hun kind, tenzij dit in strijd is met de integriteit van het kind of de jongere. Ook andere personen die een belangrijke sociale of affectieve rol voor het kind of de jongere spelen, dienen hierbij betrokken te worden indien dit zinvol is in het kader van de jeugdbijstandsmaatregel of jeugdbeschermingsmaatregel. Voorts moeten de personen belast met de opvoeding ook worden ondersteund bij hun opvoedingstaken en bij het oplossen van opvoedingskwesties om de opvoedingsomstandigheden van hun kinderen te verbeteren.

Artikel 7

Dit artikel bepaalt het hoofddoel van de consensuele jeugdbijstand en de gerechtelijke jeugdbijstand. Jeugdbijstand wil het kind de mogelijkheid bieden een menswaardig, aan zijn leeftijd aangepast leven te leiden en zijn gezonde ontwikkeling zoveel mogelijk bevorderen. Zoals reeds in de bespreking van artikel 5 werd verduidelijkt, heeft jeugdbijstand tot doel het gezin als basiselement van de maatschappij en als natuurlijke omgeving voor de ontwikkeling van het kind te ondersteunen. Ondersteuning van het kind en de personen belast met zijn opvoeding via ambulante of semi-residentiële maatregelen verdient dus de voorkeur boven ondersteuning via residentiële maatregelen. Jeugdbijstand is ook bedoeld om het zelfvertrouwen van het kind te versterken en het kind te ondersteunen bij zijn integratie in de maatschappij, op school en eventueel in het beroepsleven. Tot slot moeten jongvolwassenen worden ondersteund bij hun overgang naar zelfstandigheid.

Artikel 8

In dit artikel wordt het hoofddoel van de jeugdbescherming gedefinieerd. De jeugdbescherming is de reactie van de samenleving op strafbare handelingen van jongeren. Deze reactie is met name erop gericht jongeren ter verantwoording te roepen, om te voorkomen dat zij opnieuw jeugddelicten plegen. Door recidive te voorkomen, wordt ook de samenleving beschermd. Tegelijkertijd moet de jeugdbescherming de jongere de mogelijkheid bieden zelf een bijdrage aan het herstel te leveren door er actief bij betrokken te zijn. Dit moet ertoe leiden dat hij zich bewust wordt van de gevolgen van zijn daden. Bovendien moet de jeugdbescherming de jongere helpen de regels van het sociale leven te leren. Daarom moet jeugdbescherming educatief, preventief, snel en doeltreffend zijn.

Jongeren die strafbare feiten plegen, hebben vaak niet hetzelfde beoordelingsvermogen als volwassenen. Dit rechtvaardigt een verschillende behandeling wat betreft de mate van hun verantwoordelijkheid en de gevolgen van hun daden.

Artikel 9

In dit artikel worden ambulante maatregelen gedefinieerd als alle jeugdbijstandsmaatregelen of jeugdbeschermingsmaatregelen die niet in een residentiële of semi-residentiële vorm plaatsvinden. Deze maatregelen zijn zowel bedoeld voor de kinderen en jongeren als voor de personen belast met hun opvoeding. Voorbeelden van ambulante maatregelen zijn sociaal-pedagogische begeleiding, therapeutische begeleiding, psychologische begeleiding of begeleiding bij de opvoeding.

De bedoeling van ambulante maatregelen is om, via adviesverlening en begeleiding, bij te dragen tot het fundamenteel oplossen en beheersen van conflicten, de opvoedingsomstandigheden van de kinderen en jongeren te verbeteren, hen te ondersteunen bij dagelijkse problemen en ontwikkelingsproblemen en hun zelfstandigheid te bevorderen. Zowel het departement Jeugdbijstand als de gerechtelijke autoriteiten moeten rekening houden met deze doelstellingen bij het kiezen van een ambulante maatregel.

Het derde lid van dit artikel machtigt de Regering ertoe om de nadere regels en de overige doelstellingen van de ambulante maatregelen te bepalen.

Artikel 10

In dit artikel worden semi-residentiële maatregelen gedefinieerd als alle maatregelen op het gebied van jeugdbijstand of jeugdbescherming die, evenals residentiële maatregelen, zowel dagopvang als nachtopvang kunnen omvatten, maar waarbij de belangrijkste leefomgeving van het kind of de jongere buiten de vorm van residentiële opvang of het ondersteunende pleeggezin ligt. Semi-residentiële maatregelen kunnen bijvoorbeeld een verblijf in een internaat of een ondersteunende pleegzorg zijn, waarbij het kind of de jongere op bepaalde dagen van de week in het internaat of in het ondersteunende pleeggezin wordt opgevangen en op de andere dagen naar huis gaat.

Het tweede lid van dit artikel bepaalt de doelstellingen van de semi-residentiële maatregelen. Die doelstellingen hoeven niet allemaal tegelijk te worden nagestreefd, maar zowel het departement Jeugdbijstand als de gerechtelijke autoriteiten moeten er rekening mee houden bij het kiezen van een semi-residentiële maatregel inzake jeugdbijstand of jeugdbescherming.

Het derde lid van dit artikel machtigt de Regering om de nadere regels en de overige doelstellingen van de semi-residentiële maatregelen te bepalen.

Artikel 11

In dit artikel worden semi-residentiële maatregelen gedefinieerd als alle maatregelen inzake jeugdbijstand of jeugdbescherming die zowel dagopvang als nachtopvang in een vorm van residentiële opvang of in een pleeggezin voor crisispleegzorg of langdurige pleeggezin omvatten en de belangrijkste leefomgeving van het kind of de jongere zich in de vorm van residentiële opvang of in het pleeggezin bevindt. Voorbeelden van residentiële maatregelen zijn crisispleegzorg, langdurige pleegzorg of een behandeling of opvang in een open of gesloten instelling.

Het tweede lid van dit artikel bepaalt de doelstellingen van de residentiële maatregelen. Die doelstellingen hoeven niet allemaal tegelijk te worden nagestreefd, maar zowel het departement Jeugdbijstand als de gerechtelijke autoriteiten moeten er rekening mee houden bij het kiezen van een residentiële maatregel inzake jeugdbijstand of jeugdbescherming.

Het derde lid van dit artikel machtigt de Regering om de nadere regels en de overige doelstellingen van de residentiële maatregelen te bepalen.

Artikel 12

Dit artikel beschrijft de factoren waarmee rekening moet worden gehouden bij het plannen, voorstellen of bevelen van een jeugdbijstandsmaatregel of jeugdbeschermingsmaatregel, zodat een maatregel kan worden genomen die aangepast is aan de situatie van het kind of de jongere. De volgorde van de factoren doet er niet toe. Veeleer is de interactie tussen de afzonderlijke factoren van belang.

Paragraaf 1 van dit artikel betreft de factoren die in het kader van de jeugdbijstandsmaatregelen van toepassing zijn. Die factoren zijn: de behoeften van het kind (zie ook artikel 4, 1°), de leeftijd en het beoordelingsvermogen van het kind (zie ook artikel 4, 2°), de mate waarin de personen belast met de opvoeding bekwaam zijn om voor de integriteit, de gezonde ontwikkeling, de opvoeding en de maatschappelijke participatie van het kind te zorgen, alsook de algemene levenssituatie van het kind.

Paragraaf 2 van dit artikel betreft de factoren die in het kader van jeugdbeschermingsmaatregelen van toepassing zijn. Die factoren zijn: de behoeften van het kind (zie ook artikel 4, 1°), de leeftijd en het beoordelingsvermogen van het kind (zie ook artikel 4, 2°), zijn levenssituatie, de ernst van het jeugddelict, de omstandigheden waarin het is gepleegd en de schade en de gevolgen voor het slachtoffer, de reeds tegen de verdachte jongere genomen jeugdbeschermingsmaatregelen en zijn gedrag tijdens de uitvoering daarvan, en de openbare veiligheid.

Artikel 13

Dit artikel bepaalt het doel en de vormen van de preventiemaatregelen.

Preventie speelt een uiterst belangrijke rol in de jeugdbijstand en de jeugdbescherming. Preventiemaatregelen moeten voorkomen dat kinderen, jongeren en jongvolwassenen gevaar lopen. Een actief beleid op het gebied van algemene preventie en een vroegtijdige herkenning van ongewenste maatschappelijke ontwikkelingen moeten voorkomen dat kinderen en jongeren een beroep moeten doen op gespecialiseerde hulp. Op die manier moet het aantal kinderen en jongeren dat te maken krijgt met jeugdbijstand en jeugdbescherming zoveel mogelijk worden beperkt.

Preventie is een continu proces dat zowel individuele als collectieve maatregelen omvat, zowel binnen de jeugdzorgsector als over de sectoren heen. Dit omvat individuele adviesverlening voor kinderen, jongeren en de gezinnen waartoe ze behoren, projecten in de leefomgeving van kinderen en jongeren en jongvolwassenen, opleiding voor vrijwilligers en professionals of campagnes voor het grote publiek.

Het departement zorgt voor de coördinatie, planning, uitvoering en evaluatie van de preventiemaatregelen. De preventiemaatregelen hoeven niet noodzakelijkerwijs door het departement te worden geïnitieerd, maar kunnen ook door andere actoren worden uitgevoerd. In dit geval neemt het departement een coördinerende taak van de geplande preventiemaatregelen op zich.

Het vierde lid van dit artikel machtigt de Regering om de nadere regels te bepalen voor de coördinatie, planning, uitvoering en evaluatie van de preventiemaatregelen, alsook voor de financiering van die maatregelen.

Artikel 14

Het doel van de netwerkbijeenkomsten is de hulpverlening aan kinderen, jongeren, jongvolwassenen en gezinnen in de Duitstalige Gemeenschap behoeftegericht en doelgericht vorm te geven door de uitwisseling van ervaringen en gezamenlijke reflectie en ontwikkeling.

De toenemende eisen op het gebied van jeugdbijstand en jeugdbescherming vereisen een georganiseerde en gestructureerde uitwisseling van actoren die direct of indirect bijdragen tot de verwezenlijking van de jeugdbijstand en de jeugdbescherming.

Artikel 15

Dit artikel bepaalt dat de Regering een stuurgroep voor de netwerken van de jeugdbijstand en de jeugdbescherming opricht.

Artikel 16

Dit artikel bepaalt de taken van de stuurgroep voor de netwerken van de jeugdbijstand en de jeugdbescherming.

Om ervoor te zorgen dat de beraadslagingen en bevindingen van deze netwerken ook tot concrete maatregelen kunnen leiden en zo nodig op politiek niveau kunnen worden uitgevoerd, moet een stuurgroep worden opgericht die deze processen organiseert, stuurt, begeleidt en coördineert.

Bovendien zijn er in de jeugdbijstand en de jeugdbescherming een aantal overlappingsen met andere sectoren die niet noodzakelijk vertegenwoordigd zijn in de netwerken voor jeugdbijstand en jeugdbescherming, zoals onderwijs, jeugdwerk en gezondheidsbevordering. De uitwisseling met die andere sectoren is ook erg belangrijk, aangezien de preventie en begeleiding daardoor effectief en efficiënt kan worden uitgevoerd. Het succes van de jeugdbijstand en de jeugdbescherming gaat hand in hand met de positieve ontwikkeling van de hele omgeving van de kinderen, jongeren en jongvolwassenen en daarom is het essentieel systeemoverschrijdende fora over onderwerpen inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming te organiseren waaraan alle actoren van de jeugdbijstand en de jeugdbescherming én actoren uit andere betrokken sectoren deelnemen.

Artikel 17

Dit artikel bepaalt de samenstelling van de stuurgroep voor de netwerken van de jeugdbijstand en de jeugdbescherming. De stuurgroep bestaat uit vertegenwoordigers van voorzieningen, diensten, instellingen en organisaties die actief zijn op het gebied van jeugdbijstand, jeugdbescherming, onderwijs, jeugdwerk en gezondheidsbevordering (leden met stemrecht), alsmede de gerechtelijke autoriteiten (lid met raadgevende stem).

In § 1, tweede lid, wordt de Regering gemachtigd om nog andere leden aan de stuurgroep toe te voegen.

De Regering wijst de leden aan voor een hernieuwbaar mandaat van zes jaar op de voordracht van de betrokken voorzieningen, diensten, instellingen en organisaties.

De Regering wijst ook een coördinator voor de stuurgroep aan onder de stemgerechtigde leden.

Artikel 18

Dit artikel bepaalt de werkwijze van de stuurgroep voor de netwerken van de jeugdbijstand en de jeugdbescherming. De details van de werkwijze van de stuurgroep zullen in een huishoudelijk reglement worden geregeld.

Om zijn taken naar behoren te kunnen vervullen, kan de stuurgroep deskundigen uitnodigen om deel te nemen aan zijn vergaderingen en werkgroepen instellen om specifieke werkthema's te behandelen.

Artikel 19

Dit artikel bepaalt wie recht heeft op presentiegeld en reisvergoedingen onder de door de Regering vastgelegde voorwaarden.

Artikel 20

Dit artikel introduceert een kwaliteitshandboek voor het departement Jeugdbijstand. Het kwaliteitshandboek is vooral bedoeld als een intern document om de medewerkers van het departement te helpen bij hun casework en te leiden tot een duidelijke en eenvormige aanpak met het oog op een optimale uitvoering van de taken.

Hoewel het handboek een intern document is, kan bepaalde inhoud ter informatie in aangepaste vorm ter beschikking van het publiek worden gesteld.

Om ervoor te zorgen dat het kwaliteitshandboek actueel blijft, bepaalt dit artikel dat het ten minste om de vier jaar aan nieuwe omstandigheden moet worden aangepast.

Artikel 21

In dit artikel staat dat de Regering om de drie jaar een activiteitenverslag van het departement Jeugdbijstand bezorgt aan het Parlement. Dat activiteitenverslag wordt opgesteld door het departement.

Artikel 22

In dit artikel worden de taken van het departement Jeugdbijstand in het kader van de consensuele jeugdbijstand opgesomd.

Die taken vloeien voort uit de procedure voor de consensuele jeugdbijstand, die in hoofdstuk 4, afdeling 2, wordt toegelicht.

Artikel 23

In dit artikel worden de taken van het departement Jeugdbijstand in het kader van de gerechtelijke jeugdbijstand en de jeugdbescherming opgesomd.

Die taken vloeien voort uit de procedure voor de gerechtelijke jeugdbijstand en de jeugdbescherming, die in hoofdstuk 4, afdeling 2, en in hoofdstuk 5 wordt toegelicht.

Artikel 24

In dit artikel worden de specifieke taken van het departement Jeugdbijstand in het kader van de pleegzorg opgesomd. Die zijn ingedeeld op basis van twee verschillende doelgroepen:

1. de kinderen en jongeren die worden begeleid in het kader van de jeugdbijstand of de jeugdbescherming;
2. de kandidaat-pleeggezinnen en de erkende pleeggezinnen.

De taken met betrekking tot de kinderen en jongeren zijn:

1. het organiseren van de residentiële en semi-residentiële begeleiding van deze kinderen en jongeren in pleeggezinnen, in het kader van de jeugdbijstand of de jeugdbescherming of in opdracht van de ZBGA;
2. het organiseren en begeleiden van de contacten tussen de pleegkinderen en de personen belast met de opvoeding;
3. het begeleiden, adviseren en ondersteunen van de pleegkinderen tijdens de pleegzorgperiode;
4. de regelmatige rapportering over de ontwikkeling van het kind in het pleeggezin.

De taken met betrekking tot de kandidaat-pleeggezinnen en de erkende pleeggezinnen zijn:

1. de publicatie van informatie over pleegzorg in het Duitse taalgebied, alsmede de werving, voorbereiding en opleiding van degenen die zich kandidaat stellen als pleeggezin (zie de opmerkingen bij de artikelen van hoofdstuk 6, afdeling 2);
2. het begeleiden, adviseren en ondersteunen van de pleeggezinnen tijdens de pleegzorgperiode;
3. het organiseren en uitvoeren van voortgezette opleidingen voor pleeggezinnen.

Artikel 25

Dit artikel bepaalt de territoriale bevoegdheid van het departement in het kader van de consensuele jeugdbijstand.

Met toepassing van het decreet van 19 mei 2008 over de jeugdbijstand en houdende omzetting van maatregelen inzake jeugdbescherming werd de territoriale bevoegdheid van de dienst voor jeugdbijstand, die bevoegd is voor de consensuele jeugdbijstand, in beginsel bepaald door de woonplaats van het kind. Als het kind naar een andere gemeenschap verhuisde, moest het dossier worden overgedragen aan de autoriteit die door de verhuizing bevoegd was geworden. Doordat deze territoriale bevoegdheid echter verschilt van de territoriale bevoegdheid van de diensten voor hulpverlening aan de jeugd van de Franse Gemeenschap, zijn er in het verleden complexe situaties ontstaan waarin niet duidelijk was wie voor welk dossier bevoegd was.

Dat is bijvoorbeeld het geval bij een pleegkind dat in de Duitstalige Gemeenschap verblijft, als de personen belast met zijn opvoeding tijdens de maatregel naar de Franse Gemeenschap verhuizen. De dienst voor jeugdbijstand van de Duitstalige Gemeenschap blijft bevoegd op grond van de woonplaats van het kind in de Duitstalige Gemeenschap. De dienst voor hulpverlening aan de jeugd van de Franse Gemeenschap wordt echter ook bevoegd voor de situatie, als gevolg van het feit dat de personen belast met de opvoeding hun woonplaats hebben in de Franse Gemeenschap.

Een ander voorbeeld dat de complexiteit van deze situatie illustreert: Een pleeggezin verhuist met een pleegkind van de Duitstalige Gemeenschap naar de Franse Gemeenschap. De personen belast met de opvoeding van het kind blijven echter in de Duitstalige Gemeenschap wonen. Door de verandering van woonplaats van het pleegkind verliest de dienst voor jeugdbijstand van de Duitstalige Gemeenschap zijn territoriale bevoegdheid. Aangezien de personen belast met de opvoeding echter niet in de Franse Gemeenschap wonen, kan ook de dienst voor hulpverlening aan de jeugd van de Franse Gemeenschap zich niet bevoegd verklaren.

Om die onduidelijkheden weg te werken en zo voor een coherente en geharmoniseerde regeling van de territoriale bevoegdheid te zorgen, werd de territoriale bevoegdheid van het departement afgestemd op die van de diensten van de andere gemeenschappen die in het kader van de consensuele jeugdbijstand een vergelijkbare taak uitvoeren. Deze territoriale bevoegdheid komt ook grotendeels overeen met die van de jeugdrechtbank, zodat in het kader van de consensuele en gerechtelijke jeugdbijstand een soortgelijke bevoegdheidsregeling geldt, hetgeen van belang is wanneer ook de gerechtelijke autoriteiten bij een situatie van consensuele jeugdbijstand betrokken raken.

De territoriale bevoegdheid wordt nu dus hoofdzakelijk bepaald door de woonplaats van de personen belast met de opvoeding van het kind, behalve in het geval van een alternatieve plaatsing of indien de personen belast met de opvoeding geen woonplaats in België hebben of hun woonplaats onbekend is. In dat geval is de woonplaats of de gewone leefomgeving van het kind bepalend.

In geval van verlies van territoriale bevoegdheid door verandering van woonplaats en indien verdere interventie vereist is, neemt het departement Jeugdbijstand contact op met de thans bevoegde autoriteit en verstrekt deze de informatie die nuttig is voor de voortzetting van de interventie.

Er gaan vaak meerdere dagen of weken voorbij wanneer een situatie wordt overgedragen. Om tijdens deze overgangsperiode, ondanks het verlies van de territoriale bevoegdheid, de nodige begeleiding en opvang van het kind te waarborgen en de overgang naar de nieuwe autoriteit mogelijk te maken, kan het departement Jeugdbijstand zijn werkzaamheden in het kader van de consensuele jeugdbijstand gedurende maximaal zes maanden voortzetten.

Een verlenging van deze periode van zes maanden is mogelijk in overleg met de bevoegd geworden autoriteiten, mits de continuïteit van de jeugdbijstand noodzakelijk is om de integriteit van het kind te beschermen.

Artikel 26

Dit artikel bepaalt de territoriale bevoegdheid van het departement in het kader van de gerechtelijke jeugdbijstand en de jeugdbescherming. Dit komt overeen met de territoriale bevoegdheid van de jeugdrechter en de jeugdrechtbank van het gerechtelijk arrondissement Eupen, bepaald door artikel 44 van de wet van 8 april 1965.

Artikel 27

Dit artikel bepaalt het specifieke toepassingsgebied van 'Hoofdstuk 4 – Consensuele en gerechtelijke jeugdbijstand'.

Dit hoofdstuk geldt dus voor elk kind dat zich in een levenssituatie bevindt die hem in gevaar brengt en meer bepaald voor elk kind wiens fysieke, psychologische en morele integriteit, gezonde ontwikkeling, opvoeding of maatschappelijke participatie in gevaar wordt gebracht door zijn eigen gedrag of door andere personen of situaties.

Dit hoofdstuk geldt ook voor personen belast met de opvoeding die moeilijkheden ondervinden om de integriteit, de gezonde ontwikkeling, de opvoeding of de maatschappelijke participatie van het kind of de jongere te waarborgen wegens een gebrek aan verantwoordelijkheid of opvoedingscompetentie, bijzondere behoeften van het kind of de jongere of andere belastende omstandigheden. Dit kan bijvoorbeeld het geval zijn bij ouders met een psychische aandoening of ouders die het gedrag van hun kind of jongere niet aankunnen. Dit hoofdstuk heeft ook tot doel de middelen aan te reiken om de relatie tussen het kind of de jongere en de personen belast met de opvoeding te versterken, de opvoedingscompetenties van de personen belast met de opvoeding te bevorderen en de personen belast met de opvoeding bij hun opvoedingstaken te ondersteunen.

Tot slot is dit hoofdstuk van toepassing op alle aanbieders, dienstverrichters, pleeggezinnen en gerechtelijke autoriteiten die werkzaam zijn in de jeugdbijstand.

Artikel 28

Dit artikel bepaalt dat iedere natuurlijke persoon of rechtspersoon aanvragen aan het departement kan richten: kinderen en/of de personen belast met de opvoeding, jongvolwassenen, derden zoals familieleden, vrienden of buren van de kinderen en organisaties, diensten, instellingen of autoriteiten zoals sociale diensten of het openbaar ministerie.

In een eerste fase geeft het departement informatie en advies aan de aanvragers. Indien de aanvraag binnen het werkkterrein van een andere dienstverrichter ligt en een optreden van het departement niet noodzakelijk is, kan het departement de aanvragers naar de juiste dienstverrichter doorverwijzen, zodat ze daar de juiste hulp krijgen. Iemand die bijvoorbeeld psychologische begeleiding nodig heeft, kan die ook rechtstreeks aanvragen bij de vzw Beratungs- und Therapiezentrum (BTZ).

Indien er behoefte is aan meer diepgaand advies bij aanvragen van kinderen, jongvolwassenen en/of personen belast met de opvoeding, kan in dat verband reeds een beroep worden gedaan op een adviesaanbod, zoals gezinsadvies over vastgestelde probleemsituaties, oriëntatieadvies waarbij het gezin naar de juiste hulp binnen het bestaande aanbod wordt geleid of advies aan jongvolwassenen op weg naar zelfstandigheid.

In de toekomst kunnen jongvolwassenen een beroep doen op dat adviesaanbod tot de leeftijd van 21 jaar, ook als zij vóór hun 18e levensjaar nog geen begeleiding in het kader van de jeugdbijstand hadden gekregen. De bedoeling is dat ze in het bijzonder op hun weg naar zelfstandigheid begeleiding

krijgen. Het begin van de volwassenheid is namelijk een complexe fase waarin verschillende overgangen plaatsvinden die gepaard gaan met belangrijke beslissingen, zoals de overgang van minderjarigheid naar meerderjarigheid, van studeren naar werken, van wonen onder de hoede van de ouders naar zelfstandig wonen. Steeds meer jonge mensen boven de 18 wonen nog bij hun ouders en de grenzen tussen de wereld van de jongeren en de wereld van de volwassenen vervagen steeds meer. Dit verschijnsel wordt nog verergerd door de toenemende moeilijkheden om een baan en een woning te vinden. Het is niet de bedoeling om de maatschappelijke hulp voor volwassenen te vervangen, maar om jongvolwassenen te adviseren en te sterken, zodat ze hun weg vinden in de samenleving en al hun rechten (bijvoorbeeld in verband met huisvesting, gezondheid of beroepsintegratie) ten volle kunnen uitoefenen, ongeacht of zij al voor hun 18e werden begeleid in het kader van de jeugdbijstand.

Het derde lid van dit artikel biedt het departement de mogelijkheid om het verstrekken van informatie en advies zowel op te dragen aan aanbieders van jeugdbijstand als aan dienstverrichters.

Het vierde lid van dit artikel machtigt de Regering om de nadere regels voor de aanvragen te bepalen, alsook de nadere regels en procedures voor de adviesverlening.

Artikel 29

Paragraaf 1 van dit artikel bepaalt hoe een aan het departement Jeugdbijstand gerichte aanvraag moet worden behandeld, wanneer wordt vastgesteld dat een optreden van het departement op grond van de doelstellingen van de jeugdbijstand noodzakelijk kan zijn.

In dat geval wordt de levenssituatie van het betrokken kind ingeschat, om te weten te komen of hulp noodzakelijk is, of het kind in gevaar is en in hoeverre het kind gevaar loopt. De inschatting moet een nauwkeurige situering van het probleem mogelijk maken, zodat passende antwoorden kunnen worden gevonden.

De medewerking van het kind en van de personen belast met zijn opvoeding is een belangrijk beginsel bij de inschatting van de levenssituatie van het kind. Daartoe organiseert het departement Jeugdbijstand een of meer bijeenkomsten met het kind en de personen belast met zijn opvoeding, in de lokalen van het departement en/of bij hen thuis. Tijdens deze bijeenkomsten worden in het bijzonder de volgende aspecten besproken:

- presentatie van het departement, zijn opdracht en zijn werkmethoden;
- reden voor de aanvraag;
- analyse van de verwachtingen en angsten;
- verduidelijking van de doelstellingen en bereidheid tot consensuele samenwerking;
- bespreking van de verdere procedure.

De inschatting dient om een zo volledig mogelijk overzicht te krijgen van de gezinssituatie (zoals problemen of mogelijkheden om problemen aan te pakken) en van de levenssituatie van het kind. Zo nodig kunnen ook andere vertrouwenspersonen van het kind daarbij worden betrokken, bijvoorbeeld broers en zussen, andere familieleden of bijzondere referentiepersonen. In overleg met de personen belast met de opvoeding van het kind kunnen ook dienstverrichters en actoren die reeds betrokken zijn bij andere aspecten van het leven van het kind, zoals de school, bij de inschatting worden betrokken.

Wanneer er bijvoorbeeld een conflict is tussen het kind en de personen belast met zijn opvoeding, kan het kind geïntimideerd worden door hun aanwezigheid bij de gesprekken. Het kind kan zich dan niet vrij uitspreken over de situatie, wat de inschatting bemoeilijkt. Daarom staat in § 1, vierde lid, dat ook afzonderlijke gesprekken met het kind kunnen plaatsvinden.

Paragraaf 2 van dit artikel bepaalt dat, indien uit de bovengenoemde inschatting blijkt dat er behoefte is aan bijstand en/of dat het kind gevaar loopt, verdere bijstand wordt gepland, rekening houdend met de mening van het kind en in overleg met de personen belast zijn opvoeding.

Artikel 30

Paragraaf 1 van dit artikel bepaalt de in artikel 29, § 2, vermelde procedure voor de planning van de hulp. De planning van de hulp is een centraal element van het werk van het departement. In het kader van de planning van de hulp wordt het volgende besproken: de behoefte, de vereiste jeugdbijstandsmaatregelen, de doelstellingen ervan, de duur ervan en de bijdrage in de kosten ervan die wordt verlangd van de personen belast met de opvoeding. De planning van de hulp vindt plaats met inachtneming van de mening van het kind en in samenwerking met de personen belast met zijn opvoeding en leidt tot het sluiten van een jeugdbijstandsovereenkomst. De jeugdbijstandsovereenkomst is inhoudelijk bindend voor de partijen en zorgt voor de transparantie van de procedure.

Via de jeugdbijstandsovereenkomst worden de personen belast met de opvoeding bovendien geïnformeerd over de in dit ontwerp van decreet bepaalde regels inzake gegevensbescherming en geheimhoudingsplicht, alsook over de mogelijkheden om een klacht in te dienen of beroep in te stellen.

§ 1, vierde lid, van dit artikel machtigt de Regering om nog andere inhoudspunten van de jeugdbijstandsovereenkomst te bepalen, voor zover die kunnen bijdragen tot de verbetering van de kwaliteit van de jeugdbijstand.

Paragraaf 2 van dit artikel bepaalt dat de jeugdbijstandsovereenkomst wordt ondertekend door het betrokken kind voor zover het over het vereiste beoordelingsvermogen beschikt, de personen belast met zijn opvoeding, het departement Jeugdbijstand en de aanbieders en dienstverrichters die belast zijn met de uitvoering van de jeugdbijstandsmaatregel. Over het nodige beoordelingsvermogen beschikken, betekent dat het kind de betekenis, het doel en de doelstellingen van de jeugdbijstandsmaatregel moet kunnen begrijpen. Het kind moet ook met sluitende tegenargumenten komen als het niet instemt met een jeugdbijstandsmaatregel.

De jeugdbijstandsovereenkomst moet altijd worden ondertekend door de beide personen die belast zijn met de opvoeding, aangezien instemming met een jeugdbijstandsmaatregel voor het kind wordt beschouwd als een van de prerogatieven van het ouderlijk gezag, dat gewoonlijk door beiden gezamenlijk wordt uitgeoefend. Onder bepaalde omstandigheden is het voldoende dat slechts één persoon belast met de opvoeding de jeugdbijstandsovereenkomst ondertekent. In § 2, tweede lid, van dit artikel staan de eisen waaraan een persoon belast met de opvoeding moet voldoen om de jeugdbijstandsovereenkomst te ondertekenen:

- Als de verblijfplaats van de andere persoon belast met de opvoeding niet bekend is of zijn gezondheidstoestand hem niet staat stelt de jeugdbijstandsovereenkomst te ondertekenen;
- Als de persoon belast met de opvoeding duidelijk onverschillig is ten aanzien van het kind: Dit kan bijvoorbeeld worden aangetoond doordat de persoon belast met de opvoeding zonder excuus herhaaldelijk niet verschijnt op afspraken, doordat betrokkene het departement uitdrukkelijk op de hoogte stelt van zijn onverschilligheid of doordat betrokkene gedurende langere tijd geen contact heeft met het kind, hoewel de mogelijkheid daartoe bestaat.
- Indien de jeugdbijstandsmaatregel is overeengekomen ten behoeve van de ondertekenende persoon belast met de opvoeding en dus uitsluitend die persoon betreft, bijvoorbeeld in situaties waarin de personen belast met de opvoeding apart wonen en ambulante therapeutische begeleiding is overeengekomen voor één van beide personen belast met de opvoeding.

Indien aan een of meer van deze voorwaarden is voldaan, moet het departement dit schriftelijk motiveren en het desbetreffende document bij de jeugdbijstandsovereenkomst voegen.

Paragraaf 3 van dit artikel bepaalt dat de personen die de overeenkomst hebben ondertekend een exemplaar van de jeugdbijstandsovereenkomst ontvangen.

Artikel 31

Dit artikel bepaalt dat het departement de uitvoering van ambulante, residentiële of semi-residentiële jeugdbijstandsmaatregelen kan opdragen aan erkende aanbieders van jeugdbijstand, aan dienstverrichters en aan pleeggezinnen. Die opdracht wordt geformaliseerd in de jeugdbijstandsovereenkomst, die wordt uitgewerkt in het kader van de planning van de hulp. Aanbieders van jeugdbijstand, dienstverrichters en pleeggezinnen zijn dus al in de fase van de planning van de hulp betrokken bij het werken met het gezin. Het met de jeugdbijstandsmaatregel te bereiken doel wordt in samenwerking met hen uitgewerkt.

Aanbieders van jeugdbijstand, dienstverrichters en pleeggezinnen moeten alle relevante informatie ontvangen, zodat zij hun opdracht kunnen vervullen volgens de eisen van de opdrachtgever. De verstrekte informatie wordt beperkt tot hetgeen noodzakelijk is voor de uitvoering van de opdracht.

Artikel 32

In dit artikel wordt de coördinerende taak van het departement Jeugdbijstand omschreven. Die taak is aan de orde als verschillende dienstverrichters al geïntervenieerd zijn of nog zullen interveniëren in situaties van kinderen en personen belast met de opvoeding. Daartoe kan het departement coördinatievergaderingen organiseren met de verschillende dienstverrichters. Doel is het kind en de personen belast met zijn opvoeding zo goed mogelijk te ondersteunen, door gezamenlijk doelen te ontwikkelen, informatie over de hulpverlening uit te wisselen met inachtneming van de voorschriften inzake gegevensbescherming en het beroepsgeheim, en duidelijk te bepalen welke rol en welke taken elke betrokkene heeft. Deze coördinatievergaderingen vinden zoveel mogelijk plaats in overleg met de personen belast met de opvoeding. Zij worden uitgenodigd voor de vergaderingen wanneer achtergrondinformatie moet worden uitgewisseld en de rollen en taken met hen moeten worden afgesproken.

Het tweede lid van dit artikel biedt het departement de mogelijkheid om de coördinatie op te dragen aan aanbieders van jeugdbijstand en aan dienstverrichters. Dit kan bijvoorbeeld het geval zijn in situaties waarin een andere dienstverrichter al een goed contact heeft met het gezin, wat de coördinatie vergemakkelijkt.

Het derde lid van dit artikel machtigt de Regering nog andere nadere regels vast te stellen voor de uitvoering van de coördinatie.

Artikel 33

Het departement Jeugdbijstand moet de jeugdbijstandsmaatregelen die met de partijen bij de jeugdbijstandsovereenkomst zijn overeengekomen, regelmatig evalueren en opnieuw bekijken, om tijdig op noodzakelijke wijzigingen te kunnen reageren. Dit artikel bepaalt dat deze balansgesprekken ten minste om de zes maanden plaatsvinden. Bij maatregelen op langere termijn en indien onderling is overeengekomen dat een tweede balansgesprek na zes maanden niet nodig is, kan het balansgesprek ook slechts eenmaal per jaar plaatsvinden.

Bij residentiële maatregelen vindt een eerste balansgesprek meestal al na drie maanden plaats. Daarbij wordt nagegaan hoe de start is verlopen, hoe de samenwerking tussen het departement, het kind, de

personen belast met de opvoeding en de instelling/het pleeggezin verloopt en of deze maatregel daadwerkelijk geschikt is.

Bij ambulante en semi-residentiële maatregelen vindt dit eerste balansgesprek meestal na zes maanden plaats.

Ter voorbereiding van de balansgesprekken dienen de aanbieders van jeugdbijstand of dienstverrichters een schriftelijk verslag in over de ontwikkeling van de in de jeugdbijstandsovereenkomst overeengekomen doelen en over de algemene en actuele ontwikkeling van het kind. Tijdens de balansgesprekken komen in het bijzonder de volgende onderwerpen aan bod:

- de gezinssituatie;
- de op basis van de overeengekomen maatregelen verworven redmiddelen;
- de behoeften van het kind;
- de belangrijkste aandachtspunten in het werk met het kind en de personen belast met de opvoeding;
- suggesties voor verdere actie.

Mogelijke resultaten van de balansgesprekken zijn de voortzetting, de wijziging of de beëindiging van de jeugdbijstandsmaatregelen.

Artikel 34

Indien het departement in het kader van de inschatting van de situatie van het kind vaststelt dat er gevaar bestaat voor het kind en het kind of de personen belast met de opvoeding de samenwerking met het departement weigeren, of indien die samenwerking onmogelijk blijkt, bijvoorbeeld omdat de personen belast met de opvoeding niet komen opdagen voor de gesprekken, voorziet dit artikel in een laatste bemiddelingsmogelijkheid voordat via de procureur des Konings wordt gevraagd om de zaak aanhangig te maken bij de jeugdrechter of de jeugdrechtbank.

Het departement deelt het kind en de personen belast met de opvoeding mee dat het van plan is om de procureur des Konings te vragen om de zaak aanhangig te maken bij de jeugdrechter of de jeugdrechtbank, maar dat zij vooraf om een verhelderingsgesprek kunnen verzoeken. Het doel is hen enerzijds bewust te maken van de ernst van de situatie en hen anderzijds de mogelijkheid te bieden om de consensuele jeugdbijstand voort te zetten met de hulp van een onpartijdige bemiddelaar. In het verhelderingsgesprek verduidelijkt de bemiddelaar met alle betrokken partijen de nadere regels en de inhoud van de toekomstige samenwerking, die in een overeenkomst worden vastgelegd.

Het departement wordt gewoonlijk vertegenwoordigd door de bevoegde maatschappelijk werker en het hoofd van de betrokken administratieve eenheid. Naast de personen belast met de opvoeding kan ook het kind deelnemen aan het verhelderingsgesprek, op voorwaarde dat het over het vereiste beoordelingsvermogen beschikt. Als het conflict alleen de personen belast met de opvoeding betreft, bijvoorbeeld in scheidingssituaties, neemt het kind niet deel aan het verhelderingsgesprek.

De bemiddelaar moet erkend zijn door de Federale Bemiddelingscommissie in Familiezaken en wordt door de Regering aangesteld om de verhelderingsgesprekken te voeren.

Het derde lid van dit artikel machtigt de Regering om de nadere regels vast te stellen voor het verzoek van de personen belast met de opvoeding en het kind (termijn, vorm, geadresseerde), alsook voor het verhelderingsgesprek (termijn, taken van de bemiddelaar).

Indien het verhelderingsgesprek tot een akkoord leidt, worden de werkzaamheden met het departement voortgezet in het kader van de consensuele jeugdbijstand.

Artikel 35

Indien het in artikel 34 omschreven verhelderingsgesprek niet tot een akkoord leidt, indien een akkoord is bereikt maar niet wordt nageleefd, of indien het kind en de personen belast met de opvoeding niet om een verhelderingsgesprek hebben verzocht en er nog steeds potentieel gevaar voor het kind bestaat, vraagt het departement aan de procureur des Konings om de zaak aanhangig te maken bij de jeugdrechter of de jeugdrechtbank. Daartoe stelt het departement een verslag op over de situatie van het kind en de personen belast met de opvoeding. Dat verslag ligt ter inzage bij de griffie van de rechtbank.

Indien het departement bij de inschatting van de levenssituatie van het kind vaststelt dat er sprake is van een acuut, dat wil zeggen dreigend, gevaar voor het kind, bepaalt paragraaf 2 van dit artikel dat het departement rechtstreeks bij de procureur des Konings een verzoek indient om de zaak aanhangig te maken bij de jeugdrechter of de jeugdrechtbank, zonder dat de personen belast met de opvoeding en het kind de gelegenheid hebben een verhelderingsgesprek aan te vragen. Het doel van deze zogenaamde procedure "bij hoogdringendheid" is de integriteit van het kind snel te beschermen.

Zo mogelijk worden de betrokkenen persoonlijk of schriftelijk daarvan in kennis gesteld.

Paragraaf 3 regelt de verdere procedure van het verzoek tot verwijzing naar de jeugdrechter of de jeugdrechtbank. Indien de procureur des Konings het eens is met de vaststelling van het departement omtrent het gevaar voor het kind en een jeugdbijstandsmaatregel hem noodzakelijk schijnt om de integriteit van dat kind te beschermen, verwijst hij de zaak naar de jeugdrechter of de jeugdrechtbank. Die kunnen een jeugdbijstandsmaatregel bevelen zonder toestemming van de personen belast met de opvoeding of het kind.

Als de procureur des Konings het niet eens is met de vaststelling van het departement Jeugdbijstand over het gevaar voor het kind, leidt hij geen procedure in.

Artikel 36

Dit artikel bepaalt dat het departement Jeugdbijstand in het kader van de consensuele jeugdbijstand om een rechtstreeks ingrijpen van de jeugdrechter of de jeugdrechtbank kan verzoeken om bepaalde jeugdbijstandsmaatregelen voor het kind en de personen belast met de opvoeding op te leggen voor een periode van ten hoogste één jaar, waarbij die periode eenmaal kan worden verlengd. Dit is een uitzonderlijk en eenmalig initiatief om te voorkomen dat de situatie definitief en uitsluitend via de gerechtelijke jeugdbijstand wordt beslecht. Zodra de jeugdrechter of de jeugdrechtbank het verzoek van het departement heeft ingewilligd en een jeugdbijstandsmaatregel heeft bevolen, wordt de samenwerking in het kader van de consensuele jeugdbijstand voortgezet. Bijvoorbeeld in zeer conflictueuze scheidingssituaties van de ouders, waarin geen overeenstemming kan worden bereikt tussen de ouders en het departement over welke dienstverrichter de therapeutische begeleiding van het kind moet overnemen, maar een dergelijke maatregel wel door iedereen noodzakelijk wordt geacht.

Artikel 37

Dit artikel bepaalt dat de procureur des Konings zelf een voorlopige jeugdbijstandsmaatregel kan nemen in geval van dreigend gevaar. 'Dreigend gevaar' is een situatie waarin onmiddellijk moet worden ingegrepen, opdat het kind geen schade lijdt. In die situaties kan niet worden gewacht tot het departement, de jeugdrechter of de jeugdrechtbank optreedt, omdat het kind dan ernstig gevaar zou lopen, zodat de procureur des Konings in het kader van de zogenaamde noodbevoegdheid moet

optreden om het gevaar voor het kind af te wenden. Die mogelijkheid wordt vooral gebruikt buiten de reguliere kantooruren van het departement, in het weekend of 's nachts.

Indien de procureur des Konings een jeugdbijstandsmaatregel beveelt, stelt hij het departement daarvan onmiddellijk in kennis en draagt hij het departement op met de betrokkenen na te gaan of een consensuele voortzetting van de jeugdbijstand al dan niet noodzakelijk en mogelijk is. Afhankelijk van het geval wordt verdere bijstand gepland of verwijst de procureur des Konings de zaak naar de jeugdrechter of de jeugdrechtbank, die gerechtelijke jeugdbijstandsmaatregelen kan bevelen.

De duur van de door de procureur des Konings genomen jeugdbijstandsmaatregel bedraagt ten hoogste vijf werkdagen. Die duur is nodig om het departement voldoende tijd te geven om de situatie te onderzoeken en met de betrokkenen te bespreken.

Het vijfde lid van dit artikel geeft het betrokken kind en de personen belast met de opvoeding de mogelijkheid om bij de jeugdrechtbank beroep in te stellen tegen de door de procureur des Konings genomen jeugdbijstandsmaatregelen.

Artikel 38

Dit artikel bepaalt in welke gevallen de jeugdrechter of de jeugdrechtbank bevoegd is om gerechtelijke jeugdbijstandsmaatregelen te bevelen of te bevestigen.

§ 1, eerste lid, van dit artikel heeft betrekking op de situaties bedoeld in artikel 35, § 3, eerste lid en artikel 37, vierde lid. In het eerste geval maakt de procureur des Konings de zaak aanhangig bij de jeugdrechter of de jeugdrechtbank, als het departement Jeugdbijstand hem daarom heeft verzocht, omdat het verhelderingsgesprek is mislukt of niet heeft plaatsgevonden en gevaar of acuut gevaar is vastgesteld en de procureur des Konings ook van oordeel is dat het kind in gevaar is. In het tweede geval maakt de procureur des Konings de zaak aanhangig bij de jeugdrechter of de jeugdrechtbank, als het departement, na een door de procureur des Konings genomen jeugdbijstandsmaatregel, heeft vastgesteld dat consensuele jeugdbijstand niet mogelijk is.

De procureur des Konings kan dus een situatie voorleggen aan de jeugdrechter of de jeugdrechtbank, indien het departement hem die situatie heeft gemeld omdat het van oordeel is dat het kind gevaar loopt, maar samenwerking met de betrokken personen niet mogelijk is omdat zij principieel of concreet weigeren mee te werken of omdat, na een mislukt verhelderingsgesprek, geen overeenstemming tussen het departement en de betrokken personen is bereikt.

Het is dus aan de procureur des Konings om te beslissen of een situatie al dan niet naar de jeugdrechter of de jeugdrechtbank moet worden verwezen. Hij kan de procedure in het jeugdbijstandsdossier zonder verdere gevolgen afsluiten, indien uit zijn onderzoek is gebleken dat er onvoldoende grond is om de zaak aanhangig te maken bij de jeugdrechter of de jeugdrechtbank.

§ 1, 2°, van dit artikel is gebaseerd op het spoedeisende karakter, op grond waarvan de jeugdrechter of de jeugdrechtbank een voorlopige jeugdbijstandsmaatregel kan bevelen voor een periode van ten hoogste dertig dagen zonder voorafgaande interventie van het departement. Indien de jeugdrechter of de jeugdrechtbank een jeugdbijstandsmaatregel beveelt, stelt hij het departement onmiddellijk daarvan in kennis overeenkomstig paragraaf 2 van dit artikel en draagt hij het departement op om, binnen een termijn van dertig dagen, met de betrokkenen na te gaan of consensuele jeugdbijstand al dan niet mogelijk is. Afhankelijk van het geval wordt verdere consensuele hulp gepland en de rechtspleging voor de jeugdrechtbank beëindigd, of worden maatregelen inzake gerechtelijke jeugdbijstand bevolen. De duur van dertig dagen is ingegeven door het feit dat de jeugdbijstandsmaatregel die tijd nodig heeft om effect te sorteren en door het feit dat het

departement de nodige tijd moet hebben om met de betrokkenen tot overeenstemming te komen en zo de kansen op de uitvoering van de consensuele jeugdbijstand te vergroten.

§ 1, derde en vierde lid, van dit artikel bepaalt in welke gevallen de procureur des Konings een jeugdbijstandssituatie rechtstreeks aanhangig kan maken bij de jeugdrechter of de jeugdrechtbank, voor zover:

1. het vermoeden bestaat dat een meerderjarige of minderjarige uit hetzelfde gezin een misdrijf heeft gepleegd ten aanzien van een kind en een jeugdbijstandsmaatregel noodzakelijk is om het kind te beschermen, bijvoorbeeld in het geval van een zedendelict, of
2. de jeugdrechtbank reeds een geval heeft behandeld en de procureur des Konings van oordeel is dat voor hetzelfde kind of een ander kind uit hetzelfde gezin een jeugdbijstandsmaatregel noodzakelijk is.

§ 1, 5°, van dit artikel heeft betrekking op het geval van een jeugddelict dat door een verdachte jongere is gepleegd vóór de leeftijd van twaalf jaar. Indien de procureur des Konings van oordeel is dat de berisping en de bemiddeling niet volstaan als jeugdbeschermingsmaatregelen omdat de situatie vereist dat de jongere in het kader van de jeugdbijstand wordt begeleid, kan hij de zaak voorleggen aan de jeugdrechter of de jeugdrechtbank met het oog op jeugdbijstandsmaatregelen.

Paragraaf 3 van dit artikel bepaalt dat de jeugdrechter, voorafgaand aan de beslissing ten gronde, de gerechtelijke jeugdbijstandsmaatregelen kan bevelen als voorlopige jeugdbijstandsmaatregelen. De totale duur van alle voorlopige jeugdbijstandsmaatregelen is beperkt tot maximaal één jaar.

Artikel 39

Dit artikel bepaalt dat de jeugdrechter of de jeugdrechtbank het departement kan opdragen of machtigen om in het kader van de gerechtelijke jeugdbijstand diverse onderzoeken en inschattingen te verrichten of te laten verrichten. Dit moet hem helpen een beslissing te nemen die past bij de situatie.

Paragraaf 1 van dit artikel betreft het verrichten van maatschappelijke onderzoeken. Het departement onderzoekt daarbij een mogelijk gevaar voor het kind en verzamelt informatie over de behoeften van het kind, zijn leeftijd en beoordelingsvermogen, zijn levenssituatie, zijn ontwikkelingsmogelijkheden, de te bereiken doelen en de bekwaamheid van de personen belast met de opvoeding om de opvoeding en gezonde ontwikkeling van hun kind te waarborgen. Daartoe kunnen onder meer gesprekken met het kind en de personen belast met de opvoeding, alsook huisbezoeken plaatsvinden. Ook kunnen gesprekken met de omgeving van het gezin en een uitwisseling met reeds betrokken dienstverrichters plaatsvinden om een zo volledig mogelijk beeld van de situatie te krijgen. Op basis daarvan ontwikkelt het departement mogelijke voorstellen om actie te ondernemen. Het geheel wordt doorgestuurd naar de opdrachtgevende instantie in de vorm van een maatschappelijk verslag. De termijn voor het verrichten van het maatschappelijk onderzoek wordt vastgesteld door de jeugdrechter of de jeugdrechtbank en mag niet meer dan negentig dagen bedragen.

Paragraaf 3 van dit artikel betreft het verrichten van psychologische of medische onderzoeken. Het departement Jeugdbijstand wordt door de jeugdrechter of de jeugdrechtbank gemachtigd deze onderzoeken te laten uitvoeren, om de noodzaak van een ambulante, semi-residentiële of residentiële behandeling voor een kind vast te stellen. Deze psychologische of medische onderzoeken kunnen bijvoorbeeld worden uitgevoerd door een psycholoog of een psychiater.

Paragraaf 4 van dit artikel betreft het verrichten van inschattingen van de opvoedingscompetenties van de personen belast met de opvoeding. Het departement wordt door de jeugdrechter of de jeugdrechtbank gemachtigd deze inschattingen te laten uitvoeren, om te bepalen of en welke jeugdbijstandsmaatregelen de personen belast met de opvoeding kunnen ondersteunen in hun opvoedkundige taak.

Opvoedingscompetenties hebben betrekking op verschillende aspecten die verband houden met opvoeding. Zij kunnen betrekking hebben op het kind zelf, bijvoorbeeld belangstelling voor het kind, of op communicatie en interactie met het kind, of op opvoedkundige maatregelen, d.w.z. handelingen die bij de opvoeding van een kind helpen. Opvoedingscompetenties gaan over het herkennen van de behoeften en mogelijkheden van een kind en het daarop afstemmen van doelen en attitudes bij het opvoeden. Daartoe moeten de personen belast met de opvoeding over voldoende persoonlijke competenties beschikken, die ze in hun relatie met het kind kunnen gebruiken door passend opvoedingsgedrag te vertonen dat de integriteit van het kind eerbiedigt.

Paragraaf 5 van dit artikel bepaalt dat de jeugdrechter die een onderzoek of een inschatting heeft bevolen, geen jeugdbijstandsmaatregel kan bevelen voordat hij dat onderzoek of die inschatting heeft ingekeken. Dit geldt onverminderd artikel 42, tweede lid, artikel 44, tweede lid, en artikel 45, tweede lid, waarin wordt bepaald dat het psychologisch of medisch onderzoek achteraf moet worden voorgelegd om de noodzaak van ambulante, semi-residentiële of residentiële begeleiding of behandeling te bevestigen. Er is ook in een uitzondering voorzien voor gevallen waarin dringend moet worden opgetreden om de integriteit van het kind te beschermen. In dat geval moet de jeugdrechter of de jeugdrechtbank na ontvangst van het onderzoek nagaan of de eerder bevolen jeugdbijstandsmaatregel passend is. Als de maatregel niet geschikt is, moet de jeugdrechter of de jeugdrechtbank de jeugdbijstandsmaatregel opheffen of wijzigen.

Artikel 40

§ 1, eerste lid, van dit artikel bepaalt dat de jeugdrechter of de jeugdrechtbank de uitvoering van ambulante, residentiële of semi-residentiële jeugdbijstandsmaatregelen, op basis van dit ontwerp van decreet, rechtstreeks kan opdragen aan erkende aanbieders van jeugdbijstand en aan dienstverrichters.

§ 1, tweede lid, van dit artikel biedt ook de mogelijkheid om die taak te delegeren aan het departement Jeugdbijstand.

Het departement organiseert en evalueert de uitvoering en de coördinatie van jeugdbijstandsmaatregelen overeenkomstig § 2, eerste lid, van dit artikel. In het kader van die taak kan het een overeenkomst sluiten met de persoon die de jeugdbijstandsmaatregel uitvoert. Deze overeenkomst bepaalt de te bereiken doelstellingen en verwachtingen, de nadere regels voor de jeugdbijstandsmaatregel, de regels inzake gegevensbescherming en beroepsgeheim, alsmede de mogelijkheden om een klacht in te dienen, rekening houdend met de voorwaarden die in de rechterlijke uitspraak of het vonnis worden gesteld. Waar mogelijk worden het kind en de personen belast met de opvoeding bij dit proces betrokken.

§ 2, vierde lid, van dit artikel biedt het departement de mogelijkheid om de coördinatie op te dragen aan aanbieders van jeugdbijstand en aan dienstverrichters. Dit kan bijvoorbeeld het geval zijn in situaties waarin een andere dienstverrichter al een goed contact heeft met het gezin, wat de coördinatie vergemakkelijkt.

In § 2, vijfde lid, van dit artikel wordt de Regering gemachtigd om nog andere inhoudelijke punten van de overeenkomst vast te stellen.

Artikel 41

Het departement moet de bevolen jeugdbijstandsmaatregelen regelmatig evalueren en toetsen met het kind waarop de jeugdbijstandsmaatregel betrekking heeft, de personen belast met de opvoeding en de aanbieders van jeugdbijstand, dienstverrichters en pleeggezinnen die de

jeugdbijstandsmaatregel uitvoeren, teneinde de jeugdrechter of de jeugdrechtbank tijdig op noodzakelijke wijzigingen te kunnen wijzen. Dit artikel bepaalt dat een eerste balansgesprek uiterlijk vier maanden na de gerechtelijke beslissing plaatsvindt en dat daarna ten minste om de zes maanden verdere balansgesprekken plaatsvinden. Bij maatregelen op lange termijn en indien onderling is overeengekomen dat een tweede balansgesprek na zes maanden niet nodig is, kan het balansgesprek daarna ook slechts eenmaal per jaar plaatsvinden.

Ter voorbereiding van de balansgesprekken dienen de aanbieders van jeugdbijstand of dienstverrichters een schriftelijk verslag in over de uitvoering van de jeugdbijstandsmaatregel en over de algemene en actuele ontwikkeling van het kind. Het departement zendt een beknopt verslag aan de procureur des Konings, de jeugdrechter of de jeugdrechtbank waarin het de voortzetting, wijziging of opheffing van de (aanvullende) jeugdbijstandsmaatregelen kan voorstellen.

Artikel 42

Dit artikel bevat de ambulante begeleidings- en opvangmaatregelen die de jeugdrechter of de jeugdrechtbank kan bevelen. Deze ambulante jeugdbijstandsmaatregelen zijn zowel bedoeld voor het kind als voor de personen belast met de opvoeding over het kind. Wanneer de jeugdrechter of de jeugdrechtbank een of meer ambulante begeleidings- en opvangmaatregelen beveelt, legt hij het precieze doel vast.

Bovendien moet de noodzaak om het kind in een psychiatrische dienst te begeleiden, binnen dertig dagen na het daartoe gegeven bevel worden bevestigd door een psychologisch of medisch onderzoek. Het ontbreken van een tijdige bevestiging leidt ertoe dat de bevolen jeugdbijstandsmaatregel moet worden opgeheven of vervangen door een andere jeugdbijstandsmaatregel (zie ook de toelichting bij artikel 39).

Artikel 43

De jeugdrechter of de jeugdrechtbank kan het verblijf van het kind in zijn gewone leefomgeving voor een periode van hoogstens zes maanden afhankelijk stellen van de naleving van de in dit artikel opgelegde voorwaarden. Het departement ziet toe op de naleving. Als het kind niet aan de opgelegde voorwaarden voldoet, meldt de dienst dit aan de jeugdrechter of de kinderrechter, die dan een andere jeugdzorgmaatregel kan bevelen. Wanneer de jeugdrechter of de jeugdrechtbank beveelt om een of meer voorwaarden op te leggen, legt hij het precieze doel vast.

Artikel 44

Dit artikel bepaalt welke semi-residentiële maatregelen de jeugdrechter of de jeugdrechtbank kan bevelen voor de behandeling, begeleiding of opvang van het kind. Indien de jeugdrechter of de jeugdrechtbank een of meer semi-residentiële maatregelen voor de behandeling, begeleiding of opvang van het kind beveelt, legt hij het precieze doel vast.

Bovendien moet de noodzaak om het kind in een semi-residentiële behandelingsvorm te behandelen, binnen dertig dagen na het daartoe gegeven bevel worden bevestigd door een psychologisch of medisch onderzoek. Het ontbreken van een tijdige bevestiging leidt ertoe dat de bevolen jeugdbijstandsmaatregel moet worden opgeheven of vervangen door een andere jeugdbijstandsmaatregel (zie ook de toelichting bij artikel 39).

Artikel 45

Dit artikel bepaalt welke residentiële maatregelen de jeugdrechter of de jeugdrechtbank kan bevelen voor de behandeling of begeleiding van het kind. Indien de jeugdrechter of de jeugdrechtbank een of meer residentiële maatregelen voor de behandeling of begeleiding van het kind beveelt, legt hij het precieze doel vast.

Daarnaast moet hij in zijn beslissing uiteenzetten dat de personen belast met de opvoeding de integriteit, gezonde ontwikkeling en opvoeding van het kind niet kunnen of willen waarborgen met behulp van ambulante maatregelen en dat daarom een residentiële jeugdbijstandsmaatregel noodzakelijk is.

Behandeling of begeleiding in een gesloten instelling is alleen mogelijk voor kinderen die ten minste veertien jaar oud zijn.

Bovendien moet de noodzaak om het kind in een instelling te behandelen, binnen dertig dagen na het daartoe gegeven bevel worden bevestigd door een psychologisch of medisch onderzoek. Het ontbreken van een tijdige bevestiging leidt ertoe dat de bevolen jeugdbijstandsmaatregel moet worden opgeheven of vervangen door een andere jeugdbijstandsmaatregel (zie ook de toelichting bij artikel 39).

Artikel 46

Dit artikel bepaalt dat de jeugdrechter of de jeugdrechtbank kan bevelen dat het kind bij slechts één van de personen belast met de opvoeding verblijft, bijvoorbeeld indien de personen belast met de opvoeding gescheiden zijn en de situatie van één van hen (bijvoorbeeld verslavingsproblemen of ongezonde levensomstandigheden) de integriteit en de gezonde ontwikkeling van het kind in gevaar brengt.

Artikel 47

Dit artikel bepaalt dat de jeugdrechter of de jeugdrechtbank meerdere jeugdbijstandsmaatregelen tegelijk kan bevelen. De jeugdrechter of de jeugdrechtbank moet het gelijktijdig bevelen van meerdere jeugdbijstandsmaatregelen uitdrukkelijk motiveren.

Artikel 48

Dit artikel bepaalt dat bevolen jeugdbijstandsmaatregelen te allen tijde kunnen worden gewijzigd, opgeheven of vervangen door andere maatregelen. Dat geschiedt ambtshalve door de jeugdrechtbank of op verzoek van het departement, de procureur des Konings, het kind, de personen belast met de opvoeding of de pleeggezinnen die belast zijn met de uitvoering van de jeugdbijstandsmaatregel.

Het kind, de personen belast met de opvoeding of het pleeggezin kunnen hun verzoek echter pas één jaar na de gerechtelijke beslissing ten gronde indienen. Indien de jeugdrechtbank het verzoek afwijst, kan pas één jaar na de afwijzing een nieuw verzoek worden ingediend.

Artikel 49

Dit artikel bepaalt dat de jeugdrechter of de jeugdrechtbank de duur van elke bevolen jeugdbijstandsmaatregel vaststelt. Met behoud van de toepassing van elke andere maximumduur waarin dit ontwerp van decreet voorziet, zoals de duur van zes maanden voor het verblijf van het kind op zijn gewone verblijfplaats onder voorwaarden, geldt een maximumduur van twee jaar.

Artikel 50

De jeugdbijstand is in de eerste plaats gericht op kinderen onder de 18 jaar. Dit artikel bevat de voorwaarden en de procedure om de bijstand te verlengen voor jongvolwassenen tussen 18 en 21 jaar, zodat de overgang van de status van bijzonder beschermde minderjarige naar die van volwassene zo soepel mogelijk verloopt. Het doel is te voorkomen dat een kind door het bereiken van een bepaalde leeftijd plotseling geen hulp meer krijgt, terwijl het nog altijd begeleiding en ondersteuning nodig heeft.

De verlenging heeft betrekking op de begeleiding door het departement. In het kader van die verlenging kunnen lopende jeugdbijstandsmaatregelen worden verlengd en kunnen nieuwe jeugdbijstandsmaatregelen met de jongvolwassene worden afgesproken met als doel hem in een overgangsfase te helpen bij het ontwikkelen van zijn persoonlijkheid of bij het bereiken van zelfstandigheid.

Paragraaf 2 van dit artikel bepaalt de procedure voor de aanvraag tot verlenging. Daartoe dient het kind ten minste één maand vóór de leeftijd van 18 jaar een schriftelijke aanvraag in bij het departement, met opgave van de redenen en de duur van de aangevraagde verlenging.

Paragraaf 3 van dit artikel machtigt de Regering de verdere procedure voor de verlenging van de begeleiding bij het bereiken van de meerderjarigheid vast te stellen.

Artikel 51

Dit artikel bepaalt dat het departement bevoegd is voor de regelmatige evaluatie van de jeugdbijstandsmaatregelen tijdens de verlengingsperiode, voor zover jeugdbijstandsmaatregelen verlengd of overeengekomen werden.

Deze evaluatie omvat regelmatige balansgesprekken met de jongvolwassene en de aanbieders van jeugdbijstand of dienstverrichters die de jeugdbijstandsmaatregelen uitvoeren. Het doel is na te gaan of de jeugdbijstandsmaatregelen nog noodzakelijk zijn en of zij eventueel moeten worden aangepast.

Artikel 52

Dit artikel bepaalt dat een reeds goedgekeurde tijdelijke verlenging kan worden verlengd tot de leeftijd van 21 jaar.

De Regering wordt gemachtigd om de desbetreffende procedure te bepalen.

Artikel 53

Dit artikel bepaalt dat de verlenging te allen tijde kan worden beëindigd.

De Regering wordt gemachtigd om de desbetreffende procedure en voorwaarden te bepalen.

Artikel 54

Dit artikel bepaalt het specifieke toepassingsgebied van 'Hoofdstuk 5 – Jeugdbescherming'.

Zoals beschreven in de algemene toelichting is de Duitstalige Gemeenschap nu ook bevoegd om te bepalen welke maatregelen kunnen worden genomen tegen jongeren die vóór de leeftijd van achttien jaar een als misdrijf omschreven feit hebben gepleegd. De federale overheid blijft bevoegd voor de organisatie van de jeugdrechtbanken (oprichting en samenstelling), hun territoriale bevoegdheid en de procedures voor de jeugdrechtbanken. De Duitstalige Gemeenschap kan echter op grond van haar impliciete bevoegdheden de procedureregels vaststellen die onlosmakelijk verbonden zijn met de

maatregelen waarvoor zij nu bevoegd is (zie parlementaire voorbereiding van de institutionele hervorming). In de toelichting bij de bepalingen van dit hoofdstuk wordt uiteengezet welke van de overgenomen, gewijzigde of opgeheven bepalingen van de wet van 8 april 1965 procedureregels kunnen bevatten.

Dit hoofdstuk is dus van toepassing op elke jongere die ervan wordt verdacht een als misdrijf omschreven feit te hebben gepleegd vóór de leeftijd van achttien jaar en op elke jongere die aantoonbaar een dergelijk feit heeft gepleegd.

Het verantwoordelijkheidsbesef van de jongeren, dat door de jeugdbescherming moet worden bevorderd, ontslaat de personen belast met de opvoeding niet van hun verantwoordelijkheid. Het ontwerp van decreet heeft ook tot doel hun actieve medewerking aan de reactie op een door de jongere gepleegd jeugddelict te bevorderen. Daarom is dit hoofdstuk ook van toepassing op de personen belast met de opvoeding over de jongeren.

Tot slot is het ontwerp van decreet van toepassing op alle aanbieders, dienstverrichters, pleeggezinnen en gerechtelijke autoriteiten die werkzaam zijn op het gebied van de jeugdbescherming.

Het tweede lid van dit artikel bepaalt dat dit hoofdstuk ook van toepassing is indien het jeugddelict werd gepleegd op het tijdstip dat de jongere nog geen achttien jaar was en de betrokken jongere wel ouder dan achttien jaar is op het tijdstip waarop de jeugdbeschermingsprocedure wordt ingeleid of de jeugdbeschermingsmaatregel wordt bevolen. De leeftijd van de jongere op het tijdstip van het plegen van het misdrijf is dus de beslissende factor voor de toepassing van dit hoofdstuk.

Artikel 55

Het openbaar ministerie heeft tot taak het algemeen belang te beschermen en te verdedigen. Daartoe reageert het openbaar ministerie op elk vastgesteld jeugddelict binnen een evenredige en redelijke termijn, rekening houdend met de belangen van de slachtoffers. De uitbreiding van de bevoegdheden van het openbaar ministerie heeft het voordeel dat op bepaalde ongepaste gedragingen snel kan worden gereageerd, zonder dat een langdurige gerechtelijke procedure nodig is.

Het openbaar ministerie beschikt over verschillende mogelijkheden om te handelen en kan daardoor "gericht", "op maat" en "op voet van gelijkheid" op het jeugddelict reageren. Op die manier kan het proactief, constructief, maar ook repressief werken om bij te dragen tot minder jeugdcriminaliteit en meer veiligheid voor de samenleving.

In het ontwerp van decreet wordt duidelijk bepaald welke bevoegdheden het openbaar ministerie heeft. Voorts moet het openbaar ministerie bij de uitoefening van zijn taken integer, objectief, onpartijdig, menselijk en onafhankelijk te werk gaan, met inachtneming van de wet en de fundamentele rechten en vrijheden.

Het openbaar ministerie beoordeelt of schendingen van de openbare orde voldoende kunnen worden verholpen door zijn voorstellen uit te voeren. Wanneer een jongere een dergelijk voorstel aanvaardt, leidt de uitvoering van het voorstel tot beëindiging van de strafvervolgning.

Dit artikel bepaalt dat de procureur des Konings het departement kan opdragen een maatschappelijk onderzoek te verrichten in het kader van de jeugdbescherming. Dit moet hem de mogelijkheid bieden een beslissing te nemen die past bij de situatie.

Het departement verzamelt informatie over de behoeften, de leeftijd en het beoordelingsvermogen van het kind, de levenssituatie van het kind, de ontwikkelingsmogelijkheden van het kind, de omstandigheden waarin het jeugddelict is gepleegd en de schade en de gevolgen voor het slachtoffer.

Daartoe kunnen gesprekken met de jongere en met de personen belast met de opvoeding worden gevoerd, alsook huisbezoeken plaatsvinden. Ook kunnen gesprekken met de omgeving van het gezin en een uitwisseling met reeds betrokken dienstverrichters plaatsvinden, om een zo volledig mogelijk beeld van de situatie te krijgen. Op basis daarvan werkt het departement voorstellen voor mogelijke maatregelen uit. Het geheel wordt doorgestuurd naar de procureur des Konings in de vorm van een maatschappelijk verslag. De termijn voor het verrichten van het maatschappelijk onderzoek wordt vastgesteld door de procureur des Konings en mag niet meer dan negentig dagen bedragen.

Paragraaf 3 van dit artikel bepaalt dat de procureur des Konings pas een beslissing kan nemen, nadat hij kennis heeft genomen van die onderzoeken. Er is in een uitzondering voorzien voor het geval dat dringend moet worden opgetreden. In dat geval moet de procureur des Konings na ontvangst van het onderzoek nagaan of de eerder genomen beslissing passend is.

Artikel 56

Dit artikel neemt de inhoud over van artikel 45ter van de wet van 8 april 1965, dat de procureur des Konings de mogelijkheid biedt om, indien hij de feiten bewezen acht, de verdachte jongere een waarschuwingsbrief te sturen, hem op te roepen om te verschijnen en hem op zijn wettelijke verplichtingen en de gevolgen van zijn gedrag te wijzen. Dat artikel van de wet van 8 april 1965 wordt bijgevolg opgeheven. De maatregelen die door het openbaar ministerie kunnen worden genomen, behoren namelijk tot de maatregelen waarvoor de Duitstalige Gemeenschap sinds de laatste institutionele hervorming bevoegd is. De thans in artikel 45 ter, tweede lid, opgenomen procedureregels worden overgenomen in het tweede lid van dit artikel, aangezien die procedureregels onlosmakelijk verbonden zijn met de berispingmaatregel zelf.

Met de berisping oordeelt de procureur des Konings dat de jeugddelicten niet ernstig genoeg zijn om betrokkene voor de jeugdrechtbank te brengen. Tegelijkertijd wordt echter ook een duidelijk signaal gegeven dat eenmalige of minder ernstige overtredingen niet zomaar worden getolereerd.

Een berisping heeft geen strafrechtelijke gevolgen.

In de waarschuwingsbrief wordt aangegeven om welke jeugddelicten het gaat. In de brief roept de procureur des Konings uitdrukkelijk op om deze of andere jeugddelicten niet te plegen en wijst hij op de mogelijke juridische gevolgen van dergelijke handelingen. Een kopie van die brief wordt gestuurd naar de personen belast met de opvoeding. Zij worden aangemaand beter toezicht te houden op de jongere.

De procureur des Konings kan besluiten de jongere en de personen belast met de opvoeding op te roepen om te verschijnen. Zij ontvangen eerst een oproepingsbrief waarin ze worden aangemaand bij het parket te verschijnen. In de oproepingsbrief worden de te bespreken feiten vermeld. Tijdens dat gesprek wordt de beslissing om een berisping te geven toegelicht en worden de levensomstandigheden van de jongere besproken. De jongere en de personen die belast zijn met het ouderlijk gezag worden ook geïnformeerd over de risico's die zij lopen en over de mogelijke gevolgen van het gedrag van de jongere.

Artikel 57

Dit artikel neemt de bepalingen van artikel 45quater van de wet van 8 april 1965 over, maar met verduidelijkingen en verschillende wijzigingen.

Bemiddeling biedt verdachte jongeren, slachtoffers en de personen belast met de opvoeding de mogelijkheid een communicatieproces op gang te brengen, om een akkoord te bereiken over het herstellen van de gevolgen van een jeugddelict.

§ 1, eerste lid, van dit artikel bepaalt dat de procureur des Konings bij het begin van de procedure moet nagaan of bemiddeling mogelijk en passend is. Bemiddeling is slechts mogelijk, indien aan de voorwaarden vermeld in het tweede lid is voldaan: Er bestaat een gegronde reden tot verdenking, dat wil zeggen dat er voldoende feitelijk bewijs is dat een jeugddelict is gepleegd, er moet een slachtoffer zijn geïdentificeerd en de verdachte jongere ontkent niet dat hij in de feiten verwickeld is.

Bemiddeling kan alleen plaatsvinden, indien de personen die bij het voorstel tot bemiddeling betrokken zijn, er uitdrukkelijk en onvoorwaardelijk mee instemmen.

De bijzondere motiveringsplicht van de procureur des Konings met betrekking tot zijn beslissing om geen bemiddeling voor te stellen, is geregeld in het vierde lid.

§ 1, vijfde lid, 1°, bepaalt dat, wanneer de procureur des Konings bemiddeling voorstelt, hij de jongere en de andere betrokkenen in kennis stelt van hun recht om zich te allen tijde door een advocaat te laten bijstaan. Artikel 45quater, § 1, vijfde lid, van de wet van 8 april 1965 had alleen betrekking op informatie over het recht om een advocaat te raadplegen alvorens aan de bemiddeling deel te nemen en om zich bij de overeenkomst door een advocaat te laten bijstaan. Het recht van de jongere en zijn gezin op rechtsbijstand mag echter niet worden beperkt tot bepaalde momenten van de procedure, ook al gaat het om procedures die erop gericht zijn tussen de partijen te bemiddelen en een gerechtelijke procedure te vermijden. De jongere en zijn gezin moeten te allen tijde een advocaat kunnen raadplegen, bijvoorbeeld om inzicht te krijgen in het juridische kader van de bemiddeling en de gevolgen van hun handelingen tijdens de bemiddeling.

Een dergelijke bepaling is niet nodig voor de door de jeugdrechter voorgestelde bemiddeling, aangezien de wet van 8 april 1965 (artikel 54bis) in het algemeen voorziet in de ambtshalve aanstelling van een advocaat indien de zaak bij de jeugdrechter aanhangig wordt gemaakt en de jongere geen advocaat heeft.

Voorts preciseert het vijfde lid dat de procureur des Konings, wanneer hij een voorstel tot bemiddeling doet, de jongere en de andere betrokken personen ervan in kennis moet stellen dat zij een bedenktijd van vijftien werkdagen hebben om het voorstel te aanvaarden of af te wijzen, dat zij hun instemming met de bemiddeling daarna te allen tijde kunnen intrekken en dat de bemiddeling binnen zes maanden tot een overeenkomst moet leiden.

Paragraaf 2, eerste lid, bepaalt dat de procureur des Konings aan het departement opdraagt om te bemiddelen. Het departement heeft tot taak voor de beste voorwaarden te zorgen om overeenstemming te bereiken. Bovendien heeft het departement tot taak zich gedurende de gehele bemiddeling te vergewissen van de uitdrukkelijke en onvoorwaardelijke instemming van de betrokken personen en de procureur des Konings in te lichten indien de bemiddeling onmogelijk blijkt of de voortzetting ervan niet meer mogelijk is. In dat geval zendt het departement een kort verslag aan de procureur des Konings waarin dit feit wordt vastgelegd. Zelfs bij vrijwillige bemiddeling moet er namelijk een zekere bereidheid zijn om een aantal kwesties aan bod te laten komen en aan te pakken.

Op grond van § 2, tweede lid, kan het departement meerdere van een verdachte jongere die bij hetzelfde jeugddelict betrokken zijn of meerdere minderjarige en volwassen verdachten die bij hetzelfde strafdossier betrokken zijn, aan een gezamenlijke bemiddeling laten deelnemen. Zo moet worden voorkomen dat het slachtoffer voor hetzelfde misdrijf aan verschillende bemiddelingen moet deelnemen (zie de toelichting bij artikel 119).

§ 3, eerste lid, bepaalt dat de termijn waarna het departement schriftelijk contact opneemt met de betrokkenen acht werkdagen bedraagt.

Indien de verdachte jongere en het slachtoffer niet binnen vijftien werkdagen hebben ingestemd met een bemiddeling, wordt de bemiddelingsprocedure door de procureur des Konings beëindigd na een verslag van het departement.

Hetzelfde geldt indien de betrokken personen hun instemming met de bemiddeling intrekken of indien bemiddeling niet binnen zes maanden tot een overeenkomst leidt. Deze periode van zes maanden kan met maximaal drie maanden worden verlengd, bijvoorbeeld indien het departement vaststelt dat deze verlenging tot een overeenkomst kan bijdragen.

Opdat die maatregel een echt alternatief voor andere jeugdbeschermingsmaatregelen kan zijn, staat nu in § 7, eerste lid, dat de strafprocedure wordt stopgezet indien de bemiddelingsovereenkomst wordt nagekomen, zoals overigens ook het geval is bij bemiddeling bij volwassenen (artikel 216ter, § 4, eerste lid, van het Wetboek van Strafvordering).

De andere procedureregels van artikel 45quater van de wet van 8 april 1965 worden overgenomen, omdat zij onlosmakelijk verbonden zijn met de bemiddelingsmaatregel zelf.

Artikel 58

Dit artikel verplicht de procureur des Konings om de verdachte jongere bij het begin van de procedure in kennis te stellen van de mogelijkheid een project in te dienen. Het doel van deze maatregel is de jongere in staat te stellen verantwoordelijkheid te nemen voor zijn daden door zelf een herstellende, passende en nuttige oplossing uit te werken.

De persoonlijke verantwoordelijkheid van de jongere is hier van het grootste belang. Het project vereist dat de jongere actief en constructief reageert op de jeugddelicten waarvan hij wordt verdacht. Het voorstel van de jongere moet in verhouding staan tot de ernst van het door hem gepleegde jeugddelict.

Bij die maatregel is een belangrijke rol weggelegd voor het departement: de jongere ondersteunen bij de uitwerking van het project. § 2, eerste lid, bepaalt daarom dat de procureur des Konings het departement opdraagt de van het misdrijf verdachte jongere te ondersteunen bij het uitwerken van het project.

Bedoeling is dat het departement de jongere adviseert en ondersteunt, maar ook voorkomt dat hij een ongeschikt of totaal onevenredig project indient. Dit advies en deze ondersteuning mogen er echter niet toe leiden dat de jongere alle verantwoordelijkheid voor de uitwerking van zijn project wordt ontnomen.

Het departement kan de personen belast met de opvoeding ten aanzien van de verdachte jongere actief betrekken bij de uitwerking van het project; dat is belangrijk, omdat de jongere weliswaar zijn verantwoordelijkheid kan en moet nemen, maar de personen belast met de opvoeding niet van hun ouderlijke verantwoordelijkheid worden ontslagen. De actieve deelname van de personen belast met de opvoeding en van andere vertrouwenspersonen is een belangrijk element bij het nemen van verantwoordelijkheid door de jongere. In het kader van een maatregel zoals het project kan ook de omgeving van de jongere een ondersteunende rol spelen.

§ 2, derde lid, bepaalt dat het departement de jongere na vijftien werkdagen opnieuw op de mogelijkheid wijst om een project voor te leggen aan de procureur des Konings, voor zover de jongere nog geen contact heeft opgenomen met het departement.

Het projectvoorstel moet ten laatste bij het verschijnen voor de procureur des Konings worden ingediend. Als de jongere een voorstel doet, kan de procurator des Konings de inhoud niet wijzigen.

Hij kan wel weigeren een project goed te keuren door middel van een met bijzondere redenen omklede beslissing. Bijvoorbeeld als het project in strijd is met de openbare orde, het project de belangen van een van de betrokken partijen schendt, enz.

Een project is niet gebonden aan vooraf vastgestelde maatregelen. Binnen dit kader heeft een jongere de vrijheid om iets voor te stellen dat bij hem past, dat hij nuttig of noodzakelijk acht en dat hij passend acht als antwoord op het door hem gepleegde jeugddelict. Het is dus niet de taak van de procureur des Konings om inhoudelijke voorstellen te doen.

Indien de verdachte jongere het project uitvoert binnen de door de procureur des Konings vastgestelde termijn en volgens de door hem uitgewerkte nadere regels, wordt de strafvordering stopgezet. Indien het project niet wordt uitgevoerd zoals gepland, kan de procureur des Konings de zaak voorleggen aan de jeugdrechtbank voor het nemen van jeugdbeschermingsmaatregelen. De procureur des Konings heeft hier enige beoordelingsvrijheid, aangezien er legitieme redenen kunnen zijn waarom een project niet (volledig) kon worden uitgevoerd. Als er legitieme redenen zijn, kan de procureur des Konings daar dus rekening mee houden.

Artikel 59

De procureur des Konings kan aan een verdachte jongere voorstellen het vervallen van de strafvordering afhankelijk te stellen van de uitvoering en naleving van bepaalde voorwaarden. Daartoe moet aan de voorwaarden vermeld in artikel 1, eerste lid, worden voldaan: bemiddeling is onuitvoerbaar of ongeschikt en er moet een gegronde reden tot verdenking bestaan, dat wil zeggen dat er voldoende feitelijk bewijs moet zijn dat een jeugddelict is gepleegd.

Paragraaf 1, tweede lid, van dit artikel bepaalt dat de procureur des Konings het doel van de voorwaarden en de termijn voor de uitvoering ervan vaststelt. Dit gebeurt in overleg met de verdachte jongere, die zich daarvoor moet laten bijstaan door zijn advocaat. Paragraaf 2, 1°, bepaalt dus dat de procureur des Konings, wanneer hij de uitvoering en naleving van bepaalde voorwaarden voorstelt, de jongere in kennis stelt van zijn recht om door een advocaat te worden bijgestaan.

Evenzo bepaalt paragraaf 2 dat de procureur des Konings de jongere moet meedelen dat hij een bedenktijd van vijftien werkdagen heeft om het voorstel te aanvaarden of af te wijzen en dat aan de voorwaarden moet worden voldaan binnen de door de procureur des Konings gestelde termijn. Deze termijn kan op een met redenen omkleed verzoek van het departement worden verlengd.

De procureur des Konings belast het departement met de organisatie van de voorwaarden en de controle op de naleving ervan. Aangezien ook andere jeugdbeschermingsaanbieders en dienstverrichters bij de uitvoering van de voorwaarden betrokken kunnen zijn, bepaalt paragraaf 3, tweede lid, dat het departement met hen een overeenkomst kan sluiten.

Het departement begeleidt de verdere procedure. Zo bepaalt paragraaf 4 dat het departement binnen acht werkdagen schriftelijk contact moet opnemen met de jongere om hem in kennis te stellen van de voorgestelde voorwaarde.

Als de jongere het voorstel niet binnen vijftien werkdagen aanvaardt, wordt het door de procureur des Konings beëindigd na een verslag van het departement. De procureur des Konings kan dan jeugdbeschermingsmaatregelen voorleggen aan de jeugdrechtbank.

Indien de verdachte jongere binnen de gestelde termijnen en volgens de vastgestelde nadere regels aan de voorwaarden voldoet, wordt de strafvordering stopgezet. Indien de voorwaarden niet worden nageleefd zoals gepland, kan de procureur des Konings de zaak voorleggen aan de jeugdrechtbank, opdat die jeugdbeschermingsmaatregelen oplegt. De procureur des Konings heeft hier enige

beoordelingsvrijheid, aangezien er legitieme redenen kunnen zijn waarom niet (volledig) aan de voorwaarden kon worden voldaan. Als de redenen legitiem zijn, kan de procureur des Konings daar dus rekening mee houden. Het departement levert de procureur des Konings het bewijs dat aan de voorwaarden is voldaan.

Artikel 60

Dit artikel bepaalt dat de procureur des Konings tegelijkertijd bemiddeling en de uitvoering en naleving van voorwaarden kan voorstellen, indien hij op grond van de informatie waarover hij beschikt over de verdachte jongere en over het door hem gepleegde jeugddelict van oordeel is dat bemiddeling alleen niet volstaat als reactie op het jeugddelict.

Indien de verdachte jongere dit voorstel aanvaardt, wordt de strafvordering door de procureur des Konings stopgezet, indien betrokkene binnen de gestelde termijn en volgens de vastgestelde nadere regels aan de overeenkomst en aan de opgelegde voorwaarden heeft voldaan. Indien dat niet het geval is, kan de procureur des Konings de zaak voorleggen aan de jeugdrechtbank, opdat die jeugdbeschermingsmaatregelen oplegt.

Cumulatie is bijvoorbeeld aangewezen in de context van criminaliteit i.v.m. het verwerven van drugs, omdat dan bemiddeling met de slachtoffers van het jeugddelict én een therapie voor het verslavingsprobleem van de verdachte jongere kan worden voorgesteld.

Artikel 61

Dit artikel neemt, met betrekking tot de maatregelen van de procureur des Konings, de bepaling over die vervat is in artikel 37, § 2, tweede lid, van de wet van 8 april 1965 betreffende de maatregelen die kunnen worden genomen, afhankelijk van de leeftijd waarop de jongere het jeugddelict pleegt. De handelingen, de feiten of het wangedrag van een jongere onder de twaalf jaar die ervan wordt verdacht een jeugddelict te hebben gepleegd, kunnen alleen aanleiding geven tot een berisping of een bemiddeling.

Indien de procureur des Konings van oordeel is dat de berisping en de bemiddeling niet volstaan, omdat de situatie vereist dat de jongere in het kader van de jeugdbijstand wordt begeleid, kan hij de zaak voorleggen aan de jeugdrechter of de jeugdrechtbank met het oog op jeugdbijstandsmaatregelen.

Artikel 62

Dit artikel verplicht de procureur des Konings ertoe de verdachte jongere in de dagvaarding te informeren over de mogelijkheid om een project in te dienen bij de jeugdrechter.

Indien een slachtoffer is geïdentificeerd, is de procureur des Konings bovendien verplicht de verdachte jongere, het slachtoffer en de personen belast met de opvoeding in de dagvaarding te informeren over de mogelijkheid om bemiddeling aan te vragen bij de jeugdrechter.

Artikel 63

Dit artikel neemt de bepalingen over van artikel 36, 4°, en artikel 36bis van de wet van 8 april 1965, d.w.z. het voorziet in de algemene bevoegdheid van de jeugdrechtbank voor jongeren die ervan worden verdacht een misdrijf te hebben gepleegd (eerste en tweede lid), maar behoudt de bevoegdheid van de gewone rechtbanken voor verkeersovertredingen begaan door jongeren die ouder zijn dan zestien jaar, met de mogelijkheid van uithandengeving en verwijzing naar de jeugdrechtbank (vierde lid). De bepaling die, tenzij bij vluchtmisdrijf, de toepassing van de wet

betreffende de voorlopige hechtenis uitsluit, wordt niet overgenomen (artikel 36bis, derde lid, van de wet van 8 april 1965), aangezien dit een bepaling is die onder de bevoegdheid van de federale wetgever valt.

Artikel 64

In dit artikel worden de bepalingen van artikel 50 van de wet van 8 april 1965 overgenomen. Het bepaalt dat de jeugdrechter of de jeugdrechtbank het departement kan opdragen een maatschappelijk onderzoek te verrichten in het kader van de jeugdbescherming. Dit moet hem de mogelijkheid bieden een beslissing te nemen die past bij de situatie.

Het departement verzamelt informatie over de behoeften, de leeftijd en het beoordelingsvermogen van de jongere, de levenssituatie van de jongere, de ontwikkelingsmogelijkheden van de jongere, de omstandigheden waarin het jeugddelict is gepleegd en de schade en de gevolgen voor het slachtoffer. Daartoe kunnen onder meer gesprekken met de jongere en de personen belast met de opvoeding worden gevoerd, alsook huisbezoeken plaatsvinden. Ook kunnen gesprekken met de omgeving van het gezin en een uitwisseling met reeds betrokken dienstverrichters plaatsvinden, om een zo volledig mogelijk beeld van de situatie te krijgen. Op basis daarvan werkt het departement voorstellen voor mogelijke maatregelen uit. Het geheel wordt doorgestuurd naar de jeugdrechter in de vorm van een maatschappelijk verslag. De termijn voor het verrichten van het maatschappelijk onderzoek wordt vastgesteld door de jeugdrechter of de jeugdrechtbank en mag niet meer dan negentig dagen bedragen.

Paragraaf 3 van dit artikel bepaalt bovendien dat de jeugdrechter of de jeugdrechtbank het departement kan machtigen om een psychologisch of medisch onderzoek van de jongere in het kader van de jeugdbescherming te laten uitvoeren, om vast te stellen welke jeugdbeschermingsmaatregelen geschikt zijn voor zijn behandeling.

De in dit artikel bedoelde onderzoeken vormen een aanvulling op het verhoor van de minderjarige waarin de wet van 8 april 1965 voorziet.

Paragraaf 4 van dit artikel bepaalt dat de jeugdrechter of de jeugdrechtbank eerst kennis moet hebben genomen van deze onderzoeken voordat hij een jeugdbeschermingsmaatregel kan bevelen. Dit geldt onverminderd artikel 78, tweede lid, artikel 81, tweede lid, en artikel 82, § 3, eerste lid, waarin wordt bepaald dat het psychologisch of medisch onderzoek achteraf moet worden voorgelegd om de noodzaak van ambulante, semi-residentiële of residentiële begeleiding of behandeling te bevestigen. Bovendien is er nog een andere uitzondering wanneer een dringende maatregel moet worden genomen. In dat geval moet de jeugdrechter of de jeugdrechtbank na ontvangst van het onderzoek nagaan of de eerder bevolen jeugdbeschermingsmaatregel passend is. Als de jeugdbeschermingsmaatregel niet passend is, moet hij die maatregel opheffen of wijzigen.

Artikel 65

Aangezien ambulante en semi-residentiële maatregelen voorrang hebben boven residentiële maatregelen (zie toelichting bij artikel 5) en om de beslissing voor alle betrokken partijen begrijpelijk te maken, voorziet dit artikel in een bijzondere motiveringsplicht (eerste lid). Die motivering is gebaseerd op de factoren vermeld in artikel 12, § 2, namelijk de behoeften van de jongere, zijn leeftijd, zijn beoordelingsvermogen, zijn levenssituatie, de ernst van het gepleegde jeugddelict, de omstandigheden waarin het is gepleegd, de schade en de gevolgen voor het slachtoffer, de beschermingsmaatregelen die reeds ten aanzien van de jongere zijn bevolen, het gedrag van de jongere tijdens de uitvoering van deze maatregelen en de openbare veiligheid.

Ook bij een cumulatie van maatregelen moet de jeugdrechter of de jeugdrechtbank uitdrukkelijk motiveren waarom het bevelen van meerdere maatregelen noodzakelijk is (tweede lid). Die motiveringsplicht geldt voor alle cumulaties. De motiveringsplicht vervat in artikel 37, § 2quinquies, van de wet van 8 april 1965 wordt aldus verduidelijkt en verankerd.

Artikel 66

§ 1, eerste lid, van dit artikel bepaalt dat de jeugdrechter of de jeugdrechtbank de uitvoering van ambulante, residentiële of semi-residentiële jeugdbeschermingsmaatregelen rechtstreeks kan opdragen aan jeugdbeschermingsaanbieders die op basis van dit ontwerp van decreet zijn erkend en aan dienstverrichters.

§ 1, tweede lid, van dit artikel biedt ook de mogelijkheid om die taak te delegeren aan het departement Jeugdbijstand.

Het departement organiseert en evalueert de uitvoering en de coördinatie van de jeugdbeschermingsmaatregelen overeenkomstig § 2, eerste lid, van dit artikel. In het kader van die taak kan het een overeenkomst sluiten met degene die de jeugdbeschermingsmaatregel uitvoert. In die overeenkomst worden, rekening houdend met de voorwaarden die in de beslissing of het vonnis worden gesteld, de te bereiken doelstellingen en verwachtingen, de nadere regels van de jeugdbeschermingsmaatregel, de regels inzake gegevensbescherming en beroepsgeheim, alsmede de beroepsmogelijkheden vastgelegd. Waar mogelijk worden de jongere en de personen belast met de opvoeding bij dit proces betrokken.

§ 2, vierde lid, van dit artikel biedt het departement de mogelijkheid om de coördinatie op te dragen aan jeugdbeschermingsaanbieders en dienstverrichters. Dit kan bijvoorbeeld het geval zijn in situaties waarin een andere dienstverrichter al een goed contact heeft met het gezin, wat de coördinatie vergemakkelijkt.

In § 2, vijfde lid, van dit artikel wordt de Regering gemachtigd om nog andere inhoudelijke punten van de overeenkomst vast te stellen.

Artikel 67

Het departement controleert de bevolen jeugdbeschermingsmaatregel regelmatig met de betrokken jongere, de personen belast met de opvoeding en de dienstverrichters, aanbieders en pleeggezinnen die de jeugdbeschermingsmaatregel uitvoeren, teneinde de jeugdrechter of de jeugdrechtbank tijdig op noodzakelijke wijzigingen te kunnen wijzen. Dit artikel bepaalt dat een eerste balansgesprek uiterlijk vier maanden na de gerechtelijke beslissing plaatsvindt en dat daarna ten minste om de zes maanden verdere balansgesprekken plaatsvinden.

Ter voorbereiding van de balansgesprekken dienen de dienstverrichters of jeugdbeschermingsaanbieders een schriftelijk verslag in over de uitvoering van de jeugdbeschermingsmaatregel en over de algemene en actuele ontwikkeling van de jongere. Het departement zendt een beknopt verslag aan de procureur des Konings, de jeugdrechter of de jeugdrechtbank waarin het de voortzetting, wijziging of opheffing van de (aanvullende) jeugdbeschermingsmaatregelen kan voorstellen.

Artikel 68

Dit artikel bepaalt dat de bevolen jeugdbeschermingsmaatregelen zowel in de voorbereidingsfase als in de fase ten gronde te allen tijde gewijzigd, opgeheven of door andere maatregelen vervangen kunnen worden. Dit gebeurt hetzij ambtshalve door de jeugdrechter of de jeugdrechtbank, hetzij op

verzoek van de procureur des Konings of op verzoek van het departement dat belast is met de organisatie, controle en coördinatie van de jeugdbeschermingsmaatregelen overeenkomstig artikel 66, § 2, eerste lid (zie de toelichting bij artikel 66 en artikel 67).

Om te beslissen over de wijziging of opheffing van een jeugdbeschermingsmaatregel moeten de jongere, de personen belast met de opvoeding en de procureur des Konings of het departement vooraf worden gehoord.

Het derde lid van dit artikel bepaalt dat de jeugdrechter te allen tijde, ambtshalve of op verzoek van het departement of de procureur des Konings, een door de jeugdrechtbank bevolen jeugdbeschermingsmaatregel kan opheffen of door andere jeugdbeschermingsmaatregelen kan vervangen. Die wijziging wordt binnen maximaal zes maanden door de jeugdrechter getoetst.

Artikel 69

In dit artikel worden de bepalingen van artikel 52bis van de wet van 8 april 1965 betreffende de duur van de voorbereidingsfase overgenomen en gewijzigd, aangezien dit procedureregels zijn die onlosmakelijk verbonden zijn met de voorlopige jeugdbeschermingsmaatregelen.

De duur van de voorbereidingsfase wordt principieel beperkt tot negen maanden, om ervoor te zorgen dat deze fase - waarin de jongere als onschuldig geldt, maar niettemin aan voorlopige jeugdbeschermingsmaatregelen kan worden onderworpen - niet te lang duurt en om de jongere de mogelijkheid te geven binnen een redelijke termijn een beslissing te verkrijgen. De voorlopige jeugdbeschermingsmaatregelen eindigen van rechtswege na het verstrijken van de termijn van negen maanden.

De voorbereidingsfase kan bij wijze van uitzondering verscheidene malen met telkens drie maanden worden verlengd, indien dat voor de onderzoeken noodzakelijk is. Dit kan het geval zijn in bijzonder complexe zaken, bijvoorbeeld als meerdere daders erbij betrokken zijn of als het om een zeer ernstig feit gaat.

In het kader van die verlengingen kunnen onder bepaalde voorwaarden (ernstige en uitzonderlijke omstandigheden in verband met de vereisten van de openbare veiligheid) voorlopige jeugdbeschermingsmaatregelen worden genomen of behouden. Deze uitzonderingen vereisen een gemotiveerde beslissing van de jeugdrechter.

De voorbereidingsfase wordt gedefinieerd als de periode vanaf het ogenblik waarop de zaak bij de rechtbank aanhangig wordt gemaakt tot de beslissing ten gronde en omvat dus ook de periode waarin het dossier zich bij het openbaar ministerie bevindt. Om de continuïteit van de opvang voor de jongere te waarborgen en eventueel zijn veiligheid te garanderen, moeten immers voorlopige maatregelen kunnen worden genomen in afwachting van een beslissing ten gronde, zoals bepaald in artikel 52, eerste lid, van de wet van 8 april 1965.

De termijn van twee maanden waarbinnen het openbaar ministerie de jongere moet oproepen om voor de rechtbank te verschijnen, maakt deel uit van de voorbereidingsfase. De termijn van negen maanden is dus één maand langer dan de termijn van artikel 52bis van de wet van 8 april 1965 (termijn van zes maanden vanaf de verwijzing van de zaak naar de rechtbank tot de toezending van het dossier aan het openbaar ministerie na afloop van het onderzoek en termijn van twee maanden om de jongere te dagvaarden voor de jeugdrechtbank). Zoals de federale wetgever bij de invoering van de beperking van de duur van de voorbereidingsfase in 1992 heeft opgemerkt, belet het feit dat niet alle onderzoeken zijn afgerond, de jeugdrechter niet om een beslissing ten gronde te nemen, aangezien de jeugdrechter een eerder bevolen maatregel nog steeds kan wijzigen of opheffen.

De duur van de opschorting van de voorbereidingsfase is beperkt tot twee maanden. Binnen die termijn moet de jeugdkamer van het hof van beroep een beslissing nemen overeenkomstig artikel 52ter, zesde lid, van de wet van 8 april 1965.

Artikel 70

Dit artikel bevat een opsomming van de maatregelen die de jeugdrechter in de voorbereidingsfase kan bevelen of voorstellen. De beperking van de voorlopige jeugdbeschermingsmaatregelen in vergelijking met de jeugdbeschermingsmaatregelen ten gronde wordt verklaard door het doel van de voorlopige jeugdbeschermingsmaatregelen, namelijk opvang of onderzoek en niet bestraffing (zie § 3, tweede lid).

Zo wordt het verblijf in de gewone leefomgeving beperkt tot bepaalde voorwaarden, mits aan een of meer voorwaarden wordt voldaan. Aangezien de jongere in de voorbereidingsfase onschuldig wordt geacht, kan van hem niet worden verlangd dat hij zich bij het slachtoffer verontschuldigt of de vastgestelde schade herstelt.

Zo verschilt de maximumduur van de prestatie van opvoedkundige aard en van algemeen nut (gemeenschapsdienst) in de voorbereidingsfase van de maximumduur van dezelfde maatregel in de bodemprocedure. Dit is gebaseerd op de jurisprudentie van het Hof van Cassatie. Het Hof van Cassatie heeft in zijn arrest van 21 mei 2003 verduidelijkt dat een maatregel tijdens de voorbereidingsfase niet als sanctie mag worden opgelegd "zelfs indien de minderjarige de hem ten laste gelegde feiten toegeeft". Overeenkomstig het recht op een eerlijk proces en het vermoeden van onschuld kan een dergelijke maatregel alleen worden bevolen als voorlopige maatregel ten behoeve van het onderzoek, d.w.z. om de persoonlijkheid van de jongere te leren kennen en aldus de passende maatregel in de beslissing ten gronde te kunnen nemen. Daarom is die maatregel beperkt tot hoogstens dertig uur.

Naast de specifieke regels voor voorlopige maatregelen in deze onderafdeling, wordt voor de beschrijving van de maatregelen verwezen naar de opmerkingen over de bepalingen in onderafdeling 4.

Paragraaf 1 van dit artikel bevat de verplichting van de jeugdrechter om aan het begin van de voorbereidingsfase na te gaan of een gevraagde bemiddeling of een ingediend project mogelijk en wenselijk is. Bemiddeling is alleen mogelijk als een slachtoffer is geïdentificeerd.

De reden waarom dat aanbod van herstelmaatregelen ook in de voorbereidingsfase is voorzien, houdt verband met de uitvoering van een van de beginselen van dit ontwerp van decreet: de verdachte jongere een actieve rol geven bij het nemen van verantwoordelijkheid voor zijn daden en hem mogelijkheden bieden om de veroorzaakte schade te herstellen. Het ontwerp van decreet geeft de hoogste prioriteit aan het aanbieden van herstelmaatregelen die de betrokkenen de mogelijkheid bieden zelf een oplossing te zoeken. Door ervoor te zorgen dat verdachte jongeren en slachtoffers altijd de mogelijkheid hebben om op het aanbod van herstelmaatregelen in te gaan, wordt een soort 'recht op herstel' gecreëerd.

Bemiddeling is gericht op een ondersteunde dialoog en ontmoeting tussen de verdachte jongeren en de slachtoffers, waarbij de nadruk ligt op de veroorzaakte schade. Opdat die dialoog vruchten afwerpt, moet het resultaat van dit proces tussen beide volledig los staan van andere reacties op het jeugddelict. De dialoog veronderstelt ook dat zowel de van het misdrijf verdachte jongere als het slachtoffer uit vrije wil handelen.

Krachtens paragraaf 2 van dit artikel kan de jeugdrechter aanvullende voorlopige jeugdbeschermingsmaatregelen bevelen indien hij van oordeel is dat een bemiddeling of project niet volstaat om de jongere op te vangen, de openbare veiligheid te waarborgen of de nodige onderzoeken

of enquêtes te verrichten naar de persoonlijkheid en de situatie van de verdachte jongere. De jeugdrechter kan meer dan één maatregel bevelen. In dit geval moeten de beginselen van evenredigheid en subsidiariteit in acht worden genomen.

Paragraaf 3 van dit artikel bepaalt welke voorlopige jeugdbeschermingsmaatregelen de jeugdrechter kan bevelen. De keuze van de maatregel hangt af van het doel dat met de interventie wordt nagestreefd: Wanneer het in de eerste plaats erom gaat de openbare veiligheid te waarborgen, komt met name de residentiële opvang in aanmerking. Om de persoonlijkheid en de levenssituatie van de verdachte jongere vast te stellen, kan bijvoorbeeld beter gekozen worden voor sociaal-pedagogische of therapeutische begeleiding, psychologische, sociale of pedagogische adviesverlening of toezicht door het departement.

§ 3, derde lid, van dit artikel beperkt de mogelijke maatregelen die de jeugdrechter kan bevelen tegen verdachte jongeren die vóór de leeftijd van twaalf jaar een jeugddelict hebben gepleegd, tot bemiddeling en ambulante begeleidings- en opvangmaatregelen. Indien de jeugdrechter van oordeel is dat die maatregelen niet volstaan omdat de situatie van de jongere begeleiding in het kader van de jeugdbijstand vereist, kan hij jeugdbijstandsmaatregelen bevelen.

Paragraaf 4 van dit artikel neemt artikel 52, achtste lid, van de wet van 8 april 1965 over en breidt de mogelijkheid om de jongere de vrije omgang met bepaalde personen te verbieden uit tot alle voorlopige maatregelen, aangezien dit verbod noodzakelijk kan zijn voor de onderzoeken, zelfs indien de jongere niet in een gesloten afdeling van een openbare instelling voor jeugdbescherming is geplaatst. Zo wordt de maximumduur van dat verbod opgetrokken tot dertig dagen, zodat het verbod beter kan voldoen aan het doel ervan. Het verbod kan verschillende keren worden verlengd.

In paragraaf 5 van dit artikel worden het eerste, tweede en vierde lid van artikel 52quater van de wet van 8 april 1965 overgenomen, die betrekking hebben op de residentiële opvang in een gesloten instelling of in een gesloten afdeling van een openbare instelling voor jeugdbescherming tijdens de voorbereidingsfase. De duur van die maatregel is beperkt tot drie maanden. Na verslag van het departement Jeugdbijstand, de gesloten instelling of de openbare instelling voor jeugdbescherming kan die maatregel verschillende keren met hoogstens dertig dagen worden verlengd.

In paragraaf 6 wordt de regel van artikel 52quater, zesde lid, van de wet van 8 april 1965 overgenomen (die dus wordt opgeheven), volgens welke de maatregel van rechtswege eindigt na het verstrijken van een termijn van vijftien dagen vanaf de datum van het hoger beroep.

Artikel 71

Dit artikel bepaalt dat de jeugdrechter de duur vaststelt van elke bevolen voorlopige jeugdbeschermingsmaatregel. Die duur mag niet hoger zijn dan enig andere in dit ontwerp van decreet vastgestelde maximumduur.

Artikel 72

Dit artikel verplicht de procureur des Konings ertoe de verdachte jongere in de gerechtsbrief te informeren over de mogelijkheid om een project in te dienen bij de jeugdrechtbank.

Indien een slachtoffer is geïdentificeerd, is de procureur des Konings bovendien verplicht de jongere, het slachtoffer en de personen belast met de opvoeding in de gerechtsbrief te informeren over de mogelijkheid om bemiddeling aan te vragen bij de jeugdrechtbank.

Artikel 73

Onderafdeling 3 betreft de beslissing ten gronde. In die fase beslist de jeugdrechtbank over de schuld of onschuld van een verdachte jongere ten aanzien van de hem ten laste gelegde jeugddelicten. Het doel is de jongere ter verantwoording te roepen en te voorkomen dat hij opnieuw een jeugddelict pleegt.

Dit artikel bevat een opsomming van de maatregelen die de jeugdrechtbank in de fase ten gronde kan bevelen of voorstellen.

Voor de beschrijving van de maatregelen wordt verwezen naar de toelichting bij de bepalingen in onderafdeling 4.

Paragraaf 1 van dit artikel bevat de verplichting van de jeugdrechtbank om bij het begin van de procedure na te gaan of een gevraagde bemiddeling of een ingediend project mogelijk en wenselijk is. Bemiddeling is alleen mogelijk als een slachtoffer is geïdentificeerd.

Krachtens paragraaf 2 van dit artikel kan de jeugdrechtbank aanvullende jeugdbeschermingsmaatregelen bevelen indien hij van oordeel is dat bemiddeling of een project in casu niet volstaat om de jongere ter verantwoording te roepen en te voorkomen dat hij opnieuw een jeugddelict pleegt. In dat verband kan de jeugdrechtbank ook meer dan één maatregel bevelen. In dat geval moeten de beginselen van evenredigheid en subsidiariteit in acht worden genomen.

De jeugdrechtbank heeft dus de mogelijkheid om verschillende maatregelen in zijn beslissing op te nemen teneinde deze te cumuleren. Deze mogelijkheid bestaat niet alleen op het niveau van de beslissing van de jeugdrechtbank, maar ook op het niveau van de uitvoering ervan. Natuurlijk alleen voor zover dat in de praktijk mogelijk is. Indien de jeugdrechtbank van oordeel is dat een berisping voldoende is, ligt het voor de hand dat deze maatregel, gelet op de aard ervan, niet kan worden gecumuleerd met een andere maatregel. Indien de jeugdrechtbank een jongere toevertrouwt aan een openbare gemeenschapsinstelling voor jeugdbescherming, kan deze maatregel bijvoorbeeld worden gecombineerd met ambulante nazorg.

Paragraaf 3 van dit artikel bepaalt welke jeugdbeschermingsmaatregelen de jeugdrechtbank in de bodemprocedure kan bevelen. De keuze van de maatregel hangt af van het jeugddelict, de persoonlijkheid van de jongere en zijn individuele levensomstandigheden.

§ 3, tweede lid, van dit artikel beperkt de mogelijke maatregelen die de jeugdrechtbank kan bevelen tegen verdachte jongeren die vóór de leeftijd van twaalf jaar een jeugddelict hebben gepleegd, tot bemiddeling en ambulante begeleidings- en opvangmaatregelen. Indien de jeugdrechtbank van oordeel is dat die maatregelen niet volstaan omdat de situatie van de jongere begeleiding in het kader van de jeugdbijstand vereist, verwijst de jeugdrechtbank de zaak naar het openbaar ministerie, dat de jeugdbijstandsmaatregelen voorlegt aan de jeugdrechter of de jeugdrechtbank.

Artikel 74

Dit artikel bepaalt dat de jeugdrechtbank de duur vaststelt van elke bevolen jeugdbeschermingsmaatregel. In het eerste lid wordt dus de regel van artikel 37, § 2, zevende lid, van de wet van 8 april 1965 overgenomen.

De duur is beperkt tot hoogstens één jaar of tot elke andere maximumduur die in dit ontwerp van decreet is vastgesteld.

Het derde en vierde lid maken gebruik van de beide mogelijkheden waarin artikel 37, § 3, tweede lid, van de wet van 8 april 1965 voorziet om van de algemene regel af te wijken om de maatregelen te verlengen of nieuwe maatregelen te bevelen.

De in het derde lid bedoelde mogelijkheid om de maatregelen te verlengen tot na de leeftijd van achttien jaar geldt ongeacht de leeftijd waarop de jongere het misdrijf heeft gepleegd. De maatregelen worden op verzoek van de procureur des Konings verlengd, indien de delinquente jongere zich schuldig maakt aan aanhoudend wangedrag of gedrag dat gevaarlijk is voor hemzelf of voor anderen. De maatregelen kunnen ten hoogste worden verlengd tot de leeftijd van 21 jaar. Hiermee wordt de leeftijdsgrens afgestemd op de leeftijdsgrens die geldt voor consensuele jeugdbijstand.

De in het vierde lid bedoelde mogelijkheid om maatregelen tot na de leeftijd van achttien jaar te verlengen of te bevelen, geldt alleen voor jeugddelicten die jongeren hebben gepleegd toen ze ouder waren dan zestien jaar. Ook in dat geval geldt de leeftijdsgrens van 21 jaar.

Artikel 75

Jongeren die vóór de leeftijd van achttien jaar door het departement in het kader van de jeugdbescherming zijn begeleid, krijgen de mogelijkheid deze begeleiding te verlengen tot de leeftijd van maximaal 21 jaar.

In het kader van deze verlenging kunnen de lopende maatregelen in onderling overleg worden verlengd en kunnen met de jongvolwassene nieuwe jeugdbijstandsmaatregelen worden afgesproken. Ook hier gaat het erom de jongvolwassene in een overgangsfase te helpen zijn persoonlijkheid te ontwikkelen of zelfstandig te worden.

De procedure voor verlenging wordt geregeld in de artikelen 50 en volgende.

Artikel 76

Dit artikel neemt de bepalingen van artikel 37bis tot 37quinquies van de wet van 8 april 1965 over, maar met verduidelijkingen en verschillende wijzigingen.

Bemiddeling als herstelmaatregel kan ook in de bodemprocedure worden aangevraagd door de delinquente jongere, het slachtoffer en de personen belast met hun opvoeding. In samenwerking met een onpartijdige bemiddelaar wordt gezocht naar een mogelijke vorm van herstel en worden de feiten en de gevolgen van de feiten toegelicht. Bemiddeling is een vertrouwelijk proces tussen de partijen waaraan zij vrijwillig deelnemen. Het geeft alle betrokken partijen de kans om een actieve rol te spelen. Beide partijen kunnen hun standpunt uiteenzetten en hun mogelijke verwachtingen uiten. Bovendien zoeken ze samen naar een mogelijkheid om met de gevolgen van het jeugddelict om te gaan.

Voor de toelichting bij de §§ 1 tot 5 wordt verwezen naar de toelichting bij artikel 57.

De in paragraaf 6 vermelde homologatie door de jeugdrechter of de jeugdrechtbank is overgenomen uit artikel 37quater van de wet van 8 april 1965. Die homologatie betekent geenszins dat de jeugdrechter of de jeugdrechtbank in principe ervan kan uitgaan dat geen verdere maatregelen nodig zijn als het akkoord wordt uitgevoerd. Bemiddeling als herstelmaatregel vindt parallel aan het gerechtelijk onderzoek plaats. Het doel van bemiddeling is de schade te herstellen. De jeugdrechter of de jeugdrechtbank houdt rekening met het resultaat van de bemiddeling, maar kan beslissen of verdere jeugdbeschermingsmaatregelen nodig zijn als reactie op het jeugddelict.

Bemiddeling kan plaatsvinden tijdens de voorbereidingsfase of tijdens de bodemprocedure. Indien het akkoord wordt gehomologeerd en uitgevoerd voordat bij beschikking of vonnis een maatregel wordt bevolen, kan de jeugdrechtbank beslissen dat geen verdere maatregelen hoeven te worden bevolen.

Indien het akkoord na de beslissing ten gronde overeenkomstig de daarin vastgestelde nadere regels wordt uitgevoerd, kan de jeugdrechtsbank de bevolen maatregelen wijzigen of opheffen. Hij kan bijvoorbeeld een minder strenge maatregel bevelen of een reeds bevolen maatregel versoepelen (qua duur of inhoud).

Als een jongere tijdens de bemiddeling schuld bekent, mag dit niet tegen hem worden gebruikt. En het bekennen van het strafbare feit hoeft niet noodzakelijkerwijs in het akkoord te worden opgenomen indien niet alle partijen dit wensen of indien niet alle partijen dit noodzakelijk achten om herstel te bereiken.

Artikel 77

Voor de toelichting bij de §§ 1 tot 6 wordt verwezen naar de toelichting bij artikel 58.

Het project kan plaatsvinden tijdens de voorbereidingsfase of tijdens de bodemprocedure. Indien het project wordt goedgekeurd en uitgevoerd voordat bij beschikking of vonnis een maatregel wordt bevolen, kan de jeugdrechter beslissen dat geen verdere maatregelen hoeven te worden bevolen.

Krachtens paragraaf 5 van dit artikel kan de jeugdrechtsbank, wanneer ze een project goedgekeurd heeft, tegelijk voorzien in vervangende maatregelen die kunnen worden opgelegd indien de jongere het project niet binnen de gestelde termijn of niet volgens de vastgestelde nadere regels uitvoert. In dat geval wordt de jongere geïnformeerd over de gevolgen van niet-naleving van het uitgewerkte project. Bij deze vervangende maatregelen gaat het om ambulante begeleiding en opvang, een prestatie van opvoedkundige aard en van algemeen nut, de vervulling van bepaalde voorwaarden, een semi-residentiële behandeling, begeleiding en opvang of een residentiële behandeling en opvang die de jeugdrechtsbank ambtshalve kan bevelen, indien de jongere het project niet of onvoldoende uitvoert. Bedoeling is dat die vervangende maatregelen kunnen worden uitgevoerd, zonder dat een nieuwe dagvaarding voor de jeugdrechtsbank noodzakelijk is. De jeugdrechtsbank kan zo nodig rekening houden met een slechts gedeeltelijk uitgevoerd project om de vervangende maatregel aan te passen.

Indien het project na de beslissing ten gronde binnen de gestelde termijn en overeenkomstig de vastgestelde nadere regels wordt uitgevoerd, kan de jeugdrechtsbank de bevolen maatregelen wijzigen of opheffen. Hij kan bijvoorbeeld een minder strenge maatregel bevelen of een reeds bevolen maatregel versoepelen (qua duur of inhoud).

Artikel 78

Dit artikel bepaalt welke ambulante begeleidings- en opvangmaatregelen de jeugdrechter of de jeugdrechtsbank kan bevelen. Wanneer de jeugdrechter of de jeugdrechtsbank een of meer ambulante begeleidings- en opvangmaatregelen beveelt, legt hij het precieze doel vast.

Artikel 79

De jeugdrechter of de jeugdrechtsbank kan het verblijf van de jongere in zijn gewone leefomgeving afhankelijk stellen van de naleving van de in dit artikel gestelde voorwaarden. De naleving wordt gecontroleerd door het departement of door een politiedienst. Als de jongere de voorwaarden niet naleeft, meldt het departement of de politiedienst dit via de procureur des Konings aan de jeugdrechter of jeugdrechtsbank, die dan een andere jeugdbeschermingsmaatregel kan bevelen. Voor de jongere moet duidelijk zijn waaraan hij zich moet houden, d.w.z. hij moet precies weten wat hij kan/moet doen en wat hij niet mag doen. Als de jeugdrechter of jeugdrechtsbank een of meer voorwaarden oplegt, bepaalt hij het precieze doel daarvan.

De lijst van de in dit artikel vermelde voorwaarden is niet volledig. De jeugdrechter of jeugdrechtbank kan nog andere, aan de situatie aangepaste voorwaarden en verbodsmaatregelen opleggen. Hierdoor wordt de maatregel zoveel mogelijk op maat uitgewerkt. Doel is de re-integratie van de jongere en het voorkomen van recidives, zonder dat een residentiële maatregel noodzakelijk is.

Artikel 80

De jeugdrechter of jeugdrechtbank kan de uitvoering van een prestatie van opvoedkundige aard en van algemeen nut bevelen. Daarbij legt hij het doel vast.

De prestatie van opvoedkundige aard en van algemeen nut is een dienst die de jongere aan de maatschappij verleent door gratis te werken in een vereniging, openbare dienst of instelling. Op die manier kan hij de positieve aspecten van zijn persoonlijkheid en zijn vermogen om een project tot een goed einde te brengen demonstreren, en tegelijkertijd de schade die hij heeft veroorzaakt, symbolisch herstellen.

Het voorgeschreven aantal uren bedraagt maximaal 30 uur in de voorbereidingsfase en maximaal 250 uur in de bodemprocedure. Indien de jeugdrechter of jeugdrechtbank een prestatie van opvoedkundige aard en van algemeen nut van meer dan 150 uur beveelt, moet hij zijn beslissing ter zake uitdrukkelijk motiveren. De uitvoering van de prestatie van opvoedkundige aard en van algemeen nut moet aangepast zijn aan de leeftijd en de mogelijkheden van de jongere en moet binnen een jaar plaatsvinden.

Als opvoedkundige reactie op het jeugddelict mobiliseert die maatregel ook de samenleving; daarbij is een cruciale rol weggelegd voor de verenigingen, diensten of instellingen die de jongeren tijdens de duur van hun prestatie opnemen. Zij maken het mogelijk de jongere niet te reduceren tot het gepleegde jeugddelict, maar hem te zien als een individu in een ontwikkelingsproces dat het vertrouwen van volwassenen verdient, hetgeen het positieve zelfbeeld van de jongere kan bevorderen.

Ongeacht het resultaat is de prestatie een verrijkende ervaring voor de jongere.

In de Duitstalige Gemeenschap worden de prestaties van opvoedkundige aard en van algemeen nut georganiseerd en begeleid door erkende pedagogische deskundigen.

Artikel 81

Dit artikel bepaalt welke semi-residentiële maatregelen de jeugdrechter of de jeugdrechtbank kan bevelen voor de behandeling, begeleiding of opvang van de jongere. Indien de jeugdrechter of de jeugdrechtbank een of meer semi-residentiële maatregelen voor de behandeling, begeleiding of opvang van de jongere beveelt, legt hij het precieze doel vast.

Artikel 82

Dit artikel bepaalt welke residentiële maatregelen de jeugdrechter of de jeugdrechtbank kan bevelen voor de behandeling of begeleiding van de jongere. Indien de jeugdrechter of de jeugdrechtbank een of meer residentiële maatregelen voor de behandeling of begeleiding van de jongere beveelt, legt hij het precieze doel vast.

Paragraaf 3 van dit artikel betreft de voorwaarden voor de residentiële behandeling van een jongere die momenteel geregeld zijn in artikel 37, § 2, 10° (behandeling in een "dienst die deskundig is op het gebied van [...] verslaving") en 11° (behandeling in een "jeugdpsychiatrische dienst") van de wet van 8 april 1965.

Behandeling in een kinder- en jeugdpsychiatrie: Om het reële ziekenhuissysteem te weerspiegelen, wordt in paragraaf 3 niet langer verwezen naar "open of gesloten afdeling van een jeugdpsychiatrische dienst". Of het om een open of gesloten afdeling gaat, hangt immers volledig af van de juridische status van de patiënt, naargelang welke wet van toepassing is: de wet van 8 april 1965 of de wet van 26 juni 1990 betreffende de bescherming van de persoon van de geesteszieke.

Zo bepaalt paragraaf 3 van dit artikel dat een psychologisch of medisch onderzoek moet worden voorgelegd om de noodzaak van een dergelijke behandeling aan te tonen. Deze bepaling houdt rekening met arrest 49/2008 van het Grondwettelijk Hof van 13 maart 2008, waarin staat: "Een verplichte medische behandeling kan slechts als een verantwoorde maatregel worden aangemerkt wanneer de therapeutische noodzaak ervan is vastgesteld".

Plaatsing in een kinder- en jeugdpsychiatrische afdeling was overeenkomstig artikel 37, § 2, eerste lid, 11°, van de wet van 8 april 1965 enkel mogelijk "ingeval uit een [...] verslag blijkt dat [hij] lijdt aan een geestesstoornis waardoor zijn oordeelsvermogen of zijn vermogen tot het beheersen van zijn handelingen ernstig is aangetast." Deze formulering werd niet overgenomen, omdat zij geen significante inschatting mogelijk maakt van de factoren die het bevelen of behouden van die residentiële maatregel rechtvaardigen. Deze formulering stelt bijzondere eisen aan de professionals in de psychiatrie: bedoeling is dat de jongere zijn oordeelsvermogen of het vermogen tot het beheersen van zijn handelingen herwint. Hier dreigt een overdreven psychiatrisering van de jeugdcriminaliteit. Daarom hoeft alleen een psychologisch of medisch onderzoek te worden voorgelegd om de noodzaak van een dergelijke behandeling aan te tonen. Dit onderzoek mag niet ouder zijn dan dertig dagen. Die termijn vloeit voort uit de wet van 26 juni 1990 betreffende de bescherming van de persoon van de geesteszieke.

Behandeling in een "dienst die deskundig is op het gebied van alcohol- of drugsverslaving, of enige andere vorm van verslaving": De formulering van artikel 37, § 2, 10°, van de wet van 8 april 1965 wordt niet letterlijk overgenomen, om te voorkomen dat de aandacht wordt toegespitst op specifieke problemen zoals verslavingen, hetgeen ten koste zou gaan van een alomvattende aanpak van de situatie. Een residentiële opvang in een instelling die gespecialiseerd is in verslavingsproblemen blijft echter mogelijk op basis van § 1, eerste lid, 4° en 6°, aangezien daarin wordt verwezen naar elke instelling die geschikt is voor de behandeling van de jongere.

§ 3, tweede lid, van dit artikel verwijst naar artikel 43 van de wet van 8 april 1965, dat het verband regelt met de wet van 26 juni 1990 betreffende de bescherming van de persoon van de geesteszieke, waardoor de continuïteit van de maatregelen van de jeugdrechtbank ten aanzien van psychisch zieke jongeren die een jeugddelict hebben gepleegd, wordt gewaarborgd.

In paragraaf 2 worden de voorwaarden voor residentiële opvang in een open afdeling van een openbare instelling voor jeugdbescherming overgenomen uit artikel 37, § 2quater, eerste lid, van de wet van 8 april 1965.

De minimumleeftijd voor opvang in een open afdeling van een openbare instelling voor jeugdbescherming wordt verhoogd van twaalf naar veertien jaar. Die wijziging vloeit voort uit de aanbevelingen van de groep deskundigen onder voorzitterschap van Pierre Rans, advocaat-generaal bij het hof van beroep te Brussel, die werd bijeengeroepen door de toenmalige minister van Jeugdwelzijn van de Franse Gemeenschap. De deskundigengroep stelt vast dat de leeftijd waarop een jongere voor het eerst aan een openbare jeugdbescherming wordt toevertrouwd, niet is verlaagd, dat het aandeel van jongeren onder de 14 jaar die in een open afdeling van een openbare jeugdbescherming zijn geplaatst, laag is en dat het overgrote deel van deze jongeren slechts voor een periode van 15 dagen is geplaatst, een periode die op geen enkele wijze rekening houdt met de schooldimensie. Bovendien maken deze kortdurende opnames geen doeltreffend pedagogisch werk

mogelijk. De deskundigengroep plaatst daarom vraagtekens bij het principe van kortdurende opnames, met name voor jongeren onder de 14 jaar, en nog meer als deze kortdurende opnames niet gepaard gaan met nazorg. De scheiding van het gezin en de schoolomgeving die een verblijf in een openbare instelling voor jeugdbescherming met zich meebrengt, kan de toekomst van de jongere in gevaar brengen.

De huidige strafmaat voor plaatsing in een open afdeling wordt verhoogd van een correctionele hoofdgevangenisstraf van drie jaar naar een correctionele hoofdgevangenisstraf van vijf jaar (§ 2, 1°). Bedoeling is dat de open afdeling in het bijzonder gereserveerd wordt voor jongeren die jeugddelicten van een bepaalde ernst hebben gepleegd en dat er een gradatie blijft bestaan tussen de voorwaarden voor opvang in de open afdeling en in de gesloten afdeling. Bovendien zijn eenvoudige diefstal, heling en computerfraude uitgesloten. Hoewel er een gevangenisstraf van vijf jaar op staat, zijn ze niet zo ernstig als de andere hier betrokken delicten, omdat er geen sprake is van rechtstreeks geweld tegen een persoon.

In § 2, 2°, wordt de noodzaak van een verzwarende omstandigheid toegevoegd om te voorkomen dat deze maatregel wordt opgelegd voor eenvoudige slagen (zoals een oorvijs), waarop een maximale gevangenisstraf van zes maanden staat.

In paragraaf 5 worden de voorwaarden voor residentiële opvang in een gesloten afdeling van een openbare instelling voor jeugdbescherming overgenomen uit artikel 37, § 2quater, tweede lid, van de wet van 8 april 1965.

De aangebrachte wijzigingen maken het mogelijk in te gaan op de ernst van het feit, de situaties van recidive en niet-naleving van eerdere maatregelen aan te pakken en een verband te leggen met de residentiële opvang in een open afdeling.

In § 5, 2°, worden nu ook ernstige schendingen van het internationale humanitaire recht en terroristische misdrijven opgesomd.

§ 5, 5°, vereist, naast de niet-naleving van een eerdere maatregel, het plegen van een nieuw jeugddelict dat voldoet aan de vereisten voor residentiële opvang in een open afdeling. Zo wordt rekening gehouden met de rechtspraak van het hof van beroep te Brussel (Brussel, 30e jeugdkamer, 24 januari 2011), volgens welke het ondenkbaar is dat de wetgever van 2006, die de voorwaarden voor toegang tot gesloten eenheden strikt heeft willen beperken, een dergelijke maatregel heeft willen mogelijk maken voor een jongere die nooit een jeugddelict heeft gepleegd die een dergelijk systeem zou kunnen rechtvaardigen.

In paragraaf 6 wordt de uitzondering overgenomen waarin artikel 37, § 2quater, derde lid, van de wet van 8 april 1965 voorziet, namelijk de mogelijkheid om een jongere tussen twaalf en veertien jaar die het leven of de gezondheid van anderen ernstig in gevaar heeft gebracht of wiens gedrag bijzonder gevaarlijk is, toe te vertrouwen aan een gesloten instelling of aan een gesloten afdeling van een openbare instelling voor jeugdbescherming. Deze mogelijkheid wordt ook uitgebreid tot de residentiële opvang in een open afdeling, omdat dit nu in principe alleen mogelijk is voor jongeren vanaf veertien jaar.

Artikel 83

Op grond van dit artikel kan de jeugdrechtbank de in artikel 82 vermelde residentiële behandelings- of opvangmaatregelen opschorten, voor zover de jongere bepaalde maatregelen uitvoert. Deze maatregelen zijn ambulante begeleiding en opvang, een prestatie van opvoedkundige aard en van algemeen nut (gemeenschapsdienst) of het voldoen aan bepaalde voorwaarden.

Het departement is bevoegd voor de begeleiding en ondersteuning van de jongere tijdens de zogenaamde proeftijd en voor het toezicht op de uitvoering van de maatregelen. Het doel is het aantal plaatsingsmaatregelen voor delinquente jongeren te verminderen en hun sociale re-integratie en het nemen van verantwoordelijkheid te bevorderen.

Bedoeling is dat die proeftijd in het bijzonder wordt toegepast indien te verwachten valt dat de jongere de residentiële behandelings- of opvangmaatregel als een waarschuwing zal opvatten en in de toekomst een rechtmatig leven zal leiden, ook zonder dat hij de invloed van de uitvoering van de residentiële maatregel heeft ondergaan. Daarbij wordt in het bijzonder rekening gehouden met de persoonlijkheid van de jongere, zijn levenssituatie, de omstandigheden waarin het jeugddelict werd gepleegd, de openbare veiligheid en de vermoedelijke gevolgen van de opschorting.

De jeugdrechtbank moet de 'proeftijd' bepalen gedurende welke de jongere de maatregelen moet uitvoeren. De proeftijd bedraagt minstens zes en hoogstens twaalf maanden vanaf de datum van het vonnis. Gedurende die periode kan de jeugdrechtbank de maatregelen wijzigen op verzoek van de betrokken jongere of op verzoek van de procureur des Konings, indien hij van oordeel is dat de omstandigheden waarin de maatregelen werden bevolen, zijn gewijzigd.

Indien de jongere tijdens de proeftijd een nieuw jeugddelict pleegt of zich niet voegt naar de beslissing van de jeugdrechtbank, wordt de opschorting van de residentiële maatregel ingetrokken. Van deze intrekking kan evenwel worden afgezien, indien het volstaat andere jeugdbeschermingsmaatregelen te bevelen of de proeftijd te verlengen tot hoogstens twaalf maanden.

Artikel 84

Dit artikel bevat de regels voor de uithandengeving van de zaak, die thans geregeld wordt in artikel 57bis van de wet van 8 april 1965.

De uithandengeving wordt in een aparte onderafdeling geregeld, omdat dit geen maatregel op zich is, maar leidt tot toepassing van het volwassenenstrafrecht, op grond waarvan eventueel (maar niet noodzakelijkerwijs) een straf kan worden opgelegd.

De uithandengeving is alleen van toepassing op jongeren die zestien of zeventien jaar oud waren op het ogenblik dat ze de feiten gepleegd hebben. De leeftijd van de jongere op het tijdstip van de beslissing van de jeugdrechtbank is niet relevant. De uithandengeving kan ook bevolen worden als de jongere intussen de leeftijd van achttien jaar heeft bereikt.

De mogelijkheid voor de jeugdrechtbank om de zaak uit handen te geven en aldus de jongere te verwijzen naar de rechtbanken die het algemene strafrecht en het gewone strafprocesrecht toepassen, wordt behouden, maar de voorwaarden worden aangescherpt om beter aan te sluiten bij de algemene filosofie van de jeugdbescherming en om de uitsluiting van de jongere uit dit systeem alleen mogelijk te maken in geval van bewezen ontoereikendheid van de jeugdbeschermingsmaatregelen. Deze aanscherping van de voorwaarden is in overeenstemming met de aanbevelingen van de door Pierre Rans voorgezeten deskundigengroep.

De beide voorwaarden van artikel 57bis, § 1, eerste lid, van de wet van 8 april 1965 worden behouden, maar de eerste voorwaarde wordt aangescherpt en beide voorwaarden moeten cumulatief vervuld zijn om de uithandengeving mogelijk te maken. De jeugdrechtbank kan een zaak dus alleen uit handen geven, indien de jongere reeds wegens een eerder jeugddelict in een gesloten instelling of op een gesloten afdeling van een openbare instelling voor jeugdbescherming is opgenomen en indien het jeugddelict waarvan de jongere wordt beschuldigd een zwaarwichtig strafbaar feit is.

In § 1, tweede lid, worden bepaalde feiten overgenomen die thans in de wet van 8 april 1965 zijn geregeld: slagen en verwondingen met een kennelijk ongeneeslijke ziekte, blijvende arbeidsongeschiktheid, het verlies van een orgaan of een zware verminking tot gevolg, doodslag, moord, opzettelijke slagen en verwondingen die zonder het oogmerk te doden, toch de dood veroorzaken, aantasting van de seksuele integriteit met verzwarende omstandigheden, verkrachting, foltering, onmenselijke behandeling, diefstal met geweld of bedreiging met of poging tot een feit dat als doodslag kan worden aangemerkt in de zin van het Strafwetboek.

§ 1, derde lid, bepaalt dat uithandengeving ook mogelijk is zonder dat aan de eerder genoemde voorwaarden is voldaan, indien het gepleegde jeugddelict gekwalificeerd wordt als een ernstige schending van het internationale humanitaire recht of een terroristisch misdrijf waarop een correctionele hoofdgevangenisstraf van vijf tot tien jaar of een zwaardere straf zou staan indien gepleegd door een meerderjarige persoon. Of indien op het jeugddelict, indien gepleegd door een meerderjarig persoon, een gevangenisstraf van 20 jaar of een zware straf zou staan.

In § 1, vierde lid, wordt gepreciseerd dat de motivering van de uithandengeving in het bijzonder verband houdt met de persoonlijkheid van de jongere, zijn levenssituatie en zijn oordeelsvermogen.

Paragraaf 2 neemt de bepalingen over van artikel 57bis, § 2, van de wet van 8 april 1965 betreffende de noodzaak van het maatschappelijk onderzoek en het psychologisch of medisch onderzoek om de zaak uit handen te kunnen geven (eerste en tweede lid), alsook de situaties waarin de jeugdrechtbank van deze noodzaak kan afwijken (derde lid).

De paragrafen 3 en 6 van artikel 57bis van de wet van 8 april 1965 bevatten procedureregels die tot de federale bevoegdheid behoren en worden dus niet opgeheven.

Artikel 85

Dit artikel bepaalt het specifieke toepassingsgebied van hoofdstuk 6, afdeling 1. Deze afdeling is derhalve van toepassing op de erkenning van aanbieders van jeugdbijstand en jeugdbescherming. De erkenning van pleeggezinnen valt niet onder deze afdeling, omdat daarvoor bijzondere bepalingen gelden en die erkenning daarom in afdeling 2 wordt geregeld.

Artikel 86

Elke persoon die in het Duitse taalgebied hoofdzakelijk werkzaam is op het gebied van jeugdbijstand of jeugdbescherming moet daartoe door de overheid worden erkend. Dit artikel bepaalt de kadervoorwaarden voor de erkenning van die aanbieders van jeugdbijstand en jeugdbescherming. Deze hebben in het bijzonder betrekking op rechtspersoonlijkheid, kwalificaties, moreel gedrag, dienstenaanbod en infrastructuur.

Volgens dit artikel wordt het departement als erkend beschouwd.

Artikel 87

Dit artikel bevat de procedure voor de erkenning van aanbieders van jeugdbijstand en jeugdbescherming.

Overeenkomstig paragraaf 1 dient de natuurlijke persoon of rechtspersoon samen met zijn aanvraag de vereiste documenten in.

Aanbieders van jeugdbijstand en jeugdbescherming kunnen een erkenning aanvragen voor de uitvoering van ambulante, semi-residentiële of residentiële maatregelen of voor de gelijktijdige uitvoering van verschillende vormen van jeugdbijstand en jeugdbescherming.

Overeenkomstig paragraaf 2 geldt de erkenning voor zes jaar. De erkenning is niet overdraagbaar en kan worden verlengd.

Paragraaf 3 bepaalt dat een aanbieder van jeugdbijstand en jeugdbescherming uiterlijk drie maanden voordat de erkenning afloopt, een nieuwe aanvraag moet indienen. Die termijn is bedoeld om te voorkomen dat de lopende begeleiding en opvang moeten worden stopgezet omdat de erkenning van de aanbieder van jeugdbijstand en jeugdbescherming afgelopen is. Als wordt vastgesteld dat de informatie die tot erkenning heeft geleid, is gewijzigd en moet worden aangepast, moet een aanbieder van jeugdbijstand en jeugdbescherming ook een nieuwe aanvraag indienen.

Ten slotte voorziet paragraaf 4 in bepaalde machtigingen voor de Regering om het artikel uit te voeren.

Artikel 88

Dit artikel voorziet in de gelijkstelling van erkenningen van een aanbieder van jeugdbijstand en jeugdbescherming en van beroepskwalificaties die in een andere lidstaat van de Europese Unie of in een toetredingsland van de Europese Unie zijn afgegeven.

§ 1, eerste lid, van dit artikel betreft de vrijheid van vestiging. Het Europees Hof van Justitie (HvJ) definieert vestiging als "de daadwerkelijke uitoefening van een economische activiteit door middel van een vaste inrichting in een andere lidstaat", "op duurzame wijze".

Artikel 49 van het Verdrag betreffende de werking van de Europese Unie (VWEU) verbiedt beperkingen van de vrijheid van vestiging voor onderdanen van een EU-lidstaat in een andere lidstaat, alsmede de oprichting van agentschappen, vestigingen, dochterondernemingen of nevenvestigingen door deze onderdanen. EU-burgers en vennootschappen die overeenkomstig de wetgeving van een EU-lidstaat zijn opgericht en hun statutaire zetel, hoofdbestuur of hoofdvestiging binnen de EU hebben, hebben dus het recht zich in elke lidstaat van de Europese Unie te vestigen.

§ 1, tweede lid, van dit artikel betreft het vrije verkeer van werknemers (artikel 45 VWEU) en het vrij verrichten van diensten (artikel 56 VWEU). Het vrije verkeer van werknemers is een essentieel onderdeel van het recht van de Unie dat bindend is voor alle lidstaten van de EU. Iedere EU-burger heeft, ongeacht zijn woonplaats, de mogelijkheid om in een lidstaat waarvan hij geen onderdaan is werk te aanvaarden en te verrichten onder dezelfde voorwaarden als een onderdaan van die staat. Het vrij verrichten van diensten geeft aanbieders van industriële, commerciële, ambachtelijke en vrije beroepsactiviteiten vrije toegang tot de dienstenmarkten van alle lidstaten van de Europese Unie. Wanneer de aanbieder een beroep doet op het vrij verrichten van diensten, behoudt hij zijn vestiging in de lidstaat van oorsprong en verplaatst hij zich slechts tijdelijk naar de andere lidstaat.

§ 1, derde lid, van dit artikel machtigt de Regering de gelijkstellingsprocedure voor de erkenning vast te stellen.

§ 2, eerste lid, van dit artikel betreft de erkenning van beroepskwalificaties in de Europese Unie overeenkomstig de EU-richtlijn betreffende de erkenning van beroepskwalificaties (Richtlijn 2005/36/EG van het Europees Parlement en de Raad van 7 september 2005 betreffende de erkenning van beroepskwalificaties). De EU-richtlijn betreffende de erkenning van beroepskwalificaties bevat regels voor de wederzijdse erkenning van beroepskwalificaties voor gereguleerde beroepen. Personen die in een andere lidstaat of in een toetredingsland van de Europese Unie een beroepskwalificatie hebben verworven en dit met het oog op de toepassing van dit

ontwerp van decreet moeten aantonen, moeten eerst een erkenning van hun kwalificatie aanvragen. Een uitzondering geldt voor personen die in dienst zijn van een dienstverrichter die is gevestigd in een andere lidstaat van de Europese Unie of in een land dat is toegetreden tot een met de Europese Unie gesloten associatieovereenkomst (§ 2, tweede lid).

Art. 89

Dit artikel beschrijft de verplichtingen die moeten worden nagekomen om de erkenning te mogen behouden. Aanbieders van jeugdbijstand en jeugdbescherming moeten niet alleen de erkenningsvoorwaarden vermeld in artikel 86 hebben, maar onder meer ook deelnemen aan vakspecifieke bijscholingen en supervisies en samenwerken met het departement en de opdrachtgevende overheden.

De Regering is bevoegd om de verplichtingen te preciseren en verdere verplichtingen voor het behoud van de erkenning vast te leggen.

Art. 90

Dit artikel beschrijft de procedure voor de schorsing en de intrekking van de erkenning die van toepassing is wanneer niet langer wordt voldaan aan een of meer van de voorwaarden die aan die erkenning ten grondslag liggen.

Krachtens paragraaf 1 maant de Regering de aanbieder van jeugdbijstand en jeugdbescherming ertoe aan zijn verplichtingen na te komen. Indien de aanbieder van jeugdbijstand en jeugdbescherming die aanmaning naast zich neerlegt, wordt de erkenning door de Regering geschorst en/of ingetrokken.

Paragraaf 2 bepaalt dat de Regering de procedures vaststelt die in dit verband moeten worden gevolgd.

Overeenkomstig paragraaf 3 betekent de schorsing of de intrekkingprocedure dat geen nieuwe maatregelen inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming kunnen worden uitgevoerd. Deze maatregel heeft tot doel kinderen, jongeren en hun gezinnen te beschermen tegen de gevolgen van de niet-nakoming van de verplichtingen. Maatregelen inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming die reeds vóór de kennisgeving van de beslissing tot schorsing of vóór de inleiding van een intrekkingprocedure werden uitgevoerd, kunnen worden voortgezet. Dit moet voorkomen dat kinderen, jongeren en hun gezinnen een reeds lopende jeugdbijstandsmaatregel of jeugdbeschermingsmaatregel moeten afbreken.

Tijdens de schorsing of de intrekkingprocedure kunnen het departement of de gerechtelijke autoriteiten de uitvoering van lopende maatregelen inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming beëindigen indien dit bijdraagt tot de bescherming van de integriteit van het kind of de jongere.

Artikel 91

Dit artikel bepaalt dat het intrekken of het vervallen van de erkenning de beëindiging inhoudt van alle diensten die de betrokken jeugdbijstands- en jeugdbeschermingsaanbieder verricht, los van een vrijwillige beëindiging van de door hem verrichte diensten.

De Regering legt de desbetreffende procedure vast.

Artikel 92

Dit artikel bepaalt het specifieke toepassingsgebied van hoofdstuk 6, afdeling 2. Deze afdeling is dus van toepassing op de erkenning van pleeggezinnen.

Artikel 93

Elke natuurlijke persoon die krachtens dit ontwerp van decreet aan pleegzorg doet, moet daartoe door de Regering worden erkend. Dit artikel bepaalt de kadervoorwaarden voor de erkenning van pleeggezinnen. Die hebben in het bijzonder betrekking op het moreel gedrag en de levensomstandigheden.

Artikel 94

Dit artikel bepaalt de procedure voor de erkenning van pleeggezinnen.

Overeenkomstig paragraaf 1 moeten natuurlijke personen de voorbereiding op de pleegzorg hebben voltooid (zie de toelichting bij artikel 103).

Kandidaat-pleeggezinnen kunnen een erkenning aanvragen voor crisispleegzorg, langdurige pleegzorg of ondersteunende pleegzorg, of voor meerdere vormen van pleegzorg tegelijk.

Overeenkomstig paragraaf 2 geldt de erkenning voor zes jaar. De erkenning is niet overdraagbaar en moet worden verlengd.

Paragraaf 3 bepaalt dat een pleeggezin uiterlijk één maand voordat de erkenning afloopt, een aanvraag tot verlenging van de erkenning moet indienen. Deze termijn is bedoeld om te voorkomen dat een lopende pleegzorg wordt beëindigd, omdat het pleeggezin niet meer erkend is.

Ten slotte voorziet paragraaf 4 in bepaalde machtigingen voor de Regering om het artikel uit te voeren.

Artikel 95

In dit artikel worden de verplichtingen beschreven die pleeggezinnen moeten nakomen om hun erkenning te behouden, naast de erkenningsvoorwaarden vermeld in artikel 93 waaraan ze moeten voldoen. Deze zijn essentieel voor 'succesvolle' pleegzorgrelaties en optimale begeleiding en opvang van het pleegkind.

De Regering is bevoegd om nog andere verplichtingen voor het behoud van de erkenning op te leggen.

Artikel 96

Dit artikel beschrijft de procedure voor de schorsing en de intrekking van de erkenning die van toepassing is wanneer een of meer verplichtingen die aan die erkenning ten grondslag liggen, niet langer worden nagekomen.

Krachtens paragraaf 1 maant de Regering het pleeggezin aan zijn verplichtingen na te komen. Indien het pleeggezin die aanmaning in de wind slaat, wordt de erkenning door de Regering geschorst en/of ingetrokken.

Paragraaf 2 bepaalt dat de Regering de procedure vaststelt die in dit verband moet worden gevolgd.

Overeenkomstig paragraaf 3 kunnen het departement of de gerechtelijke autoriteiten de pleegzorg van het pleeggezin tijdens de schorsings- of intrekkingprocedure beëindigen. Deze maatregel heeft

tot doel de pleegkinderen te beschermen tegen de gevolgen van de niet-nakoming van de verplichtingen.

Artikel 97

Dit artikel bepaalt dat de intrekking of het verval van de erkenning tot gevolg heeft dat het betrokken pleeggezin alle pleegzorg beëindigt, onverminderd de vrijwillige beëindiging van de pleegzorg door het pleeggezin.

De Regering legt de desbetreffende procedure vast.

Artikel 98

Pleegkinderen die langdurige pleegzorg krijgen, hebben hun levensmiddelpunt in het pleeggezin. Zij worden ingeschreven in het gezin van de pleegouders, zij worden opgenomen in hun ziektekostenverzekering en de pleegouders krijgen kinderbijslag voor hen. De pleegouderkaart is bedoeld om pleegouders te helpen hun bijzondere statuut en dat van het pleegkind aan te tonen bij instanties en tijdens een verblijf in het buitenland. De pleegouderkaart is een document met een samenvatting van de pleegzorgrelatie, de rechtsgrondslag, de beslissende instantie, de duur van de erkenning en de toewijzing van de pleegkinderen aan de pleegouders. Voor elke pleegouder wordt een pleegouderkaart opgemaakt.

Artikel 99

Dit artikel bepaalt het maximumaantal kinderen dat tegelijkertijd door een pleeggezin voor crisisleegzorg of langdurige pleegzorg kan worden opgenomen. Overeenkomstig het eerste lid van dit artikel kan een pleeggezin hoogstens drie pleegkinderen hebben. Het doel van deze bepaling is te zorgen voor 'succesvolle' pleegzorgrelaties en een optimale begeleiding en opvang van de pleegkinderen, aangezien bij meer dan drie pleegkinderen het risico bestaat dat de pleegouders onvoldoende tijd hebben om hun taak ten aanzien van elk kind afzonderlijk naar behoren te vervullen.

Het tweede lid van dit artikel voorziet echter in de mogelijkheid om meer dan drie pleegkinderen tegelijk op te vangen, indien het departement na analyse van de situatie een positief advies uitbrengt. Dat moet het mogelijk maken flexibel te reageren op individuele situaties.

Artikel 100

Voor alle vormen van pleegzorg moeten de kandidaten deelnemen aan een voorbereiding op de pleegzorg. Die voorbereiding wordt georganiseerd door het departement.

Dit artikel bepaalt dat kandidaat-pleeggezinnen moeten deelnemen aan een eerste persoonlijk informatiesprek, voordat zij zich kunnen aanmelden voor de voorbereiding op de pleegzorg. In dat gesprek geeft het departement kandidaat-pleeggezinnen algemene informatie over pleegzorg, de voorbereiding en de erkenningsprocedure.

Artikel 101

Tijdens het in artikel 100 vermelde informatiesprek wordt aan de kandidaat-pleeggezinnen een vragenlijst overhandigd. Bedoeling is dat het departement via deze vragenlijst een aantal inlichtingen krijgt over de situatie, de motivatie en de persoonlijke ervaringen van de kandidaten, zodat het in een later stadium kan beoordelen of het pleegzorgproject al dan niet kan worden voortgezet.

Artikel 102

Dit artikel bepaalt dat het departement nagaat of de kandidaat-pleeggezinnen die zich willen laten inschrijven voor de voorbereiding, voldoen aan de erkenningsvoorwaarden vermeld in artikel 93.

Het tweede lid van dit artikel voorziet echter in de mogelijkheid dat kandidaten die een kind uit hun familie of kennissenkring willen opnemen, tot de voorbereiding worden toegelaten, ook al voldoen zij niet aan de in artikel 93 vermelde erkenningsvoorwaarden. Hiervoor is een positief advies van het departement nodig. Dat moet het mogelijk maken flexibel te reageren op individuele situaties. Voorbeeld: opgevangen worden door een oom, met wie het kind een nauwe band heeft opgebouwd, kan voor het kind een betere oplossing zijn dan opgevangen worden door een onbekende.

De Regering is bevoegd om de lijst vast te leggen van de documenten die kandidaat-pleeggezinnen moeten overleggen om zich aan te melden voor de voorbereiding.

Artikel 103

Pleegzorg wordt altijd voorafgegaan door een voorbereiding op de pleegzorg. Dit is meestal een voorbereidingsseminar dat door het departement wordt georganiseerd volgens het door de Regering vastgestelde programma. De voorbereiding op de pleegzorg bereidt de kandidaten voor op het opnemen van een pleegkind en geeft hen een opleiding omtrent opvang en begeleiding van pleegkinderen. Ze biedt kandidaat-pleeggezinnen de mogelijkheid om te ontdekken welke invloed het opnemen van een pleegkind concreet zou kunnen hebben op hun eigen leven en het leven van het kind. Het doel is de wens van de kandidaat-pleeggezinnen met hulp van deskundigen om te zetten in een realistisch en verantwoordelijk pleegzorgproject.

Artikel 104

Kandidaat-pleeggezinnen die een andere voorbereiding op pleegzorg in België of in het buitenland, of een voorbereiding voor een andere vorm van opnemning van kinderen, bijvoorbeeld adoptie, hebben voltooid, kunnen vragen om hun voorbereiding gelijk te stellen met de door het departement georganiseerde voorbereiding op de pleegzorg. Deze volledige of gedeeltelijke gelijkstelling geschiedt onder de voorwaarden die de Regering heeft bepaald.

Artikel 105

Dit artikel voorziet in de mogelijkheid om de overname van kosten voor jeugdbijstandsmaatregelen of jeugdbeschermingsmaatregelen, subsidies voor personeels- en werkingskosten voor de uitvoering van jeugdbijstandsmaatregelen en jeugdbeschermingsmaatregelen, de nadere regels daarvoor en een gedetailleerde beschrijving van de taken te regelen via overeenkomsten die de Regering sluit met erkende aanbieders van jeugdbijstand of jeugdbescherming.

De Regering is bevoegd om het kader en de verdere inhoud van de overeenkomsten vast te leggen.

Artikel 106

Dit artikel bepaalt dat de Regering overeenkomsten kan sluiten met een erkende aanbieder van jeugdbijstand of jeugdbescherming voor een periode van één tot zes jaar. Een overeenkomst kan echter worden verlengd, voor zover de erkenning van de betrokken aanbieder van jeugdbijstand of jeugdbescherming nog niet vervallen is.

Artikel 107

In het eerste lid wordt de Regering gemachtigd om erkende aanbieders van jeugdbijstand of jeugdbescherming subsidies te verstrekken voor de personeels- en werkingskosten voor de uitvoering van maatregelen op het gebied van jeugdbijstand en jeugdbescherming en de voorwaarden daarvoor te bepalen. In het kader van het ontwerp van decreet gelden de algemene beginselen van de wet van 16 mei 2003 tot vaststelling van de algemene bepalingen die gelden voor de begrotingen, de controle op de subsidies en voor de boekhouding van de gemeenschappen en de gewesten, alsook voor de organisatie van de controle door het Rekenhof (in het bijzonder de artikelen 11 tot 14) en de algemene beginselen van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap.

Het tweede lid van dit artikel bepaalt dat de Regering de kosten draagt van overeengekomen of bevolen maatregelen inzake jeugdbijstand of jeugdbescherming en de voorwaarden daarvoor vaststelt.

Artikel 108

In dit artikel wordt een algemene regel voor de controle van de subsidie ingevoerd. De verwijzing naar de wet van 16 mei 2003 tot vaststelling van de algemene bepalingen die gelden voor de begrotingen, de controle op de subsidies en voor de boekhouding van de gemeenschappen en de gewesten, alsook voor de organisatie van de controle door het Rekenhof zorgt ervoor dat het rechtskader voor de controle van de subsidie duidelijk is bepaald.

Artikel 109

De pleeggezinnen staan in voor de verzorging, de opvang en de opvoeding van de pleegkinderen en houden daarbij rekening met de voorschriften van het departement en de gerechtelijke autoriteiten. Daardoor ontstaan kosten die moeten worden gedekt door een forfaitaire vergoeding per dag: de pleegzorgvergoeding. De pleegzorgvergoeding is ook bedoeld om de te leveren inspanningen adequaat te compenseren.

Dit artikel regelt dus de uitbetaling van de pleegzorgvergoeding aan pleegzorgers.

De Regering is bevoegd het bedrag, de toekenningsvoorwaarden en de nadere regels voor de uitbetaling van de pleegzorgvergoeding vast te stellen.

Artikel 110

Dit artikel bepaalt dat onderhoudsplichtigen of jongvolwassenen tot bijdrage in de kosten van maatregelen inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming kunnen worden verplicht.

De onderhoudsplicht wordt geregeld in artikel 203 van het oude Burgerlijk Wetboek, dat als volgt luidt: "De ouders dienen naar evenredigheid van hun middelen te zorgen voor de huisvesting, het levensonderhoud, de gezondheid, het toezicht, de opvoeding, de opleiding en de ontplooiing van hun kinderen. Indien de opleiding niet voltooid is, loopt de verplichting door na de meerderjarigheid van het kind."

De Regering is gemachtigd om de voorwaarden en het bedrag van de kostenbijdrage vast te stellen, alsook de manier waarop die wordt berekend.

De Regering is ook bevoegd om te bepalen onder welke voorwaarden deze kostenbijdrage geheel of gedeeltelijk kan worden kwijtgescholden, indien de onderhoudsplichtigen of de jongvolwassenen niet de middelen hebben om die kosten te betalen.

Paragraaf 2 van dit artikel bepaalt op welke datum die kostenbijdrage in werking treedt. Het tweede lid bevat de voorwaarden voor de vaststelling van een kostenbijdrage wanneer de jeugdrechter voorlopige maatregelen beveelt.

Paragraaf 3 van dit artikel moet in samenhang met artikel 51.1 van het decreet van 25 mei 2009 betreffende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap worden gelezen. Dit artikel biedt de mogelijkheid om de FOD Financiën, die belast is met de inning en de invordering van niet-fiscale schuldvorderingen (algemene administratie Inning en Invordering), te belasten met de invordering van niet-fiscale schuldvorderingen (in dit geval de bijdrage in de kosten van de maatregelen inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming).

Artikel 111

Dit artikel bepaalt dat aanbieders van jeugdbijstand en jeugdbescherming, alsook dienstverrichters die kinderen, jongeren en jongvolwassenen ambulantly begeleiden in het kader van een zelfstandigheidsproject, een kostenvergoeding kunnen aanvragen om de kosten van levensonderhoud van deze kinderen, jongeren en jongvolwassenen te dekken.

De Regering is bevoegd om het volgende te bepalen: de voorwaarden voor de toekenning van deze kostenvergoeding, de wijze van financiering van deze kostenvergoeding, de voorwaarden en de nadere regels voor de aanvraag ervan.

Artikel 112

Dit artikel regelt de financiële ondersteuning van personen belast met de opvoeding van een kind dat of jongere die door het departement of in het kader van een jeugdbijstandsmaatregel of jeugdbeschermingsmaatregel wordt behandeld, opgevangen of begeleid.

Zo kunnen met toepassing van paragraaf 1 bepaalde specifieke uitgaven worden overgenomen. Het is bijvoorbeeld de bedoeling om bepaalde uitgaven op het gebied van cultuur, sport en school te dekken.

De Regering is bevoegd om het volgende te bepalen: de aard van de bijzondere onkosten, de voorwaarden en nadere regels voor de vergoeding ervan, alsook de voorwaarden en nadere regels voor de aanvraag van die vergoeding.

Paragraaf 2 voorziet in de mogelijkheid individuele financiële steun te verlenen aan personen belast met de opvoeding van een kind dat of jongere die zich in de residentiële opvang bevindt, teneinde het contact met hun kinderen in stand te houden en te bevorderen. Er kan bijvoorbeeld worden gedacht aan de vergoeding van reiskosten voor reizen om bezoekcontacten te onderhouden of voor reizen naar gesprekken met of namens het departement Jeugdbijstand.

De Regering is gemachtigd om het volgende te bepalen: de aard van de uitgaven, de voorwaarden en nadere regels voor de vergoeding en de voorwaarden en nadere regels voor de aanvraag.

Artikel 113

Dit artikel regelt de vergoeding van uitgaven van aanbieders van jeugdbijstand en jeugdbescherming, dienstverrichters en pleeggezinnen in het kader van residentiële en semi-residentiële maatregelen voor kinderen, jongeren en jongvolwassenen. Het idee is om bijvoorbeeld uitgaven voor gezondheidszorg, bijlessen, therapiekosten of uitgaven voor sport, school en cultuur te vergoeden.

De Regering is bevoegd om het volgende te bepalen: de aard van de uitgaven, de voorwaarden en nadere regels voor de vergoeding, alsook de voorwaarden en nadere regels voor de aanvraag van die vergoeding.

Artikel 114

Dit artikel regelt de financiële ondersteuning van kinderen in het kader van residentiële jeugdbijstandsmaatregelen. Het doel is hen te helpen zich in de maatschappij te integreren en op eigen benen te staan wanneer zij meerderjarig worden. Daartoe wordt voor hen tijdens de duur van de maatregel een bepaald bedrag gespaard, waarop zij vanaf hun 18e aanspraak kunnen maken. Het is niet de bedoeling financiële ondersteuning te verlenen in het kader van jeugdbeschermingsmaatregelen. Daarom zijn die bewust niet vermeld in dit artikel.

De Regering is gemachtigd om het bedrag, de toekenningsvoorwaarden en de nadere regels voor de uitbetaling van die financiële ondersteuning vast te stellen.

Artikel 115

Deze bepaling regelt de procedure in geval van een klacht tegen een ambtsverrichting of werkwijze van een natuurlijke persoon of rechtspersoon die belast is met de uitvoering van maatregelen inzake jeugdbijstand of jeugdbescherming, of tegen een ambtsverrichting of werkwijze van het departement.

In het eerste geval richten kinderen, jongeren, de personen belast met hun opvoeding of jongvolwassenen hun klacht schriftelijk aan de leiding van de rechtspersoon of aan de natuurlijke persoon zelf. Indien op initiatief van de persoon tegen wie de klacht is gericht tijdens een gesprek geen overeenstemming kan worden bereikt, kunnen de partijen een aanvraag indienen bij het hoofd van het departement om over de toedracht van de klacht te worden gehoord.

In het tweede geval richten kinderen, jongeren, personen belast met hun opvoeding of jongvolwassenen hun klacht schriftelijk aan het hoofd van het departement. Het hoofd van het departement hoort de indiener van de klacht en de persoon tegen wie de klacht is gericht over de toedracht van de klacht en tracht overeenstemming te bereiken.

De Regering stelt de procedure vast die in geval van een klacht moet worden gevolgd.

Artikel 116

Deze bepaling brengt, rekening houdend met andere wettelijke bepalingen, een evenwicht tot stand tussen de bescherming van persoonsgegevens en informatie die een persoon toevertrouwt aan een beroepsbeoefenaar die onder dit ontwerp van decreet valt, of informatie over de persoon waarvan de beroepsbeoefenaar bij het uitoefenen van zijn activiteit kennis krijgt, en de noodzaak voor belanghebbenden en autoriteiten om bepaalde informatie te delen teneinde de doelstellingen van de jeugdbijstand en de jeugdbescherming te bereiken.

Paragraaf 2 bevat de voorwaarden voor de doorgifte van vertrouwelijke informatie.

De bepaling onder 1° betreft de doorgifte van feiten aan andere beroepsbeoefenaren die onder het beroepsgeheim vallen om het doel van de jeugdbijstands- of jeugdbeschermingsmaatregel of van de adviesverlening te bereiken of om een mogelijk gevaar voor het kind of de jongere vast te stellen. In dit verband moet een van de beginselen van de AVG in acht worden genomen, namelijk dat gegevens moeten worden "beperkt tot hetgeen noodzakelijk is voor de doeleinden van de verwerking" (dataminimalisatie). Voor deze doorgifte van feiten is de toestemming van het betrokken kind of de

betrokken jongere en de personen belast met zijn opvoeding vereist, tenzij de integriteit van het kind of de jongere daardoor in het gedrang komt. Dit is bijvoorbeeld het geval wanneer het kind door een ouder is misbruikt en de toestemming van de betrokken ouder derhalve niet volstaat om de integriteit van het kind te beschermen.

De bepaling onder 2° voorziet in het geval waarin beroepsbeoefenaren krachtens het Strafwetboek de opdracht krijgen bepaalde meldingen te doen aan de procureur des Konings:

1. Artikel 458 van het Strafwetboek: "Geneesheren, heekundigen, officieren van gezondheid, apothekers, vroedvrouwen en alle andere personen die uit hoofde van hun staat of beroep kennis dragen van geheimen die hun zijn toevertrouwd, en deze bekendmaken buiten het geval dat zij geroepen worden om in rechte of voor een parlementaire onderzoekscommissie getuigenis af te leggen en buiten het geval dat de wet, het decreet of de ordonnantie hen verplicht of toelaat die geheimen bekend te maken, worden gestraft met gevangenisstraf van een jaar tot drie jaar en een geldboete van honderd euro tot duizend euro of met een van die straffen alleen."
2. Artikel 458bis van het Strafwetboek: "Eenieder, die uit hoofde van zijn staat of beroep houder is van geheimen en hierdoor kennis heeft zoals omschreven in de artikelen 417/7 tot 417/22, 417/24 tot 417/38, 417/44 tot 417/47, 417/56, 433quater/1 en 433quater/4, 392 tot 394, 396 tot 405ter, 409, 423, 425, 426 en 433quinquies, gepleegd op een minderjarige of op een persoon die kwetsbaar is ten gevolge van zijn leeftijd, zwangerschap, partnergeweld, gebruiken van geweld, gepleegd omwille van culturele drijfveren, gewoontes, tradities, religie of de zogenaamde "eer", een ziekte dan wel een lichamelijk of geestelijk gebrek of onvolwaardigheid kan, onverminderd de verplichtingen hem opgelegd door artikel 422bis, het misdrijf ter kennis brengen van de procureur des Konings, hetzij wanneer er een ernstig en dreigend gevaar bestaat voor de fysieke of psychische integriteit van de minderjarige of de bedoelde kwetsbare persoon en hij deze integriteit niet zelf of met hulp van anderen kan beschermen, hetzij wanneer er aanwijzingen zijn van een gewichtig en reëel gevaar dat andere minderjarigen of bedoelde kwetsbare personen het slachtoffer worden van de in voormelde artikelen bedoelde misdrijven en hij deze integriteit niet zelf of met hulp van anderen kan beschermen."
3. Art. 422bis van het Strafwetboek: "Met gevangenisstraf van acht dagen tot een jaar en met geldboete van vijftig euro tot vijfhonderd euro of met een van die straffen alleen wordt gestraft hij die verzuimt hulp te verlenen of te verschaffen aan iemand die in groot gevaar verkeert, hetzij hij zelf diens toestand heeft vastgesteld, hetzij die toestand hem is beschreven door degenen die zijn hulp inroepen.
Voor het misdrijf is vereist dat de verzuimer kon helpen zonder ernstig gevaar voor zichzelf of voor anderen. Heeft de verzuimer niet persoonlijk het gevaar vastgesteld waarin de hulpbehoevende verkeerde, dan kan hij niet worden gestraft, indien hij op grond van de omstandigheden waarin hij werd verzocht te helpen, kon geloven dat het verzoek niet ernstig was of dat er gevaar aan verbonden was. [...]".

Aangezien het in die gevallen gaat om een mogelijkheid om vertrouwelijke feiten door te geven en niet om een verplichting om het beroepsgeheim te breken, moet de beroepsbeoefenaar zorgvuldig afwegen welke informatie hij in dit verband bekendmaakt.

De bepalingen onder 3° en 4° voorzien onder bepaalde voorwaarden in de doorgifte van feiten voor administratieve doeleinden.

De bepaling onder 5° regelt het geval van werk waartoe opdracht is gegeven. In dat geval moet de beroepsbeoefenaar de van hem verlangde informatie doorgeven aan zijn opdrachtgever. Ook hier moet het beginsel van dataminimalisatie in acht worden genomen. Een voorwaarde voor de doorgifte van vertrouwelijke feiten is dat de persoon op wie het maatschappelijk onderzoek of het verslag betrekking heeft, vooraf op de hoogte wordt gebracht van de verplichte doorgifte.

In paragraaf 3 wordt het beginsel verankerd dat persoonlijke schriftelijke documenten alleen voor de beoogde doelen en met toestemming van de auteur mogen worden doorgegeven en dat deze documenten niet verder mogen worden verwerkt op een wijze die onverenigbaar is met die doelen.

Artikel 117

Dit artikel bepaalt onder welke voorwaarden betrokkenen inzage kunnen krijgen in een dossier van het departement Jeugdbijstand. In dat verband is het decreet van 16 oktober 1995 betreffende de openbaarheid van de bestuursdocumenten van toepassing.

Artikel 3 van dat decreet bepaalt: "Het recht op het raadplegen van een bestuursdocument en op het ontvangen van een afschrift ervan bestaat erin dat eenieder, volgens de voorwaarden bepaald in dit decreet, een bestuursdocument ter plaatse kan inzien, dienomtrent uitleg kan krijgen en mededeling in afschrift ervan kan ontvangen. [...]

Wanneer het om een bestuursdocument gaat dat een beoordeling of een waardeoordeel bevat van een met naam genoemd of gemakkelijk identificeerbaar persoon of de beschrijving van een gedrag waarvan het ruchtbaar maken aan die persoon kennelijk nadeel kan berokkenen, moet de verzoeker van een persoonlijk en direct belang m.b.t. het document schriftelijk doen blijken."

Paragraaf 1, tweede lid, van dit artikel bevat aanvullende mogelijkheden voor het departement om een verzoek om inzage, toelichting of afschrift van een bestuursdocument te weigeren, naast de §§ 1, 2 en 3 van artikel 5 van het decreet van 16 oktober 1995. Dat is het geval wanneer:

- de openbaarmaking van het bestuursdocument in strijd is met de integriteit van derden of met de integriteit van het kind, de jongere of de persoon belast met de opvoeding die door de jeugdbijstandsmaatregel of beschermingsmaatregel getroffen is of met de integriteit van de jongvolwassene op wie de adviesverlening betrekking heeft;
- de openbaarmaking van het bestuursdocument indruist tegen het doel van de toegekende jeugdbijstandsmaatregel of jeugdbeschermingsmaatregel;
- de openbaarmaking van het bestuursdocument de resultaten in gevaar brengt die met de jeugdbijstandsmaatregel of jeugdbeschermingsmaatregel worden beoogd;
- of indien dit bestuursdocument betrekking heeft op psychologische of medische adviezen of vertrouwelijke documenten die de gerechtelijke autoriteiten aan het departement hebben toegezonden.

De Regering wordt gemachtigd om nog andere nadere regels voor de inzageprocedure te bepalen, alsook om de beroepsprocedure in geval van een afgewezen aanvraag te bepalen.

Artikel 55 van de wet van 8 april 1965 is van toepassing op de inzage van gerechtelijke dossiers.

Art. 118

Tenzij bij wet of decreet anders is bepaald, moeten alle personen die bij de uitvoering van het ontwerp van decreet betrokken zijn, de gegevens die hun bij de uitoefening van hun opdracht worden toevertrouwd, overeenkomstig de Algemene Verordening Gegevensbescherming vertrouwelijk behandelen.

Artikel 119

Door dit artikel wordt voor het departement Jeugdbijstand en het departement Justitiehuis van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap de mogelijkheid gecreëerd om samen te werken bij bemiddelingen, wanneer zowel meerderjarige als minderjarige verdachten bij een strafdossier betrokken zijn. Dit moet voorkomen dat een slachtoffer bij twee verschillende diensten gesprekken

moet bijwonen om dezelfde aangelegenheid te regelen. Daartoe moeten duidelijke afspraken worden gemaakt tussen de departementen en moeten de procedures worden vastgelegd.

Er wordt vastgesteld dat er op justitieel niveau momenteel verschillende trajecten zijn in een strafrechtelijk verwijzingsdossier voor meerderjarige en minderjarige verdachten. Bij meerderjarigen wordt de bemiddeling bevolen door het openbaar ministerie, bij minderjarigen door het openbaar ministerie of door de jeugdrechtbank.

Wanneer zowel een minderjarige als een meerderjarige verdachte bij een strafdossier betrokken is, zullen bovendien twee verschillende openbare aanklagers het dossier behandelen: één voor de vervolging van de meerderjarige en één voor die van de minderjarige. Dit kan ertoe leiden dat een dossier op verschillende tijdstippen naar bemiddeling gaat. Voorts kan het gebeuren dat slechts aan één van de verdachten, aan de meerderjarige of aan de minderjarige, bemiddeling wordt voorgesteld.

Indien de beslissing over het verdere verloop van de procedure echter gezamenlijk zou worden genomen, zou zowel aan de meerderjarige als aan de minderjarige tegelijk bemiddeling kunnen worden voorgesteld en zouden beide departementen een gezamenlijke bemiddelingsopdracht kunnen krijgen. Hierdoor zou ook een gezamenlijke bemiddeling kunnen plaatsvinden.

Om dit mogelijk te maken, is in dit ontwerp van decreet de inhoud van de bemiddeling aangepast aan de procedures van artikel 216ter van het Wetboek van Strafvordering. Bovendien werd de mogelijkheid gecreëerd om de jongere, naast bemiddeling, bepaalde voorwaarden voor te stellen, zoals prestaties van opvoedkundige aard en van algemeen nut.

Daarom bepaalt dit artikel de inhoud en de voorwaarden voor de samenwerking tussen het departement Jeugdbijstand en het departement Justitiehuis. De samenwerking omvat het eerste contact met het slachtoffer om een gezamenlijk bemiddelingsgesprek voor te stellen, alsook de uitvoering van de gezamenlijke bemiddeling. De Regering bepaalt de verdere nadere regels voor die samenwerking, alsook de procedure.

Art. 120

Dit artikel bepaalt wie verwerkingsverantwoordelijke of verwerker van persoonsgegevens is.

Dit artikel biedt de Regering, de procureur des Konings, de jeugdrechter, de jeugdrechtbank, de aanbieders van jeugdbijstand en jeugdbescherming, de dienstverrichters en de pleeggezinnen de mogelijkheid om bij de uitvoering van hun decretale opdrachten persoonsgegevens te verwerken. In paragraaf 2 wordt gepreciseerd dat zij, in de zin van artikel 4, lid 7, van de Algemene Verordening Gegevensbescherming, verantwoordelijk zijn voor de gegevens die zij verzamelen en voor de verwerking ervan.

In paragraaf 3 wordt gepreciseerd dat de bemiddelaar uitsluitend persoonsgegevens verwerkt in opdracht van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap, in de zin van artikel 4, lid 8, van de Algemene Verordening Gegevensbescherming.

De gegevensverwerking geschiedt met inachtneming van de Algemene Verordening Gegevensbescherming.

Art. 121

Het is de taak van de decreetgever om de te verzamelen en te verwerken gegevens zo niet in detail te beschrijven, dan toch minstens de categorieën van gegevens te vermelden die worden verwerkt door de Regering, de procureur des Konings, de jeugdrechter, de jeugdrechtbank, de aanbieders van

jeugdbijstand en jeugdbescherming, de dienstverrichters, de pleeggezinnen en de bemiddelaar. Het doel is om een transparante en voorspelbare basis voor deze gegevenscategorieën te creëren.

De verwerking van de gevoelige gegevens vermeld in 9° mag overeenkomstig artikel 9 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming bij decreet worden geregeld.

Een meer gedetailleerde uitsplitsing van de gegevenscategorieën kan door de Regering worden gemaakt.

Artikel 122

Dit artikel regelt de duur van de verwerking van de verzamelde gegevens.

Artikel 123

Dit artikel machtigt de Regering om veiligheidsmaatregelen voor de verwerking van gegevens vast te stellen.

Artikel 124

Dit artikel bepaalt welke straffen kunnen worden opgelegd indien een persoon een door dit ontwerp van decreet geregelde activiteit uitoefent zonder over de daartoe vereiste erkenning te beschikken.

Artikelen 125 tot 166

Deze artikelen regelen de wijziging van de bepalingen van de wet van 8 april 1965 die voortaan door dit ontwerp van decreet worden geregeld en de wijziging van de bepalingen van het decreet van 9 mei 1988 betreffende het Fonds voor bijzondere hulp aan kinderen en jongeren die ervoor moeten zorgen dat het Fonds over inkomsten kan beschikken en kosten kan overnemen die in het kader van dit ontwerp van decreet worden bepaald.

Artikel 167

Bij dit artikel wordt het decreet van 19 mei 2008 over de jeugdbijstand en houdende omzetting van maatregelen inzake jeugdbescherming opgeheven; dat decreet wordt bij dit ontwerp van decreet vervangen.

Artikelen 168 tot 173

Deze artikelen voorzien in overgangsbepalingen voor aanbieders die erkend zijn met toepassing van artikel 22 van het decreet van 19 mei 2008 over de jeugdbijstand en houdende omzetting van maatregelen inzake jeugdbescherming en die een erkenning hebben verkregen vóór de inwerkingtreding van dit ontwerpdecreet.

Deze artikelen bevatten ook overgangsbepalingen voor zaken die, op het ogenblik van de inwerkingtreding van dit ontwerp van decreet, in behandeling waren bij de jeugdrechter of de jeugdrechtbank overeenkomstig de wet van 8 april 1965.

Artikel 174 – Inwerkingtreding

Dit artikel bepaalt wanneer het ontwerp van decreet in werking treedt. Dat treedt in werking op 1 januari 2024.

De Viceminister-President,
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,
Ruimtelijke Ordening en Huisvesting
A. ANTONIADIS

VOORONTWERP

Voorontwerp van decreet inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming

HOOFDSTUK 1 – ALGEMENE BEPALINGEN

Afdeling 1 – Inleidende bepalingen

Artikel 1 – Algemeen toepassingsgebied

De bepalingen van dit decreet zijn van toepassing op:

1° kinderen wier integriteit, gezonde ontwikkeling, opvoeding of maatschappelijke participatie in gevaar is door hun eigen gedrag, het gedrag van de personen belast met hun opvoeding, het gedrag van derden, hun levensomstandigheden, relatieconflicten of bijzondere gebeurtenissen;

2° jongvolwassenen die advies en oriëntatie nodig hebben op hun weg naar zelfstandigheid;

3° verdachte of delinquente jongeren;

4° personen belast met de opvoeding die het moeilijk hebben om de integriteit, gezonde ontwikkeling, opvoeding of maatschappelijke participatie van hun kind te waarborgen;

5° aanbieders van jeugdbijstand en jeugdbescherming, dienstverrichters en pleeggezinnen die in het kader van dit decreet belast zijn met de uitvoering van de maatregelen inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming;

6° de procureur des Konings, de jeugdrechter of de jeugdrechtbank die in het kader van dit decreet maatregelen inzake jeugdbijstand of jeugdbescherming voorstellen of bevelen.

Art. 2 – Hoedanigheden

De verwijzingen naar personen in dit decreet gelden voor alle geslachten.

Art. 3 – Definities

Voor de toepassing van dit decreet wordt verstaan onder:

1° crisispleegzorg: kortdurende opname van een kind of jongere in een pleeggezin voor crisispleegzorg;

2° pleeggezin voor crisispleegzorg: overeenkomstig artikel 94 erkend pleeggezin dat opdracht kan krijgen crisispleegzorg te verlenen;

3° Algemene Verordening Gegevensbescherming: de Verordening (EU) 2016/679 van het Europees Parlement en de Raad van 27 april 2016 betreffende de bescherming van natuurlijke personen in verband met de verwerking van persoonsgegevens en betreffende het vrije verkeer van die gegevens en tot intrekking van Richtlijn 95/46/EG (algemene verordening gegevensbescherming);

4° decreet van 16 oktober 1995: het decreet van 16 oktober 1995 betreffende de openbaarheid van de bestuursdocumenten;

5° dienstverrichter: natuurlijke persoon of rechtspersoon die niet primair in de jeugdbijstand en de jeugdbescherming werkzaam is en die de opdracht kan krijgen maatregelen inzake jeugdbijstand of jeugdbescherming uit te voeren;

6° consensuele jeugdbijstand: gespecialiseerde hulp die het departement uitwerkt in overleg met het kind dat het vereiste beoordelingsvermogen bezit of ten minste twaalf jaar oud is en de personen belast met zijn opvoeding of met de jongvolwassene;

7° persoon belast met de opvoeding: natuurlijke persoon die op basis van de wet of een rechterlijke beslissing het ouderlijk gezag over het kind of de jongere uitoefent, de voogd van het kind of de jongere en de overeenkomstig artikel 34 van de wet van 8 april 1965 aangewezen persoon;

8° departement: het departement van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap dat bevoegd is voor Jeugdbijstand en Jeugdbescherming;

9° het in gevaar brengen: reeds opgetreden of te verwachten schending van de integriteit van het kind door zijn eigen gedrag, het gedrag van de personen belast met zijn opvoeding, het gedrag van derden, zijn levensomstandigheden, relatieconflicten of bijzondere gebeurtenissen;

10° gerechtelijke jeugdbijstand: de gespecialiseerde hulp die wordt bevolen door de jeugdrechter of de jeugdrechtbank;

11° wet van 8 april 1965: wet van 8 april 1965 betreffende de jeugdbescherming, het ten laste nemen van minderjarigen die een als misdrijf omschreven feit hebben gepleegd en het herstel van de door dit feit veroorzaakte schade;

12° gewone leefomgeving: plaats waar zich het levensmiddelpunt van de natuurlijke persoon bevindt;

13° integriteit: de fysieke, psychische en morele integriteit;

14° jeugdbijstand: de gespecialiseerde hulp aan het kind en de personen belast met zijn opvoeding. Jeugdbijstand omvat de consensuele jeugdbijstand en de gerechtelijke jeugdbijstand;

15° aanbieder van jeugdbijstand: overeenkomstig artikel 87 erkende natuurlijke persoon of rechtspersoon die opdracht kan krijgen om jeugdbijstandsmaatregelen uit te voeren;

16° jeugdbijstandsmaatregelen: maatregelen die worden overeengekomen of worden bevolen in het kader van de consensuele of gerechtelijke jeugdbijstand;

17° jongere: verdachte of delinquente jongere;

18° jeugdbescherming: optreden van de procureur des Konings, de jeugdrechter of de jeugdrechtbank ten aanzien van jongeren;

19° aanbieder van jeugdbescherming: overeenkomstig artikel 87 erkende natuurlijke persoon of rechtspersoon die opdracht kan krijgen om jeugdbeschermingsmaatregelen uit te voeren;

20° jeugdbeschermingsmaatregelen: maatregelen die worden voorgesteld of bevolen in het kader van de jeugdbescherming;

21° jeugddelict: een als misdrijf omschreven feit dat een natuurlijke persoon vóór de leeftijd van 18 jaar heeft gepleegd;

22° jongvolwassene: elke natuurlijke persoon van 18 tot 21 jaar die zijn woonplaats heeft in het Duitse taalgebied en overeenkomstig artikel 50 of artikel 75 een verlenging van de begeleiding aanvraagt of overeenkomstig artikel 28 een beroep doet op adviesverlening in het kader van de consensuele jeugdbijstand;

23° justitiehuis: het departement van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap dat bevoegd is voor het justitiehuis;

24° kind: elke natuurlijke persoon tot 18 jaar die wordt begeleid in het kader van de jeugdbijstand;

25° langdurige pleegzorg: langdurige opname van een kind of jongere in een pleeggezin voor langdurige pleegzorg;

26° pleeggezin voor langdurige pleegzorg: overeenkomstig artikel 94 erkend pleeggezin dat opdracht kan krijgen langdurige pleegzorg te verlenen;

27° slachtoffer: natuurlijke persoon die als direct of indirect gevolg van een jeugddelict fysieke, psychische of morele schade of economisch verlies heeft geleden of rechtspersoon die als direct of indirect gevolg van een jeugddelict economisch verlies heeft geleden;

28° pleegzorg: residentiële of semi-residentiële jeugdbijstandsmaatregel of jeugdbeschermingsmaatregel die de crisispleegzorg, de langdurige pleegzorg en de ondersteunende pleegzorg omvat;

29° pleeggezin: pleeggezin voor crisispleegzorg, pleeggezin voor langdurige pleegzorg of pleeggezin voor ondersteunende pleegzorg;

30° delinquente jongere: natuurlijke persoon die definitief voor een jeugddelict veroordeeld is;

31° verdachte jongere: natuurlijke persoon die ervan wordt verdacht een jeugddelict te hebben gepleegd;

32° ondersteunende pleegzorg: occasionele opvang van een kind of jongere door een pleeggezin voor ondersteunende pleegzorg;

33° pleeggezin voor ondersteunende pleegzorg: overeenkomstig artikel 94 erkend pleeggezin dat opdracht kan krijgen ondersteunende pleegzorg te verlenen;

34° bemiddeling: gesprekken tussen de verdachte jongere, de personen belast met zijn opvoeding en het slachtoffer van het feit die het mogelijk moeten maken om gezamenlijk en met de hulp van een onpartijdige bemiddelaar tot een vergelijk te komen, in het bijzonder over de relationele en materiële gevolgen van een jeugddelict.

35° vertrouwde personen: natuurlijke personen met wie het kind of de jongere een sociale of affectieve band heeft, zonder dat er sprake is van een familieband;

36° ZBGA: de centrale autoriteit van de Gemeenschap inzake adoptie vermeld in artikel 6 van het decreet van 27 april 2020 betreffende de adoptie van kinderen die in het kader van dit decreet opdracht kan geven om residentiële opvang te bieden.

Afdeling 2 – Rechten van het kind, de jongere en de personen belast met de opvoeding

Art. 4 – Rechten

Elke natuurlijke persoon of rechtspersoon die bij de uitvoering van dit decreet betrokken is, eerbiedigt de rechten van het kind en de jongere, in het bijzonder de rechten die worden opgesomd in de Grondwet en in het Verdrag van 20 november 1989 inzake de rechten van het kind. In het bijzonder wordt het volgende gewaarborgd:

1° elke natuurlijke persoon of rechtspersoon die bij de uitvoering van dit decreet betrokken is, geeft voorrang aan de behoeften van het kind en de jongere. Die worden vastgelegd in overleg met het kind of de jongere en, voor zover mogelijk, in overleg met de personen belast met zijn opvoeding;

2° onverminderd de procedurebepalingen van de wet van 8 april 1965 hebben het kind en de jongere in het kader van dit decreet het recht zich vrij te uiten over alle beslissingen die hen aangaan. Met hun mening moet rekening worden gehouden overeenkomstig hun leeftijd en hun beoordelingsvermogen;

3° elke natuurlijke persoon of rechtspersoon die bij de uitvoering van dit decreet betrokken is, eerbiedigt de rechten van het kind en de jongere zonder enige discriminatie, in het bijzonder zonder enige discriminatie op grond van een van de beschermde criteria vermeld in artikel 2 van het decreet van 19 maart 2012 betreffende de bestrijding van bepaalde vormen van discriminatie;

4° tenzij de jeugdrechter of de jeugdrechtbank anders beslist of tenzij dit in strijd is met de integriteit van het kind of de jongere, hebben het kind en de jongere het recht zich in hun contacten met de bij de uitvoering van dit decreet betrokken natuurlijke personen of rechtspersonen te laten begeleiden door een persoon van hun keuze;

5° het kind en de jongere hebben recht op voldoende en begrijpelijke informatie over jeugdbijstand en jeugdbescherming en alle daarmee verband houdende beslissingen die hen aangaan. De communicatie met het kind en de jongere verloopt in begrijpelijke taal die past bij hun leeftijd en hun beoordelingsvermogen.

Art. 5 – Voorrang aan ambulante en semi-residentiële maatregelen

§ 1 – Jeugdbijstandsmaatregelen en jeugdbeschermingsmaatregelen zijn in de eerste plaats bedoeld om de ontwikkeling en opvoeding van het kind of de jongere in zijn gewone leefomgeving te bevorderen. In dat verband verdienen ambulante en semi-residentiële maatregelen de voorkeur boven residentiële maatregelen.

Residentiële behandeling of opvang wordt verleend op basis van een gemotiveerde beslissing.

§ 2 – In het kader van een jeugdbijstandsmaatregel kan residentiële behandeling of opvang uitsluitend worden gerechtvaardigd door het feit dat de personen belast met de opvoeding niet bereid

of in staat zijn de integriteit, de gezonde ontwikkeling, de opvoeding of de maatschappelijke participatie van het kind met behulp van ambulante of semi-residentiële maatregelen te waarborgen.

In het kader van een jeugdbeschermingsmaatregel is residentiële behandeling of opvang in een gesloten vorm van residentiële behandeling of opvang, dan wel in een gesloten afdeling van een openbare instelling voor jeugdbescherming alleen toegestaan ter bescherming van de samenleving of ter bescherming van de integriteit van de jongere gedurende een beperkte periode.

§ 3 – In het geval van een residentiële maatregel wordt erop gelet dat het recht op regelmatig rechtstreeks contact met de personen belast met de opvoeding, broers en zussen en vertrouwde personen gevrijwaard wordt, tenzij de integriteit van het kind of de jongere daardoor in het gedrang komt. Met inachtneming van de in artikel 4, 1°, vermelde behoeften van het kind of de jongere wordt in het kader van de balansgesprekken vermeld in de artikelen 33, 41, 51 en 67 regelmatig nagegaan of de residentiële maatregel noodzakelijk is.

Voor zover dit mogelijk is en niet in strijd is met de integriteit van het kind, wordt met toepassing van artikel 387septiesdecies van het oud Burgerlijk Wetboek ervoor gezorgd dat het kind bij een residentiële jeugdbijstandsmaatregel niet van zijn broers en zussen wordt gescheiden.

Art. 6 – Rechten en plichten van de personen belast met de opvoeding

Elke natuurlijke persoon of rechtspersoon die bij de uitvoering van dit decreet betrokken is, zorgt ervoor dat de rechten en plichten van de personen belast met de opvoeding worden gerespecteerd en bevorderd. De personen belast met de opvoeding en andere verwante of vertrouwde personen van het kind of de jongere worden zoveel mogelijk actief betrokken bij alle jeugdbijstandsmaatregelen en jeugdbeschermingsmaatregelen.

Afdeling 3– Doel van de jeugdbijstand en de jeugdbescherming

Art. 7 – Doel van de jeugdbijstand

Het hoofddoel van de jeugdbijstand is ervoor te zorgen dat het kind een aan zijn leeftijd aangepast en menswaardig leven kan leiden en dat zijn gezonde ontwikkeling, opvoeding en maatschappelijke participatie zo goed mogelijk wordt bevorderd. Voorts heeft jeugdbijstand tot doel het gezin als hoeksteen van de samenleving en als natuurlijke omgeving voor de ontwikkeling van het kind te ondersteunen. Ze biedt het kind bescherming en bijstand om zijn zelfbewustzijn en zijn integratie in de maatschappij, op school en eventueel in het beroepsleven te versterken en biedt jongvolwassenen advies op hun weg naar zelfstandigheid.

Art. 8 – Doel van de jeugdbescherming

Het hoofddoel van de jeugdbescherming is de opvoeding, sociale re-integratie, persoonlijke verantwoordelijkheid en gezonde ontwikkeling van de jongere te bevorderen en de samenleving te beschermen. Jeugdbescherming heeft tot doel de jongere bewust te maken van de gevolgen van zijn daden en zo herhaling te voorkomen.

Afdeling 4 – Vormen van jeugdbijstandmaatregelen en jeugdbeschermingsmaatregelen

Art. 9 – Ambulante maatregelen

Ambulante maatregelen omvatten de niet-residentiële of niet-semi-residentiële opvang of

begeleiding van het kind, de jongere of de personen belast met de opvoeding.

Ambulante maatregelen hebben in het bijzonder een of meer van de volgende doeleinden:

- 1° de gezonde ontwikkeling van het kind of de jongere bevorderen;
- 2° het kind, de jongere of de personen belast met de opvoeding ondersteunen bij het oplossen en beheersen van individuele en gezinsgerelateerde relatieconflicten en crisissen en de onderliggende factoren;
- 3° de relatie tussen het kind of de jongere en de personen belast met de opvoeding versterken;
- 4° de opvoedingscompetenties van de personen belast met de opvoeding bevorderen en de personen belast met de opvoeding ondersteunen bij hun opvoedingstaken, om de opvoedingsomstandigheden van het kind of de jongere te verbeteren;
- 5° het kind of de jongere helpen om te gaan met alledaagse problemen, ontwikkelingsproblemen en gedragsproblemen;
- 6° het kind of de jongere ondersteunen bij zijn integratie in de maatschappij, op school en eventueel in het beroepsleven;
- 7° het kind of de jongere stimuleren om zijn verantwoordelijkheid op te nemen en zelfstandig te worden.

De Regering kan de nadere regels en de verdere doeleinden van de ambulante maatregelen vermeld in het eerste lid bepalen, voor zover die de kwaliteit van de jeugdbijstand of de jeugdbescherming kunnen verbeteren.

Art. 10 – Semi-residentiële maatregelen

Semi-residentiële maatregelen omvatten de behandeling, opvang of begeleiding van het kind, de jongere of de personen belast met de opvoeding in een vorm van residentiële opvang of in een pleeggezin voor ondersteunende pleegzorg, overdag en zo nodig 's nachts. Gedurende de semi-residentiële maatregel bevindt de gewone leefomgeving van het kind, de jongere of de personen belast met de opvoeding zich buiten de vorm van residentiële opvang of het pleeggezin voor ondersteunende pleegzorg.

Semi-residentiële maatregelen hebben in het bijzonder een of meer van de volgende doeleinden:

- 1° de gezonde ontwikkeling van het kind of de jongere bevorderen;
- 2° het kind of de jongere helpen om te gaan met alledaagse problemen, ontwikkelingsproblemen en gedragsproblemen;
- 3° het kind of de jongere ondersteunen bij zijn integratie in de maatschappij, op school en eventueel in het beroepsleven;
- 4° de druk op het kind, de jongere, de personen belast met de opvoeding en de hele gezinssituatie verlichten;
- 5° de relatie tussen het kind of de jongere en de personen belast met de opvoeding versterken;
- 6° het kind of de jongere stimuleren om zijn verantwoordelijkheid op te nemen en zelfstandig te worden.

De Regering kan de nadere regels en de verdere doeleinden van de semi-residentiële maatregelen vermeld in het eerste lid bepalen, voor zover die de kwaliteit van de jeugdbijstand of de jeugdbescherming kunnen verbeteren.

Art. 11 – Residentiële maatregelen

Residentiële maatregelen omvatten de behandeling, opvang of begeleiding van het kind, de jongere of de personen belast met de opvoeding in een vorm van residentiële opvang of in een pleeggezin voor crisisleegzorg of langdurige pleegzorg, overdag en 's nachts. Gedurende de residentiële maatregel bevindt de gewone leefomgeving van het kind of de jongere zich in de vorm van residentiële opvang

of in het pleeggezin dat crisispleegzorg of langdurige pleegzorg biedt.

Residentiële maatregelen hebben in het bijzonder een of meer van de volgende doeleinden:

- 1° de gezonde ontwikkeling van het kind of de jongere bevorderen;
- 2° het kind of de jongere helpen om te gaan met alledaagse problemen, ontwikkelingsproblemen en gedragsproblemen;
- 3° het kind of de jongere ondersteunen bij zijn integratie in de maatschappij, op school en eventueel in het beroepsleven;
- 4° de relatie tussen het kind of de jongere en de personen belast met de opvoeding versterken;
- 5° het kind of de jongere stimuleren om zijn verantwoordelijkheid op te nemen en zelfstandig te worden.

De Regering kan de nadere regels en de verdere doeleinden van de residentiële maatregelen vermeld in het eerste lid bepalen, voor zover die de kwaliteit van de jeugdbijstand of de jeugdbescherming kunnen verbeteren.

Art. 12 – In aanmerking te nemen factoren

§ 1 – Bij het plannen, voorstellen of bevelen van een van de in de artikelen 9 tot 11 vermelde vormen van jeugdbijstandsmaatregelen houden het departement, de procureur des Konings, de jeugdrechtbank of de jeugdrechter rekening met de volgende factoren:

- 1° de behoeften van het kind;
- 2° de leeftijd en het beoordelingsvermogen van het kind;
- 3° de competenties van de personen belast met de opvoeding om de integriteit, gezonde ontwikkeling, opvoeding of maatschappelijke participatie van hun kind te waarborgen;
- 4° de levenssituatie van het kind.

§ 2 – Bij het voorstellen of bevelen van een van de in de artikelen 9 tot 11 vermelde vormen van jeugdbeschermingsmaatregelen houden het departement, de procureur des Konings, de jeugdrechtbank of de jeugdrechter rekening met de volgende factoren:

- 1° de behoeften van de jongere;
- 2° de leeftijd en het beoordelingsvermogen van de jongere;
- 3° de levenssituatie van de jongere;
- 4° de ernst van het jeugddelict, de omstandigheden waarin het is gepleegd, de schade en de gevolgen voor het slachtoffer;
- 5° de voorlopige en in de procedure ten gronde opgelegde jeugdbeschermingsmaatregelen die reeds ten aanzien van de jongere zijn genomen, alsook zijn gedrag tijdens de uitvoering ervan;
- 6° de openbare veiligheid.

HOOFDSTUK 2 – PREVENTIE EN WERKEN IN EEN NETWERK

Art. 13 – Preventiemaatregelen

Preventie in het kader van de jeugdbijstand en de jeugdbescherming omvat maatregelen die tot doel hebben te voorkomen dat kinderen, jongeren en jongvolwassenen gevaar lopen.

De preventiemaatregelen kunnen verschillende vormen aannemen, in het bijzonder:

- 1° projecten om benadeling, verslaving, misbruik en geweld te voorkomen en projecten om de weerbaarheid van kinderen, jongeren en jongvolwassenen te versterken;
- 2° projecten ter voorlichting en bewustmaking van kinderen, jongeren, de personen belast met hun opvoeding en jongvolwassenen;
- 3° het aanbieden van opleidingen en voortgezette opleidingen;

4° public relations op het gebied van jeugdbijstand en jeugdbescherming.

Het departement zorgt voor de coördinatie, planning, uitvoering en evaluatie van de preventiemaatregelen vermeld in het tweede lid.

De Regering kan de nadere regels voor de coördinatie, planning, uitvoering, evaluatie en financiering van de preventiemaatregelen bepalen.

Art. 14 – Netwerken van de jeugdbijstand en de jeugdbescherming

Het netwerk van de jeugdbijstand tracht de in artikel 7 vermelde doelstellingen van de jeugdbijstand te bereiken door een georganiseerde, gestructureerde en sectoroverschrijdende uitwisseling tussen de betrokken actoren.

Het netwerk van de jeugdbescherming tracht de in artikel 8 vermelde doelstellingen van de jeugdbescherming te bereiken door een georganiseerde, gestructureerde en sectoroverschrijdende uitwisseling tussen de betrokken actoren.

De netwerken hebben in het bijzonder de volgende taken:

- 1° de situatie van kinderen, jongeren en jongvolwassenen in het Duitse taalgebied in het oog houden;
- 2° het bestaande aanbod en de bestaande maatregelen analyseren en de behoeften in de jeugdbijstand en in de jeugdbescherming bepalen;
- 3° de samenwerking tussen de betrokken actoren analyseren en bevorderen.

Voor de uitvoering van die taken vindt minstens één netwerkbijeenkomst per jaar plaats. Daarbij kan het gaan om een gezamenlijke bijeenkomst van de netwerken van de jeugdbijstand en de jeugdbescherming.

Art. 15 – Oprichting van de stuurgroep voor de netwerken van de jeugdbijstand en de jeugdbescherming

Er wordt een stuurgroep voor de netwerken van de jeugdbijstand en de jeugdbescherming opgericht.

Art. 16 – Taken van de stuurgroep

De stuurgroep heeft tot taak:

- 1° de in artikel 14 vermelde netwerken van de jeugdbijstand en de jeugdbescherming te organiseren en te sturen;
- 2° op basis van de bevindingen van de in artikel 14 vermelde netwerkbijeenkomsten:
 - a) een realistisch aanbod uit te werken dat overeenstemt met de behoeften van de kinderen, jongeren, personen belast met hun opvoeding en jongvolwassenen, waarbij rekening wordt gehouden met maatschappelijke ontwikkelingen en nieuwe inzichten;
 - b) aanbevelingen uit te werken voor de Regering of het Parlement om het beleid inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming vorm te geven;
- 3° een overkoepelend forum over thema's inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming te organiseren, dat minstens om de vier jaar plaatsvindt.

Art. 17 – Samenstelling van de stuurgroep

§ 1 – De stuurgroep heeft minstens de volgende stemgerechtigde leden:

- 1° één vertegenwoordiger van het departement;

2° één vertegenwoordiger van elk van de aanbieders van jeugdbijstand en jeugdbescherming die overeenkomstig artikel 87 erkend zijn;

3° één vertegenwoordiger van het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren;

4° één vertegenwoordiger van het onderwijs;

5° één vertegenwoordiger van een organisatie die in het Duitse taalgebied werkzaam is op het gebied van jeugdwerk;

6° één vertegenwoordiger van een instelling van algemeen nut die in het Duitse taalgebied werkzaam is op het gebied van gezondheidsvoorlichting en gezondheidspreventie.

De stuurgroep telt minstens één vertegenwoordiger van de gerechtelijke autoriteiten met raadgevende stem.

De Regering kan bepalen dat nog andere leden worden aangewezen.

§ 2 – De Regering wijst onder de stemgerechtigde leden een coördinator van de stuurgroep aan voor de duur van het mandaat.

§ 3 – De Regering wijst de leden van de stuurgroep aan en wijst voor elk van hen een plaatsvervangend lid aan.

De leden vermeld in § 1, eerste lid, 1° tot 6°, worden aangewezen op de voordracht van hun instellingen, diensten en organisaties die in de stuurgroep vertegenwoordigd zijn. De in § 1, tweede lid, vermelde vertegenwoordiger van de gerechtelijke autoriteiten wordt aangewezen op gezamenlijke voordracht van de procureur des Konings en de voorzitter van de rechtbank van eerste instantie.

§ 4 – Het mandaat van de leden duurt zes jaar en kan worden verlengd.

Ongeacht een vrijwillig ontslag eindigt het mandaat van de leden van de stuurgroep als hun mandaat door de Regering wordt ingetrokken.

Bij ontslag van een lid doet het plaatsvervangende lid het mandaat van het ontslagnemende lid uit.

Als een mandaat in de stuurgroep vacant wordt, wijst de Regering een nieuw lid aan overeenkomstig de procedure bepaald in de §§ 1 en 3.

Art. 18 – Werkwijze van de stuurgroep

De stuurgroep komt minstens drie keer per jaar bijeen, behalve in het jaar waarin hij wordt opgericht.

De eerste vergadering van de stuurgroep vindt ten laatste vier maanden na de aanwijzing van zijn leden plaats.

Binnen twee maanden na deze eerste vergadering neemt de stuurgroep een huishoudelijk reglement aan dat door de Regering moet worden goedgekeurd. Dat huishoudelijk reglement regelt de details van de werkwijze van de stuurgroep.

Met het oog op de uitoefening van zijn taken kan de stuurgroep deskundigen uitnodigen voor de vergaderingen. De stuurgroep kan bovendien werkgroepen instellen, waarvoor ook deskundigen kunnen worden uitgenodigd.

Art. 19 – Presentiegeld en reisvergoedingen

De leden van de stuurgroep hebben recht op presentiegeld en reisvergoedingen onder de door de Regering vastgelegde voorwaarden.

HOOFDSTUK 3 – OVERHEID DIE BEVOEGD IS VOOR DE JEUGDBIJSTAND

Afdeling 1 – Algemene bepalingen

Art. 20 – Kwaliteitshandboek

Het departement stelt een kwaliteitshandboek op. Dat bevat minstens de volgende gegevens:

- 1° de manier waarop het departement te werk gaat in het kader van de jeugdbijstand en de jeugdbescherming;
- 2° de criteria voor kwaliteitsbewaking;
- 3° de missie en visie van het departement;
- 4° de deontologische richtlijnen.

Het kwaliteitshandboek wordt uiterlijk om de vier jaar aangepast aan de juridische en maatschappelijke ontwikkelingen.

Art. 21 – Activiteitenverslag

De Regering bezorgt het Parlement elk jaar een verslag over de uitvoering van de in de artikelen 22 tot 24 vermelde taken van het departement in de loop van het voorbije jaar.

Afdeling 2 – Taken van het departement

Art. 22 – Taken in het kader van de consensuele jeugdbijstand

In het kader van de consensuele jeugdbijstand heeft het departement in het bijzonder de volgende taken:

- 1° de aanvragers voorlichten, adviseren en oriënteren;
- 2° de levenssituatie van het kind inschatten om de daaruit voortvloeiende behoefte aan hulp en een mogelijk gevaar voor het kind vast te stellen;
- 3° de hulp plannen in consensus met het kind en de personen belast met zijn opvoeding;
- 4° aanbieders van jeugdbijstand, dienstverrichters en pleeggezinnen opdracht geven om de bij overeenkomst vastgelegde jeugdbijstandsmaatregelen uit te voeren;
- 5° de bij overeenkomst vastgelegde jeugdbijstandsmaatregelen coördineren;
- 6° balansgesprekken voeren om de uitvoering van de jeugdbijstandsovereenkomst te controleren;
- 7° samenwerken met de procureur des Konings, de jeugdrechter of de jeugdrechtbank in de situaties vermeld in de artikelen 35 tot 38.

Art. 23 – Taken in het kader van de gerechtelijke jeugdbijstand en in het kader van de jeugdbescherming

In het kader van de gerechtelijke jeugdbijstand en in het kader van de jeugdbescherming heeft het departement in het bijzonder de volgende taken:

- 1° maatschappelijke onderzoeken verrichten in opdracht van de procureur des Konings, de jeugdrechter of de jeugdrechtbank;

2° aanbieders van jeugdbijstand en jeugdbescherming, dienstverrichters en pleeggezinnen opdracht geven om jeugdbijstandsmaatregelen en jeugdbeschermingsmaatregelen uit te voeren die door de jeugdrechter of de jeugdrechtbank zijn bevolen;

3° de bevolen jeugdbijstandsmaatregelen en jeugdbeschermingsmaatregelen organiseren, controleren en coördineren;

4° balansgesprekken voeren om de uitvoering van de bevolen jeugdbijstandsmaatregelen en jeugdbeschermingsmaatregelen te controleren;

5° aan de procureur des Konings, de jeugdrechter of de jeugdrechtbank verslag uitbrengen over de uitvoering van de bevolen jeugdbijstandsmaatregelen en jeugdbeschermingsmaatregelen;

6° toezicht uitoefenen op het kind of de jongere overeenkomstig artikel 42, eerste lid, 7°, artikel 78, eerste lid, 4°, en artikel 83, § 3, eerste lid;

7° de in de artikelen 57 en 76 vermelde bemiddelingen in opdracht van de procureur des Konings, de jeugdrechter of de jeugdrechtbank uitvoeren;

8° de in de artikelen 43, 59 en 79 vermelde voorwaarden in opdracht van de procureur des Konings, de jeugdrechter of de jeugdrechtbank begeleiden en controleren;

9° de projecten vermeld in de artikelen 58 en 77 in opdracht van de procureur des Konings, de jeugdrechter of de jeugdrechtbank begeleiden.

Art. 24 – Specifieke taken in het kader van de pleegzorg

In het kader van de pleegzorg heeft het departement in het bijzonder de volgende specifieke taken:

1° inlichtingen over pleegzorg in het Duitse taalgebied publiceren;

2° kandidaat-pleeggezinnen werven, voorbereiden en opleiden;

3° adviezen opstellen met het oog op de erkenning van de kandidaat-pleeggezinnen;

4° residentiële en semi-residentiële begeleiding en opvang van kinderen en jongeren in pleeggezinnen organiseren, in het kader van de jeugdbijstand, in het kader van de jeugdbescherming of in opdracht van de ZBGA;

5° de contacten tussen de pleegkinderen en de personen belast met hun opvoeding organiseren;

6° de pleeggezinnen tijdens de pleegzorgperiode begeleiden, adviseren en ondersteunen;

7° voortgezette opleidingen voor pleeggezinnen organiseren en geven;

8° regelmatig rapporteren over de ontwikkeling van het kind in het pleeggezin.

Afdeling 3 – Territoriale bevoegdheid van het departement

Art. 25 – Territoriale bevoegdheid in de consensuele jeugdbijstand

§ 1 – Onverminderd de administratieve bijstand op verzoek van een andere overheid is het departement in het kader van de consensuele jeugdbijstand territoriaal bevoegd als de personen belast met de opvoeding van het kind hun woonplaats hebben in het Duitse taalgebied of – in geval van gezamenlijke uitoefening van het ouderlijk gezag door personen die niet bij elkaar wonen – als de persoon bij wie het kind zijn gewone verblijfplaats heeft, zijn woonplaats heeft in het Duitse taalgebied.

In geval van wisselende onderbrenging bij de personen belast met de opvoeding is het departement in het kader van de consensuele jeugdbijstand territoriaal bevoegd als het kind zijn woonplaats in het Duitse taalgebied heeft.

Als de personen belast met de opvoeding geen woonplaats in België hebben en hun woonplaats onbekend of onzeker is, is het departement in het kader van de consensuele jeugdbijstand territoriaal bevoegd als het kind zijn gewone leefomgeving in het Duitse taalgebied heeft.

§ 2 – Indien het departement in het kader van de consensuele jeugdbijstand door een verandering van woonplaats niet langer territoriaal bevoegd is en verdere interventie vereist is, neemt het

departement rechtstreeks contact op met de overheid die door de verandering van woonplaats bevoegd is geworden en verstrekt het departement haar de relevante informatie. Het departement kan zijn interventie in het kader van de consensuele jeugdbijstand voortzetten gedurende een overgangperiode van ten hoogste zes maanden vanaf de datum van toezending van de informatie. In dat kader kunnen lopende jeugdbijstandsmaatregelen worden voortgezet.

In afwijking van het eerste lid kan het departement na het verstrijken van de overgangperiode vermeld in het eerste lid zijn interventie voortzetten in consensus met de overheid die door de verandering van woonplaats bevoegd is geworden, als de continuïteit van die interventie noodzakelijk is ter bescherming van de integriteit van het kind. In dat kader kunnen lopende jeugdbijstandsmaatregelen worden verlengd en kunnen nieuwe jeugdbijstandsmaatregelen worden overeengekomen.

Daartoe sluit de Regering samenwerkingsovereenkomsten met de betrokken instanties.

Art. 26 – Territoriale bevoegdheid in de gerechtelijke jeugdbijstand en in de jeugdbescherming

Onverminderd de administratieve bijstand op verzoek van een andere overheid stemt de territoriale bevoegdheid van het departement in het kader van de gerechtelijke jeugdbijstand en in het kader van de jeugdbescherming overeen met de territoriale bevoegdheid van de jeugdrechter en de jeugdrechtbank van het gerechtelijk arrondissement Eupen.

HOOFDSTUK 4 – CONSENSUELE EN GERECHTELIJKE JEUGDBIJSTAND

Afdeling 1 – Toepassingsgebied

Art. 27 – Specifiek toepassingsgebied

Dit hoofdstuk is van toepassing op:

- 1° kinderen wier integriteit, gezonde ontwikkeling, opvoeding of maatschappelijke participatie in gevaar is door hun eigen gedrag, het gedrag van de personen belast met hun opvoeding, het gedrag van derden, hun levensomstandigheden, relatieconflicten of bijzondere gebeurtenissen;
- 2° personen belast met de opvoeding die het moeilijk hebben om de integriteit, gezonde ontwikkeling, opvoeding of maatschappelijke participatie van hun kind te waarborgen;
- 3° jongvolwassenen die ondersteuning nodig hebben op hun weg naar zelfstandigheid;
- 4° aanbieders van jeugdbijstand, dienstverrichters en pleeggezinnen die opdracht hebben gekregen om de jeugdbijstandsmaatregelen uit te voeren;
- 5° de procureur des Konings, de jeugdrechter of de jeugdrechtbank die jeugdbijstandsmaatregelen bevelen.

Afdeling 2 – Consensuele jeugdbijstand

Onderafdeling 1 – Procedure

Art. 28 – Aanvragen en beraadslagingen

Elke natuurlijke persoon of rechtspersoon kan in het kader van de consensuele jeugdbijstand aanvragen bij het departement indienen.

Het departement informeert en adviseert de aanvragers of verwijst hen door naar dienstverrichters die passende hulp kunnen aanbieden.

Het departement kan het informeren en adviseren opdragen aan aanbieders van jeugdbijstand en aan dienstverrichters.

De Regering bepaalt de nadere regels voor de aanvragen en de nadere regels en procedures voor de adviesverlening.

Art. 29 – Inschatting van de levenssituatie

§ 1 – Indien uit de aanvraag of het advies blijkt dat een interventie van de dienst nodig kan zijn, schat het departement de levenssituatie van het kind in om de daaruit voortvloeiende behoefte aan hulp en een mogelijk gevaar voor het kind vast te stellen.

Daartoe organiseert het departement een of meer bijeenkomsten met het kind en de personen belast met zijn opvoeding, waaraan ook andere verwante of vertrouwde personen van het kind kunnen deelnemen.

In consensus met de personen belast met de opvoeding van het kind kan het departement reeds interveniërende dienstverrichters en actoren uit andere levensgebieden van het kind, bij de inschatting betrekken.

Naast de bijeenkomsten vermeld in het tweede lid kan een afzonderlijk gesprek worden gevoerd met het kind of de personen belast met zijn opvoeding.

§ 2 – Indien uit de inschatting blijkt dat er behoefte is aan hulp en dat het kind gevaar loopt, wordt verdere hulp gepland, rekening houdend met de mening van het kind en in overleg met de personen belast met zijn opvoeding.

Art. 30 – Planning van de hulp en jeugdbijstandsovereenkomst

§ 1 – Tijdens de in artikel 29, § 2, vermelde planning van de hulp worden de behoefte, de noodzakelijke jeugdbijstandsmaatregelen, het doel ervan, de duur ervan en de in artikel 110 tegemoetkoming in de kosten besproken.

Het op basis van consensus afgesproken resultaat van de planning van de hulp wordt schriftelijk vastgelegd in een jeugdbijstandsovereenkomst.

Naast de informatie vermeld in het eerste lid bevat de jeugdbijstandsovereenkomst informatie over:

1° de regelingen inzake beroepsgeheim en gegevensbescherming beschreven in hoofdstuk 9 en hoofdstuk 10;

2° de in artikel 115 vermelde mogelijkheden om een klacht in te dienen.

De Regering kan nog andere inhoudelijke punten van de jeugdbijstandsovereenkomst bepalen, voor zover die de kwaliteit van de jeugdbijstand kunnen verbeteren.

§ 2 – De jeugdbijstandsovereenkomst wordt ondertekend door het betrokken kind dat over het vereiste beoordelingsvermogen beschikt, de personen belast met zijn opvoeding, het departement en de aanbieders van jeugdbijstand en dienstverrichters die belast zijn met de jeugdbijstandsmaatregel.

In afwijking van het eerste lid volstaat de ondertekening van de jeugdbijstandsovereenkomst door één persoon belast met de opvoeding, voor zover aan een of meer van de volgende voorwaarden is voldaan:

1° de ondertekening door de andere persoon belast met de opvoeding is niet mogelijk, omdat zijn gezondheidstoestand te wensen overlaat of zijn woonplaats onbekend is;

2° de andere persoon belast met de opvoeding toont een duidelijk gebrek aan belangstelling voor het kind;

3° de jeugdbijstandsmaatregel is overeengekomen ten gunste van de ondertekenende persoon belast met de opvoeding en betreft uitsluitend die persoon.

Indien aan een of meer van de voorwaarden vermeld in het tweede lid is voldaan, motiveert het departement dat schriftelijk en voegt het departement het desbetreffende bescheid bij de jeugdbijstandsovereenkomst.

De Regering kan de voorwaarden vermeld in het tweede lid preciseren.

§ 3 – Het departement bezorgt de partijen een exemplaar van de jeugdbijstandsovereenkomst.

Art. 31 – Uitvoering van consensuele jeugdbijstandsmaatregelen

In het kader van de consensuele jeugdbijstand kan het departement aanbieders van jeugdbijstand, dienstverrichters en pleeggezinnen opdracht geven om de jeugdbijstandsmaatregelen uit te voeren.

De aanbieders van jeugdbijstand, dienstverrichters en pleeggezinnen die overeenkomstig het eerste lid met een opdracht zijn belast, ontvangen van het departement alle informatie die voor de uitoefening van hun opdracht relevant is.

Art. 32 – Coördinatie door het departement

Het departement coördineert de jeugdbijstandsmaatregelen die overeenkomstig artikel 30 bij overeenkomst zijn vastgelegd. Daartoe kan het departement coördinatievergaderingen organiseren waarvoor ook andere dienstverrichters kunnen worden uitgenodigd die met het betrokken kind en de personen belast met zijn opvoeding werken.

Het departement kan de coördinatie opdragen aan aanbieders van jeugdbijstand en aan dienstverrichters.

De Regering kan nog andere nadere regels voor de uitvoering van de coördinatie bepalen.

Art. 33 – Balansgesprek

Uiterlijk zes maanden na ondertekening van de jeugdbijstandsovereenkomst vermeld in artikel 30, § 1, tweede lid, en vervolgens ten minste om de zes maanden organiseert het departement een balansgesprek met de partijen.

Het balansgesprek dient om de uitvoering van de jeugdbijstandsovereenkomst te controleren en de overeenkomst zo nodig aan te passen aan nieuwe omstandigheden en ontwikkelingen.

In afwijking van het eerste lid organiseert het departement een balansgesprek met de partijen en dit uiterlijk zes maanden na ondertekening van de jeugdbijstandsovereenkomst en vervolgens ten minste om de twaalf maanden:

1° bij jeugdbijstandsmaatregelen die voor een periode van ten minste twee jaar zijn vastgelegd;

2° indien het departement na overleg met de partijen geen behoefte vaststelt om balansgesprekken vroeger te laten plaatsvinden.

Art. 34 – Verhelderingsgesprek

Indien het departement in het kader van de inschatting vermeld in artikel 29, § 1, eerste lid, of tijdens zijn verdere interventie vaststelt dat er een mogelijk gevaar voor het kind bestaat en de personen belast met de opvoeding of het kind weigeren samen te werken in het kader van de consensuele jeugdbijstand, of indien samenwerking met de personen belast met de opvoeding of met het kind niet mogelijk lijkt, deelt het departement het kind en de personen belast met zijn opvoeding schriftelijk mee dat het voornemens is om de rechtbank van eerste aanleg via de procureur des Konings te vragen om de zaak aanhangig te maken bij de jeugdrechter of de jeugdrechtbank, maar dat zij vooraf om een verhelderingsgesprek kunnen verzoeken.

Het verhelderingsgesprek heeft tot doel de nadere regels omtrent de verdere samenwerking af te spreken met hulp van een bemiddelaar. De bemiddelaar wordt aangewezen door de Regering en is erkend door de Federale Bemiddelingscommissie in Familiezaken.

De Regering bepaalt de nadere regels voor het verzoek om een verhelderingsgesprek en voor het verhelderingsgesprek zelf.

Onderafdeling 2 – Inschakeling van de procureur des Konings, de jeugdrechter of de jeugdrechtbank

Art. 35 – Verzoek om de zaak aanhangig te maken bij de jeugdrechter of de jeugdrechtbank

§ 1 – Indien niet om een verhelderingsgesprek werd verzocht, het verhelderingsgesprek mislukt of de in de overeenkomst vermelde nadere regels omtrent de verdere samenwerking niet worden nageleefd en indien het departement nog altijd van een mogelijk gevaar voor het kind uitgaat, verzoekt het departement de procureur des Konings om de zaak aanhangig te maken bij de jeugdrechter of de jeugdrechtbank.

§ 2 – Indien het departement in het kader van de inschatting vermeld in artikel 29, § 1, eerste lid, of tijdens zijn verdere interventie vaststelt dat een acuut gevaar voor het kind bestaat, verzoekt het departement de procureur des Konings onmiddellijk om de zaak aanhangig te maken bij de jeugdrechter of de jeugdrechtbank. De mogelijkheid om een verhelderingsgesprek te verzoeken, valt in dat geval weg.

§ 3 – Indien de procureur des Konings het eens is met de in paragraaf 1 vermelde vaststelling van het departement betreffende het gevaar voor het kind of met de in paragraaf 2 vermelde vaststelling van het departement betreffende het acute gevaar voor het kind en indien een jeugdbijstandsmaatregel noodzakelijk lijkt om de integriteit van het kind te beschermen, dan maakt hij de zaak onmiddellijk aanhangig bij de jeugdrechter of de jeugdrechtbank.

Indien de procureur des Konings het niet eens is met de in het eerste lid vermelde vaststelling van het departement betreffende het gevaar of acute gevaar voor het kind, dan sluit hij het jeugdbijstandsdossier zonder de zaak aanhangig te maken bij de jeugdrechter en deelt hij die beslissing mee aan het departement.

Art. 36 – Verzoek om een onmiddellijke beslissing van de jeugdrechter of de jeugdrechtbank

Indien het departement een onmiddellijke beslissing over een of meer jeugdbijstandsmaatregelen noodzakelijk acht om de integriteit van het kind te beschermen hoewel de toestemming van de personen belast met de opvoeding ontbreekt, beslist de jeugdrechter of de jeugdrechtbank over de verzoeken van het departement.

Indien de jeugdrechter of de jeugdrechtbank de mening van het departement deelt, kan hij eenmaal jeugdbijstandsmaatregelen bevelen voor een periode van ten hoogste één jaar. In dat geval wordt de consensuele jeugdbijstand voortgezet.

Op met redenen omkleed verzoek van het departement kan de jeugdrechter of de jeugdrechtbank de periode vermeld in het tweede lid eenmaal met ten hoogste één jaar verlengen.

Indien de jeugdrechter of de jeugdrechtbank de mening van het departement niet deelt, verklaart hij het verzoek van het departement ongegrond.

Art. 37 – Jeugdbijstandsmaatregelen van de procureur des Konings in geval van dreigend gevaar

In geval van dreigend gevaar kan de procureur des Konings een jeugdbijstandsmaatregel voor een periode van ten hoogste vijf werkdagen bevelen om de integriteit van het kind te beschermen, als die jeugdbijstandsmaatregel niet onmiddellijk in het kader van de consensuele jeugdbijstand kan worden uitgevoerd.

De procureur des Konings geeft het departement opdracht om samen met het kind waarop de jeugdbijstandsmaatregel betrekking heeft en de personen belast met de opvoeding van dat kind, binnen de termijn vermeld in het eerste lid na te gaan of consensuele jeugdbijstand mogelijk is.

Indien daaruit blijkt dat consensuele jeugdbijstand mogelijk is, plant het departement de verdere hulp overeenkomstig artikel 30, rekening houdend met de mening van het kind en in overleg met de personen belast met zijn opvoeding.

Indien daaruit blijkt dat consensuele jeugdbijstand niet mogelijk is, maakt de procureur des Konings de zaak aanhangig bij de jeugdrechter of de jeugdrechtbank.

Op verzoek van het kind dat het vereiste beoordelingsvermogen bezit of minstens twaalf jaar oud is of op verzoek van de personen belast met de opvoeding beslist de jeugdrechtbank over beroepen tegen jeugdbijstandsmaatregelen die overeenkomstig het eerste lid zijn bevolen.

Afdeling 3 – Gerechtelijke jeugdbijstand

Onderafdeling 1 – Procedure

Art. 38 – Aanhangigmaking bij de jeugdrechter en de jeugdrechtbank

§ 1 – De jeugdrechter of de jeugdrechtbank beslist over de vorderingen van de procureur des Konings om met betrekking tot het gevaar voor het kind jeugdbijstandsmaatregelen te bevelen of te bevestigen:

1° in de gevallen vermeld in artikel 35, § 3, eerste lid, en artikel 37, vierde lid;

2° indien er voldoende aanwijzingen van acuut gevaar zijn, een voorlopige jeugdbijstandsmaatregel ter bescherming van de integriteit van het kind dringend noodzakelijk lijkt en die jeugdbijstandsmaatregel niet onmiddellijk in het kader van de consensuele jeugdbijstand kan worden uitgevoerd;

3° indien er een gegrond vermoeden bestaat dat een meerderjarige of minderjarige uit hetzelfde gezin een als misdrijf omschreven feit tegen een kind pleegt en een jeugdbijstandsmaatregel noodzakelijk lijkt om het kind te beschermen;

4° indien een situatie reeds in het kader van dit decreet aanhangig werd gemaakt bij de jeugdrechtbank en een jeugdbijstandsmaatregel noodzakelijk lijkt voor het betrokken kind, zijn broers

of zussen of de met broers en zussen gelijkgestelde personen bedoeld in artikel 387sexiesdecies van het oud Burgerlijk Wetboek;

5° in het geval vermeld in artikel 61.

§ 2 – De duur van de overeenkomstig § 1, 2°, bevolen jeugdbijstandsmaatregelen is beperkt tot ten hoogste dertig dagen.

De jeugdrechter of de jeugdrechtbank geeft het departement opdracht, samen met het kind waarop de jeugdbijstandsmaatregel betrekking heeft en de personen belast met de opvoeding van dat kind, binnen de termijn vermeld in het eerste lid na te gaan of consensuele jeugdbijstand mogelijk is.

Indien daaruit blijkt dat consensuele jeugdbijstand mogelijk is, plant het departement de verdere hulp overeenkomstig artikel 30, rekening houdend met de mening van het kind en in overleg met de personen belast met zijn opvoeding. Nadat het departement dat ter kennis heeft gebracht, beëindigt de jeugdrechter of de jeugdrechtbank de gerechtelijke jeugdbijstandsprocedure.

Indien daaruit blijkt dat consensuele jeugdbijstand niet mogelijk is, kan de jeugdrechter of de jeugdrechtbank jeugdbijstandsmaatregelen bevelen of bevestigen.

§ 3 – In de gevallen vermeld in § 1, 1°, 3°, 4° en 5°, en § 2, vierde lid, kan de jeugdrechter vóór de beslissing ten gronde voorlopige jeugdbijstandsmaatregelen bevelen. Alle voorlopige jeugdbijstandsmaatregelen samen mogen in totaal ten hoogste één jaar duren.

Art. 39 – Onderzoek en inschatting

§ 1 – Om een bij de situatie passende beslissing te kunnen nemen, kan de jeugdrechter of de jeugdrechtbank het departement in het kader van de gerechtelijke jeugdbijstand opdragen om een maatschappelijk onderzoek te verrichten. Het departement onderzoekt of het kind mogelijk in gevaar is, brengt verslag uit over de situatie op basis van de factoren vermeld in artikel 12, § 1, en stelt passende jeugdbijstandsmaatregelen voor.

Daartoe organiseert het departement een of meer bijeenkomsten met het kind en de personen belast met zijn opvoeding, waaraan ook andere verwante of vertrouwde personen van het kind kunnen deelnemen.

In consensus met de personen belast met de opvoeding van het kind of op bevel van de jeugdrechter of de jeugdrechtbank kan het departement reeds interveniërende dienstverrichters en actoren uit andere levensgebieden van het kind bij het maatschappelijk onderzoek betrekken.

Naast de bijeenkomsten vermeld in het tweede lid kan een afzonderlijk gesprek worden gevoerd met het kind of de personen belast met zijn opvoeding.

§ 2 – Het departement verricht het maatschappelijk onderzoek binnen de door de jeugdrechter of de jeugdrechtbank gestelde termijn. Die termijn bedraagt ten hoogste negentig dagen.

§ 3 – De jeugdrechter of de jeugdrechtbank kan het departement in het kader van de gerechtelijke jeugdbijstand machtigen om een psychologisch of medisch onderzoek van de jongere te laten uitvoeren om na te gaan welke jeugdbijstandsmaatregelen geschikt zijn voor zijn behandeling.

§ 4 – De jeugdrechter of de jeugdrechtbank kan het departement in het kader van de gerechtelijke jeugdbijstand machtigen om een inschatting van de opvoedingscompetenties van de personen belast met de opvoeding te laten uitvoeren, om na te gaan welke jeugdbijstandsmaatregelen geschikt zijn om hen te ondersteunen in hun opvoedkundige taak.

§ 5 – Indien opdracht wordt gegeven tot een onderzoek vermeld in paragraaf 1 of paragraaf 3 of tot een inschatting vermeld in paragraaf 4, wijzigt of neemt de jeugdrechter of de jeugdrechtbank de beslissing pas nadat hij kennis heeft genomen van dat onderzoek of van die inschatting, behalve in geval van absolute noodzaak en onverminderd artikel 42, tweede lid, artikel 44, tweede lid, en artikel 45, tweede lid.

Indien een jeugdbijstandsmaatregel werd bevolen voordat de jeugdrechter of de jeugdrechtbank het onderzoek of de inschatting had ontvangen, dan wordt na ontvangst van het onderzoek of de inschatting door de jeugdrechter of de jeugdrechtbank getoetst of die jeugdbijstandsmaatregel passend is.

Art. 40 – Uitvoering en coördinatie van de gerechtelijke jeugdbijstandsmaatregelen

§ 1 – De jeugdrechter of de jeugdrechtbank draagt de uitvoering van de gerechtelijke jeugdbijstandsmaatregelen op aan aanbieders van jeugdbijstand en aan dienstverrichters.

In afwijking van het eerste lid kan de jeugdrechter of de jeugdrechtbank het departement in het kader van de gerechtelijke jeugdbijstand machtigen om de uitvoering van bepaalde jeugdbijstandsmaatregelen op te dragen aan aanbieders van jeugdbijstand, dienstverrichters en pleeggezinnen.

§ 2 – De jeugdrechter of de jeugdrechtbank belast het departement in het kader van de gerechtelijke jeugdbijstand met de organisatie en controle van de uitvoering vermeld in paragraaf 1, alsook met de coördinatie van de gerechtelijke jeugdbijstandsmaatregelen.

Daartoe kan het departement een overeenkomst sluiten met de aanbieders van jeugdbijstand, dienstverrichters en pleeggezinnen vermeld in paragraaf 1 en, in voorkomend geval, met het kind waarop de jeugdbijstandsmaatregel betrekking heeft en dat het vereiste beoordelingsvermogen bezit, alsook met de personen belast met zijn opvoeding.

Met inachtneming van de gerechtelijke beslissing bevat de overeenkomst informatie over:

- 1° de nadere regels voor de jeugdbijstandsmaatregelen;
- 2° de regelingen inzake beroepsgeheim en gegevensbescherming beschreven in hoofdstuk 9 en hoofdstuk 10;
- 3° de mogelijkheden om een klacht in te dienen vermeld in artikel 115.

Het departement kan de coördinatie vermeld in het eerste lid opdragen aan aanbieders van jeugdbijstand en aan dienstverrichters.

De Regering kan nog andere inhoudelijke punten van de overeenkomst bepalen, voor zover die de kwaliteit van de jeugdbijstand kunnen verbeteren.

Art. 41 – Balansgesprek en verslag

§ 1 – Uiterlijk vier maanden na de uitspraak of de beslissing en vervolgens ten minste om de zes maanden organiseert het departement een balansgesprek met het kind waarop de gerechtelijke jeugdbijstandsmaatregel betrekking heeft en dat het vereiste beoordelingsvermogen bezit of ten minste twaalf jaar oud is, de personen belast met zijn opvoeding en de aanbieders van jeugdbijstand, dienstverrichters en pleeggezinnen die de gerechtelijke jeugdbijstandsmaatregel uitvoeren.

Indien dit passend lijkt of indien dit noodzakelijk is om de integriteit van het kind te beschermen, kunnen afzonderlijke gesprekken worden gevoerd met elke natuurlijke persoon of rechtspersoon vermeld in het eerste lid.

In afwijking van het eerste lid organiseert het departement een balansgesprek met het kind waarop de gerechtelijke jeugdbijstandsmaatregel betrekking heeft en dat het vereiste beoordelingsvermogen bezit of ten minste twaalf jaar oud is, met de personen belast met zijn opvoeding en de aanbieders van jeugdbijstand, dienstverrichters en pleeggezinnen die de gerechtelijke jeugdbijstandsmaatregel uitvoeren, uiterlijk vier maanden na de uitspraak of de beslissing en vervolgens ten minste om de twaalf maanden:

- 1° bij gerechtelijke jeugdbijstandsmaatregelen die voor een periode van twee jaar zijn bevolen;
- 2° indien het departement na overleg met de natuurlijke personen of rechtspersonen vermeld in het eerste lid, alsook met de jeugdrechter of de jeugdrechtbank geen behoefte vaststelt om balansgesprekken vroeger te laten plaatsvinden.

Het balansgesprek dient om de uitvoering van de gerechtelijke jeugdbijstandsmaatregelen te controleren en zo nodig rekening te houden met nieuwe omstandigheden en ontwikkelingen. Daartoe kan het departement, in het verslag vermeld in paragraaf 2, aan de jeugdrechter of de jeugdrechtbank het volgende voorstellen:

- 1° een wijziging van de jeugdbijstandsmaatregelen;
- 2° aanvullende jeugdbijstandsmaatregelen;
- 3° een opheffing van de jeugdbijstandsmaatregelen.

§ 2 – Op verzoek van de jeugdrechter of de jeugdrechtbank en uiterlijk dertig dagen vóór een zitting van de jeugdrechtbank stelt het departement een verslag over de uitvoering van de maatregel op.

Onderafdeling 2 – Gerechtelijke jeugdbijstandsmaatregelen

Art. 42 – Ambulante begeleiding en opvang

De jeugdrechter of de jeugdrechtbank kan een of meer van de volgende ambulante begeleidings- en opvangmaatregelen voor het kind en de personen belast met zijn opvoeding bevelen:

- 1° begeleiding bij de opvoeding;
- 2° sociaal-pedagogische begeleiding;
- 3° therapeutische begeleiding;
- 4° gezinsbegeleiding;
- 5° begeleide bezoeken;
- 6° psychologische, sociale of pedagogische adviesverlening;
- 7° toezicht over het kind;
- 8° ambulante begeleiding in een psychologische of psychiatrische dienst, een dienst voor seksuele opvoeding of een dienst die deskundig is op het gebied van verslavingsproblemen;
- 9° andere vormen van ambulante begeleiding en opvang die passen bij de situatie.

De ambulante begeleiding van het kind in een psychiatrische dienst vermeld in het eerste lid, 8°, wordt binnen dertig dagen nadat die begeleiding is bevolen, bevestigd door een psychologisch of medisch onderzoek vermeld in artikel 39, § 3, waarin de noodzaak van die begeleiding wordt vastgesteld. Indien die bevestiging uitblijft, heft de jeugdrechter of de jeugdrechtbank de bevolen jeugdbijstandsmaatregel op of vervangt hij hem door een andere jeugdbijstandsmaatregel.

De jeugdrechter of de jeugdrechtbank bepaalt het doel van de ambulante begeleidings- en opvangmaatregelen.

Art. 43 – Verblijf in de gewone leefomgeving onder voorwaarden

Voor zover het kind het vereiste beoordelingsvermogen bezit of ten minste twaalf jaar oud is, kan de jeugdrechter of de jeugdrechtbank een of meer van de volgende voorwaarden verbinden aan het verblijf van het kind in zijn gewone leefomgeving en dit voor ten hoogste zes maanden:

- 1° regelmatig de lessen volgen;
- 2° deelnemen aan een programma voor re-integratie in het dagelijkse schoolleven;
- 3° een opleiding volgen;
- 4° deelnemen aan een of meer begeleide sportieve, sociale of culturele activiteiten;
- 5° deelnemen aan een trainingsmaatregel om de sociale competenties te versterken;
- 6° andere bij de situatie passende voorwaarden en verbodsmaatregelen naleven die ad hoc worden opgelegd.

De jeugdrechter of de jeugdrechtbank bepaalt het doel van de voorwaarden.

Art. 44 – Semi-residentiële behandeling, begeleiding en opvang

De jeugdrechter of de jeugdrechtbank kan een van de volgende semi-residentiële behandelings-, begeleidings- of opvangmaatregelen voor het kind bevelen:

- 1° ondersteunende pleegzorg;
- 2° verblijf in een internaat;
- 3° andere vormen van semi-residentiële behandeling, begeleiding en opvang die passen bij de situatie.

De behandeling van het kind in een bij de situatie passende vorm van semi-residentiële behandeling als vermeld in het eerste lid, 3°, wordt binnen dertig dagen nadat die behandeling is bevolen, bevestigd door een psychologisch of medisch onderzoek vermeld in artikel 39, § 3, waarin de noodzaak van die behandeling wordt vastgesteld. Indien die bevestiging uitblijft, heft de jeugdrechter of de jeugdrechtbank de bevolen jeugdbijstandsmaatregel op of vervangt hij hem door een andere jeugdbijstandsmaatregel.

De jeugdrechter of de jeugdrechtbank bepaalt het doel van de semi-residentiële behandelings-, begeleidings- of opvangmaatregelen.

Art. 45 – Residentiële behandeling en opvang

De jeugdrechter of de jeugdrechtbank kan een van de volgende residentiële behandelings- of opvangmaatregelen voor het kind bevelen:

- 1° opvang door een verwante of vertrouwde persoon die zich binnen zes maanden moet inschrijven voor deelname aan de in artikel 103 vermelde voorbereiding op de pleegzorg;
- 2° crisispleegzorg of langdurige pleegzorg;
- 3° psychologische of psychiatrische diagnosestelling;
- 4° behandeling of opvang in een open instelling of in een andere, bij de situatie passende open vorm van residentiële behandeling of opvang;
- 5° voor zover het kind ten minste veertien jaar oud is: behandeling of opvang in een gesloten instelling of in een andere, bij de situatie passende gesloten vorm van residentiële behandeling of opvang.

Indien de personen vermeld in het eerste lid, 1°, zich niet binnen zes maanden inschrijven voor deelname aan de voorbereiding op de pleegzorg of indien ze niet overeenkomstig artikel 94 als pleeggezin zijn erkend, heft de jeugdrechter of de jeugdrechtbank de opvang overeenkomstig artikel 48 op of vervangt hij hem door een andere jeugdbijstandsmaatregel.

Indien de jeugdrechter of de jeugdrechtbank een residentiële maatregel voor de behandeling of opvang van het kind beveelt, motiveert hij die beslissing overeenkomstig artikel 5, § 2, eerste lid.

De behandeling van het kind in een instelling of in een andere, bij de situatie passende vorm van residentiële behandeling als vermeld in het eerste lid, 4° en 5°, wordt binnen dertig dagen nadat die behandeling is bevolen, bevestigd door een psychologisch of medisch onderzoek als vermeld in artikel 39, § 3, waarin de noodzaak van die behandeling wordt vastgesteld. Indien die bevestiging uitblijft, heft de jeugdrechter of de jeugdrechtbank de bevolen jeugdbijstandsmaatregel op of vervangt hij hem door een andere jeugdbijstandsmaatregel.

De jeugdrechter of de jeugdrechtbank bepaalt het doel van de residentiële behandelings- of opvangmaatregelen.

Art. 46 – Onderbrenging bij één persoon belast met de opvoeding

De jeugdrechter of de jeugdrechtbank kan bevelen dat het kind bij slechts één persoon belast met de opvoeding verblijft.

Art. 47 – Cumulatie van jeugdbijstandsmaatregelen

De jeugdrechter of de jeugdrechtbank kan meerdere jeugdbijstandsmaatregelen tegelijk bevelen. Die cumulatie wordt uitdrukkelijk gemotiveerd.

Art. 48 – Wijziging van de jeugdbijstandsmaatregelen

De jeugdrechter kan de maatregelen te allen tijde wijzigen, opheffen of door een andere jeugdbijstandsmaatregel vervangen en dit ambtshalve of op verzoek van het departement, de procureur des Konings, het kind, de personen belast met de opvoeding of het pleeggezin dat overeenkomstig artikel 40, § 1, tweede lid, een opdracht heeft gekregen.

Het kind, de personen belast met de opvoeding of het pleeggezin kunnen het verzoek vermeld in het eerste lid ten vroegste na het verstrijken van één jaar, te rekenen vanaf de dag dat de beslissing tot het bevelen van de jeugdbijstandsmaatregel definitief is geworden, bij de jeugdrechtbank indienen. Als een dergelijk verzoek wordt afgewezen, kan een nieuw verzoek worden ingediend en dit ten vroegste na het verstrijken van één jaar, te rekenen vanaf de dag dat de beslissing tot afwijzing van het vorige verzoek definitief is geworden.

Art. 49 – Duur van de jeugdbijstandsmaatregelen

De jeugdrechter of de jeugdrechtbank bepaalt de duur van elke bevolen jeugdbijstandsmaatregel.

Met behoud van de toepassing van elke andere maximumduur waarin dit decreet voorziet, bedraagt de duur vermeld in het eerste lid hoogstens twee jaar.

Afdeling 3 – Verlenging van de begeleiding bij het bereiken van de meerderjarigheid

Art. 50 – Aanvraag tot verlenging

§ 1 – Het kind dat vóór de leeftijd van achttien jaar door het departement wordt begeleid, kan een aanvraag indienen om die begeleiding ten hoogste te verlengen tot de leeftijd van 21 jaar. In dat kader kunnen lopende jeugdbijstandsmaatregelen worden verlengd en kunnen nieuwe jeugdbijstandsmaatregelen worden overeengekomen.

De verlenging heeft tot doel jongvolwassenen in een overgangsfase te helpen zich persoonlijk te ontwikkelen en verantwoordelijkheid op te nemen.

§ 2 – Daartoe richt het kind een schriftelijke aanvraag aan het departement, met vermelding van de redenen en de duur van de aangevraagde verlenging.

De aanvraag tot verlenging wordt uiterlijk een maand vóór de leeftijd van achttien jaar ingediend.

§ 3 – De Regering bepaalt de verdere procedure voor de aanvraag tot verlenging.

Art. 51 – Balans opmaken van de verlenging

Tijdens de verlenging blijft het departement bevoegd om de jeugdbijstandsmaatregel regelmatig te controleren.

Uiterlijk een maand voordat de verlenging verstrijkt of ten minste eenmaal per jaar organiseert het departement een balansgesprek met de jongvolwassene en met de aanbieders van jeugdbijstand, dienstverrichters en pleeggezinnen die opdracht hebben gekregen om de jeugdbijstandsmaatregel uit te voeren.

Het balansgesprek dient om de uitvoering van de verlenging te controleren en ze zo nodig aan te passen aan nieuwe omstandigheden en ontwikkelingen.

Art. 52 – Hernieuwing van de verlenging

Indien reeds een verlenging is toegestaan, kan die verlenging op met redenen omkleed verzoek worden hernieuwd tot de maximumleeftijd vermeld in artikel 50, § 1, eerste lid.

De Regering bepaalt de verdere procedure om de verlenging te hernieuwen.

Art. 53 – Beëindiging van de verlenging

De jongvolwassene of het departement kan de verlenging te allen tijde beëindigen.

De Regering bepaalt de procedures en voorwaarden om de verlenging te beëindigen.

HOOFDSTUK 5 – JEUGDBESCHERMING

Afdeling 1 – Algemene bepalingen

Art. 54 – Specifiek toepassingsgebied

Dit hoofdstuk is van toepassing op:

- 1° jongeren;
- 2° personen belast met de opvoeding van de in 1° vermelde jongeren;
- 3° aanbieders van jeugdbescherming, dienstverrichters en pleeggezinnen die opdracht hebben gekregen om de jeugdbeschermingsmaatregelen uit te voeren;
- 4° de procureur des Konings, de jeugdrechter of de jeugdrechtbank die jeugdbeschermingsmaatregelen voorstellen en bevelen.

Voor de toepassing van de procedurebepalingen van de wet van 8 april 1965 wordt de verdachte jongere die op het tijdstip van het vonnis ouder is dan achttien jaar, als een minderjarige behandeld.

Afdeling 2 – Behandeling van de zaak door het openbaar ministerie

Art. 55 – Maatschappelijk onderzoek

§ 1 – Om een bij de situatie passende beslissing te kunnen nemen, kan de procureur des Konings het departement in het kader van de jeugdbescherming opdragen om een maatschappelijk onderzoek te verrichten. Het departement brengt verslag uit over de situatie op basis van de factoren vermeld in artikel 12, § 2, en stelt passende jeugdbeschermingsmaatregelen voor.

Daartoe organiseert het departement een of meer bijeenkomsten met de jongere en de personen belast met zijn opvoeding, waaraan ook andere verwante of vertrouwde personen van de jongere kunnen deelnemen.

In consensus met de personen belast met de opvoeding van de jongere kan het departement reeds interveniërende dienstverrichters en actoren uit andere levensgebieden van de jongere bij het maatschappelijk onderzoek betrekken.

Naast de bijeenkomsten vermeld in het tweede lid kan een afzonderlijk gesprek worden gevoerd met de jongere of de personen belast met zijn opvoeding.

§ 2 – Het departement verricht het maatschappelijk onderzoek binnen de door de procureur des Konings gestelde termijn. Die termijn bedraagt ten hoogste negentig dagen.

§ 3 – Indien de procureur des Konings een maatschappelijk onderzoek in opdracht geeft, neemt of wijzigt hij zijn beslissing, behalve in gevallen van absolute noodzaak, pas wanneer hij kennis heeft genomen van dat maatschappelijk onderzoek.

Art. 56 – Berisping

De procureur des Konings kan de verdachte jongere een waarschuwingsbrief bezorgen waarin hij vermeldt dat hij kennis heeft genomen van de feiten, dat hij van oordeel is dat de hem ten laste gelegde feiten vaststaan, maar dat hij besloten heeft de strafvordering om bepaalde redenen stop te zetten.

Er wordt een afschrift van de waarschuwingsbrief bezorgd aan de personen belast met de opvoeding van de verdachte jongere.

De procureur des Konings kan de verdachte jongere en de personen belast met zijn opvoeding oproepen om hen te wijzen op hun wettelijke verplichtingen en de gevolgen van hun gedrag.

Art. 57 – Bemiddeling

§ 1 – De procureur des Konings gaat na of bemiddeling haalbaar en passend is.

De procureur des Konings kan de verdachte jongere, het slachtoffer van het strafbare feit en de personen belast met hun opvoeding voorstellen om deel te nemen aan een bemiddeling, als aan de volgende voorwaarden is voldaan:

- 1° er bestaan voldoende aanwijzingen van schuld;
- 2° er is een slachtoffer geïdentificeerd;
- 3° de verdachte jongere ontkent niet dat hij in de zaak verwickeld is.

Bemiddeling kan alleen plaatsvinden, zolang de personen die bij het voorstel tot bemiddeling betrokken zijn, er uitdrukkelijk en onvoorwaardelijk mee instemmen.

Als de procureur des Konings geen bemiddeling voorstelt, motiveert hij die beslissing met specifieke redenen en deelt hij die beslissing mee aan de betrokkenen. Behalve in de gevallen vermeld in artikel 49, tweede lid, van de wet van 8 april 1965 heeft het ontbreken van een dergelijke motivering tot gevolg dat de zaak ten onrechte aanhangig wordt gemaakt bij de jeugdrechtbank.

Als de procureur des Konings bemiddeling voorstelt, deelt hij de bij het voorstel tot bemiddeling betrokken personen schriftelijk mee dat:

- 1° ze zich tijdens de bemiddelingsprocedure kunnen laten bijstaan door een advocaat;
- 2° ze vijftien werkdagen bedenktijd hebben om het voorstel aan te nemen of af te wijzen, te rekenen vanaf de ontvangst van het voorstel tot bemiddeling;
- 3° ze te allen tijde hun instemming met de bemiddeling kunnen intrekken;
- 4° de bemiddeling wordt beëindigd, voor zover ze niet binnen de in paragraaf 5 gestelde termijnen tot een overeenkomst leidt.

§ 2 – De procureur des Konings geeft het departement opdracht tot bemiddeling, zendt het departement een afschrift van het voorstel tot bemiddeling en deelt het departement de identiteit van de betrokken personen mee.

De procureur des Konings kan het departement een opdracht tot gezamenlijke bemiddeling geven, voor zover:

- 1° bemiddeling werd voorgesteld aan verschillende jongeren die ervan worden verdacht hetzelfde jeugddelict te hebben gepleegd;
- 2° het gepleegde jeugddelict gepaard gaat met een misdrijf dat zou zijn gepleegd door een of meer personen die niet onder de jeugdrechtbank vallen en aan de verdachte jongere en aan die personen bemiddeling is voorgesteld.

§ 3 – Indien de bij het voorstel tot bemiddeling betrokken personen zich niet binnen acht werkdagen na ontvangst van het afschrift vermeld in § 2, eerste lid, tot het departement wenden, dan neemt het departement schriftelijk contact met hen op om ze nogmaals op de mogelijkheid tot bemiddeling te wijzen.

Indien de bij het voorstel tot bemiddeling betrokken personen niet binnen vijftien werkdagen, te rekenen vanaf de ontvangst van het voorstel tot bemiddeling, uitdrukkelijk en onvoorwaardelijk instemmen met de bemiddeling, deelt het departement dat mee aan de procureur des Konings.

§ 4 – Uiterlijk twee maanden nadat de procureur des Konings de opdracht heeft verleend, stelt het departement een tussentijds verslag over de voortgang van de bemiddeling op en richt het dat verslag aan de procureur des Konings.

§ 5 – Indien de bij het voorstel tot bemiddeling betrokken personen hun instemming met de bemiddeling intrekken of indien de bemiddeling niet tot een overeenkomst leidt binnen zes maanden, te rekenen vanaf de ontvangst van het voorstel tot bemiddeling, beëindigt het departement de bemiddeling en bezorgt het departement een verslag over de redenen van de beëindiging aan de procureur des Konings.

Op met redenen omkleed verzoek van het departement kan de procureur des Konings de periode vermeld in het eerste lid eenmaal met ten hoogste drie maanden verlengen.

Indien de bemiddeling tot een overeenkomst leidt binnen de termijn gesteld in het eerste en het tweede lid, wordt die overeenkomst door de betrokken personen ondertekend. Het departement bezorgt de ondertekende overeenkomst onmiddellijk aan de procureur des Konings.

De procureur des Konings keurt de ondertekende overeenkomst goed. De inhoud ervan kan niet worden gewijzigd. De procureur des Konings kan de goedkeuring van een overeenkomst alleen weigeren indien de overeenkomst in strijd is met de openbare orde.

§ 6 – Als de procureur des Konings de overeenkomst goedkeurt, geeft hij het departement opdracht om de uitvoering van die overeenkomst te controleren en bezorgt hij onmiddellijk een afschrift van de goedgekeurde overeenkomst aan het departement.

Het departement maakt een verslag over de uitvoering van de overeenkomst op en richt dat verslag aan de procureur des Konings.

§ 7 – Indien de verdachte jongere de overeenkomst uitvoert overeenkomstig de vastgestelde nadere regels, maakt de procureur des Konings een verslag daarover op en zet hij de strafrechtelijke vervolging stop. Door de stopzetting van de strafrechtelijke vervolging vervalt de strafvordering.

Indien de verdachte jongere de overeenkomst niet uitvoert overeenkomstig de vastgestelde nadere regels, stelt de procureur des Konings een verslag daarover op. Overeenkomstig artikel 61 kan hij de zaak voorleggen aan de jeugdbrechtbank met het oog op jeugdbeschermingsmaatregelen.

Er wordt een afschrift van de verslagen vermeld in het eerste en het tweede lid bezorgd aan de personen die bij de overeenkomst betrokken zijn en aan het departement.

§ 8 – Noch de erkenning van het strafbaar feit door de verdachte jongere, noch het verloop of het resultaat van de bemiddeling kan door de gerechtelijke autoriteiten of enige andere persoon tegen de verdachte jongere worden gebruikt.

De in het kader van de werkzaamheden van het departement opgestelde documenten en gedane mededelingen zijn vertrouwelijk, met uitzondering van die welke met instemming van de partijen aan de gerechtelijke autoriteiten worden doorgegeven. Ze mogen niet worden gebruikt tijdens strafrechtelijke, civielrechtelijke, administratieve of arbitrageprocedures of enige andere geschillenbeslechtsprocedure en zijn niet aanvaardbaar als bewijs, zelfs niet in de vorm van een buitengerechtelijke bekentenis.

Art. 58 – Uitvoering van een project

§ 1 – Als er een gegronde reden tot verdenking bestaat, deelt de procureur des Konings de verdachte jongere bij het begin van de procedure mee dat hij een project kan indienen.

§ 2 – De procureur des Konings geeft het departement opdracht om de verdachte jongere bij de uitwerking van het project te ondersteunen en deelt hem de identiteit van de verdachte jongere mee.

Het departement kan de personen belast met de opvoeding en andere verwante of vertrouwde personen van de verdachte jongere actief betrekken bij de uitwerking van het project.

Indien de verdachte jongere geen contact opneemt met het departement binnen vijftien werkdagen na ontvangst van de in paragraaf 1 vermelde informatie, neemt het departement schriftelijk contact met hem op om hem nogmaals erop te wijzen dat hij een project kan indienen bij de procureur des Konings.

§ 3 – Het project wordt uiterlijk bij het verschijnen voor de procureur des Konings ingediend. De procureur des Konings beslist of het aan hem voorgelegde project zinvol en wettig is, beslist of het wordt goedgekeurd dan wel wordt geweigerd en bepaalt binnen welke termijn het dient te worden uitgevoerd. De inhoud van het project kan niet worden gewijzigd.

De procureur des Konings kan het project alleen weigeren indien hij die weigering in een met specifieke redenen omklede beslissing motiveert. Als de procureur des Konings het project goedkeurt, geeft hij het departement opdracht om de uitvoering te controleren en bezorgt hij onmiddellijk een afschrift van het goedgekeurde project aan het departement.

Op met redenen omkleed verzoek van het departement kan de procureur des Konings de periode vermeld in het eerste lid eenmaal voor een door hem bepaalde duur verlengen.

§ 4 – Uiterlijk een maand voor de in § 3, eerste en derde lid, vermelde termijn stelt het departement een verslag op over de uitvoering van het project en richt het dat verslag aan de procureur des Konings.

Indien de verdachte jongere het project binnen de gestelde termijn en overeenkomstig de vastgestelde nadere regels uitvoert, maakt de procureur des Konings een verslag daarover op en zet hij de strafrechtelijke vervolging stop. Door de stopzetting van de strafrechtelijke vervolging vervalt de strafvordering.

Indien de verdachte jongere het project niet binnen de gestelde termijn of niet overeenkomstig de vastgestelde nadere regels uitvoert, stelt de procureur des Konings een verslag daarover op. Overeenkomstig artikel 63 kan hij de zaak voorleggen aan de jeugdrechtbank met het oog op jeugdbeschermingsmaatregelen.

Er wordt een afschrift van de verslagen vermeld in het tweede en het derde lid bezorgd aan de verdachte jongere, aan de personen belast met zijn opvoeding en aan het departement.

Art. 59 – Uitvoering en naleving van bepaalde voorwaarden

§ 1 – Indien de procureur des Konings van oordeel is dat bemiddeling niet haalbaar of niet passend is en er een gegronde reden tot verdenking bestaat, kan hij aan de verdachte jongere voorstellen het verval van de strafvordering afhankelijk te stellen van een of meer van de volgende voorwaarden:

- 1° geen nieuwe jeugddelicten begaan;
- 2° een prestatie van opvoedkundige aard en van algemeen nut overeenkomstig artikel 80 verrichten voor ten hoogste dertig uur;
- 3° deelnemen aan een programma voor re-integratie in het dagelijkse schoolleven;
- 4° deelnemen aan een trainingsmaatregel om de sociale competenties te versterken;
- 5° ambulante begeleiding volgen in een psychologische of psychiatrische dienst, een dienst voor seksuele opvoeding of een dienst die deskundig is op het gebied van verslavingsproblemen;
- 6° andere bij de situatie passende voorwaarden naleven die ad hoc worden opgelegd.

De procureur des Konings bepaalt het doel en de uitvoeringstermijn van de voorwaarden.

Op met redenen omkleed verzoek van het departement kan de procureur des Konings de periode vermeld in het tweede lid eenmaal voor een door hem bepaalde duur verlengen.

§ 2 – Indien de procureur des Konings voorwaarden voorstelt, deelt hij de verdachte jongere en de personen belast met zijn opvoeding schriftelijk mee dat:

- 1° de verdachte jongere het recht heeft om zich te allen tijde te laten bijstaan door een advocaat;

2° de verdachte jongere vijftien werkdagen bedenktijd heeft om het voorstel aan te nemen of af te wijzen, te rekenen vanaf de ontvangst van het voorstel;

3° de voorwaarden moeten worden uitgevoerd binnen de door de procureur des Konings gestelde termijn.

§ 3 – De procureur des Konings geeft het departement opdracht de voorwaarden te organiseren en de naleving ervan te controleren, bezorgt het departement een afschrift van het voorstel en deelt het departement de identiteit van de verdachte jongere mee.

Daartoe kan het departement een overeenkomst sluiten met de aanbieders van jeugdbescherming, met de dienstverrichters en, zo nodig, met de verdachte jongere op wie de voorwaarden betrekking hebben, alsook met de personen belast met zijn opvoeding.

De Regering bepaalt de inhoud van de overeenkomst.

De procureur des Konings kan de controle van de naleving van de voorwaarden ook opdragen aan een politiedienst.

§ 4 – Indien de verdachte jongere zich niet tot het departement wendt binnen acht werkdagen nadat het departement het afschrift vermeld in § 3, eerste lid, heeft ontvangen, dan neemt het departement schriftelijk contact met hem op om hem opnieuw te wijzen op de voorgestelde voorwaarden.

§ 5 – De verdachte jongere deelt het departement binnen vijftien werkdagen na ontvangst van het voorstel mee of hij het voorstel aanneemt of afwijst. Als hij dat niet binnen die termijn meedeelt, wordt het voorstel als afgewezen beschouwd. Het departement stelt de procureur des Konings in kennis van de beslissing.

§ 6 – Uiterlijk een maand vóór de in § 1, tweede en derde lid, vermelde termijn stelt het departement een verslag op over de uitvoering van de voorwaarden en richt het departement dat verslag aan de procureur des Konings. Dat verslag wordt bij het dossier van de rechtspleging gevoegd.

Indien de verdachte jongere de voorwaarden binnen de gestelde termijn en overeenkomstig de vastgestelde nadere regels vervult, maakt de procureur des Konings een verslag daarover op en zet hij de strafrechtelijke vervolging stop. Door de stopzetting van de strafrechtelijke vervolging vervalt de strafvordering.

Indien de verdachte jongere de voorwaarden niet binnen de gestelde termijn of niet overeenkomstig de vastgestelde nadere regels uitvoert, stelt de procureur des Konings een verslag daarover op. Overeenkomstig artikel 63 kan hij de zaak voorleggen aan de jeugdrechtbank met het oog op jeugdbeschermingsmaatregelen.

Er wordt een afschrift van de verslagen vermeld in het tweede en het derde lid bezorgd aan de verdachte jongere, aan de personen belast met zijn opvoeding en aan het departement.

Art. 60 – Cumulatie van maatregelen

Indien de procureur des Konings van oordeel is dat bemiddeling haalbaar en passend is, maar met inachtneming van de factoren vermeld in artikel 12, § 2, 4°, 5° en 6°, niet volstaat, kan hij, in afwijking van de artikelen 57 en 59 en onverminderd artikel 61, daarnaast de uitvoering en naleving van een of meer van de in artikel 59 vermelde voorwaarden voorstellen.

Indien de procureur des Konings overeenkomstig het eerste lid daarnaast de uitvoering en naleving van een of meer van de in artikel 59 vermelde voorwaarden voorstelt, zet hij de strafrechtelijke vervolging stop, wanneer de verdachte jongere de overeenkomst overeenkomstig de vastgestelde nadere regels heeft uitgevoerd en hij de voorwaarden binnen de gestelde termijn en overeenkomstig de vastgestelde nadere regels heeft vervuld. Door de stopzetting van de strafrechtelijke vervolging vervalt de strafvordering.

Als de verdachte jongere de overeenkomst niet overeenkomstig de vastgestelde nadere regels uitvoert of als de verdachte jongere de voorwaarden niet binnen de gestelde termijn of niet overeenkomstig de vastgestelde nadere regels vervult, stelt de procureur des Konings daarover een verslag op. Overeenkomstig artikel 63 kan hij de zaak voorleggen aan de jeugdrechtbank met het oog op jeugdbeschermingsmaatregelen.

Art. 61 – Maatregelen ten aanzien van verdachte jongeren die vóór de leeftijd van twaalf jaar een jeugddelict hebben gepleegd

De procureur des Konings kan ten aanzien van verdachte jongeren die vóór de leeftijd van twaalf jaar een jeugddelict hebben gepleegd, alleen de in artikel 56 vermelde berisping uitspreken of de in artikel 57 vermelde bemiddeling voorstellen of de zaak voorleggen aan de jeugdrechter of de jeugdrechtbank met het oog op gerechtelijke jeugdbijstandsmaatregelen.

Art. 62 – Verplichting om informatie te verstrekken over de mogelijkheid van een bemiddeling of van een project in de voorbereidingsfase

In de dagvaarding vermeld in artikel 45, 2°, b), van de wet van 8 april 1965 stelt de procureur des Konings de verdachte jongere op de hoogte:

- 1° over de mogelijkheid om een project als bedoeld in artikel 77 voor te leggen aan de jeugdrechter;
- 2° over de mogelijkheid om zich te wenden tot het departement, dat hem ondersteunt bij de uitwerking van het ontwerp;
- 3° dat het uitgewerkte project uiterlijk op de dag van de hoorzitting ter goedkeuring moet worden voorgelegd aan de jeugdrechter en het goedgekeurde project binnen een door de jeugdrechter gestelde termijn moet worden uitgevoerd.

Als er een slachtoffer is geïdentificeerd, informeert de procureur des Konings de verdachte jongere, het slachtoffer van het jeugddelict en de personen belast met hun opvoeding ook over de mogelijkheid om een bemiddeling als bedoeld in artikel 76 aan te vragen bij de jeugdrechter.

Er wordt een afschrift van de dagvaarding vermeld in het eerste lid bezorgd aan het departement.

Afdeling 3 – Behandeling van de zaak door de jeugdrechter en de jeugdrechtbank

Onderafdeling 1 – Algemene bepalingen

Art. 63 – Aanhangigmaking bij de jeugdrechter en de jeugdrechtbank

De jeugdrechter of de jeugdrechtbank beslist over de vorderingen van de procureur des Konings om jeugdbeschermingsmaatregelen te bevelen ten aanzien van verdachte jongeren.

Aanhangigmaking is mogelijk voor zover de verdachte jongere op het tijdstip van de aanvraag jonger dan 21 jaar is en het jeugddelict vóór de leeftijd van 18 jaar is gepleegd.

Behalve in geval van samenhang met vervolgingen wegens andere strafbare feiten dan die hieronder bepaald, nemen de op grond van het gemene recht bevoegde rechtbanken kennis van de vorderingen van de procureur des Konings ten aanzien van personen die op het tijdstip van het feit ouder dan zestien jaar en jonger dan achttien jaar waren en die vervolgd worden wegens overtreding van:

- 1° de bepalingen van de wetten en verordeningen betreffende het wegverkeer;
- 2° de artikelen 418, 419 en 420 van het Strafwetboek, voor zover er samenhang is met een overtreding van de in 1° vermelde wetten en verordeningen;
- 3° de wet van 21 november 1989 betreffende de verplichte aansprakelijkheidsverzekering inzake motorrijtuigen.

Indien uit de behandeling van de zaak voor die rechtbanken blijkt dat een jeugdbeschermingsmaatregel passender zou zijn, kunnen die rechtbanken zich bij een met redenen omklede beslissing onbevoegd verklaren en de zaak naar de procureur des Konings verwijzen met het oog op eventuele vorderingen bij de jeugdrechtbank.

Art. 64 – Onderzoeken

§ 1 – Om een bij de situatie passende beslissing te kunnen nemen, kan de jeugdrechter of de jeugdrechtbank het departement in het kader van de jeugdbescherming opdragen om een maatschappelijk onderzoek te verrichten. Het departement brengt verslag uit over de situatie op basis van de factoren vermeld in artikel 12, § 2, en stelt passende jeugdbeschermingsmaatregelen voor.

Daartoe organiseert het departement een of meer bijeenkomsten met de verdachte jongere en de personen belast met zijn opvoeding, waaraan ook andere verwante of vertrouwde personen van de verdachte jongere kunnen deelnemen.

In consensus met de personen belast met de opvoeding van de jongere of op bevel van de jeugdrechter of de jeugdrechtbank kan het departement reeds interveniërende dienstverrichters en actoren uit andere levensgebieden van de verdachte jongere bij het maatschappelijk onderzoek betrekken.

Naast de bijeenkomsten vermeld in het tweede lid kan een afzonderlijk gesprek worden gevoerd met de verdachte jongere of de personen belast met zijn opvoeding.

§ 2 – Het departement verricht het maatschappelijk onderzoek binnen de door de jeugdrechter of de jeugdrechtbank gestelde termijn. Die termijn bedraagt ten hoogste negentig dagen.

§ 3 – De jeugdrechter of de jeugdrechtbank kan het departement in het kader van de jeugdbescherming machtigen om een psychologisch of medisch onderzoek van de verdachte jongere te laten uitvoeren om na te gaan welke jeugdbeschermingsmaatregelen geschikt zijn voor zijn behandeling.

§ 4 – Indien opdracht tot een onderzoek vermeld in paragraaf 1 of paragraaf 3 wordt gegeven, wijzigt of neemt de jeugdrechter of de jeugdrechtbank de beslissing pas nadat hij kennis heeft genomen van dat onderzoek, behalve in geval van absolute noodzaak en onverminderd artikel 78, tweede lid, artikel 81, tweede lid, en artikel 82, § 3, eerste lid.

Indien een jeugdbeschermingsmaatregel werd bevolen voordat de jeugdrechter of de jeugdrechtbank het onderzoek had ontvangen, dan wordt na ontvangst van het onderzoek door de jeugdrechter of de jeugdrechtbank getoetst of die jeugdbeschermingsmaatregel passend is.

Art. 65 – Bijzondere motiveringsplicht

Indien de jeugdrechter of de jeugdrechtbank een jeugdbeschermingsmaatregel beveelt, motiveert hij die beslissing specifiek op basis van de factoren vermeld in artikel 12, § 2.

Indien de jeugdrechter of de jeugdrechtbank meerdere jeugdbeschermingsmaatregelen beveelt, wordt die cumulatie uitdrukkelijk gemotiveerd.

Art. 66 – Uitvoering en coördinatie van de jeugdbeschermingsmaatregelen

§ 1 – De jeugdrechter of de jeugdrechtbank draagt de uitvoering van de jeugdbeschermingsmaatregelen op aan aanbieders van jeugdbescherming en aan dienstverrichters.

In afwijking van het eerste lid kan de jeugdrechter of de jeugdrechtbank het departement machtigen om de uitvoering van bepaalde jeugdbeschermingsmaatregelen op te dragen aan aanbieders van jeugdbescherming, dienstverrichters en pleeggezinnen.

§ 2 – De jeugdrechter of de jeugdrechtbank belast het departement met de organisatie en controle van de uitvoering vermeld in paragraaf 1, alsook met de coördinatie van de jeugdbeschermingsmaatregelen.

Daartoe kan het departement een overeenkomst sluiten met de aanbieders van jeugdbescherming, dienstverrichters en pleeggezinnen vermeld in paragraaf 1 en, in voorkomend geval, met de jongere op wie de jeugdbeschermingsmaatregel betrekking heeft, alsook met de personen belast met zijn opvoeding.

Met inachtneming van de gerechtelijke beslissing bevat de overeenkomst informatie over:

- 1° de nadere regels voor de jeugdbeschermingsmaatregelen;
- 2° de regelingen inzake beroepsgeheim en gegevensbescherming beschreven in hoofdstuk 9 en hoofdstuk 10;
- 3° de mogelijkheden om een klacht in te dienen vermeld in artikel 115.

Het departement kan de coördinatie vermeld in het eerste lid opdragen aan aanbieders van jeugdbescherming en aan dienstverrichters.

De Regering kan nog andere inhoudelijke punten van de overeenkomst bepalen, voor zover die de kwaliteit van de jeugdbescherming kunnen verbeteren.

Art. 67 – Balansgesprek en verslag

§ 1 – Uiterlijk vier maanden na de uitspraak of de beslissing en vervolgens ten minste om de zes maanden, organiseert het departement een balansgesprek met de jongere op wie de jeugdbeschermingsmaatregel betrekking heeft, de personen belast met zijn opvoeding en de aanbieders van jeugdbescherming, dienstverrichters en pleeggezinnen die de jeugdbeschermingsmaatregel uitvoeren.

Indien zulks passend lijkt of indien zulks noodzakelijk lijkt om de integriteit van de jongere te beschermen, kunnen afzonderlijke gesprekken worden gevoerd met elke natuurlijke persoon of rechtspersoon vermeld in het eerste lid.

Het balansgesprek dient om de uitvoering van de jeugdbeschermingsmaatregelen te controleren en zo nodig rekening te houden met nieuwe omstandigheden en ontwikkelingen. Daartoe kan het departement in het verslag vermeld in paragraaf 2 het volgende voorstellen:

- 1° een wijziging van de jeugdbeschermingsmaatregel;

- 2° aanvullende jeugdbeschermingsmaatregelen;
- 3° een opheffing van de jeugdbeschermingsmaatregelen.

§ 2 – Op verzoek van de jeugdrechter of de jeugdrechtbank en uiterlijk dertig dagen vóór een zitting van de jeugdrechtbank stelt het departement een verslag over de uitvoering van de maatregel op.

Art. 68 – Wijziging van de jeugdbeschermingsmaatregelen

De jeugdrechter kan in de voorbereidingsfase bevolen jeugdbeschermingsmaatregelen te allen tijde ambtshalve of op verzoek van het departement of de procureur des Konings opheffen of door andere jeugdbeschermingsmaatregelen vervangen. Daartoe hoort hij de jongere, de personen belast met zijn opvoeding, alsook de procureur des Konings of het departement.

De jeugdrechtbank kan in de fase ten gronde bevolen jeugdbeschermingsmaatregelen te allen tijde ambtshalve of op verzoek van het departement of de procureur des Konings opheffen of door andere jeugdbeschermingsmaatregelen vervangen. Daartoe hoort hij de jongere, de personen belast met zijn opvoeding, alsook de procureur des Konings of het departement.

Als dit absoluut noodzakelijk is, kan de jeugdrechter een door de jeugdrechtbank bevolen jeugdbeschermingsmaatregel te allen tijde ambtshalve of op verzoek van het departement of de procureur des Konings opheffen of door andere jeugdbeschermingsmaatregelen vervangen. Daartoe hoort hij de jongere, de personen belast met zijn opvoeding, alsook de procureur des Konings of het departement. Die wijziging wordt binnen een termijn van ten hoogste zes maanden door de jeugdrechtbank gecontroleerd.

Onderafdeling 2 – Voorbereidingsfase

Art. 69 – Duur van de voorbereidingsfase

De voorbereidingsfase duurt hoogstens negen maanden en loopt vanaf de vordering vermeld in artikel 63, eerste lid, tot de beslissing ten gronde. Na het verstrijken van die termijn worden de voorlopige jeugdbeschermingsmaatregelen automatisch beëindigd.

In afwijking van het eerste lid kan de voorbereidingsfase op basis van een met redenen omklede beslissing meermaals en telkens voor een periode van hoogstens drie maanden worden verlengd, voor zover verdere onderzoeken omtrent de persoonlijkheid of de levenssituatie van de verdachte jongere noodzakelijk zijn.

In het kader van de verlengingen vermeld in het tweede lid kunnen voorlopige jeugdbeschermingsmaatregelen worden genomen of behouden, voor zover ernstige en uitzonderlijke omstandigheden in verband met vereisten inzake openbare veiligheid zulks rechtvaardigen.

De termijnen vermeld in het eerste en het tweede lid worden geschorst tussen de datum van neerlegging van de akte van hoger beroep en de datum van de uitspraak van het arrest. Die schorsing duurt hoogstens twee maanden.

Art. 70 – Voorlopige jeugdbeschermingsmaatregelen

§ 1 – Indien de verdachte jongere of het slachtoffer van het jeugddelict een bemiddeling als bedoeld in artikel 76 aanvraagt of indien de verdachte jongere een project als bedoeld in artikel 77 indient, gaat de jeugdrechter in de voorbereidingsfase na of de bemiddeling of het project haalbaar en passend is.

§ 2 – Indien de jeugdrechter van oordeel is dat de bemiddeling of het project haalbaar en passend, maar niet toereikend is, kan hij ter aanvulling een of meer van de jeugdbeschermingsmaatregelen vermeld in paragraaf 3 bevelen voor de verdachte jongere.

§ 3 – Indien de jeugdrechter van oordeel is dat de bemiddeling en het project niet haalbaar of niet passend zijn, kan hij een of meer van de volgende voorlopige jeugdbeschermingsmaatregelen bevelen voor de verdachte jongere:

- 1° ambulante begeleiding en opvang als vermeld in artikel 78;
- 2° verblijf in de gewone leefomgeving als vermeld in artikel 79, met inachtneming van een of meer voorwaarden vermeld in artikel 79, 3°, 4°, 7°, 8°, 9°, 10°, 11° en 12°;
- 3° een prestatie van opvoedkundige aard en van algemeen nut voor ten hoogste dertig uur;
- 4° semi-residentiële behandeling, begeleiding en opvang als vermeld in artikel 81;
- 5° residentiële behandeling en opvang als vermeld in artikel 82.

De jeugdrechter mag geen voorlopige jeugdbeschermingsmaatregel nemen met het oog op een onmiddellijke bestraffing.

Ten aanzien van verdachte jongeren die vóór de leeftijd van twaalf jaar een jeugddelict hebben gepleegd, kan de jeugdrechter alleen de in artikel 78 vermelde ambulante begeleiding en opvang, alsook jeugdbijstandsmaatregelen bevelen.

§ 4 – Indien de jeugdrechter een voorlopige jeugdbeschermingsmaatregel beveelt, kan hij de verdachte jongere, gelet op de vereisten van het onderzoek of het gerechtelijk onderzoek, bij een met redenen omklede beslissing verbieden om voor een meermaals verlengbare periode van hoogstens dertig dagen vrije omgang te hebben met bij naam genoemde personen, zijn advocaat uitgezonderd.

§ 5 – De in artikel 82, § 1, 6°, vermelde residentiële opvang in een gesloten instelling of in een andere, bij de situatie passende gesloten vorm van residentiële opvang en de in artikel 82, § 1, 7°, vermelde residentiële opvang in een gesloten afdeling van een openbare instelling voor jeugdbescherming kan alleen als voorlopige jeugdbeschermingsmaatregel en voor ten hoogste drie maanden worden bevolen, als naast de voorwaarden vermeld in artikel 82, § 5, ook een van de volgende voorwaarden is vervuld:

- 1° het gedrag van de verdachte jongere is gevaarlijk voor hemzelf of voor anderen;
- 2° er bestaan ernstige redenen om te vrezen dat de verdachte jongere in geval van vrijlating opnieuw een jeugddelict zou plegen, zich aan de justitie zou onttrekken, zou proberen bewijzen te doen verdwijnen of heimelijke afspraken met derden zou maken.

De residentiële opvang vermeld in het eerste lid kan, na verslag van het departement, van de gesloten instelling of van de openbare instelling voor jeugdbescherming, worden verlengd voor een meermaals verlengbare periode van hoogstens dertig dagen, als de verdachte jongere een gevaar voor de openbare veiligheid vormt. De jeugdrechter hoort de verdachte jongere vooraf.

§ 6 – De jeugdkamer van het hof van beroep onderzoekt de zaak en doet uitspraak binnen vijftien werkdagen, te rekenen vanaf de datum van neerlegging van de akte van hoger beroep. Na het verstrijken van die termijn vervalt de residentiële opvang vermeld in het eerste lid.

Art. 71 – Duur van de voorlopige jeugdbeschermingsmaatregelen

De jeugdrechter beveelt de voorlopige jeugdbeschermingsmaatregelen voor een zo kort mogelijke duur. Hij bepaalt de duur van elke bevolen voorlopige jeugdbeschermingsmaatregel, onverminderd elke maximumduur waarin dit decreet voorziet.

Art. 72 – Verplichting om informatie te verstrekken over de mogelijkheid tot bemiddeling of tot het indienen van een project tijdens de procedure ten gronde

In de gerechtsbrief bedoeld in artikel 52ter van de wet van 8 april 1965 informeert de procureur des Konings de verdachte jongere:

1° over de mogelijkheid om een project als bedoeld in artikel 77 voor te leggen aan de jeugdrechter of aan de jeugdrechtbank;

2° over de mogelijkheid om zich te wenden tot het departement, dat hem ondersteunt bij de uitwerking van het ontwerp;

3° dat het uitgewerkte project uiterlijk op de dag van de zitting ter goedkeuring moet worden voorgelegd aan de jeugdrechter en het goedgekeurde project binnen een door de jeugdrechtbank gestelde termijn moet worden uitgevoerd.

Als er een slachtoffer is geïdentificeerd, informeert de procureur des Konings de verdachte jongere, het slachtoffer van het jeugddelict en de personen belast met hun opvoeding ook over de mogelijkheid om een bemiddeling als bedoeld in artikel 76 aan te vragen.

Er wordt een afschrift van de gerechtsbrief vermeld in het eerste lid bezorgd aan het departement.

Onderafdeling 3 - Beslissing ten gronde

Art. 73 – Jeugdbeschermingsmaatregelen ten gronde

§ 1 – Indien de verdachte jongere of het slachtoffer van het jeugddelict een bemiddeling als bedoeld in artikel 76 aanvraagt of indien de verdachte jongere een project als bedoeld in artikel 77 indient, gaat de jeugdrechtbank die de beslissing ten gronde neemt, na of de bemiddeling of het project haalbaar en passend is.

§ 2 – Indien de jeugdrechtbank van oordeel is dat de bemiddeling of het project haalbaar en passend, maar niet toereikend is, kan hij ter aanvulling een of meer van de jeugdbeschermingsmaatregelen vermeld in § 3, eerste lid, 1° tot 5°, bevelen voor de verdachte jongere.

§ 3 – Indien de jeugdrechtbank van oordeel is dat de bemiddeling en het project niet haalbaar of niet passend zijn, kan hij een of meer van de volgende jeugdbeschermingsmaatregelen bevelen voor de verdachte jongere:

1° ambulante begeleiding en opvang als vermeld in artikel 78;

2° verblijf in de gewone leefomgeving als vermeld in artikel 79, met inachtneming van een of meer voorwaarden;

3° een prestatie van opvoedkundige aard en van algemeen nut als vermeld in artikel 80;

4° semi-residentiële behandeling, begeleiding en opvang als vermeld in artikel 81;

5° residentiële behandeling en opvang als vermeld in artikel 82.

Ten aanzien van verdachte jongeren die vóór de leeftijd van twaalf jaar een jeugddelict hebben gepleegd, kan de jeugdrechtbank alleen de in artikel 78 vermelde ambulante begeleiding en opvang, alsook jeugdbijstandsmaatregelen bevelen.

Art. 74 – Duur van de jeugdbeschermingsmaatregelen ten gronde

De jeugdrechtbank bepaalt de duur van elke jeugdbeschermingsmaatregel ten gronde.

Met behoud van de toepassing van elke andere maximumduur waarin dit decreet voorziet, bedraagt de duur vermeld in het eerste lid hoogstens één jaar.

In afwijking van het tweede lid kan de jeugdrechtbank op vordering van de procureur des Konings en in geval van aanhoudend wangedrag of gevaarlijk gedrag van de delinquente jongere, jeugdbeschermingsmaatregelen ten gronde meermaals verlengen voor een periode van ten hoogste één jaar die uiterlijk eindigt op de dag dat de delinquente jongere de leeftijd van 21 jaar bereikt. In dat geval wordt de vordering binnen drie maanden voor de dag dat de delinquente jongere de leeftijd van achttien jaar bereikt, bij de jeugdrechtbank aanhangig gemaakt.

In afwijking van het tweede lid kan de jeugdrechtbank, als het jeugddelict na de leeftijd van zestien jaar is gepleegd, meermaals jeugdbeschermingsmaatregelen ten gronde bevelen of verlengen voor een periode van hoogstens één jaar die uiterlijk eindigt op de dag dat de delinquente jongere de leeftijd van 21 jaar bereikt.

Art. 75 – Verlenging van de begeleiding op verzoek van de jongere

De jongere die vóór de leeftijd van achttien jaar door het departement wordt begeleid, kan overeenkomstig artikel 50 een aanvraag indienen om die begeleiding te verlengen.

Onderafdeling 4 – Jeugdbeschermingsmaatregelen

Art. 76 – Bemiddeling

§ 1 – Bemiddeling kan alleen plaatsvinden, zolang de betrokken personen er uitdrukkelijk en onvoorwaardelijk mee instemmen.

§ 2 – De jeugdrechter of de jeugdrechtbank geeft het departement opdracht tot bemiddeling en deelt het departement de identiteit van de betrokken personen mee.

De jeugdrechter of de jeugdrechtbank kan het departement een opdracht tot gezamenlijke bemiddeling geven, voor zover:

1° de bemiddeling betrekking heeft op verschillende jongeren die ervan worden verdacht hetzelfde jeugddelict te hebben gepleegd;

2° het gepleegde jeugddelict gepaard gaat met een misdrijf dat zou zijn gepleegd door een of meer personen die niet onder de jeugdrechtbank vallen en een bemiddeling betrekking heeft op de verdachte jongere en op die personen.

Het departement deelt de personen op wie de bemiddeling betrekking heeft, schriftelijk mee dat:

1° ze vijftien werkdagen bedenktijd hebben om de bemiddeling aan te nemen of af te wijzen, te rekenen vanaf de ontvangst van de schriftelijke kennisgeving;

2° ze te allen tijde hun instemming met de bemiddeling kunnen intrekken;

3° de bemiddeling wordt beëindigd, voor zover ze niet overeenkomstig paragraaf 5 binnen zes maanden tot een overeenkomst leidt.

§ 3 – Indien de betrokken personen zich niet binnen acht werkdagen na ontvangst van de kennisgeving vermeld in § 2, derde lid, tot het departement wenden, dan neemt het departement schriftelijk contact met hen op om ze nogmaals op de mogelijkheid tot bemiddeling te wijzen.

Indien de betrokken personen niet binnen vijftien werkdagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de kennisgeving vermeld in § 2, derde lid, uitdrukkelijk en onvoorwaardelijk instemmen met de bemiddeling, deelt het departement dat mee aan de jeugdrechter of de jeugdrechtbank.

§ 4 – Uiterlijk twee maanden nadat de jeugdrechter of de jeugdrechtbank de opdracht heeft verleend, stelt het departement een tussentijds verslag over de voortgang van de bemiddeling op en richt het dat verslag aan de jeugdrechter of jeugdrechtbank en aan de procureur des Konings.

§ 5 – Indien de betrokken personen hun instemming met de bemiddeling intrekken of indien de bemiddeling niet tot een overeenkomst leidt binnen zes maanden, te rekenen vanaf de ontvangst van de kennisgeving vermeld in § 2, derde lid, beëindigt het departement de bemiddeling en bezorgt het departement een verslag over de redenen van de beëindiging aan de jeugdrechter of de jeugdrechtbank en aan de procureur des Konings.

Op met redenen omkleed verzoek van het departement kan de jeugdrechter of de jeugdrechtbank de periode vermeld in het eerste lid eenmaal met ten hoogste drie maanden verlengen.

Indien de bemiddeling tot een overeenkomst leidt binnen de termijn gesteld in het eerste en het tweede lid, wordt die overeenkomst door de betrokken personen ondertekend. Het departement bezorgt de ondertekende overeenkomst onmiddellijk aan de jeugdrechter of de jeugdrechtbank.

De jeugdrechter of de jeugdrechtbank homologeert de ondertekende overeenkomst. De inhoud ervan kan niet worden gewijzigd. De jeugdrechter of de jeugdrechtbank kan de homologatie van een overeenkomst alleen weigeren indien de overeenkomst in strijd is met de openbare orde.

§ 6 – Als de jeugdrechter of de jeugdrechtbank de overeenkomst homologeert, geeft hij het departement opdracht om de uitvoering van die overeenkomst te controleren en bezorgt hij onmiddellijk een afschrift van de gehomologeerde overeenkomst aan het departement.

Het departement maakt een verslag over de uitvoering van de overeenkomst op en richt dat verslag aan de jeugdrechter of de jeugdrechtbank.

§ 7 – Als de verdachte jongere de overeenkomst in het kader van de voorbereidingsfase overeenkomstig de vastgestelde nadere regels uitvoert en als het tot een procedure voor de jeugdrechtbank komt, houdt de jeugdrechtbank rekening met die overeenkomst en met de uitvoering ervan.

Als de delinquente jongere de overeenkomst na de uitspraak van het vonnis overeenkomstig de vastgestelde nadere regels uitvoert en als jeugdbeschermingsmaatregelen ten gronde werden bevolen, houdt de jeugdrechtbank rekening met die overeenkomst en met de uitvoering ervan om de bevolen jeugdbeschermingsmaatregelen met toepassing van artikel 68 op te heffen of te vervangen.

Als de verdachte jongere de overeenkomst niet overeenkomstig de vastgestelde nadere regels uitvoert, kan de jeugdrechter of de jeugdrechtbank de bemiddeling met toepassing van artikel 68 op vordering van de procureur des Konings vervangen door andere jeugdbeschermingsmaatregelen.

§ 8 – Noch de erkenning van het strafbaar feit door de jongere, noch het verloop of het resultaat van de bemiddeling kan door de gerechtelijke autoriteiten of enige andere persoon tegen de jongere worden gebruikt.

De in het kader van de werkzaamheden van het departement opgestelde documenten en gedane mededelingen zijn vertrouwelijk, met uitzondering van die welke met instemming van de partijen aan de gerechtelijke autoriteiten worden doorgegeven. Ze mogen niet worden gebruikt tijdens strafrechtelijke, civielrechtelijke, administratieve of arbitrageprocedures of enige andere geschillenbeslechtsprocedure en zijn niet aanvaardbaar als bewijs, zelfs niet in de vorm van een buitengerechtelijke bekentenis.

Art. 77 – Uitvoering van een project

§ 1 – Indien de verdachte jongere zich niet tot het departement wendt binnen vijftien werkdagen na ontvangst van de in artikel 62 vermelde dagvaarding of de in artikel 72 vermelde gerechtsbrief, neemt het departement schriftelijk contact met hem op om hem nogmaals erop te wijzen dat hij ondersteuning kan krijgen bij de uitwerking van het project.

§ 2 – Indien de verdachte jongere vermeld in het eerste lid zich tot het departement wendt, ondersteunt het departement hem bij de uitwerking van het project.

Het departement kan de personen belast met de opvoeding en andere verwante of vertrouwde personen van de verdachte jongere actief betrekken bij de uitwerking van het project.

§ 3 – Het project wordt door de verdachte jongere ondertekend en uiterlijk op de dag van de zitting of de hoorzitting bij de jeugdrechter ingediend.

§ 4 – De jeugdrechter of de jeugdrechtbank beslist of het aan hem voorgelegde project zinvol en wettig is, beslist of het wordt goedgekeurd dan wel wordt geweigerd en bepaalt binnen welke termijn het dient te worden uitgevoerd. De inhoud van het project kan niet worden gewijzigd.

Op met redenen omkleed verzoek van het departement kan de jeugdrechter of de jeugdrechtbank de periode vermeld in het eerste lid eenmaal voor een door hem bepaalde duur verlengen.

De jeugdrechter of de jeugdrechtbank kan het project alleen weigeren indien hij die weigering in een met specifieke redenen omklede beslissing motiveert. Als de jeugdrechter of de jeugdrechtbank het project goedkeurt, geeft hij het departement opdracht om de uitvoering te controleren en bezorgt hij onmiddellijk een afschrift van het goedgekeurde project aan het departement.

§ 5 – Indien de jeugdrechtbank een project goedkeurt, kan hij gelijktijdig een van de jeugdbeschermingsmaatregelen vermeld in artikel 73, § 3, eerste lid, 1° tot 5°, als vervangende maatregelen vastleggen voor het geval dat het project niet behoorlijk wordt uitgevoerd. In dat geval deelt de jeugdrechtbank de verdachte jongere mee welke gevolgen de niet-naleving van zijn verplichtingen kan hebben.

§ 6 – Uiterlijk een maand vóór de in § 4, eerste en tweede lid, vermelde termijn stelt het departement een verslag op over de uitvoering van het project en richt het dat verslag aan de jeugdrechtbank of de jeugdrechtbank en aan de procureur des Konings.

§ 7 – Als de verdachte jongere het project in het kader van de voorbereidingsfase binnen de gestelde termijn en overeenkomstig de vastgestelde nadere regels uitvoert en als het tot een procedure voor de jeugdrechtbank komt, houdt de jeugdrechtbank rekening met dat project en met de uitvoering ervan.

Als de delinquente jongere het project na de uitspraak van het vonnis binnen de gestelde termijn en overeenkomstig de vastgestelde nadere regels uitvoert en als jeugdbeschermingsmaatregelen ten gronde werden bevolen, houdt de jeugdrechtbank rekening met dat project en met de uitvoering ervan om de bevolen jeugdbeschermingsmaatregelen met toepassing van artikel 68 op te heffen of te vervangen.

Als de verdachte jongere het project niet binnen de gestelde termijn of niet overeenkomstig de vastgestelde nadere regels uitvoert, kan de jeugdrechter of de jeugdrechtbank het project met toepassing van artikel 68 op vordering van de procureur des Konings vervangen door andere

jeugdbeschermingsmaatregelen of ambtshalve de vervangende maatregelen vermeld in paragraaf 5 opleggen.

De jeugdrechtbank kan rekening houden met een slechts gedeeltelijk uitgevoerd project om de vervangende maatregelen vermeld in paragraaf 5 aan te passen.

Art. 78 – Ambulante begeleiding en opvang

De jeugdrechter of de jeugdrechtbank kan een of meer van de volgende ambulante begeleidings- en opvangmaatregelen voor de verdachte jongere bevelen:

- 1° begeleiding bij de opvoeding;
- 2° sociaal-pedagogische begeleiding;
- 3° therapeutische begeleiding;
- 4° toezicht;
- 5° psychologische, sociale of pedagogische adviesverlening;
- 6° ambulante begeleiding in een psychologische of psychiatrische dienst, een dienst voor seksuele opvoeding of een dienst die deskundig is op het gebied van verslavingsproblemen;
- 7° andere ambulante vormen van begeleiding en opvang die passen bij de situatie.

De ambulante begeleiding van de verdachte jongere in een psychiatrische dienst vermeld in het eerste lid, 6°, wordt binnen dertig dagen nadat die begeleiding is bevolen, bevestigd door een psychologisch of medisch onderzoek vermeld in artikel 64, § 3, waarin de noodzaak van die begeleiding wordt vastgesteld. Indien die bevestiging uitblijft, heft de jeugdrechter of de jeugdrechtbank de bevolen jeugdbeschermingsmaatregel op of vervangt hij hem door een andere jeugdbeschermingsmaatregel.

De jeugdrechter of de jeugdrechtbank bepaalt het doel van de begeleidings- en opvangmaatregelen.

Art. 79 – Verblijf in de gewone leefomgeving onder voorwaarden

De jeugdrechter of de jeugdrechtbank kan een of meer van de volgende voorwaarden verbinden aan het verblijf in de gewone leefomgeving van de verdachte jongere:

- 1° zich schriftelijk of mondeling verontschuldigen;
- 2° bepaalde personen of plaatsen die verband houden met het jeugddelict gedurende een bepaalde periode vermijden;
- 3° een of meer specifieke activiteiten gedurende een bepaalde periode niet uitoefenen wegens bijzondere omstandigheden;
- 4° huisarrest naleven gedurende ten hoogste drie maanden;
- 5° de schade zelf in natura herstellen of aantoonbaar bezoldigde arbeid verrichten om het slachtoffer voor de schade te vergoeden;
- 6° deelnemen aan een of meer opleidings- of bewustmakingsmodulen over de gevolgen van het gepleegde jeugddelict en over de draagwijdte ervan voor de eventuele slachtoffers;
- 7° deelnemen aan een of meer begeleide sportieve, sociale of culturele activiteiten;
- 8° regelmatig de lessen volgen;
- 9° een opleiding volgen;
- 10° deelnemen aan een programma voor re-integratie in het dagelijkse schoolleven;
- 11° deelnemen aan een trainingsmaatregel om de sociale competenties te versterken;
- 12° andere bij de situatie passende voorwaarden en verbodsmaatregelen naleven.

De jeugdrechter of de jeugdrechtbank kan het departement opdracht geven om te controleren of de voorwaarden vermeld in het eerste lid worden nageleefd. Het departement stelt de jeugdrechter of de jeugdrechtbank en de procureur des Konings in kennis van de niet-naleving van de voorwaarden.

De jeugdrechter of de jeugdrechtbank zendt een afschrift van de uitspraak of van de beslissing aan de procureur des Konings, zodat hij de controle van de naleving van de voorwaarden vermeld in het eerste lid, 2° en 4°, eventueel aan een politiedienst kan toevertrouwen. De procureur des Konings stelt de jeugdrechter of de jeugdrechtbank in kennis van de niet-naleving van de voorwaarden.

De jeugdrechter of de jeugdrechtbank bepaalt het doel van de voorwaarden.

Art. 80 – Prestatie van opvoedkundige aard en van algemeen nut

De jeugdrechter of de jeugdrechtbank kan de verdachte jongere ertoe verplichten binnen een termijn van één jaar een prestatie van opvoedkundige aard en van algemeen nut te verrichten gedurende ten hoogste 250 uur.

De jeugdrechter of de jeugdrechtbank bepaalt het doel van de prestatie van opvoedkundige aard en van algemeen nut.

Indien de jeugdrechtbank de verdachte jongere ertoe verplicht gedurende meer dan 150 uur een prestatie van opvoedkundige aard en van algemeen nut te verrichten, motiveert hij zijn beslissing ter zake uitdrukkelijk.

Art. 81 – Semi-residentiële behandeling, begeleiding en opvang

De jeugdrechter of de jeugdrechtbank kan een van de volgende semi-residentiële behandelings-, begeleidings- of opvangmaatregelen voor de verdachte jongere bevelen:

- 1° ondersteunende pleegzorg;
- 2° verblijf in een internaat;
- 3° andere vormen van semi-residentiële behandeling, begeleiding en opvang die passen bij de situatie.

De behandeling van de verdachte jongere in een bij de situatie passende semi-residentiële vorm van behandeling als vermeld in het eerste lid, 3°, wordt binnen dertig dagen nadat die behandeling is bevolen, bevestigd door een psychologisch of medisch onderzoek vermeld in artikel 64, § 3, waarin de noodzaak van die behandeling wordt vastgesteld. Indien die bevestiging uitblijft, heft de jeugdrechter of de jeugdrechtbank de bevolen jeugdbeschermingsmaatregel op of vervangt hij hem door een andere jeugdbeschermingsmaatregel.

De jeugdrechter of de jeugdrechtbank bepaalt het doel van de semi-residentiële behandelings-, begeleidings- of opvangmaatregelen.

Art. 82 – Residentiële behandeling en opvang

§ 1 – De jeugdrechter of de jeugdrechtbank kan een van de volgende residentiële behandelings- of opvangmaatregelen voor de verdachte jongere bevelen:

- 1° opvang door een verwante of vertrouwde persoon die zich binnen zes maanden inschrijft voor deelname aan de in artikel 103 vermelde voorbereiding op de pleegzorg;
- 2° crisisleegzorg of langdurige pleegzorg;
- 3° psychologische of psychiatrische diagnosestelling;
- 4° behandeling of opvang in een open instelling of in een andere, bij de situatie passende open vorm van residentiële behandeling of opvang;
- 5° opvang in een open afdeling van een openbare instelling voor jeugdbescherming;
- 6° behandeling of opvang in een gesloten instelling of in een andere, bij de situatie passende gesloten vorm van residentiële behandeling of opvang;

7° opvang in een gesloten afdeling van een openbare instelling voor jeugdbescherming.

Indien de personen vermeld in het eerste lid, 1°, zich niet binnen zes maanden inschrijven voor deelname aan de voorbereiding op de pleegzorg of indien ze niet overeenkomstig artikel 94 als pleeggezin zijn erkend, heft de jeugdrechter of de jeugdrechtbank de opvang overeenkomstig artikel 68 op of vervangt hij hem door een andere jeugdbeschermingsmaatregel.

Indien de jeugdrechter of de jeugdrechtbank een in het eerste lid, 6° en 7°, vermelde residentiële maatregel voor de behandeling of opvang van de jongere beveelt, motiveert hij die beslissing uitdrukkelijk overeenkomstig artikel 5, § 2, tweede lid.

De jeugdrechter of de jeugdrechtbank bepaalt het doel van de residentiële behandelings- of opvangmaatregelen.

§ 2 – De jeugdrechter of de jeugdrechtbank kan de opvang in een in § 1, eerste lid, 5°, vermelde open afdeling van een openbare instelling voor jeugdbescherming alleen bevelen ten aanzien van verdachte jongeren die op het tijdstip van het jeugddelict veertien jaar of ouder zijn, indien:

1° zij hetzij een jeugddelict hebben gepleegd waarop, indien het was gepleegd door een meerderjarige, in de zin van het Strafwetboek of de bijzondere wetten, een correctionele hoofdgevangenisstraf van vijf jaar of een zwaardere straf zou hebben gestaan. Uitgesloten zijn het als diefstal of heling omschreven feit zonder verzwarende omstandigheid en het als computerfraude omschreven feit;

2° zij hetzij een als slagen en verwondingen omschreven feit met verzwarende omstandigheid hebben gepleegd;

3° zij hetzij al eerder het voorwerp waren van een uitspraak ten gronde, waarbij opvang in een gesloten instelling of een andere bij de situatie passende gesloten vorm van residentiële opvang of opvang in een open of gesloten afdeling van een openbare instelling voor jeugdbescherming werd bevolen en zij een nieuw jeugddelict hebben gepleegd;

4° hetzij de ten aanzien van hen genomen jeugdbeschermingsmaatregel overeenkomstig artikel 68 is gewijzigd, omdat zij zich niet hebben gehouden aan de eerder opgelegde voorlopige jeugdbeschermingsmaatregelen of jeugdbeschermingsmaatregelen ten gronde. In dat geval kan de residentiële opvang worden bevolen voor een niet-verlengbare periode van ten hoogste zes maanden.

§ 3 – De behandeling van de verdachte jongere in een instelling of in een andere, bij de situatie passende vorm van residentiële behandeling als vermeld in § 1, eerste lid, 4° en 6°, wordt binnen dertig dagen nadat die behandeling is bevolen, bevestigd door een psychologisch of medisch onderzoek vermeld in artikel 64, § 3, waarin de noodzaak van die behandeling wordt vastgesteld. Indien die bevestiging uitblijft, heft de jeugdrechter of de jeugdrechtbank de bevolen jeugdbeschermingsmaatregel op of vervangt hij hem door een andere jeugdbeschermingsmaatregel.

De behandeling van de verdachte jongere in een instelling of in een andere, bij de situatie passende vorm van residentiële behandeling als vermeld in § 1, eerste lid, 4° en 6°, geschiedt met toepassing van artikel 43 van de wet van 8 april 1965.

§ 4 – Indien de jeugdrechter of de jeugdrechtbank beslist om de opvang van de verdachte jongere in een openbare instelling voor jeugdbescherming vermeld in § 1, eerste lid, 5° en 7°, in een gesloten instelling of in een andere, bij de situatie passende gesloten vorm van residentiële opvang vermeld in § 1, eerste lid, 6°, te bevelen, wordt de duur van de jeugdbeschermingsmaatregel in de beslissing bepaald. Die duur kan alleen worden verlengd om uitzonderlijke redenen die verband houden met het voor hemzelf of voor anderen gevaarlijke gedrag van de verdachte jongere.

§ 5 – De jeugdrechter of de jeugdrechtbank kan de opvang in een gesloten instelling of in een andere, bij de situatie passende gesloten vorm van residentiële opvang vermeld in § 1, eerste lid, 6°,

of in een gesloten afdeling van een openbare instelling voor jeugdbescherming vermeld in § 1, eerste lid, 7°, alleen bevelen ten aanzien van verdachte jongeren die op het tijdstip van het jeugddelict veertien jaar of ouder zijn, indien:

1° zij hetzij een jeugddelict hebben gepleegd waarop, indien het was gepleegd door een meerderjarige, in de zin van het Strafwetboek of de bijzondere wetten, een correctionele hoofdgevangenisstraf van vijf tot tien jaar of een zwaardere straf zou hebben gestaan;

2° zij hetzij een als ernstige schending van het internationale humanitaire recht omschreven feit of als terroristisch misdrijf omschreven feit hebben gepleegd;

3° zij hetzij een feit hebben gepleegd dat wordt omschreven als aantasting van de seksuele integriteit, als opzettelijke slagen en verwondingen overeenkomstig artikel 400 van het Strafwetboek, als criminele organisatie met het oogmerk misdaden of bedreigingen tegen personen te plegen overeenkomstig artikel 327 van het Strafwetboek;

4° zij hetzij al eerder het voorwerp waren van een uitspraak ten gronde, waarbij residentiële opvang in een gesloten instelling of een andere, bij de situatie passende gesloten vorm van residentiële opvang of residentiële opvang in een open of gesloten afdeling van een openbare instelling voor jeugdbescherming werd bevolen en zij een nieuw jeugddelict vermeld in § 2, 1°, 2° of 3°, hebben gepleegd;

5° hetzij de voorlopige jeugdbeschermingsmaatregel of jeugdbeschermingsmaatregel ten gronde die ten aanzien van hen is genomen, overeenkomstig artikel 68 is gewijzigd, omdat zij zich niet hebben gehouden aan de met toepassing van paragraaf 2 eerder opgelegde maatregelen of omdat zij zich niet hebben gehouden aan een andere, ten aanzien van hen genomen maatregel en zij een nieuw jeugddelict vermeld in § 2, 1°, 2° of 3°, hebben gepleegd. In dat geval kan de residentiële opvang worden bevolen voor een niet-verlengbare periode van ten hoogste zes maanden.

§ 6 – Onverminderd de voorwaarden vermeld in de §§ 2 en 5 kan de jeugdrechter of de jeugdrechtbank de residentiële opvang in een gesloten instelling of een andere, bij de situatie passende gesloten vorm van residentiële opvang of de residentiële opvang in een open of gesloten afdeling van een openbare instelling voor jeugdbescherming bevelen ten aanzien van een verdachte jongere die tussen twaalf en veertien jaar oud is, indien die jongere het leven of de gezondheid van een andere persoon ernstig in gevaar heeft gebracht of indien het gedrag van die jongere bijzonder gevaarlijk is.

§ 7 – De jeugdrechter brengt minstens om de drie maanden een bezoek aan de residentieel opgevangen jongere. Hij kan die taak opdragen aan het departement.

Art. 83 – Opschorting van residentiële behandelings- of opvangmaatregelen met het oog op probatie

§ 1 – De jeugdrechtbank kan een residentiële behandelings- of opvangmaatregel opschorten met het oog op probatie.

De opschorting van de residentiële behandelings- of opvangmaatregel met het oog op probatie bestaat in de verplichting om zich te houden aan een of meer van de jeugdbeschermingsmaatregelen vermeld in artikel 73, § 3, 1°, 2° en 3°.

§ 2 – De jeugdrechtbank bepaalt de duur van de proeftijd. De proeftijd bedraagt minstens zes en hoogstens twaalf maanden vanaf de datum van het vonnis.

§ 3 – De jeugdrechtbank stelt de delinquente jongere gedurende de proeftijd onder toezicht van het departement. Het departement ondersteunt de delinquente jongere. Het departement controleert of de jeugdbeschermingsmaatregelen vermeld in § 1, tweede lid, worden nageleefd.

Uiterlijk twee maanden voordat de proeftijd verstrijkt, stelt het departement een verslag op over de naleving van de jeugdbeschermingsmaatregelen en richt het departement dat verslag aan de procureur des Konings.

§ 4 – De jeugdrechtbank kan de door de delinquente jongere na te leven jeugdbeschermingsmaatregelen wijzigen, hetzij op verzoek van de delinquente jongere, hetzij op vordering van de procureur des Konings.

§ 5 – De jeugdrechtbank kan de opschorting van de residentiële behandelings- of opvangmaatregel intrekken, indien de delinquente jongere:

1° tijdens de proeftijd een jeugddelict pleegt en daarmee toont dat de verwachting waarop de opschorting van de residentiële behandelings- of opvangmaatregel was gebaseerd, niet is uitgekomen;

2° de jeugdbeschermingsmaatregel niet naleeft of zich aan het toezicht van het departement onttrekt en daardoor aanleiding geeft tot bezorgdheid dat hij opnieuw een jeugddelict zal plegen.

De jeugdrechtbank kan afzien van de intrekking, indien het volstaat:

1° nog andere jeugdbeschermingsmaatregelen op te leggen;

2° de proeftijd te verlengen tot de maximumduur van twaalf maanden, vermeld in paragraaf 2.

Onderafdeling 5 – Uithandengeving

Art. 84 – Uithandengeving

§ 1 – Indien een verdachte jongere wegens een jeugddelict naar de jeugdrechtbank is verwezen en op het tijdstip van dat feit zestien jaar of ouder was en indien de jeugdrechtbank van oordeel is dat een jeugdbeschermingsmaatregel niet passend is, kan de jeugdrechtbank de zaak bij een met redenen omklede beslissing uit handen geven en doorverwijzen naar de procureur des Konings, zodat betrokkene wordt vervolgd voor de bevoegde gerechtelijke instanties die, als daartoe aanleiding bestaat, het algemene strafrecht en het gewone strafprocesrecht toepassen.

De jeugdrechtbank kan de zaak echter alleen uit handen geven, als naast de voorwaarde vermeld in het eerste lid, ook de volgende voorwaarden zijn vervuld:

1° ten aanzien van de verdachte jongere is al een residentiële opvang bevolen in een gesloten instelling of een andere, bij de situatie passende gesloten vorm van residentiële opvang als vermeld in artikel 82, § 1, 6°, of in een gesloten afdeling van een openbare instelling voor jeugdbescherming als vermeld in artikel 82, § 1, 7°;

2° het gaat in de zin van het Strafwetboek om een in artikel 400 vermeld feit, om een feit dat omschreven wordt als doodslag, moord, opzettelijke slagen en verwondingen die zonder het oogmerk te doden, toch de dood veroorzaken, aantasting van de seksuele integriteit met verzwarende omstandigheden, verkrachting, foltering, onmenselijke behandeling of diefstal door middel van geweld of bedreiging of poging tot een feit dat als doodslag kan worden aangemerkt in de zin van het Strafwetboek.

In afwijking van het tweede lid kan de jeugdrechtbank de zaak ook uit handen geven, indien:

1° de delinquente jongere een feit heeft gepleegd dat in de zin van het Strafwetboek wordt omschreven als een ernstige schending van het internationale humanitaire recht of een terroristisch misdrijf waarop een correctionele hoofdgevangenisstraf van vijf tot tien jaar of een zwaardere straf zou staan indien het was gepleegd door een meerderjarige;

2° de delinquente jongere een jeugddelict heeft gepleegd waarop, indien het was gepleegd door een meerderjarige, in de zin van het Strafwetboek twintig jaar hechtenis of een zwaardere straf zou hebben gestaan.

De in § 1, eerste lid, vermelde omkleding met redenen heeft in het bijzonder betrekking op de persoonlijkheid van de delinquente jongere, zijn levenssituatie en zijn beoordelingsvermogen.

§ 2 – De jeugdrechtbank kan een zaak slechts uit handen geven, nadat hij het in artikel 64, § 1, vermelde maatschappelijk onderzoek en het in artikel 64, § 3, vermelde psychologisch of medisch onderzoek heeft laten uitvoeren.

Het doel van het psychologisch of medisch onderzoek is de situatie te beoordelen op basis van de persoonlijkheid, de levenssituatie en het beoordelingsvermogen van de delinquente jongere. Er wordt rekening gehouden met de aard, frequentie en ernst van de hem ten laste gelegde feiten, voor zover dat bijdraagt tot de beoordeling van zijn persoonlijkheid.

In afwijking van het eerste lid kan de jeugdrechtbank:

1° een zaak uit handen geven, zonder over het verslag van het psychologisch of medisch onderzoek te beschikken, indien hij vaststelt dat de verdachte jongere zich aan dat onderzoek onttrekt of dat onderzoek weigert;

2° een zaak uit handen geven, zonder een maatschappelijk onderzoek te laten uitvoeren en zonder een psychologisch of medisch onderzoek te hoeven aanvragen, indien ten aanzien van de verdachte jongere al bij vonnis een maatregel werd genomen op grond van een of meer in artikel 323 van het Strafwetboek vermelde feiten of feiten die in de zin van het Strafwetboek worden omschreven als aantasting van de seksuele integriteit met verzwarende omstandigheden, verkrachting, doodslag, moord, opzettelijke slagen en verwondingen die zonder het oogmerk te doden, toch de dood veroorzaken of diefstal door middel van geweld of bedreiging en de verdachte jongere opnieuw wordt vervolgd voor een of meer van die feiten die na de eerste veroordeling werden gepleegd. De dossierstukken van de vorige procedure worden bij die van de nieuwe procedure gevoegd.

§ 3 – Dit artikel is van toepassing indien de delinquente jongere op het tijdstip van het vonnis al de leeftijd van 18 jaar heeft bereikt.

HOOFDSTUK 6 – ERKENNING EN SUBSIDIËRING

Afdeling 1– Erkenning van aanbieders van jeugdbijstand en jeugdbescherming

Art. 85 – Specifiek toepassingsgebied

Deze afdeling is van toepassing op de erkenning van aanbieders van jeugdbijstand en jeugdbescherming, met uitzondering van de erkenning van pleeggezinnen.

Art. 86 – Erkenningsvoorwaarden

Elke natuurlijke of rechtspersoon die hoofdzakelijk werkzaam is op het gebied van jeugdbijstand of jeugdbescherming in het Duitse taalgebied, moet, voordat hij van start gaat, door de Regering erkend zijn als aanbieder van jeugdbijstand en jeugdbescherming en moet minstens aan de volgende voorwaarden voldoen:

1° als rechtspersoon zonder winstoogmerk opgericht zijn of een publiekrechtelijke rechtspersoon zijn en over gekwalificeerd personeel beschikken dat voldoet aan de door de Regering gestelde minimumeisen of een gekwalificeerde natuurlijke persoon zijn die voldoet aan de door de Regering gestelde minimumeisen;

2° de personeelsleden van de rechtspersoon zonder winstoogmerk of de publiekrechtelijke rechtspersoon of de natuurlijke persoon hebben geen vermelding in het strafregister overeenkomstig artikel 596, tweede lid, van het Wetboek van Strafvordering die hen onder meer verbiedt om een activiteit uit te oefenen die onder opvoeding, psycho-medisch-sociale begeleiding, hulpverlening aan

de jeugd, kinderscherming, animatie of begeleiding van minderjarigen valt. Indien die personen hun woonplaats in het buitenland hebben, beschikken ze over een gelijkwaardig document van een bevoegde overheid waaruit blijkt dat ze een activiteit kunnen uitoefenen die onder opvoeding, psychologisch-medisch-sociale begeleiding, hulpverlening aan de jeugd, kinderscherming, animatie of begeleiding van minderjarigen valt;

3° een of meer van de vormen van jeugdbijstandsmaatregelen en jeugdbeschermingsmaatregelen vermeld in de artikelen 9, 10 of 11 aanbieden;

4° de integriteit van het kind en zijn nationale en internationale fundamentele rechten, alsook de in de artikelen 4 en 6 vermelde rechten van het kind, de jongere en de personen belast met de opvoeding eerbiedigen;

5° de in de artikelen 7 en 8 vermelde doeleinden van de jeugdbijstand en de jeugdbescherming nastreven;

6° voldoen aan de door de Regering vastgelegde voorwaarden inzake infrastructuur;

7° aanvaarden dat de Regering toezicht uitoefent op de toepassing van dit decreet en de uitvoeringsbesluiten ervan.

Het departement wordt met toepassing van dit artikel van rechtswege als erkend beschouwd.

Art. 87 – Erkenningsprocedure

§ 1 – De natuurlijke personen of rechtspersonen die erkend willen worden als aanbieder van jeugdbijstand en jeugdbescherming, dienen daartoe een schriftelijke aanvraag in bij de Regering.

Bij de aanvraag worden documenten gevoegd waaruit blijkt dat de voorwaarden vermeld in artikel 86 vervuld zijn. De Regering kan bepalen dat de aanvraag om erkenning nog andere inhoudelijke punten moet bevatten, voor zover die de kwaliteit van de jeugdbijstand en de jeugdbescherming kunnen verbeteren.

Elke natuurlijke persoon of rechtspersoon kan de erkenning aanvragen voor een of meer vormen van jeugdbijstandsmaatregelen en jeugdbeschermingsmaatregelen vermeld in de artikelen 9, 10 of 11.

§ 2 – De erkenning wordt verleend voor een periode van zes jaar en kan worden verlengd.

De erkenning kan niet worden overgedragen aan andere natuurlijke personen of rechtspersonen.

§ 3 – De aanbieders van jeugdbijstand en jeugdbescherming dienen een nieuwe aanvraag om erkenning in:

1° uiterlijk drie maanden voordat de erkenning afloopt;

2° indien vastgesteld wordt dat de gegevens die in de erkenning vermeld staan niet meer overeenstemmen met de werkelijkheid of om andere redenen gewijzigd moeten worden.

§ 4 – De Regering bepaalt:

1° de erkenningsprocedures;

2° de procedures om de erkenning te wijzigen;

3° de procedures om de erkenning te verlengen;

4° de beroepsmogelijkheden indien een aanvraag wordt afgewezen.

Art. 88 – Gelijktelling van de erkenning

§ 1 – Indien de aanvrager reeds een erkenning heeft die is afgegeven door een overheid van een andere Gemeenschap, een andere lidstaat van de Europese Unie of een land dat is toegetreden tot een met de Europese Unie gesloten associatieovereenkomst, kan de Regering die erkenning tot vestiging van de dienst in het Duitse taalgebied met toepassing van artikel 49 van het Verdrag

betreffende de werking van de Europese Unie op verzoek gelijkstellen met een erkenning die met toepassing van dit decreet is afgegeven.

Dienstverrichters uit een andere lidstaat van de Europese Unie of een land dat is toegetreden tot een met de Europese Unie gesloten associatieovereenkomst, kunnen met toepassing van artikel 45, lid 3, en artikel 56 van het Verdrag betreffende de werking van de Europese Unie hoofdzakelijk werkzaam zijn op het gebied van jeugdbijstand of jeugdbescherming in het Duitse taalgebied, voor zover ze in hun land van herkomst een erkenning of toelating voor de begeleiding of opvang van kinderen en jongeren hebben.

De Regering bepaalt de procedure voor de gelijkstelling van de erkenning.

§ 2 – De personen die met toepassing van artikel 86, eerste lid, 1°, een beroepskwalificatie moeten hebben en die beroepskwalificatie hebben verworven in een andere lidstaat van de Europese Unie of in een land dat is toegetreden tot een met de Europese Unie gesloten associatieovereenkomst, vragen de erkenning van de in het buitenland verkregen kwalificatie aan bij de bevoegde overheid met toepassing van de Richtlijn 2005/36/EG van het Europees Parlement en de Raad van 7 september 2005 betreffende de erkenning van beroepskwalificaties.

Indien die personen werkzaam zijn bij een in § 1, tweede lid, vermelde dienstverrichter die gevestigd is in een andere lidstaat van de Europese Unie of in een land dat is toegetreden tot een met de Europese Unie gesloten associatieovereenkomst, worden de in artikel 86, eerste lid, 1°, bepaalde kwalificatievoorwaarden met toepassing van artikel 5 van de Richtlijn 2005/36/EG van het Europees Parlement en de Raad van 7 september 2005 betreffende de erkenning van beroepskwalificaties als vervuld beschouwd.

Art. 89 – Verplichtingen die moeten worden nagekomen om de erkenning te mogen behouden

Voor het behoud van de erkenning komen de aanbieders van jeugdbijstand en jeugdbescherming de in artikel 86 vermelde voorwaarden die aan de erkenning ten grondslag liggen, alsook de volgende verdere verplichtingen na:

- 1° ze nemen deel aan vakspecifieke bijscholingen en supervisies;
- 2° ze bezorgen het departement op verzoek alle nodige inlichtingen;
- 3° ze bezorgen het departement, de procureur des Konings, de jeugdrechter of de jeugdrechtbank binnen de gestelde termijn of op verzoek de nodige verslagen en inlichtingen;
- 4° ze bezorgen het departement elk jaar tegen 31 mei een verslag over de uitvoering van hun taken in het voorgaande jaar. De Regering bepaalt de inhoud van dat verslag;
- 5° ze nemen minstens eenmaal per jaar deel aan een inspectiebijeenkomst met het departement. Die kan zo nodig ter plaatse plaatsvinden.

De Regering kan de verplichtingen vermeld in het eerste lid preciseren en verdere verplichtingen voor het behoud van de erkenning vastleggen, voor zover die de kwaliteit van de jeugdbijstand of de jeugdbescherming kunnen verbeteren.

Art. 90 – Schorsing en intrekking van de erkenning

§ 1 – Indien de aanbieder van jeugdbijstand en jeugdbescherming een of meer verplichtingen niet nakomt, maant de Regering hem overeenkomstig de door haar bepaalde regels aan om die verplichtingen na te komen.

Indien de aanbieder van jeugdbijstand en jeugdbescherming, na de aanmaning vermeld in het eerste lid, de verplichtingen nog altijd niet nakomt, schorst de Regering de erkenning en/of trekt ze de erkenning in.

§ 2 – De Regering bepaalt:

- 1° de procedures om de erkenning te schorsen;
- 2° de procedures om de erkenning in te trekken;
- 3° de beroepsmogelijkheden in geval van schorsing en/of intrekking van de erkenning.

§ 3 – Tijdens de schorsing of de intrekkingprocedure kan de aanbieder van jeugdbijstand en jeugdbescherming alleen jeugdbijstandsmaatregelen en jeugdbeschermingsmaatregelen voortzetten die al waren aangevat voordat de beslissing tot schorsing of tot instelling van een intrekkingprocedure ter kennis werd gebracht.

Tijdens de schorsing of de intrekkingprocedure kan het departement, de procureur des Konings, de jeugdrechter of de jeugdrechtbank de uitvoering van lopende jeugdbijstandsmaatregelen en jeugdbeschermingsmaatregelen beëindigen.

Art. 91 – Beëindiging van de dienstverlening

Onverminderd een vrijwillige stopzetting van de dienstverlening heeft de intrekking van de erkenning overeenkomstig artikel 90 of, in voorkomend geval, het verstrijken van de erkenning tot gevolg dat alle door de betrokken aanbieder van jeugdbijstand en jeugdbescherming verleende diensten op het gebied van jeugdbijstand of jeugdbescherming worden beëindigd.

De Regering bepaalt de procedures om de dienstverlening te beëindigen.

Afdeling 2 – Erkenning van pleeggezinnen

Onderafdeling 1 – Toepassingsgebied

Art. 92 – Specifiek toepassingsgebied

Deze afdeling is van toepassing op de erkenning van pleeggezinnen.

Onderafdeling 2 – Erkenningsvoorwaarden en erkenningsprocedure

Art. 93 – Erkenningsvoorwaarden

Alle natuurlijke personen die in het kader van dit decreet aan pleegzorg doen, moeten, voordat ze van start gaan, door de Regering erkend zijn als pleeggezin en moeten minstens aan de volgende voorwaarden voldoen:

1° geen vermelding in het strafregister overeenkomstig artikel 596, tweede lid, van het Wetboek van Strafvordering hebben die hen onder meer verbiedt om een activiteit uit te oefenen die onder opvoeding, psycho-medisch-sociale begeleiding, hulpverlening aan de jeugd, kinderbescherming, animatie of begeleiding van minderjarigen valt. Indien die personen hun woonplaats in het buitenland hebben, beschikken ze over een gelijkwaardig document van een bevoegde overheid waaruit blijkt dat ze een activiteit kunnen uitoefenen die onder opvoeding, psycho-medisch-sociale begeleiding, hulpverlening aan de jeugd, kinderbescherming, animatie of begeleiding van minderjarigen valt;

2° over voldoende en aangepaste woonruimte beschikken om het kind of de jongere op te nemen;

3° voldoende tijd hebben om in de behoeften van het kind of de jongere te voorzien;

4° de gezinsleden van het pleeggezin hebben geen vermelding in het strafregister overeenkomstig artikel 596, tweede lid, van het Wetboek van Strafvordering die hen onder meer verbiedt om een activiteit uit te oefenen die onder opvoeding, psycho-medisch-sociale begeleiding, hulpverlening aan

de jeugd, kinderscherming, animatie of begeleiding van minderjarigen valt. Indien die personen hun woonplaats in het buitenland hebben, beschikken ze over een gelijkwaardig document van een bevoegde overheid waaruit blijkt dat ze een activiteit kunnen uitoefenen die onder opvoeding, psychomedisch-sociale begeleiding, hulpverlening aan de jeugd, kinderscherming, animatie of begeleiding van minderjarigen valt;

5° de gezinsleden van het pleeggezin hebben geen verslavingsproblemen of ziekten die de integriteit van het kind of de jongere ernstig in gevaar kunnen brengen;

6° het levensonderhoud van de gezinsleden van het pleeggezin is verzekerd;

7° het kind of de jongere kan in hygiënische omstandigheden worden opgenomen.

Art. 94 – Erkenningsprocedure

§ 1 – De natuurlijke personen vermeld in artikel 93 die erkend willen worden, voltooien de voorbereiding op de pleegzorg.

De kandidaat-pleeggezinnen kunnen worden erkend voor een of meer van de volgende vormen van pleegzorg:

1° crisispleegzorg;

2° langdurige pleegzorg;

3° ondersteunende pleegzorg.

§ 2 – De erkenning wordt verleend voor een periode van zes jaar en kan worden verlengd.

De erkenning kan niet worden overgedragen aan een andere natuurlijke persoon.

§ 3 – Uiterlijk één maand voordat de erkenning verstrijkt, dienen de pleeggezinnen een aanvraag tot verlenging van de erkenning in.

§ 4 – De Regering bepaalt:

1° de erkenningsprocedures;

2° de beroepsmogelijkheden indien de erkenning wordt geweigerd;

3° de procedures om de erkenning te wijzigen;

4° de procedures om de erkenning te verlengen;

5° de beroepsmogelijkheden indien een aanvraag tot verlenging van de erkenning wordt afgewezen.

Art. 95 – Verplichtingen die moeten worden nagekomen om de erkenning te mogen behouden

Voor het behoud van de erkenning komen de pleeggezinnen de in artikel 93 vermelde voorwaarden die aan de erkenning ten grondslag liggen, alsook de volgende verdere verplichtingen na:

1° de integriteit van het kind of de jongere en zijn nationale en internationale fundamentele rechten, alsook de in de artikelen 4 en 6 vermelde rechten van het kind, de jongere en de personen belast met de opvoeding eerbiedigen;

2° de in de artikelen 7 en 8 vermelde doeleinden van de jeugdbijstand en de jeugdbescherming nastreven;

3° zorgen voor een constructieve samenwerking met het departement;

4° zorgen voor het contact van de kinderen en jongeren met de personen belast met hun opvoeding, met inachtneming van de voorwaarden van het departement, de procureur des Konings, de jeugdrechter of de jeugdrechtbank;

5° zich verplichten tot een respectvolle houding ten aanzien van de personen belast met de opvoeding en de grenzen van elkaars rol respecteren;

6° geen vertrouwelijke informatie over de ontwikkeling en de gezinssituatie van het pleegkind doorgeven aan anderen, ook niet na beëindiging van de pleegzorg, onverminderd de informatieplicht ten aanzien van het departement, de procureur des Konings, de jeugdrechter of de jeugdrechtbank;

7° een aansprakelijkheidsverzekering voor het pleegkind sluiten;

8° regelmatig deelnemen aan gespreksronden, georganiseerde voortgezette opleidingen of andere diensten die door het departement worden aangeboden;

9° de medewerkers van het departement toestaan om huisbezoeken af te leggen;

10° ervoor zorgen dat de medewerkers van het departement te allen tijde contact kunnen opnemen met het pleegkind;

11° het departement op verzoek alle nodige inlichtingen bezorgen.

De Regering kan nog andere verplichtingen voor het behoud van de erkenning opleggen, voor zover die de kwaliteit van de pleegzorg kunnen verbeteren.

Art. 96 – Schorsing en intrekking van de erkenning

§ 1 – Indien het pleeggezin een of meer verplichtingen niet nakomt, maant de Regering het pleeggezin overeenkomstig de door haar bepaalde regels aan om die verplichtingen na te komen.

Indien het pleeggezin, na de aanmaning vermeld in het eerste lid, de verplichtingen nog altijd niet nakomt, schorst de Regering de erkenning en/of trekt ze de erkenning in.

§ 2 – De Regering bepaalt:

1° de procedures om de erkenning te schorsen;

2° de procedures om de erkenning in te trekken;

3° de beroepsmogelijkheden in geval van schorsing en/of intrekking van de erkenning.

Tijdens de schorsing of de intrekkingprocedure kan het departement, de procureur des Konings, de jeugdrechter of de jeugdrechtbank de pleegzorg van het pleeggezin beëindigen.

Art. 97 – Beëindiging van de pleegzorg

Onverminderd een vrijwillige stopzetting van de pleegzorg door het pleeggezin heeft de intrekking van de erkenning overeenkomstig artikel 96 of in voorkomend geval het verstrijken van de erkenning tot gevolg dat de pleegzorg van het betrokken pleeggezin wordt beëindigd.

De Regering bepaalt de procedures om de pleegzorg te beëindigen.

Art. 98 – Pleegouderkaart

Elke pleegouder van een overeenkomstig artikel 94 erkend pleeggezin voor langdurige pleegzorg dat aan pleegzorg doet, krijgt een pleegouderkaart die zijn hoedanigheid van pleegouder bewijst.

De pleegouderkaart is geldig voor de duur van de pleegzorg en bevat minstens de volgende gegevens:

1° de identiteit van de pleegouders;

2° de identiteit van het pleegkind;

3° de vorm van pleegzorg.

Art. 99 – Maximumaantal pleegkinderen

Een pleeggezin dat crisispleegzorg of langdurige pleegzorg biedt, vangt hoogstens drie pleegkinderen tegelijk op.

In afwijking van het eerste lid kunnen, na een positief advies van het departement, meer dan drie pleegkinderen tegelijk worden opgevangen.

Onderafdeling 3 – Voorbereiding op de pleegzorg

Art. 100 – Informatiegesprek

Voorafgaand aan de voorbereiding op de pleegzorg nemen de kandidaat-pleeggezinnen deel aan een persoonlijk informatiegesprek met het departement. In het kader van dat gesprek krijgen de kandidaat-pleeggezinnen algemene informatie over pleegzorg, over de voorbereiding op de pleegzorg en over de erkenningsprocedure.

Art. 101 – Vragenlijst

In het kader van het in artikel 100 vermelde informatiegesprek verstrekt het departement aan de kandidaat-pleeggezinnen een vragenlijst om deel te nemen aan de voorbereiding op de pleegzorg.

In de vragenlijst wordt gevraagd naar de volgende gegevens over de kandidaat-pleeggezinnen:

- 1° identiteit;
- 2° talenkennis;
- 3° woonsituatie;
- 4° gezinssituatie;
- 5° gezinsverleden;
- 6° sociale omgeving;
- 7° persoonlijke ontwikkeling;
- 8° einddiploma en opleiding;
- 9° professionele en financiële situatie;
- 10° gezondheidstoestand;
- 11° levensbeschouwelijke of religieuze overtuiging;
- 12° vrijetijdsbesteding;
- 13° bekwaamheden en interesses;
- 14° contactgegevens;
- 15° informatie over het pleegzorgproject.

De Regering legt het model van de vragenlijst vast.

Art. 102 – Inschrijving

Kandidaat-pleeggezinnen kunnen zich inschrijven voor de voorbereiding op de pleegzorg, als ze voldoen aan de erkenningsvoorwaarden vermeld in artikel 93. Het departement gaat na of aan de erkenningsvoorwaarden is voldaan.

In afwijking van het eerste lid kan de Regering natuurlijke personen die in het kader van dit decreet aan pleegzorg doen voor een verwant of vertrouwd kind of een verwante of vertrouwde jongere, toelaten tot de voorbereiding op de pleegzorg, ongeacht of ze voldoen aan de erkenningsvoorwaarden vermeld in artikel 93, voor zover het departement een positief advies heeft gegeven.

De Regering bepaalt de lijst van de documenten die moeten worden ingediend om zich te kunnen inschrijven voor de voorbereiding op de pleegzorg, alsook de procedure voor het opmaken van het positief advies van het departement.

Art. 103 – Voorbereiding op de pleegzorg

De voorbereiding op de pleegzorg wordt georganiseerd door het departement.

Samenwonende kandidaten moeten samen deelnemen aan de voorbereiding op de pleegzorg.

Het departement kan de uitvoering van de voorbereiding op de pleegzorg geheel of gedeeltelijk aan derden opdragen.

De Regering bepaalt de inhoud, de nadere regels en de duur van de voorbereiding op de pleegzorg.

Art. 104 – Gelijktelling van een voorbereiding

De Regering bepaalt onder welke voorwaarden een andere voorbereiding op de pleegzorg of de voorbereiding op een andere vorm van opvang van kinderen geheel of gedeeltelijk gelijkgesteld kan worden met de voorbereiding op de pleegzorg die door het departement wordt aangeboden.

Afdeling 3 – Overeenkomst

Art. 105 – Inhoud

§ 1 – De subsidiëring vermeld in artikel 107, eerste lid, de nadere regels ervan en een taakbeschrijving worden vastgelegd in een overeenkomst tussen de Regering en de erkende aanbieders van jeugdbijstand of jeugdbescherming.

De Regering stelt het kader en de verdere inhoud van de overeenkomst vast.

§ 2 – De Regering kan met erkende aanbieders van jeugdbijstand of jeugdbescherming of met dienstverrichters een overeenkomst sluiten waarin de nadere regels van de overname van kosten vermeld in artikel 107, tweede lid, worden vastgelegd.

De Regering stelt het kader en de verdere inhoud van de overeenkomst vast.

Art. 106 – Duur

De overeenkomsten vermeld in artikel 105 hebben een looptijd van minstens één jaar en hoogstens zes jaar. Voor zover de aanbieder van jeugdbijstand of jeugdbescherming nog altijd erkend is, kan de overeenkomst na het verstrijken van de looptijd worden verlengd.

HOOFDSTUK 7 – FINANCIËLE BEPALINGEN

Afdeling 1 – Subsidiëring, overname van kosten en pleegzorgvergoeding

Art. 107 – Subsidiëring en overname van kosten

Binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen kan de Regering, onder de door haar bepaalde voorwaarden, aan de aanbieders van jeugdbijstand of jeugdbescherming subsidies voor personeels- en werkingskosten toekennen voor de uitvoering van de jeugdbijstandsmaatregelen en jeugdbeschermingsmaatregelen.

Onverminderd andersluidende inter-Belgische of internationale samenwerkingsakkoorden, onverminderd de administratieve bijstand en onverminderd andere in dit decreet bepaalde financiële bepalingen betaalt de Regering, binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen en onder de door haar bepaalde voorwaarden, de kosten van de adviesverleningen en van de jeugdbijstandsmaatregelen en jeugdbeschermingsmaatregelen die met toepassing van dit decreet worden overeengekomen of bevolen.

Art. 108 – Controle van de subsidies

De aanwending van de subsidies die ter uitvoering van dit decreet worden toegekend, wordt gecontroleerd overeenkomstig de wet van 16 mei 2003 tot vaststelling van de algemene bepalingen die gelden voor de begrotingen, de controle op de subsidies en voor de boekhouding van de gemeenschappen en de gewesten, alsook voor de organisatie van de controle door het Rekenhof.

Art. 109 – Pleegzorgvergoeding

Personen die ter uitvoering van dit decreet aan pleegzorg doen, ontvangen een forfaitaire vergoeding per dag en per pleegkind om de kosten voor de opvang van de pleegkinderen te dekken. Die vergoeding wordt pleegzorgvergoeding genoemd.

De Regering bepaalt het bedrag, de toekenningsvoorwaarden en de nadere regels voor de uitbetaling van de pleegzorgvergoeding.

Afdeling 2 – Kostenbijdrage

Art. 110 – Bijdrage van de onderhoudsplichtigen in de kosten

§ 1 – De onderhoudsplichtigen of de jongvolwassene kunnen ertoe worden verplicht bij te dragen in de kosten van de jeugdbijstandsmaatregelen en jeugdbeschermingsmaatregelen.

De Regering bepaalt de voorwaarden en het bedrag van de kostenbijdrage, alsook de manier waarop die wordt berekend.

De Regering bepaalt de voorwaarden waaronder geheel of gedeeltelijk kan worden afgezien van een kostenbijdrage, wanneer de onderhoudsplichtigen of de jongvolwassene die niet kunnen betalen.

§ 2 – De kostenbijdrage treedt in kracht op de eerste dag van de maand die volgt op de maand waarin de jeugdbijstandsmaatregel of jeugdbeschermingsmaatregel is gestart.

In het kader van de voorlopige jeugdbijstandsmaatregelen en jeugdbeschermingsmaatregelen kan de jeugdrechter de kostenbijdrage van de onderhoudsplichtigen voorlopig vastleggen, totdat een beslissing ten gronde is uitgesproken. De voorlopige kostenbijdrage treedt in werking op de eerste dag van de maand die volgt op de maand waarin de voorlopige jeugdbijstandsmaatregel of jeugdbeschermingsmaatregel is gestart.

§ 3 – Bij het uitblijven van de betaling van de kostenbijdrage vermeld in paragraaf 1 kunnen de uitstaande bedragen ingevorderd worden overeenkomstig artikel 51.1 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap.

Afdeling 3 – Financiële tegemoetkomingen

Art. 111 – Kosten van levensonderhoud

Aanbieders van jeugdbijstand en jeugdbescherming en dienstverrichters die zelfstandig wonende kinderen, jongeren en jongvolwassenen in het kader van het decreet ambulant begeleiden, kunnen een kostenvergoeding per kind, jongere of jongvolwassene aanvragen om de kosten voor het levensonderhoud van die kinderen, jongeren en jongvolwassenen te dekken.

De Regering bepaalt de voorwaarden voor de toekenning en de nadere regels voor de financiering van de kostenvergoeding, alsook de voorwaarden en de nadere regels voor de aanvraag van de kostenvergoeding.

Art. 112 – Bijzondere onkosten en uitgaven van personen belast met de opvoeding

§ 1 – Personen belast met de opvoeding van een kind dat of een jongere die in het kader van dit decreet behandeld, opgevangen of begeleid wordt door het departement, een aanbieder van jeugdbijstand of jeugdbescherming, een dienstverrichter of een pleeggezin, kunnen een vergoeding aanvragen voor de bijzondere onkosten die ze voor dat kind of die jongere hebben gemaakt.

De Regering bepaalt de aard van de bijzondere onkosten, de voorwaarden en nadere regels voor de vergoeding ervan en de voorwaarden en nadere regels voor de aanvraag van die vergoeding.

§ 2 – Personen belast met de opvoeding van een kind dat of een jongere die zich in een residentiële jeugdbijstandsmaatregel of jeugdbeschermingsmaatregel bevindt, kunnen een vergoeding aanvragen voor de uitgaven die ze hebben gedaan om het contact met dat kind of die jongere te verbeteren.

De Regering bepaalt de aard van de uitgaven, de voorwaarden en nadere regels voor de vergoeding ervan en de voorwaarden en nadere regels voor de aanvraag van die vergoeding.

Art. 113 – Uitgaven van residentiële en semi-residentiële aanbieders, dienstverrichters en pleeggezinnen

In het kader van residentiële en semi-residentiële maatregelen kunnen aanbieders van jeugdbijstand en jeugdbescherming, dienstverrichters en pleeggezinnen een vergoeding aanvragen voor de uitgaven die ze hebben gedaan voor de behandelde, opgevangen of begeleide kinderen, jongeren en jongvolwassenen.

De Regering bepaalt de aard van de uitgaven, de voorwaarden en nadere regels voor de vergoeding ervan en de voorwaarden en nadere regels voor de aanvraag van die vergoeding.

Art. 114 – Financiële ondersteuning van kinderen in de residentiële opvang

De Regering kan kinderen die zich in een residentiële jeugdbijstandsmaatregel bevinden, voor de duur van de maatregel financieel ondersteunen om hun integratie te bevorderen zodra ze meerderjarig worden.

De Regering bepaalt het bedrag, de toekenningsvoorwaarden en de nadere regels voor de uitbetaling van de financiële ondersteuning.

HOOFDSTUK 8 – KLACHTEN

Art. 115 – Recht om een klacht in te dienen

Kinderen, jongeren en personen belast met hun opvoeding, alsook jongvolwassenen die een klacht willen indienen tegen een ambtsverrichting of werkwijze van een natuurlijke persoon of rechtspersoon die belast is met de uitvoering van maatregelen inzake jeugdbijstand of jeugdbescherming of met adviesverlening, richten die klacht schriftelijk aan de leiding van de rechtspersoon of aan de natuurlijke persoon zelf.

Indien op initiatief van de persoon tegen wie de klacht is gericht in het kader van een gesprek geen overeenstemming kan worden bereikt, dan richten de partijen hun klacht aan de leiding van het departement om over de toedracht van de klacht te worden gehoord.

Kinderen, jongeren, de personen belast met hun opvoeding, alsook jongvolwassenen die een klacht willen indienen tegen een ambtsverrichting of werkwijze van het departement, richten die klacht schriftelijk aan de leiding van het departement.

Zowel de persoon die de klacht heeft ingediend als de persoon tegen wie de klacht is gericht, hebben het recht door de leiding van het departement gehoord te worden over de toedracht van de klacht.

Alle aan de leiding van het departement gerichte klachten en de gevolgen ervan worden in een daartoe aangelegd register opgenomen. De Regering heeft inzage in dat register.

De Regering legt de verdere procedure voor klachten vast.

HOOFDSTUK 9 – BEROEPSGEHEIM EN INZAGE IN HET DOSSIER

Art. 116 – Geheimhoudingsplicht

§ 1 – Eenieder die, in welke hoedanigheid ook, aan de toepassing van dit decreet en de uitvoeringsbepalingen ervan meewerkt, is op grond van die medewerking verplicht tot geheimhouding van de informatie die hem bij de uitoefening van zijn opdracht wordt toevertrouwd en met de zaak verband houdt.

§ 2 – In afwijking van paragraaf 1 mag elke natuurlijke persoon of rechtspersoon die aan de toepassing van dit decreet meewerkt, de informatie die hem bij de uitoefening van zijn opdracht wordt toevertrouwd en met de zaak verband houdt, slechts onder een van de volgende voorwaarden doorgeven:

1° de ontvanger valt ook onder het beroepsgeheim en de doorgifte is noodzakelijk om het doel van de jeugdbijstandsmaatregel, jeugdbeschermingsmaatregel of adviesverlening te bereiken of om een mogelijk gevaar voor het kind of de jongere vast te stellen. De doorgegeven informatie beperkt zich tot hetgeen noodzakelijk is om het doel van de jeugdbijstandsmaatregel, jeugdbeschermingsmaatregel of adviesverlening te bereiken of om het gevaar vast te stellen. Het kind dat of de jongere die het vereiste beoordelingsvermogen bezit of ten minste twaalf jaar oud is, en de personen belast met de opvoeding van het kind of van de jongere, alsook de jongvolwassene moeten vooraf ermee instemmen dat de ontvanger de informatie doorgeeft, tenzij dit in strijd is met de integriteit van het kind of de jongere;

2° de voorwaarden van de artikelen 422bis, 458 en 458bis van het Strafwetboek zijn vervuld en laten toe dat de houder van de vertrouwelijke informatie die informatie doorgeeft;

3° de doorgifte is gericht aan medewerkers van het departement die deze vertrouwelijke informatie uitsluitend voor specifieke administratieve taken nodig hebben. Die vertrouwelijke informatie wordt, voor zover dit met het doel verenigbaar is, geanonimiseerd;

4° de doorgifte is gericht aan de leiding van het departement, voor zover dit noodzakelijk is voor het toezicht op het departement. Die vertrouwelijke informatie wordt, voor zover dit met het doel verenigbaar is, geanonimiseerd;

5° de doorgifte geschiedt in het kader van een bij overeenkomst, vonnis of beslissing gegeven opdracht, in de vorm van een maatschappelijk onderzoek of een verslag dat aan de opdrachtgever wordt bezorgd en dat alleen vertrouwelijke informatie bevat die noodzakelijk is om de opdracht uit te voeren. De persoon die het voorwerp van dat maatschappelijk onderzoek is, moet vooraf over de noodzakelijke verslaglegging worden ingelicht.

De Regering bepaalt hoe de instemming vermeld in het eerste lid, 1°, wordt gevraagd.

§ 3 – De persoon die de vertrouwelijke informatie schriftelijk heeft vastgelegd, moet telkens wanneer zijn documenten worden doorgegeven, vooraf daarmee hebben ingestemd.

Als vertrouwelijke informatie wordt doorgegeven, mag de ontvanger die vertrouwelijke informatie op zijn beurt alleen doorgeven voor het doel waarvoor hij ze rechtmatig heeft verkregen.

Art. 117 – Inzage in het dossier

§ 1 – Onverminderd artikel 55 van de wet van 8 april 1965 is het decreet van 16 oktober 1995 van toepassing op het departement.

Onverminderd artikel 5, §§ 1 en 2, van het decreet van 16 oktober 1995 wijst het departement een aanvraag om inzage in, toelichting bij of afschrift van een bestuursdocument af, wanneer de openbaarheid van het bestuursdocument:

1° indruist tegen de integriteit van derden, de integriteit van het kind of de jongere op wie de jeugdbijstandsmaatregel of de jeugdbeschermingsmaatregel betrekking heeft, de integriteit van de personen belast met hun opvoeding of de integriteit van de jongvolwassene op wie de adviesverlening betrekking heeft;

2° in strijd is met het doel van de jeugdbijstand of de jeugdbescherming;

3° de bereikte resultaten van de jeugdbijstandsmaatregel of jeugdbeschermingsmaatregel in gevaar brengt.

Ongeacht artikel 5, § 3, van het decreet van 16 oktober 1995 wijst het departement een aanvraag om inzage in, toelichting bij of afschrift van een bestuursdocument af, wanneer het gaat om psychologische adviezen, medische adviezen of vertrouwelijke documenten die de procureur des Konings, de jeugdrechter of de jeugdrechtbank aan het departement heeft bezorgd.

§ 2 – De Regering bepaalt de andere nadere regels voor de inzageprocedure, alsook de beroepsprocedure in geval van een afgewezen aanvraag.

HOOFDSTUK 10 – VERTROUWELIJKHEID, SAMENWERKING EN BESCHERMING VAN PERSOONSgegevens

Art. 118 – Vertrouwelijkheid

Onverminderd andersluidende wettelijke of decretale bepalingen is eenieder die, in welke hoedanigheid ook, aan de toepassing van dit decreet en de uitvoeringsbepalingen ervan meewerkt, ertoe verplicht de gegevens die hem in de uitoefening van zijn opdracht worden toevertrouwd, vertrouwelijk te behandelen.

Art. 119 – Samenwerking bij bemiddelingen

In het kader van de gezamenlijke bemiddelingen vermeld in artikel 57, § 2, tweede lid, en artikel 76, § 2, tweede lid, zorgt het departement voor de samenwerking met het justitiehuis.

De samenwerking omvat in het bijzonder:

- 1° het eerste contact met het slachtoffer, om een gezamenlijk gesprek voor te stellen;
- 2° de uitvoering van de gezamenlijke bemiddeling.

De Regering bepaalt de andere nadere regels en de procedure voor de samenwerking.

Art. 120 – Verwerking van persoonsgegevens

§ 1 – Het verzamelen en verwerken van persoonsgegevens geschiedt met inachtneming van de toepasselijke regelgeving inzake bescherming van persoonsgegevens.

De Regering, de procureur des Konings, de jeugdrechter, de jeugdrechtbank, de aanbieders van jeugdbijstand en jeugdbescherming, de dienstverrichters, de pleeggezinnen en de bemiddelaar vermeld in artikel 34, tweede lid, mogen de verzamelde gegevens niet voor andere doeleinden gebruiken dan voor de uitvoering van hun wettelijke of decretale opdrachten die verband houden met dit decreet.

De natuurlijke personen en rechtspersonen vermeld in het tweede lid wijzen hun medewerkers en externe adviseurs op hun plichten inzake informatieveiligheid en bescherming van persoonsgegevens.

§ 2 – De Regering, de procureur des Konings, de jeugdrechter, de jeugdrechtbank, de aanbieders van jeugdbijstand en jeugdbescherming, de dienstverrichters en de pleeggezinnen zijn, elk wat hem of haar betreft, verantwoordelijk voor de in dit decreet vermelde verwerkingen van persoonsgegevens in de zin van de Algemene Verordening Gegevensbescherming. Als verwerkingsverantwoordelijken in de zin van artikel 4, punt 7, van de Algemene Verordening Gegevensbescherming gelden:

1° de Regering voor de vervulling van de taken vermeld in de artikelen 21, 22 en 23, alsook vermeld in hoofdstuk 6;

2° de procureur des Konings, de jeugdrechter en de jeugdrechtbank voor de vervulling van de taken vermeld in hoofdstuk 4, afdeling 2, onderafdeling 2, hoofdstuk 4, afdeling 3, en hoofdstuk 5;

3° de aanbieders van jeugdbijstand, de aanbieders van jeugdbescherming, de dienstverrichters en de pleeggezinnen voor de vervulling van de taken vermeld in artikel 28, derde lid, alsook vermeld in de artikelen 31, 40 en 66.

§ 3 – De bemiddelaar vermeld in artikel 34, tweede lid, geldt als verwerker in de zin van artikel 4, punt 8, van de Algemene Verordening Gegevensbescherming. Hij verwerkt uitsluitend in opdracht van de Regering persoonsgegevens in het kader van dit decreet en de uitvoeringsbepalingen ervan.

Art. 121 – Gegevenscategorieën

§ 1 – De Regering, de procureur des Konings, de jeugdrechter, de jeugdrechtbank, de aanbieders van jeugdbijstand en jeugdbescherming, de dienstverrichters en de pleeggezinnen kunnen overeenkomstig artikel 120 de volgende categorieën van persoonsgegevens betreffende de kinderen, de jongeren, de personen belast met hun opvoeding en de jongvolwassenen verwerken:

- 1° identiteitsgegevens en contactgegevens;
- 2° gegevens over het einddiploma en de opleiding;
- 3° gegevens over de talenkennis;
- 4° gegevens over de gezinssituatie;
- 5° gegevens over de sociale en financiële situatie;
- 6° gegevens over de vrijetijdsbesteding;

- 7° gegevens over de bekwaamheden en interesses;
- 8° medische en psychologische gegevens;
- 9° gevoelige gegevens als bedoeld in artikel 9 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming;
- 10° justitiële gegevens als bedoeld in artikel 10 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming;
- 11° gegevens inzake levensbeschouwelijke of religieuze overtuiging.

De in het eerste lid vermelde gegevenscategorieën kunnen worden verwerkt voor de doeleinden van de jeugdbijstand en de jeugdbescherming vermeld in de artikelen 7 en 8.

§ 2 – De erkende aanbieders van jeugdbijstand en jeugdbescherming kunnen overeenkomstig artikel 120 de volgende categorieën van persoonsgegevens betreffende de personeelsleden verwerken:

- 1° identiteitsgegevens en contactgegevens;
- 2° gegevens over het einddiploma en de opleiding;
- 3° gegevens over de arbeidsverhouding en het salaris;
- 4° justitiële gegevens als bedoeld in artikel 10 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming, beperkt tot het uittreksel uit het strafregister.

De categorieën van gegevens vermeld in het eerste lid kunnen worden verwerkt voor de doeleinden die verband houden met de aanvragen om met inachtneming van de voorwaarden vermeld in artikel 86 door de Regering van de Duitstalige Gemeenschap te worden erkend.

§ 3 – In opdracht van de Regering kan de bemiddelaar vermeld in artikel 34, tweede lid, alle toereikende, ter zake dienende en niet overmatige persoonsgegevens vermeld in § 1, eerste lid, verwerken.

§ 4 – De Regering kan de gegevenscategorieën vermeld in de §§ 1 tot 3 preciseren.

Art. 122 – Duur van de gegevensverwerking

Met behoud van de toepassing van andere wettelijke, decretale of reglementaire bepalingen die eventueel in een langere bewaringstermijn voorzien, mogen de gegevens vermeld in artikel 121, § 1, eerste lid, hoogstens dertig jaar – te rekenen vanaf de datum waarop de betrokken kinderen, jongeren en jongvolwassenen meerderjarig worden – bewaard worden in een vorm die de mogelijkheid biedt de betrokken personen te identificeren.

Met behoud van de toepassing van andere wettelijke, decretale of reglementaire bepalingen die eventueel in een langere bewaringstermijn voorzien, mogen de gegevens vermeld in artikel 121, § 2, eerste lid, hoogstens tien jaar – te rekenen vanaf de inzameling ervan – bewaard worden in een vorm die de mogelijkheid biedt de betrokken personen te identificeren.

Met behoud van de toepassing van de bepalingen betreffende het archiefwezen worden de gegevens uiterlijk na het verstrijken van de termijnen vermeld in het eerste en het tweede lid vernietigd.

Art. 123 – Veiligheidsmaatregelen

De Regering legt in voorkomend geval de nodige veiligheidsmaatregelen vast voor de verwerking van de persoonsgegevens bepaald in dit hoofdstuk.

HOOFDSTUK 11 – STRAFRECHTELIJKE BEPALINGEN

Art. 124 – Strafmaatregel

Elke natuurlijke persoon of rechtspersoon die hoofdzakelijk werkzaam is op het gebied van jeugdbijstand of jeugdbescherming of in het kader van dit decreet aan pleegzorg doet zonder een overeenkomstig artikel 87 of artikel 94 toegekende erkenning of met een geschorste of ingetrokken erkenning, wordt gestraft met een gevangenisstraf van acht dagen tot zes maanden en met een geldboete van 25 euro tot 5000 euro of met één van die straffen alleen.

De straffen kunnen worden verdubbeld in geval van herhaling binnen vijf jaar na een in kracht van gewijsde gegane veroordeling wegens de voormelde overtreding.

HOOFDSTUK 12 – SLOTBEPALINGEN

Art. 125 – Wijzigingsbepaling

Artikel 29bis van de wet van 8 april 1965 betreffende de jeugdbescherming, het ten laste nemen van minderjarigen die een als misdrijf omschreven feit hebben gepleegd en het herstel van de door dit feit veroorzaakte schade, vervangen bij de wet van 27 december 2016, wordt opgeheven.

Art. 126 – Wijzigingsbepaling

Artikel 36, 4°, van dezelfde wet, vervangen bij de wet van 24 december 1992, wordt opgeheven.

Art. 127 – Wijzigingsbepaling

In artikel 36bis van dezelfde wet, ingevoegd bij de wet van 9 mei 1972, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

- 1° het eerste lid, gewijzigd bij de wetten van 19 januari 1990 en 2 februari 1994, wordt opgeheven;
- 2° het tweede lid, gewijzigd bij de wet van 2 februari 1994, wordt opgeheven;
- 3° in het derde lid, gewijzigd bij de wet van 2 februari 1994, worden de woorden "in dit artikel" vervangen door de woorden "in artikel 63 van het decreet van ... inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming".

Art. 128 – Wijzigingsbepaling

In artikel 37 van dezelfde wet, vervangen bij de wet van 2 februari 1994, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

- 1° de §§ 1 tot 2quinquies, gewijzigd bij de wetten van 13 juni 2006 en 27 december 2006 en bij het decreet van 22 februari 2016, worden opgeheven;
- 2° in paragraaf 3 worden het eerste tot derde lid, gewijzigd bij de wet van 13 juni 2006 en bij het decreet van 22 februari 2016, opgeheven;
- 3° paragraaf 4, gewijzigd bij de wet van 10 augustus 2005, wordt opgeheven.

Art. 129 – Wijzigingsbepaling

Artikel 37bis van dezelfde wet, ingevoegd bij de wet van 15 mei 2006 en gewijzigd bij de wet van 27 december 2006, wordt opgeheven.

Art. 130 – Wijzigingsbepaling

Artikel 37ter van dezelfde wet, ingevoegd bij de wet van 15 mei 2006, wordt opgeheven.

Art. 131 – Wijzigingsbepaling

Artikel 37quater van dezelfde wet, ingevoegd bij de wet van 15 mei 2006, wordt opgeheven.

Art. 132 – Wijzigingsbepaling

Artikel 37quinquies van dezelfde wet, ingevoegd bij de wet van 15 mei 2006, wordt opgeheven.

Art. 133 – Wijzigingsbepaling

Artikel 39 van dezelfde wet, gewijzigd bij de wet van 2 februari 1994, wordt opgeheven.

Art. 134 – Wijzigingsbepaling

Artikel 41 van dezelfde wet, gewijzigd bij de wetten van 2 februari 1994 en 13 juni 2006, wordt opgeheven.

Art. 135 – Wijzigingsbepaling

Artikel 42 van dezelfde wet, gewijzigd bij de wetten van 2 februari 1994 en 16 mei 2006, wordt opgeheven.

Art. 136 – Wijzigingsbepaling

In artikel 43 van dezelfde wet, vervangen bij de wet van 13 juni 2006, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "artikel 36, 4°," vervangen door de woorden "artikel 63 van het decreet van ... inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming" en worden de woorden "van deze wet" vervangen door de woorden "van het decreet van ... inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming";

2° in het tweede lid worden de woorden "artikel 36, 4°," vervangen door de woorden "artikel 63 van het decreet van ... inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming" en worden de woorden "artikel 37" vervangen door de woorden "artikel 73, § 3, eerste lid, van het decreet van ... inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming".

Art. 137 – Wijzigingsbepaling

In artikel 44 van dezelfde wet, vervangen bij de wet van 30 juli 2013, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in paragraaf 2 worden de woorden "als een misdrijf omschreven feit" vervangen door het woord "jeugddelict";

2° in paragraaf 3 worden de woorden "als een misdrijf omschreven feit" vervangen door het woord "jeugddelict".

Art. 138 – Wijzigingsbepaling

Artikel 45bis van dezelfde wet, ingevoegd bij de wet van 13 juni 2006 en gewijzigd bij de wet van 27 december 2006, wordt opgeheven.

Art. 139 – Wijzigingsbepaling

Artikel 45ter van dezelfde wet, ingevoegd bij de wet van 13 juni 2006, wordt opgeheven.

Art. 140 – Wijzigingsbepaling

Artikel 45quater van dezelfde wet, ingevoegd bij de wet van 13 juni 2006 en gewijzigd bij de wet van 27 december 2006, wordt opgeheven.

Art. 141 – Wijzigingsbepaling

In artikel 46bis, eerste lid, van dezelfde wet, ingevoegd bij de wet van 27 april 1999, worden de woorden "artikel 36, 4°" vervangen door de woorden "artikel 63 van het decreet van ... inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming".

Art. 142 – Wijzigingsbepaling

In artikel 47, derde lid, van dezelfde wet, ingevoegd bij de wet van 15 mei 2006, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de woorden "artikel 36, 4°," worden vervangen door de woorden "artikel 63 van het decreet van ... inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming";

2° de woorden "artikel 45quater" worden vervangen door de woorden "artikel 57 van het voormelde decreet".

Art. 143 – Wijzigingsbepaling

In artikel 48, § 2, tweede lid, van dezelfde wet, vervangen bij de wet van 2 februari 1994 en gewijzigd bij de wet van 27 december 2006, worden de woorden "artikel 57bis" vervangen door de woorden "artikel 84 van het decreet van ... inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming".

Art. 144 – Wijzigingsbepaling

In artikel 49 van dezelfde wet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het tweede lid, vervangen bij de wet van 2 februari 1994 en gewijzigd bij de wetten van 4 mei 1999, 6 januari 2003 en 13 juni 2006, worden de woorden "in de artikel 52 bedoelde maatregelen van bewaring nemen" vervangen door de woorden "maatregelen vermeld in artikel 70, § 3, eerste lid, van het decreet van ... inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming bevelen";

2° in het vierde lid worden de woorden "artikel 57bis" vervangen door de woorden "artikel 84 van het voormelde decreet".

Art. 145 – Wijzigingsbepaling

Artikel 50 van dezelfde wet, vervangen bij de wet van 2 februari 1994 en gewijzigd bij de wet van 15 mei 2006, wordt opgeheven.

Art. 146 – Wijzigingsbepaling

In artikel 51, § 1, van dezelfde wet, ingevoegd bij de wet van 13 juni 2006 en gewijzigd bij de wet van 27 december 2006, worden de woorden "als misdrijf omschreven feit" vervangen door het woord "jeugddelict".

Art. 147 – Wijzigingsbepaling

Artikel 52 van dezelfde wet, vervangen bij de wet van 13 juni 2006 en gewijzigd bij de wetten van 15 mei 2006 en 27 december 2006, wordt opgeheven.

Art. 148 – Wijzigingsbepaling

Artikel 52bis van dezelfde wet, ingevoegd bij de wet van 2 februari 1994 en gewijzigd bij de wet van 27 december 2006, wordt opgeheven.

Art. 149 – Wijzigingsbepaling

In artikel 52ter, vijfde lid, van dezelfde wet, ingevoegd bij de wet van 2 februari 1994, worden de woorden "artikel 52" vervangen door de woorden "artikel 70, § 3, eerste lid, van het decreet van ... inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming".

Art. 150 – Wijzigingsbepaling

In artikel 52quater van dezelfde wet worden het eerste tot vierde lid, ingevoegd bij de wet van 2 februari 1994 en gewijzigd bij de wetten van 30 juni 1994, 13 juni 2006 en 27 december 2006, opgeheven.

Art. 151 – Wijzigingsbepaling

Artikel 52quinquies van dezelfde wet, ingevoegd bij de wet van 13 juni 2006, wordt opgeheven.

Art. 152 – Wijzigingsbepaling

In artikel 56, eerste lid, van dezelfde wet, vervangen bij de wet van 2 februari 1994, worden de woorden "maatregelen worden genomen als bepaald in artikel 52" vervangen door de woorden "maatregelen vermeld in artikel 70, § 3, eerste lid, van het decreet van ... inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming worden bevolen".

Art. 153 – Wijzigingsbepaling

In artikel 57bis van dezelfde wet, ingevoegd bij de wet van 13 juni 2006, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° paragraaf 1, gewijzigd bij de wet van 31 juli 2009, wordt opgeheven, met uitzondering van de zinsnede "ofwel, indien de betrokkene ervan wordt verdacht een niet-correctionaliseerbare misdaad te hebben gepleegd, een hof van assisen dat samengesteld is overeenkomstig de bepalingen van artikel 119, tweede lid, van het Gerechtelijk Wetboek, als daartoe grond bestaat.";

2° paragraaf 2 wordt opgeheven;

3° in paragraaf 5 worden de woorden "van dit artikel" vervangen door de woorden "van artikel 82 van het decreet van ... inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming".

Art. 154 – Wijzigingsbepaling

In artikel 58, eerste lid, van dezelfde wet, gewijzigd bij de wetten van 2 februari 1994 en 27 december 2006, worden de woorden "van de artikelen 52," vervangen door de woorden "van de artikelen 69, 70 en 71 van het decreet van ... inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming, alsook van de artikelen" en voorts worden de woorden "53, derde lid" vervangen door de woorden "53, derde lid, van deze wet".

Art. 155 – Wijzigingsbepaling

In artikel 59, eerste lid, van dezelfde wet, gewijzigd bij de wet van 4 mei 1999, worden de woorden "de artikel 52" vervangen door de woorden "artikel 70, § 3, eerste lid, van het decreet van ... inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming".

Art. 156 – Wijzigingsbepaling

In artikel 60 van dezelfde wet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het eerste en het tweede lid, gewijzigd bij de wetten van 2 februari 1994, 15 mei 2006, 13 juni 2006 en 27 december 2006, worden opgeheven;

2° het derde lid, ingevoegd bij de wet van 13 juni 2006 en gewijzigd bij de wet van 27 december 2006, wordt opgeheven, met uitzondering van de tweede zin;

3° het vierde lid, ingevoegd bij de wet van 2 februari 1994 en gewijzigd bij de wet van 13 juni 2006, wordt opgeheven, met uitzondering van de tweede zin;

4° het vijfde lid, ingevoegd bij de wet van 13 juni 2006, wordt opgeheven, met uitzondering van de tweede zin;

5° het zesde lid, ingevoegd bij de wet van 2 februari 1994 en gewijzigd bij de wet van 13 juni 2006, wordt opgeheven.

Art. 157 – Wijzigingsbepaling

In artikel 61 van dezelfde wet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid, gewijzigd bij de wetten van 15 mei 2006 en 27 december 2006, worden de woorden "als misdrijf omschreven feit" vervangen door het woord "jeugddelict";

2° in het vierde lid, ingevoegd bij de wet van 13 juni 2006, worden de woorden "als misdrijf omschreven feit" vervangen door het woord "jeugddelict".

Art. 158 – Wijzigingsbepaling

In artikel 63, eerste lid, van dezelfde wet, gewijzigd bij de wetten van 2 februari 1994 en 20 maart 1995, worden de woorden "de artikelen 37 en 39" vervangen door de woorden "artikel 73, § 3, eerste lid, van het decreet van ... inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming" en worden de woorden "artikel 36, 4°," vervangen door de woorden "artikel 63 van het decreet van ... inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming".

Art. 159 – Wijzigingsbepaling

In artikel 63ter, eerste lid, b), van dezelfde wet, ingevoegd bij de wet van 2 februari 1994, worden de woorden "artikel 37, § 2" vervangen door de woorden "artikel 73, § 3, eerste lid, van het decreet van ... inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming".

Art. 160 – Wijzigingsbepaling

In artikel 63quater van dezelfde wet, ingevoegd bij de wet van 2 februari 1994 en gewijzigd bij de wet van 27 december 2006, worden de woorden "De artikelen 52bis," vervangen door de woorden "De artikelen 69, 70 en 71 van het decreet van ... inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming, alsook de artikelen" en voorts worden de woorden "52quater, negende en tiende lid," vervangen door de woorden "52quater, negende en tiende lid, van deze wet".

Art. 161 – Wijzigingsbepaling

Artikel 69 van dezelfde wet, gewijzigd bij het decreet van 20 maart 1995, wordt opgeheven.

Art. 162 – Wijzigingsbepaling

Artikel 74 van dezelfde wet, gewijzigd bij het decreet van 20 maart 1995, wordt opgeheven.

Art. 163 – Wijzigingsbepaling

Artikel 78 van dezelfde wet wordt opgeheven.

Art. 164 – Wijzigingsbepaling

Artikel 79 van dezelfde wet, gewijzigd bij het decreet van 20 maart 1995, wordt opgeheven.

Art. 165 – Wijzigingsbepaling

Artikel 85 van dezelfde wet, hersteld bij de wet van 13 juni 2006, wordt opgeheven.

Art. 166 – Wijzigingsbepaling

In artikel 6bis van het decreet van 9 mei 1988 betreffende het Fonds voor bijzondere hulp aan kinderen en jongeren worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, tweede lid, 3°, ingevoegd bij het decreet van 21 januari 1991 en gewijzigd bij het decreet van 19 april 2010, worden de woorden "van de artikelen 32 en 33 van het decreet van 19 mei 2008 over de jeugdbijstand en houdende omzetting van maatregelen inzake jeugdbescherming" vervangen door de woorden "van hoofdstuk 7, afdeling 2, van het decreet van ... inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming";

2° § 2, 3°, wordt vervangen als volgt:

"3° de overname van financiële tegemoetkomingen met toepassing van hoofdstuk 7, afdeling 3, van het decreet van ... inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming;"

3° § 2, 4°, wordt opgeheven.

Art. 167 – Opheffingsbepaling

Het decreet van 19 mei 2008 over de jeugdbijstand en houdende omzetting van maatregelen inzake jeugdbescherming, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 15 december 2021, wordt opgeheven.

Art. 168 – Overgangsbepaling

Ongeacht eventueel gesloten overeenkomsten blijven de erkenningen die bij inwerkingtreding van dit decreet zijn toegekend met toepassing van artikel 22 van het decreet van 19 mei 2008 over de jeugdbijstand en houdende omzetting van maatregelen inzake jeugdbescherming, geldig tot ze zijn verstreken.

Art. 169 – Overgangsbepaling

De artikelen 35 en 36 van het decreet van 19 mei 2008 over de jeugdbijstand en houdende omzetting van maatregelen inzake jeugdbescherming blijven van toepassing op alle aangelegenheden die bij inwerkingtreding van dit decreet aanhangig zijn voor de jeugdrechtbank en dit tot ze zijn afgehandeld.

Art. 170 – Overgangsbepaling

Een voorlopige maatregel of een maatregel ten gronde die de jeugdrechter of jeugdrechtbank heeft bevolen met toepassing van de wet van 8 april 1965 of het decreet van 19 mei 2008 over de jeugdbijstand en houdende omzetting van maatregelen inzake jeugdbescherming en die bij inwerkingtreding van dit decreet in uitvoering is, wordt verder uitgevoerd.

Art. 171 – Overgangsbepaling

Een zaak die voor de jeugdrechter of jeugdrechtbank werd behandeld met toepassing van de wet van 8 april 1965 of het decreet van 19 mei 2008 over de jeugdbijstand en houdende omzetting van maatregelen inzake jeugdbescherming, en waarover bij inwerkingtreding van dit decreet een beslissing is genomen die echter nog niet ten uitvoer werd gelegd, wordt overeenkomstig de genomen beslissing ten uitvoer gelegd.

Art. 172 – Overgangsbepaling

De bepalingen vermeld in de wet van 8 april 1965 en in het decreet van 19 mei 2008 over de jeugdbijstand en houdende omzetting van maatregelen inzake jeugdbescherming die betrekking hebben op de tenuitvoerlegging van de in de artikelen 170 en 171 vermelde voorlopige maatregelen, maatregelen ten gronde en beslissingen zijn van toepassing, met inbegrip van de wijzigingsmogelijkheden vermeld in artikel 60 van de voormelde wet en in artikel 17, § 2, van het voormelde decreet.

Art. 173 – Overgangsbepaling

Voor de toepassing van de beslissing tot uithandengeving vermeld in artikel 82, § 1, wordt plaatsing in een openbare gemeenschapsinstelling voor jeugdbescherming vermeld in artikel 37, § 2, 8°, van de wet van 8 april 1965 gelijkgesteld met residentiële opvang vermeld in artikel 82, § 1, 6° en 7°.

Art. 174 – Inwerkingtreding

Dit decreet treedt in werking op 1 januari 2024.

Eupen,

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën
O. PAASCH

De Viceminister-President,
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,
Ruimtelijke Ordening en Huisvesting
A. ANTONIADIS